

Abrechnung mit dem Marxismus? S.3

Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 167 26.11.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Militärische Intervention im Iran?



Während auf internationaler Ebene noch diplomatische Bemühungen im Gange sind (unter Einschluß der UNO), die Spannungen zwischen USA und Iran abzubauen, lassen die amerikanischen Imperialisten Verbände ihrer Kriegsflotte im Persischen Golf drohend aufmarschieren. Eine explosive Lage ist entstanden (s. Artikel Nr. 2)

Weibliches Mitglied der Miliz auf dem Gelände der Teheraner US-Botschaft

Beratungskongreß der Buntten/Alternativen findet in Frankfurt statt

Nach teilweise heftigem Tauziehen um Tagungsort und Konzeption fiel in der letzten Woche die Entscheidung, vom 14. bis 16.12. einen offenen Beratungskongreß der Buntten/Alternativen in Frankfurt abzuhalten. Angesichts des deutlichen Rechtsdrucks der Grünen seit Offenbach (Unvereinbarkeitsbeschlüsse in allen Untergliederungen) und des kompromißlosen Kurses des grünen Bundesvorstands gegenüber den buntten und alternativen Listen liegt die Dringlichkeit eines solchen Treffens auf der Hand.

Dies gilt umso mehr, wenn man den Termin-Fahrplan der Grünen in Betracht zieht:

- Am 8./9.12. tagt die Programmkommission, wo den zehn Grünen jetzt nur noch drei Bunte/Alternative (vorher vier) gegenüberstehen. Dort wird die endgültige Vorlage der Programm-Präambel für die Gründungsversammlung der grünen Partei erstellt.

- Bis zum 20.12. (Stichtag) sollen alle diejenigen in die Grünen eingetreten sein, deren Mitgliedschaft noch für die Delegiertenwahlen berücksichtigt wird. Die Grünen halten strikt an ihrem Offenbacher Beschluß fest, nur solche Delegierte am 12./13. Januar anzuerkennen, die von Kreis- bzw. Landesverbänden der „Politischen Vereinigung Die Grünen“ gewählt worden sind.

Bunte und Alternative sollen auf diese Weise zum individuellen Eintritt in die SPV — Die Grünen erpreßt werden, wenn sie auf die grüne Partei noch „Einfluß nehmen“ wollen.

Gegen diesen Coup läßt sich — wenn überhaupt — nur noch gemeinsam vorgehen. Eine Vereinheitlichung der Buntten und Alternativen, sowohl in programmatischer wie auch in taktischer Hinsicht, ist daher dringend und aktuell geboten. Um einen Erfolg zu gewährleisten, ist es notwendig, daß möglichst alle buntten und alternativen Listen den Frankfurter Kongreß solide vorbereiten und dort repräsentativ erscheinen.

Zwischen der Grünen Liste Hessen, die den Kongreß ausrichten soll, der Alternativen Liste Westberlin und der Buntten Liste Hamburg konnte bisher Einigkeit in folgenden Punkten erzielt werden:

- Das Treffen soll den Buntten/Alternativen Gelegenheit zu ausführlichen Beratungen geben und möglichst zu greifbaren Ergebnissen führen.

- Linke Strömungen und außerparlamentarische Basisbewegungen, die der Wahlbewegung bisher skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, sollen in die Auseinandersetzungen einbezogen werden.

- Das Treffen soll keine Abschlottung gegenüber den Grünen vornehmen, sondern die in Offenbach begonnene Diskussion mit ihnen fortsetzen. Verhandelt wird noch darüber, wie diese Elemente alle unter einen Hut gebracht werden können, und wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Die AL Westberlin legt vor allem Wert auf eine öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung des linken Flügels der Wahlbewegung mit Podiumsdiskussionen, bekannten Referenten aus der linken und grünen Prominenz usw. Die GLH dagegen befürchtet, daß auf diese Weise unverbindlich über Gott und die Welt debattiert werden könnte und dann möglicherweise die Zeit zu knapp wird, um noch zu fundierten Beschlüssen der Buntten/Alternativen zu kommen.

Was den äußeren Rahmen angeht, so soll es am Abend des 14.12. (Freitag) eine Podiumsdiskussion (Arbeits-

titel: „Linke und Grüne“) geben, auf der ein Spektrum von Grünen, SB, Spontis bis zu KB und „KPD“ vertreten sein soll. Am Samstag, den 15.12., sollen nach einer Plenarversammlung, die der Berichterstattung dienen soll, Arbeitsgruppen stattfinden. Die GLH hat vorgeschlagen, die Arbeitsgruppen entsprechend den Abschnitten der Präambel des Programms zu strukturieren (zusätzlich: AG Frauen) und dort konkret anhand der vorliegenden Text-Entwürfe zu diskutieren. In einer abendlichen Plenarversammlung sollen die Ergebnisse dann zusammengetragen und versucht werden, zu einer gemeinsamen Bewertung der Präambelentwürfe von Seiten der Buntten/Alternativen zu kommen.

Ein Ergebnis könnte beispielsweise die gemeinsame Unterstützung des Darmstädter Textes vom 3.11. sein (möglicherweise an einigen Stellen modifiziert). Umgekehrt meint die AL Westberlin, eine solche Konzentration der Debatte schließe diejenigen Linken tendenziell aus, die bisher nicht am grün/bunt/alternativen Diskussionsprozeß teilgenommen haben. Die AL möchte am Samstag abend eine zweite Podiumsdiskussion (Arbeitstitel: „Außerparlamentarische Bewegungen und grün/bunt/alternativer Organisationsprozeß“) durchführen. Parallel dazu sollen Delegierte der Buntten und Alternativen Listen über die Präambelfrage beraten. Hier ist allerdings kritisch anzumerken, daß es — nach basisdemokratischem Verständnis — vollkommen richtig wäre, den BIs, Frauengruppen und anderen Initiativen gerade diejenigen Texte und Entwürfe vorzulegen, die für den grünen Parteibildungsprozeß relevant sind und ihre Meinung dazu einzuholen. Welchen Sinn hat es beispielsweise, allgemein über „Ökologie und Feminismus“ zu debattieren, wenn man sich nicht auch damit befaßt, daß die Frauenbewegung mit-

Fortsetzung auf Seite 4

Streik gegen Zerschlagung des NDR

Als erste Antwort auf den Abbruch der Verhandlungen über einen neuen NDR-Staatsvertrag, was die Zerschlagung des NDR bei zunehmender reaktionärer Ausrichtung der Nachfolgeanstalten zur Folge haben wird, beschloß der 11. Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) am 15. November den bundesweiten Warnstreik:

„Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der RFFU protestieren nicht nur gegen die Zerschlagung des NDR als Drei-Länder-Anstalt und gegen die dreisten Versuche, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem durch Privatisierung zu unterlaufen, sondern verleihen ihrer Entschlossenheit zu Kampfmaßnahmen Ausdruck:

Wir fordern den Hauptvorstand, den geschäftsführenden Vorstand und alle Vorstände aller Verbände auf, als erste Kampfmaßnahme gemeinsam einen bundesweiten Warnstreik vorzubereiten und einzuleiten. In der Zeit des Warnstreiks sollen weder Hörfunk- noch Fernsehprogramme ausgestrahlt werden.“

Damit werden zum ersten Mal in der Geschichte der lang andauernden Kämpfe um die Macht in den Medien der BRD die Mitarbeiter der Sendeanstalten aktiv eingreifen und — so lautet die Vorstellungen bisher — an einem Tag im Dezember die Sender dicht machen. Nicht nur die NDR-Kollegen werden streiken, sondern auch die in der RFFU organisierten Beschäftigten der ARD und des ZDF! Im RFFU-Verband-NDR finden in der Woche vom 19. - 23.11.79 in allen Verbandsgruppen, die entsprechend der verschiedensten Ar-

beitsbereiche strukturiert sind, Versammlungen statt, auf denen diskutiert wird, ob und wie gestreikt werden soll. Auf der Versammlung der Verbandsgruppe „Fernsehen“ am letzten Montag in Hamburg sprachen sich die 70 Anwesenden ausdrücklich für Streik aus.

Auf Grundlage dieser Versammlungen will der NDR-Verbandsvorstand dann am 26.11. entscheiden, ob im NDR noch gesondert gestreikt wird. Wie der bundesweite Solidaritäts- und Warnstreik im einzelnen letztendlich ablaufen soll, wird nicht in öffentlicher Debatte, sondern ausschließlich vom Hauptvorstand selbst auf einer außerordentlichen Versammlung Anfang Dezember entschieden.

Der vor allem im NDR mit einem „Endlich!“ begrüßte Streikbeschluß der RFFU wird von den Mitarbeitern des NDR dazu genutzt werden, endlich mal alte Rechnungen zu begleichen. Sie haben in den letzten Jahren nicht nur zunehmend politischen Druck erfahren, sondern müssen jetzt auch noch damit rechnen, daß die Zerschlagung des NDR ihren Arbeitsplatz gefährdet.

„Von einem Generalangriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sprach dann auch DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter, dem man nur noch durch eine Vorwärtsstrategie im medienpolitischen Bereich begegnen könne, auch wenn das erhebliche Anforderungen an uns selbst, an unsere Innovationsfähigkeit, unser Durchhaltevermögen sowie unsere Solidarität stellt. Und er sah sogar Bündnispartner in der CDU, nannte

die Namen Späth, Rommel und Geißler“ („FR“, 16.11.79).

Vetters „Bündnispartner“ Geißler honorierte diese Anbiederei nicht, sondern forderte als Gastredner (!!) auf dem Gewerkschaftstag, der „Überpolitisierung“ im NDR und dem „egalitären Mief“ im Programm müsse als erstrebenswerte Alternative Radio Luxemburg gegenübergestellt werden („FR“, 16.11.79). Noch ärger als die DGB-Führer treibt es die DAG: In einem Flugblatt vom 19.11 behauptet sie, daß „nach Einschätzung der Lage derzeit kein Grund“ gegeben sei, in den Streik zu treten. „Es darf keine Situation entstehen, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen der drei Bundesländer — erschwert oder gar unmöglich macht.“

Gerade umgekehrt ist es so, daß der eingeschlagene Weg aktiven Widerstands überhaupt erst Bedingungen schaffen könnte für die Erhaltung des NDR. Die DAG möchte dagegen den Herrn Albrecht, Stoltenberg und Klose keine Steine in den Weg legen. Der DAG sind als Antwort viele zurückgegebene Mitgliedsbücher zu wünschen.

Als Streiklösung gilt dagegen doch wohl ebenso wie auf der Demonstration der NDR-Kollegen am 6. November in Hamburg:

„Albrecht, Klose, Stoltenberg, Schluß mit dem Zerstörungswerk!“ „SPD und CDU, laßt den NDR in Ruhe!“

„Warten wir noch etwas länger, haben wir bald wieder Volksempfänger!“

Medienkommission

Aus dem Inhalt:

- | | |
|---|--|
| + aktuell | + Anti-Militarismus |
| Rudolf Bahro und das Entstehen einer neuen Partei | Zum Kongreß: Ökologie und Friedensbewegung S.23 |
| Abrechnung mit dem Marxismus S. 3 | + Frauen |
| + Wahlen | § 218: Frauen klagen an! S. 26 |
| Nach Offenbach: Grüne auf Abgrenzungskurs! S. 4 | Linke Anwälte verteidigen Vergewaltiger S. 25 |
| Bunte Liste Hamburg und GLH betonen Eigenständigkeit S. 5 | + Schwule/Lesben |
| Interview mit Gerhard Armanski S. 9 | Lesben am Arbeitsplatz S. 29 |
| + Anti-AKW | Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen S. 31 |
| Ärzte gegen Atomkraft S.10 | + Kultur |
| Prozeßberichte S. 10 | P.P.Zahl: Das Theater als unmoralische Anstalt S.33 |
| Indianer gegen Uran-Abbau S. 12 | + Aus Betrieb und Gewerkschaft |
| Industrie- oder Imperialismuskritik? S. 13 | 15.000 Lehrer streikten für Arbeitszeitverkürzung S.42 |
| + AntiFa | + Westdeutsche Linke |
| Antifaschistische Aktion S. 14 | Zahlreiche Artikel zur Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion S. 54-57 |
| VVN-Bundeskongreß S. 16 | ... „Gelbe Karte“ für die ZL S. 60 |

Militärische Intervention im Iran?

Drei Wochen nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch moslemische Gruppen ist die Bedrohung Irans durch die US-Imperialisten erheblich gewachsen. Den Gedanken spielen der proimperialistischen Hetzpresse, die unverhüllt zu militärischen Schlägen gegen den Iran riet, um so ein massives militärisches Eingreifen der USA propagandistisch vorzubereiten, folgten offene Kriegsdrohungen von regierungsamtlicher Seite. Gleichzeitig wurde der wirtschaftliche Boykott Irans eingeleitet.

Die US-Imperialisten haben bisher nur deshalb gezögert, militärisch einzugreifen, weil ein Überraschungsangriff wie in Entebbe oder Mogadischu auf Grund der Lage der amerikanischen Botschaft (mitten in Teheran) und einer antiimperialistisch eingestellten und größtenteils bewaffneten Bevölkerung nicht möglich ist und zwangsläufig umfassendere kriegerische Auseinandersetzungen nach sich ziehen würde, außerdem Verwicklungen mit der UdSSR bedeuten könnte.

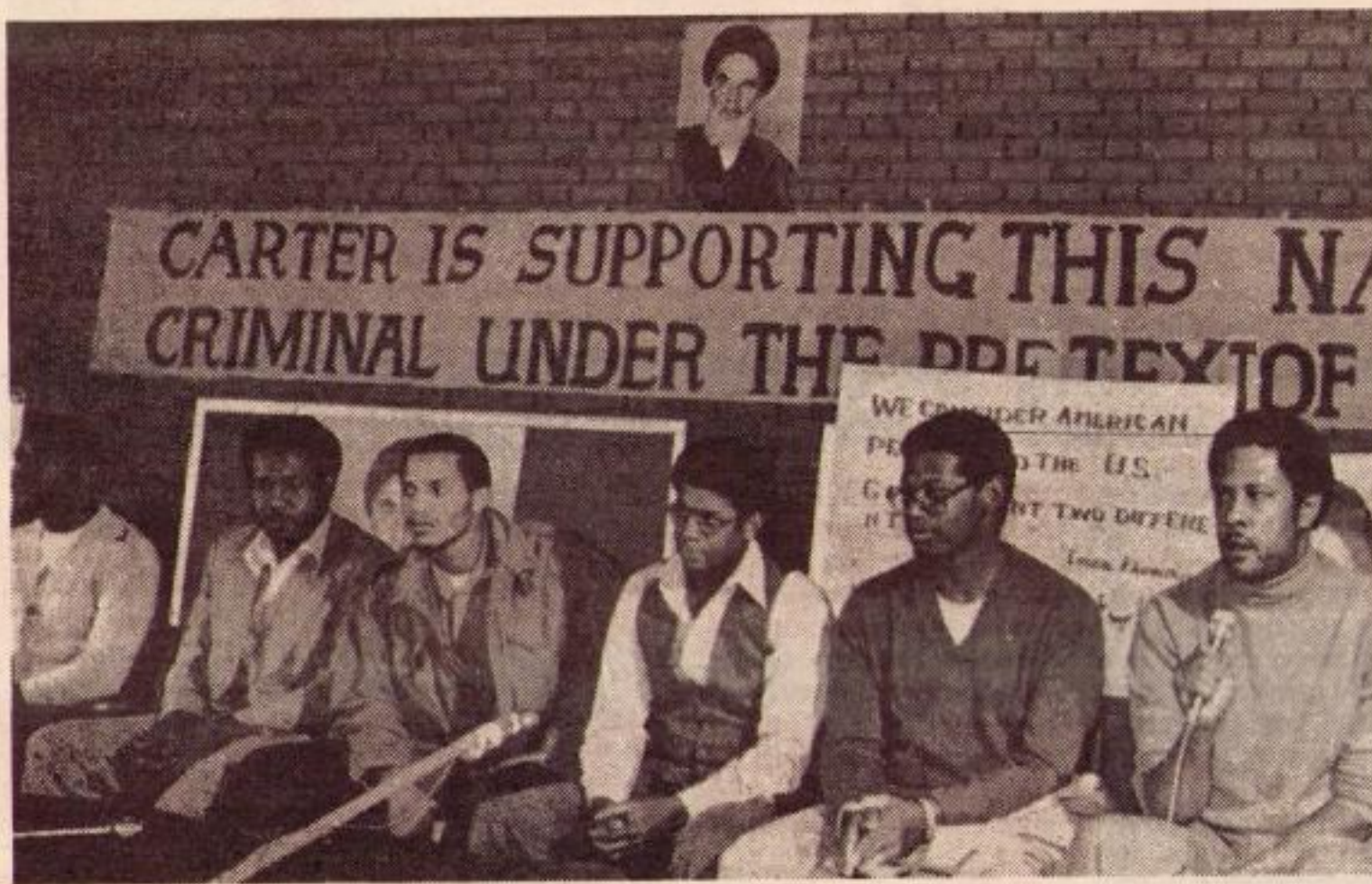
In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme bezeichnete Carter die Botschaftsbesetzung und die Geiselnahme als „Akt eines internationalen Terrorismus und der Erpressung“. Carter machte die Machthaber im Iran dafür verantwortlich und kündigte an, daß sie zur Rechenschaft gezogen würden („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 17.11.). Die USA suchten die friedliche Lösung, hieß es von regierungsamtlicher Seite. „Dies ist bei weitem vorzuziehen den anderen Mitteln, die den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen. Diese Mittel sind ausdrücklich anerkannt in der Satzung der Vereinten Nationen. Die Regierung des Irans muß den Ernst der Lage einsehen, die sie geschaffen hat“ („Neue Zürcher Zeitung“, 23.11.). Gemeint ist hier ausdrücklich das Recht auf Einsatz militärischer Mittel. Der rechtsradikale Republikaner Goldwater schlug vor, im Falle der Tötung der Geiseln sollen die USA die iranischen Erdölfelder besetzen und zerstören. Der als „Tauben“ bekannte Gouverneur McGovern äußerte: „Ich sehe keine Möglichkeit, daß unser Volk und unsere Regierung die Tötung von Amerikanern in diplomatischer Mission hinnehmen könnte, ohne daß die Streitkräfte mit einer ersten und schnellen Strafaktion zurückzuschlagen“ („Frankfurter Rundschau“, 23.11.).

Unterstrichen wurden diese Drohungen inzwischen durch die Entscheidung eines zweiten Flugzeugträgers in Richtung des Persischen Golfes sowie durch einen zweiten Flugzeugträger in Richtung des Persischen Golfes sowie von Beschlüssen, die militärische Präsenz der USA in diesem Gebiet zu verstärken. Gleichzeitig wurde mit wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen begonnen. Die Lieferung von Ersatzteilen für Kriegsmaterial wurde eingestellt, Käufe von iranischem Erdöl wurde untersagt, die Vermögenswerte Irans in den USA blockiert („NZZ“, 17.11.). Die Sperrung von Nahrungsmittelieferungen wird erwogen.

Die Eskalation des Konfliktes von Seiten der USA stand im Widerspruch zu der bisher um einen Kompromiß bemühten Haltung des jetzt für die Regierung verantwortlichen Revolutionsrates und auch Khomeinys. Ein deutliches Zeichen für den Willen der US-Imperialisten, dem Iran zumindest einen kalten Krieg aufzuzwingen, ist die Tatsache, daß die amerikanische Regierung sich nicht einmal dazu herabließ, den Aufenthalt des Schahs in den USA als nicht wünschenswert zu bezeichnen, geschweige denn, ihm die Ausreise nahezu legen. Das zeigt, daß es den USA gar nicht um die Befreiung oder das Leben der Geiseln geht und hat die iranische Regierung und Khomeiny zu härteren Standpunkten gezwungen. Der neuernannte Außenminister Bani Sadr erklärte zuletzt, daß über die Freilassung der Geiseln erst nach der Auslieferung des Schahs verhandelt würde. Khomeiny rief die Bevölkerung in allen islamischen Staaten dazu auf, die Niederlassungen der USA zu stürmen. Diese Radikalität ist neu und ein Zugeständnis an die von immer breiteren Schichten getragene antiimperialistische Stimmung, die zu einer seit den Februartagen nicht gekannten Unterstützung Khomeinys geführt hat.

Hintergründe der Botschaftsbesetzung

Bei den Botschaftsbesetzern handelt es sich um Angehörige der „Islamischen Bewegung des iranischen Volkes“ („Djama“). Die „Djama“ war mit drei Ministern an der Regierung be-



Geiseln werden der internationalen Presse vorgeführt.

teiligt (Gesundheit, Kultur, Post) und arbeitet u.a. mit der fortschrittlichen religiösen Organisation der Volksmodjahedin relativ eng zusammen. Die Besetzung der Botschaft war schon seit längerem geplant und erklärt sich aus einer scharfen Opposition zur US-freundlichen Politik von Teilen der Regierung, die vor allem durch den bisherigen Ministerpräsidenten Bazargan (von diesem Amt zurückgetreten, aber nach wie vor Mitglied des Revolutionsrates) und dem bisherigen Außenminister Yazdi getragen wurde. Um diese Ausrichtung der iranischen Politik gab es unter den neuen Machthabern scharfe Auseinandersetzungen, sie wurde auch von Khomeiny kritisiert. Unmittelbar vor der Botschaftsbesetzung traten die drei Regierungsmitglieder, die der „Djama“ angehören, aufgrund dieser Widersprüche zurück. Der Gesundheitsminister begründete seinen Rücktritt außerdem mit der Präsenz früherer SAVAK-Agenten in der Verwaltung.

Anlaß für die Botschaftsbesetzung waren offensichtlich die Gespräche, die Bazargan in Algerien mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Brzezinski führte. Das Anliegen der Botschaftsbesetzung war eindeutig, die Machthaber im Iran auf einen antiimperialistischen Kurs zu zwingen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die Forderungen der Besetzer gesehen werden, die ja nicht nur von den USA verlangen, den Schah auszuliefern, sondern auch von den iranischen Sicherheitsberatern. Das Anliegen der Botschaftsbesetzung war eindeutig, die Machthaber im Iran auf einen antiimperialistischen Kurs zu zwingen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die Forderungen der Besetzer gesehen werden, die ja nicht nur von den USA verlangen, den Schah auszuliefern, sondern auch von den iranischen Sicherheitsberatern. Das Anliegen der Botschaftsbesetzung war eindeutig, die Machthaber im Iran auf einen antiimperialistischen Kurs zu zwingen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die Forderungen der Besetzer gesehen werden, die ja nicht nur von den USA verlangen, den Schah auszuliefern, sondern auch von den iranischen Sicherheitsberatern.

Khomeinys „Unterstützung“

Khomeiny wurde von der Besetzungsaktion erst in Kenntnis gesetzt, nachdem die Aktion gestartet war. Er entschloß sich zu einer Unterstützung der Besetzung in einer für ihn sehr schwierigen innenpolitischen Situation. Seit Monaten war ein deutlicher Verlust seines Ansehens und seines Rückhaltes in der Bevölkerung zu verzeichnen. Nicht zu lösende wirtschaftliche Schwierigkeiten, steigende Arbeitslosigkeit, Abbau von Demokratie, Zwangsislamisierung aller Lebensbereiche, blutige Unterdrückung der nationalen Minderheiten, Willkür und Terror der islamischen Komitees und Revolutionsgarden hatten zu großen Einbrüchen bei seiner Anhängerschaft geführt. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung im Norden (Anzali und Rascht vor allem) und Revolutionsgarden hatten weitere Teile der iranischen Bevölkerung gegen die Zentralgewalt aufgebracht. In dieser Situation war nicht einmal mehr klar, ob die von der Expertenversammlung ausgearbeitete Verfassung, die am 2.12. der iranischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden soll, überhaupt noch eine Mehrheit erhalten würde. Selbst Vertreter in der Expertenversammlung schätzten die Zustimmung der Bevölkerung nur noch auf 50% für die Verfassung, in der ein islamischer Kontrollrat so weitgehende Machtbefugnisse hat, daß sowohl die Kompe-

tenzen der Regierung als auch die Rechte jedes Einzelnen jederzeit außer Kraft gesetzt werden können.

Khomeiny gab zwar offiziell seine Unterstützung für die Besetzer bekannt, was die Besetzungsaktion zu einem zwischenstaatlichen Konflikt werden ließ, betätigte sich jedoch gleichzeitig als Bremser der Aktion, ebenso wie der neue mächtige Mann der Regierung, Abolhassan Bani Sadr, der zusammen mit drei Ayatollahs die gesamte Regierung kontrolliert und selbst drei Ministerien (Außen, Wirtschaft, Finanzen) vorsteht.

Bani Sadr und kurz darauf Khomeiny, kündigten die Freilassung der weiblichen und farbigen Geiseln an und äußerten, daß, falls der Schah nicht ausgeliefert werde, den übrigen Geiseln der Spionageprozeß gemacht werde. Gleichzeitig wurde signalisiert, daß man sich auf Seiten der iranischen Regierung auch mit der Ausweisung des Schahs aus den USA zufriedengeben würde, wenn Iran das Vermögen des Schahs erhalte und über seine Verbrechen öffentlich verhandelt würde.

Diese Haltung wurde von Seiten der US-Imperialisten einfach ignoriert; auch als schließlich (verschiedene Vermittler Khomeinys konnten die Besetzer erst in zwei Tagen überzeugen, die ersten drei Geiseln freizulassen) alle Geiseln außer den männlichen Amerikanern freigelassen worden waren, sprachen die USA offiziell von einer Verschärfung des Konflikts, wenn Amerikanern freigelassen worden waren, sprachen die USA offiziell von einer Verschärfung des Konflikts.

Politik und Propaganda der US-Imperialisten sind ganz darauf ausgerichtet, das jetzige iranische Regime politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Knie zu zwingen und alle Maßnahmen vor der Weltöffentlichkeit gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Khomeiny liefert mit seinen Äußerungen für dieses Vorgehen der USA auch reichlich Munition. So äußerte er beispielsweise: „Wir sitzen auf den Ölfeldern, wir haben Öl. Die Welt braucht Öl. Die Welt will nicht die Vereinigten Staaten. Die Welt will nicht Carter. Sie will Öl. Solange wir Öl haben, werden die anderen Länder

uns respektieren ... Die Unterdrücker sehen die Welt nur aus ihrem Blickwinkel. Sie befinden sich in geistiger Umnachtung. Auf Grund dieser Krankheit zählen sie nicht die vielen Völker, die auch ein Teil der Welt sind. Wenn Carter auf seinem Präsidententhron sitzt und mit seinem kranken Geist die Welt betrachtet, dann sind einige wenige Minister und einige Leute wie er alles, was er sieht ... Carter versucht zuweilen, uns mit militärischen und wirtschaftlichen Drohungen einzuschüchtern. Er selbst weiß, daß er hier auf einem leeren Faß trommelt. Weder hat er die militärischen Kapazitäten, noch kann er sie einsetzen.“ („FR“, 22.11.).

Den US-Imperialisten ist es zwar gelungen, in Westeuropa und den USA eine Hetzstimmung ohnegleichen gegen das iranische Regime zu erzeugen, innenpolitisch jedoch sind Khomeiny und die jetzige Regierung unangreifbarer denn je geworden. Insbesondere scheint die Sowjetunion größeren Einfluß zu gewinnen.

Seit dem 19.11. ist von iranischer Seite jede Kritik gegen die UdSSR eingestellt worden, außerdem gegen Afghanistan und die revisionistische Tudeh-Partei. Die Sowjetunion hat sich bisher scharf gegen die militärischen Drohungen durch die USA ausgesprochen, wenn sie auch die Geiselnahme kritisiert hat.

Tudeh-Partei

Tudeh-Partei

Besonders die Tudeh-Partei scheint von der derzeitigen Situation zu profitieren. Die Zeitung der Tudeh-Partei „Mardom“ war als erste der verbotenen Zeitungen von den iranischen Machthabern wieder zugelassen worden. Der Generalsekretär der Tudeh-Partei, Kianouri, hat — wie nicht anders zu erwarten — unmittelbar nach der Botschaftsbesetzung erklärt, er sei ganz „auf der Linie des Imam“. Eine militärische Intervention der USA in Iran wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Imperialismus. Angesprochen auf die Tatsache, daß die iranische Regierung gerade einseitig den Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion von 1921 annulliert habe, antwortete Kianouri: „Die UdSSR hatten 1956 keinen Vertrag mit Ägypten, als sie England und Frankreich nukleare Repressionen androhte, um diese beiden großen Mächte zu verpflichten, ihre Truppen vom Suezkanal zurückzuziehen“. (Kianouri vergißt allerdings, daß damals auch die USA mitspielten, um den Einfluß Englands und Frankreichs zurückzudrängen) Und der iranische Botschafter in der Sowjetunion, Mokri, erklärte, daß die UdSSR im Falle eines militärischen Angriffes der USA „die Arme nicht verschränkt lassen“ werde („Le Monde“, 23.11.). Inzwischen scheinen die Revisionisten für das iranische Regime soweit hoffähig geworden zu sein, daß eine Delegation des Politbüros der Tudeh-Partei an der Seite der offiziellen Regierungsdelegation an den Verhandlungen mit den Kurden in Mahabad teilnehmen kann, um, wie Kianouri äußerte, „an dem Bau eines Friedens in Kurdistan mitzuwirken ... Unser Einfluß hat sich in den letzten drei Monaten beachtlich ausgeweitet, aber unglücklicherweise sind unsere Organisationsmittel nicht auf der Höhe unserer politischen Möglichkeiten“ (ebenda).

Es ist schon ekelhaft, von bisher mehr oder minder offenen Befürwortern des militärischen Vorgehens gegen die kurdische Bevölkerung

diese scheinheiligen Äußerungen zu hören. Die Grundlage für die plötzliche „Stärke“ der Tudeh-Partei ist allerdings nicht ihr gestiegener Einfluß an der Basis (z.B. hatten Anhänger der Tudeh-Partei in der demokratischen Partei Kurdistan, die eine kompromißlose Politik gegenüber der Zentralgewalt befürworteten, gerade eine Abfuhr erhalten), sondern die Tatsache, daß die Regierung versucht, die Tudeh-Partei gezielt für die Stärkung solcher Kompromisse einzusetzen. Außerdem scheint nach der letzten Regierungsumbildung der Einfluß derjenigen Strömung gewachsen zu sein, die eine Entwicklung zum Staatskapitalismus anstrebt. Diese Tendenzen waren schon immer die Grundlage für die kompromißlose Unterstützung der Sowjetunion für die Politik Khomeinys — nur kurz unterbrochen während des Verbots der Tudeh-Partei und bieten der Sowjetunion wohl auch real einige Einflußmöglichkeiten.

Linke und nationale Minderheiten

Die linken und revolutionären Organisationen haben sich zunächst kritisch distanziert geäußert. Am 16.11. führten verschiedene linke Organisationen, u.a. die Volksfedayin und die Demokratische Nationalfront, eine mehrstündige Kundgebung auf dem Gelände der Polytechnischen Universität durch. Die Geiselnahme wurde als verdienstvoller, aber ungenügender Akt eingeschätzt, die Maßnahmen der Regierung, von Bani Sadr angekündigt, seien zu schültern. Gefordert wurde der Abbruch aller Beziehungen zu den USA, die Verteidigung und der Ausbau der errungenen Freiheiten, entlart wurde die „antiimperialistische Demagogie der Kleinbourgeoisie“ (womit die jetzigen Machthaber gemeint sind) („LM“, 18./19.11.).

Mit dieser Kritik haben die iranischen Linken zweifellos recht. Bisher hat das iranische Regime den Kampf

Das neu im Reents-Verlag erschienene Buch „Iran — Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit“ wurde inzwischen im Iran von persischen Genossen übersetzt und soll dort schon im Handel sein.

gegen den Imperialismus vor allem im Munde geführt, während konkret und blutig der Kampf gegen demokratische Freiheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgenommen wurde. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die jetzigen Machthaber eine mumsrecht der völker aufgenommen wurde. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die jetzigen Machthaber eine konsequente antiimperialistische Politik führen werden. Khomeiny hat das auch schon sehr genau beschrieben. In einer Rede im Fernsehen äußerte Khomeiny, daß der jetzige Konflikt auf einen „Krieg zwischen Moslems und Ungläubigen“ hinauslaufe. „Die Moslems müssen sich erheben in diesem Kampf, der eher ein Kampf zwischen den Ungläubigen und dem Islam als zwischen Iran und Amerika ist, zwischen allen Ungläubigen und den Moslems. Die Moslems müssen sich erheben und in diesem Kampf triumphieren“ („FR“, 24.11.).

Damit sind die Linken — und nicht so sehr Khomeiny — erstmalig in der Zwickmühle. Khomeiny konnte, vor allem auch angesichts der konkreten Bedrohung durch die USA, enorm an Einfluß gewinnen und durch seine Unterstützung der Besetzung sein anti-amerikanisches Image aufpolieren. Der neugewonnene Einfluß wird zweifellos den jetzigen Machthabern zur Durchsetzung ihrer Politik dienen, zu der, wie seit dem Februar hinreichend bewiesen, die Unterdrückung jeder Opposition und die Abschaffung demokratischer Rechte gehört.

Andererseits können die Linken selbstverständlich nicht umhin, die Ansätze einer antiimperialistischen Politik, die durch die Botschaftsbesetzung und den Druck der Massen auf die Machthaber im Iran, vorhanden sind, zu unterstützen, gerade angesichts der realen Bedrohung durch die USA. Die Linke steht damit unter einem erheblich politisch-ideologischen Druck.

Die Volksfedayin haben am 21.11. vor der US-Botschaft in Teheran ein Flugblatt zur Unterstützung Khomeinys verteilt, auch von anderen Organisationen wird der „Antiimperialismus“ Khomeinys nicht mehr öffentlich als „Farce“ bezeichnet. In Mahabad, der kurdischen Provinzhauptstadt, fand eine antiimperialistische Kundgebung von mehr als 100000 Menschen statt, in der erstmals Khomeiny-Rufe laut wurden. Nahost-Kommission

„Demokratie für den Iran, Selbstverwaltung für Kurdistan...“

IRAN
Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?

30 Interviews mit der Opposition
Vorwort: Behnam Hürumand

ISBN 3-88305-008-3

mit über 30 Interviews mit bedeutenden Persönlichkeiten und Politikern der Opposition — mit bisher teilweise erstmals in der BRD veröffentlichten Foto-Dokumenten.

* Abdul Rahman Ghassemlou

j.reents-verlag lerchenstr.75 2 hh 50

DM 17

Abrechnung mit dem Marxismus?

Rudolf Bahro hat sich, kaum aus DDR-Haft in der BRD angekommen, voll ins politische Getümmel geworfen. Stellte er sich anfangs nur die bescheidene Aufgabe, die zersplitterte Linke der BRD zu einer sozialistischen Bewegung „zusammenzuführen“, so arbeitet er mittlerweile schon an der Verschmelzung von Rot und Grün, von Sozialismus und Ökologismus, unter Einbeziehung des Christentums. Schon hat er die Formel vom „historischen Kompromiß“ ausgesprochen, den es mit allen „verantwortlichen Menschen“ zu schließen gelte, um „unsere westeuropäische Zivilisation“ und die „Weltzivilisation“ insgesamt zu retten und um die „allgemeine Emanzipation des Menschen – Mann und Frau – voranzubringen“.

Da Bahro mit seinen Thesen eine nicht unbedeutende ideologische Strömung konzentriert, und da diese Strömung Aussichten hat, sich in der BRD konkurrierend dem wissenschaftlichen Sozialismus gegenüberzustellen, verdienen diese Thesen und die damit möglicherweise verbundenen organisatorischen Schritte größte Aufmerksamkeit.

In diesem Artikel soll versucht werden, einige Grundzüge von Bahros Thesen darzustellen.

Bahro und die Sozialisten

Bahro selbst bezeichnet sich als Sozialist und Marxist. In seinen ersten Äußerungen nach Ankunft in der BRD bezog er sich vor allem auf die sozialistischen Kräfte: Man müsse, „was so zersplittert ist auf der linken Szene, zusammenführen“. Es gehe um die „Organisierung der sozialistischen Kräfte“ (1). Er sei allerdings nicht dafür, sofort eine Partei zu gründen, sondern er wolle die linke Bewegung, die „linke Szene“, in einen gemeinsamen Diskussionsprozeß bringen. Auf keinen Fall wolle er eine Festlegung auf „traditionelle Organisationsformen“ (2). Er wisse allerdings selber nicht, wie eine solche Bewegung zu organisieren sei. Darüber wolle er „in den nächsten Wochen und Monaten mit den Genossen und Freunden reden, mich hören lassen und anhören“ (3).

Zur ideologischen Plattform einer solchen „sozialistischen Bewegung“ erklärte Bahro: Die „zahlreichen linksorientierten Gruppen und Gruppenchen“ der BRD würden alle „sehr an jeweils bestimmten tradierten Theorie-Fragmenten verschiedenster Art“ hängen, über die man sich „endlos streiten“ könne. Nötig sei es deshalb, „eine Konzeption zustande zu bringen, die vorn vor allen diesen Streitpunkten liegt“ (3).

Diese These Bahros erinnert in der Formulierung an ähnlich unpräzise Äußerungen aus dem „grünen“ Lager wie etwa: „Es geht nicht um links oder rechts, sondern um unten gegen oben“ (4) oder: „Die Grünen stehen nicht links und nicht rechts, sondern weit vorn“ (5).

Auf dem grün/bunten Kongreß in Offenbach erläuterte Bahro seine Vorstellungen zur „Konzeption“: „Der bisherige sozialistische Ansatz“ sei „zu eng geworden“. „Der Sozialismus ist heute weit mehr und muß weit mehr sein als eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung überkommenen Stills“. Es gehe um einen „neuen Begriff von Sozialismus“ – „zurückreichend zu ... Marx ... und noch weiter zurück in das breite Spektrum der utopischen Sozialisten und Kommunisten des 18. und 19. Jahrhunderts“ (6).

Es wirkt in der Situation der BRD, und speziell auch vor dem Hintergrund von Offenbach, ein wenig makaber, wenn Bahro sagt, der Sozialismus müsse heute mehr sein als nur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Denn der Sozialismus in der BRD krankt ja gerade daran, daß er noch viel zu wenig Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist. Der Grundgedanke Bahros scheint zu sein, den Sozialismus zu lösen vom Klassenkampf und diesen der „Rettung der Weltzivilisation“ unterzuordnen. Ähnliche Überlegungen sind auch von linken „Grünen“ wie Rudi Dutschke zu hören: „... in der wichtigsten Frage herrscht Einheit“ (innerhalb des „grünen“ Lagers). „Alle wissen, daß der Weiterbestand der Gattung in Frage steht. Es geht nicht nur um ein Klasseninteresse. Diese neue Dimension eines Gattungsbedürfnisses und der Verteidigung der Interessen der Gattung ist das entscheidend Neue“ (7).

Evolution statt Revolution

Bahro vertritt die These, daß das kapitalistische System nur „evolutionär transformiert werden kann“ (nicht auf dem Wege der Entwicklung, nicht durch einen gewaltsamen Umsturz); es gehe um eine „friedliche, demokratische Revolution gegen das Monopolkapital“ (3).

Wie weit Bahro sich dabei vom Marxismus-Leninismus und den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung entfernt, zeigen vor allem seine Thesen zum Staat: Bahro sagt, daß heute „an der Staatsfrage die Unterscheidung zwischen Reform-

mus und Revolution nicht mehr zu machen“ sei. Es gehe nicht mehr darum, den Staatsapparat zu zerschlagen (das war eine wesentliche These von Marx und Lenin!); es gehe nicht einmal mehr darum, den Staat „in Besitz zu nehmen“. Sondern: „Es muß uns gelingen, die monopolistische Lobby von der Staatsmaschine, die ja gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, zu isolieren ...“ (8).

In Offenbach sagte Bahro: „Man muß eine Politik entfalten, wie man langfristig die Staatsmaschine in das Instrument der sozialen Kontrolle über alle monopolistischen Sonderinteressen verwandeln könnte. D.h. man muß eine Massenbewegung ... als Keil zwischen den Staatsapparat ... und die monopolistischen Lobbys aller Art treiben. Dann kann dieser Apparat in einer neuen Richtung arbeiten, die ihm von den Mehrheitsinteressen vorgeschrieben wird“ (6).

Bahro geht hier wesentlich weiter als andere Theoretiker des Revisionismus, die immerhin noch von der Notwendigkeit einer – wenn auch friedlichen – „Eroberung“ des Staatsapparats ausgehen. Die Frage des Staates und damit der politischen Macht, die für den wissenschaftlichen Sozialismus stets eine zentrale Frage war, rückt in den Überlegungen Bahros anscheinend an einen untergeordneten Platz.

Bahro und die „Grünen“

„Alles, was betroffen ist von dem Zerstörungsprozeß unserer Zivilisation, ... muß in den historischen Kompromiß rein“, sagt Bahro. (8)

Eine besondere Rolle scheinen dabei in Bahros Überlegungen die „Grünen“ zu spielen: „Die Grünen meinen schon jetzt mehr als nur den ökologischen Aspekt ... Sie wollen die allgemeine Emanzipation des Menschen – Mann und Frau; sie wollen alle Verhältnisse umwerfen, unter denen der Mensch ein erniedrigtes und beleidigtes Wesen ist“. „Grün und rot gehen also jedenfalls gut zusammen“ und die Diskussion zwischen „Grünen“ und Sozialisten werde „zusammenbringen, was vor der Geschichte und vor allem vor der Zukunft zusammengehört“ (6).

Bahro übernimmt wesentliche Thesen des Ökologismus und der linken „Grünen“: So insbesondere die These, „wir“ müßten „weg vom Ansameln materiellen Wohlstands“ (6), was den Formeln der „Grünen“ vom „Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens“ und von der „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ entspricht. (9) Bahro kommt so zu einer Abwertung der „inneren Klassenkämpfe um den Reallohn“ und der „Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung überkommenen Stills“ (6).

Tatsächlich wird man finden, daß in Bahros verschiedenen Äußerungen seit Ankunft in der BRD zwar von einer Verbindung zu „Grünen“, Christen, Liberalen die Rede ist, aber nicht von einer Verbindung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Ist dieser Umstand etwa darin begründet, daß Bahro diesen Bereich als Domäne der SPD respektiert? Jedenfalls wird in der BRD keine Bewegung dauerhaft und grundsätzlich etwas erreichen, die nicht den Bezug zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schafft. Und dieser Bezug ist nicht zu erreichen über Formeln, die zumindest als „Maßhalte“-Appelle an die Werktätigen interpretierbar sind.

Darüber hinaus macht Bahro einen offensichtlichen Fehler, den „Grünen“ pauschal zu unterstellen, sie würden für die allgemeine Emanzipation des Menschen, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und letztlich für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen eintreten. Die

hier fehlende Differenzierung zwischen den sehr unterschiedlichen (z.T. eindeutig reaktionären) Bestandteilen des „grünen“ Lagers geht möglicherweise auf schlechte Ratgeber oder auf Unkenntnis dieser Bewegung zurück.

Bahro und die Christen

Neben den „Grünen“ erscheinen auch die Christen als wichtiger Ansprechpartner für Bahros Thesen: „Christen, ja Kirchen nehmen jetzt in allen wirklich für das Schicksal unserer Zivilisation entscheidenden Fragen eine Haltung ein, die sich gegen die Auswirkungen des herrschenden ökonomischen Systems richtet“. „Die Erfahrung mit dem Wohlstand hat uns neu gelehrt, daß das Bedürfnis nach irgendeiner Art religiöser Transzendenz eine menschennatürliche, innerweltliche Angelegenheit ist, eine psychische Realität ... Und unstrittig war Christus in dieser Zivilisation der erste Lehrer unseres letzten Ziels, der erste Lehrer der allgemeinen Emanzipation des Menschen“ (6). Bahro stellte dies unter die These „Wir Sozialisten brauchen die Christen“ (6). Schon früher schrieb Bahro: „Beispielsweise müssen die Kommunisten ... unbedingt mit den neueren Entwicklungen in der christlichen Bewegung rechnen. Es wird mehr und mehr zum Allgemeingut aller denkenden Christen, daß der historische Materialismus von Marx ein unentbehrliches Instrument ist, um den tiefen Umbruch der Verhaltensweisen real zu ermöglichen. Die Marxisten ihrerseits werden die aktuelle Bedeutung jenes ethischen Provokationsprinzips begreifen, das in der Bergpredigt Jesu Christi liegt“ (10).

Aus Bahros Äußerungen wird hinreichend klar, daß er unter seinem „Sozialismus“ in Wahrheit eine Verschmelzung von Bestandteilen des wissenschaftlichen Sozialismus mit Theorien und Versatzstücken aus der „grünen Bewegung“, christlichen Erwartungen und Moralansprüchen u.a.m. versteht.

Bahro und die SPD

Sehr interessant ist Bahros Verhältnis zur SPD. Kurz nach seiner Ankunft in der BRD antwortete Bahro auf die Frage, ob er in die SPD eintreten wolle: „Es wäre ein horrender Fehler, in die SPD zu gehen. Das würde ja alles enttäuschen, total enttäuschen, was jetzt hier auf mich hofft“ (3). Also keine grundsätzliche, sondern eher eine taktische Überlegung? ... Ebenfalls wenige Tage nach seiner Ankunft in der BRD traf Bahro mit Willy Brandt zusammen und ließ sich von diesem vor einer „überleitenden Parteigründung“ warnen. Der altersweise Brandt meinte, „Bahro könne sich noch keine Vorstellungen von den Schwierigkeiten machen, die zerstritten linken Gruppen zusammenzuführen“ (11).

Verschiedentlich hat Bahro davon gesprochen, daß es für ihn ein zentrales Anliegen sei, 1980 einen Wahlsieg zu erringen.

Verschiedentlich hat Bahro davon gesprochen, daß es für ihn ein zentrales Anliegen sei, 1980 einen Wahlsieg von Strauß zu verhindern. Die mit einem Wahlsieg von Strauß verbundene „psychologische Rechtsverschiebung“ müsse auf jeden Fall verhindert werden. (3). Dies gelte es auch im Wahlkampf 1980 zu beachten, woraus sich die noch bestehende Distanz von Bahro zu den „Grünen“ ergibt. Bahro läßt die Möglichkeit einer Wahlempfehlung für die SPD 1980 vorerst offen. In Offenbach versuchte er, auch die „Grünen“ und „Bunten“ für eine solche Haltung zur SPD zu gewinnen: Man solle gegenüber der SPD „einstweilen noch vieles offenlassen“. SPD und CDU/CSU an der Regierung seien nicht gleichzusetzen. Die alternative Wahlbewegung müsse „auch sehr verantwortungsbewußt die parteipolitische Konstellation überlegen“, wobei Bahro andeutete, daß ein Wahlsieg von Strauß die Kriegsgefahr erheblich verschärfen würde. (6)

Im Zusammenhang mit seiner Vorstellung über eine „sozialistische Bewegung“ in der BRD erläuterte Bahro, daß diese als möglicher „Partner für die SPD“ zu begreifen sei. (3) Das Verhältnis dieses „Partners“ zur SPD stellt Bahro unter das Motto: „Kritische und allerdings effektive Herausforderung an die sozialreformistische Strömung – ja! Ressentimentgeladene Konfrontation mit ihr – nein!“. (6). „Die Frage der SPD ist weitestgehend die Frage des allgemeinen politisch-psychologischen Kräfteverhältnisses in der BRD. Wir müssen den genügend langen Atem und die genügend große, genügend tiefe Konzeption haben, es zu ändern. Dann ändern wir vielleicht die SPD mit“. (6).

Zusammenführen oder liquidieren?

Absicht und Wirkung sind zweierlei. Über Bahros Absichten zu spekulieren, wäre sinnlos. Über die Wirkung seiner Thesen, über die sich daraus für die Linke ergebenden praktischen Konsequenzen muß allerdings gesprochen werden.

Bahro hat davon gesprochen, die sozialistischen Kräfte in der BRD „zusammenzuführen“. Tatsache ist zum einen, und auch davon sprach Bahro, daß die sozialistischen Kräfte der BRD heute zersplittert und uneinig sind. Tatsache ist ebenso, daß sich heute neben den etablierten bürgerlichen Parteien eine neue Partei formiert, die sozialistische Elemente allenfalls neben verschiedensten anderen Elementen enthalten wird. Die sozialistischen Kräfte stehen somit vor der Alternative, sich entweder in diese „grüne“ Partei aufzulösen oder aber ihre organisatorische und politisch-ideologische Identität gegenüber einer solchen Partei zu bewahren. Würde es dazu kommen, daß sich relevante Teile der heutigen kommunistischen und sozialistischen Gruppen in eine solche „grüne“ Partei auflösen, wäre auf längere Zeit nicht mit dem Zusammenkommen einer sozialistischen Bewegung in der BRD zu rechnen, sondern nur mit einer heterogen zusammenge-setzten „grünen“ Bewegung, in der allenfalls einige Versatzstücke des Marxismus noch mit konservativen, ökologischen u. a. Ideologien koexistieren könnten.

Welche Antworten gibt Bahro auf dieses Dilemma?

– Organisatorisch: Unklarheit über die organisatorischen Perspektiven der Linken. Angriff auf bestehende „traditionelle Organisationsformen“. In der Konsequenz Desorganisierung der sozialistischen Linken.

– Ideologisch: Verschmelzung marxistischer Elemente mit Ökologismus, Christentum, Liberalismus usw.

– Politisch: Orientierung an der SPD als Hauptkraft eines „historischen Kompromisses“ in der BRD.

Nach alledem laufen Bahros Thesen leider keinesfalls auf ein Zusammenführen der sozialistischen Linken hinaus, sondern im Gegenteil auf die Liquidierung der heute bestehenden kommunistischen und sozialistischen Organisationsansätze.

Eine solche „Bewegung“, die bewußt auf „traditionelle Organisationsformen“ verzichtet und politisch-ideologisch eine trübe Mischung darstellt, wäre ein Spielball der SPD. Von einer solchen „Bewegung“ könnte längerfristig kein Widerstand gegen die Integrationsmanöver der SPD ausgehen. Durch ihre „grüne“, teilweise direkt der Arbeiterbewegung entgegengesetzte Ausrichtung („Maßhalte“-Appelle) wäre zudem gesichert, daß sie nicht ernsthaft in die Massenbasis der SPD einbrechen könnte.

Man mag über die bestehenden sozialistischen und kommunistischen Massenbasis der SPD einbrechen könnte.

Man mag über die bestehenden sozialistischen und kommunistischen Organisationen der BRD viel Schlechtes sagen, aber man sollte ehrlich genug sein, um sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß es immerhin im wesentlichen diese Organisationen gewesen sind, die seit der APO für eine gewisse linke Kontinuität gesorgt haben und die immer wieder stabilisierend und organisierend in die spontan entstehenden Bewegungen eingegriffen haben.

Wird der Fehler der APO wiederholt?

Spätestens das Entstehen der APO 1967 stellte die Frage einer sozialistischen Partei für die BRD auf die Tagesordnung. Für eine solche Partei läßt die rechtsdriftende Politik der SPD eine große objektive Lücke.

Dieses zentrale Kettenglied wurde von der APO nicht erfaßt. Das lag nicht zuletzt daran, daß einflußreiche Führer dieser Bewegung mit pseudoradikalen Phrasen gegen eine sozialistische Organisation, zumal gegen eine linke Konkurrenzpartei zur SPD, anlickten. Große Teile der APO ließen sich davon überzeugen, daß „traditionelle Organisationsformen“ und „hierarchisch aufgebaute Parteien“ der Untergang der „Bewegung“ sein würden. Das Ergebnis war die Integration des größten Teils der APO in die SPD. Rund zehn wertvolle Jahre sind durch diese Entwicklung weitgehend „verschenkt“ worden.

Die spontanen Bewegungen haben aus diesen Erfahrungen gelernt. Beteiligung an Wahlen und auch parteimäßige Organisation außerhalb der

etablierten Parteien, sind heute nicht mehr der letzte Horror. Es fragt sich aber, ob massenhaft schon gelernt worden ist, um zu begreifen, daß keine heterogen „grüne“, sondern nur eine eindeutig sozialistische Partei eine relative Autonomie gegenüber den Integrationsmanövern der SPD (und FDP) wahren könnte. Es könnte sein, daß erst die Enttäuschung an dem Unternehmen der „grünen“ Partei nötig ist, um massenhaft einen weiteren Schritt in der historischen Entwicklung nach vorn zu machen.

Es ist historisch logisch, daß sich heute bei der sich formierenden „grünen“ Partei prominente Personen einfinden, deren wichtigste Funktion in den vergangenen 10 Jahren darin bestanden hat, die Verhinderung einer sozialistischen Partei links von der SPD zu organisieren – Rudi Dutschke, Heinz Brandt, jetzt anscheinend auch Jochen Steffen. Es ist ebenso historisch logisch, daß sich Rudi Dutschke und Heinz Brandt neben Gruhl und Springmann zu den lautstärksten Agitatoren für eine Aussperrung der „K-Gruppen“ gemacht haben. Das Manöver, das hier unternommen wird, zielt auf die Liquidierung der sozialistischen und kommunistischen Organisationen, einschließlich des SB: Die Linken sollen teils durch die „grüne“ Partei aufgesaugt, der Rest zur Bedeutungslosigkeit ausserhalb der Massenbewegungen isoliert werden. Am Ende würde das, was an antikapitalistischer Bewegung in Gange gekommen ist, wieder unter den Einfluß der SPD geraten. Dies wäre vor allem dann der Fall, wenn die SPD durch einen Wahlsieg von Strauß als Oppositionspartei wieder Spielraum für eine „linkere“ Politik gewinnen würde.

Diese Entwicklung trifft die Organisationen der „neuen Linken“ in einer ersten Krise. Der Selbstbehauptungswille gegenüber den sich hier abzeichnenden Gefahren ist sehr geschwächt. Erst kürzlich hat eine Gruppe von ca. 20 Genoss(innen) („Kritik-Fraktion“) den KB verlassen, um schnurstraks zu den „Grünen“ überzulaufen, wo sie sofort organisatorische und agitatorische Aufgaben übernommen haben. Piet. von der „Kritik-Fraktion“ hat im AK 164 und 165 programmatische Gedanken entwickelt, die in ihrem Wesen den Thesen von Bahro sehr nahekommen. Daß diese Gruppe die letzte bleibt, die aus dem KB zu den „Grünen“ überläuft, kann nicht vorausgesagt werden, obwohl derzeit solche Strömungen nicht offen im KB auftreten, seit die „Kritik-Fraktion“ das Feld geräumt hat.

Ähnlich, womöglich noch weitgehender, hat auch die „KPD“ mit einem innerorganisatorischen Sog zu den Grünen zu kämpfen. Die „KPD“-Spitze selbst hat zudem offiziell und öffentlich das Signal zum Ausverkauf des Marxismus-Leninismus gegeben. Diktatur des Proletariats und demokratischer Zentralismus sind schon über Bord, dafür stehen Modelle des „historischen Kompromisses“ und „revisionistischer Zentralismus“ schon über Bord, dafür stehen Modelle des „historischen Kompromisses“ und revisionistischen Ideologen hoch im Kurs. Das Scheitern der „marxistisch-leninistischen Bewegung“ scheint für die „KPD“-Spitze bereits festzustehen.

Nur als einheitlich handelnde, auf Solidarität und Vertrauen aufgebaute Organisation könnte der KB die Chance haben, sich dem Sog nach rechts und der Liquidierung der sozialistischen und kommunistischen Organisationsansätze entgegenzustellen. Das kann, wie im Falle der „Kritik-Fraktion“ auch bedeuten, daß man sich – zumindest zeitweise – von Genoss(innen) trennen muß, mit denen eine solche politisch lebenswichtige, Geschlossenheit nicht mehr möglich ist.

Kt., AK-Redaktion

Anmerkungen

- 1) Diskussion zwischen Bahro und Biermann, „TAZ“, 5.11.79
- 2) Pressekonferenz mit Bahro, „TAZ“, 23.10.79
- 3) „Spiegel“-Interview, 22.10.79
- 4) Der Bremer „Grüne“ Olaf Dinne, zit. nach „Spiegel“, 15.10.79
- 5) Herbert Gruhl (ehem. CDU), zit. nach „Welt“, 5.11.79
- 6) Rede Bahros auf dem Offenbacher Kongreß
- 7) Interview mit Rudi Dutschke, „TAZ“, 9.10.79
- 8) Interview mit Bahro, „Was tun“, 1.10.79
- 9) Präambel-Entwurf der grün-bunten Programm-Kommission
- 10) Bahro: „Sechs Vorträge über das Buch ‚Die Alternative‘“. In: R. Bahro – Eine Dokumentation“, EVA 1977, S. 15
- 11) Laut „Spiegel“, 29.10.79

Nach Offenbach: Grüne auf Abgrenzungskurs

Schon vor Offenbach hatte sich mit der Gründung von Landes- und Kreisverbänden der Grünen in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie vereinzelter Kreisverbände in anderen Bundesländern eine gewichtige Orientierung bei den grünen Organisationen auf eine rein ökologisch orientierte Partei mit Unvereinbarkeitsklauseln und einer Absage an alternative bzw. bunte Konzeptionen herausgeschält. Diese Entwicklung war in den Bundesländern direkt oder mittelbar durch den Vorstand der SPV - die Grünen, durch alle größeren grünen Parteien, vor allem GAZ und AUD initiiert oder mitgetragen worden. Eine gewisse Ausnahme bildete hier nur die GLU, die beschlossen hatte, erst nach Offenbach bei der Gründung grüner Landesorganisationen voll einzusteigen.

Es sei daran erinnert, daß z. B. die Grünen-Saar jedem Beitrittswilligen mit dem Aufnahmeantrag folgende Erklärung zur Unterschrift vorlegen: „Ich erkläre, keiner anderen Partei oder parteiähnlichen Organisation anzugehören. Ich bekenne mich ausdrücklich zur ökologischen Ausrichtung als dem obersten Grundprinzip der Partei Die Grünen. Die Bewahrung des Lebens dieser Erde und der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen und insbesondere auch für die kommenden Generationen sehe ich als alles übergreifende Aufgabe an. Diese Aufgabe soll gemäß den drei übrigen Grundsätzen — gewaltfrei, basisdemokratisch, sozial — verwirklicht werden.“

In der Satzung in Baden-Württemberg werden dem Vorstand Machtbefugnisse zur Auflösung mißliebiger

Kreisverbände zugestanden, wie sie ansonsten nur bei den etablierten Parteien formuliert worden sind: „Ein Verband wird aufgelöst, wenn dies notwendig ist, um unter den vorher genannten Voraussetzungen schweren Schaden von der Vereinigung abzuwenden. In besonders dringenden und schwerwiegenden Fällen kann bei Gefahr im Verzuge der Landesvorstand oder der Bundesvorstand den Vorstand eines nachgeordneten Gebietsverbandes vorläufig amtsentheben.“

Diese Beispiele ließen sich durch inhaltliche und satzungsmäßige Aussagen aus Bayern und Rheinland-Pfalz ergänzen. Insgesamt trägt die „Südschiene“ der vor Offenbach gegründeten Organisationen den Stempel starker Rechtslastigkeit. In Offenbach wurde von den Grünen die Gründung der Bundespartei für Januar beschlossen. Diese Gründung soll nur durch von den grünen Landes- und Kreisverbänden gewählten Delegierten durchgeführt werden. Damit wurde für die Zeit nach Offenbach die Marschroute auf Gründung weiterer Landesverbände, zudem unter dem zeitlichen Druck der geringen Spanne bis zum 12. Januar 1980, festgelegt.

Gründung unter Ausschuß der Öffentlichkeit

Diese Marschroute hat zu ersten greifbaren Resultaten geführt. In Bremen wurde ein grüner Landesverband klammheimlich aus der Taufe gehoben. Zugewand war nur der engere Kreis der Bremer „Grünschnäbel“, die zumindest nicht so grün hinter den Ohren sind, daß ihr Gründungsakt nicht auch den Parteiführern aus den etablierten Parteien alle Ehre machen würde. Das ging selbst dem „taz“-Kommentator, der vorher für die Bremer Grünen kräftig getrommelt hatte, über die Hutschnur. Er kritisierte immerhin: „Es paßt in das selbe Bild, wenn die Bremer Grünschnäbel einen grünen Landesverband gründen, ohne vorher mit ihrem linken Unterstützerkreis diskutiert noch diesen zur Gründung selbst eingeladen zu haben“ („taz“, 20.11.79).

Klar, daß dieser Landesverband Doppelmithgliedschaft ausschließt und sich nach links überdeutlich abgrenzt. Zudem wollen die Bremer Grünen dafür Sorge tragen, daß ihr „Bremer Modell“ bundesweit Schule macht. Direkte Antwort auf die Bremer Gründung kam von der GLSH in Schleswig-Holstein. Sie begrüßte den Schritt der Bremer und lobte ihr Modell. Die GLSH will sich auf einer Landesmitgliederversammlung am 2.12. in einen Landesverband der Grünen umbenennen. Verhandlungen mit der LDU über einen grünbunten Landesverband werden von der GLSH strikt abgelehnt.

In NRW kam es am 21.11. bei einem landesweiten Treffen der Grünen und Bunten in Waltrop zum Eklat. Zwar konnte zunächst eine gemeinsame Debatte über die Landtagswahl und die Struktur und Inhalte einer Gründung begonnen werden. Da sich die Grünen aber in einer Minderheit befanden, erklärten sie Diskussion und Beschlüsse auf dieser Konferenz als für sie unverbindlich.

Gegenüber dem WDR gaben die Mitglieder der Landesgeschäftsstelle der Grünen SPV/NRW, Fondermann, Knecht, Trabitsch dann folgende Erklärung ab: „Die Grünen stellen fest, daß sie in die Minderheit geraten sind. Sie halten die Beschlüsse dieser Konferenz nicht als Beschlüsse ihrer Basis und insofern nicht bindend. Alle sollen aufgefordert werden mitzuarbeiten. Die Grüne Partei soll gegründet werden“ („taz“, 23.11.79). Gründungstermin soll der 15./16.12. in Dortmund sein. Unklar ist noch, inwiefern die gesamte GLU/NRW hier mitziehen wird, da aus den Reihen der GLU auch Kritik an der rein grünen Gründungsstrategie laut wurde.

Ein besonders schönes Beispiel „basisdemokratischer“ Orientierung lieferten in West-Berlin 15 Mitglieder der SPV — die Grünen, die am 15.11. einen Landesverband Berlin-West — Die Grünen beim Landeswahlamt anmeldeten. Programm und Satzung mit dem ausdrücklichen Verbot von Doppelmithgliedschaften war beigefügt. Den Vorstand bilden Veronica Desara, Brigitte Heynemanns und Eckehart Schöttler. Ein pikanter Nebenaspekt der Gründung in West-Berlin liegt auch darin, daß eine Reihe Berliner Mitglieder der SPV, darunter die Verantwortliche für die Berliner Informationsstelle der SPV, Eva Quistorp, über die Gründung nicht informiert worden waren (laut „taz“ vom

20.11.). Gegenüber der „taz“ rechtefertigte das frischgebackene Vorstandsmitglied Schöttler die Geheimgründung mit der Erklärung: Die Vollziehung der Gründung sei in dieser Form notwendig geworden, „damit man uns nicht überhört“. Schöttler versteht die Gründung als Aktion der Basis, die sich von der bundesweiten Entwicklung an die Wand gedrückt fühle (laut „taz“ vom 20.11.).

In Niedersachsen soll ein Landesverband der Grünen am 8.12. aus der Taufe gehoben werden. Dazu liegt eine zwischen GLU Landesvorstand, der AUD und der GAZ abgesprochene „Mustersatzung“ für Kreisverbände vor. Unvereinbar ist nach § 4 die Mitgliedschaft bei den Grünen und die „gleichzeitige Mitgliedschaft in sowie die Tätigkeit oder Kandidatur für eine andere politische Partei“. In der niedersächsischen Satzung finden sich auch tatsächlich Elemente von Basisdemokratie, z. B. in der Bestimmung: „Alle Vorstandsitzungen sind mitgliederoffen. Jede Mitgliederversammlung ist öffentlich, außer es liegt ein gegenteiliger Beschluß vor“. In Niedersachsen ist die GLU auch in einer Reihe von Städten (z. B. Hannover, Braunschweig, Lüneburg) mit Diskussionsangeboten gegenüber Bunten Listen und Bürgerinitiativen hervorgetreten. Allerdings soll es in Niedersachsen auch dabei bleiben, daß die Gründung im Dezember nur von Delegierten vollzogen wird, die bis dahin Mitglied in einer grünen Kreisorganisation geworden sein müssen.

Unklar ist noch, in welcher Terminfolge sich die grüne Gründung in Hessen vollziehen wird. Allerdings werden derzeit in vielen Regionen schon Kreisverbände gegründet! Ähnlich sieht die Situation in Hamburg aus, wo sich gegenwärtig in einzelnen Stadtbezirken Gründungen vollziehen.

Kein Bündnis zwischen grün und bunt, sondern Unterordnung unter die Grünen

In der Gesamtentwicklung hat sich der Kurs der vor Offenbach in Bremen programmiert und in Süddeutschland durchgesetzt wurde, auf andere Bundesländer ausgedehnt. Besonders gravierend ist diese Entwicklung für NRW, wo mit der Gründung einer grünen Landesorganisation ohne die Beteiligung der Bunten und Alternativen bzw. der kommunalen Wahllisten auf grünbunter Basis die Pflöcke für eine grüne Separatistikkandidatur zu den Landtagswahlen im nächsten Jahr gleich mit eingeschlagen werden.

In Offenbach wurde von einer Reihe grüner Vertreter der Eindruck erweckt, als ob es bis zur grünen Gründung im Januar noch Wege gäbe, Bunte und Alternative und ihre politischen Forderungen bzw. ihr Selbstverständnis in die grüne Gründung auf gleichberechtigter Basis einzubringen. Die Praxis der Führungsriege der „Grünen“ zeigt deutlich, daß davon keine Rede sein kann.

Die Forderung der AL West-Berlin nach einem selbständigen Delegationsrecht, der sich inzwischen auch die

Die Forderung der AL West-Berlin nach einem selbständigen Delegationsrecht, der sich inzwischen auch die BuLi in Hamburg angeschlossen hat, wird im grünen Bundesvorstand abgelehnt. Auf einer grünen Versammlung in Hamburg, zu der als Gäste der GLU-Vorsitzende Lippelt und das Mitglied des Bundesvorstandes der SPV Plagemann anwesend waren, führten Lippelt und Plagemann dazu aus, daß allein Mitglieder der Grünen Delegierte sein dürfen. Wer im Januar mit abstimmen will, müsse vorher eintreten. Der Stichtag für die Bestimmung der Stärke der Kreis- und Landesverbände zur Errechnung des Delegiertenschlüssels sei der 20.12. (nach einem Bericht von der Versammlung der Grünen in Hamburg am 22.11.).

In verschiedenen internen Beiträgen der Grünen wird jetzt auch offen gesagt, daß die Ablehnung des Unvereinbarkeitsantrags von Springmann in Offenbach durch eine knappe Mehrheit, keine Ablehnung einer Unvereinbarkeitspolitik bedeute, sondern nur die Ablehnung eines taktisch ungeschickten Vorgehens durch den rechten Flügel. Dazu führt Lippelt in einem GLU-Rundbrief vom 12.11. in aller Klarheit aus: „Während nun die ersten Gäste schon eintrafen (bezogen auf den Beginn des zweiten Tages in Offenbach), wurde plötzlich der Antrag gestellt, bei einer gemeinsamen Gründung Doppelmithgliedschaft nur für eine begrenzte Zeit und nur für die Parteien zuzulassen, die zu den Europa-Grünen gehörten. Ich will den Antrag nicht inhaltlich bewerten. Aber ich glaube, man braucht kein Prophet zu sein, um zu behaupten, daß dieser

Antrag zu jeder anderen Zeit durchgegangen wäre, nur eben nicht zu Beginn einer Programmdiskussion, zu der man Gäste eingeladen hat, die quer durch Deutschland angereist sind. Ihnen vor der Diskussion noch schnell zu sagen: eine Übergangszeit gibt's nur für uns, nicht für Euch, erschien doch vielen Grünen politisch unklug und zumindest unhöflich“. Lippelt geht dann auf das Presseecho, besonders auf die Teile der Bahro-Rede ein, wo Bahro davon sprach, daß Rot und Grün zusammengehören. Er hält es für verständlich, daß sich viele Grüne irritiert zeigen. Dafür besteht aber seiner Meinung nach kein Anlaß, denn: „Ich meine aber, die Gründung am 13. Januar wird unsere Sache sein — und ich zweifle nicht daran, daß sie so ausfallen wird, daß die GLU sich darin wiedererkennen wird“. Auch G. Otto, ehemaliger Landesvorsitzende der GLU und nun Bundesgeschäftsführer der Grünen, befaßt sich in einem Beitrag für den Bundesvorstand der Grünen mit „Irritationen“ und „Verunsicherungen“ der Mitglieder nach Offenbach. Zur Frage der Mitarbeit von Kommunisten meint er: „Es ist zuzugeben, daß dies in Offenbach nicht klar zum Ausdruck gebracht wurde: Jede Mitwirkung von Kommunisten, die einer zentralistischen Plan- und Staatswirtschaft und einem politischen Totalitarismus huldigen, der die persönliche und politische Freiheit Einzelner oder von Gruppen antastet, haben in der kommenden grünen Alternative zur Bundestagswahl 1980 nichts zu suchen. Sie stehen so weit von den vier Grundwerten der Grünen entfernt, daß sie sich selbst inhaltlich ausschließen“.

Auch Otto weist beruhigend darauf hin, daß die Gründung im Januar von grünen Delegierten vorgenommen wird. „Wer also seinen politischen Einfluß bei der Gründung geltend machen will, kann dies als Mitglied der Grünen tun, für die nach wie vor die vier Grundwerte bindend sind, wie sie als gemeinsame Überzeugung des Wahlbündnisses zur Europawahl als ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei beschrieben wurden. Wer diese Grundwerte nicht akzeptiert, kann nicht Mitglied bei den Grünen werden“. Otto führt dann auch sofort ein Beispiel an, wo eine solche Abgrenzung über inhaltliche Festlegungen greifen kann. Bezogen auf einen Beitrag von „KPD“-Seite zur Frage der Gewaltfreiheit, wo die Forderung vertreten wurde, daß die Form von Widerstandsaktionen von den Betroffenen selbst bestimmt werden muß, schreibt er: „Wer diesen Antrag stellt und unterstützt, schließt sich und seine Gruppe von selbst aus der grünen Alternative aus. Er gibt einen unserer vier Eckpfeiler preis und will ihn auf Sand bauen. Es wäre ja dann auch möglich, daß Betroffene bestimmen, der Staatsgewalt zur Durchsetzung von AKWs und anderen Planungen, die Gegengewalt der Betroffenen mit anderen als gewaltfreien Mitteln zu organisieren. Dieser Antrag ist von der Programmkommission als mit dem Grundwert der Gewaltfreiheit

unvereinbar zurückzuweisen. Den Antragstellern ist mitzuteilen, daß sie sich mit dieser Position selbst von der Mitarbeit in der grünen Alternative ausschließen“. Otto ist natürlich bekannt, daß es sich hier keineswegs um eine nur von „KPD“-Seite vertretene Position handelt. Interessant ist vor allem auch das Verfahren, das Otto vorschlägt, um die diversen Vorstellungen zur Veränderung des Programmtextes der Programmkommission zu behandeln. „Die Programmkommission hat jetzt die eingereichten Änderungsanträge zu überprüfen, ob sie den vier Grundwerten entsprechen“. Eine öffentliche Debatte und Einflußnahme der grünen und bunten Basis wird damit praktisch abgelehnt. Unter derartigen Prämissen bewertet auch Otto den Springmann-Vorstoß negativ, weil er „uns zur Unzeit eine öffentliche Diskussion über die Mitarbeit von Kommunisten aufgezungen (hat)“. Ähnlich wie Lippelt hebt er hervor, daß dies keine Ablehnung der Intention des Abgrenzungsantrags bedeuten würde. „Viele derer, die den Antrag von Springmann ablehnten, haben dies aber nur aus taktischen, zeitlichen Gründen getan. Der ganze mehrwöchige Diskussionsprozeß mit den Alternativen wäre durch Annahme des Antrags umsonst gewesen und hätte uns die ziemlich schnelle Bildung einer alternativen Gegenliste zur Bundestagswahl beschleunigen können...“

Eine leicht differierende Position zu diesen Fragen hat inzwischen der Gesamtvorstand der AUD auf seiner Sitzung vom 10./11.11. eingenommen. Allerdings hält auch der AUD-Vorstand den Weg zu einer im alternativen Spektrum eher zu vermittelnden Abgrenzung über inhaltliche Punkte offen. Zunächst fordert die AUD eine Einheitsliste, „auf der die grünen, bunten und alternativen Organisationen vertreten sind“. Als Voraussetzung dafür bestimmt er „... die Einigung der grünen, bunten und alternativen Listen und Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen auf ein gemeinsames Antreten bei den Landtagswahlen im Mai 1980“. Weiter heißt es: „Die AUD lehnt für die am 12./13. Januar zu gründende Bundespartei jede Form eines direkten oder indirekten Unvereinbarkeitsbeschlusses ab. Er würde eine Überprüfung der Jugend zur Voraussetzung haben, die erstens undurchführbar wäre und die insbesondere dem Wesen der Grünen als einer offenen alternativen Partei widerspräche. Das von einem Teil der Presse hochgespielte Problem der möglichen Unterwanderung der Grünen durch totalitäre Gruppen besteht deshalb nicht, weil die Grünen das rückhaltlose Eintreten für ihre Grundsätze ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei zum Maßstab für alle Mitgliedschaft und alle Zusammenarbeit machen. Wir lehnen jede Form von formalistischer Abgrenzung deshalb als überflüssig ab, weil wir uns statt dessen scharf von Wachstumsparteien, Rüstungsparteien, zentralistisch organisierten oder gewaltorientierten Gruppierungen distanzieren.“

ist von der Programmkommission als mit dem Grundwert der Gewaltfreiheit gewaltorientierten Gruppierungen distanzieren.“

Einheit in der Vielfalt?

Am 25.11. fand ein Landeskongreß (Mitgliederversammlung) des baden-württembergischen Landesverbands der Grünen in Böblingen statt. Da von derzeit insgesamt 1.500 Mitgliedern nur 800 anwesend waren, war die Versammlung nicht beschlußfähig (dazu wären zwei Drittel notwendig gewesen), sondern konnte nur Empfehlungen abgeben. Wenn man einmal vergleicht, daß die GEW Hamburg, als sie noch eine Mitgliederversammlung als oberstes Organ hatte, eine Beschlußfähigkeits-Klausel von nur 10 % vorsah, bekommt man einen Eindruck von dieser nur scheinbar „basisdemokratischen“ Regelung (2/3 aller Mitglieder werden sich wohl nur in krassen Ausnahmefällen mobilisieren lassen).

Die Versammlung debattierte über eine Präambel für den Landesverband, die schließlich eine Mehrheit von 70 % fand und die üblichen grünen Spezialitäten enthält (gegen „materialistische Wachstumsideologie“ in Ost und West; für Grundgesetz; ausschließlich friedliche Mittel zur Erreichung der grünen Ziele). Ein Antrag, den Text des Darmstädter Alternativtreffens vom 3.11. wenigstens zur Diskussion heranzuziehen, wurde von 80 % der Anwesenden abgelehnt.

Anschließend wurde die (vorläufige) Satzung des LV behandelt. Zeitlich kam man über die ersten beiden Abschnitte nicht hinaus, so daß der § 3,

der ein Doppelmithgliedschaftsverbot in anderen Parteien vorsieht, weiter in Kraft bleibt. Dies wurde auch gleich in die Tat umgesetzt, indem einem anwesenden Stuttgarter „KPD“-Mitglied die Stimmkarte entzogen wurde. Ein Antrag auf Verurteilung dieses Vorgehens, da die Satzung nur vorläufig sei, wurde nicht einmal befaßt (70 % der Anwesenden stimmten für Nicht-Befassung, nachdem sich besonders der Landesvorsitzende Hasenclever dafür in die Bresche geworfen hatte). Dies ist deswegen interessant, weil die baden-württembergischen Grünen für die Bundessatzung den Antrag eingereicht haben, Doppelmithgliedschaften nur dann auszuschließen, wenn es um „konkurrierende“ Parteien geht. Mit diesem Antrag wird derzeit überall in der BRD den Linken Sand in die Augen gestreut („man kann doch nicht in zwei Parteien sein, die gleichzeitig bei denselben Wahlen antreten...“). In Wirklichkeit sind die Baden-Württemberger jedoch nicht weniger harte UVB-Praktiker als andere Grüne auch. So hatte Hasenclever die Versammlung bereits damit eröffnet, daß „Zentralisten“ — ob von links oder rechts — keinen Platz bei den Grünen hätten. Reaktion der Mehrheit: tosender Beifall.

P.S.: Die linke Prominenz, Willi Hoss und Ali Schmeissner, griff in diese Auseinandersetzung nicht ein.

Beratungskongreß der Bunten/Alternativen findet in Frankfurt statt

Fortsetzung von Seite 1

samt ihren zentralen Positionen im grünen Präambelvorschlag praktisch nicht vorkommt?

Der Sonntag (16.12.) soll schließlich — darin besteht wieder Übereinstimmung — ganz der Frage nach dem weiteren Vorgehen der Bunten/Alternativen vorbehalten bleiben (Delegierten-Frage, Satzung, usw.).

Wie die Dinge im Moment laufen, wird in der Konzeption wahrscheinlich ein Kompromiß zwischen den GLH- und den AL-Vorstellungen gefunden werden können. Wie auch immer dies im einzelnen aussehen wird, hängt es natürlich vor allem von der Vorbereitung der einzelnen Listen ab, ob auf dem Kongreß greifbare Ergebnisse erzielt werden, die eine Handlungsfähigkeit der Bunten/Alternativen gegenüber der grünen Parteigründung ermöglichen. Die Grünen wissen ihrerseits wohl selbst, daß sie ohne oder gegen die Bunten/Alternativen die 5 %-Hürde bei den Bundestagswahlen in keinem Fall überwinden können. Im ersten Anlauf konnte das grüne „Bremer Modell“ „bündestagswanen“ Th“ keinen Fall überwinden können. Im ersten Anlauf konnte das grüne „Bremer Modell“ Erfolg haben und Teile der Linken überrumpeln. Im Moment werden allerdings die rigiden Praktiken der Grünen relativ breit in der ganzen BRD diskutiert, und daraus könnte sich durchaus ein gewisser Solidarisierungseffekt bei den Bunten/Alternativen ergeben. Es gibt also noch Chancen, durch ein Zusammenrücken der Bunten/Alternativen und eine klare Verhandlungsposition („alle oder keiner“) auf die Grünen einzuwirken. Verherend für den weiteren Bestand der Bunten/Alternativen wäre dagegen, individuell, zersplittert, mit unklaren Vorstellungen und Positionen bei den Grünen Mitglied zu werden, nur um „den Zug nicht zu verpassen“. Denn dies wäre ganz im Sinne der derzeitigen Strategie des grünen Vorstands, das breite Potential der Bunten und Alternativen zu integrieren, den „harten Kern“ dagegen zu isolieren (Ausschluß der „K-Gruppen“).

Nur gemeinsam sind wir stark!

P.S.: Material zur Vorbereitung des Frankfurter Kongresses:

1. Präambelentwurf der Programmkommission für Offenbach („taz“ vom 31.10. und 1.11.; „Rote Fahne“ vom 9.11.)
2. Entwurf des Darmstädter Alternativtreffens (AK 166, „Rote Fahne“ vom 9.11. oder „taz“ vom 7.11.)
3. Satzungsentwurf der Satzungskommission (bei den Grünen beschaffen)
4. Nach dem 8./9.12. sofort die Ergebnisse der Programmkommission beschaffen!

Bunte Liste Hamburg betont ihre Eigenständigkeit

Die Forderung nach eigenen Delegierten für den Gründungskongreß der Grünen Partei im Januar, die Unterstützung der alternativen Bundeskonferenz Mitte Dezember (voraussichtlich in Frankfurt), die Verurteilung der neuerlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Grünen-Vorstands, die Warnung vor einem „voreiligen“, massenhaften Eintritt in die grüne Partei und die Betonung, daß bei individuellen Beitritten zu den Grünen die Positionen der Alternativen nicht aufgegeben werden dürfen und die Bunte Liste gleichzeitig weiter aufgebaut werden müsse — das waren die wesentlichen Beschlüsse der Mitgliederversammlung der BUNTEN LISTE HAMBURG am 19. November (nebenstehend im Wortlaut abgedruckt). Rund 500 Mitglieder und Freunde der Bunte Liste waren zu dieser Versammlung gekommen, um die Situation nach dem Offenbacher Kongreß zu diskutieren. Gegenüber der letzten BuLi-MV zwei Wochen zuvor hatte sich die Teilnehmerzahl damit verdoppelt, und man kann nur hoffen, daß dies ein längerdauerndes Zeichen für ein neues verstärktes Engagement innerhalb der Buntten Liste und der Wahlbewegung ist.

Die Diskussion auf dieser Versammlung war durch einen lebhaften und kontroversen Meinungsaustausch über die Fragen gekennzeichnet, die gegenwärtig quer durch die alternative Wahlbewegung unterschiedliche Einschätzungen und Schlußfolgerungen hervorrufen. Vor allem: Sollen und können die Alternativen jetzt den Grünen beitreten oder führt dies zur Aufgabe der politischen Identität der Alternativen und gibt es stattdessen andere Wege, zu einer tatsächlich gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Grünen und Alternativen zu kommen?

Die Vertreter einer sofortigen und massenhaften Eintritts hoben vor allem die Ablehnung des Verbots der Doppelmemberschaft auf dem Offenbacher Kongreß hervor; darin habe sich die Existenz einer starken linksliberalen Strömung bei den Grünen

gezeigt, die es durch Eintritte der Alternativen auszubauen gelte. Nur dadurch könne verhindert werden, daß auf dem Gründungskongreß sich das rechte Konzept von Gruhl doch noch durchsetzt. Sie kritisierten, daß vielfach zu undifferenziert von den Grünen gesprochen werde, als sei dies ein weitgehend einheitlicher Block mit rechten Positionen. Bezüglich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse meinten einige, daß darin nicht nur Antikommunismus zum Ausdruck komme, sondern bei einem großen Teil der grünen Basis auch die Angst, „den K-Gruppen nicht gewachsen zu sein“, was aus mangelnder politischer Erfahrung herühre. Ferner wurde vertreten, daß jedenfalls in Hamburg Unvereinbarkeitsbeschlüsse von allen grünen Verbänden abgelehnt worden seien und daß man deswegen „keine Wände einrennen“ solle, „wo Türen sind“.

Diese Positionen repräsentierten auf dieser Versammlung insgesamt jedoch eine deutliche Minderheit.

Mit Unterstützung einer großen Mehrheit der Anwesenden wurde demgegenüber vertreten, daß massenhafte Eintritte zumindest zum jetzigen Zeitpunkt die Positionen der Alternativen für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit schwächen würden. Vorrangig sei derzeit, eine Einigung der Alternativen auf der Basis des Textes vom Darmstädter Alternativen-Treffen herzustellen. Als eine unverzichtbare Kernposition wurde dabei nochmals die Ablehnung jeglicher Verzichtsideologie betont, wie sie von rechten Grünen der Bevölkerung gepredigt wird. Den „offenen Türen“ wurde entgegengehalten, daß dies keineswegs nur von der Hamburger Situation her beurteilt werden könne, sondern daß nahezu alle bisherigen Verbände der Grünen Unvereinbarkeitsbeschlüsse hätten und die Alternativen mit ständig neuen Tatsachen dieser Art proviziert würden. Abgesehen davon, daß mithin der Eintritt in die Grünen in wesentlichen Regionen schon versperrt sei, würde eine „Doppelstrategie, die Bunte Liste zu erhalten und gleichzeitig jetzt einzu-

treten“, in einer Niederlage der Linken enden. Neben den Unvereinbarkeitsbeschlüssen wurde desweiteren auf andere Bestimmungen im bislang vorliegenden Satzungsentwurf für die zu gründende Partei hingewiesen, der entgegen der proklamierten „Basisdemokratie“ erhebliche Bescheidungen der Mitgliederrechte vorsieht.

Daß durchaus wohl ein großer Teil von Buntten und Alternativen seine Einschätzungen und Schlußfolgerungen zu diesen Punkten (in der einen und in der anderen Richtung) gegenwärtig ständig neu im Lichte der Ereignisse und verschiedener Diskussionen überprüft und verändert, wurde an einem Beitrag von einem Teilnehmer des Offenbacher Kongresses deutlich, der unmittelbar nach diesem Kongreß für einen sofortigen Eintritt bei den Grünen war, zur Zeit aber wegen der deutlicher gewordenen Ausgrenzungs- und Machtpolitik des rechten Flügels der Grünen wieder davon Abstand genommen hat.

Neben einem Vertreter der GLH, der über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung der GLH berichtete und zur Unterstützung des in Frankfurt geplanten Alternativen-Treffens Mitte Dezember aufforderte, nahm auch ein Vertreter des niedersächsischen GLU-Vorstands an der BuLi-Versammlung teil, der vor allem auf das Eintreten der GLU für eine „ungehinderte Mitwirkung der Alternativen“ in einer grün/alternativen Partei hinwies. Ziemlichen Unmut gab es allerdings, als der GLU-Vertreter auf Befragen bestätigte, daß in einem Satzungsentwurf für den niedersächsischen Landesverband der Grünen ebenfalls ein Unvereinbarkeitsbeschuß enthalten ist. Er meinte zur Rechtfertigung, ein großer Teil der grünen Basis wolle „eine Sicherheit, daß sie nicht unterwandert wird“. Auf ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz hatte die GLU Niedersachsen einen solchen (ebenfalls zuvor entworfenen) Unvereinbarkeitsbeschuß noch ausdrücklich abgelehnt.

Resolution der BUNTE LISTE Mitgliederversammlung vom 19.11.79

Die BuLi schließt sich dem Antrag der AL-Westberlin an und fordert ebenfalls am Gründungskongreß am 13.1.1980 mit Delegierten gemäß ihrer Mitgliederstärke vertreten zu sein.

Die BuLi-Mitgliederversammlung unterstützt die auf dem Arbeitstreffen in Darmstadt am 3.11. vorgeschlagene Bundeskonferenz der Buntten und Alternativen, mit deren Durchführung die Grüne Liste Hessen beauftragt wurde. Diese Konferenz soll nunmehr am 15./16. Dezember in Frankfurt/M stattfinden.

Wir bitten die AL Westberlin, die ihrerseits zum gleichen Wochenende zu einem Kongreß nach Westberlin aufrufen will, dieses Vorhaben noch einmal zu überdenken und — im Sinne größtmöglicher Geschlossenheit der Buntten und Alternativen — den Frankfurter Kongreß mit vorzubereiten und mit dazu aufzurufen.

Wir erhoffen uns von diesem Treffen ein gemeinsames Vorgehen der Alternativen und Buntten sowohl in politisch-programmatischer als auch in organisatorischer Hinsicht. Die BuLi unterstützt den Versuch bunter und alternativer Listen, die Programmdiskussion durch die Vorlage des Darmstädter Alternativ-Präambel-Entwurfs zu beleben.

Die BuLi begrüßt die in Hamburg zwischen GLU, AUD, A3W, BuLi u.a. erzielte Einigung, insbesondere die Tatsache, daß jede Form von UVB's kategorisch abgelehnt wird. Trotzdem schlagen wir den Mitgliedern der BuLi vor, nicht voreilig massenhaft den entstehenden Kreisverbänden beizutreten, sondern zunächst auf einem Delegationsrecht der BuLi zu beharren.

Voreilige Schritte zu den Grünen werden der gegenwärtig komplizierten nationalen Lage nicht gerecht und greifen der notwendigen gemeinsamen Entscheidung aller Buntten/Alternativen vor.

Alle BuLi-Mitglieder, die den Grünen individuell beitreten, sollten dort inhaltlich für die alternative Präambel (Darmstadt/Offenbach) sowie für ein eigenständiges Delegationsrecht der BuLi eintreten. Der Eintritt in die Grünen darf nicht die Aufgabe des BuLi-Selbstverständnisses zur Folge haben.

Gerade angesichts der jetzigen Lage ist ein weiterer Auf- und Ausbau der BuLi erforderlich.

Die einzelnen Teile dieser Resolution wurden nacheinander zur Abstimmung gestellt. Von den etwa 500 Anwesenden stimmten den ersten drei Abschnitten die überwältigende Mehrheit zu. Punkt vier wurde nur mit knapper Mehrheit angenommen.

ERGÄNZENDER BESCHLUSS

Die ca. 500 Anwesenden der Vollversammlung der Buntten Liste am 19.11.79 protestieren gegen den Versuch des Bundesvorstands der „Sonstigen politischen Vereinigung DIE GRÜNEN“, erneut einen Unvereinbarkeitsbeschuß in der Form des Verbots der Doppelmemberschaft für die zu gründende Partei einzuführen. Mit diesem Versuch stellt sich der Bundesvorstand gegen den Beschluß von Offenbach, und zeigt auf, daß er von seinem eigenen Eckpfeiler „basisdemokratisch“ nicht viel hält.

Die Bunte Liste wird weiterhin für eine gemeinsame Kandidatur eintreten. Dies ist aber nicht in einer Partei möglich, die mit ähnlichen Methoden arbeiten würde wie die etablierten Parteien.

GLH: Bunte/Alternative sollen nicht vereinzelt handeln

Am 18.11. hielt die Grüne Liste Hessen (GLH) erneut eine landesweite Mitgliederversammlung in Bensheim ab. Es ging um die Bewertung des Offenbacher Kongresses vom 3./4.11. und die weitere Stellung der GLH zum Prozeß der grünen Parteigründung. Vertreten waren neun örtliche GLH-Gruppen und Mitglieder aus drei weiteren Städten, insgesamt ca. 80 Leute. Die Versammlung wurde mit Berichten aus den einzelnen Orten eröffnet. Das Spektrum der Meinungen reichte dabei von der Ablehnung jeder weiteren Diskussion mit den grünen Parteimachern („keine

Lust, sich für bürgerliche Politiker abzustampeln“) bis zu solchen GLH-Mitgliedern, die in die Grünen eingetreten sind, „um zu verhindern, daß daraus eine rechte Bewegung entsteht“. Überwiegend (und überraschend in dieser Deutlichkeit) war jedoch eine scharfe Kritik an den Grünen und eine Ablehnung „schwammiger Kompromisse“ mit ihnen. So wurde der Präambelentwurf der Programmkommission insgesamt für untauglich gehalten. Eine längere Debatte gab es darüber, ob sich die GLH hinter den Text des Darmstädter Alternativtreffens

stellt, der am 3.11. bei engagierter Mitwirkung vor allem Frankfurter GLH-Mitglieder erarbeitet worden war. Diejenigen GLH-Mitglieder, die bereits Mitglied bei den Grünen geworden sind, kritisierten die in diesem Text enthaltene Erklärung der „Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung“. Es sei nicht einzusehen, weshalb die Arbeiterbewegung, die der SPD verhaftet sei, gegenüber anderen Bewegungen besonders hervorgehoben werde. Andere Passagen des Textes könnten besser ausformuliert werden (z.B. die ersatzlose Streichung des § 218), damit sie für konservative Grüne „verständlicher“ werden. „Plakative Forderungen“ sollte man vermeiden u.ä. Deshalb solle der Darmstädter Text nicht mehr als eine „Diskussionsgrundlage“ sein. Dagegen wurde gehalten, daß dies auf eine inhaltliche Verwässerung hinauslaufe. Zudem müsse man unbedingt zu einer Vereinheitlichung bunt-alternativer Positionen kommen. Wenn jede Liste ihre eigenen Änderungsanträge in die Programm-Präambeldiskussion einbringe, würden die Buntten/Alternativen ohne Umstände mit ihren Vorstellungen vom Tisch gewischt werden.

Man einigte sich schließlich darauf, eine klare Unterstützung der GLH für den Darmstädter Text zu beschließen, die solange gelten soll, bis Bunte/Alternative gemeinsam Verbesserungen beschließen.

Als zweiter Punkt wurde der Beschluß der Grünen behandelt, die Parteigründung auf Delegiertenbasis durchzuführen. Hier machte Alexander Schubart den Vorschlag, die Buntten/Alternativen sollten eigene Delegierte wählen und mit diesen auf dem Gründungskongreß im Januar erscheinen, auch wenn dies vom grünen Bundesvorstand abschlägig beschieden werde. „Wir werden dort anwesend sein, und dann möchte ich mal erleben, daß uns die Anerkennung verweigert wird.“

Als Schubart davon sprach, man werde „das Kriegsbeil ausgraben“ müssen, wenn die Buntten/Alternativen in Karlsruhe vor die Tür gesetzt werden, erhielt er stürmischen Beifall.

Die GLH nahm ferner den Auftrag des Darmstädter Alternativ-Treffens an, im Dezember einen offenen Beratungskongreß von Buntten/Alter-

nativen zu organisieren und beauftragte die Frankfurter Gruppe mit der Durchführung. Argumente der SPV-Grüne-Mitglieder, die sich darum bemühten, den (wie sich später herausstellte: falschen) Eindruck zu erwecken, als habe die AL Westberlin die Planung und Vorbereitung zu einem solchen Treffen bereits unter Dach und Fach, weshalb der Kongreß in Westberlin stattfinden müsse, wurden von der Mehrheit verworfen. Das Vorgehen der AL Westberlin, ohne Absprache mit allen anderen Listen ein eigenes Treffen anzusetzen, wurde als undemokratisch empfunden.

Mitten in die Sitzung hinein platzte die Information, daß der grüne Bundesvorstand am Vortag beschlossen habe, bei der Satzungskommission den Antrag auf ein Doppelmemberschafts-Verbot zu stellen. Dieser Beschluß wurde von dem anwesenden Karl Kerschgens, ehemaliges GLH-Mitglied und heute selbst im Vorstand der Grünen, bestätigt. Kerschgens hatte so die Gelegenheit, anschaulich die unmittelbare Reaktion der GLH mitzuerleben. Harald Kandler, Mitglied im Bund für Umwelt- und Naturschutz Hessen und in der GLH Bensheim, drückte am besten aus, was die Anwesenden empfanden: Mit diesen Methoden werde der Traum von einem großen Bündnis zerschlagen. Hier saßen die Leute, die in Brokdorf und Grohnde am Bauzaun standen, und sie hätten nicht dafür gekämpft, um sich von einer selbsternannten grünen Führung verarschen zu lassen!

Versuche derjenigen GLH-Mitglieder, die in die SPV eingetreten sind (vielleicht ein Dutzend), Informationen über die Abgrenzungspolitik der Grünen herunterzuspielen und die Kritik daran zu entschärfen, waren damit vorerst gescheitert. Die Versammlung endete damit, daß der GLH-Vertreter in der Programmkommission nur mit knapper Mehrheit bestätigt wurde. Eine starke Minderheit hatte kritisiert, daß er sich in der Programmkommission zu wenig für die Grundsätze der GLH eingesetzt habe. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß man das unbefriedigende Ergebnis, das sich in dem in Offenbach vorgelegten Präambelentwurf ausdrückt, nicht allein dem GLH-Vertreter, sondern allen

vier Buntten/Alternativen in der Programmkommission anlasten müsse. Bemerkenswert war übrigens das energische Auftreten von „KPD“-Mitgliedern auf der Versammlung, die sich — in deutlichem Gegensatz zum Verhalten ihrer Genossen etwa in Westberlin — für ein konsequentes Auftreten gegenüber den Grünen einsetzten.

Es bleibt nachzutragen, daß die Grünen in Hessen derzeit 160 Mitglieder haben, was nicht gerade viel ist (allein die GLH hatte zu Zeiten des Hessenwahlkampfes schätzungsweise 1.000 Mitglieder). Verhandlungen der Grünen zur Einbeziehung örtlicher GLH-Gruppen bei der Bildung von grünen Kreisverbänden sind in Marburg gescheitert; in Hanau und Bensheim finden noch Gespräche statt. Mehrheitlich besteht in der GLH die Tendenz dazu, eventuelle Eintritte in die Grünen auf jeden Fall nicht vor der Parteigründung im Januar zu vollziehen.

AL Bremen: Unentschieden

Mit einem echten Patt endete die Diskussion der Mitgliederversammlung der AL Bremen am 20.11. über die Frage, ob man bei den Grünen eintreten solle. Ein Antrag dagegen erhielt 22:22 Stimmen, einer dafür endete mit 18:18. Einstimmig bzw. mit großen Mehrheiten wurden dagegen die folgenden Beschlüsse gefaßt:

- Die AL kritisiert die klammheimliche Gründung eines grünen Landesverbands in Bremen und wird dazu einen Offenen Brief an alle Verbände herausgeben, in dem über die Vorgänge anläßlich der Bremer Bürgerschaftswahl noch einmal informiert und dazu aufgefordert wird, den neuen LV der Grünen in Bremen nicht anzuerkennen.
- Die AL beteiligt sich an dem Frankfurter Treffen von Buntten/Alternativen am 15./16.12.
- Die AL übernimmt den GLH-Beschluß zur Delegiertenfrage.

Damit fordern inzwischen die Alternativen Listen Westberlin und Bremen, die GLH und die Bunte Liste Hamburg vom grünen Bundesvorstand, daß die Buntten/Alternativen mit eigenen, stimmberechtigten Delegierten auf dem Parteigründungskongreß vertreten sind.

Beschlüsse der GLH-Mitgliederversammlung am 18.11.79 in Bensheim

1. Zur Programmdiskussion (Präambel)
Von allen vorliegenden Entwürfen sieht die GLH ihre Grundsätze im Papier des Darmstädter Alternativtreffens vom 3.11. am meisten repräsentiert. Deshalb unterstützt die GLH dieses Papier und bittet alle anderen Buntten/Alternativen, ebenso zu verfahren, damit diese radikal-demokratischen Inhalte Eingang in die Präambel finden.
Für die GLH gilt dies solange, bis die Buntten/Alternativen gemeinsam Verbesserungen des Darmstädter Textes beschließen. Dabei wird die GLH ihre Essentials, insbesondere ihre radikalökologische Position einbringen.
2. Zur Parteigründung am 12./13. Januar
Die GLH kritisiert den Beschluß der Grünen, zur Parteigründung am 12./13. Januar nur Delegierte der „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen“ zuzulassen. Im Gegensatz dazu hat der Offenbacher Kongreß der Grünen, Buntten und Alternativen ein gutes Beispiel für praktizierte Basisdemokratie geliefert. So und nicht anders sollte sich auch die Parteigründung vollziehen. Die GLH fordert die Aufhebung dieses Beschlusses. Sollte dieser Beschluß nicht aufgehoben werden, so fordert

die GLH mindestens, daß die Buntten/Alternativen ebenfalls mit eigenen, stimmberechtigten Delegierten (nach demselben Schlüssel 1 : 10) am 12./13. Januar vertreten sind — und zwar ohne Vorbedingungen (z.B. vorheriger geschlossener Eintritt bei den Grünen).
Die GLH schlägt allen Buntten/Alternativen Listen vor, in jedem Fall Delegierte zu wählen, die am 12./13. Januar nach Karlsruhe kommen und dort ihre Anerkennung fordern.
3. Zur Zusammenarbeit der Buntten/Alternativen
Die GLH legt größten Wert darauf, daß die Buntten/Alternativen ihr Vorgehen untereinander abstimmen und nicht vereinzelt handeln. Deshalb erklärt sich die GLH bereit, den Auftrag des Darmstädter Alternativtreffens wahrzunehmen und am 15./16. 12. in Frankfurt einen Beratungskongreß von Grünen, Buntten und Alternativen durchzuführen. (Wir bitten in diesem Zusammenhang die Alternative Liste Westberlin, kein eigenes Treffen an diesem Wochenende zu veranstalten, sondern ebenfalls nach Frankfurt einzuladen, wie es am 3.11. vorgeschlagen worden ist, da Frankfurt aus geographischen Gründen viel günstiger als Westberlin ist. Selbstverständlich werden wir vermeiden, daß zwei Kongresse parallel stattfinden.)

Eine lehrreiche Veranstaltung

Für den 22.11. war in Hamburg zur ersten grünen Mitgliederversammlung nach den Europawahlen eingeladen worden. Als Einladungs traten die SPV-Die Grünen („Sonstige politische Vereinigung — die Grünen“) und die sie tragenden Organisationen (AUD, GLU, GAZ, Achberger Kreis) auf. Gekommen waren etwa 100 Personen, davon etwa 80 Mitglieder einer der grünen Verbände und 20 Interessierte. Unter den Mitgliedern befand sich eine erhebliche Anzahl von Neulingen.

Eröffnet wurde die Versammlung gleich mit einer interessanten Kontroverse. Während die grünen Verbände — wie selbstverständlich — davon ausgingen, daß die Gesprächsleitung von Vertretern ihrer Organisationen übernommen wird, sprachen sich eine Reihe von Rednern zumindest für die Einbeziehung der Bunten aus. Dies wäre sicherlich sogar mehrheitsfähig gewesen, wurde aber solange zerredet, bis sich die Grünen durchsetzten. Dies mag für viele eine untergeordnete Frage sein, aber es zeigt sich darin doch das Verständnis der führenden Kräfte der Grünen, daß allein sie zu bestimmen haben.

Die hauptsächlichen Diskussionspunkte waren im weiteren die Offenbacher Beschlüsse (Parteigründung, Unvereinbarkeitsbeschlüsse bzw. Doppelmemberschaft, Delegiertenwahl), die Zusammenarbeit mit möglichen Bündnispartnern und die Gründung von Bezirksverbänden in Hamburg. Zum ersten Teil der Fragen standen das Bundesvorstandsmitglied Plagemann (GLU Niedersachsen) und der Landesvorsitzende der GLU Niedersachsen, Lippelt, zur Verfügung. Dabei räumte Plagemann klipp und klar immer wieder verbreitete Illusionen

aus. Obwohl sich die Offenbacher Versammlung mehrheitlich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse (auch in Form des Verbots der Doppelmemberschaft) ausgesprochen hatte, hat der Bundesvorstand auf seiner anschließenden Sitzung eine Vorlage beschlossen, nach der die Mitgliedschaft und Tätigkeit für eine andere Partei mit der Mitgliedschaft bei den Grünen unvereinbar ist.

Dies gelte auch für parteiähnliche Organisationen wie den KB. Dies gelte zwar noch nicht für die Delegiertenwahl zum Gründungsparlament, soll dort dann aber verabschiedet werden. Plagemann ließ auch keinen Zweifel daran, daß sie diesen UVB durchdrücken werden, wenn nötig mit Hinweis auf das Parteiengesetz.

Lippelt erklärte diese eklatante Verletzung der Offenbacher Beschlüsse damit, daß der Antrag auf Verbot der Doppelmemberschaft in Offenbach in einer ungünstigen Situation gestellt worden sei. Die Mehrheit gegen die UVBs wäre dadurch zustande gekommen, daß die anwesenden Grünen die Bunten und Alternativen nicht brüskieren wollten.

Auch mit einem zweiten „Mißverständnis“ räumte Plagemann auf. Die „TAZ“ hatte unter Berufung auf das Bundesvorstandsmitglied Haussleiter (AUD) behauptet, die AL Westberlin könne mit eigenen Delegierten entsprechend ihrer Mitgliederzahl am Gründungsparlament teilnehmen. Dies entspreche nicht der Wahrheit.

Der Bundesvorstand hat ausdrücklich beschlossen, daß für die Delegiertenwahl die Mitgliedschaft in der SPV-Die Grünen Voraussetzung ist. Ebenso wenig ist es möglich, daß sich die AL Westberlin oder die Bunte Liste Hamburg als Landesverbände der Grünen gründen. Lippelt ergänzte dies noch mit einer interessanten Überlegung: Die AL Westberlin habe 1400 Mitglieder, würde also 140 Delegierte für Karlsruhe stellen. Von den 1400 seien aber wahrscheinlich nur 300 bereit, bei den Grünen beizutreten. Würde der AL ein Delegationsrecht zugestanden werden, wäre sie total überrepräsentiert (gleiches gilt für die BuLi). Von den anwesenden Grünen sprach sich niemand für ein eigenständiges Delegationsrecht der Bunten und Alternativen aus, selbst diejenigen nicht, die gleichzeitig Mitglied in der BuLi sind und die noch auf der BuLi-VV einen entsprechenden Beschluß mitgefaßt hatten.

Welches Verständnis die führenden Grünen vom neuen Verband haben, drückt sich auch in einer vorgelegten Resolution (die aber nicht mehr abge-

stimmt wurde) aus. In dieser wird dem KB vorgeworfen, durch die Forderung nach „externen Delegierten ... die Rechtsunwirksamkeit dieser Parteigründung zu bewirken, um sodann seinerzeit die Gründung einer Partei in die Hand nehmen zu können“. „Übersehen“ wird dabei, daß diese Forderung nicht vom KB, sondern von der BuLi-VV und auch von der AL Westberlin gestellt wird.

In der Frage der Zusammenarbeit mit möglichen Bündnispartnern ergaben sich die gleichen Kontroversen. Führende Grüne sprachen sich generell gegen eine Zusammenarbeit mit dem KB aus, teilweise sogar gegen die mit den Bunten (das Programm der BuLi widerspreche grundsätzlich dem der Grünen). Die Mehrheit der Mitglieder war jedoch gegensätzlicher Meinung. Interessant ist allerdings die fast durchgängige Argumentation. Sie geht aus von der Überlegenheit der grünen Ideologie. Die ökologische Frage sei die wichtigste der Zukunft. Dies hätten bisher aber nur wenige begriffen. Die Basis dieser Bewegung würde heute in Hamburg in der BuLi arbeiten, und es sei notwendig, diese in der Zusammenarbeit für die grüne Ideologie zu gewinnen. D.h. auch in diesem Fall wird nicht von einem gleichberechtigten Bündnis von sozialistischen, buntten und grünen Ideen ausgegangen, sondern von der Vorherrschaft der Grünen.

Fast peinlich war in diesem Zusammenhang das Auftreten von ehemaligen KB-Mitgliedern („Kritik-Fraktion“), die sich dieser Argumentation vollständig anschlossen.

Den Abschluß der Versammlung bildete die Ankündigung, daß innerhalb der nächsten 14 Tage alle grünen Kreisverbände in Hamburg gegründet werden. Dafür liegt eine Mustersatzung vor, die von einer gemeinsamen Kommission von Grünen unter Beteiligung von Vertretern der BuLi (!) ausgearbeitet wurde. Gegenüber dem Bundessatzungsentwurf ist er zweifellos demokratischer. Klar ist aber auch bei diesen Gründungen: es gibt nur eine grüne Partei, „bunt“ soll anscheinend nicht einmal im Namen auftauchen.

Ein Teilnehmer der Veranstaltung

Donnerstag, den 22. 11. 1979

HH-Altona, "Werkstatt 3"

ENTSCHLIESSUNG

Die Versammlung der Mitglieder der Grünen Bewegung und der sonstigen politischen Vereinigung DIE GRÜNEN in Hamburg bedauert den Beschluß der Bunten Liste Hamburg, sich nicht durch persönliche Mitgliedschaften an der bevorstehenden Parteigründung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zu beteiligen.

Die Versammlung der GRÜNEN kritisiert den Versuch, die für den 13. Januar 1980 geplante Parteigründung / Umwandlung der sonstigen politischen Vereinigung DIE GRÜNEN in eine politische Partei durch Delegierte mitbestimmen und lenken zu wollen, die zuvor nicht bereit waren, am Aufbau der Gebietsverbände solidarisch als Mitglieder mitzuarbeiten.

Die Versammlung der GRÜNEN sieht in dem Unternehmen einiger führender Mitglieder des Kommunistischen Bundes, durch Eindringen in die Grüne Bewegung auf der geplanten Parteigründungsversammlung eine Mehrheit für die Zulassung externer Delegierter herbeizuführen, den Versuch, die Rechtsunwirksamkeit dieser Parteigründung zu bewirken, um sodann seinerseits die Gründung einer Partei in die Hand nehmen zu können.

Die Versammlung der GRÜNEN in Hamburg läßt sich hierdurch jedoch nicht in ihrem Vorhaben beirren, allen Personen, Gruppen und Bürgerinitiativen, die von Anfang an zu einer solidarischen Mitarbeit beim Aufbau der Partei bereit sind oder aus diesem Grunde persönlich Mitglieder werden wollen, den Eintritt zu ermöglichen und ihnen eine faire Zusammenarbeit anzubieten.

Zugleich wird allen Mitgliedern der Buntten Liste Hamburg angeboten, nach dem Grundsatz der Einheit in der Vielfalt an dem Bündnis teilzunehmen, allerdings nur, soweit sie bereit sind, weder die Einheit noch die Vielfalt durch eigenmächtiges Vorgehen in Frage zu stellen.

Die Versammlung der Mitglieder der GRÜNEN erklärt abschließend, daß dieses Vorgehen kein Zeichen der Schwäche darstellt und auch nicht als solches mißverstanden werden darf, sondern daß sich vielmehr gerade im Gegenteil in dem Grundsatz der Einheit in der Vielfalt die politische Stärke der Wahlbewegung widerspiegelt.

Ein Rücktritt bei den Grünen

In einem Schreiben (datiert vom 14.11.) erklärt Reinhold Engelhardt seinen Rücktritt aus dem GLU-Vorstand in NRW. In dem Schreiben heißt es: „Die Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen verlangt uns ein (wenn auch aus formaljuristischen Gründen notwendig) schwerwiegendes Opfer ab. Ich meine die Parteigründung ...

Wenn wir unser Leitprinzip „basisdemokratisch“ ernst nehmen wollen, dann verlangt das von uns, daß wir uns mit gemeinsamen Lernprozessen Zeit lassen. Der bequemere Weg führt in diesem Fall zurück zu einer Organisationsstruktur, die wir mehr oder minder alle als undemokratisch erfahren haben. Es schließen sich sofort die alten Gewohnheiten und konventionellen Verhaltensweisen ein, wie sie hier und da jetzt schon sichtbar werden. Die Gefahr entsteht, daß sich eine Apparatepartei im Stile der etablierten Parteien herausbildet. Dagegen müssen wir wachsam sein.

Sein Rücktritt soll ihm die Möglichkeit schaffen, an der Basis gegen diese Gefahr anzukämpfen. Die Entscheidungskompetenzen müßten anders verteilt werden. Spitze, Vorstände müßten „ausführendes Organ“ sein, sie dürfen „auch nicht ein ausschließliches Verfügungsrecht über den Verwaltungsapparat der Partei über Finanzen und Presse haben“, es müsse ein Organisationsrundbrief entwickelt werden, „in dem alle Mitglieder und Ortsverbände ihre Positionen veröffentlichen können, um ihre Meinung mehrheitsfähig zu machen“.

Mandatsträger sollten nicht in Parteigremien vertreten sein etc. Auf keinen Fall dürfe sich wiederholen, daß, wie in Marl (in NRW), Teile des Vorstands Entscheidungen herbeiführen, ohne den Rest oder die Basis zu fragen.

Grüne Meinungsfreiheit?

DIE GRÜNEN
Kreisverband Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen
c/o Günter Tomberg, Freiau 101
7800 Freiburg, Tel. 0761/700682

Freiburg, 31.10.1979

Lieber Jürgen,

in letzter Zeit haben wir sehr kritisch die Berichterstattung über die kommunalpolitische Situation der BUNTEN und GRÜNEN in Freiburg beobachtet. Dabei fiel uns auf, daß diese Berichterstattung vor allem im „Arbeiterkampf“, dem Organ des Kommunistischen Bundes, sehr einseitig ist und oft die GRÜNEN unsachgemäß darstellt und angreift.

Wir wissen, daß Du als Autor diese Artikel verfaßt hast!

Wir sind der Meinung, daß sich die Inhalte Deiner Artikel wohl kaum mit einer Mitgliedschaft bei den GRÜNEN vereinbaren lassen. Wir wundern uns, wie Du als GRÜNER so schreiben kannst und fragen Dich, wie Du dies vereinbarst!

Wir meinen nicht, daß ein GRÜNER sich nicht auch seiner eigenen Gruppe gegenüber sehr kritisch verhalten soll und muß — wenn nötig, soll er dies auch öffentlich tun und seine eigene Meinung darstellen.

Wir glauben aber, daß Du eine

Grenze überschritten hast und daß Dein polemischer Stil sachliche Inhalte nicht mehr in den Mittelpunkt rücken läßt, sondern den Leser einseitig manipuliert und die GRÜNEN diffamiert. Wir empfehlen Dir daher dringend, Deine Berichterstattung zu ändern, d.h., Deine zukünftigen Artikel in einem sachlicheren und faireren Stil zu verfassen — oder Deine Mitgliedschaft bei uns zu überdenken!

Bei Veranstaltungen der GRÜNEN wurde in letzter Zeit des öfteren der „Arbeiterkampf“ verteilt. Besucher unserer Veranstaltungen können dadurch den Eindruck bekommen, als wenn es sich um eine Veranstaltung handelt, die stark vom KB geprägt wird. Da die GRÜNEN aber eine Vielfalt primär ökologischer Gruppen darstellen, werden wir eine Werbung politischer Gruppen, die nicht eindeutig ökologisch orientiert sind, nicht zulassen. Der „Arbeiterkampf“ ist das Sprachrohr des KB und ist keine Zeitung oder Zeitschrift aus dem Alternativbereich bzw. aus der ökologisch-grünen Bewegung. Darum erwarten wir, daß eine Verteilung in Zukunft bei unseren Veranstaltungen unterlassen wird.

Es grüßt Dich i.A. des Kreisvorstandes

Franz Christ Günter Tomberg

Redaktionelle Anmerkung

Im letzten AK (S. 10 ff) erschien von Jan Peters der Artikel „Tendenzwende: Wird aus grün braun?“

Dieser Artikel war — wie zahlreiche andere Beiträge im AK im Rahmen der Wahldebatte — ausdrücklich als persönliche Stellungnahme gekennzeichnet und das in einem redaktionellen Vorspann noch einmal deutlich hervorgehoben.

Nun hat dieser Artikel schon breit zu Empörungsaufrufen geführt. Selbst auf großen Versammlungen wie am 21.11. in Waltrop soll der Artikel als „Kronzeuge“ gegen den KB gehalten. Aus der rechten grünen Ecke in Freiburg wurde — oh Wunder — mal wieder gefordert, daß damit KB-

Mitglieder natürlich nicht in die Grünen aufgenommen werden können.

Für entschieden demokratischer halten wir da schon das geplante Vorgehen der Kölner Grünen: Sie wollen auf einer vorbereiteten Sitzung anhand von Faktenüberprüfungen diskutieren, ob J. Peters richtig recherchiert hat oder anderenfalls wegen Stimmungsmache „verurteilt“ werden muß — gleiches gilt für den AK. Sollten sich die Vorwürfe als wahr erweisen, sollen sich Gedanken über die Behandlung der braunen Berührungspunkte gemacht werden.

Alternative Liste Lüneburg gegründet: Ein guter Start

Als am 14.2. knapp 40 „Sympathisanten der Buntten und Alternativen Listen“ in Lüneburg zusammenkamen, wurde „spontan“ die „Alternative Liste Lüneburg“ gegründet. In der vorhergehenden Diskussion stieß die durch die Offenbacher Beschlüsse erkennbare machtpolitische Taktik der „Grünen“ auf einhellige Empörung. So wurde mit wenigen Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Wir begrüßen, daß am 4.2. von der Vollversammlung der SPV Die Grünen ein Unvereinbarkeitsbeschuß abgelehnt und den Mitgliedern der zu gründenden Partei die Möglichkeit der Doppelmemberschaft in anderen Gruppierungen zugestanden wurde. Dieser basisdemokratischen Gepflogenheit widerspricht jedoch der Beschluß, den Anhängern der buntten und alternativen Listen bei der Parteigründung im Januar das Stimmrecht abzuerkennen“.

Gefordert wird
1. „eine allseitige Unterstützung des von der GLH geplanten zweiten öffentlichen Programmkongresses“,
2. „die offizielle Aufhebung des am

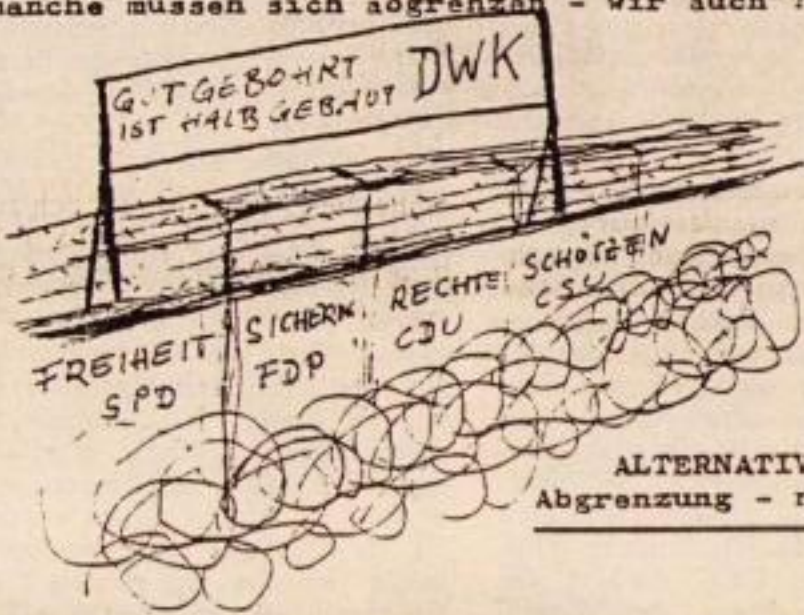
13./14. vom Organisationskomitee in Bonn verabschiedeten Beschlusses, eine Doppelmemberschaft innerhalb der „Grünen“ nur für ein „Gründungsstadium“ zuzulassen“ und 3. gleichwertiges Stimmrecht der buntten und alternativen Listen auf dem Gründungskongreß der neuen Partei.

Daß die AL Lüneburg acht Wochen vor Gründung der grünen Bundespartei ins Leben gerufen wurde, ist nur als Reaktion auf das Vorgehen des „Grünen Blocks“ zu verstehen und kennzeichnet das Bedürfnis, diesen Kräften ein möglichst starkes Gegengewicht gegenüberzustellen.

Nach zwei ausgiebigen Diskussionen hat die AL inzwischen den Darmstädter Präambelentwurf als vorläufige Grundlage beschlossen (mit der Einschränkung, daß über den Passus „Gewaltfrei“ die unterschiedlichen Auffassungen noch nicht ausdiskutiert sind). Selbstverständlich wird die AL Lüneburg am Frankfurter Kongreß teilnehmen.

KB/Gruppe Lüneburg

manche müssen sich abgrenzen - wir auch ?



DIE GRÜNEN - Anti-Abgrenzungs-Fraktion -

Derartige „Scherze“ werden als Aufkleber von der GLU-Niedersachsen verschickt

Der Satzungsentwurf der Grünen — Basisdemokratie blieb auf der Strecke!

Seit einigen Wochen kursiert ein Satzungsentwurf der zentralen Satzungskommission für die grüne Partei. Daneben wird nach Offenbach in allen beteiligten Verbänden über neue Satzungen diskutiert. Diese weichen teilweise sehr weitgehend voneinander ab. Die einen wollen direkte Unvereinbarkeitsbeschlüsse formulieren, andere legen großen Wert auf eine wirklich basisdemokratische Satzung usw. Da aber nun feststeht, daß von allen zukünftigen Unterverbänden der grünen Partei die zu verabschiedende Bundessatzung in den wesentlichen Teilen übernommen werden muß, wollen wir uns in der Behandlung der Satzungsfragen auf den vorgelegten Bundessatzungsentwurf beschränken.

Volkspartei statt Interessenvertretung der Unterdrückten

In der Präambel des Satzungsentwurfs wird als oberstes Ziel formuliert, „den Lebensschutz zu verwirklichen“. Daraus folgt unmittelbar für die Mitglieder: „Sie fühlen sich verpflichtet, stets für die Gesamtinteressen der Bevölkerung in allen Teilbereichen und nicht für Gruppeninteressen tätig zu werden und bei allen Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschen und insbesondere auch für die kommenden Generationen bedacht zu sein.“

Diese Ausrichtung schließt die offene Mitarbeit aller sozialistisch orientierten Kräfte aus, die — bei allen sonstigen Differenzen — eine grundsätzliche Gemeinsamkeit haben: sie machen einen Unterschied zwischen Unterdrückten und Unterdrückten und setzen sich von daher grundsätzlich für ein Gruppen (Klassen)interesse ein.

Somit wird schon über diese Präambel der Versuch unternommen, eine inhaltliche Unvereinbarkeit mit linken Positionen zu verankern.

Wer darf Mitglied werden?

Hier sind bekanntermaßen immer wieder die direkten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten bzw. das Verbot der Doppelmitgliedschaft die Knackpunkte. Dazu heißt es in § 2: „Mitglied kann jede Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, sich zu den Grundsätzen der Partei und ihrem Programm bekennt und keiner anderen Partei, parteiähnlichen Organisation oder Partei-nebenorganisation

angehört.“ Dies ist der weitestgehende organisatorische UVB, da unter parteiähnlichen Organisationen und Partei-Nebenorganisationen willkürlich alles gefaßt werden kann, was überhaupt organisiert auftritt. Auch mit dem Offenbacher Beschluß ist dieser UVB nicht vom Tisch, vom Bundesvorstand wurde für den Gründungsparteitag ein UVB für Mitglieder anderer Parteien vorgeschlagen.

Zur Filterung bei der Aufnahme neuer Mitglieder dient § 3: „Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des für den Wohnsitz des Antragstellers ... zuständigen Kreisverbandes... Dem Landesvorstand steht in begründeten Fällen ein Einspruchsrecht zu.“

Stünde es einer basisdemokratischen Organisation nicht besser an, daß die interessierten selbst ihre Mitgliedschaft erklären können und diese durch ihre Mitarbeit unter Beweis stellen? Der vorgelegte Entwurf entspricht nicht einer basisdemokratischen sondern einer zentralistischen Aufnahmepolitik.

Ebenso wenig basisdemokratisch wie die Aufnahme wird die Beendigung der Mitgliedschaft (§4) gehandhabt. Neben den unproblematischen Fällen (Tod und Austritt) geht es vor allem um den Ausschuß: „Den Ausschuß eines Mitglieds kann das zuständige Schiedsgericht verfügen, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstoßen und ihr damit schweren Schaden zugefügt hat.“

In keinem Teil der Satzung ist vorgesehen, daß die Mitglieder bei der Entscheidung über einen Ausschuß eingreifen können, weder kann jemand ausgeschlossen werden, ohne den Segen der oberen Parteiinstitutionen, noch kann ein Ausschuß satzungsgemäß durch Mitgliederwillen verhindert werden. Auch das entspricht zentralistischen und nicht basisdemokratischen Vorstellungen.

Die Stellung von Mitgliedern und Unterverbänden

In § 5 werden die Rechte und Pflichten der Mitglieder behandelt. Die Rechte bestehen darin, an der „politischen Willensbildung“, an Parteitagen, an Wahlen, an der Aufstellung von Kandidaten teilzunehmen und sich selbst zur Wahl zu stellen. Die Pflichten bestehen in der Vertretung der Grundsätze der Partei und der Anerkennung von gefaßten Beschlüssen. Soweit steht dies in jedem

Parteiprogramm. Von einer basisdemokratischen Orientierung hätte man sicherlich einiges mehr verlangt, z.B. die Verankerung eines besonderen Minderheitenschutzes, das Recht, sich mit Gleichgesinnten über bestehende Strukturen hinaus zu treffen, die Verankerung von besonderen Rechten der Frauen usw. All dies, was über die Allerweltsformulierungen hinausgeht, wird nicht einmal angekratzt.

Die Partei soll sich gliedern in eine Bundesversammlung, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesversammlung, dem Landesschiedsgericht, die Kreismitgliederversammlung, die Kreisvorstände, Ortsmitgliederversammlungen und Ortsvorstände.

Oberstes Organ soll die Bundesversammlung sein. Sie „findet mind. einmal im Kalenderjahr statt. Jeder Kreisverband wird durch zwei stimmberechtigte Delegierte und ab 20 Mitgliedern für jede 20 weitere Mitglieder durch einen weiteren Delegierten vertreten. Übersteigt die Delegiertenzahl 750, so setzt die Bundesversammlung für das nächste Jahr einen neuen Delegierten Schlüssel fest.“ (§8). Durch die Bundesversammlung sollen alle wesentlichen Entscheidungen getroffen werden.

Antragsberechtigt sind jedoch nur: „Kreisverbände, Landesvorstände und der Bundesvorstand.“ Dies ist haargenau das gleiche Verfahren wie bei den bürgerlichen Parteien. Einfache Mitglieder müssen für ihre Anträge erst eine Mehrheit in einem ganzen Kreisverband gewinnen, ehe sie überhaupt behandelt werden, während Landesvorstände und der Bundesvorstand per se antragsberechtigt sind. Auch dies ist wieder eine zentralistische Position im Parteiaufbau.

Auch für die Bundesversammlung sind keinerlei Sonderregelungen für die Vertretung von Minderheiten, der Frauen oder anderer besonderer Gruppierungen vorgesehen.

Alle Anträge, die nicht 4 Wochen vor der Bundesversammlung vorliegen, müssen sogar erst eine 2/3 Zustimmung der Delegierten für die Zulassung erhalten.

Ein besonders basisdemokratischer Clou sind die Rechte, die dem Bundesvorstand und dem Bundesschiedsgericht gegenüber Unterverbänden eingeräumt werden sollen. Gegen oppositionelle Landes- und Kreisverbände bzw. -vorstände können folgende Maßnahmen ergriffen werden, wenn sie sich Aufträgen des Bundesvorstandes widersetzen:

1. ein Verweis...
2. die Amtsenthebung von Vorständen...

den oder einzelnen Mitgliedern desselben; in diesem Falle kann das Schiedsgericht auf Vorschlag des Bundes- oder Landesvorstandes ein oder mehrere Parteimitglieder mit der kommissarischen Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte bis zur — unverzüglich einzuleitenden — Neuwahl des Vorstandes beauftragen.

3. Die Auflösung eines Gebietsverbandes, wenn der Vorstand der nachhöheren Verbandstufe es beantragt.

Man sieht hier schon, um welche Fragen sich die führenden Grünen Gedanken machen. Und auch in diesem Fall ist keine Beteiligung der Mitgliedschaft vorgesehen. Mit dieser Satzung in der Tasche kann auf Antrag des Bundesvorstandes ein ganzer Landesverband vom Bundesschiedsgericht aufgelöst werden. Daran sollten auch diejenigen einmal denken, die in Hamburg oder Westberlin als wesentliches Argument ins Feld führen, daß diese Landesverbände per Übertritt der Bunten und Alternativen ein nicht zu übergehendes Gewicht bekommen.

Ist die Partei erst unter Dach und Fach, soll auch nichts mehr geändert werden. In § 15 heißt es: „Für Satzungsänderungen und Änderungen des Parteiprogramms ist eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmberechtigten (Delegierten der Bundesversammlung) erforderlich.“ Auch die vorgesehene Urabstimmung zur Änderung von Satzung und Programm ist als Instrument der Basis untauglich, da ein Drittel aller Kreisverbände eine solche beantragen müssen.

Als Fazit muß man ziehen: der bisherige Satzungsentwurf engt die Mitgliedschaft auf die rein Grünen ein und erklärt die Unvereinbarkeit mit allen sozialistischen Kräften. Er enthält keinerlei basisdemokratische Elemente und orientiert auf eine zentralistisch ausgerichtete Partei.

Die Mitgliederrechte, die besondere Vertretung der Frauen und der Minderheiten unterscheiden sich nicht von denen in den bürgerlichen Parteien, was ebenfalls dem basisdemokratischen Anspruch widerspricht. Ebenso wenig ist satzungsmäßig eine Öffnung gegenüber den Bürgerinitiativen festgehalten. Alles in allem also ein Entwurf, der jeder bürgerlichen Partei zur Ehre gereichen würde, für eine basisdemokratische Partei jedoch inakzeptabel ist. Tatsache ist jedoch, daß dieser Entwurf genau den Jahrhundertideen der führenden Grünen entspricht!

Schlechte Demokraten

„Parteigründung endete chaotisch: „Grüne“ von „Bunten“ und „Alternativen“ überfölpelt.“ Mit dieser Überschrift berichtete die „Westfälische Rundschau“ vom 23.11. vom Waltruper Grün/Bunten Treffen am 21.11. Da hätten doch KB und „KPD“, „rangekart, was sie haben und dann die Versammlung majorisiert“, klagt der geschäftsführende Sprecher der Grünen, der Maler Hartmut Vondermann.

Wie wir das bei fast 600 Anwesenden geschäft haben sollen, bleibt Vondermanns Geheimnis. Doch die wütenden Attacken und das Gejaule der Grünen in der Presse „trickreichen Leuten aus der K-Szene mit Geschäftsordnungsdebatten, denen sie nicht gewachsen waren, überfölpelt fühlten“ (Mit einem kriminellen Trick“ (Vondermann) verkehrten die Chaoten einen Antrag in sein Gegenteil“ stammen samt und sonders aus abgebrühter Vorstandskiste, bei dem nicht nur die „WR“, sondern auch die „WAZ“ im ähnlichen Jargon gerne mitmalen. Während bei den Kommunalwahlen Grüne und Bunte in aller Regel sehr gut zusammengearbeitet haben, und auf dem erwähnten Marler Treffen im Finanzbericht die Grünen auch bekanntgegeben haben, daß sie bereit waren, jeder dieser Listen 2,- DM pro Eurostimme aus ihrem Wahlgebiet zu zahlen (immerhin 34.000 DM für die gemeinsame Liste in Köln), so wollen die Grünen nach Offenbach jetzt im Alleingang bestimmen. Eine Satzungsverstellung mit UVB's darf da nicht fehlen, wie bundesweit dürfen allerdings alle als „Mitarbeiter“ ohne Rechte den Grünen helfen.

Und man hatte schon für Waltruper, sucht, diese Parteigründung klug auszufölpeln. Da hatten die Grünen die Vorbereitung des 2. gemeinsamen Bunten/Grünen Treffens für die Landtagswahlendiskussion kurzfristig platzen lassen und im Alleingang nur die Grünen (mit eigenmächtig geänderter Tagesordnung) nach Waltrup eingeladen. Die grüne Regie

war offen enttäuscht, als sie dann in Marl die ersten Abstimmungsniederlagen hinnehmen mußten. Viele mobilisierte Grüne wurden nun wieder zur vorzeitigen Abreise bewegt.

Gerade auch aus den Reihen der Grünen, die bisher mit den Bunten kommunal zusammengearbeitet hatten, kam die Kritik, daß der Bundesvorstand empfohlen hatte, einen UVB in die Satzung aufzunehmen. Als dazu auch eine entsprechende Resolution mit Mehrheit durchkam, war es mit der Geduld der Grünen Regie am Ende. Dem WDR-Fernsehen wurde von Vondermann, Traubitzsch und Knecht (von der Landesgeschäftsstelle der Grünen) folgende Erklärung übergeben: „Die Grünen stellen fest, daß sie in die Minderheit geraten sind. Sie halten die Beschlüsse dieser Konferenz nicht als die Beschlüsse ihrer Basis und insofern nicht bindend...“

Immerhin fand sich Knecht nach einem Hagel der Kritik dazu bereit, folgende Vereinbarung zu akzeptieren:

Es solle im Dezember eine Partei der grün/bunten Einheit gebildet werden; dagegen stelle das Vorgehen von W. Knechte eine Brückierung der Versammlung dar und steigere die Gefahr der drohenden Spaltung. Es soll eine Gegenpresseerklärung mit Richtigstellung verfaßt werden.

Allerdings ist es bislang dazu offensichtlich nicht gekommen. In den erwähnten Presseartikeln heißt es dagegen:

„Von der Unterwanderung durch die K-Gruppen wollen sich die Grünen nun auf ihrem Nordrhein-Westfälischen Gründungskongress, davoraussichtlich in Marl stattfinden, schützen. Wie das geschehen soll, ist derzeit noch das Geheimnis der Parteigründer.“ („WR“, s.o.)

Doch schon das Waltruper Treffen hat gezeigt, daß sehr viele Grüne auf Grund ihrer bisherigen Zusammenarbeit mit den Bunten gegen diesen Abgrenzungskurs eingestellt sind.

Keine Berührungspunkte zwischen CSU und Neonazis?

In der neonazistischen Monatszeitschrift „Mut“ (Oktober 1979) ist „mit freundlicher Genehmigung des W.S. Schlamm Verlags GmbH“ ein Aufsatz des CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn über „Moskaus Weltherrschaftsplan“ nachgedruckt worden. Dieser Aufsatz erschien zuerst in der „Zeitbühne“ 8/79, einem von Otto Habsburg herausgegebenen Blättchen, das am rechten Rand der CSU angesiedelt ist. Mit diesem Nachdruck unterstreicht „Mut“-Herausgeber Wintzke seine Bewunderung für Huyns markige antikommunistische Hetze gegen die Sowjetunion.

Die übereinstimmende politische Stoßrichtung der Argumentation ist nicht zufällig. Im September 1977 referierte Huyn auf dem 2. Afrika-Seminar des „Hilfsskomitee Südliches Afrika“, das von dem Rechtsradikalen Peter Dehous geleitet wurde. Thema dieses Seminars war die Kritik an der „selbstmörderischen Südafrikapolitik westlicher Demokratien“ angesichts des „folgeschweren Zugriffs des sowjetischen Imperialismus“ sowie allerlei Warnungen vor den Gefahren für den „noch freien Vaterlandsteil“ (= BRD), für Westeuropa, für die „gesamte weiße Welt“. Auch auf dem XI. Jahreskongress der „World Anti-Communist-League“ in Washington stieß Huyn ins gleiche Horn.

Angesichts der Fakten ist es geradezu lächerlich, wenn Strauß im „Deutschland-Magazin“ (August 79) behauptet: „In den Unionsparteien gibt es weder programmatische noch personelle Berührungspunkte zu den Neonazis.“

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Neue „Sammlung“ von Grünen — Braunen

Die jüngste Ausgabe von „Volk und Umwelt“ (Nr. 10/11 -79), jenes von Walter Thal herausgegebenen all-braunen Blattes, berichtet von einem „Umweltschützer“ Treffen, das nicht unbeachtet bleiben sollte.

So haben sich am 26./27.10. in Koblenz „zumeist leitende Vertreter folgender Organisationen“ zusammen gesetzt, um Strategisches und Taktisches für die Bundestagswahl 1980 zu verhandeln:

- Alternative Demokratische Bürgerbewegung;
- Aktionsgemeinschaft Deutscher gerbewegung;
- Aktionsgemeinschaft Deutscher Rentner- und Seniorenverbände;
- Europa 2000 Liga für freie Völker;

— Sammlungsbewegung Lebensordnung (das ist Thal selbst);

- Partei für Renten-, Steuer- und soziale Gerechtigkeit;
- Bürgerpartei;
- Deutsche Bewegung für Demokratie (auch das ist Thal selber).

Abgesehen von diesen Zirkeln, die alle im und um den „5%-Block“ bzw. die „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung“ heimisch sind, waren aber auch der Achberger Kreis, die Aktion Dritter Weg sowie die Die Grünen Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg und außerdem eine Wählergemeinschaft Grüne Liste Rheinland-Pfalz, Bewegung für humanen Fortschritt, anwesend.

Besonders herausgestellt wurde die Parole: „Nicht grün-bunt-rot, sondern das Leben hat Vorrang!“ In einer Art Strategiepapier wird vorgeschlagen, alle „nichtetablierten, nicht extremistischen Interessenten“ zusammenzuschließen, um 1980 mit einer Partei „Weder Strauß noch Schmidt!“ / Liste des Volkes“ anzutreten. Der Umkreis dieser Leute ist durch die Zeitschrift Thals hinreichend gekennzeichnet. So schreibt ein Sympathisant der Wahlüberlegungen von Thal u. Co., daß man die „Volksbewegung als zentralen Gedanken“ propagieren müsse. So druckt Thals „Volk und Umwelt“ einen eklig rassistischen Text nebst Bild aus dem NaziBlatt „Unabhängige Nachrichten“ ab. Und so finden sich unter den Aktivisten Namen der neuen „Sammlungsbewegung“ so Altbekannte wie Hans Kaegelmann, seit langem Kompanion bei verschiedensten mehr oder weniger getarnten Unternehmungen, bei denen der Nazipropagandist Schönborn mitmischte. Weitere Namen, die man/frau sich merken sollte: Gerhard Müller (seines Zeichens auch Chef des „Fünzig Plus Club“ bzw. des Blattes „Wir über 50“ (Parkgürtel 1,5 Köln 30); Wilfried Wiechert und Wilfried Heidt.

Der „5% - Block“ übrigens ist zugunsten der neuen Bemühungen auf Eis gelegt worden.

Am 21. 24.11.79 will sich die ganze Gesellschaft wieder treffen — und zwar in Gartow.

Antifa-Kommission Hamburg

Frauen zur Bundestagswahl

Die Gründung der Frauenpartei und Diskussionen auf der Sommeruni in Westberlin bildeten den Auftakt für eine inzwischen in der Frauenbewegung begonnene Debatte, wie die Frauenbewegung sich zu den kommenden Bundestagswahlen verhalten soll (s. auch AK 164, S. 26: „Frauenpartei gegründet...“).

Alice pro Wahlboykott?

In der November-Nummer der „Emma“ betont Alice Schwarzer, daß allein außerparlamentarischer Druck bisher Veränderungen bewirkt hätte; als Beispiele führt sie die Bewegung gegen den § 218 und die Anti-AKW-Bewegung an. Ihrer Ansicht nach liegt das Hauptproblem heute in fehlenden Strategien, wie die Frauenbewegung ihre Forderungen systematisch durchsetzen soll.

„Wir sollten ... uns endlich wieder zusammensetzen und überlegen: was tun? Wie sich in den bevorstehenden Bundestagswahlen verhalten? Wie die Millionenmacht, die wir Frauen darstellen könnten, gezielt einsetzen und ausdrücken? Im Wahlboykott aller Parteien, die unseren Interessen nicht weitgehend Rechnung tragen? In der Aktivierung von Frauengruppen und koordinierten, gezielten Aktionen und Forderungen? Im Entwickeln neuer Formen politischen Handelns, ohne sich von vornherein in das Korsett „Partei“ einzwängen zu lassen?“

Zur Diskussion dieser Fragen hat sich eine „Frauen-Initiative“ bei den Wahlen 1980 gebildet, die ein baldiges Treffen aller interessierten Gruppen beabsichtigt. Anlaufadresse ist die „Emma“-Redaktion.

Frauen der AL Westberlin: Einfluß nehmen auf eine grün/bunte Partei

In der „taz“ vom 19.11.79 nehmen Frauen der AL Westberlin die „notwendige strategische Diskussion über Sinn und die Relevanz eines parlamentarischen Armes der Autonomen

Frauenbewegung“ auf. Sie kritisieren, daß von Alice Schwarzer mit dem Argument, die Frauenbewegung sei eine Basisbewegung, die ihre Erfolge durch außerparlamentarische Arbeit erzielt hat, jede Überlegung, in einem grün/bunten Bündnis mitzuarbeiten beiseite geschoben wird. Sie halten Basisdemokratie und außerparlamentarische Aktivität für eine unerläßliche Voraussetzung parlamentarischer Arbeit und führen die Anti-AKW-Bewegung als Beispiel für eine durchaus mögliche Einheit solcher Arbeit an und sie erteilen der SPD eine deutliche Absage. Neben der Tasche, daß die SPD weitestgehend für Atomkraftwerke ist, gibt's für die AL-Frauen noch mehr Gründe, die SPD auf keinen Fall mehr zu wählen: Berufsverbote, Zensurparagrafen, Einschränkung des § 218, die Anwendung von Prostaglandinen in SPD-regierten Ländern, ... usw.

Stattdessen sehen sie in einem grün/bunten Bündnis größere Chancen als in bürgerlichen und linken Parteien, die Forderungen der Frauenbewegung einzubringen, auch wenn Frauen heute in solchen Bündnissen z.T. einen noch nicht so guten Stand haben und z.B. das Programm der GAZ frau an dem Sinn derartiger Anstrengungen zweifeln lassen könnte. Ihrer Meinung nach liegt die Ursache dieser Situation jedoch auch erheblich an der mangelnden Beachtung dieser Bündnisse seitens der Autonomen Frauenbewegung. Da die Zeit, Einfluß zu nehmen, nicht mehr lang ist, haben sie zu einem Treffen „Was tun zur Wahl“ am 21.11.79 in Westberlin eingeladen, auf dem überlegt werden soll, wie die Frauenbewegung Forderungen in grün/bunte Bündnisse einbringen und dabei ihre Autonomie bewahren kann. (Wir werden im nächsten AK darüber berichten).

Eine Genossin der SSB-Frauengruppen Hamburg

Antwort der MRI Freiburg

Leserbrief zu AK 161, S.9 BUNTE LISTE – Freiburg:

Der AK Nr. 161 enthielt den Beitrag einiger Freiburger KB-Mitglieder unter dem Titel: BL – Freiburg, Auseinandersetzungen mit der MRI. Leider stellt dieser Artikel nicht einmal den Versuch dar, sich mit der BL-Politik der MRI argumentativ auseinanderzusetzen. Dieses Verhalten uns gegenüber sind wir allerdings gewohnt, und wir würden darum auch keinen Leserbrief schreiben. Ärgerlich ist aber, daß der Artikel zudem im wesentlichen auf Falschdarstellungen und demagogischen Verdrehungen basiert, was uns zur Richtigstellung zwingt.

Im September 1978 hat die Bürgerinitiative gegen Berufsverbote zusammen mit der MRI die Initiative für eine BL in Freiburg gestartet. Obwohl wir selbstverständlich nur vom Minimalkonsens Grundrechts- und Umweltschutz ausgingen, war anfangs keine Basisinitiative (von denen es in Freiburg allerdings nur wenige mit nennenswerten Aktivitäten gibt) überhaupt zur Diskussion bereit. Selbst der KB war erst nach langem Zaudern zur Mitarbeit bereit. Heute, wo die BL zu einem ernstzunehmenden Faktor gewachsen ist, ist die BL gegen Berufsverbote immer noch die einzige BL in der BL, ansonsten arbeiten hier in nach Themen von der BL eingerichteten Arbeitskreisen neben den politischen Organisationen nur Einzelpersonen, die zum Teil allerdings auch aus anderen Basisorganisationen kommen.

Organisation der BL

Die notwendige Arbeit für einen Erfolg der BL wurde viel zu lange dadurch empfindlich gestört, daß mehreren Mitarbeitern der Zweck und der Bündnischarakter einer BL nicht klar war, bzw. sie ihn nicht wahrnehmen wollten. Der Zweck einer Liste ist, wie der Name schon sagt, die Kandidatur für

Wahlämtern zu ermöglichen. Der Zweck einer Liste ist, wie der Name schon sagt, die Kandidatur für ein Parlament mit dem Ziel, mit möglichst vielen Vertretern dort einzuziehen. Der Bündnischarakter besteht eben darin, daß Menschen mit unterschiedlichen politischen Auffassungen aber dem gemeinsamen Ziel, ihre sonstigen Aktivitäten durch die parlamentarische Arbeit zu unterstützen, sich dazu auf einer Plattform mit dem (Minimal-)Konsens zusammenschließen.

Stattdessen versuchten einige, denen sonst das Publikum fehlt, dieses recht große Forum (bis zu 120 Anwesenden auf Vollversammlungen) für sich zu mißbrauchen. An die Satzung hielten sie sich nur, wenn sie sie gegen andere benutzen wollten, ansonsten war das zu „formalistisch“. Erfahrungen, die wohl jede alternative Liste machen mußte.

Bezeichnend für die Arbeit des KB in Freiburg ist, daß er regelmäßig mit diesen Leuten, die sie selber in dem Artikel treffend so charakterisieren: „Ihr Angriff galt offensichtlich der BL insgesamt“, gegen die MRI zusammenarbeitete.

Da diese Probleme unheimlich viel Zeit und Energie absorbierten und die BL kaputtzumachen drohten, haben wir zwei Ergänzungen zur Satzung vorgeschlagen: zum einen wollten wir damit noch einmal die notwendige Grundsatdiskussion zum Selbstverständnis der BL führen, zum anderen sollte die Frage der Agitationsfreiheit klar gestellt werden. Diese Ergänzungen brachten auch keineswegs eine Änderung der Satzung. Nach der Satzung lag auch bis dahin die Entscheidung über Fragen, die die BL als Ganzes betreffen, beim Delegiertenrat oder der Mitgliederversammlung. Es sollte ausdrücklich klargestellt werden, daß ein Arbeitskreis nur „in dem von ihm bearbeiteten Gebiet Agitationsfreiheit hat“.

Der Leser möge sich den Sinn an folgendem fiktiven Beispiel klarmachen. Der AK Umwelt z.B. wäre mehrheitlich mit „KPD“-lern besetzt und diese bringen dann unter dem Emblem der BL munter Flugblätter zur Vaterlandsverteidigung und zum Sozialimperialismus und obendrein vernachlässigen sie die Arbeit an konkreten Umweltproblemen in der Stadt. Daß so eine BL sehr schnell kaputt wäre, sollte eigentlich jedem einleuchten. Nicht so dem KB. Sein jüngster Satzungsbruch datiert von Anfang September (lange nach der Klärung) als der AK Umwelt, in dem der KB mitarbeitete, auf seine Initiative hin ein Flugblatt zum Antikriegstag erstellte und verteilte, ohne dies in der DK vorzubringen und beschließen zu lassen. „Zufällig“ entsprach die Aktion voll der bundesweiten Politik des KB. Genauso satzungswidrig

und eben putschistisch waren die in dem Artikel angesprochenen Vorgänge zum Antifaschismus. Unterschlagen wird in dem Artikel, daß es um zwei Veranstaltungen ging, nämlich (und in erster Linie) um den Landesparteitag der NPD in Tuttlingen (100 km von Freiburg entfernt) und zweitens um die Aktion der Faschisten am 1. Mai in Freiburg. Falsch ist, daß die MRI auf dem Delegiertenrat die Mehrheit hatte. Es spielte sich in Wahrheit folgendes ab: ohne vorherige BL-interne Ankündigung wurden diese Punkte eingebracht und sollten, „weil die Zeit drängt“, auch sofort verabschiedet werden. Dabei ist zu bedenken: seit zwei Monaten lief in Freiburg eine Aktionseinheit zum NPD-Parteitag, an der der KB beteiligt war. Nachdem der kein Wort dazu in der BL verlauten ließ, kommt er wenige Tage vor dem Ereignis und spielt die Zeitkarte aus. Als dann abgestimmt werden sollte, stellte sich heraus, daß nicht klar war, wer von den AKs Delegierter war (ein bezeichnendes Symptom für den damaligen Zustand der BL). Die Klärung wurde abgeblockt durch den famosen Vorschlag, daß doch alle Anwesenden abstimmen sollten. Nun, rein zufällig war ein AK, der auch gut informiert war, fast geschlossen anmarschiert und sich auch sehr einig mit dem KB. So stimmten statt den satzungsgemäßen 12 Delegierten etwa 27 Anwesende ab, wobei sich die 6 MRI'ler der Stimme enthielten. Dieses satzungswidrige Vorgehen des KB haben wir zumindest dahingehend korrigiert, daß wir den Herausgeber auf dem Flugblatt den Tatsachen entsprechend geändert haben. Bezeichnend ist, daß die Wortführer dabei neben dem KB dieselben Leute waren, die später unter Knall und Stunk ausgetreten sind, siehe oben. Und wie würde der KB denn ein solches Vorgehen bezeichnen, bei dem mit überraschenden Tagesord-

nungspunkten, ohne vorherige Diskussionsmöglichkeit in allen AKs mit einer „Zufalls“-mehrheit unter Bruch der Satzung eine politische Anschauung durchgedrückt werden sollte, wenn nicht durch Majorisierungspolitik und Putschismus? Unterschlagen wird, daß zuvor die Arbeit der BL einige Wochen durch die Diskussion über mögliche Aktionen zum 1. Mai völlig in Anspruch genommen wurde, wobei klar war, daß in Freiburg nichts laufen könnte und es wiederum um eine auswärtige Aktion ging. Denn der DGB hat seine Kundgebung in Breisach abgehalten, einem winzigen Ort 30 km von Freiburg entfernt. Keineswegs auf einen antifaschistischen Kampf überhaupt bezog sich unsere Mahnung, daß „nächstliegende und brennende Aufgaben liegen bleiben“, sondern auf die Situation der BL, daß kein Mitarbeiter in die kommunalen Probleme eingearbeitet war, daß die Programmdebatte nicht mal angefangen hatte, daß wochenlang über Aktionen, die außerhalb Freiburgs stattfanden, viel geredet wurde und die unmittelbarsten Aufgaben liegen blieben.

Zum Antifaschismus

Den großartigen Erfolg der antifaschistischen Aktion für die BL möge man daran messen, was tatsächlich geschah. Am 1. Mai versammelten sich etwa 15 Faschisten in einer entlegenen Bürgergegend zu einer Kundgebung, und kein Mensch hätte etwas davon erfahren, wenn nicht die BL dafür Reklame gemacht hätte. Wir halten in der Tat einen solchen „Antifaschismus“ für völlig sinnlos. Und dementsprechend waren die 300 „Antifaschisten“ auch keineswegs aufgebrachte Freiburger, sondern fast ausschließlich auswärtige jugendliche Besucher eines Folkfestivals, die in Freiburg übernachtet hatten und den musikalischen Vormittag

damit füllten, zu der Kundgebung zu gehen. Der KB soll natürlich die Politik machen, die er für richtig hält, daß er dafür aber die BL mißbraucht, können wir nicht hinnehmen. Unsere Praxis jedenfalls besteht nicht in Handwerkerlei und Aktionismus. Wir pflegen sie aus einer Untersuchung von Wesen und Ursache der Erscheinungen her abzuleiten. Wir meinen darum auch, zumal in einem Bündnis, daß bei wesentlichen politischen Fragen die Diskussion stattzufinden hat, was der KB als „Gegenzug“ zu diffamieren beliebt. So griff auch der KB die BL-Veranstaltung zum Thema „den Faschismus bekämpfen – aber wie“ gleich zu Beginn mit dem „Argument“ an, eine solche Diskussion gehöre nicht in die BL! Obwohl lange genug angekündigt, war er auch nicht in der Lage, argumentativ oder gar mit einem Kurzreferat Stellung zu nehmen.

Dem KB (auch der Zentrale) liegt ein 4-seitiges Flugblatt der MRI zu dieser Frage vor. Wir würden es sehr begrüßen, wenn er dieses im AK abdruckt und versucht, sich mit der Frage und uns argumentativ auseinanderzusetzen. Bezeichnend ist, daß er die Frage, wie das politische Denken und Handeln der Massen zu erklären ist, das heute durch die schier unglaubliche Loyalität gegenüber den 3 Wannenparteien und vor 33 in dem Verhalten gegenüber dem Faschismus gekennzeichnet wird, als „sehr spezielle Diskussion, die sich an ein schmales Spektrum von Interessierten wendet“, abtut. Genau das Problem, das die Kernfrage jeder kommunistischen Praxis bedeutet. Stattdessen wird mit demagogischen Verdrehungen gearbeitet. In dem Flugblatt führen wir u.a. aus, daß die Forderung nach dem Verbot der NPD ausgerechnet deren Mitglieder gegenüber nicht besonders sinnvoll sein kann. Wir weisen darauf hin, daß neben anderen laut Bundesverfassungsgesetz die SPD die Möglich-

keit hätte, die NPD binnen 14 Tagen zerschlagen zu lassen. Wenn man ernsthaft das Verbot will, wären doch SPD-Parteitage der richtige Adressat. Das ist eines von zig Beispielen zum heuchlerischen „Antifaschismus“ der SPD (die tatsächlich mit jedem Faschismus praktisch zusammenarbeitet, siehe Türkei, Chile, Südafrika ...). Stattdessen beschwören Linke, vor allem auch der KB, immer wieder einen Antifaschismus der SPD. Wir pflegen aber die SPD nicht an den Worten einiger Jutos zu messen, sondern an ihrer tatsächlichen Politik.

Wahlkampf gegen linke SPD'ler

In diesem AK ist auch eine Stellungnahme der MRI zum Thema Bundestagswahl enthalten, in dem wir auch diese Frage beantworten. Darum hier nur einige Ergänzungen. Eine Woche, nachdem die BL auf einem Flugblatt stichwortartig ihre Programmpunkte veröffentlichte, trat SPD-Landsberg mit großer Unterstützung der Lokalpresse und sogar der FR mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die dieselben Forderungen, obendrein in derselben Reihenfolge enthielt. Seitdem wird Landsberg systematisch in der Öffentlichkeit aufgebaut (gegen wen wohl), jede Stellungnahme, ja selbst Zwischenrufe im Stadtrat von ihm werden eifrigst notiert und in der Presse verbreitet. Wozu veröffentlicht eigentlich der KB in AK (Nr. 160) das Strategiepapier der Bielefelder SPD, wenn er nichts daraus lernen will? Die SPD schreibt dort: „Der auf die Zielgruppe möglicher Buntewähler bezogene Wahlkampf muß in der Hauptsache von den Jungsozialisten geführt werden, da sie am ehesten von jungen Leuten als Gesprächspartner akzeptiert werden. Dabei müssen die Probleme, die die Buntten schwerpunktmäßig behandeln, offensiv angegangen werden.“ Das Problem der Bielefelder SPD besteht nur darin, daß sie noch keinen Landsberg hat.

Weiterhin zwingt schon gesunder Menschenverstand zu der Feststellung, daß eine Stimme eben nur einmal zu vergeben ist, entweder der BL oder der SPD. Und wo soll denn eine BL ihre Stimmen hernehmen, wenn nicht zum weitaus größten Teil von den „kleineren Ubel“-Wählern? Und das wird ja wohl kaum von Schmidt und Leber verhindert werden können, sondern höchstens von solchen „Linken“ wie Brandt, Eppler oder Landsberg. Mit den geretteten Stimmen darf dann allerdings die SPD weiter ihre Berufsverbote verhängen. Kommt zu dem gesunden auch noch politischer Verstand, müßte klar sein, daß für das Wachsen kommunistischer Organisationen gleiches, nur in viel größerer Schärfe gilt. Für Lenin und Trotzki war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Weg des Sozialismus nur über die Leiche der Sozialdemokratie führen kann. Nicht so dem KB. Einer seiner hiesigen Vertreter hat sich öffentlich für ein Stimmsplittling zwischen BL und Landsberg ausgesprochen. Insgesamt bekämpft der KB, daß sich die BL überhaupt kritisch mit Landsberg (wobei es natürlich um seine Funktion geht und es zumindest der MRI hier völlig gleich ist, ob er ein nützlicher Idiot ist oder ein Heuchler) auseinandersetzt. Eine „Garantie“ des KB darüber, was „fortschrittliche Bürger von einer BL erwarten“, reicht uns nun wirklich nicht, wir hätten da schon lieber einige Argumente. Daß eine BL zu Hilfsjutos verkommt, „mag vielleicht der Logik der KB-Politik entsprechen“, wir machen dabei jedenfalls nicht mit.

Anmerkungen zum MRI-Leserbrief

Der Leserbrief der MRI hat uns schon einige Zeit vorgelegen, bedauerlicherweise können wir ihn erst in diesem AK abdrucken.

Die im Text erwähnte Stellungnahme der MRI zu den Bundestagswahlen ist bereits in AK 164, S. 11 abgedruckt. Der von der MRI hier beantwortete Artikel in AK 161, der gemeinsam von Freiburger KBler/innen und ZRK-Mitgliedern erstellt worden war, stellte den Versuch dar, sich nicht in die innersten Querelen der Auseinandersetzung innerhalb der BuLi zu begeben, allerdings wurde vor einer einseitigen politischen MRI-Ausrichtung gewarnt.

Leider hat die Entwicklung böse Vorahnungen überrollt. Die an der BuLi beteiligten KBler haben inzwischen erklärt, daß sie nicht mehr innerhalb der BuLi mitarbeiten. Allerdings wollen sie „weiterhin die BL unterstützen und sich im Einzelfall an konkreten Aktivitäten beteiligen“ (aus ihrer Erklärung vom 25.10.79).

Nun, was soll an Zusammenarbeit gedeihen, wenn die Mehrheit der BuLi um die MRI gleich zweimal im schlechtesten „Agentenstil“ in Flugblättern über die KBler herfällt, im ersten Fall ohne jede Ankündigung, ohne sich überhaupt eine Darstellung der KBler anzuhören.

In der „Badischen Zeitung“ (abgedruckt im BL-Flugblatt) teilte die BuLi (als Antwort auf die Pöbeleien der rechten Grünen über „K-Gruppen-Unterwanderung“) mit: Die KBler hätten sowieso „keinen besonderen Einfluß“ und stünden auch nicht auf der Kandidatenliste. In den Flugblättern geht es gleich zur „Sache“: „Schmutzige Wäsche – oder: Wie Gruhl's Grüne mit den K-Gruppen gegen die Bunte Liste zusammenarbeiten“ ... Entsprechend liest man auch im Text: Diese „allzeit konspirationsbereiten K-Grüpler“ hätten mit einem „Gruhl-Mann ... darüber beraten, wie man die BL spalten könne und erwogen, wichtige Flugblätter von uns bei oder vor Verteilung zu vernichten“, den Gruhl-Grünen seien wir „zum Konspirieren gut genug“ ...

Diese blindwütigen Attacken – die mehr an Sektenskrieg als an BuLi-Flugblätter erinnern – führten dann auch zum Ausstieg der KBler. Dazu muß man wissen, daß sich unter den GAZ-Männern in Freiburg einige reaktionäre tummeln, die in der Badischen gern zitiert werden (s. auch diesen AK dazu). Diese Teile haben in der Tat einen Beschluß bei den

Freiburger Grünen durchsetzen können, wegen der Mitarbeit der KBler und der MRI in der BL nicht mit ihr zusammenzuarbeiten, obwohl AUD-Teile der Grünen sehr wohl zu einer Zusammenarbeit bereit waren. Der erwähnte „Gruhl-Mann“ ist ein Mitglied der Buntten Liste, der heute mehr zu den Grünen übergetreten ist, dort auch im Landesvorstand sitzt. Von den rechten Grünen wurde er in der Presse als grüner Karrierist angegriffen und von ihm Distanzierungen von den Buntten verlangt. Kl. Schramm, der tatsächlich auf gemeinsamen Sitzungen von buntten Oppositionellen (gegen den MRI-Mehrheitskurs) mit KBlern war, hat sich von solchen grünen Machenschaften tatsächlich nur halb und halbherzig distanziert. Dies hat alles andere als die Billigung der KBler gefunden – trotzdem, in den Augen der MRI ist Schramm ein „Gruhl-Mann“ und der KB in Freiburg „Konspirationspartner“ der Gruhl-Grünen geworden. Doch nun zum MRI-Leserbrief:

Zur Frage der Einheit mit den Grünen

Obwohl in Freiburg bei den Kommunalwahlen keine 5%-Klausel existiert, war allgemein die Vorstellung bei den Buntten, mit den Grünen (AUD-Flügel) Verhandlungen über ein gemeinsames Auftreten zu den Wahlen aufzunehmen. Der Vorschlag in AK 161, ein Bündnis mit einem durchaus unabhängigen Wahlkampf von Buntten und Grünen anzubieten und die Kritik in dem Artikel richtete sich gegen folgende Erklärung in einem BuLi-Flugblatt, in dem es an die Grünen gerichtet hieß: „Seid ihr dagegen?“ (aufgezählt waren: Abschaffung des § 218, Frauenhaus, sexuelle freie Kinderläden, demokratische Rechte) „Wenn nicht: dann laßt uns gemeinsam kandidieren!“ Wir halten es nach wie vor für unsinnig, die Planung über ein gemeinsames Vorgehen von der Unterstützung der Grünen für diese Programmpunkte abhängig machen zu wollen.

Wahlkampf gegen linke SPD'ler

Leider hat die MRI ihre Vorstellungen zum Kampf gegen linke SPDler zum Richtmaßstab für die gesamte Stellungnahme der BuLi in der Öffentlichkeit gemacht, ein Minderheitsvotum in der geplanten Zeitung der BuLi wurde untersagt.

Nun gehörte die Freiburger MRI zu den ersten Linken in der BRD, die die bunte Idee aufgegriffen haben – nun dazu gehört, daß über den Parlamentarismus bzw. über die etablierten Parteien von der Linken bzw. der Basisbewegung eigene Erfahrungen gemacht werden und man sich nicht in die Pose begibt, lediglich das Verschaukeln durch die bürgerlichen Parteien in starken Worten an den Pranger zu stellen. Wieso das bei linken Sozialdemokraten unbedingt anders laufen muß, bleibt „Geheimrezept“ der MRI. Selbst die angeführte BuLi-Bielefeld, die das Geheimpapier der SPD veröffentlicht hatte, hat sich keineswegs gescheut, mit dieser SPD konkret (z.B. in Sachen Gesamtschule) gemeinsame Sache zu machen. Nun hat sich Landsberg in Freiburg durchaus bei Initiativen (z.B. im Mieterbereich) einen guten Namen als fortschrittlicher Kommunalpolitiker gemacht. Er hat auch mit DKP-Gruppen gegen Berufsverbote öffentlich protestiert. Da wirkt die BuLi-Pose, ihn nur anzugreifen und keine Zusammenarbeit im Konkreten zu suchen, reichlich lächerlich. Schon ein Frevel war es, als in der BuLi ein KBler sich vorstellen konnte, daß potentielle Wähler der BuLi ihre Stimmen splitteln könnten (bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg kann man nämlich „Panaschieren“ und auch „Kulmulieren“, d.h. bis zu einem gewissen Grade seine Stimmen auf Kandidaten seiner Wahl – sogar bei verschiedenen Listen – konzentrieren).

Wir wollen jetzt nicht mit der MRI streiten, ob das Flugblatt zum Tuttlinger Parteitag der NPD tatsächlich zu spät in die BuLi eingebracht wurde. Der Vorwurf ist, daß von der MRI eine Einschränkung der BuLi auf ihre Politik betrieben wird. Zur SPD-Politik der MRI/BuLi-Mehrheit darf nicht einmal ein Arbeitskreis Stellung nehmen.

Der AK Umweltschutz verstößt laut MRI gegen die Satzung, wenn er sich zum Antikriegstag (Leitthema war Zusammenhang friedliche und militärische Nutzung von Atomenergie) in einer Weise äußert, die voll der Meinung des Arbeitskreises entspricht, aber nicht mit der der MRI-Mehrheit übereinstimmt.

Auf der anderen Seite genehmigt sich die MRI-Mehrheit solche „Schmutzigen-Wäsche“-Flugblätter. Da verliert die Liste allmählich den breiten, bunten Charakter.

Ein Genosse der ZRK

Einheit mit den Grünen?

Auf Betreiben der MRI sollen die Grünen in „eher (?) maximalistischer Weise“ aufgefordert worden sein, „die buntten Forderungen zu übernehmen“. Die einzige Forderung, die bisher tatsächlich an die „Grünen“ gerichtet wurde, war, daß sie sich zu einem offiziellen Kontakt mit der BL zur Diskussion einer gemeinsamen Kandidatur bereit erklären. Das ist aber bis heute noch nicht geschehen, die Grünen verhalten sich völlig entsprechend ihrer in den letzten AKs beschriebenen bundesweiten Strategie.

Zum Schluß bleibt die Frage, was der KB eigentlich mit einer solchen Form der „Auseinandersetzung“ bezweckt? Obwohl Euch alle Dokumente schriftlich vorliegen und noch ZRK-Genossen bemüht wurden, bringt Ihr eine Reihe von falschen Darstellungen; anstatt auch nur einem einzigen Argument nur demagogische Polemik. Ihr wißt doch auch: Lügen haben kurze Beine.

Interview mit Gerhard Armanski zur Bundestagswahl 1980

Das Interview mit Gerhard Armanski, der Mitglied im Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros (SB) ist, beginnt mit einigen Thesen des Interviewten. Darin werden die gesellschaftlichen Bedingungen, die politischen Kräfteverhältnisse und die Aufgaben der Linken aus der Sicht des Verfassers dargestellt (wir haben diesen Teil kursiv gesetzt). Anschließend folgen im Wechsel Frage und Antwort.

Eine vorgängige, kurzschlüssige Entscheidung für „das kleinere Übel“ oder Wahlboykott oder endlich die grün-bunte Alternative kann sich nur spekulativ begründen, solange nicht geklärt ist,

- unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen diese Wahl läuft;
- wie die politischen Kräfteverhältnisse sind und
- welche Chancen und Aufgaben die Linke daher hat und haben kann.

Die Wahl findet vor dem Hintergrund chronischer krisenhafter Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems und entsprechender Reaktionen statt. Im gleichen Maße, wie sich die Produktionskosten erhöhen und die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt sich verengen, sind alle bürgerlichen Nationen um den Preis ihres Niedergangs dazu gezwungen, genügend Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen und die dafür notwendige politische und soziale Ruhe im Innern zu garantieren sowie die Rüstung zu forcieren. Dies geht auf Kosten des Konsums der sozialen Dienste und der politischen Freiheiten. Die ökonomischen Bedingungen lassen keine Zielharmonie mehr zu. Die autoritärstaatlichen Bestrebungen, die aus diesen Ursachen herrühren, liegen tiefer als etwaige parteipolitische Färbungen. Sie stecken den Horizont ab, innerhalb dessen sich die Wahlalternativen bewegen.

Die vorliegenden Konzepte, Effizienz, Entsaugung und Disziplin für die kommenden härteren Zeiten herzustellen, unterscheiden sich in ihrer ursächlichen Bedingtheit nicht grundsätzlich voneinander, wohl aber in der Methode, in der Geschlossenheit und in der durchgeführten bzw. geplanten Schärfe der objektiv ins Haus stehenden Austerität (Sparpolitik). Es handelt sich so um einen „autoritären Pluralismus“. Die SPD/FDP haben sich unter dem skizzierten Problemdruck zusehends nach rechts angepaßt und die Staats- und Polizeimacht drastisch aufgerüstet. Die ökonomische Entwicklung hat ihrer Reformpolitik den Boden entzogen. In ihrem Konzept einer „autoritären Modernisierung“ der BRD sind aber Reste liberalen und sozialstaatlichen Engagements und die Probleme der „freiwilligen“ Beschäftigung der Gewerkschaften eingebettet. Die CDU/CSU ist hingegen entschlossen, eine „autoritäre Formierung“ der BRD zu betreiben und dafür Verteilungskonflikte und Reformansprüche der CDU/CSU ist hingegen entschlossen, eine „autoritäre Formierung“ der BRD zu betreiben und dafür Verteilungskonflikte und Reformansprüche zu unterdrücken, die Gewerkschaftsorganisation zu spalten, das polizeistaatliche Arsenal auszudehnen und härter einzusetzen, den Überbau zu „reinigen“ und die geringen Ansätze freier gesellschaftlicher Debatte zu ersticken.

Außenpolitisch verfiert die SPD eine Politik der Entspannungsbekundungen bei gleichzeitiger Aufrüstung und einer ins westliche Bündnis verflochtenen Einflußsicherung und Ausdehnung nach Osten und Süden. Die CDU/CSU propagiert offen eine expansive, nationalstaatlich prononcierte Politik der Stärke.

Alle vorhandenen wichtigen politischen Wege und Lösungsformen bewegen sich auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse bzw. an ihrem rechten Rand. Während die Sozialdemokratie die Möglichkeiten und das Elend einer bürgerlichen Demokratie repräsentiert, wie sie die bornierte deutsche Geschichte eben hervorgebracht hat, verkörpern Strauß und die CSU einen besonders „unzivilisierten“ deutschen Konservatismus hart an der Grenze der bürgerlichen Demokratie — und auch relativ leicht bereit, diese Grenze zu überschreiten.

Das gesellschaftliche Problem der hiesigen Klassenbewegung und Linken ist es, daß in nur sehr schwachen Ansätzen und partiell Alternativen zur bestehenden Ordnung sichtbar werden. Gegen den objektiven Druck der Verhältnisse und seine spezifischen Lösungsformen steht kein nennenswerter Gegendruck seitens der Arbeiterklasse und anderer unterdrückter Klassen und Schichten. Die historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung, der noch immer gegebene relative materielle Wohlstand der Masse der Lohnarbeiter und das geronnene Geflecht des westdeutschen Politikbe-

triebes lassen keine stärkeren Widerstandsaktionen gegen die anstehende autoritäre bürgerliche Modellierung der BRD erwarten. Und das können auch die Linken nicht wettmachen, selbst zersplittert und schwach wie sie sind.

Die Masse der Bevölkerung ist mit dieser Ordnung zufrieden und wünscht keine großen Veränderungen, schon gleich gar nicht nach links. Sie sieht ihre Probleme im großen und ganzen im Rahmen des Bestehenden als lösbar an. Dennoch oder gerade deswegen ist es ihr keineswegs gleichgültig, welche Form bürgerlicher Herrschaft konkret besteht. Die voneinander abweichenden Konzepte der SPD und der CDU/CSU drücken nämlich auch eine langsame Klassenpolarisierung der westdeutschen Gesellschaft aus, verschwommen wie es noch der Unschärfe der Konfrontation entspricht und ungeachtet der Tatsache, daß der Kampfboden fast gänzlich auf bürgerlich-autoritärem Gebiet liegt.

In den Grenzen einer solchen verschwommenen Polarisation sind aber die sozialen Klassen und ihre Organisationen durchaus ganz oder teilweise zum Einsatz bereit, weil sie ihre Interessen in der einen oder anderen Politikvariante doch vertreten sehen. Die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter, große Teile der staatlichen Lohnarbeiter und vielfach die Jugend haben an und in der Sozialdemokratie noch etwas zu verlieren. Die CDU/CSU hingegen stützt sich auf antibürokratische und antiwohlfahrtsstaatliche Strömungen, die eine eindeutige Ablehnung von Reformexperimenten und -konflikten, die ihnen nicht einleuchten oder zu ihren Lasten gehen, vorziehen und vor allem unter der selbständigen Mittelklasse, aber auch Teilen der Arbeiterschaft und Angestellten sowie der Rentner zu lokalisieren sind. Der Ordnungszustand verspricht ihnen mehr Sicherheit und Ruhe als der Reform- und Wohlfahrtsstaat.

Dies sind die entscheidenden klassenmäßigen Entwicklungsprozesse, die auch der Wahl zugrunde liegen. Angesichts der unterentwickelten politischen Klassenbildung des Proletariats ist auch die Linke nicht Subjekt, sondern nur Randerscheinung in diesem Prozeß. Sie kann es sich in der gegebenen historischen Lage gar nicht leisten, die Wahlfrage grundsätzlich anzugehen und in ihr plötzlich das entscheidende Klassenkampfterrain zu erblicken, sondern muß sie taktisch besten, die Wahlfrage grundsätzlich anzugehen und in ihr plötzlich das entscheidende Klassenkampfterrain zu erblicken, sondern muß sie taktisch begreifen und auf ihre langfristigen politischen Ziele beziehen. Für ihr eigenes Überleben und für ihre Spielräume über eine Regierung Strauß massive Einschränkungen, wenn nicht das Ende, bedeuten. Unter den vorhandenen Voraussetzungen kann es daher nur darum gehen, die Machtübernahme durch die deutsch-konservativen Ordnungskräfte zu verhindern. Damit und dabei kann sie allerdings die Klassenpolarisierung vertiefen, die Entpolitisierung eindämmen, konkrete gesellschaftliche Alternativen entwickeln, die geringen politischen Kräfte gegen die allgemeine autoritäre Tendenz, auch und besonders der Sozialdemokratie, stärken und die verstreuten Keime sozialistischen Bewußtseins sammeln. Gegenüber der übergeordneten strategischen Zielsetzung, die historische Wende zu deutlicheren Klassengegensätzen zu nutzen, ist die Frage der Wahlentscheidung eine sekundäre und taktische.

Eine grün/bunte Partei ist aus mehreren Gründen keine Alternative. Gewiß stellt sie ein wichtiges, vor allem ökologisches und basisdemokratisches Protestpotential dar. Aber sie birgt sehr gemischte, sowohl konservative wie antikapitalistische Tendenzen, die sie früher oder später auseinander — und unter bestimmten Bedingungen — durchaus wieder in die beiden großen Lager der Sozialdemokratie und des Deutschkonservatismus treiben können. Keineswegs ist die Bindekraft jener großen Lager erschöpft und der angeblich qualitativ neue, klassenüberschreitende Politikansatz der Grünen/Bunten ein Hirngespinnst, jedenfalls nicht auf Dauer gestellt. Ihr Mittelklassepotential ist sehr schwankend und es ist nicht abzusehen, ob und welche Politik sie längerfristig betreiben werden. Allein

wird es auch wahlpolitisch kaum eine nennenswerte Kraft darstellen. Daran ändern auch Spekulationen darüber, „Zünglein an der Waage“ zu sein, nichts. Und der übergroßen Mehrzahl der sozialliberalen Wähler wird angesichts des zu erwartenden knappen Wahlausgangs und dem vagen politischen Profil der Grünen/Bunten eine Stimme für sie als verschenkt vorkommen. Lieber den Spatz in der Hand als den Kuckuck auf dem Dach.

Die Grünen/Bunten sind nicht die politische Alternative, zu der sie oft voreilig ausgerufen werden, eher eine Vor- und Übergangsstufe zu einer sozialistischen Massenbewegung. Für diese fehlt aber gegenwärtig noch der Boden. Statt einen gewaltsamen Anfang auf einen Terrain zu versuchen, für den sie zu schwach und qualitativ gar nicht ausgerüstet ist, wäre es für die Grünen/Bunten wichtiger, ihre eigentliche Stärke der Basisarbeit, Kommunalarbeit, Selbstorganisation, Konsolidierung und politischen Klärung auszubauen und damit längerfristig tragfähige politische Alternativen auf nationaler Ebene mit vorzubereiten helfen.

Frage: Deiner Ansicht nach drücken die voneinander abweichenden Politikkonzepte der CDU/CSU und SPD auch eine langsame Klassenpolarisierung der westdeutschen Gesellschaft aus. Ist es aber nicht so, daß diese „verschwommene Klassenpolarisierung“ schon einmal viel stärker ausgeprägt und akzentuiert war: Nämlich beim Mißtrauensvotum von Barzel. Damals standen sich allerdings zwei unterschiedliche Politikkonzepte auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber: Reformpolitik der SPD auf der einen und Fortsetzung der Adenauerpolitik auf der anderen Seite. Mittlerweile macht die SPD aber eine „bessere CDU-Politik“, was auch die materielle Basis für die Integrationsverluste der SPD darstellt. Zusammengefaßt: Hat die „verschwommene Klassenpolarisierung“ auf der Ebene der Politikkonzepte nicht eher abgenommen, woraus Parolen „Schmidt wie Strauß — Jacke wie Hose“ und die relative Gleichförmigkeit der demokratischen Kräfte in der BRD gegenüber der Strauß-Kandidatur erklärbar werden.

G. Armanski: Die sich heute in noch diffusen Formen abzeichnende Klassenpolarisierung unterscheidet sich deutlich von jener der sozialliberalen Reformphase. In der Blütezeit des sozialdemokratischen Reformismus nahmen vor allem Arbeiter und Mittelschichten Partei für die Sozialreform gegen den abgelebten CDU-Konservatismus. Gewiß wurden auch in den damaligen Konflikten Klassenlinien sichtbar. Deren materielle und politische-ideologische Grundlagen sind aber heute verschwunden. mäligen Konflikten Klassenlinien sichtbar. Deren materielle und politische-ideologische Grundlagen sind aber heute verschwunden.

Der Konservatismus ist reaktionärer und drohender geworden, die Sozialdemokratie allerhöchstens noch die Partei der „Ordnungsreform“. Daß die Bedrohung von rechts stärker und der sozialdemokratische Reformismus ausgezehrt ist, ermöglicht überhaupt erst die Ablösung vom westdeutschen politischen Parteiensystem, dessen Seismograph und Spitze die grün/bunte Bewegung ist. In der Sammlung der Rechten einerseits, in der Verdrossenheit an der Sozialdemokratie und neuen alternativen politischen Bildungen andererseits erscheinen die Konturen einer neuen Klassenpolarisierung ohne Reformismus.

Dies ist zweifellos auch eine historische Chance. Die Bedingungen hierfür sind aber sehr unsicher und reifen nur langsam heran. Die Ablösung vom Reformismus geht einen zähen Gang, den die Linke beschleunigen kann und muß. Ein wahlmäßig geführter Anschlag auf die bürgerliche Parteienbastion mit allen Anzeichen der Ungeduld und unzureichenden Kräften dürfte aber einem derartigen Prozeß mehr schaden als nutzen.

Frage: Du sagst, daß die Linke helfen muß, einen möglichen Machtantritt von Strauß zu verhindern und gleichzeitig die geringen politischen Kräfte gegen die allgemeine autoritäre Tendenz, auch und besonders der Sozialdemokratie, zu stärken. Da Du in den Grünen/Bunten keine Alternative siehst, läßt es darauf hinaus, zur Wahl der SPD aufzurufen und gleichzeitig eine Lösung von der Sozialdemokratie anzustreben. Liegt hier nicht ein Widerspruch?

G. Armanski: Natürlich liegt hier ein Widerspruch, aber nicht einer der Logik oder der politischen Haltung, sondern einer der „vor unseren Augen

vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“. Der Wärmestrom des politischen Ziels muß sich mit dem Kältestrom der nüchternen politischen Bedingungsanalyse verbinden, um lebens- und wirkungsfähig zu werden. Konkret: So wenig es uns auch gefallen mag, eine linke politische Alternative ist allenfalls erst im Keimen begriffen und — das ist die andere Seite der gleichen Sache — die zentralen politischen Entscheidungen spielen sich noch immer zwischen den bürgerlichen Fraktionen und Lagern, die ja bekanntlich bis tief in die Arbeiterbewegung reichen, ab. In einem anderen Sinn als Engels das vor 90 Jahren meinte, sind Wahlen eine Heerschau der kämpfenden Klassen. Wir stehen erst am Anfang antikapitalistischer Bewußtwerdung und Chancen. Die Linke in der BRD hat noch die Stellung von Sekten, Guerilleros, Verkündern, Analytikern — und für eine Feldschlacht reicht das kaum. Vor diesem Hintergrund neue politische Ansätze und Spielräume zu fördern, kann im Moment nur heißen, die extremste Form der bürgerlichen Machtausübung zu verhindern, weil es sonst mit ihnen weitgehend aus wäre. Das ist nicht gleichbedeutend mit einem blanken Aufruf, die SPD zu wählen. Von der Aufgabe und Bildung einer breiten Anti-Strauß-Koalition her gesehen, wo es ja gerade darum geht, die Arbeiterforderungen (z.B. 35-Stunden-Woche, Rationalisierungsschutz, Gewerkschaftsdemokratie) und sozialistische Momente zu stärken, kann die SPD nur taktische Wegstation sein, wird sich gerade ihre Halbherzigkeit erweisen. Im praktischen Prozeß der Mobilisierung gegen den schärfsten Klassengegner wird sich auch die Zersetzung des sozialdemokratischen Reformismus beschleunigen. Die Gefahr, daß damit „Reformillusionen“ gestärkt werden, wird sich schon daran weitgehend brechen, daß die Sozialdemokratie nurmehr wenig anzubieten hat.

Frage: Deiner Meinung nach ist die Bindekraft der beiden großen Lager noch lange nicht erschöpft. Nun hat sich das grün/bunte Protestpotential gerade in Abrenzung zur Sozialdemokratie herausgebildet und eine kurzfristige Integration in Hinblick auf die nächste Bundestagswahl ist unwahrscheinlich, weil die SPD in dieser Richtung nichts anzubieten hat. Aufgrund des jetzigen Diskussionsstandes der Grün/Bunten ist von einer Eigenkandidatur bei den nächsten Bundestagswahlen auszugehen, die sicherlich 3 - 4 % des Wählerpotentials auf sich vereinen kann. Wäre es in dieser Situation nicht Aufgabe der Linken, sich für ein möglichst gutes Abschnitten der Grün/Bunten bei den nächsten Wahlen einzusetzen, aus der Überlegung heraus, daß ein Erfolg der Grün/Bunten ein leichtes gutes Abschnitten der Grün/Bunten bei den nächsten Wahlen einzusetzen, aus der Überlegung heraus, daß ein Erfolg der Grün/Bunten ein

Mehr an gesellschaftlicher Bewegung und überhaupt erst ein Aufbrechen der verkrusteten Politikverhältnisse in der BRD bewirken würde, als ein Wahlsieg der Koalition.

G. Armanski: Generell und insbesondere aus dem geschilderten historischen Kräfteverhältnis heraus wird es bei dieser Wahl in erheblichem Maß nicht nur um ihren Ausgang gehen, sondern vor allem um den politischen Prozeß, in dem sie sich abspielt. Hierin und nicht im überhasteten Sprung in die Wahlarena liegt die Aufgabe der Linken. Hier können Krusten brechen.

Relevante — keineswegs alle, man denke an den BBU — Teile der Grünen/Bunten verstehen die Zeichen der Zeit anders. Das mag an ihrer Klassenzusammensetzung und politischen Vielschichtigkeit liegen. Jedenfalls wären Sozialisten und Kommunisten schlecht beraten, auf diesen Zug einfach aufzuspringen, bloß weil er schon fährt. Das würde höchstens den Schaden noch vermehren, uneinig auch wie sie sind. Gewiß, als Linke(r) kann und muß man auch Fehler (mit) machen, um zu lernen, um das Schlimmste zu verhüten, um das Beste herauszuholen. Aber das darf nicht in idealistischer Überhebung passieren. Und wir haben auch kaum die Situation wie in jenem mexikanischen Revolutionslied, wo der Lokomotivführer die Bedrohung durch einen brennenden Dynamitwagen nur dadurch abwenden kann, indem er sich mit ihm vom übrigen Zug abkoppelt — und in die Luft fliegt.

Wir dürfen das grün/bunte Protestpotential auch nicht überschätzen, so wichtig es ist. Freilich erscheint in der Dunkelheit des herrschenden politischen Betriebes jeder Lichtstrahl leicht als Sonnenaufgang. Das Protestpotential macht sich an verschiedensten Mißständen fest und bietet einen bunten Strauß von Lösungsweisen, die sich nur scheinbar und vorläufig in den in Offenbach verabschiedeten Grundprinzipien treffen. Es ist in der Tat kaum anzunehmen, daß es von der Sozialdemokratie kurzfristig vereinnahmt werden kann, so wenig wie diese anzubieten hat. Eher ist es der Vorschein einer sozialistischen politischen Alternative. Daß es darin auch münden kann, wäre die Aufgabe der Linken. Wenn sie hier scheitern, ist ein Rückfallen des Protestpotentials in die bürgerlichen Parteien durchaus denkbar, wie ja schon die Studentenbewegung gezeigt hat. Gerade weil sie in den Grünen/Bunten politische Bedeutung erkennt, darf die Linke nicht auf die Karte des Abenteuers setzen.

Das Interview wurde für den AK von einer Westberliner Genossin gemacht.

Das Interview wurde für den AK von einer Westberliner Genossin gemacht.

ANZEIGE



Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Gretern.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß — ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

erschienen im j.reent Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

ISBN 3-8105-007-5

100 S.

DM 7,50



Ärzte gegen Atomkraft — ein vielversprechender Anfang

Am 3.11. fand in Hamburg ein Ärzte-Kongreß zu den Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung statt, an dem ca. 400 Ärzte (und einige Medizinstudenten) teilnahmen.

Die Referenten waren: Prof. Bätjer (Bremen), Prof. Inge Schmitz-Feuerhake (Bremen), Dr. Franke und Dr. Teufel (beide Heidelberg), Dr. Alice Stewart und Dr. George Kneale (beide aus Birmingham), Dr. Rosalie Bertell (USA).

Anlaß war die Empfehlung der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP, die zulässigen Emissionswerte von AKW's deutlich zu erhöhen.

Schmitz-Feuerhake und Bertell sprachen über Untersuchungen, die nachwiesen, daß selbst kleinste Dosen an energiereicher Strahlung bestimmte Krankheiten hervorrufen. An den Krankheiten Leukämie (Blutkrebs) und Schilddrüsenkrebs wurde nachgewiesen, daß bei der Anwendung therapeutischer Dosen von Röntgenstrahlen (bei Röntgenuntersuchungen) jede Bestrahlung das Krankheitsrisiko statistisch nachweisbar erhöht.

Frau Bertell war mit der Auswertung einer Leukämie-Studie in den USA beauftragt, wobei sich ergab, daß jede Brust-Röntgenaufnahme das Risiko, an Leukämie zu erkranken, im selben Maße erhöht, wie ein Jahr Alterungsprozeß.

Stewart und Kneale sprachen über ihre Untersuchungen zum Gesundheitsrisiko der Beschäftigten in der USA-Plutoniumfabrik Hanford.

Sie verdeutlichten, daß das offi-

zielle statistische Material aus Hanford mit Vorsicht zu genießen ist, weil nach diesen Zahlen das Gesundheitsrisiko mit zunehmender Strahlenbelastung abnimmt! (Also angeblich eine höhere Strahlenbelastung der Gesundheit dienlich ist — ab zur Strahlenkur).

Dieses Material wird von ihnen noch untersucht und bislang sind sie zu Abschätzungen des Gesundheitsrisikos gekommen, die etwa zehnfach höher liegen, als die bisherigen Angaben, die sich vor allem auf die Untersuchungen an den Atombombenopfern in Hiroshima und Nagasaki stützen.

Da diese Untersuchungen über die Atombombenopfer der Standardmaßstab für Strahlenrisiken sind, hat Frau Stewart ausführlich über die methodischen Fehler dieser Angaben gesprochen.

Der Hauptfehler besteht darin, daß bei der Untersuchung nur die ca. 70.000 Todesfälle der ca. 380.000 Überlebenden von 1950 - 1974 in Betracht gezogen werden. Dabei ist man zu dem Schluß gelangt, daß gemessen an der „Normalsterblichkeit“ nur ca. 900 Tote mehr aufgetreten sind. Tatsächlich sind aber in den Jahren 1945 - 1950 von den Überlebenden des ersten Tages weitere 70.000 Menschen gestorben, die in dieser Untersuchung gar nicht auftauchen.

Weiter muß man davon ausgehen, daß die Überlebenden im Jahr 1950 eine nicht repräsentative Bevölkerungsgruppe sind. Es handelt sich dabei um die Gesündesten, nachdem die anfälligeren Menschen schon in

den ersten fünf Jahren Opfer der Atombombe wurden.

Unter dieser gesünderen Gruppe ist das Sterberisiko somit auch geringer anzunehmen, als dies in der offiziellen Studie gemacht wurde. Frau Stewart kam in einer Abschätzung zu mehr als 2.000 zusätzlichen Todesfällen, also mehr als dem Doppelten der offiziellen Zahlen.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß nicht nur Krebserkrankungen und Erbschäden als Strahlenfolge anzusehen sind. Viel schwieriger nachzuweisen sind Schäden am Immunsystem des Körpers (das zur Krankheitsabwehr dient), die sich in einer höheren Anfälligkeit äußern und scheinbar nichts mit der Strahlenbelastung zu tun haben.

Veranstaltet wurde der Kongreß von der „Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie“. Die Initiative hatte im Juli 1979 eine Anzeige im „Hamburger Abendblatt“ gegen den Betrieb von AKW's veröffentlicht, die von über 400 Hamburger Ärzten unterschrieben war.

Auf die Anzeige hin gab es schnelle Reaktionen der AKW-Lobby. Hamburgs Bürgermeister Klose lud zu einem „Expertengespräch“ mit mehreren Prof's des Universitätskrankenhauses, (das bisher nicht stattfand, weil Klose nicht zu einer öffentlichen Diskussion bereit ist), die HEW verschickte „Informations“-Broschüren an die ihr mit Adresse bekanntgewordenen Unterzeichner, die NWK wollte gar alle Adressen von der Initiative erhalten.

Offensichtlich wird der politische Druck geführt, der von einer solchen Ärzteinitiative ausgehen kann — sicher zu Recht.

AKW-Nein-Kommission

Zwei weitere Blockade-Prozesse beendet

Im dritten Blockade-Prozeß am 9.11. wurde erneut ein Landwirt wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Obwohl eindeutig war, daß er an der Maiblockade teilgenommen hatte und der Trecker seines Vaters sich am Haupttor der blockierten Firma befunden hatte, weil nicht bewiesen werden konnte, daß der Angeklagte den Trecker selbst dorthin gefahren hatte. Dies ist eine ähnliche Begründung wie für den Freispruch eine Woche vorher, weicht jedoch erheblich von der Logik des ersten Prozesses ab, in dem derselbe Richter eine Geldstrafe gegen eine Frau verhängt hatte, der nur der Aufenthalt auf einem Anhänger vorgeworfen wurde.

Der vierte Prozeß am 16.11. begann mit einer Selbstablehnung eines Schöffen wegen Befangenheit. Der Schöffe begründete dies damit, daß er neben dem Bohrloch wohne und außerdem aus geschäftlichen Gründen nicht verantworten könne, an dem Verfahren teilzunehmen. Diesem Antrag gab der Richter gegen die Anträge von Staatsanwalt und Verteidigung statt.

Die Ersatzschöffen, eine Oberstudienrätin aus Dannenberg, erklärte sich auch befangen, da sie Atomgegnerin sei, davon wollte der Richter jedoch nichts wissen und lehnte ab. Auch in diesem Prozeß ergab die Beweisaufnahme kein klares Bild der Ereignisse. Auch hier wurde auf einem Polizeifoto ein anderer Mann gezeigt. Trotzdem wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe wegen Nötigung verurteilt.

Das Gericht blieb dabei jedoch unter den vom Staatsanwalt be-

antragten 1.000 DM und belegte den Landwirt mit 350 DM wegen gemeinschaftlicher Nötigung, da er sich aktiv an der Blockade beteiligt hätte und damit ein Losfahren der Bohrfahrzeuge mit verhindert habe. Auch das sei Gewalt.

Die Kriterien, die Richter Ulmer, der alle vier Prozesse geführt hat, für seine Urteile heranzieht, zeigen bisher keine klare Linie, da bei fast gleichen Beweislagen Freisprüche, eine Geldstrafe unterhalb der vom Staatsanwalt beantragten und eine weit oberhalb erfolgten. Die höchste Strafe erging im ersten Prozeß, welche im Landkreis und bei BI's und Umweltverbänden starken Protest und Empörung hervorriefen. Die darauf folgenden beiden Freisprüche „mangels Beweisen“ müssen vor diesem Hintergrund sicher als Beruhigungsspielen verstanden werden, da bei dreitägiger Anwesenheit der Angeklagten bei der Blockade und dem Riesenaufgebot von Bullen fotografieren ein Beweis sicher hätte erbracht werden können. Die Verschärfung im vierten Prozeß bei fast identischer Lage zu den beiden vorherigen, belegen ebenfalls, daß die ersten Proteste beruhigt werden sollten.

Im übrigen braucht man sich auch nur an die Grohnde-Prozesse zu erinnern, wo weit fadenscheinigere „Beweise“ zu hohen Gefängnisstrafen ausreichten. Hier wurde klar, daß allein politische Gründe ausschlaggebend waren, ob verurteilt wird oder nicht und in welcher Höhe. In Gorleben will man zur Zeit sicher das Faß nicht endgültig zum Überlaufen bringen.

AKW-Nein-Kommission



Unter diesem Zeichen trafen sich am Wochenende vom 16. bis 18.11. im Gemeindezentrum Mümmelmannsberg zu einem überregionalen Anti-AKW-Kongreß über 100 Christen, die sich zum Widerstand gegen den Atomstaat bekennen. Veranstalter dieses Kongresses war die nordelbische kirchenoppositionelle Gruppe „Christen in der Verantwortung“, unterstützt von der ESG Hamburg, den „Christen für den Sozialismus“ und etlichen anderen Initiativen, insgesamt ein recht breites Spektrum. Ziel dieses Treffens war — in Aufnahme der Ostermarschiertradition gegen die atomare Bewaffnung der BRD und in Fortsetzung eines ersten Treffens in Hannover im Juli '79 —, als Teil der Anti-AKW-Bewegung einen spezifisch christlich verantwortenden Widerstand gegen den Atomstaat zu proklamieren.

Die Fragestellung, ob sich die Christen — ähnlich wie z.B. in der Rassistensfrage — im status confessionis befinden, d.h. ob das Bekenntnis zum Christentum die Befürwortung von lebensfeindlichen Atomanlagen ausschließt, sollte problematisiert und auf eine Antwort hin diskutiert werden: „Unter dem bedrohlichen Vorzeichen eines atomaren Holocaust sehen wir uns als Christen zu einem klaren Bekenntnis herausgefordert. Hiroshima hat ein neues weltgeschichtliches Datum gesetzt. Wyhl und Brokdorf sind Folgerscheinungen. Hier stellt sich ... die Bekenntnisfrage für uns heute, wie in der Judenfrage während tausend unseliger Jahre“ (Bohren).

Atomkraft? Gott bewahre!

Der Kongreß begann am Freitagabend mit zwei Vorträgen: von W. Thomsen, dem Autor des Stern-Buches „Der unsichtbare Tod“, der noch einmal sehr anschaulich die technologischen Gefahren von AKW's und insbesondere der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben schilderte; und von zwei Frauen aus Gorleben, die sehr hautnah die „Segnungen“ des Atomstaats zu spüren bekommen (haben) und darüber bzw. über ihren Widerstand und ihre Probleme berichteten. Anschließend wurde der ausgezeichnete

„Bekennen gegen den Atomtod“

neue Gorleben-Film „Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feyndt wird“ gezeigt.

Am Sonnabend begann die Arbeitsphase zunächst mit drei Vorträgen: Holger Strohm („Friedlich in die Katastrophe“) analysierte die notwendigen Abhängigkeiten des BRD-Atomprogramms von einer Entwicklung zum undemokratisch-autoritären Atomstaat. Nicht nur der massive Polizei- und BGS-Schutz von Atomanlagen, sondern darüber hinaus auch die forcierte und gezielte Forschungsarbeit in Richtung auf Genmanipulation, die u.a. den aggressions- und willenslosen Menschen zum Ziel haben können, seien konsequente Folgeerscheinungen. Der Hamburger Religionsphilologe Fulbert Steffenski referierte am Beispiel Franz v. Assisi über unterdrückte christliche Traditionen, die es auszulegen und wiederzubeleben gelte. Als letzter sprach der Schweizer Theologe Eduard Buess über „Kirche innerhalb der ökologischen Katastrophe“. Anschließend wurden Arbeitsgruppen gebildet mit dem Ziel, die jeweils anstehenden Themenkreise auf die kirchliche Praxis und die eigenen Erfahrungen hin zu bearbeiten. Neben den referierten Themen „Leben im Atomstaat“ und „christliche Traditionen“ gab es drei weitere AGs:

— Die AG „Gorleben — Praxis in den Gemeinden“ bearbeitete das Problem, wie in den traditionell eher frommen und ruhigen kirchlichen Gemeinden um Gorleben der Widerstand auch in diesen Kreisen erweitert werden kann.

Zum Kongreß ist ein umfangreiches Material erstellt worden; für DM 1.50 kann es bestellt werden bei:
Redaktion „Gegen den Strom“
Postfach 1145
2084 Rellingen.

— Die vierte AG diskutierte die Frage, ob die Forderung nach alternativem Leben den direkten politischen Widerstand ersetzen könne. Mit dem Anschwellen der innerkirchlichen Opposition gegen das Atomprogramm nämlich meldeten sich auch die verschiedenen Kirchenleitungen bis hin zum „Rat der Kirchen“ zu Wort und proklamierten einen „Neuen Lebensstil“, eine Taktik, die dem christlichen Protest die Spitze nehmen und ihn privatisieren soll, und die auch in etlichen Kreisen verhängt.

— Die fünfte AG hatte sich die Formulierung eines Manifestes

zum Ziel gesetzt, das als Grundlage für eine weitere auch praktische Arbeit dienen sollte.

Im anschließenden Plenum und auch in der Abschlusssitzung am Sonntag erachteten es die meisten Teilnehmer jedoch für zu früh und schnell, schon nach diesen ersten Diskussionen eine Art gemeinsames Bekenntnis zu formulieren.

So wurde beschlossen, daß eine kleinere Gruppe die Ergebnisse der Diskussion zusammenfassen soll, und die dann diesen Vorschlag als Arbeitspapier an die Teilnehmer und andere Gruppen schicken soll. Für Mai '80 wurde ein Fortsetzungstreffen in Osnabrück ins Auge gefaßt, das dann auch in Richtung einer gemeinsamen Praxis auf dem nächsten Kirchentag 1981 in Hamburg hinarbeiten soll.

Wie geht's weiter?

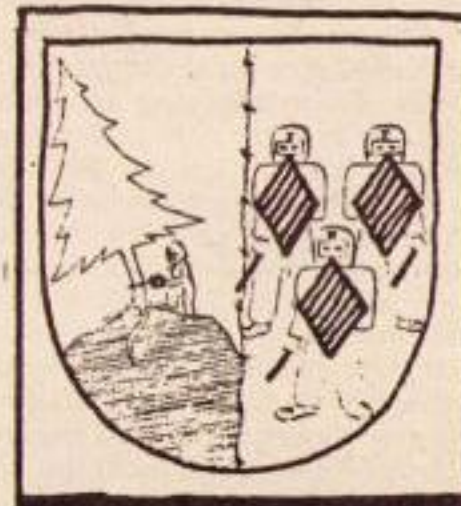
Gemessen an dem Anspruch des Kongresses „Bekennen gegen den Atomstaat“ blieb der tatsächliche Verlauf etwas zurück: Zwar wurden untereinander Kontakte geknüpft, Erfahrungen ausgetauscht, eine gemeinsame Schärfung und inhaltliche Zuspitzung des bestehenden Konflikts mit den zahlreichen Befürwortern in Staat und Kirchenleitungen ist nicht gelaufen; eine „gegenseitige Stärkung für die bevorstehenden Auseinandersetzungen“ — wie sie in der Einladung als Ziel des Treffens gewünscht wird — hat es so nicht gegeben. Gerade nachdem es seit Wyhl, Brokdorf und Kalkar zu zahlreichen und spontanen aber voneinander isolierten Protesten innerhalb der Kirche gekommen war und diese Proteste sich auch auf dem Kirchentag in Nürnberg im Juni sehr breit und gut in Szene setzen konnten, ist es jetzt unsere Aufgabe, die positiven Ansätze vor dem roll back der Kirchenleitungen zu schützen und weiter auszubauen. Dieser roll back hat zwei Gesichter: einmal die repressiven Maßnahmen, wie z.B. im Fall der Petri-Besetzung in Hamburg, auf der anderen Seite die Einsetzung von Umweltbeauftragten etc. die ihrerseits „alternativ leben“ und Sparapelle proklamieren.

Dagegen müssen wir einerseits inhaltliche Klarheit und andererseits eine festere Einheit und Einheitlichkeit in der Praxis stellen. Beides gilt es bis hin zum Kirchentag '81 in Hamburg anzugehen; dazu müssen als nächstes die noch eher vorsichtigen Schritte des Kongresses vertieft werden.

Kirchenkommission

Freispruch

Am 26.10. fand vor dem Uelzener Schöffengericht der 2. Prozeß gegen Landwirte aus Lüchow-Dannenberg statt, die sich seinerzeit mit ihren Treckern an einer Blockade beteiligt hatten. Am 19.10. war das Ehepaar Blottnitz zu 4.800,- DM Strafe verurteilt worden (s. AK 165), der 2. Prozeß endete mit einem Freispruch. Das Polizeifoto, das der Staatsanwalt



Dem Landesvater — sein treues Volk?

als „Kronzeugen“ präsentieren wollte, zeigte einen anderen. Der Sicherheitsbeauftragte des Depots könnte zwar bezeugen, daß der Angeklagte da war, Aktivitäten des Angeklagten wußte er keine. Auch das Treckergespann des Landwirts war bei der Blockade dabei, doch da der Anhänger dem Vater gehört, hätte die Staatsanwaltschaft schon nachweisen müssen, wer den Traktor fuhr. Das Gericht verzichtete darauf, den Vater zu laden, da — so die Elbe-Jeetzel-Zeitung — es davon ausgehen mußte, daß er (als Verwandter) eh die Aussage verweigert hätte.

Immerhin hatte davor Frau Blottnitz noch 300,- DM zahlen müssen, nur weil man ihr nachweisen konnte, daß sie auf einem Anhänger gesessen hatte. Nun, diesen Widerspruch muß die Berufungsverhandlung im Fall Blottnitz „aufklären“.

Das Gericht erklärte wiederum, daß die gesamte Aktion der Landwirte „unrechtmäßig“ gewesen sei, während der Verteidiger, Juso-Chef Schröder, nachdrücklich das Widerstandsrecht der AKW-Gegner betonte. Es handle sich bei den Gerichtsverfahren um „politische Justiz“, um mit öffentlicher Gewalt bestimmte Interessen durchzusetzen.

AKW-Nein-Kommission

CFDT enthüllt: Gefährliche Risse im AKW Fessenheim können schon 1980 zu Nuklearunfall führen

Die linkssozialistische Gewerkschaft CFDT hat den Umweltschützern im badisch-elsässisch-schweizerischen Dreiländereck vertrauliche Dokumente französischer AKW-Erbauer, -Betreiber sowie von Kontrollbehörden zugespielt. Sie enthüllen, daß schadhafte Druckbehälterstutzen und Dampferzeugerrohrplatten nicht erst seit kurzem die Werke verlassen, sondern auch schon in betriebenen AKW's eingebaut wurden. Konkret gemeint sind die AKW's in Bugey und Fessenheim.

Die Risse in den genannten Teilen haben eine Tiefe von bis zu 13 mm und dehnen sich während der Betriebszeit aus. Nach Meinung des Freiburger Öko-Instituts können sie in einem Zeitraum von drei bis 30 Jahren zu einem schweren Unfall führen: der Bruch einer Dampferzeugerrohrplatte oder der Abriß von

Reaktorkesselstutzen wäre „sicherheitstechnisch nicht beherrschbar“ und würde die ganze Umgebung radioaktiv verseuchen. Das AKW Fessenheim, das seit 1977 in Betrieb ist, dürfte nach diesen Berechnungen schon im nächsten Jahr „kritisch“ werden...

Nach neuen Modellrechnungen der US- Uni Princeton würde die radioaktive Wolke aus Fessenheim normalerweise in 30 km Umkreis, bei leichtem Wind sogar in einer Entfernung bis zu 50 km lebensgefährdende Folgen haben. Nach der offiziellen „Sicherheitsphilosophie“ (Katastrophenplan) ist eine Evakuierung der Bevölkerung aber nur in einem Radius von 6 km vorgesehen.

Ein Genosse aus Freiburg

Bohrstopp für Flachbohrungen

Auf massiven Widerstand der Landwirte stießen die ersten Versuche der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), auf nicht DWK-eigenem Gelände Flachbohrungen durchzuführen.

Nachdem sich trotz erpresserischer und skrupelloser Verhandlungsführung seitens der PTB zahlreiche Landwirte geweigert hatten, ihr Grundstück für die Flachbohrungen zur Verfügung zu stellen, beantragte die PTB vor der niedersächsischen Bergbehörde einen Grundabtretungsbeschluss. (Dies bedeutet, daß das Gelände im Rahmen der „Energie-Vorsorge“-Erkundung kurzfristig enteignet wird.)

So erfuhr am 12.11. als erster Betroffener Graf von Bernstorff per Te-

lefon, daß auf seinem Grundstück bereits gebohrt werde, da am gleichen Tag dem PTB-Antrag stattgegeben sei.

Am Morgen des folgenden Tages waren die empörten Landwirte zur Stelle: vor den Augen verdutzter Ordnungshüter verpesteten sie die Bohrstelle mit 30 000 Litern Jauche!

Als die Bauern am Abend des gleichen Tages ein zweites Mal mit der Erlaubnis des Grafen sein Land düngen wollten, marschierten die Besatzertruppen auf. Zahlreiche Bauern wurden bereits auf den umliegenden Straßen gestoppt. Die Bauern wurden von den Treckern gerissen, wo es nicht schnell genug ging, schlugen die Bullen die Scheibe ein. Es wurden

sämtliche Personalien aufgenommen und für eine längere Zeit wurden mit der Begründung „Gefahr im Verzuge“ sogar Fahrzeugschlüssel und Papiere beschlagnahmt. Einige Bauern mußten „unter Polizeischutz“ zu ihren Höfen zurückfahren.

Da sich während der ersten Aktion ein mit Jauchewagen offenbar unerfahrener Beamter seine Dienstjacke restlos besudelt hatte, soll gegen die Landwirte wegen „Sachbeschädigung“ ermittelt werden. Und: „Geprüft wird die juristische Frage, in welchem Umfang durch das Jauchesprühen Verstöße gegen das Gesetz für Sicherheit und Ordnung vorliegen“ („EJZ“, 15.11.). Als Antwort auf diesen brutalen Polizeibericht hat

die BI Anzeige gegen den Einsatzleiter erstattet; die GLU forderte in einer großen Anzeige u.a. die Offenlegung der politischen Schulungsmethoden bei der Polizei und BGS sowie die sofortige Abberufung des verantwortlichen Bullen-Einsatzleiters; die Bauern erklärten, daß ihr Widerstand durch derartige Vorfälle nicht gebrochen werden kann.

Diese Vorfälle dürften dazu beigetragen haben, daß am 21.11. durch die Baulandkammer des Landgerichts Braunschweig die Bohrungen auf dem Gelände des Grafen gestoppt wurden. Damit hat das Gericht jedoch nicht in der Sache entschieden, sondern lediglich dem Einspruch des Grafen auf sofortigen Aufschub der Geländenutzung entsprochen. „Die Kammer muß noch in der Hauptsache entscheiden, ob die hydrogeologischen Untersuchungen überhaupt im öffentlichen

Interesse liegen“ („EJZ“, 22.11.).

Im „Öffentlichen Interesse“ können wir nur fordern: Schluß mit der „Untersuchungs“-Farce! Abbruch sämtlicher Bohrarbeiten!

Ein Genosse aus Lüneburg

Die Tiefbohrungen beginnen

An diesem Wochenende hat die PTB (Physikalisch Technische Bundesanstalt) bekannt gegeben, daß Mitte Dezember mit den Tiefbohrungen begonnen werden soll.

Also aufgepaßt! Vorbeugen ist besser als Bohren!

Bayer, Metzeler und die Nazis

Bundesdeutsche Kampfgasgeschichten

Am 7. November wird der linksrheinische Raum zwischen Dormagen (Niederlande), Neuss und Krefeld von einer bestialisch stinkenden Giftgaswolke überzogen. Die Anwohner klagen über Augenreizungen und Übelkeit mit Erbrechen. Die Firmenleitung der Bayer-Dormagen läßt gegenüber der Presse erklären, es sei eine „chemische Rekation durchgegangen“, jedoch handle es sich aber „um harmloses Zeug, das allerdings fürchterlich stinkt“ („Harburger Anzeigen und Nachrichten“, 8.11.).

Was war passiert? In der Pflanzenschutzabteilung des Bayer-Werkes waren infolge einer Verpuffung 575 Kilo-

München-Moosbach) schon jetzt die Lieferung von monatlich 50 Gramm Lost beantragt, um Kampfanzüge für die Bundeswehr testen lassen zu können.

Der Umweltbeauftragte der Stadt, Theo Fischer, erklärte jedoch gleich, das die Firma sich durch die Unterzeichnung des „... Kaufvertrages (mit der Bundeswehr?) zu weitestgehenden Auflagen verpflichtet, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen und auch von etwaigen Metzeler-Nachfolgern erfüllt werden müssen“ („Süddeutsche Zeitung“ — „SZ“, 15.11.79). So sollen, wie bei einer Diskussionsveranstaltung mit betroffenen Bürgern herauskam, unter anderem neben Kampfgasen auch atomare Materialien, zwecks Experimentierens, in dem geplanten Laboratorium verwendet werden.

für die Bundeswehr in irgendeiner Form ABC-Material liefern, mit Kampfstoffen — zwecks Prüfung — hantieren! Auch an die Beseitigung solcher Substanzen hat die Firmenleitung gedacht und erklärte gegenüber der Presse, daß diese Chemikalien mit einfachen Mitteln neutralisiert werden können, oder sich selbst (!) zerstören, wobei harmlose Endprodukte entstehen. („SZ“, 17/18.11.79)

Giftlager bleiben unangetastet

Wie selbstzerstörend solche Kampfstoffe wirken, hat erst jüngst der „stern“ berichtet.

Der Fischer Heinz Christoph machte 40 Kilometer nordöstlich von der dänischen Insel Bornholm einen ungewöhnlichen Fang. Ins Netz war eine total verrottete Lost-Bombe gegangen. Obwohl er den unerwünschten Fang gleich wieder ins Wasser warf, „... waren seine Hände innerhalb weniger Stunden mit riesigen eitrigen Blasen überzogen ... Noch heute, elf Jahre später, muß der Sechzigjährige seine Hände täglich mit einer Spezialsalbe einreiben. Und immer behindern ihn Schmerzen in Hand- und Fingergelenken bei der Arbeit.“

Und bei dem Bau eines Siemens-Werkes im bayerischen Traunreuth stieß man gar auf ein ganzes Kampfstofflager. So müssen jetzt 500 Fässer mit jeweils 200 Liter Lost von den Kampfstoffexperten der Bundeswehr geborgen werden.

So kommentiert der „stern“ eine am 8.11. veröffentlichte Lagekarte, wonach vor 1945 an mehr als 70 Orten im damaligen Deutschland Kampfgase produziert oder gelagert wurden, allein 25 Orte in der BRD. Trotz dieser Gefahren, die von solchen Funden ausgehen, weigern sich die Behörden, alles daran zu setzen, um diese Kampfstoffe zu bergen.

„Wir beobachten die Entwicklung natürlich weiter“, war der gelassene Kommentar der Behörden in punkto Giftgasgranaten im Dethlinger Teich bei Munster. Auch das Bundesverkehrsministerium, für die Einlagerungen der Kampfstoffe in der Nord- und Ostsee zuständig, erklärte in der Vergangenheit den aufgefundenen Fischern, daß keine Gefahr bestehe. Schließlich seien die Tabun- und Phosgengranaten ausgelaufen (!) und haben sich durch das Meerwasser neutralisiert!

Regierungssprecher Armin Grünwald sah dies ähnlich. „Das Zeug ist da unten relativ gut aufgehoben“.

Das Bundesverteidigungsministerium reagierte da schon hektischer. Es nahm die vom „stern“ veröffentlichte Lagekarte mit dem Hinweis „Das schafft doch nur Unruhe“ erst einmal unter Verschluss! Diese Maßnahme läßt nur vermuten, daß die Lagerkarte in ihrer ursprünglichen Form noch weit mehr Lager- und Produktionsstätten enthalten hatte!

Aber bereits die „geschönte“ Karte hatte einige Hektik verbreitet, so daß u.a. die Stadt München näheres über die Giftgaslager in Hohenbrunn, hier hat auch die Schuchardt GmbH ihren Sitz (siehe letzten AK), wissen will („SZ“, 9.11.).

Nazi-Giftmischer in Brasilien

Der oppositionelle brasilianische Abgeordnete Frejat, von der „Brasilianischen Demokratischen Bewegung“ (MDB), konnte durch Nachforschungen folgendes ermitteln: Neben dem früheren SS-Kommandanten von Leiden in Holland, Böttcher, arbeitet der Chemiker Schnurr, der im Dritten Reich an der Entwicklung von Giftgasen für die Konzentrationslager der Nazis beteiligt war, in Brasilien an dem deutsch-brasilianischen Atomvorhaben („taz“, 9.11.79).

AKW-Nein-Kommission

PRO-BI schickt Nazi-Theologen an die Front

In Lüchow-Dannenberg und an anderen Orten schickten die Atombetreiber mehrfach einen Referenten namens Anton Zischka an die Propagandafont.

Eine mit großem Rummel von der „BI-Recht auf Energie Ortsverband Lüchow“ angekündigte Veranstaltung im Lühower Gildehaus stand unter dem Motto: „Kampf ums Überleben, das Menschenrecht auf Energie“.

Dies (so lautet ebenfalls der Titel seines neuesten Buches) ist seit ca. 50 Jahren Zischkas Lieblingsthema. Er schrieb zwischen 1933 und 1945 12 Bücher, die nicht nur die deutsche Wissenschaft verherrlichten, sondern auch voll die Rassenideologie der Nazis übernahmen.

In seinem Buch „Wissenschaft bricht Monopole“ (15. Auflage 1941, Goldmann-Verlag Leipzig) schwärmte er beispielsweise für die deutsche Gesetzgebung, die „bahnbrechend auf dem Gebiet der Rassenpflege“ sei. Im gleichen Buch forderte er „eine Elite von Führern zu bilden, die den gewaltigen Wissensstoff, den wir aufhäufen, überblicken, die stark genug sind, um den unzähligen Schwachen den Weg zu weisen (...), die nicht nur ein Denkszentrum der Nation werden, sondern auch ein Reservoir des besten Blutes“.

Ihnen gegenüber stellte er die „Millionen Menschen in den hochzivilisierten Ländern“, die „viel dümmer, apathischer und feiger als ihre Eltern“ seien („Wissenschaft ...“, S. 280).

In seinem neuesten Buch „Der Kampf ums Überleben ...“ geht

Zischka mit AKW-Gegnern ebenso ins Gericht wie seinerzeit mit den „Feinden der deutschen Wissenschaft“. Dort heißt es u. a.: „Ein reiches Erbe darf nicht durch mangelnden Lebensmut und eingebildete Gefahren verspielt werden. Die Welt, in der wir heute leben, wurde durch Selbstvertrauen und Zukunftsglauben geschaffen. Sie wurde und wird immer wieder durch jene bedroht, die ihre eigene Untauglichkeit als tragisches Allgemeinschicksal hinstellen und alles Neue bekämpfen, weil sie selbst nicht imstande sind, neue Möglichkeiten zu finden“. Gegen die „Unheilprophezen“ gebe es nur einen Weg: „Den Lebensweg all derjenigen anstacheln, die nur darauf warten, zum Kampf für ein großes Ziel aufgerufen zu werden“.

Dieser Tonfall dürfte bei der „Pro-BI“ ungeteilte Zustimmung finden, ist sie doch bereits in der Vergangenheit gegen „hippiehafte Aktionen lärmender Minderheiten“ (teilweise tadelnd) ins Feld gezogen, da ihrer Ansicht nach bei Verzicht auf AKWs „unser Leben und somit unsere Kultur zum Absterben verurteilt“ sei („Elbe-Jeetzel-Zeitung“ — „EJZ“, 19.9. und 27.10.).

Aber auch die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) haben Zischka „entdeckt“. Seit Anfang Oktober wird sein Buch „Kampf ums Überleben ...“ kostenlos an interessierte Ärzte geschickt!

(Nach Informationen aus dem „Anti-AKW-Telegramm“ Nr. 20).

Ein Genosse aus Lüneburg

„Bayerwolke“ über Dormagen

Es ist wieder einmal überhaupt nichts passiert.

Im Dormagener Zweigwerk der Bayer-Werke war es am Abend des 7.11. „zu einer chemischen Reaktion gekommen, die zu einer Verpuffung führte. Es handelte sich aber um harmloses Zeug, das allerdings fürchterlich stinkt“, erklärte das Bayer-Werk“ („Kölnische Rundschau“, 8.11.79).

Zwar waren aus lauter Übervorsichtigkeit die Bewohner im weiteren Umkreis aufgefordert worden, Türen und Fenster zu schließen und in ihren Häusern zu bleiben, zwar meinte ein Sprecher des NRW-Gesundheitsministeriums, es bestehe „kein Zweifel an der Giftigkeit“ (laut „Kölnischer Stadt-Anzeiger“, 9.11.79), zwar klagten hunderte von Bewohnern der Umgebung über „stark tränende Augen und tiefende Nasen“ („Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 9.11.), die Sprecher der Bayer-Werke ließen sich jedoch nicht beirren. Sie schilderten den Vorfall so: „Aus ungeklärten und unbegründeten Gründen sei es zu einem Brand in einer Anlage gekommen. Dabei seien 575 Kilogramm des giftigen Gusathion verbrannt. Die Bevölkerung habe die überliefenden Verbrennungsprodukte des Insektizides wahrgenommen,

die allerdings völlig ungiftig seien“ („Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 9.11.). Deshalb seien die Warnungen vor dem Genuß von Gartengemüse und die angekündigte Untersuchung durch Experten der Gesundheitsämter „eigentlich unnötig“ (laut „Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 9.11.).

Ein gaaaanz harmloses Gift also? „Das Gift Gusathion ist eine Phosphorsäure-Ester-Verbindung und wird als Pflanzenschutzmittel gebraucht. Bei Menschen und Tieren ruft die Substanz schon in geringen Mengen Vergiftungserscheinungen hervor. In wissenschaftlichen Standardwerken werden als Symptome beim Menschen Übelkeit, Schweißausbrüche, Erbrechen, Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, Sehstörungen und erhöhte Ausscheidungen der Schleimhäute (die Augen tränen, die Nase läuft) genannt“ („Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 9.11.).

Alles Lüge: „Zahlreichen Bewohnern, die noch am Abend über Übelkeit geklagt hatten, sei möglicherweise vor lauter Angst schlecht geworden, meinte gestern ein Sprecher des Werkes“ („Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 9.11.79).

Anti-AKW-Kommission NRW

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... u n d Unfallliste westdeutscher AKW's....

ISBN 3-93305-640-7

152 S.

D91

13,80



gramm der Phosphorsäure-Ester-Verbindung Gusathion entwichen. Dieser Stoff steht auf der Liste der 150 giftigsten bekannten Substanzen und ist das Grundprodukt nicht nur für die Herstellung des hochgiftigen Pflanzenschutzmittels E 605, sondern auch des Nervengases Tabun!

Dieser Konzern, der vier Patente hochgiftiger Nervenkampfstoffe urheberrechtlich schützen ließ, hatte sich auch während des Vietnam-Krieges unheimlich hervorgetan, indem er TCDD-haltige Entlaubungsgifte für den amerikanischen Imperialismus direkt nach Süd vietnam verschifften ließ („Konkret“, 3.3.68 und „die tat“, 16.11.79).

Reifenkonzern Metzeler: Kampfgas per Kaufvertrag

Wofür solche Kampfstoffe u. a. benötigt werden, berichtete die Süddeutsche Zeitung erst kürzlich. So hat der Reifenkonzern Metzeler in München für sein geplantes Labor (Gneisenastraße,

Dies hat jedoch das Unternehmen in einer Presseerklärung bestritten. Sie benötige das Lost zur Erprobung „beschichteter Gewebe“, und schließlich handelt es sich dabei „aus chemischer Sicht um ein simples organisches Präparat, das nur unter bestimmten Bedingungen als Kampfstoff eingesetzt werden kann“. Und weiter:

„Jeder einigermaßen Fachkundige (kann) das Produkt (gemeint ist Lost) ohne Schwierigkeiten herstellen“ da die Ausgangsprodukte leicht zugänglich seien. Metzeler, so die Werksleitung, stelle jedoch kein Lost her, sondern kaufe kleinste Mengen zu Testzwecken und durch die Sicherheitsvorkehrungen sei eine „Gefährdung von Unbeteiligten ohne böswillige Absicht Dritter nicht denkbar“.

Der Lieferant für diese „Kleinstmengen“ — 50 Gramm monatlich — dürfte, ähnlich wie bei dem Gummierwerk Phönix AG in Hamburg-Harburg (s. letzten AK), die Bundeswehr sein. Der Verdacht liegt nahe, daß alle gummiverarbeitenden Betriebe, die

Harrisburg war nur der Anfang



Was ist dran an der Energiekrise?

„Die Erde ist wie eine Mutter, und seine Mutter bringt man nicht um“



New Mexico, Okt. 79. 45 Familien in der Rio Puerto Gegend sind jetzt direkt betroffen durch den ausgetretenen radioaktiven Abfallschlamm einer Uranmine (der Vorfall ereignete sich schon am 16. Juli). Diese Familien wurden von dem New Mexico Environmental-Improvement-Council (Umwelt-Gruppe) darauf hingewiesen, daß ihr Trinkwasser höhere als maximal zulässige Radioaktivitätsmengen aufweist. Durch das Wasser wurde auch ihr Viehbestand verseucht, und sie wurden angewiesen, kein Fleisch dieser Tiere zu essen.

Nur sehr geringe Hilfe kam bisher von der Regierung und „Nuclear Co.“, denen das Uranabbaubecken gehört. Die „United Nuclear“-Gesellschaft versprach, neun Familien mit Wasser zu beliefern, dieses Versprechen wurde aber nicht eingehalten. Die US-Regierung stellte freundlicherweise Schilder in Englisch, Spanisch und Navajo auf, die vor radioaktiv verseuchtem Wasser warnen, hat jedoch vergessen, daß Kühe nicht lesen können. Der Viehbestand stirbt nun mit den gleichen Symptomen wie die Opfer von Hiroshima und Nagasaki.

Die Regierung ordnete die Vorbereitung von Tests an 10 Kindern im Labor von Los Alamos an. Obwohl zuerst gesagt wurde, diese Tests sollten Radioaktivitätsuntersuchungen sein, wurde nur auf Schwermetallversuchungen hin untersucht. Gouverneur King weigerte sich, das Gebiet zum Katastrophengebiet zu erklären. Dieser Status würde die Gewährung von Bundesfinanzmitteln zur Folge haben, und es hätte bedeutet, zu erklären: „Die Atomindustrie ist unsicher“.

Anfänglich wurde erklärt, daß 1.100 Tonnen radioaktives Wasser übergeleitet waren, aber mittlerweile haben sie schon 1.500 Tonnen wieder eingesaugt. Die Reinigungsarbeiten gestalten sich alles andere als einfach. Das schwere Gerät, das im ersten Anlauf benutzt wurde, versank sofort im radioaktiven Schlamm. Die „United Nuclear Co.“ hat jetzt Arbeiter herangeschafft, um die Arbeiten per Hand vorzunehmen. Allerdings jedesmal, wenn sie glauben den aussickernden radioaktiven Schlamm unter Kontrolle zu haben, blubbert der Dreck hinter ihnen wieder hoch.

Über die Unfallursache wurde bekannt, daß „United Nuclear Co.“ über die Risse im Damm schon zwei Monate vor dem Unfall wußte, aber das Becken weiter füllte.

Um einen Einblick in die Situation der Indianer zu geben, in deren Gebieten Uranminen betrieben werden, drucken wir im folgenden die Reden von zwei Vertretern des „New Mexico Environmental Improvement Council“ ab, die auf einer Veranstaltung in Hamburg gehalten wurden.

Um einen Einblick in die Situation der Indianer zu geben, in deren Gebieten Uranminen betrieben werden, drucken wir im folgenden die Reden von zwei Vertretern des „New Mexico Environmental Improvement Council“ ab, die auf einer Veranstaltung in Hamburg gehalten wurden.

Rede von Herb

„Ich komme vom Environmental Council New Mexico (Umweltschutzgruppe der Ureinwohner) als Botschafter. Ich spreche für meine Brüder und Schwestern; Mütter und Väter sprechen durch mich mit euch. Die Brüder, Schwestern und Cousins wollen zu euch in aller Höflichkeit sprechen, die Kinder die herumrennen machen sich Sorgen um euch und wünschen euch Gesundheit und die Babys, die auf dem Boden kriechen, wünschen euch ein langes und fröhliches Leben.“

Wir kommen hier zu euch als einfache Botschafter des Lebens, simple Informationsträger von Land zu Land, wir wollen, daß diese Welt aus Freundschaft zwischen Brüdern und Schwestern besteht. Winona und ich, die zu euch herüberkommen in dieses Land, tun dies nur, um ein wenig Verständnis gegenseitig zu verbreiten. Das Verständnis über das gemeinsame Ziel des Überlebens.



Herb und Winona

In dem Land, aus dem ich komme und Winona mit mir war, ist die Luft und das Wasser sehr schlecht geworden, das Land sieht wie ein Stück des Mondes aus, die Menschen leiden unter großen Schwierigkeiten.

Meine Mütter, Väter, Brüder und Schwester — sie sterben.

Es gehen noch einige Wochen ins Land, und dann gibt es nur noch ihre Leichen. Einige meiner Brüder, meiner Schwestern wurden beerdigt. Der Grund, aus dem wir zu euch kommen: Wir sind informiert und zutiefst betroffen — ich sehe besorgt aus, ja ich bin es.

Euer Gewissen wird erwachen, wenn ihr seht, was das bedeutet, dieses Unternehmen „Atomkraft“! Es ist eine teuflische Angelegenheit!

Als sie zuerst unser Land eroberten, suchten sie nach einem wenig besiedelten Gebiet, die Unternehmer und das Parlament wollten dahingehen, wo nichts ist, nur ein paar Kojoten, Hasen und Indianer; aber wir sind in diesem Gebiet, und wir wissen, wie man in dem Land umgehen muß, in dieser wüstenartigen Gegend haben wir nur 7 inch Regen pro Jahr aber wir bauen ein paar Pflanzen an.

Aber jetzt passieren andere Sachen. Eist entschlossen sich die Unternehmen, daß sie bohren und erforschen wollten, ein schweres Metall war es, was sie haben wollten, Gold. Also machten sie vor Jahren Verträge, und wie man sagt, daß sie uns nannten, wüstenartigen Gegend haben wir nur 7 inch Regen pro Jahr aber wir bauen ein paar Pflanzen an.

Aber jetzt passieren andere Sachen. Eist entschlossen sich die Unternehmen, daß sie bohren und erforschen wollten, ein schweres Metall war es, was sie haben wollten, Gold. Also machten sie vor Jahren Verträge, und wir sagten ihnen, daß wir gewisse Landstriche für uns selbst brauchen. Sie akzeptierten dies, aber dann kamen sie später wieder und sagten, daß sie mehr brauchten, Wasser und anderes.

Wir klagten, aber sie beachteten dies nie, einige Richter hatten die Auffassung im Kopf, daß wir ein nationales Opfergebiet wären. Aber jene von uns, die Mitglied des „Traditional Council“ sind, haben ihre Ansichten nicht geändert, wir wollen dort leben, wo wir sind, weil dieses Land für uns einen speziellen Zweck hat.

Aber die Gesellschaften kommen und ziehen Gitternetze über das Land. Jeweils dort, wo sich zwei Linien schneiden, bohren sie ein Loch. Unter diesem Loch ist das Gas und die Erde. Dieses Gas, Radon-Gas, kommt über das Land. Es ist ein seltsames Gas, du kannst es nicht aufhalten, nicht sehen, du hörst es nicht, aber es kommt schnell aus der Erde.

Vor fünf Jahren begannen wir uns umzuhören und stellten unseren Müttern, Vätern und Großeltern Fragen: Was sind das für Sachen, die mit uns

geschehen? ... Wir begannen mit der Untersuchung, dazu mußten wir jede schwere Krankheit mit den uns genannten Symptomen vergleichen. Wir hörten zu und untersuchten, fünf lange Jahre, wir lernten, was mit uns geschah.

Diese Löcher, die sie in die Erde bohrten, verbreiteten das Gas über das gesamte Land. Es gibt verschiedene Arten von Kräften, wir kennen die wirklichen Kräfte, die in der Erde sind, die in jedem Menschen, in jedem Körper sind. Wir haben seit Jahrhunderten diese Kräfte untersucht, das sind andere Kräfte als die Atomkräfte, von denen sie sprachen.

3/10 der Welt regieren 7/10 der Welt, daß ist eine Sache, die uns fremd ist, die nicht unserer Vorstellung von Macht und Kraft entspricht. Für uns hat jedes Blatt, jeder Fluß, jedes Sandkorn seine Bedeutung, seinen Zweck, seine Aufgabe und wir achten sie entsprechend. Das ist für uns die wirkliche Kraft der Erde.

In der Vier-Staaten-Ecke haben wir Monumente, die sind so alt wie Stonehenge in England, das ist die Kraft, von der wir kommen. Und wir haben studiert, was diese andere Kraft (Macht) für die Welt bedeutet, dabei müssen wir zurückblicken auf Hiroshima, Nagasaki und die Testgebiete in Nevada. Diese tödliche Verseuchung ist eine Kraft des Teufels. So machen sie doch jetzt einen Vertrag über „S.A.L.T.“, das sie kaufen, aber in Wirklichkeit wollen sie in „S.A.L.T.“ (Salz) doch nur das Leben begraben — genau wie bei euch in Gorleben.

Aber das Salz, in dem sie all dies lagern, ist dann mit Wasser in Berührung gekommen. Die Untergrundströmungen der Erde bringen doch das gesamte Konzept durcheinander. Und so sind wir sowohl am Anfang wie auch am Ende des atomaren „Kreislaufs“. Ihr befindet euch in der Mitte, in Form der Atomkraftwerke. In der endgültigen Zusammenfassung sind dies alles die Kräfte des Todes.

Rede von Winona

„Ich wollte euch ersteinmal etwas erzählen, was wir bemerkten, als wir in dieses Land kamen. Wir fuhren im Zug von den Niederlanden aus über die Grenze, da kamen uns plötzlich drei schwerbewaffnete Polizisten entgegen, und wir wußten, wir kommen nach Deutschland. Also von einem Polizeistaat (USA) in einen anderen (BRD). Wir sind wirklich froh, hier zu sein.“

Wir wollen über Uranbergbau sprechen. Ich werde jedoch nicht mit dem Bergbau, sondern mit der Technologie beginnen. Unsere Leute haben als Ureinwohner die Erde immer geachtet, die Erde ist das Leben, da beginnt alles, und ich glaube alle Ureinwohner wissen das. Aber die Leute, die die Erde nicht respektieren, begannen mit dem, was sie Fortschritt nennen, sie entwickelten Technologie. In dem Maße, wie sich die Technologie entwickelt hat, haben sich die Möglichkeiten, die Erde auszubeten vervielfacht, und so wurde den Ureinwohnern mehr und mehr Land geraubt. Heutzutage haben wir noch 4% unseres ursprünglichen Landes, aber wir haben auf unserem Gebiet 2/3

des Urans und deshalb wollen sie auch dieses Land. Das bedeutet für uns, daß dies der letzte Indiandenkrieg wird.

Wie das jetzt konkret aussieht? ... ja seht z.B. da wo Herb herkommt, da ist eine Energie-Ecke, ich werde euch erzählen, was das bedeutet: bis jetzt stehen da 36 Uranminen, 6 Uranmühlen, 4 Braunkohletagwerke, 5 Kohlekraftwerke und wenn diese Leute wirklich glücklich dran sind, bekommen sie vielleicht 100 Uranminen, 10 Uranmühlen, noch mehr Kohlestaub und das Nationale Atommülllager, wirklich schön nicht? Dies ist also die Navajo-Nation wo lauter bekannte indianische Produkte herkommen, aber auch das meiste Uran der USA produziert wird, und aus diesem Grund ist die USA eine Atommacht, Waffen und AKWs.

Ein wichtiger Grund, warum wir hier sind ist, daß sie das, was sie der Navajo-Nation angetan haben in Form der Menschen, die — aufgrund von radioaktiver Verseuchung — sterben und die sterben werden, ausweiten wollen auf den gesamten Westen der USA. Sie sprechen in diesem Zusammenhang vom „Projekt Independenz“ (Autarkie) in dem auch die EG die Hände mit im Spiel hat, und was dies bedeutet, so haben sie eine Reihe von Wörtern, um das Ergebnis zu beschreiben. Sie sagen, der Westen der USA ist dünn besiedelt und hat viele Energiereserven: Kohle, Gas und Uran; und so erklären sie dieses Gebiet zum „Nationalen Opfergebiet“. Und genau da leben wir, deshalb kämpfen wir. Denn wenn du in einem Gebiet lebst, das sie zum Nationalen Opfergebiet erklären — diese Leute sind ja einfach wahnsinnig, manchmal glauben wir in D.C. und New York essen diese Leute Urankekse (Yellow Cake) zum Frühstück — Genau dann wirst du wie ein Berserker kämpfen.

Ich lebe jetzt in der Nähe der Black Hills in Süd Dakota. Ihr müßt wissen, daß dieses Gebiet der Dakota-Nation, den Dakota-Sioux von den USA zugesprochen wurde. Die Sioux kämpften immer um dieses Land, denn es wurde ihnen dann einfach gestohlen, weil Gold auf dem Gebiet gefunden wurde. Wir leben jetzt dort in Süd Dakota, und da gibt es Indianer-Reservate und auch Weiße und es gibt Uran für 400 Millionen Dollar in den Black Hills. In diesem Gebiet steht auch der Mount Rushmore mit den Präsidenten-Köpfen, den die Amerikas Demokratie-Altar nennen. In diesem gesamten Areal wollen sie jetzt Uran im Tagebergbau fördern. Was wir daran verstehen ist, daß wenn sie die Black Hills vernichten, sie gleichzeitig die Northern Plains vernichten, und sie werden das Wasser, die Luft und auch die Menschen vernichten.

Wir haben jetzt festgestellt, daß wir Freunde haben, mit denen wir früher nie gerechnet hätten. Wir sind der Gold fördern. Was wir daran verstehen ist, daß wenn sie die Black Hills vernichten, sie gleichzeitig die Northern Plains vernichten, und sie werden das Wasser, die Luft und auch die Menschen vernichten.

Wir haben jetzt festgestellt, daß wir Freunde haben, mit denen wir früher nie gerechnet hätten. Dies ist der Fall bei den Cowboys und den Indianern,

die zusammenfinden in Süd Dakota. Die Cowboys beginnen darüber nachzudenken, daß wir uns immer als Feinde begegnen sollten, wir deshalb auch immer künstlich auseinandergehalten wurden, die gesamte Zeit. In Wirklichkeit sind es aber diese Gesellschaften, die auf uns niederknuppeln. 26 Gesellschaften siedeln sich in den Black Hills an, und die Regierung kam dann auch noch. Den Viehzüchtern wird klar, daß sie genauso verstrahlt würden, und so gibt es keinen Unterschied mehr für sie. Sie stellen fest, daß sie ja auch das Land achten, das ist eine Sache, die die Regierung und die Gesellschaften nun total nicht machen. Ich möchte nicht, daß ihr mich falsch versteht, wir setzen uns zualleerst für die Indianer ein. Aber der Punkt ist, daß sie an dem Uran so interessiert sind, es für eine so wichtige Sache halten, daß sie über jede Leiche gehen, da unterscheiden sie schon lange nicht mehr. Es wurde dann also überall Uran gefunden, auch in den Black Hills. Und die Viehzüchter sind wirklich erschrocken — total erschrocken. Wir haben uns dann organisiert und im Juli hatten wir die nationale Demonstration der Bevölkerung, wo ca. 6.000 Menschen zu den Black Hills demonstrierten, das rüttelte Süd Dakota wirklich auf.

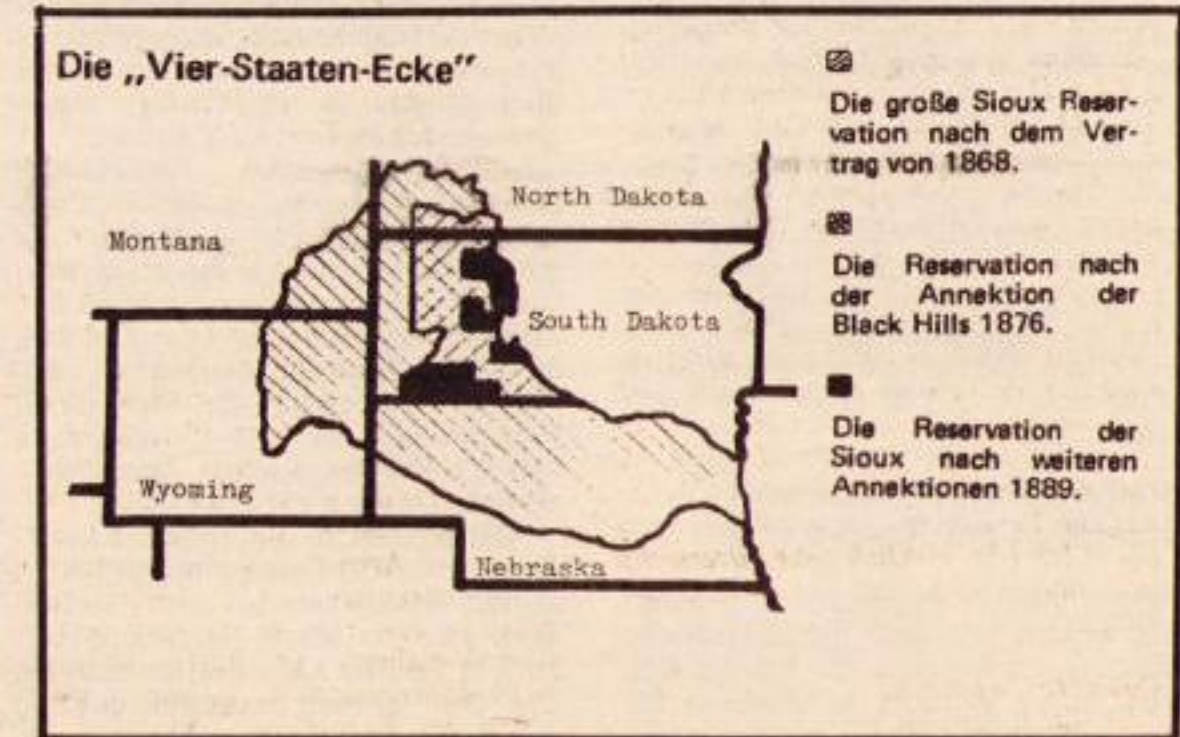
Wir fuhren dann fort, uns selbst stärker zu organisieren. Was ihr unbedingt verstehen müßt: Wir sprachen zwar weiter zu den Menschen, aber das genügt alleine nicht, man muß wirklich sich erheben und kämpfen. Ich weiß, daß ihr begonnen habt, aufzustehen, zu kämpfen, gegen die ganze Scheiße, die hier abläuft, aber was wirklich wichtig ist, die Leute haben dort auch damit begonnen, nur weiß ich wirklich nicht, ob ihr irgendetwas davon erfahrt. Deshalb will ich euch erzählen, was wir dort unternommen haben. Ich will euch einige Geschichten erzählen, wie z.B.: eines Tages kam die Union Carbon in unser Gebiet, die Black Hills, und sie wollten mit dem Tagebergbau bei dem einen heiligen Platz dort beginnen. Sie hatten auch ihre gesamte Ausrüstung mitgebracht, doch eines Tages war dann die Ausrüstung verschwunden. Ich weiß nun nicht, wie es dazu gekommen ist, aber ich weiß, daß die Viehzüchter Union Carbon nicht mögen. Und dann der Fall von Kerr McGee, die verantwortlich sind für den Mord an 70 Navajo-Uranbergleuten, und viele Witwen zurückließen. Deren Bohrwerkzeuge funktionierten in den Black Hills so gut wie nicht, die hatten da 'ne Menge Ärger. Aber diese Gesellschaften kommen weiterhin in unser Land und wir versuchen alles, wir sind zur Regierung gegangen, haben uns an die Gerichte gewandt, aber die ... nichts ... Aber das wißt ihr ja selbst. Die waren nie ein Teil von uns, das ist eine fremde Regierung und es sind fremde Gerichte. Wir wußten das immer, aber für die

Menge Ärger. Aber diese Gesellschaften kommen weiterhin in unser Land und wir versuchen alles, wir sind zur Regierung gegangen, haben uns an die Gerichte gewandt, aber die ... nichts ... Aber das wißt ihr ja selbst. Die waren nie ein Teil von uns, das ist eine fremde Regierung und es sind fremde Gerichte. Wir wußten das immer, aber für die

Fortsetzung nächste Seite

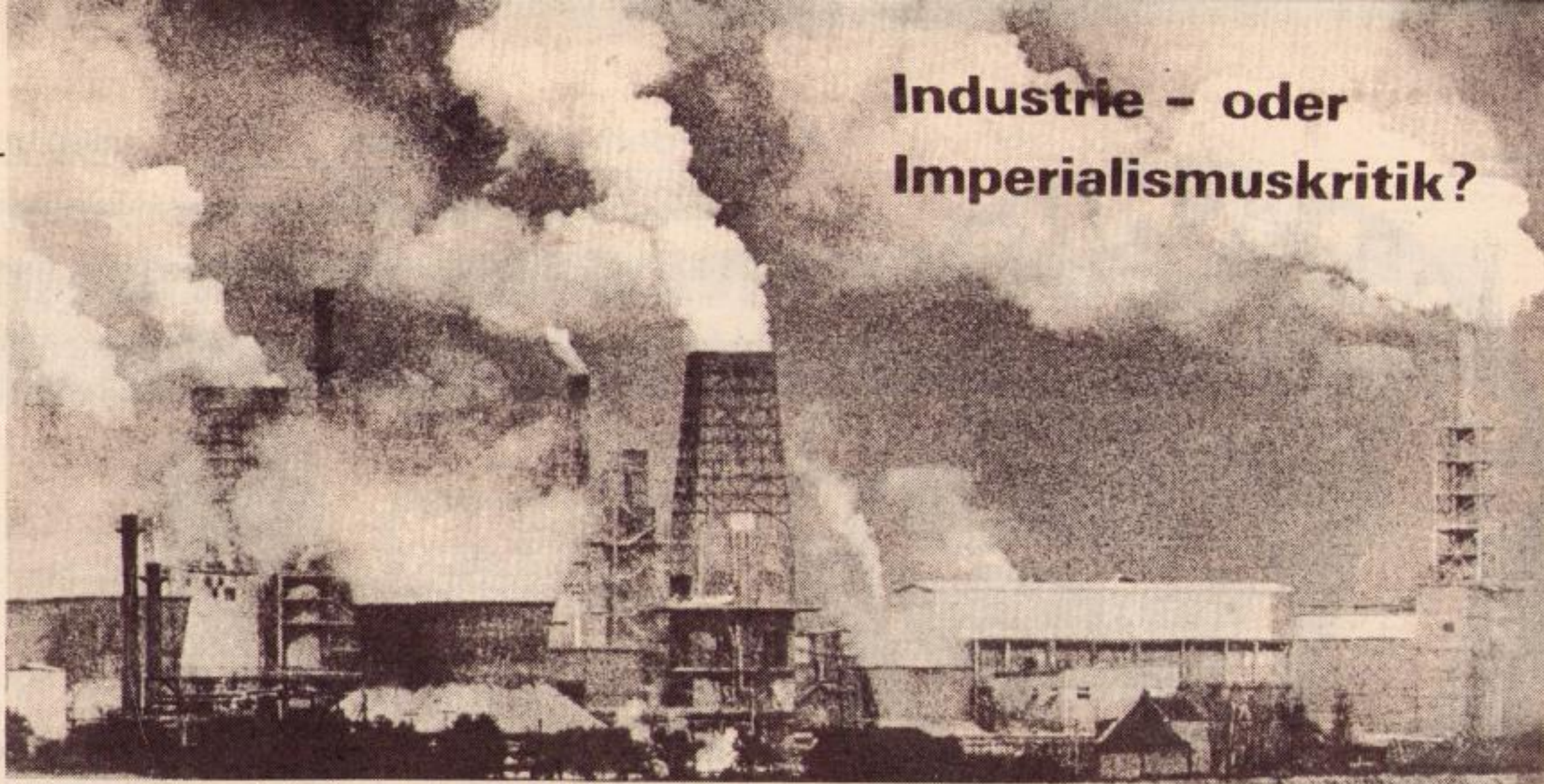


Indianer demonstrieren gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen in Washington



Farmer war es eine schwere Zeit, es zu verstehen. Aber jetzt verstehen wir alle, daß dies die letzte Schlacht ist.

Wir wurden „Indians“ (Indianer = Inder = indians) genannt seit 400 Jahren, aber ich bin ein Ureinwohner dieses Landes. Einige Leute kamen mit ihrem Boot vom Kurs ab und nannten uns Indianer. Aber wenn du Indianer bist, wirst du wie ein Indianer behandelt. Sie entmenslichen den Feind immer, erklären ihn zum Untermenschen, und dadurch wird seine Tötung dann gerechtfertigt. Genau das haben sie mit uns immer gemacht. Aber ich nehme an, daß ihr versteht — die Viehzüchter in Süd-Dakota und alle anderen im sogenannten „Nationalen Opfergebiet“ haben es verstanden — daß wir jetzt nicht mehr die einzigen „Indianer“ sind, jeder ist jetzt ein Indianer. Ihr seid auch alle „Indianer“! Die Unternehmer wollen uns glauben machen, daß wir machtlos sind, aber das stimmt nicht, man muß sich nur ansehen, wie viele wir sind, und wie absolut wenige sie sind. Sie haben nur die „Technologie“ oder wie sie es nennen „Fortschritt“ in ihren Händen, und das ist offensichtlich der Fortschritt des Todes, der uns alle umbringen würde, deshalb begehren wir ja auf. Und wir wissen genau, daß sie das, was in den USA passiert, gerne getrennt wissen wollen von dem, was hier bei euch geschieht. Sie lassen die Worte nicht herüberkommen, das ist doch klar. Ich habe jetzt z.B. von Anti-AKW-Demonstrationen gehört, die ihr hier hattet, 40.000 Leute, gegen die Tränengas eingesetzt wurde, die verprügelt wurden, festgenommen etc. Ich habe auch ein Foto von der Demonstration in Gorleben, ich habe es zum Herumzeigen; ich weiß, daß sowas passiert, und daß ihr höllisch aufgeregt seid über diese Sachen. Aber dort in den USA passiert so etwas auch ständig, wir hatten Demonstrationen und unsere religiösen Treffen und in Seabrook wurden Leute mit Tränengas beschossen und von der Polizei verprügelt. Es ist wirklich das erste Mal, daß die Bevölkerung der USA denkt, die Regierung kümmere sich nicht um sie. Egal wie häufig die Regierung beteuert, sie würde sich Sorgen machen. Und so mußten wir zu euch herüberkommen, um euch zu berichten, was all dies für uns bedeutet. Denn ihr hättet ja von all den Sachen, die wir euch zu erzählen haben, nie etwas gehört, die Zeitungen drucken das ja nicht ab. Wir wollen euch auch klarmachen, es sind nicht die AKWs, die irgendwas umbringen, es ist das Uran. Die könnten so viele AKWs bauen wie sie wollen, solange sie kein Uran dafür bekommen, können sie mit ihren AKWs auch niemanden umbringen. Da liegt der Schlüssel, das Uran muß in der Erde bleiben. Deshalb müßt ihr die Ureinwohner unterstützen. Wir wissen, daß die Bundesregierung den Uranbergbau in den USA und Kanada



Bekanntermaßen nimmt in der Ökologiscene die „Kritik der Industriegesellschaft“ einen breiten Raum ein. Auch unter „Linken“ wird eine solche Kritik vorgebracht, die in der Regel darauf hinausläuft, dem Marxismus/Leninismus blinde Fortschrittsgläubigkeit bzw. eine Vernarrtheit in die kapitalistische Großindustrie vorzuwerfen. Beispielhaft dafür ist das Buch von Otto Ulrich, „Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems“. Piet. von der ausgetretenen „Kritik“-Fraktion gab im AK einen Extrakt dieses Buches kritisch als seine Meinung zum Besten (in AK 165, Zur Krise der kommunistischen Bewegung, Teil II).

Im Folgenden wollen wir uns mit diesem Buch auseinandersetzen und als erstes versuchen, einigen Verzerrungen des Marxismus entgegenzutreten. Da diese die Grundlagen für die Schlußfolgerungen Ullrichs darstellen, wollen wir einige Aussagen von Marx anführen, die Ullrich offensichtlich bewußt unterschlagen hat, um den Marxismus auf die gleiche Stufe mit den Chefideologen des Imperialismus stellen zu können und um gleichzeitig zu leugnen, daß es sich hier um eine Klasse auseinander handelt: „Was läßt sich aber sagen, über das historische Subjekt, das die große Maschine, das Industriesystem, den Kapitalismus überwinden wird? Als wichtigstes vielleicht, daß es zur Zeit nicht ‚geartet‘ werden kann als einheitliches ‚Klassensubjekt‘. Die bis jetzt zu beobachtende Gegenbewegung gegen das Industriesystem steht ‚quer‘ zu den vorhandenen Institutionen, Klassen, Schichten und Berufen und geht doch durch sie alle ‚hindurch‘“ (S. 156).

So kommt er auch folgerichtig zu einem über den Klassen stehenden Lösungskonzept: „Ohne eine genauere Bestimmung und Einbettung

So kommt er auch folgerichtig zu einem über den Klassen stehenden Lösungskonzept: „Ohne eine genauere Bestimmung und Einbettung in ein in den Konsequenzen zu Ende gedachtes Gesellschaftskonzept sind auch die alten Schlüsselbegriffe wie Verstaatlichung, Vergesellschaftung, Markt, Plan und auch die alten politischen Orientierungsraster wie fortschrittlich, rückschrittlich, rational, irrational, rechts, links oder konservativ von geringem Aussagewert“ (S. 155).

Der Marxismus mit bürgerlich-kapitalistischer Ideologie behaftet?

„Der zentrale Punkt meiner Kritik ist, daß auch im Marxismus, und im vorherrschenden linken Bewußtsein bis heute die vom Kapitalismus entwickelte Große Industrie zum Maßstab der Höherentwicklung genommen wird. Die Große Industrie ... ist aber eine zentral-machtorientierte Produktivkraft, die vor allem das Potential der Macht erhöht. Die „Überlegenheit“ einer Industriegesellschaft gegenüber anderen Gesellschaften bemißt sich also hauptsächlich in Kategorien der Macht, in der Fähigkeit, andere Länder durch bessere Waffen und billigere Waren zu erobern ...“ Oder an anderer Stelle: „Die Entfaltung der Großen Industrie als Menschheitsinteresse auszugeben, ist ein Stück europazentrierter, bürgerlich kapitalistischer Ideologie in der marxistischen Theorie“ (S. 21).

In diesem kurzen Text werden unseres Erachtens gleich mehrere kapitale Fehler hintereinander gemacht, die sich durch das ganze Buch ziehen.

Der Marxismus hat die Entwicklung der Großen Industrie in dem Sinne — und nur in diesem — zum Maßstab der Höherentwicklung gemacht, daß die industrielle Produktionsweise die ökonomischen Voraussetzungen durch die Vergesellschaftung der Arbeit und die politischen Voraussetzungen durch die Herausbildung des Proletariats als Klasse für den Sozialismus geschaffen hat. Dies wird dahingehend umgebogen, als ob Marx den Kapitalismus insgesamt als

positive und nicht in erster Linie notwendige, aber unausweichliche historische Entwicklung dargestellt hätte.

Natürlich hatte der Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht gegenüber seinem Vorläufer der Produktion der Manufaktur einen Fortschritt bedeutet, da durch weitere Entwicklung der Produktivkräfte es „eigentlich“ möglich gewesen wäre, mit weniger Arbeit mehr „Wohlstand“ für die Menschheit zu produzieren. Doch verkehrte der Kapitalismus als Klassengesellschaft von Anfang an diesen Fortschritt für die Arbeiter in sein Gegenteil. „John Stuart Mill sagt in seinen Prinzipien der politischen Ökonomie: ‚Es ist fraglich, ob alle bisher gemachten mechanischen Erfindungen die Tagesmühe irgendeines menschlichen Wesens erleichtert haben‘. Solches ist auch keineswegs Zweck der kapitalistisch verwandten Maschinerie“ (MEW, Bd. 23, S. 331).

Da aber die Thesen von Ullrich auch darauf aufbauen, daß Marx sich erstens unkritisch und unzureichend zu der Frage der Entfremdung durch die Teilung der Arbeit geäußert hätte und zudem eine Verherrlichung der „zentral-machtorientierten Produktivkraft Große Industrie“ betreiben würde, wollen wir einige Aussagen von Marx anführen, die die meisten Ausführungen der Marxologen schon vorwegnehmen (immerhin werden heute Dinge als neue Erkenntnisse verkauft, die schon zum gewöhnlichen Repertoire Marx' gehörten): „In jeder Gesellschaft mit naturwüchsiger Produktionsentwicklung — und die heutige gehört dazu — beherrschen nicht die Produzenten die Produktionsmittel, sondern die Produktionsmittel beherrschen die Produzenten. In einer solchen Gesellschaft schlägt jeder neue Hebel der Produktion notwendig um in ein neues Mittel zur Knechtung der Produzenten.“ (MEW, Bd. 23, S. 274).

„Indem sich die Gesellschaft zur Herrin der sämtlichen Produktionsmittel macht, um sie gesellschaftlich planmäßig zu verwenden, vernichtet sie die bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eignen Produktionsmittel. Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund auf umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, ... auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, ... Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Seiten hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last zu einer Lust wird“ (MEW, Bd. 20, S. 274).

unabhängig von den Produktionsverhältnissen festgestellt“ habe (S. 70). Zudem behauptet Ullrich, daß Marx auch im Kommunismus die industrielle Produktionsweise vor allem im Hinblick auf der ihr zugrundeliegenden Arbeitsteilung aufrechterhalten wollte. „Diese Vorstellung, daß eine komplexe, hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft mit verwissenschaftlichten Produktivkräften organisierbar sei als ‚herrschaftsfreie Verwaltung von Sachen‘, hat eine sehr große Verbreitung gefunden. Sie gehört bis heute zum Kanon des Glaubensbekenntnisses von Marxisten und Kommunisten...“ (S. 69). Zum einen stammt der Begriff der ‚herrschaftsfreien Verwaltung von Sachen‘ von Saint Simon und wird von Marx an keiner Stelle für die Kennzeichnung der Produktionsverhältnisse im Kommunismus gebraucht. Zum anderen wirft Ullrich munter Sozialismus und Kommunismus in einen Topf und argumentiert zur Widerlegung von Marx mit Hinweisen auf den „real existierenden Sozialismus“, welcher angeblich die logische Konsequenz der marxischen Vorstellung sei.

Daß diesem aber kaum Verhältnisse wie im „realen Sozialismus“ bzw. „Kommunismus“ vorgeschwebt haben, machen folgende Aussagen deutlich:

„Indem sich die Gesellschaft zur Herrin der sämtlichen Produktionsmittel macht, um sie gesellschaftlich planmäßig zu verwenden, vernichtet sie die bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eignen Produktionsmittel. Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund auf umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, ... auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, ... Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Seiten hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last zu einer Lust wird“ (MEW, Bd. 20, S. 274).

Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke — in dem einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem anderen in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird. ... Mit der Teilung der Arbeit (ist) die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben, daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zu fallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten liegt nur darin, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird“ ... „So nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will — während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“ (MEW, Bd. 3, S. 32/3).

Eine weitere Kritik Ullrichs besteht darin, daß der Marxismus keinerlei Kritik an den vom Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräften üben würde, insbesondere keine

Kritik an der Auswirkung auf die Natur leiste. Zudem will er nicht nur „die kapitalistische Anwendung der Maschinerie“ kritisiert wissen, sondern, bestimmte „Maschinerien“, bzw. Technologien selbst. Doch auch hier konstruiert Ullrich einen Widerspruch zu Marx und gibt über dies eine Tatsache als neue Erkenntnis aus, die unter anderem schon Gegenstand der Kulturrevolution in der VR China war.

„Diese Produktivkräfte (der kapitalistischen Industrie, Anm. AK) erhalten unter dem Privateigentum eine nur einseitige Entwicklung, werden für die Mehrzahl zu Destruktivkräften, und eine Menge solcher Kräfte könnte im Privateigentum gar nicht zur Anwendung kommen“ (MEW, Bd. 3, S. 60).

Gerade der Imperialismus unserer Tage demonstriert diese Entwicklung überdeutlich. Aber sind die zerstörerischen Auswirkungen auf die Natur, die zunehmende Verschleißproduktion, die bewußte Unterdrückung technologischer und wissenschaftlicher Fortschritte die zwangsläufigen Auswirkungen einer abstrakten „Großen Industrie“ oder in erster Linie die Auswirkungen der kapitalistischen Anwendung der industriellen Produktion, welche sicherlich nicht nur die Verfügungsgewalt über irgendeine Industrie bedeutet, sondern auch direkte Auswirkungen auf ihre Struktur und spezielle Technologien?

So ist die Chemieindustrie des Imperialismus, welche am laufenden Meter Stoffe synthetisiert, durch deren krankheitsserregenden Folgen die Gesundheit von Millionen von Arbeitern ruiniert wird, und welche unabsehbare Folgen als Abfälle in der Natur haben, kaum als Vorbild für den Sozialismus anzusehen. Aber ist dies eine Folge der Chemieindustrie überhaupt? Würde die Chemieindustrie heute ihre volle Produktivität ausschöpfen und entstehende Abfallstoffe, soweit sie unschädlich sind, weiterverarbeiten, wäre sie nicht mehr profitabel und könnte zudem auf einen Schlag die 15-20 Stundenwoche einführen (s.a. Marxismus und Ökologie, AK 102).

Doch da im Kapitalismus „Ökonomie“ nicht nur auf Kosten der Gesundheit der Menschen, sondern auch durch Raubbau an der Natur zu produzieren bedeutet, hat die kapitalistische Industrie auch eine ganz bestimmte Struktur angenommen und all die Technologien favorisiert, die für sie profitabel sind. Am anschaulichsten wird dies an der sogenannten Umweltschutzbranche, welche zur Zeit riesige Umsatzsteigerungen zu verzeichnen hat. Denn es wird nach dem Prinzip verfahren, bei gegebenen Produktionsabläufen enorme Reinigungs-, Filter und Kläranlagen zu bauen anstatt entweder die Produktionsverfahren zu ändern oder die Abfälle in weitere Produkte umzuwandeln. Da dies aber für das Kapital heillos Überproduktion schaffen würde, wird lieber, also profitabler, eine „Umweltschutzindustrie“ aufgebaut und zwar von den Chemiekonzernen selbst.

Die sogenannten Aufwendungen für den Umweltschutz werden weitgehend vom Staat subventioniert, so daß die Bevölkerung auch dafür zahlen darf, daß die Chemieindustrie weiter ihre Profite machen kann.

(Wird fortgesetzt).

Empfehlenswerte Literatur zu diesem Themenkomplex: MEW, Bd. 23, 12. Kapitel, Teilung der Arbeit und Manufaktur und 13. Kapitel: Maschinerie und große Industrie MEW, Bd. 3, Deutsche Ideologie, S. 28-77 MEW, Bd. 20, S. 265-278

AKW-NEIN-Kommission

Power to the people!
Alle Macht dem Volke!



Kein NPD-Parteitag in Ketsch!

Im Hinblick auf den am 8. und 9. Dezember in Ketsch (bei Mannheim) geplanten NPD-Bundesparteitag fand am 11.11. auf Einladung der Antifa-Initiative Mannheim/Ludwigshafen, die 2. Antifa-Landeskonferenz statt. Am Ende der über sechs Stunden dauernden Debatte hatten sich 27 antifaschistische Organisationen, Komitees und Initiativen aus etwa 20 Städten Baden-Württembergs auf einen gemeinsamen Aufruf geeinigt. Ferner wurde die Unterstützung der für den 8. Dezember in Ketsch geplanten DGB-Kundgebung beschlossen. VVN und DKP hatten zu diesem Treffen nur jeweils einen Beobachter entsandt, obwohl beide offiziell eingeladen waren.

So mußten sich die Mitglieder der Antifa-Initiative Ma/Lu auf dem wenig später stattfindenden VVN-Treff als Spalter bezeichnen lassen. Die VVN hatte ebenfalls einen Aufruf geschrieben und diesen zur Diskussion gestellt. Selbstverständlich hatte die VVN/DKP/SDAJ auf ihrem Treffen für den nötigen Anhang gesorgt; so wurde der Aufruf der „27“ schließlich von der Mehrheit abgelehnt.

Auf der regelmäßigen Sitzung der Antifa-Initiative beschloß dann die Mehrheit der Anwesenden, sich trotz allem unter dem Aufruf der VVN zu stellen. Der eigene Aufruf soll allerdings weiter verteilt werden, da er zu Aktionen am 8. und 9. Dezember aufruft. Die VVN will sich dagegen auf den 8. Dezember konzentrieren.

Warnung an alle Antifaschisten!

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) haben in Schwetzingen (2 km entfernt von Ketsch) eine „Antibolschewistische Aktionsfront“ gegründet. Die nun folgenden Passagen sind Auszüge aus der Presseerklärung der „AKTR“ aus der Schwetzingen

Zeitung vom 6.11.79.

„Der „AKTR“ gehe es in erster Linie darum, über die kommunistischen Unterwanderungsversuche aufzuklären, die sich unter dem Deckmantel der Antifas verbergen. Darüber hinaus gehe es darum, die geistige und politische Kumpanei der kommunistischen Antifas mit verschiedenen Kreisen des DGB, sowie der SPD, Jusos und FDP-Judos aufzuzeigen. Im Hinblick auf den von der NPD in Ketsch geplanten Parteitag und die in diesem Zusammenhang angedrohten Gegenmaßnahmen bis hin zur Verhinderung desselben werde man in jeder Weise aktiv vorgehen!“

Letzte Meldung dazu: Das Verwaltungsgericht Karlsruhe entscheidet für die NPD. Die Gemeinde Ketsch muß den Nazis die „Rheinhalle“ zur Verfügung stellen. Bürgermeister Schmid will nun beim Mannheimer Verwaltungsgerichtshof Beschwerde gegen diese Entscheidung einlegen. Beim gleichen Verwaltungsgerichtshof übrigens, der der NPD Verfassungstreue bescheinigt hat!

fassungstreue bescheinigt hat!

Deshalb rufen wir alle Antifaschisten(innen) auf: kommt am 8. und 9. Dezember nach Ketsch und verhindert gemeinsam mit uns die erneute Provokation der NPD-Nazis!

Termine:

Samstag, 8. Dezember, 10 Uhr Kundgebung und Demonstration zur Rheinhalle

Sonntag, 9. Dezember, ab 10 Uhr Aktionen in Ketsch gegen den Nazi-Parteitag und den geplanten Nazi-Aufmarsch.

Kontakt:

Antifa-Initiative
Mannheim Ludwigshafen
c/o Der Andere Buchladen
M 2,6
6800 Mannheim 1

KB-Sympathisanten Mannheim

5.000 in Tübingen bei „Rock gegen Rechts“

Zur Solidarität mit den drei angeklagten Antifaschisten im Prinz-Karl-Prozeß hatte sich in Tübingen eine „Rock gegen Rechts“ (RGR)-Initiative gebildet, die von einem breiten Unterstützungskreis getragen wurde (neben vielen örtlichen Gruppen auch zahlreiche Asten sowie der VDS-Basisgruppenvorstand). Schon das Biermann-Konzert, das dem eigentlichen RGR vom 15. bis 18. November vorgelagert war, war sehr gut besucht. Zu der einleitenden Podiumsdiskussion über „Neofaschismus und politische Unterdrückung“ am 15.11. erschienen weit über 1.000 Leute. Heinz Brandt, Brigitte Heinrich und ein Angeklagter saßen auf dem Podium. Recht provokativ wirkten die Ausführungen von Heinz Brandt: Er meinte, der Faschismus sei „eine vergangene Sache“, erscheine in der BRD nicht wieder, weder in alter Form noch als Neofaschismus. Die wirkliche Gefahr ginge vom atomaren, wachstumsfetischistischen Programm aus. „Es geht nicht darum, Strauß zu stoppen, sondern

das Atomprogramm“.

Es gebe jedoch eine neue „Volksbewegung“, die ihn zuversichtlich stimme. Er spielte dabei auf die Erfolge der Grünen in Bremen und Tübingen an.

Daß anschließend nicht befriedigend über Ursachen und Bedingungen des Faschismus sowie über den Hintergrund des Abbaus demokratischer Rechte in der BRD diskutiert werden konnte, lag sicher auch an Heinz Brandt, der mit seiner konträren Position den Diskussionsrahmen sprengte.

Am 16.11. formierte sich ein Demonstrationstrupp, der mit über 2.000 Teilnehmern für Tübinger Verhältnisse ganz anscheinlich war. Das ganze Wochenende über fanden Rockkonzerte statt, bei denen der politische Aspekt leider zu kurz kam. Am Sonntag fanden dann noch Workshops zum Charakter von RGR und verschiedenen anderen politischen Themen statt.

KB-Sympathisantengruppe Tübingen

Nazi-Aktivitäten in Bremen

In Bremen nahm in den vergangenen Monaten das Auftreten der „NRAF“ („Nationalrevolutionäre Arbeiterfront“) spürbar zu:

- Telefandrohungen gegen Antifaschisten;
- regelmäßige Flugblattverteilung in der Bremer Innenstadt;
- im September wurden die Gartenzäune zweier SPD-Mitglieder und von deren Nachbarn mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert.

Bei der „NRAF“ handelt es sich um die Bremer Kerngruppe der sich im ganzen Bundesgebiet und West-Berlin formierenden „NSDAP“. Nach eigenen Angaben (Interview in „Radio Bremen“) sind in der „NRAF“ ca. 30 Leute aktiv.

Die Ziehväter

Gegründet wurde die „NRAF“ Bremen von Frank Stubbemann, Aktivist der „Hansa“-Bande, der über die Junge Union der CDU zum „Stahlhelm“ fand und von der Jugendzeitschrift „Mut“ zum „Leser des Monats“ gekürt wurde.

Unseres Wissens taucht der Name „NRAF“ im Sommer '77 zum ersten Mal auf im Zusammenhang mit den Aktivitäten der „Hansa“-Bande. Im November '77 war „Hansa“-Chef Kühnen in Bremen bei diversen Aktionen der „NRAF“ mit von der Partie und wurde mehrmals festgenommen.

Namen...

Dieter Stockmeier; Langemarkstr. 286; Stockmeier gilt als Führer der Bremer Gruppe. Stockmeier wurde nach 15-monatigem Wehrdienst als Hauptgefreiter der Reserve entlassen. Bereits während seiner Studienzeit in Freiburg stand er in Kontakt mit der NPD und wurde später Mitglied der „Kampfgruppe Priem“.

Bei einer Wohnungsdurchsuchung am 2. März '79 wurden neben anderen Schriften 32 Exemplare des Programms der „Deutsch-völkischen Gemeinschaft“ (DVG), 95 Ausgaben des „Angriff“ und 490 „Deutsch-völkische Beobachter“ gefunden. Wegen der Aufbewahrung dieser antisemitischen Propagandaschriften wurde Stockmeier im September zu vier Monaten Haft mit Bewährung verurteilt. Wegen Beteiligung an der „Hitler-Gedenkfeier“ in Lentföhrden wird gegen Stockmeier zur Zeit noch wegen gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs ermittelt. Stockmeier war bis zu seiner Verurteilung Presseverantwortlicher der „NRAF“.

Diese Rolle übernahm Gerhard Töpfer; Borgfelderstr. 70. Ebenso wie Stockmeier engagierte Töpfer sich zunächst für die NPD und die JN. 1972, nach der Gründung der NPD-Abspaltung ANR (Aktion Neue Rechte), schloß er sich dieser an und war bis 1974 deren Mitglied. Eine von ihm gegründete „Nationalrevolutionäre Schülergruppe“ ging geschlossen in die „NRAF“ über. Gemeinsam mit Stockmeier, weiteren „NRAF“-Mitgliedern und Röders „Deutscher Bürgerinitiative“ protestierte Töpfer im Februar '78 gegen die Umbenennung der Hindenburgallee in Adenauerallee durch Überkleben von Straßenschildern. Am 1. April '78 verprügelte Töpfer einen über 70jährigen Antifaschisten, der ihn angeblich bei der Verteilung des Flugblattes „Stoppt die VVN“ „be-



Gerhard Töpfer – im linken Look!



Wer ist das?

droht“ hatte. Im Juli 1978 wurde Töpfer daraufhin wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung zu lächerlichen vier Tagen Jugendarrest verurteilt. Töpfer tauchte bei fast allen Flugblattaktionen der letzten Wochen als Verteiler auf.

Endlich Prügel für Nazibande

Am 17.11. wurde im Bremer Kino „Cinema“ der zweite Teil von „Holocaust“ gezeigt. Gegen 20.30 Uhr erschienen fünf Faschisten der NRAF mit Pappschildern (z. B.: „Holokost?“ – Nein Danke!) direkt vor dem Kino, während weitere Nazis (vier bis sechs) in einiger Entfernung aufmarschierten. – Aber Bremens Antifaschisten sind langsam wachgeworden: Sofort wurden die Nazis von ca. 80 Leuten umringt, ihre Schilder zerrissen und dem Anführer Gerhard Töpfer ein bleikugelgefülltes Seil, das er als Waffe gegen Antifaschisten geschwungen hatte, abgenommen.

... und Taten!

– Am 19. November 1977 zogen elf Faschisten in Naziuniform faschistische Lieder singend durch den Bremer Stadtteil Ostertor. Protestierende Anwohner wurden mit „Rot Front, verrecke“ beschimpft. Die alarmierte Polizei nahm alle elf fest und stellte neben diverser Propagandamaterialien einen Gasrevolver und einen Schlagstock sicher. Drei der Täter wurden in Bremen vor Gericht gestellt und erhielten Geldstrafen zwischen 300 und 2.100 Mark.

– In der Nacht zum 7. Dezember 1978 wurden verschiedene Stellen der Bremer Universität mit Hakenkreuzen und Naziparolen beschmiert.

– Anfang April und Anfang Mai '79 wurden Postsendungen mit Broschüren und Aufklebern aus den USA zufällig vom Bremer Zollamt entdeckt und beschlagnahmt.

– Am 16. Juni wurde in der Bremer Innenstadt der Nachdruck eines Flugblattes verteilt, in dem die „Deutsche Bürgerinitiative“ (Kontaktperson: Edgar Geiss) die Freilassung des Nazi-Terroristen Kühnen und aller anderen „NS-Kämpfer“ fordert. Zusätzlich wurde ein Brief Kühnens aus der Haft abgedruckt, in dem dieser sich ausdrücklich zu seiner Mitgliedschaft in der „NSDAP/AO“ bekennt. Dieses Flugblatt war in Niedersachsen verboten worden, und einige Antifaschisten informierten sofort die Polizei. Als diese nicht erschien, griffen die Antifaschisten zur Selbsthilfe und beschlagnahmten die Flugblätter.

– In der folgenden Nacht wurde das KB-Büro mit Nazi-Aufklebern aus den USA und Parolen beschmiert.

– Beim „Schwulen ‚Karneval‘“ am 30.6. 79 fielen bereits tagsüber mehrere Mitglieder der „NRAF“ auf, darunter Töpfer. Die Außenwände des „Schlachthofs“, in dem das Abschlußfest stattfand, waren mit Hakenkreuzen und Parolen („Schwule ins KZ“) beschmiert.

– Am Antikriegstag wurde ein von „NRAF“ und „ANS“ (= „Hansa“-Bande) gemeinsam unterzeichnetes Flugblatt verteilt.

– Am 29.9.79 wurde ein Flugblatt zur Kanzlerkandidatur von Strauß verteilt.

– Am 30.9. wurde die VVN-Ausstellung auf dem Bremer RGR-Festival beschädigt. Diesmal erschien die Polizei und nahm die drei Beschädigten. Diesmal erschien die Polizei und nahm die „NRAF“-Mitglieder vorübergehend fest.

– Weitere Flugblätter wurden von der „NRAF“ am 6.10., 13.10. und 27. Oktober verteilt.

Die geringen Haft- und Geldstrafen in Prozessen gegen Mitglieder der „NRAF“ und das Schweigen der bürgerlichen Parteien zeigen deutlich, daß auch im sozialdemokratisch regierten Bremen an ein wirksames Einschreiten gegen die Nazis von Seiten des Staatsapparates nicht gedacht wird. Da aber das immer frecher werdende Auftreten der Faschisten nicht länger hingenommen werden kann, stehen Bremens Antifaschisten vor der Aufgabe, in größerem Maße als bisher die Taten der „NRAF“ bekanntzumachen und die antifaschistische Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Da war mal wieder was los!

In Lüneburg führte die NPD am 12.11.79 eine Veranstaltung zum Thema „Volksgemeinschaft oder Klassenkampf“ mit dem Ex-Major der Bundeswehr K.H. Lindner durch, zu der ca. 60, vorwiegend alte, Nazis (für Lüneburger Verhältnisse sind das viele) kamen. Die Veranstaltung fand unter massivem Polizeischutz statt. Und der war auch „nötig“... denn eine relativ breite und phantasievolle Öffentlichkeit protestierte in einer spontanen Demonstration und einer „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung mit ca. 300 Leuten.

Die Lüneburger Behörden hatten der NPD stadteigene Räumlichkeiten wieder zur Verfügung gestellt – wie schon im Sept. '76, als von einer NPD-Veranstaltung aus eine Schlagerrotte das nahegelegene Jugendzentrum brutal überfallen hat, im März '78, als das Jugendzentrum um geschlossen wurde, damit eine NPD-Veranstaltung stattfinden konnte, im März '79, als der genehmigte NPD-Auftritt auf dem Lünebur-

ger Marktplatz eine Protestdemonstration von über 1200 Bürgern auflöste.

Ausgehend von einer antifaschistischen Versammlung, zu der das Jugendzentrum mobilisiert hatte, mit 35 Leuten, darunter Vertreter von 8 Initiativen, kam viel „in Gang“. So wurden innerhalb von 2 Tagen ca. 380 Unterschriften für eine Protest-Anzeigenserie in der örtlichen Presse gesammelt.

Darunter auch 24(!) Gruppen und Initiativen: „Sponti-Gruppen“, Kinderinitiativen, Frauengruppe, Hochschulguppen, Judos, VVN, DKP, SDAJ, KB. Die Aktivitäten wurden von allen ohne irgendwelche Abgrenzungen getragen.

Ein „Offener Brief“ an die „Verantwortlichen“ wurde im Rahmen eines Aktionstages mit Ausstellung, Singen von antifaschistischen Liedern u.ä. an die Bevölkerung verteilt und massenhaft an die „Verantwortlichen“ geschickt.

Am 12. November selbst sammelte

sich die Demonstration spontan im Jugendzentrum und zog durch die Innenstadt zum Veranstaltungsort der NPD, wo sie mit einem brutalen Polizeieinsatz konfrontiert war.

Bei dem „Blitzangriff“ mit Hund und überübergehend auch ein Demonstrant festgenommen.

Danach fand im Jugendzentrum ein „Rock gegen Rechts“-Konzert mit der Gruppe „Fernlicht“ statt: Das Jugendzentrum war überfüllt, die Veranstaltung ein voller Erfolg.

Auf einem Auswertungstreffen wurde eine ständige Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Initiativen beschlossen, um in Zukunft langfristig Aktivitäten planen zu können, z.B. gegen den angekündigten Besuch von F.J. Strauß in Soltau.

Die Organisierung eines großen „Rock gegen Rechts“-Konzerts soll ein erster Schritt dazu sein.

KB-Lüneburg

Antifaschistischer Bundeskongreß Ostern 1980



Ostern 1980, am 4. - 6. April, soll ein erster Antifaschistischer Bundeskongreß stattfinden. Dies ist der wichtigste Beschluß der Teilnehmer einer Vorkonferenz, die am 10./11.11.79 in Bielefeld stattgefunden hat.

Nach Diskussionen innerhalb der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise NRW“ hatte der „Antifaschistische Arbeitskreis Bielefeld“ zu dieser Vorkonferenz eingeladen, zu der insgesamt ca. 50 Personen gekommen waren: Vertreter von antifaschistischen Arbeitskreisen, Initiativen, Aktionseinheiten etc. aus Bielefeld, Nürnberg, Dortmund, Freiburg, Münster, Wedel, Flensburg, Fulda, Göttingen, Kamen, Bremen, Hannover und Essen; Antifa-Kommission des KB; Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU) Pinneberg; Mitglieder der Bunten Liste Köln, der Alternativen Liste Westberlin; drei Mitarbeiter der „Tageszeitung“; Vertreter des geplanten „Antifaschistischen Infos“ sowie zehn Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), darunter drei Präsidiumsmitglieder. Vertreter der süddeutschen, insbesondere der baden-württembergischen Antifa-Gruppen waren nicht anwesend. (Zur gleichen Zeit fand in Mannheim eine Vorbesprechung zur Koordinierung antifaschistischer Aktivitäten anlässlich des NPD-Bundesparteitages am 8./9.12. in Mannheim/Ketsch statt.) Das Tübinger Antifaschismus-Komitee hatte ausdrücklich seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt (und hat mittlerweile konkrete Arbeiten übernommen).

Schriftliche Stellungnahmen lagen vor von der „allgemeinen homosexuellen arbeitgemeinschaft“ aus Westberlin, deren Antifa-Gruppe ihre Mitarbeit zum Thema „Schwule und Faschismus“ angekündigt hat sowie vom „Bund Deutscher Pfadfinder“, Landesverband Bayern, der insbesondere auf die Frage der Straußkandidatur hinwies, von der Stadtzeitung „Podium“ aus Augsburg, der Schwulengruppe „Flüderlich“ aus Nürnberg, antifaschistischen Gruppen aus Pforzheim, Westberlin, Kiel, Würzburg, Weinheim, Mönchen-Gladbach, Waldeck sowie drei Einzelpersonen.

Die Zusammenarbeit der Antifaschisten stärken!

Die Idee zu diesem Kongreß entstand vor dem Hintergrund, daß sich seit einiger Zeit eine antifaschistische Bewegung entwickelt hat, die in Form von örtlichen Arbeitskreisen, Initiativen oder Komitees in vielen Orten der BRD zu finden ist. Wieviele derartiger Gruppen es genau gibt, darüber gibt es keinen genauen Überblick. Nach unseren Schätzungen sind es um die 100 Gruppen.

Das Entstehen dieser Bewegung hängt zusammen mit dem seit einigen Jahren verstärkten Auftreten der Nazis. Diese Bewegung hat mittlerweile eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit und Stärke bewiesen.

Das verstärkte Auftreten der Neonazis ist aber nur eine Bedingung für das Entstehen der neuen antifaschistischen Bewegung. Ergänzend kommt hinzu, daß sich dieses antifaschistische Engagement nur neben der Sozialdemokratie und außerhalb der traditionellen antifaschistischen Gruppierungen entwickeln konnte.

Speziell die Sozialdemokratie hat diese Bewegung lange Zeit ausschließlich ablehnend betrachtet und ihr gegenüber eine Politik der Nicht-Zusammenarbeit und Unvereinbarkeit verfolgt. Die VVN als organisatorisch größte und am längsten arbeitende antifaschistische Organisation hat sich bis heute nicht dazu entschließen können, die neue antifaschistische Bewegung als Partner zu begreifen.

Die bisher erreichte Stärke dieser neuen Bewegung liegt zu einem Großteil eben darin begründet, daß hier jede Form von Unvereinbarkeitspolitik und -Beschlüssen abgelehnt wurde und allein die Bereitschaft zum gemeinsamen Eintreten gegen den Faschismus zum Kriterium der Zusammenarbeit gemacht wurde.

Der Bundeskongreß selbst ist vor diesem Hintergrund zu sehen: Als ein erster Schritt, die Erfahrungen, die diese junge Bewegung bisher gemacht hat, zu diskutieren; bisher nur örtliche und allenfalls regionale Arbeitszusammenhänge auf breitere Grundlagen zu stellen; Kontroversen überhaupt erst einmal öffentlich diskutierbar zu machen u. a. m.

In den ersten Stellungnahmen zu einem solchen Kongreß war auch die Vorstellung geäußert worden, auf dem Kongreß schon so etwas wie eine „antifaschistische Plattform“ zu verab-

schieden. Angesichts der Tatsache, daß es bislang eine Auseinandersetzung unter den antifaschistischen Gruppen kaum oder allenfalls regional und zeitlich beschränkt gegeben hat, wurde dies aber auf der Vorkonferenz als übereilt abgelehnt.

Vorstands-Delegation der VVN sorgte für Überraschung

Eine totale Überraschung für alle Konferenzteilnehmer wurde das Auftreten der VVN, die in der Vergangenheit nicht zu Verhandlungen mit den neuen antifaschistischen Kräften bereit war und die auch bis dahin auf die Einladung zu den Bundeskongreß-Vorbereitungen nicht reagiert hatte. Die VVN erschien unangemeldet mit drei Präsidiumsmitgliedern (wovon die beiden jüngeren sich als DKP-Mitglieder vorstellten) und fünf Ortsgruppenvorsitzenden des Landes NRW sowie einigen „alten Kämpfern“.

Sie boten namens des VVN-Vorstandes ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den dort versammelten Gruppen an, beschworen die Notwendigkeit der Einheit im antifaschistischen Kampf — und verteilten die neueste Fassung ihres Programms, auf dessen Boden diese Einheit herzustellen sei. Darüber hinaus stellten sie die Stärke der in der VVN zusammengeschlossenen antifaschistischen Kräfte und deren Bündnisbreite bis weit in die Sozialdemokratie ins Licht; den versammelten Antifa-Initiativen warfen sie vor, sie hätten erstens kein Programm, zweitens sei ein Kongreß allein zu den „Nazi-Gruppen“ unnütz, da er Antifaschismus auf einen Randbereich reduziere, und drittens gebe es keinerlei Notwendigkeit für den beabsichtigten Kongreß der Antifa-Gruppen, da die VVN bereits für den 8. Mai 1980 einen Kongreß vorbereitet habe.

Trotz dieses recht plumpen Einstiegs wurde das Erscheinen der VVN — zumal in dieser Besetzung — von allen Teilnehmern der Vorkonferenz ausdrücklich begrüßt. Auf die Fragen, ob ihr Erscheinen auf der Vorkonferenz darauf schließen lasse, daß die VVN ihre bisherige Politik des Schweigens und der Unvereinbarkeit gegenüber der neuen antifaschistischen Bewegung ändern wolle, zeigten sich die VVN-Vertreter allerdings wenig auskunftsbereit. Sie erklärten, von Unvereinbarkeitsbeschlüssen sei ihnen in der VVN nichts bekannt; mit der

VVN könne jeder zusammenarbeiten, der Antifaschist sei, und Antifaschismus sei untrennbar verbunden mit dem Kampf für Frieden, gegen den Antikommunismus und für die Durchsetzung des antifaschistischen Gehalts des Grundgesetzes.

Richtig peinlich wurde es, als ein VVN-Präsidiumsmitglied den Erfolg vom 16./17. Juni 79 in Frankfurt in erster Linie im DGB, und „Rock gegen Rechts“-Bündnis, das gegen massive Intervention von VVN und ihr nahestehender Kräfte zustande gekommen war, sich selbst als Verdienst zuschrieb! RGR habe sozusagen „abgesahnt“, was die VVN in langjähriger Arbeit aufgebaut habe.

Nach wenigen Stunden verließen die VVN-Vertreter die für zwei Tage angesetzte Vorkonferenz — vor Einstieg in die inhaltliche Debatte um Ziele, Ablauf usw. des geplanten Kongresses. Die Teilnehmer der Vorkonferenz werteten das Erscheinen der VVN trotzdem als Erfolg, der als ein Anzeichen der wachsenden Bedeutung der neuen antifaschistischen Bewegung gewertet werden müsse. Offenbar sehe sich die VVN gezwungen, die Bundeskongreßvorbereitungen offiziell zur Kenntnis zu nehmen. Es wurde festgehalten, die VVN zur Teilnahme am Bundeskongreß einzuladen, ohne sich von ihr Bedingungen diktieren zu lassen, und außerdem vom Bundeskongreß aus eine Initiative gegenüber dem VVN-Kongreß zu unternehmen.

Die Themen des Kongresses

Als „Generallinie“ wurde vereinbart: Plenumsdiskussionen an den für die Bewegung wichtigsten Schwerpunktfragen, darüber hinaus Arbeit in Arbeitsgruppen zu jedem Thema, für das sich Interessenten finden. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß einerseits über mögliche gemeinsame Aufgaben diskutiert, andererseits der Kongreß für alle Fragen der antifaschistischen Arbeit offengehalten werden kann.

Für die Plenumsdebatte wurden vereinbart:

Erstens: „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“. Die Diskussion soll eingeleitet werden durch drei Referate: 1. „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“; 2. „Politisch-ökonomische Hintergründe“; 3. „Was vertritt Strauß“.

Presseerklärung

Die Vorbereitung und Durchführung eines antifaschistischen Bundeskongresses beschlossen Antifaschist(inn)en aus der ganzen BRD und Westberlin, die sich am 10./11. November 1979 zu einem Arbeitstreffen in Bielefeld eingefunden hatten. Ausgehend von einer entsprechenden Initiative der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW“ wurden Ziele und Möglichkeiten des geplanten Bundeskongresses erörtert.

An der Diskussion beteiligt waren Vertreter von 13 Antifa-Gruppen sowie antifaschistische Einzelpersonen und politische Organisationen (anwesend waren Vertreter bzw. Mitglieder u. a. der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (LDU) Schleswig-Holstein, der „Alternativen Liste“ Westberlin, der „Bunten Liste“ Köln, des Kommunistischen Bundes und der VVN — Bund der Antifaschisten).

Kurz zusammengefaßt die wichtigsten Ergebnisse des Bielefelder Arbeitstreffens:

1. Die Teilnehmer begreifen den angestrebten Bundeskongreß als einen ersten Schritt, um die starke Zersplitterung, insbesondere der „neuen“, sich neben der Sozialdemokratie und VVN herausbildenden Antifa-Bewegung zu verringern. Im Vordergrund dieses ersten bundesweiten Kongresses soll der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen stehen; konkrete Vereinbarungen im Sinne einer zukünftigen, gemeinsamen Politik sind zwar erwünscht (und werden punktuell auch bereits angestrebt) — trotzdem wollen wir die geplante Veranstaltung nicht unter den „Erfolgswang“ zu erzielender „Vereinheitlichungen“ setzen.
 2. Die Teilnahme am Bundeskongreß (einschließlich der Mitarbeit an einer Vorbereitung) soll ausnahmslos allen Kräften offenstehen, die sich aktiv am antifaschistischen Kampf beteiligen (wollen). Einig war sich der in Bielefeld tagende Kreis in der Ablehnung jeglicher „Unvereinbarkeits“-Beschlüsse oder „Politik“. Das Erscheinen der VVN wurde einhellig begrüßt; es wurde aber der Versuch zurückgewiesen, die Kernpunkte des VVN-Programms zur Grundlage jeder gemeinsamen Arbeit zu erklären. Die VVN-Vertreter (darunter Angehörige des Präsidiums) wurden stattdessen zu einer gleichberechtigten Mitarbeit an der Kongreß-Vorbereitung eingeladen.
 3. Der Bundeskongreß wird zu verschiedenen Themen des antifaschistischen Kampfes Arbeitsgruppen anbieten, die von zwei Plenarsitzungen (zu Beginn und zum Schluß) umrahmt werden sollen. Sowohl für die Plenardiskussionen als auch für die einzurichtenden Arbeitsgruppen wurden bereits eine Reihe verschiedener Themen festgehalten (für die Plenen: 1. Kampf gegen den Neofaschismus unter den Bedingungen der Strauß-Kandidatur, wirtschaftliche und politische Hintergründe dieser Kandidatur, Strategie und Taktik des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten 2. Erfahrungen beim Aufbau antifaschistischer Arbeitskreise, antifaschistische Aktionspolitik, Kommunikationsstrukturen u. a. — für die Arbeitsgruppen: Neonazismus, Justiz gegen Antifaschisten, Faschismus und Staatsapparat, Rock gegen Rechts, NS-Prozesse, „Graue Wölfe“, Revanchismus, antifaschistische Jugendarbeit, braune Tupper in der Umweltszene, Frauen und Faschismus, Schulunterdrückung im „Dritten Reich“, Faschismus und Arbeiter, NS-Prozesse, „Graue Wölfe“, Revanchismus, antifaschistische Jugendarbeit, braune Tupper in der Umweltszene, Frauen und Faschismus, Schulunterdrückung im „Dritten Reich“, Faschismus und Arbeiterbewegung, politische und wirtschaftliche Entwicklung der BRD usw.) Der Kongreß soll den antifaschistischen Gruppen Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben. Desweiteren ist für den Bundeskongreß ein antifaschistisches Kulturprogramm vorgesehen.
 4. Der Bundeskongreß soll Ostern — 4.-6. April 1980 — stattfinden. Das Bielefelder Arbeitstreffen ruft alle Antifaschist(inn)en auf, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Bundeskongresses mit Kritik, weiteren Vorschlägen und Arbeit zu beteiligen. Zur Koordinierung der angelaufenen Initiativen soll im Februar 1980 ein weiteres Vorbereitungstreffen stattfinden.
- Bisher vorliegende Materialien können für DM 5,— angefordert werden. Um die Vorbereitung überhaupt finanzieren zu können, sind wir dringend auf Spenden angewiesen.
- i. A. des Bielefelder Arbeitstreffens
Vorbereitungsausschuß
- Kontaktadresse:
M. Breitkopf
Buddestr. 9
4800 Bielefeld 1
- Spendenkonto: G. Nitzsche — Sonderkonto, Postcheckamt Nürnberg,
Kto. 547 30-855, BLZ 760 100 85

Zweitens: „Antifaschistische Politik heute“ mit ebenfalls drei Referaten: 1. „Entwicklung antifaschistischer Politik“, 2. „Zusammenarbeit und Kommunikation“, 3. „Antifaschistisches Bündnisspektrum und unsere Möglichkeiten“.

Speziell diese zweite Plenumsveranstaltung soll eng orientiert sein am Stand der antifaschistischen Bewegung.

Daneben wurden Vorschläge für eine Reihe von Arbeitsgruppen gemacht und zum Teil auch schon verantwortlich die Vorbereitung dafür übernommen. Grob skizziert sind es folgende (genauere Informationen lassen sich aus den Protokollen entnehmen):

- Neonazis in der BRD — speziell Wirken der „Hoffmann-Bande“ und der mit ihm verbundenen militanten Nazi-Szene;
- Justiz gegen Antifaschisten, besonders Prozesse gegen NPD-Gegner und Strauß-Gegner;
- ausländische Faschisten, besonders „Graue Wölfe“;
- Unterdrückung der Schwulen im Faschismus, evtl. Erweiterung auf andere Minderheiten;
- antifaschistische Jugendarbeit, Antifa-Agitation in JZs etc., Kampf gegen Nazi-Auftreten, soll konkret mit Betroffenen vorbereitet werden;
- Frauen und Faschismus — Fragestellung etwa: Wohin zielt die Entwicklung des reaktionären Frauenbildes heute;
- braune Flecken im Umweltschutz

(soll aus aktuellem Anlaß besonders beachtet werden);

— Rock gegen Rechts, hierzu sollen „RGR“-Aktivisten gewonnen werden;

— Faschismus und Staatsapparat, darin besonders das Thema

„Grundgesetz und Faschismus“;

— Faschismus und Arbeiterbewegung, aktuell soll vor allem die Rolle des DGB im antifaschistischen Kampf besprochen werden;

— zum Bereich des historischen Faschismus und seiner „Bewältigung“: Prozesse gegen Nazi-Verbrecher, Verjährungsdebatte;

— Revanchismus.

Daneben sollen nach Bedarf Arbeitsgruppen zu den Plenumsthemen selbst eingerichtet werden.

Neben Plenen und Arbeitsgruppen soll der Kongreß die Möglichkeit zur Selbstdarstellung der antifaschistischen Gruppen, Ausstellungen etc. bieten, um auch auf dieser Ebene den Erfahrungsaustausch zu fördern, Ideen zu verbreiten, Kontakte zu knüpfen.

Nach Möglichkeit soll ein antifaschistisches Kulturprogramm organisiert werden sowie eine Kinderbetreuung.

Die Vorbereitung der Arbeitsgruppen ist bisher nur zum Teil personell abgedeckt. Es werden Interessierte und „Spezialisten“ eingeladen, die sich in die Vorbereitungen mit einbringen, d. h. bereit sind, inhaltlich noch nicht bearbeitete Themen zu



übernehmen, sich verantwortlich (mit) um Arbeitskreise zu kümmern usw. Genauere Hinweise, wie das geschehen kann, sind dem Protokoll der Vorkonferenz zu entnehmen.

Öffentlichkeit ist Trumpf!

Eine wesentliche Aufgabe wird nun sein, den Bundeskongreß bekannt zu machen, damit er tatsächlich einen großen Teil der antifaschistischen Bewegung repräsentieren kann. Dazu soll sowohl die nebenstehende Presseerklärung als auch die bisherigen Stellungnahmen zum Kongreß wie auch

das Protokoll der Vorbereitungskonferenz möglichst breit publiziert werden. Den Teilnehmern der Vorkonferenz war klar, daß sie nicht stellvertretend für die Bewegung einen solchen Kongreß organisieren können. Seine Bedeutung wird der Kongreß dadurch erlangen, daß er von den Gruppen selbst getragen wird.

In diesem Zusammenhang wurde ein Vorschlag der Arbeitsgruppe „Antifaschistisches „Info““ aufgegriffen, die erste Ausgabe dieses Infodienstes zur Publizierung des Kongresses, seiner Vorbereitung und erster Materialien zu nutzen.

Der Trägerkreis dieses Infodienstes, der sich teilweise mit den Gruppen deckt, die ihr Interesse am Bundeskongreß geäußert haben, hat auf bisher drei Sitzungen eine Konzeption erarbeitet und will im Dezember/Januar eine erste Ausgabe herausgeben (siehe AK 166, S. 36).

Antifaschistische

RUSSELL-REIHE

Diese drei in den Knast!



Manfred Roeder

Thies Christophersen

Erwin Schönborn

„NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe- Neonazis in der BRD

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“; dabei sind sie keine isolierten „Spinner“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre in- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungsstellen, Gerichte und Polizei – und der Skandal, daß diese Bande noch immer nicht hinter Gittern ist, wird detailliert und umfassend dargestellt.

Dieses Buch ist in der RUSSELL-REIHE unter der Nr. 3 erschienen. 210 Seiten/DM 13,50 Paperback – ISBN 3-88305-003-1. Die Bücher der RUSSELL-REIHE sind wie auch andere Publikationen des J. Jentsch-Verlages über die Vereinigte Verlagsgesellschaft VVA zu erhalten.

Freiheit ist immer die Freiheit der Nazis?

Spontis sind „undogmatisch“ und nicht so dürr und verkümmert wie „K-Gruppen“-Anhänger, das weiß man. Daß sie neuerdings ganz frei von sterilen Vorurteilen auch ans Thema Faschismus rangehen, dürfte sich in der Szene rumgesprochen haben. Der „rote Dany“ forderte – klugerweise erst nach dem 17. Juni in Frankfurt – Demonstrationsfreiheit für die NPD (TAZ, 21.6.79); aus Menschenliebe forderte er dort auch gleich „Freiheit für Rudolf Hess“. Mit den ewiggestrigen Ansichten der Linken über Faschismus und Antifaschismus aufzuräumen – diese Aufgabe hat sich vor allem der Frankfurter „Pflasterstrand“ gesetzt. Jetzt geht's um die Forderung nach Schließung des Nazibuchladens im Stadtteil Bornheim. Diese Forderung wird nahezu ausnahmslos von allen Frankfurter demokratischen und linken Organisationen unterstützt (siehe hierzu AK 165). Der „Pflasterstrand“ ist anderer Meinung: „Wir sind gegen das Verbot jeglicher Literatur, egal wie hetzerisch oder verlogen, oder was auch immer. Wir werden den Staat in dieser Hinsicht mit einer Verbotsforderung nicht bemühen“ (PS, Nr. 65, Seite 29). Die Argumentation: „Wir haben keine Lust auf einen idiotischen Krieg Rechts gegen Links a' la 'gehen wir mal die Nazis verhaften – und umgekehrt. Neofaschismus ist für uns ein soziales Problem, ein Versuch zwischen Beton und Karriere die Wut loszulassen“ (ebenda). Daß Faschisten existieren, das ist, liebe westdeutsche Linke, eure eigene Schuld, denn: „...Und dies ist ein

Problem der Linken in doppelter Hinsicht. Erstens ist anscheinend die Linke nicht in der Lage, auf jugendliche in irgendeiner Form anziehend zu wirken... Zweitens sind wir dem antifaschistischen Boom gegenüber mißtrauisch. Allzuleicht werden hier Unterschiede plattgewalzt, allzuleicht werden aus Inhalten antifaschistische Eintöpfe“ (ebenda).

Also keine Eintöpfe, sondern schafe Analyse: „...Wir finden es total beschissen, wenn wie hier differenziert wird, nämlich zwischen Repression für einen selbst und der Repression an Andersdenkende, ausgeübt von der gleichen Institution“ (PS, Nr. 66, Seite 35). Wie wär's, wenn der „PS“ mal die Initiative ergreifen würde für die Eröffnung eines partnerschaftlichen Dialogs mit den Nazis? So vielleicht in der Form einer Podiumsdiskussion „Wie kam ich zu den Nazis, wie kamen wir zu den Linken?“ – an Beton und Karriere leiden wir ja auch bekanntlich gleichermaßen... Das Modewort der Saison lautet doch eh: „nicht rechts, nicht links, sondern vorne“...

Und wir alle sollten nachdenken über die Erfolgsrezepte der Nazis: mit Lederjacken, Knüppel und Hakenkreuzen, so sehen uns die Jugendlichen gerne. So wirkt man anziehend! Außerdem: wenn wir die Rechten bekämpfen, bekämpfen sie uns wieder – und dann kommt man aus dieser blöden Kämpferei doch gar nicht mehr raus. Das ist doch wahrlich kein Leben!

E., KB Frankfurt

Zur Koordinierung der Vorbereitung des Kongresses hat sich auf der Vorkonferenz ein Arbeitsausschuß aus bisher sechs Antifaschist(inn)en gebildet, der nach Möglichkeit erweitert werden soll. Dieser Vorbereitungsausschuß soll die Öffentlichkeitsarbeit initiieren und koordinieren und die Organisation des Kongresses vorbereiten. Im Februar 1980 soll er eine weitere Vorbereitungskonferenz einberufen, auf der unter Einschuß aller, die sich bis dahin aktiv an den Kongreßvorbereitungen beteiligen, abschließende Festlegungen getroffen werden sollen und ein endgültiges Präsidium für die Durchführung des Kongresses (entweder aus dem Vorbereitungsausschuß bestätigt oder neu) gewählt werden soll.

Der Kongreß soll allen Antifaschist(inn)en gleichberechtigt offenstehen. Zur Koordinierung und Abstimmung organisatorischer Fragen auf dem Kongreß selbst wie auch zur Festlegung von Arbeiten, die aus dem Kongreß heraus erwachsen, soll ein Komitee gebildet werden, in dem antifaschistische Arbeitsgruppen und diejenigen Einzelpersonen, die durch ihre Arbeit für den Kongreß verantwortlich beigetragen haben, abstimmungsberechtigt sind. Politische Organisationen werden zu dem Kongreß eingeladen, sollen aber in dem Kongreß-Komitee zu Belangen des Kongreßablaufs keine Stimme haben.

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen auf, sich an der Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen, ihn zu propagieren und zu unterstützen.

Bisher vorliegende Materialien können gegen einen Betrag von DM 5,- bei der Adresse des Arbeitsausschusses bezogen werden:

Michael Breitkopf
Buddstraße 9
48 Bielefeld 1

Spenden, die zur Deckung der schon jetzt anfallenden Kosten dringend benötigt werden, können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Postscheckkonto Nürnberg
G. Nitzsche
Sonderkonto
Konto Nr. 54730-855

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Justiz gegen Antifaschisten

Strafe wegen Anti-NPD-Plakaten

Freiburg. Zu 150 DM Bußgeld wurde der Freiburger DKP-Chef verurteilt, weil er an einigen Straßenbäumen Plakate gegen eine NPD-Kundgebung aufgehängt hatte. Ausgerechnet am 1. Mai sollte die NPD-Provokation stattfinden. Es gab Proteste verschiedener Gruppen, und die Bunte Liste organisierte eine Gegenkundgebung mit über 400 Menschen, die die Durchführung der NPD-Kundgebung erfolgreich verhindern konnten. Anstatt der Forderung nach einem Verbot der NPD-Provokation nachzukommen, sorgte die Stadt damals für ein massives Polizeiaufgebot und ließ die nunmehr vor Gericht umstrittenen Plakaten von der Feuerwehr entfernen. Die Verurteilung erfolgte jetzt wegen „unerlaubter Sondernutzung öffentlichen Verkehrsraums“ und „Beeinträchtigung von Bäumen“.

Antifa-Kommission
Baden-Württemberg

Krefeld/Mühlheim

Vor dem Jugendgericht in Krefeld fand ein Prozeß gegen einen Mühlheimer Antifaschisten statt. Gegenstand der Anklage war ein angeblicher Steinwurf anlässlich einer NPD-Kundgebung am 10.2.79 in Krefeld. Obwohl der Angeklagte nie einen Stein geworfen hatte, fuhren die Nazis 4 Zeugen auf. Unter ihnen auch Wolfgang Henning aus Bochum, der schon einmal in einem Göttinger Prozeß eine Falschaussage leistete. Der Richter glaubte den Nazis, da diese aus verschiedenen Städten seien und sich somit nicht abgesprochen haben könnten! Daß auch alle zugaben, Mitglieder der JN zu sein, fand er dabei wohl nicht so wichtig. Das Urteil gegen den Antifaschisten: 1200 DM Geldstrafe! Natürlich wird Berufung eingelegt.

Die Verurteilung wurde im wesentlichen auf nur einen Zeugen gestützt: den 16-jährigen JN'er Bernd Teschner aus Altena, wohnhaft in der Peronner Str. 25. Wer kann Angaben über diesen Nazi machen? Wo ist er gesehen worden?

Antifa-Kommission NRW

VVN-Äußerung zur neuen antifaschistischen Bewegung: „Falschmünzer und Kalte Krieger“

Auf ihrem letzten Bundeskongreß vom 25. bis 27. Mai 1979 in Dortmund beschäftigte sich die VVN auch mit der neuen antifaschistischen Bewegung. Ohne einer weiteren Auseinandersetzung mit den jetzt in Buchform vorliegenden Referaten des Kongresses vorzugreifen, dokumentieren wir hier die zentralen Ausführungen von Hans Jennes, Generalsekretär der VVN, zum Thema Bündnispolitik mit dieser neuen Bewegung:

Ich möchte aber nicht verschweigen, daß wir nicht bereit sind, mit politischen Falschspielern gemeinsame Sache zu machen. Im letzten halben Jahr haben sich eine Anzahl Gruppen und Gruppchen den Umschwung im Denken eines beträchtlichen Teiles unserer Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, zu Nutzen gemacht, um sich als Antifaschisten darzustellen. Da sie aber gemerkt haben, daß sie unter Zeigen ihrer Flagge damit keinen oder nur geringen Erfolg haben, sind sie darauf verfallen, unverdächtige Einzelpersonen vorzuschicken, die die Zugehörigkeit zu jenen politischen Gruppen verschweigen, die unsere oder andere antifaschistische Argumente, Parolen und Losungen übernehmen, Aufrufe, Plakattexte und Inserate fabrizieren und integre, antifaschistisch-demokratische Persönlichkeiten und auch Organisationen veranlassen, ihre Unterschrift für diverse, angeblich antifaschistische Unternehmungen zu geben.

Zu diesen Gruppierungen ist generell zu sagen, daß sie sich in ihren politischen Aussagen zum Teil unterscheiden. Nur eines ist ihnen allen gemeinsam. Sie führen den Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung, gegen die Gewerkschaften, sie sind antisowjetisch, predigen Feindschaft gegenüber der DDR, verleumden ehemalige Widerstandskämpfer, sind gegen friedliche Koexistenz, reden der Konfrontation das Wort und entpuppen sich im Grunde genommen als der pseudolinke Flügel der Kalten Krieger in der Bundesrepublik.

Ihre objektive Wirkung besteht darin, die Arbeiterbewegung weiter zu entzweiten, die Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu verhindern, und so den effektiven Kampf gegen Neonazismus und für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu gefährden. Die Mitglieder einer dieser Gruppierungen haben den Auftrag, in demokratische Organisationen einzutreten, unter Verschweigen ihrer wahren Ansichten und Organisationszugehörigkeit sich in diesen Organisationen durch aktive Tätigkeit Positionen zu verschaffen, um dann die Politik dieser Gruppe in diesen Organisationen zu verbreiten. So versuchen sie auch, in die VVN – Bund der Antifaschisten einzudringen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns ganz energisch gegen solche Versuche zur Wehr setzen werden, um diese Absicht zu vereiteln.

Die amerikanische... -he die Ma'

Neonazis vor Gericht

Hamburg. Im Mai 78 veranstaltete die Hansabande eine ihrer Provokationen: Etwa 8 Jungnazis, darunter Michael Kühnen, Christian Worch, Michael David und Tibor Schwarz, liefen mit Eselsmasken durch die Hamburger Innenstadt. Auf umgehängten Schildern stand: „Ich Esel glaube immer noch an die Vergasungslüge.“ Die Idee für diese Volksverhetzungsaktion stammte von den beiden Berufsnazis Erwin Schönborn und Edgar Geiß (inzwischen zu einem der aktivsten Neonazis in Norddeutschland avanciert).

Der Prozeß begann am 9.11.; das Gericht sorgte jedoch für eine Unterbrechung: Es schlug dem Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens vor, da beide Nazis schon wegen ähnlicher Delikte verknackt worden seien. Der Staatsanwalt machte jedoch nicht mit.

Nach 10 Tagen „Bedenkzeit“ entschied das Gericht und verurteilte Geiß zu 12 Monaten, Schönborn zu 8 Monaten Gefängnis ohne Bewährung.

Was mit den Teilnehmern der Aktion wird, ist uns nicht bekannt.

Ob es bei der Verurteilung von Schönborn und Geiß bleibt, ist noch nicht klar, denn sie werden in Berufung gehen.

Lüneburg. Am 15. November fand vor dem Landgericht Lüneburg die Berufungsverhandlung gegen den „Gauler Niederlasser“, Klaus Hoffmann, statt. Hoffmann hatte gegen das erste Urteil Berufung eingelegt, nachdem er wegen Nötigung eine Geldstrafe von 600 Mark erhalten hatte. Die Richter in Lüneburg bestätigten jedoch das Urteil der 1. Instanz.

Hoffmann war von einem Journalisten wegen Nötigung, versuchter schwerer Körperverletzung und versuchter Sachbeschädigung angezeigt worden, nachdem Hoffmann den Fotografen und einen Antifaschisten mit einem Hammer angegriffen hatte, als die beiden Fotos von einem WJ-Lager in Töpingen (Kr. Soltau) machen wollten (siehe AK 136). Unter völliger Verharmlosung des Tatbestandes lautete die Anklage nur auf Nötigung. Hoffmann berief sich angesichts die-

ser Anklage schon in der 1. Instanz auf sein „Notwehrrecht“ im Zusammenhang mit dem „Recht auf das eigene Bild“. Das Gericht ließ eine derartige Verteidigung damals nicht gelten, da es sich bei dem WJ-Lager um ein „Ereignis der Zeitgeschichte“ gehandelt habe, da einerseits die Odalsrunne und die Inschrift auf dem Torbogen (Anfangszeile des „Hitler-Jugend“-Liedes) eindeutig dem Themenkreis der Nazizeit zuzurechnen seien und Hoffmann selbst schließlich Funktionär der NPD (2. Kreisvorsitzender im LK Soltau) sei.

In der Berufungsverhandlung wurde die Geldstrafe von 600 Mark zwar bestätigt, aber die Urteilsbegründung fiel weit schlechter aus. Das WJ-Lager sei kein „Ereignis der Zeitgeschichte“, sondern das „Recht auf das eigene Bild“ werde lediglich deshalb eingeschränkt, weil es sich bei dem WJ-Lager um eine „Versammlung oder etwas ähnliches“ gehandelt habe. Weder die nazistische Ideologie der WJ noch Hoffmanns Position in der NPD wurden in der Begründung herangezogen. Eine Frechheit besonderer Art war der Vorwurf an die beiden Antifaschisten, daß sie die Lagerteilnehmer „provokiert“ hätten, da sie vor dem Fotografieren bereits am Lager vorbeigefahren seien!

Immerhin bleibt als kleiner Erfolg, daß Hoffmann überhaupt erstmals verurteilt wurde.

Antifa-Kommission Bremen

Hannover. Zehn Neonazis, die im November 1978 einen Überfall auf eine SDAJ-Versammlung in Garbsen/Hannover durchgeführt hatten, wurden in einem seit Oktober geführten Prozeß zu Strafen zwischen einem Jahr Jugendstrafe (ohne Bewährung) und 20 Stunden Hilfsdienst in einer Sozialeinrichtung verurteilt. Unter den Nazis, die zum Prozeß aus der ganzen BRD angereist waren, befanden sich so bekannte Gestalten wie Christian Worch, Tibor Schwarz und Michael David (alle „Hansa“-Bande, Hamburg), Joachim Nowald (NSDAP/Hannover), Michael Satorsky (Rodgau) u.a. („tar“, 2.11. u. 16.11.79). – Im nächsten AK folgt ein ausführlicher Bericht.

Nazi-Umtriebe

Westberlin. Am 16.11.79 überfiel ein Trupp von 20-30 „Grauen Wölfen“ ein Lokal in Kreuzberg, Westberlin. Sie bewarfen und verletzten die Gäste mit Flaschen und demolierten die Inneneinrichtung („Tagesspiegel“, 18.11.79).

Neue Provokation des Nazi-anwalts Rieger

Nachdem wieder einmal ein Nazi in Hamburg mit Flugblättern hausie-



Gesucht: Willibald Kraus, Nazi aus München

ren gegangen war, in denen die Tagebuchaufzeichnungen der Anne Frank (jüdisches Mädchen, das sich während der Nazi-Besetzung in Amsterdam versteckt hatte) als Fälschung bezeichnet wurden, klagte Annes Vater, Otto Frank. Das Hamburger Landgericht, das diesen Fall nun schon seit geraumer Zeit behandelt, ließ sich jetzt nun von der jüngsten Provokation des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger (bekannt seit „AKON“- und „Aktion Widerstand“-Zeiten) „überzeugen“: Die Echtheit des Tagebuchs müsse einwandfrei geklärt werden. „Wegen der historischen Bedeutung“ wurde die Untersuchung durch das Bundeskriminalamt angeordnet.

In welch erbärmlichem Nazi-Männchen das Gericht hier mitspielt, geht aus der Tatsache hervor, daß bereits seit Jahren gerichtsbekannte Schrift- und Stilgutachten vorliegen, die die Echtheit des Tagebuchs bestätigen. Im übrigen ist völlig unfindlich, weshalb gerade das BKA besonders „unabhängige Wissenschaftler“ besitzen soll; zumal das Dokument in der Schweiz aufbewahrt wird. Otto Frank hat sich denn auch geweigert, das Tagebuch in die

BRD und zum BKA zu geben. („BamS“, 18.11.).

Nazi-Szene in München

München. Gefahndet wird – inzwischen bundesweit, mit besonderem Blick auf Norddeutschland – von der Münchener Polizei nach dem 24-jährigen Willibald Kraus. Er ist seit Juli dieses Jahres flüchtig, als die von ihm geleitete Nazi-Gruppe aufflog. Angelastet werden den Jung-Nazis Volksverhetzung, Sachbeschädigung und Verwendung von Nazi-Emblemen.

Mittlerweile sind neue Namen aus der Münchener Nazi-Szene bekannt geworden: Nachdem eine Gruppe von 20 „Rowdys“ zwei Streifen-Polizisten in eine Schlägerei verwickelt hatte (einer der Jugendlichen hatte eine Pistole), wurden schließlich fünf von ihnen festgenommen. Sie gehören, laut Polizeiangaben, der Jugendgruppe „Wehrwolf“ an. Es sind der Totengräber Helmut F., der Schlosser Josef E., der Arbeiter Fred E., der Kraftfahrer Andreas P. und der Lehrling Günter L. („SZ“, 19.11.).

Bombendrohung gegen Antifa-Kreis

Stuttgart. Im „Kunterbunt“ treffen sich verschiedene Arbeitskreise, darunter auch der Antifa-Kreis. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1979 wurden hier von bisher Unbekannten drei Scheiben eingeworfen. Zwei Tage vorher hatte der Antifa-Kreis zusammen mit der Antifaschistischen Initiative zu einem Protest gegen das am 10. November stattfindende Treffen der baden-württembergischen NPD-Funktionäre aufgerufen. 30 Antifaschisten beteiligten sich dann am 10.11. vormittags an einer Flugblattaktion vor dem Versammlungslokal der Faschisten (das nach einem jüdischen Architekten benannte Eduard-Pfeiffer-Haus!). Als anschließend

20 von uns ins nahegelegene „Kunterbunt“ zogen, kam hier kurz darauf ein Telefonanruf an: „In genau zehn Minuten geht bei euch eine Bombe hoch“.

Die Polizei fand zwar keine Bombe, aber kaum einer mochte an Zufall glauben. Besonders auch, da gerade vom baden-württembergischen Kreisvorsitzenden der NPD die Absicht ausgeht, auf dem nächsten NPD-Bundesparteitag (am 8./9. Dezember in Ketsch bei Mannheim geplant), die NPD in eine „Kampfpartei“ umzuformen.

250 Menschen trafen sich daraufhin am Nachmittag im „Kunterbunt“

und zogen in einer spontanen Demonstration erneut zum Versammlungsort der Nazis. Auf einer Kundgebung wurde zum Widerstand gegen die zunehmenden Aktivitäten der Nazis aufgerufen.

Die Polizei machte fleißig Fotos von den Antifaschisten, um, wie Polizeisprecher Gaißmayer sagte, für ein mögliches Gerichtsverfahren Beweise zu haben. Angeblich sollen die Fotos nun vernichtet werden – es sei denn, der Staatsschutz oder andere Behörden brauchen sie „zur Wahrnehmung ihrer rechtmäßigen Aufgaben“.

KB-Sympathisantengruppe Stuttgart

Ein Skandalurteil...

Am 25. Juli 1979 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) in einer Revisionsverhandlung entschieden, daß das öffentliche Anbieten des mit Hakenkreuzen versehenen Originalbandes von Hitler's „Mein Kampf“ nicht strafbar ist. Ein Händler hatte auf einem Flohmarkt zwei „Mein Kampf“-Bände öffentlich zum Kauf angeboten, weshalb er vom Landgericht Nürnberg-Fürth wegen „Vorrätighaltens von Propagandamitteln“ (§ 86 I 4 StGB) und „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86 a StGB) verurteilt worden war.

Der BGH sprach den Angeklagten nun frei, obwohl nach eigener Erkenntnis „Mein Kampf“, das Programm der NSDAP, den Konstitutionsprinzipien jeder freiheitlichen Demokratie sowie dem Gedanken der Völkerverständigung Hohn spricht“ und „von einer aktiv-kämpferischen Tendenz getragen ist.“ Dennoch hat der BGH entschieden, daß „Mein Kampf“ kein Propagandamittel im Sinne des antifaschistischen § 86 StGB darstelle, da dieser nur die freiheitliche demokratische Ordnung der BRD schütze und nicht dem Schutz demokratischer Freiheiten überhaupt diene. Da Hitler seinen „Kampf“ aber vor Gründung der BRD geschrieben habe, könne er auch diese Demokratie nicht angegriffen haben.

Im übrigen könne der Angeklagte Absatz 3 des § 86 a in Anspruch nehmen, der die Verwendung und Verbreitung von Nazi-Material zum Zweck „staatsbürgerlicher Aufklärung“ gestatte! Die Prüfung des § 131 StGB (Aufstachelung zum Ras-

senhaß) hat der BGH ganz unter den Tisch fallen lassen. (Wen die Begründung des BGH im einzelnen interessiert, kann sie sich schicken lassen vom BGH Karlsruhe, AZ.: 3 StR 182/79, abgedruckt auch in: Neue Jur. Wochenschrift 1979, S. 2218 ff.)

...und seine Folgen

Unter Berufung auf das oben genannte Urteil gab die Amerika-Gedenkbibliothek in Westberlin jetzt alle „Mein Kampf“-Bände für die freie Ausleihe frei, nachdem sie vorher in „Giftschränken“ lagerten und nur unter besonderer Ausnahme (Wissenschaft) eingesehen werden konnten.

CDU-Chef Lummer begrüßte die „Liberalisierung der NS-Literatur“, da „jede finstere Schrift der Kommunisten doch auch zu kriegen ist“. Lummer erwähnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich Herbert Marcuse! („Tagessp.“, 18.11.79)

Nachdem die Westberliner Alternative Liste protestiert hatte, nahm Kultursenator Sauberzweig (SPD) die Freigabe des Buches bis auf weiteres (?) zurück. Dieser Vorfall in Westberlin wird auf Initiative von Hertha Däubler-Gmelin (SPD, Vorsitzende des Rechtsausschusses) Gegenstand einer Fragestunde im Bundestag am 28.11.79 sein.

Morgenluft gewittert?

Von der „Berliner Verleger- und Buchhändlervereinigung“ wurden zu der 28. Internationalen Buchausstellung in Westberlin auch Verlage fa-

schistischer Literatur wie der K.W. Schütz Verlag, der „Kritik Verlag“ (Thies Christophersen) und der Klosterhaus Verlag eingeladen. Infolgedessen waren auf der Buchmesse im Themenbereich „Zeitgeschichte“ (!) reichlich viele offen faschistische Werke ausgestellt. Unter anderen: „SS-Sturmabteilung 500 am Feind“, „Die Freiwilligen der Waffen-SS – Idee und Opfergang“, „Der 20. Juli und der Landesverrat“, sowie Bücher von Hans-Ulrich Rudel und Emmy Göring. Und natürlich war Thies „Christophersens „Auschwitz-Lüge zu sehen.“

Gegen diese Provokation protestierten in einem Schreiben 21 fortschrittliche Verlage vom Rotbuch bis zum Carl Hanser Verlag. „Auf das Schärfste“ protestiert hat auch der Vorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, LB Berlin, und angedroht, zukünftig zum Boykott der Ausstellung aufzurufen, wenn die neonazistische Literatur weiter auf der Buchmesse zu finden sei.

Angesichts dieses breiten Protestes mußte die Staatsanwaltschaft mit dem Ergebnis einschießen, daß das AG Tiergarten 6 Titel des Schütz Verlages und erfreulicherweise einen Bildband aus dem Ullstein Verlag (Springer!) beschlagnahmen ließ. Nur: Von den oben genannten Werken war keines unter den Beschlagnahmen. Die „Auschwitz-Lüge“ habe man gar nicht gefunden und bei den anderen könne kein strafbarer Inhalt entdeckt werden...

Jü/KB Hannover

NS-Prozeß Köln: Lischka verweigert die Aussage!

Am achten Tag des NS-Prozesses gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn, der am 14.11.79 stattfand, hatten eigentlich alle Beteiligten sowie die Zuschauer, die wieder etwas zahlreicher als am ersten Tag erschienen waren, mit der Aussage des Angeklagten Kurt Lischka gerechnet. Wider Erwarten wurde daraus aber nichts: Auf Anraten seines Rechtsanwaltes Helge Millinger verweigerte Lischka nämlich die Aussage zur Anklageschrift. Begründung: Er sei in den letzten Tagen mehrfach telefonisch und brieflich bedroht worden! Überhaupt beschwerte sich Millinger über das Klima des Verfahrens, das eine ordnungsgemäße Verteidigung nicht mehr ermögliche. Darüberhinaus bezeichnete Millinger auch noch die Anklageschrift als „unkonkret und unbestimmt“. Diese Äußerungen von Lischkas Wahlverteidiger sind nahezu deckungsgleich mit der Begründung, die dieser für die Niederlegung seines Mandats gab... Der Vorsitzende Richter hielt dem Verteidiger daraufhin entgegen, daß das Verfahren bis auf die Tumulte am ersten Verhandlungstag „in ruhiger Atmosphäre“ verlaufen sei.

Nach diesen Auseinandersetzungen wurde dann mit der Verlesung von Dokumenten begonnen, die Lischkas Karriere vom „einfachen“ SS-Mann zum Obersturmführer und späteren designierten Nachfolger von GeSta-Po-Chef Müller beleuchteten. (Über diese deutsche Karriere berichteten wir bereits in AK 164)



Kurt Lischka

CSU – Solidarität mit Heinrichsohn

Der Angeklagte Heinrichsohn ist nun auch von der SPD-Gemeineratsfraktion von Bürgstadt, dessen CSU-Bürgermeister er ist, zum Rücktritt aufgefordert worden. Vorher hatte der Vorsitzende der Westberliner jüdischen Gemeinde, Galinski, bereits diese Forderung erhoben. Heinrichsohn hat erklärt, er werde nicht zurücktreten. Er forderte seinerseits die Fraktion der SPD auf, ihre Behauptung zurückzunehmen, er habe den Gemeinderat falsch unterrichtet. Vielmehr habe er stets zugegeben, „bei einer SS-Dienststelle in Paris zwangsverpflichtet gewesen zu sein, niemals aber unehrenhafte Handlungen begangen zu haben.“

Heinrichsohns CSU war ganz seiner Meinung. Der CSU-Kreisverband Miltenberg erklärte, „eine Partei ist auch eine Solidargemeinschaft“, sie müsse „auch in kritischen Situationen solidarisch handeln“.

CSU-Kreisvorsitzender Henning Kaul verbreitete denn auch die Version des Angeklagten, Heinrichsohn sei nie Mitglied der NSDAP oder der SS gewesen und seine Verurteilung in Frankreich sei auf eine Namensverwechslung zurückzuführen, die von den Klarsfelds aufgebaut worden sei („SZ“, 19.11.79).

Antifa-Kommission NRW



Hagen

Nazi-Richter vor Gericht?

Der Generalstaatsanwalt am Westberliner Kammergericht hat angeordnet, daß Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Richter und Ankläger beim NS-„Volksgerichtshof“ wieder aufgenommen werden. Ermittelt wird jetzt gegen Richter und Beisitzer aller Senate des „Volksgerichtshofes“ einschließlich aller Staatsanwälte.

Noch im Juli 1979 wurde ein von Robert Kempner (ehemaliger stellvertretender Ankläger in den Nürnberger Prozessen) angestrebtes Verfahren beim Westberliner Landgericht eingestellt. Die Wiederaufnahme des Ver-

fahrens mußte jetzt angeordnet werden. Bereits in den 60er Jahren wurde an diesem Komplex ermittelt. Damals lief eine Anklage gegen den ehemaligen „Volksgerichtshof“-Beisitzer Rehse. Das Verfahren scheiterte jedoch in der Revision. Später erschien es der Justiz „nicht sinnvoll“, noch weitere Ermittlungen und Verfahren zu führen. So blieben sämtliche Richter und Staatsanwälte dieses Nazi-Terrorgerichts straffrei. Inzwischen wird geprüft, ob nicht etwa selbst NS-belastete Angehörige der Berliner Justiz mit erartigen Ermittlungen befaßt waren.

Na endlich: Faschist Dragoja wird ausgeliefert!

Dragoja gehört zu den Exilkroaten, dessen Auslieferung von Jugoslawien bereits im Sommer 1978 verlangt wurde. Damals lehnten die westdeutschen Gerichte bis auf den Fall Bilanzic die Auslieferungen ab. Dessen Auslieferung wurde damals von der Bundesregierung verhindert.

Iwan Ljubomir Dragoja wurde von den jugoslawischen Behörden Mitgliedschaft in der Ustasha-Gruppe „Kroatische Revolutionäre Bruderschaft“ vorgeworfen, die in der BRD seit 1968 verboten ist. Dragoja ist (war?) Sprengstoffexperte der Ustasha-Faschisten. Wie das Leben so spielt, verlor er beim Bombenbasteln in der BRD den rechten Unterarm. Jugoslawien hatte nun im August

einen erneuten Auslieferungsantrag gestellt und die damals von der bundesdeutschen Justiz beanstandeten „Formfehler“ berichtigt. Dragoja ist angeklagt der Bildung einer kriminellen Vereinigung, die Anschläge in Jugoslawien plante. Da das deutsch-jugoslawische Auslieferungsabkommen von 1970 der Auslieferung keinen Schuldbeweis zugrunde legt, sondern lediglich eine „formelle“ Prüfung (d.h. die Anschuldigungen müssen in beiden Ländern strafbar sein), reichte die genaue Angabe der Beschuldigungen. Allerdings hat sich die BRD mit dem Urteil noch nicht festgelegt, denn die Entscheidung über Auslieferungen liegt grundsätzlich bei der Regierung. Schon

möglich, daß die BRD-Regierung wie im Fall Bilanzic die Auslieferung verhindert und die ungestörte Tradition der BRD in Sachen Unterstützung für die Ustasha-Faschisten fortsetzt. Die bürgerliche Presse beklagt, daß das Auslieferungsabkommen mit Jugoslawien (anders als das Europäische Auslieferungsabkommen von 1957) keine Möglichkeit läßt, die Auslieferung aus politischen Gründen zu verweigern. Die „Exilkroaten“ (d.h. die Ustasha-Faschisten) haben sich an Helmut Schmidt und an Strauß gewandt und um Hilfe gebeten, da sie angeblich befürchten, das Urteil gegen Dragoja sei „der Anfang einer Serie“. Schön wär's ja. **RGW-KOMMISSION**

Bayerischer Rundfunk – „Modell für Deutschland“?

Im „Literaturmagazin“ der ARD sollten sich die Autoren Engelmann, Härtling, Hochhuth, Jens, Wagenbach, Walser und Waltraff zur Bundestagswahl 1980 äußern. So war es in den Programmzeitschriften angekündigt. Gesendet allerdings wurde der Beitrag nicht – zunächst ohne jegliche Erklärung.

Der Leiter der Hauptabteilung Kultur und Wissenschaft, Gustav Adolf Bär, hatte nicht akzeptiert, daß sich alle Autoren geschlossen gegen Strauß als Bundeskanzler ausgesprochen hatten und daß „politische

Gegengewichte“ in dem Beitrag fehlten. Der für die Sendung verantwortliche Redakteur des Südwestfunks, Jürgen Lodemann, stellte demgegenüber klar, daß „kein Schriftsteller von Rang in der Bundesrepublik vor die Kamera zu bringen sei, der sich für Strauß ausspreche“ („Badische Zeitung“, 7.11.79). Lodemann hat aus diesem und einer Reihe ähnlicher Fälle die Konsequenz gezogen, die Redaktion des „Kulturmagazins“ abzugeben.

KB Freiburg

„Ring Freiheitlicher Studenten“ bundesweit gegründet
Strauß-Fans an bundesdeutschen Hochschulen
Faschisten in Österreich

Am 3.11.79 formierte sich der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) auf Bundesebene. Dieser Studentenverband wurde im Frühjahr 1977 in der BRD gegründet und organisierte sich zwischenzeitlich in ungefähr 14 Städten, wie z.B. Köln (Hauptstützpunkt), Siegen, Essen und Krefeld. Der RFS bezeichnet sich als „CDU/CSU-nah“ und grenzt sich vom RCDS ab, „weil dieser die Positionen der Mutterpartei weitgehend verlassen hat“. „Im politischen Alltag“ würde der RCDS „in wichtigen Fragen vor dem Druck der veröffentlichten (linken) Meinung zurück (weichen)“ (RFS-Flugblatt/Mai 79). Demgegenüber „begrüßt“ der RFS „die Einführung des Ordnungsrechts (an der Uni - Anm. AK), das die Exmatrikulation (Ausschluß - Anm. AK) gewalttätiger Extremisten ermöglicht. Wir sehen darin einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des Rechtsstaates an der Hochschule.“

Zu den führenden Leuten in Köln gehören Hans Hausberger, Michal Herbolsheimer, K. Kunze, Hans Eschbach (jr.) Bodo Borch, Michael Schmidt und Lutz Langer. Der Zusammenschluß im RFS lief nicht ganz ohne Reibereien ab: „In der Jungen Union Rheinland liefen Bestrebungen einen Beschluß über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im Kölner Ring-Freiheitlicher Studenten (RFS) mit der Mitgliedschaft in der JU Rheinland herbeizuführen“ („student“ 82/79). Dazu kam es allerdings nicht. Hinter den Kölner Rechtsaußen stehen nämlich, wie zu beobachten ist, gewichtige CSU Anhänger.

Die überregionale rechtsaußen angesiedelte Hochschulzeitung „student“ begleitete den Aufbau des RFS durch eine kontinuierliche, wohlwollende Berichterstattung. Zu

den Förderern dieser Zeitung zählen u.a. die Strauß-Freunde Prof. Dr. Lothar Bossle (Würzburg) –übrigens ist Würzburg auch der Sitz der Redaktion von „student“ –, Gerhard Löwenthal und Matthias Walden (vgl. „student“ 67, April/Mai 77).

– Zum andern begreift sich der RFS als Ableger einer gleichnamigen österreichischen Studentenorganisation. In einer „student“-Anzeige (85/79) prahlt der RFS: „30 Jahre Studentenschaftsarbeit in Österreich und überraschender Erfolg bei den ersten RFS-Gruppen nördlich der Alpen...“

Der RFS-Österreich scheut seinerseits nicht die Nähe des Rechtsextremismus. So berichtet „student“ Autor Dietrich Pfähler unter der Überschrift „Vorbild Österreich“ über Veranstaltungen des österreichischen RFS zu den „Menschenrechtsverletzungen“ in der DDR, die zusammen mit österreichischen Verbindungen (u.a. mit Mitgliedern des „Freiheitlichen Akademikerverbandes“) durchgeführt worden sind.

– Zugleich verweist „student“ (April Mai 1978) anlässlich des „vierzigsten Jahrestages des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich“ auf das österreichische Naziblatt „Die Aula“, weil es „in nonkonformer Weise“, „an den Anschluß“ erinnere und gegen „Geschichtsklitterungen, wie (die) ... Lehre von der besonderen österreichischen Nation“ Stellung bezöge. Auch die „Aula“ beteiligte sich an den „Menschenrechts“-Aktivitäten des RFS.

Zu den Autoren des Blattes gehören Personen, die in der rechtsradikalen Szene Österreichs wohlbekannt sind, wie z.B. Prof. Taras Borodajkewycs, Dr. Otto Scrinzi und Dr. Fritz Stüber

Antifa-Kommission/ Hamburg

Mainzer Justizminister Theisen stolpert über Naziverbrecher Strippel

Der rheinland-pfälzische Justizminister Theisen (CDU) trat von seinem Amt zurück, nachdem in einer Sondersitzung des Mainzer Landtags ein Mißtrauensvotum der SPD und FDP gegen ihn mit 50 zu 49 Stimmen nur knapp abgelehnt wurde.

Einer der vielen Skandale und Affären, in die der Minister verstrickt ist: Es geht dabei um den heute in Frankfurt lebenden ehemaligen

Strippels Verbrechen in holländischen KZs gegeben habe. Er behauptete sogar, daß „sämtliche gesichteten Dokumente auf ihre Erheblichkeit von einem sachkundigen Staatsanwalt ausgewertet worden waren“ (FAZ 7.11.79).

Der Generalstaatsanwalt in Koblenz überprüft nun, ob gegen Beamte der Staatsanwaltschaft Frankenthal ein Ermittlungsverfahren wegen „Strafvereitelung im Amt“

Mainzer Justizminister Theisen stolpert über Naziverbrecher Strippel

Der rheinland-pfälzische Justizminister Theisen (CDU) trat von seinem Amt zurück, nachdem in einer Sondersitzung des Mainzer Landtags ein Mißtrauensvotum der SPD und FDP gegen ihn mit 50 zu 49 Stimmen nur knapp abgelehnt wurde.

Einer der vielen Skandale und Affären, in die der Minister verstrickt ist: Es geht dabei um den heute in Frankfurt lebenden ehemaligen SS-Obersturmführer Arnold Strippel, dem vorgeworfen wird, 1944 im holländischen KZ Vught an der Ermordung mehrerer Frauen beteiligt gewesen zu sein. Bereits 1968 hatte die Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg ihre von den holländischen Behörden übergebenen Akten über die Verbrechen im KZ Vught an die Staatsanwaltschaft Frankenthal weitergeleitet. Obwohl bereits auf Seite drei der Unterlagen der Name Strippel auftaucht und eine Zeugenaussage Strippel direkt der Mittäterschaft beschuldigt, gelangte davon nichts an die Öffentlichkeit. 1969 erhielt Strippel sogar noch (nach einem Wiederaufnahmeverfahren wegen seiner Taten im KZ Buchenwald) Haftentschädigung von DM 121.000! Bis Ende September 1979 hatte Theisen in Schreiben gegenüber einer Hamburger Rechtsanwältin darauf beharrt, daß es in den Frankenthaler Akten keinerlei Anhaltspunkte auf

Strippels Verbrechen in holländischen KZs gegeben habe. Er behauptete sogar, daß „sämtliche gesichteten Dokumente auf ihre Erheblichkeit von einem sachkundigen Staatsanwalt ausgewertet worden waren“ (FAZ 7.11.79).

Der Generalstaatsanwalt in Koblenz überprüft nun, ob gegen Beamte der Staatsanwaltschaft Frankenthal ein Ermittlungsverfahren wegen „Strafvereitelung im Amt“ einzuleiten ist. Derartige Untersuchungen richten sich jedoch keinesfalls gegen Theisen selbst, obwohl nicht nur dieser Fall auf den CDU-Mann dunkle Schatten wirft:

– In der Nacht zum 23. Mai 79 wurde der Hotelkaufmann Hermann Karl Becker in der Mainzer Justizvollzugsanstalt erschlagen aufgefunden. Der Mainzer Leitende Oberstaatsanwalt verschwiegte monatelang der Öffentlichkeit den Tod des U-Häftlings. Die vier verdächtigen Schließer sind weiterhin in Dienst.

– Beim Tod Holger Meins' wollte Theisen in der Wittlicher Haftanstalt die Auffassung durchsetzen, man dürfe einen Hungerstreikenden ruhig verhungern lassen.

Bevor diese Fälle womöglich genauer untersucht werden, hat es Theisen vorgezogen, zu gehen...

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Polizeiüberfall auf Obdachlosensiedlung

37 Bewohner der Siedlung Kleinseeäcker in Karlsruhe haben in einer Presseerklärung gegen einen brutalen Polizeiüberfall protestiert. Anlässlich einer Fahndung nach einem Bankräuber seien „mehr als 20 mit Maschinepistolen ausgerüstete Beamte“ in Kleinseeäcker aufgetaucht, und hätten sich folgendermaßen aufgeführt: „Geht weg, denn wir schießen, dann fallen sicher ein paar um. Bei euch sind ja sowieso die größten Verbrecher.“

„In diesem Moment sei Herr B., nach Aussage seiner Frau total betrunken, auf die Beamten zugegangen. Auf die Frage, was denn

hier überhaupt los sei, stieß ihn ... ein Beamter sofort zu Boden. Außerdem hätten mindestens vier Beamte mit Gummiknüppeln auf ihn eingedroschen. Nachdem Herr B. blutend am Boden lag, seien ihm Handschellen angelegt worden und man habe ihn mit aufs Revier genommen.“

Die Bullen sollen außerdem geäußert haben: „Wenn wir schießen, dann werden ein paar Wohnungen mehr leer hier“ (aus der Erklärung der Bewohner, zit. n. „BBN“, 26. 10. und 31.10.79).

Eine Genossin aus Karlsruhe

Proteste gegen Polizeiübergriffe in Bochum – ein Beispiel

Bochum: Zu einer Veranstaltung der „Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe“ kamen am 22.11. ungefähr 100 Menschen. Betroffene des Bochumer Polizeiterrors, darunter mehrere Angehörige von Erschossenen berichteten von ihren Erfahrungen mit der Polizei.

– Der Zahnarzt Dr. Böwering und seine Begleiterin waren im Mai dieses Jahres, als sie mit ihrem defekten Wagen an einer Tankstelle hielten, von mehreren Männern angegriffen worden. Als sie im Wagen flüchteten, wurden mindestens 15 Schüsse auf sie abgefeuert. Erst auf der Polizeiwache, wohin sie flüchteten, erfuhren sie, wer die Schützen waren: Polizisten.

– Uwe Neumann hat seine Stelle als Tankstellenlehrling verloren, weil seit seiner „Begegnung“ mit den Bullen im Mai '78 sein linker Arm gelähmt ist.

Leicht angetrunken hatte er mit einem Freund nachts auf einem Parkplatz an einem Auto herumgumfelt, als sich mehrere Gestalten anschlichen. Als Uwe flüchtete, erhielt er ohne Vorwarnung einen Schuß in den Rücken. Die Zivilpolizisten lieferten ihn wegen „Kreislaufkollaps“ ins Krankenhaus ein. Erst die Ärzte stellten die schwere Schußverletzung fest.

– Der Bruder des im Juli '77 erschossenen 17jährigen Rudolf Pollaczek war Zeuge dieser öffentlichen Erschießung: Der stark betrunkene Rudolf hatte auf dem Hof seines Bruders mit einem Brotmesser herumgefuchelt und wollte sich das Leben nehmen. Um das zu verhindern, wurde die Polizei zu Hilfe gerufen. Vier Vier Beamte waren jedoch nicht in der Lage, dem Betrunkenen das Messer, das diesem mehrmals aus der Hand fiel, wegzunehmen. Der Polizist Ahlfänger drohte ihm zuerst mit dem Schlagstock, dann ging er zurück, zog plötzlich die Pistole, schoß Rudolf in den Kopf und ging dann lächelnd vom Hof.

– Zwei Wochen vorher war der Mann von Frau Schlichting bei einem Familienstreit erschossen worden. Als der Streit schon beendet war, traf die Polizei ein. Der Polizist Haarmann schlug auf Gustav Schlichting ein, wegen dem der Familienstreit entbrannt war, der sich aber schon wieder beruhigt hatte. „So einen Kopf, von Blutergüssen entsteht, habe ich noch nie gesehen, meinte danach der Anwalt.“ (Spiegel, 1.8.77).

Als Schlichting den Polizisten wütend aufforderte, das Grundstück zu verlassen, „nestelte der Beamte seine

aus. Anlanger drohte ihm zuerst mit dem Schlagstock, dann ging er zurück, zog plötzlich die Pistole, schoß Rudolf in den Kopf und ging dann lächelnd vom Hof.

– Zwei Wochen vorher war der Mann von Frau Schlichting bei einem Familienstreit erschossen worden. Als der Streit schon beendet war, traf die Polizei ein. Der Polizist Haarmann schlug auf Gustav Schlichting ein, wegen dem der Familienstreit entbrannt war, der sich aber schon wieder beruhigt hatte. „So einen Kopf, von Blutergüssen entsteht, habe ich noch nie gesehen, meinte danach der Anwalt.“ (Spiegel, 1.8.77).

Als Schlichting den Polizisten wütend aufforderte, das Grundstück zu verlassen, „nestelte der Beamte seine

Walther 7,65 aus der Pistolentasche, drehte sich plötzlich um und – so der Anwalt Menne – feuerte einen gezielten Schuß, aus gestreckter Hand wie auf einem Schießstand: Lungendurchschuß“ (Spiegel 32/77).

Über eine Rente streitet sich Frau Schlichting noch heute mit dem Staat.

– Frau Neuhoß war am 17.9.78 Augenzeugin, wie ihr Sohn von Zivilpolizisten zusammengeschlagen wurde. Weil der TÜV abgelaufen war, durfte Jörg Neuhoß den Wagen nur noch auf dem Grundstück seiner Eltern fahren, dort überfielen ihn Polizisten und schlugen ihn zusammen. Als seine Mutter einen Dienstaussweis sehen wollte, wurde ihr gedroht, sie solle ja aus dem Weg gehen, sonst würde sie zusammengefahren. Herr Neuhoß, der eine Alkoholuntersuchung bei den Beamten verlangte, wurde später wegen Beleidigung angeklagt; ein Verfahren gegen die Polizei fand nicht statt.

– Ein Kaufmann berichtete, wie er unschuldig von der Polizei festgenommen und des schweren Raubes beschuldigt wurde. Obwohl er daran interessiert war, den Fall sofort aufzuklären, schien das die Beamten nicht zu interessieren. Er mußte mehrere Stunden auf der Wache zubringen und wurde als Ganove und Verbrecher beschimpft. Erst nach mehreren Stunden wurde er, ohne ein Wort des Bedauerns, freigelassen. „Wenn ich jemanden auf den Fuß trete ist es doch selbstverständlich, daß ich mich entschuldige; und wenn man mich mit der Waffe in Brusthöhe bedroht und mich einen Verbrecher beschimpft, dann ist das doch doppelt angebracht. Aber Anstand hat die Polizei wohl nicht.“

– Bei einer Filmaufführung von „Punk in London“, bei der es ziemlich ausgelassen zuging, kam es im April '78 zu einem brutalen Polizeieinsatz, bei dem auch Zivilpolizisten auf die Zuschauer einschlugen. Auch Mädchen wurden zusammengeknüpelt. Als Heinz Wondsinski dagegen protestierte, sprang ihm ein Ziviler an und schlug ihm ins Gesicht. Als seine Freundin um Hilfe schrie, weil sie dachte, Heinz würde totgeschlagen, kamen auch uniformierte Polizisten, um dann auch noch mit dem Knüppel auf Heinz einzuschlagen.

In einem abschließenden Beitrag wurde zusammengefaßt, daß in allen Fällen die von den Opfern geforderte Aufklärung massiv behindert wurde, daß nur in einem Fall ein Polizist verurteilt wurde und daß die Betroffenen oft jahrelange nervenaufreibende

ausgelassen zuging, kam es im April '78 zu einem brutalen Polizeieinsatz, bei dem auch Zivilpolizisten auf die Zuschauer einschlugen. Auch Mädchen wurden zusammengeknüpelt. Als Heinz Wondsinski dagegen protestierte, sprang ihm ein Ziviler an und schlug ihm ins Gesicht. Als seine Freundin um Hilfe schrie, weil sie dachte, Heinz würde totgeschlagen, kamen auch uniformierte Polizisten, um dann auch noch mit dem Knüppel auf Heinz einzuschlagen.

In einem abschließenden Beitrag wurde zusammengefaßt, daß in allen Fällen die von den Opfern geforderte Aufklärung massiv behindert wurde, daß nur in einem Fall ein Polizist verurteilt wurde und daß die Betroffenen oft jahrelange nervenaufreibende

Auseinandersetzungen mit der Polizei vor Gericht haben. In vielen Fällen werden die Betroffenen selbst angezeigt, wegen Widerstand, Beleidigung.... Zeugen wurden bis zum Rand des psychischen Zusammenbruchs von der Polizei fertiggemacht. (Um diese Angriffe öffentlich zu machen hat die Initiative jetzt eine Broschüre veröffentlicht, wo die Betroffenen ihre Erfahrungen schildern).

Auf der Veranstaltung ging es in der folgenden Diskussion vor allem darum, wie eine noch größere Öffentlichkeit geschaffen werden kann. Es wurde betont, daß die geschilderten Erfahrungen mit der Bochumer Polizei sicher nur die Spitze des Eisbergs sind. Mit der Broschüre wollen die Betroffenen und ihre Initiative weitere Menschen ansprechen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

Dazu hat Frau Schlichting ihre Adresse bereit gestellt, damit sich alle Polizeigeschädigten Bochums bei ihr melden und von dort über die Initiative Unterstützung erhalten können.

Ein Besucher sprach an, daß es für viele ein finanzielles Problem ist, sich gegen Polizeiwillkür zu wehren; das fange schon damit an, daß sie sich keinen Anwalt leisten können.

Auch da will die Initiative, soweit sie kann, einspringen und hat dafür ein Spendenkonto eröffnet.

Um auch in der Presse eine Öffentlichkeit zu schaffen – die WAZ hatte z.B. keinen Reporter zu der Veranstaltung geschickt – wurde der Vorschlag gemacht, die WAZ-Redaktion mit Leserbriefen einzudecken. Außerdem wurde von den Versammelten ein Brief an den WDR unterschrieben, in dem die Redaktion von „Hallo, U-Wagen“ aufgefordert wird, eine Sendung mit den Betroffenen zu machen.

Diese Veranstaltung und der Zusammenschluß von Betroffenen in der „Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe“ ist ein Vorbild, das hoffentlich bald Nachahmer in anderen Gegenden finden wird.

Antifa-Kommission KB Gruppe Hamburg

Wir empfehlen deshalb die Broschüre der Initiative:

erhältlich bei: „Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe“/ev.Studentengemeinde (ESG), Querenburger Höhe 287 4630 Bochum 1

Diese Veranstaltung und der Zusammenschluß von Betroffenen in der „Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe“ ist ein Vorbild, das hoffentlich bald Nachahmer in anderen Gegenden finden wird.

Antifa-Kommission KB Gruppe Hamburg

Wir empfehlen deshalb die Broschüre der Initiative:

erhältlich bei: „Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe“/ev.Studentengemeinde (ESG), Querenburger Höhe 287 4630 Bochum 1

Schlägerbullen haben in Bayern nichts zu befürchten

Zu einer skandalös milden Strafe wurde in München ein brutaler Schlägerpolizist verurteilt: 10 Monate Gefängnis „auf Bewährung“ und 3000 DM Geldstrafe für 2 Prügeleinsätze!

Beide Male waren es derart „harmlose“ Anlässe, daß dem Prügelbullen selbst vor Gericht keine passende Rechtfertigung einfallen mochte.

Der erste Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 3. Dezember 1978, als Michael M. „aus Gaudi“, wie er immer wieder betonte, Polizist spielte und dabei ausgerechnet den Polizeioberkommissar Helmut M. anhielt, um seine Papiere „zu kontrollieren“. Daß er allerdings mit seinem Scherz an den Falschen geraten war, merkte er sofort: Der Polizeioberkommissar stieg aus, wies sich als Polizist aus und warf Michael M. zur Leibesvisitation mit dem Oberkörper auf den Kofferraum seines Wagens. Obwohl Michael M. dem aussteigenden Bullen seinen Scherz sofort gestand, wurde er gegen einen zweiten Wagen geschleudert, an den Haaren wieder hochgezerrt, gegen einen Umspann-Kasten geschleudert und mindestens drei- bis viermal durchsucht, wobei der Schlägerbulle ihn in den Unterleib trug und gegen die Hoden schlug. Michael M. wehrte sich nicht gegen diese Brutalitäten, sondern entschuldigte sich sogar mehrmals bei dem Schlägerbullen – und zwar so laut, daß es für Zeugen, die auf der anderen Straßenseite

standen deutlich vernehmbar war. Obwohl Michael M. „freiwillig und folgsam“ in das Bullenauto eingestiegen war, gingen die Prügeleien dort weiter: Als er den Polizisten um eine Zigarette bat, holte dieser aus und versetzte Michael M. einen Handkantenschlag gegen den Kehlkopf. Als „Begründung“ sagte er vor Gericht, er habe befürchten müssen, daß der Festgenommene ihm ins Steuer fallen und ihn auf der eisglatten Fahrbahn gefährden werde. Sein gesamtes Verhalten rechtfertigte er vor Gericht damit, daß es wohl jedem Polizisten so gehen würde, „daß sich alles in einem sträubt, wenn sich jemand als Polizist ausgibt, der vom Gefühl her keiner sein kann“ („Süddeutsche Zeitung“ – „SZ“, 30.10.). Doch damit nicht genug: Der Prügelbulle stellte Anzeige gegen Michael M., nicht nur wegen „Amtsanmaßung“, sondern – nach Ansicht des Staatsanwaltes „bewußt zu Unrecht“ – wegen Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand!

Nur wenige Tage später kam es dann zu dem zweiten, ähnlichen Vorfall: Der Prügelbulle überholte einen langsam fahrenden Lieferwagen und blockierte ihn anschließend mit seinem Wagen, weil er beim Überholen „Du Depp, du“ gehört haben will. Als der Lieferwagenfahrer ihm nicht seine Papiere zeigen wollte und stattdessen die Funkstreife rief, drehte der Prügelbulle ihm den Arm um, riß ihm

Haare aus und warf ihn über das Gelände einer Fußgängerabsperrung. Eine Augenzeugin bestätigte vor Gericht die Brutalität des Bullen: „Ich habe zu dem Mann gesagt, er soll aufhören, er bricht dem jungen Mann ja das Kreuz ab. Der junge Mann hat selber gar nichts gemacht“ („MM“, 30.10.). Obwohl der Lieferwagenfahrer dem Beamten der Funkstreife anstandslos seine Personalien angab, wurde er noch mit zur Wache geschleift und dort noch eine Stunde festgehalten, weil der Prügelbulle auf „persönlicher Auskunft“ bestand. Für den Fahrer gab es schließlich keine andere Möglichkeit, als sich von seinem Anwalt aus der Bullenwache herausholen zu lassen.

Das Urteil ist ein Skandal, wenn man bedenkt, daß auch für das Gericht die „zweifache Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung und die Verfolgung Unschuldiger“ erwiesen war. Aber der Grund ist klar: Polizisten, die zu mehr als zwölf Monaten Gefängnis verurteilt sind, müssen aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden. Und auf solch' tatkräftige Mitarbeiter wie den Schlägerbullen Helmut M. wollen die bayerischen Behörden selbstverständlich nicht verzichten!

(Informationen aus: „MM“, 30.10. und „SZ“, 30.10.; „AZ“, 31.10.; „NN“, 1.11.).

KB/Gruppe Nürnberg

Geheimdienste in Westberlin: „Dementis kaum noch glaubwürdig“

Nachdem die Verhöre durch israelische Geheimdienste in bayerischen Knästen nicht mehr abzustreiten waren, entschuldigten sich die bayerischen Behörden sogleich, daß „eine derart enge Kollaboration keine Münchner Spezialität“ sei, sondern „auch im sozialliberal regierten Berlin seien die gleichen Praktiken üblich“ („Spiegel“, 29.10.79). Gemeint waren insbesondere Geheimdienstbesuche bei mindestens fünf Palästinensern, die in Westberlin wegen angeblicher Planung eines Sprengstoffanschlages auf ein Tanklager vor Gericht stehen.

Was Staatssekretär Bölling noch „absolut ausschließen“ wollte („SZ“, 3.11.79) ebenso wie der Westberliner Justizsprecher Willbrand („FR“, 12.11.79), was Staatsanwalt Möllenbrand im Palästinenserprozeß als „reine Spekulation“ abtun wollte („Tagesspiegel“, 16.11.79), kann inzwischen niemand mehr ernsthaft bestreiten: „Das Berliner Dementi, hier seien anders als in München keine Israelis eingeschaltet gewesen, erscheint kaum noch glaubwürdig“ („Tsp.“ 17.11.79).

Westberlins oberster Verfassungsschützer, Natusch, sagte in dem Prozeß als Zeuge aus, daß fünf Angeklagte sowie der inzwischen freigelassene und mysteriöserweise „untergetauchte“ El-Harti mehrmals vom Verfassungsschutz im Knast mit Hilfe zweier „unbekannter“ (!) Dolmetscher verhört worden seien („Berliner Morgenpost“, 16.11.79). Auch in Bayern waren die israelischen Geheimdienstagenten als vermeintliche Dolmetscher in die Knäste gekommen.

In Westberlin kamen sie mit Dienstaussweisen des Innensensats, die auf die Namen Zeidler und Schmidt ausgestellt waren. „Wie im Hause des Innensensats dazu mitgeteilt wurde, gibt es in den sechs Abteilungen der Innenverwaltung keine Mitarbeiter namens 'Zeidler'... Innensensator Ulrich antwortete gestern auf die Frage, bei welcher Dienststelle der Innenverwaltung die vor Gericht als Dolmetscher bezeichneten Zeidler und Schmidt seien: 'Kann ich nicht sagen. Das ist ja das Problem.'“ („Tsp.“ 17.11.79).

Zwei VS-Beamte, die von den angeklagten Palästinensern namentlich

genannt wurden, bekamen vom Innensensator mit „Rücksicht auf das Wohl des Landes“ keine Aussagegenehmigung. VS-Chef Natusch machte unter Berufung auf seine beschränkte Aussagegenehmigung des Innensensators keinerlei Angaben zur Person der beiden Dolmetscher; er hatte auch keine Aussagegenehmigung darüber, ob der verschwundene El-Harti ein V-Mann des israelischen Geheimdienstes war.

El-Harti hatte sich und seine Mitangeklagten schwer belastet und wurde daraufhin freigelassen (s. AK 165). Bezeichnenderweise war einer von El-Hartis Anwälten der Westberliner Sicherheitsexperte Schmitz von der CDU.

Wenn Natusch schon nicht viel sagen durfte, so bestritt er wenigstens, daß den Palästinensern bei den Verhören die Haftentlassung versprochen worden sei: „Auf die Haftverhältnisse habe der Verfassungsschutz keinerlei Einfluß“ („Tsp.“, 16.11.). Natürlich nicht...

Nach wie vor fehlen in der Haftakte von El-Harti die Seiten 26-29. Die Staatsanwaltschaft hat aber dafür

eine außerordentlich plausible Erklärung: „Die Aktenblätter seien aufgrund eines Irrtums des Haftrichters falsch nummeriert worden, so daß der Eindruck einer Lücke entstanden sei“ („Tsp.“, 13.11.79). Merkwürdig nur, daß in der zeitlichen Chronologie der Akte genau an der Stelle des „Numerierungsfehlers“ ausgerechnet ein Gespräch der Staatsanwaltschaft mit El-Harti fehlt! („FR“, 12.11.79).

Staatsanwalt Möllenbrock ist in Geheimdienst-Prozessen mit verweigerten oder beschränkten Aussagegenehmigungen und fehlenden Aktenblättern besonders geübt: er war auch der Anklagevertreter im Westberliner Schmücker-Prozeß.

Das Bekanntwerden der illegalen Verhöre nahm die Westberliner Staatsschutzpolizei zum Anlaß, nach illegal eingereisten Ausländern zu jagen. Staatsschutz-Chef Kittlaus erklärte, es „seien wegen der öffentlichen Diskussion über Zusammenarbeit Racheakte aus diesen Gründen nicht auszuschließen“ („Spandauer Volksblatt“, 15.11.79). Deshalb seien die Kontrollen des Einreiseverkehrs verstärkt worden. Drei Araber mit libyschen Pässen seien daraufhin am Grenzübergang nach Westberlin festgenommen worden und wurden inzwischen abgeschoben. Unter ihnen soll sich auch Ali El Arid befinden haben, der angeblich bei einem Bomben-Attentat 1973 in A-

then beteiligt gewesen sein soll. Daß diese Festnahme durch verstärkte Grenzkontrollen rein zufällig war, dürfte allerdings bezweifelt werden.

Man solle auch, wie Kittlaus betonte, „die Kontrollen nicht einseitig sehen, sie dienen nicht nur der Terroristenfahndung, es würden auch andere dabei abfallen. In diesem Zusammenhang nannte der Staatsschutz-Chef illegal einreisende Ausländer, die ein großes Problem für die innere Sicherheit darstellen würden, und Rauschgiftschmuggler“ („Sp. Volksbl.“, 15.11.). So wurden denn auch nach offiziellen Angaben bereits 162 Ausländer bei Razzien in U- und S-Bahnen kontrolliert und 16 vorübergehend festgenommen; zwei blieben in „polizeilichem Gewahrsam“, weil sie keine gültige Aufenthaltsgenehmigung besaßen (16.11.79).

So macht man aus einem Geheimdienst-Skandal eine Hetzjagd auf Ausländer, weil sie „unsere“ innere Sicherheit gefährden würden. Und die „öffentliche Diskussion über Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten“ soll gestoppt werden, weil sie nur Racheakte provoziere. Das ist die „innere Sicherheit“ der Herren Natusch, Kittlaus & Co.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Polizei will feste Sendezeiten

Auf einer Fachtagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden regte der Chef des baden-württembergischen Landeskriminalamtes, Kuno Bux, an, in Zukunft feste Sendezeiten für die Polizei beim Fernsehen einzurichten. Er begründete dies mit dem Hinweis auf den „öffentlich-rechtlichen Charakter von ARD und ZDF“, und beklagte sich über „nicht berechenbare Entscheidungen“ der Sendeanstalten über von der Polizei geforderte Telefahndungen der Vergangenheit.

„Nach Angaben des Stuttgarter LKA-Chefs benötigt die Polizei zur redaktionellen Gestaltung der Fahndungsfilme eine Zentralstelle, die mit Journalisten und eventuell auch Psychologen besetzt und nach Möglichkeit beim BKA angesiedelt sein sollte. Verantwortlich für den polizeifachlichen Inhalt müßten jedoch in jedem Einzelfall die betroffenen Landeskriminalämter bleiben. Ihnen sollten auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Fahndungssendungen eingeräumt werden“ („Badische Neueste Nachrichten“, 14.11.79).

Der Hannoveraner Rechtsprofessor Schneider hielt dagegen: Zugriffsmöglichkeiten auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten nur im „polizeilichen Notstandsfall“, „zur Abwendung unmittelbar drohender Gefahren für die Allgemeinheit“ möglich sein, und die Mithilfe der Bevölkerung bei der Fahndung dürfe „nicht zu einem Volkssport werden“ (ebenda).

Mit dem Vorschlag des Herrn Bux hat Baden-Württembergs Polizei den Anfang gemacht, ein Konzept zu realisieren, für das BKA-Chef Horst Herold vor einem halben Jahr die strategischen Überlegungen geliefert hat. In einer Rede vor Behördenleitern von Großstadtpolizeien hatte Herold ausführlich die „Ursachen des Terrorismus“ analysiert und in diesem Zusammenhang die Informationspolitik der Medien angegriffen. Es gebe keine „Krise der Sicherheitslage“, sondern eine „Krise der Sicherheitsgefühls“, und daran hätten die Medien schuld, deren „derzeitig defensives Warnprogramm“ „... auf eine ständige offensive Darstellung von Sicherheitsereignissen radikal umgestellt werden“ müsse („FR“, 3.5.79). Er kenne zur Zeit in der BRD leider nur fünf Journalisten, die „im Bereich der Kriminalitätsberichterstattung durch Zielsetzungen allgemeiner Art verbunden“ seien, „wie etwa die Erhaltung von Recht und Ordnung, der Verfassung, die Demonstration der Strafbarkeit krimineller Handlungen usw.“ (ebenda).

Konkret forderte Herold, „daß die Polizei die Auswahl selbst vornimmt und durch Präformation des Stoffes und dessen offensivem Angebot auf einer höheren Produktionsstufe für eine Umkehrung der bisherigen, auswärtigen, öffentlichen Angebots auf einer höheren Produktionsstufe für eine Umkehrung der bisherigen, ausschließlich von der Aktivität der Medien bestimmten Verhältnisse sorgt“ (ebenda).

Eine Genossin aus Karlsruhe

Meldegesetz: Trotz Entschärfung bleibt der Überwachungsstaat

Mitte Oktober wurde vom Bundesinnenministerium erneut ein Entwurf für ein bundeseinheitliches Meldegesetz („Meldegesetzrahmengesetz“) vorgelegt. Dieser Entwurf ist gegenüber früheren Versuchen der SPD/FDP-Regierung, ein Meldegesetz zu konzipieren, etwas entschärft worden.

Ein 1971 von der Regierung dem Bundestag vorgelegter Entwurf konnte wegen des vorzeitigen Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr abschließend beraten werden. Geringfügig geändert wurde dieser Entwurf 1973 vom Rechtsausschuß des Bundestages abgelehnt, da die darin enthaltene Einführung eines Personenkenntniszeichens für jeden Bürger auf „verfassungsrechtliche Bedenken“ stieß. Ein dritter Entwurf aus dem Jahr 1978 wurde wegen Vernachlässigung des Datenschutzes zurückgezogen, weil anlässlich der darin vorgesehenen Erhebung von ca. 170 personenbezogenen Daten viele Kritiker vor der Entstehung des „gläsernen Menschen“ warnten und den Verfassern vorwarfen, das Meldegesetz zu einem Kampfinstrument gegen den Terrorismus umzufunktionieren zu wollen. (Siehe ausführlich: AK 122, S.27)

Nach dem jetzigen Entwurf sollen die Meldebehörden 17 Daten über jeden Bürger speichern dürfen, „einschließlich der zum Nachweis ihrer Richtigkeit erforderlichen Hinweise“ (womit sich ihre Zahl stillschweigend erhöht) („FAZ“, 15.10.79). Dabei handelt es sich um folgende Daten:

3. Vornamen, 4. akademische Grade, 5. Ordensname/Künstlernamen, 6. Tag und Ort der Geburt, 7. Geschlecht, 8. gesetzlicher Vertreter, 9. Staatsangehörigkeit, 10. Religionszugehörigkeit, 11. gegenwärtige und frühere Anschriften, 12. Familienstand, 13. Ehegatte, 14. minderjährige Kinder, 15. Personalausweis/Paß, 16. Auskunfts- und Übermittlungssperren, 17. Sterbetag und -ort“ („SZ“, 15.10.79). Da die Meldebehörden an der Erstellung von Wahlscheinen, Lohnsteuerkarten und Pässen mitwirken, sollen sie auch steuerrechtliche Daten, die Tatsache des Paßentzuges oder des Ausschlusses vom Wahlrecht registrieren dürfen, nicht mehr jedoch die Begründungen dafür.

Was ist noch anders?

Der Entwurf enthält weitere Neuerungen:

- Bürger können gebührenfrei Auskunft über ihre Daten verlangen,
- Der Beruf des Bürgers soll nicht mehr erfragt werden.
- Besonders betont wird die Verschwiegenheitspflicht der Bediensteten der Meldebehörden. Dieses Meldegeheimnis wird erstmals ausgedehnt auf private EDV-Firmen und deren Mitarbeiter, die bislang zur Verschwiegenheit gesetzlich nicht verpflichtet waren.
- Nur einige Meldedaten dürfen an andere Behörden übermittelt werden. Dazu gehören nicht die Angaben zur Religionszugehörigkeit, zu Ehegatten und Kindern sowie Angaben zu Personalpapieren.

Vor der Weitergabe der Daten muß geprüft werden, ob die Daten zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind. Allerdings kann diese Einschränkung durchbrochen werden, wenn der/die Betroffene einwilligt, oder wenn andere Behörden, wie Polizei und Finanzamt, ihre gesetzlichen Aufgaben anders nicht erfüllen können.

Die Geheimdienste und das BKA sind von diesen Beschränkungen pauschal ausgenommen, sie sollen auch weiterhin alle Daten abfragen dürfen, ohne daß vorher geprüft wird, ob sie der „rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben“ dienen. Dennoch sollen sie verpflichtet werden, den Grund für ihre Anfrage bei den Meldebehörden zu Protokoll zu geben. Dieses Protokoll soll der staatliche Datenschutzbeauftragte einsehen dürfen.

- An „dritte (nichtstaatliche) Personen“ dürfen einige der Daten weitergegeben werden, wenn von diesen ein „rechtliches Interesse“ glaubhaft gemacht werden kann.
- Über ganze Gruppen von Bürgern darf Auskunft nur erteilt werden, wenn „öffentliches Interesse“ vorliegt. Wirtschaftsunternehmen sollen also nicht mehr ganze Datenpakete erhalten können. Für Parteien ist eine Ausnahme vorgesehen: 6 Monate vor der Wahl können sie Daten über Wahlberechtigte einer bestimmten Altersgruppe erhalten, um sich gezielt an bestimmte Wählergruppen (Jungwähler, alte Menschen) wenden zu können.

– Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, die Weitergabe ihrer Daten an Kirchen zu untersagen.

– Der Entwurf enthält die „Nebenmeldepflicht“, wonach Vermieter den Behörden anzeigen müssen, von wem eine Wohnung gemietet wurde. Ebenso wurde die „Hotelmeldepflicht“ übernommen, nach der Gäste Meldezettel handschriftlich auszufüllen haben.

Zur Bedeutung dieses Entwurfs

Der Bund hat für das Meldewesen lediglich eine „Rahmenkompetenz“. D.h. er kann bestimmte Regelungen verbindlich festlegen, muß den Ländern aber „Raum für eigene Gestaltung“ lassen. So ist zwar in dem Entwurf die noch im Maihofer-Entwurf vorgesehene Einrichtung von Landesadressenregistern nicht enthalten, verzichtet wurde aber auf ein ausdrückliches Verbot dieser Einrichtung (mit einem Landesadressenregister ist in Verbindung mit dem neu einzuführenden maschinenlesbaren Personalausweis die zentrale Erfassung aller Bürger möglich). So bleibt die Errichtung dieses Zentralregisters den Ländern überlassen. Somit hat der Entwurf zunächst wohl nur ideellen Wert. Der parlamentarische Staatssekretär v. Schoeler wertet ihn als eine „Meßlatte“ für die Länder, voran sich messen lassen, ob sie in ihren Meldegesetzen den Datenschutz ernstnehmen werden, und Innenminister Baum hofft, daß dem Entwurf eine „Pilotfunktion“ zukomme, also als Beispiel diene („SZ“, 15.10.79).

Dieser Gesetzesentwurf soll im Dezember im Bundeskabinett behandelt und anschließend in den Bundestag eingebracht werden. Da er der Zustimmung des Bundesrates bedarf, ist mit einer Verabschiedung in dieser Legislaturperiode nicht zu rechnen. So mutmaßte z.B. die „Welt“ in einem Kommentar: „Genscher und Maihofer scheiterten, weil sie zu wenig Datenschutz wollten, Baum wird scheitern, weil er mit seinem Daten-Speicherungs- und Weitergabeverhinderungsgesetz zuviel will“ (15.10.79).

Somit ist zu erwarten, daß dieser Gesetzesentwurf wesentlich der Profilierung der FDP im nächsten Bundeswahlkampf dienen wird. Denn die Hauptgefahren der staatlichen Überwachungspraxis sind damit nicht gebannt. Gegenüber früheren Meldegesetzentwürfen der SPD/FDP hat dieser Entwurf zweifelsfrei liberalere Züge; gegenüber der derzeitigen Rechtslage wird der Schutz des Bürgers gegen staatliche Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen nicht erweitert. Makaber ist es schon, in diesem Zusammenhang überhaupt von einem „liberaleren“ Entwurf zu sprechen, da sich dies nur auf das Verhältnis zu früheren Entwurfen sagen läßt. Denn natürlich ist die Einführung dieses Meldegesetzes gegenüber der bisherigen gesetzlichen Grundlage auf jeden Fall eine Verschärfung.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



Müller/Newerla-Prozeß:

Zweifel an der staatlichen „Selbstmord“-version erhärtet

Müller/Newerla-Prozeß:

Zweifel an der staatlichen „Selbstmord“-version erhärtet

Am 6. November sagte Lutz Tauber zur Rolle Volker Speitels als Waffenbeschaffer für die Aktion in der Stockholmer Botschaft aus. Mit dieser Aussage wird die Story, die Speitel über den angeblichen „Waffenschmuggel“ der Anwälte in den Stammheimer Knast aufgetischt hat, vollends unglaubwürdig: Die FEG-Pistole, die bei Andreas Baader gefunden wurde, will Speitel dem Anwalt Arndt Müller in die Handakte gepackt und nach Stammheim mitgegeben haben. Diese FEG sei zuvor in einem Depot bei Stuttgart gewesen, zusammen mit drei Pistolen für Stockholm.

Lutz Tauber erklärte jetzt aber, daß er zusammen mit Speitel die Waffen aus dem Stuttgarter Depot ausgebuddelt hat, und zwar vier Pistolen der Marke „Star“, „Beretta“, „Smith & Wesson“ und „Firebird“. Die „Firebird“ gibt es allerdings in Speitels Version nicht mehr, dafür die bei Baader gefundene Pistole!

Außerdem haben alle Gefangenen vom „Kommando Holger Meins“, nämlich Hanna Krabbe, Bernd Röser, Karl-Heinz Dellwo und Lutz Tauber, ausgesagt, daß Speitel an der Vorbereitung der Stockholm-Aktion beteiligt war und dafür vier Pistolen besorgt hat, und daß es völlig ausgeschlossen ist, daß er davon eine „einbehalten“ hat.

Richter Foth scheinen diese Enthüllungen etwas an die Nerven zu gehen, die Öffentlichkeit im Stammheimer Gerichtssaal stört dann natürlich besonders: Wegen des Zurufs einer Zuschauerin, „Hallo, Lutz“, verurteilte er gleich vier Personen zu einer Ordnungstrafe von 250,— DM.

Schon zuvor hatte sich Speitel in Widersprüche über den Weg dieser Pistole verwickelt: In seiner Aussage vor dem BKA-Beamten Freter hatte er behauptet, er habe die FEG erst 1977 erhalten, während er im Prozeß erklärt hatte, Arndt Müller habe die Pistole schon Ende 1976 in den Knast geschmuggelt.

Aber so genau hat man's im Stammheimer Waffenlager anscheinend eh nicht genommen: auch in den Aufzeichnungen von Oberstaatsanwalt Lampe über seine „Gespräche“ mit Speitel im Oktober und November 1977 ist von einer anderen Pistole die Rede als in der inzwischen „gültigen“ Version: Damals war noch von einer Pistole der Marke „Smith & Wesson“ die Rede, die angeblich im 7. Stock in Stammheim gefunden wurde. Inzwischen hat sich die nach Speitels Aussage zu einem Colt „Detectiv Special“ gewandelt, und dieser findet sich natürlich jetzt auch in den „gefundenen“ Waffenbeständen. Auf einer früher erstellten Liste des Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags dagegen wird die „Smith & Wesson“ als „Fund“ aufgeführt ...

Der dickste Hammer aber ist, daß aus den Lampe-Aufzeichnungen hervorhebt, daß Speitel damals ausgesagt hat, die Anwälte haben nur P o s t

in den Knast transportiert! Kein Wunder, daß der — inzwischen begnadigte — Herr Kronzeuge jetzt ins Ausland verschwunden und „untergetaucht“ ist ...

Bereits am 5.11. hatte Klaus Croissant im Müller/Newerla-Prozeß ausgesagt. Der Stammheimer Sicherheitsbeauftragte Hoffmann hatte ihm gegenüber geäußert (bezüglich der „Selbstmord“-legende): „Sie glauben doch nicht, daß ich an die staatliche Version glaube?“ Hoffmann, der seit 1976 in Stammheim beschäftigt und seit Sommer 1978 Sicherheitsbeauftragter ist, bestreitet natürlich inzwischen diese Äußerung und erklärte, die Vorkommnisse in der Todesnacht würden ihn gar nicht interessieren. Ganz schön zynisch (nach „TAZ“ vom 12.11.79 und vom 14.11.).

Beweisantrag der Verteidigung abgelehnt

Der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat den Beweisantrag der Verteidigung abgelehnt, folgende Gefangenen aus dem 7. Stock zur Frage des Waffenschmuggels in den Stammheimer Knast als Zeugen zu vernehmen: Verena Becker und Sabine Schmitz, die von Ende Juni bis August 1977 Umschluß mit den inzwischen toten Gefangenen hatten, und Wolfgang Beer, Werner Hoppe und Helmut Pohl, die im Juli und August 1977 Umschluß hatten mit den inzwischen Toten. Das heißt, daß die einzigen Entlastungszeugen, nämlich die Gefangenen, die aus dem 7. Stock überlebt haben, darüber nichts aussagen dürfen!

Richter Foth begründete die Ablehnung des Antrags folgendermaßen: Es handle sich hierbei ja schließlich um RAF-Gefangene, und die Vernehmung von Lutz Tauber habe gezeigt, daß die RAF-Gefangenen nicht bereit sind, Fragen der Bundesanwaltschaft und des Gerichts zu beantworten. Zeugen, die dazu nicht bereit sind (also nur auf Fragen der Anwälte antworten), seien nicht richtig glaubwürdig. Foth berief sich dann noch auf das Urteil gegen Andreas Baader, in dessen Prozeß auch RAF-Leute als Zeugen aussagten über den Kronzeugen Müller, um dann zu dem „Schluß“ zu kommen, die Zeugen ließen sich „nicht von der Wahrheitspflicht“ leiten, sondern betreiben nur politische Agitation. Sollte es bei diesem Beschluß bleiben, würde das heißen, daß Gefangene aus der RAF generell vor Gericht nicht mehr als Zeugen erscheinen könnten, weil sie grundsätzlich nicht glaubwürdig wären!

Damit hätte die Klassenjustiz zum einen abgesichert, daß die Vorgänge in der Stammheimer Todesnacht im Dunkeln bleiben, zum anderen verhindert, daß RAF-Gefangene andere Angeklagte entlasten können, und auch verhindert, daß die Vergangenheit gewisser Kronzeugen aufgedeckt wird.

Eine Genossin aus Ba-Wü.

Hamburger „Stammheim“-Prozeß: Verteidigung verhöhnt!

Die beiden letzten Verhandlungstage im Stammheim-Prozeß gegen Maria, Birgit und Mirca waren hauptsächlich von Protesten der Verteidigung gegen die Verhandlungsführung des Gerichts bestimmt. Richter Graue hat bisher alle Beweisanträge abgelehnt. Von der Verteidigung wurde beantragt, zu klären, inwieweit Geheimdienstangehörige Zugang nach Stammheim und damit Einfluß auf die Ereignisse vom 18.10.77 gehabt haben. Zu dieser Sache sollte Herr Schüler vom Bundeskanzleramt vernommen werden — abgelehnt: „ohne Bedeutung für das Verfahren“!

Der nächste Antrag wurde zum Anklagepunkt „Lügegebäude des Staates“ gestellt, womit die Angeklagten u.a. auch die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD gekennzeichnet hatten. Als Beweis wurde die Heranziehung der damals zum „Fall“ Werner Hoppe erstellten Gutachten verlangt, in denen die Haftbedingungen eindeutig als lebensgefährlich gekennzeichnet wurden — während die Presse flott über Jubel, Trubel, Heiterkeit des Gefängnislebens von Werner und anderen berichtete. Immerhin bezieht die Presse ihre Informationen direkt von der Justizpressestelle — abgelehnt: „nicht geeignet für den Wahrheitsbeweis“!

Ebenso ging es mit einem weiteren Beweisantrag zum Punkt „Lügegebäude“: Zunächst war damals von offiziellen Stellen bestritten worden, daß die Gespräche zwischen Stamm-

heimer Gefangenen und ihren Anwälten abgehört worden sind; als es sich nicht länger vertuschen ließ, wurde dieser schwerwiegende Rechtsbruch zugegeben — diese offensichtliche Lüge ist für das Gericht „kein zulässiger Beweisbestand“!

Anwälte und Angeklagte sind über die provokative Verhandlungsführung empört. Das Gericht macht praktisch eine Verteidigung unmöglich. Der Staat, vertreten durch den übergeschmeidigen StA Klein (und wie es den Anschein hat auch durch den Richter Graue) fühlt sich verunglimpft, will aber eine Untersuchung der verunglimpfenden Tatsachen vor Gericht nicht zulassen. Nach wie vor wirkt die Nachrichtensperre des „deutschen Herbstes“ hier im Gericht, die Stammheimer Todesermittlungsakten sollen — wie man/frau weiß, aus guten Gründen — nicht beigegeben werden. — Was hat dieser Staat in dieser Sache eigentlich zu verbergen? — Am Ende ist er gar nicht verunglimpft worden, sondern hat sich selbst verunglimpft!

Es ist eine Verhöhnung durch Staatsanwalt Klein, wenn er der Verteidigung vorhält, sie hätte die Anklage nicht richtig verstanden. Es sei selbstverständlich erlaubt, Zweifel zu haben, ebenso wie berechtigte Kritik am Staat keineswegs angeklagt werde. In diesem Prozeß ginge es aber nicht um Zweifel oder Kritik, sondern um „böswillige Verächtlichmachung“ — immer dieselben Sprüche einer durch und durch demokratischen Justiz: jede/r bekommt seinen/ihren ureigenen Prozeß, egal ob dieselbe Sache vorher bereits anders beurteilt wurde, wie im Prozeß gegen Kai Ehlers. Man fragt sich, was in diesem Prozeß noch alles möglich sein soll!

Auch Richter Graues Verhandlungstil ist nicht gerade angenehmer geworden: Angeklagte, Anwälte und Öffentlichkeit behandelt er nach wie vor so, daß sich mancher an seine Kasernenzeit erinnert fühlt. Es hagelt Androhungen mit Ordnungsmitteln und Räumung des Saals. Als sich vier Prozeßbesucher zu dem Buchstabenpuzzle M.O.R.D. (auf ihren Pullovern) zusammenstellten, führte sich Richter Graue gar „provokiert“ und drohte ihnen Ordnungshaft an, wenn sie nicht sofort den Raum verließen. Ironisch „nette“ Bemerkungen Graues gegenüber einem der Anwälte beispielsweise, es sei ihm „ein Vergnügen“, mit ihm zu verhandeln, zeigen nur die Verachtung, die dieser Richter für die Aufgabe der Anwälte aufbringt: die Unschuld der Angeklagten zu beweisen.

Man/frau bedenke: die drei angeklagten Frauen haben nichts weiter zu verantworten als ihre Frage, ob die Stammheimer „Selbstmorde“ wirklich „Selbstmorde“ waren! Nächster Prozeßtermin: Donnerstag, 29.11.79, 13.00 Uhr Strafsjustizgebäude Hamburg Raum 192

Initiativ Komitee Arbeiterhilfe (IKAH)

Ebenso ging es mit einem weiteren Beweisantrag zum Punkt „Lügegebäude“: Zunächst war damals von offiziellen Stellen bestritten worden, daß die Gespräche zwischen Stamm-

heimer Gefangenen und ihren Anwälten abgehört worden sind; als es sich nicht länger vertuschen ließ, wurde dieser schwerwiegende Rechtsbruch zugegeben — diese offensichtliche Lüge ist für das Gericht „kein zulässiger Beweisbestand“!

Nächster Prozeßtermin: Donnerstag, 29.11.79, 13.00 Uhr Strafsjustizgebäude Hamburg Raum 192

Initiativ Komitee Arbeiterhilfe (IKAH)

Fantasia-Prozeß: Bundesanwaltschaft auf neuer Fährte

Im Fantasia-Prozeß (Prozeß gegen vier Beschäftigte der Fantasia-Druckerei und einer Frau, die angeblich dem IVK angehören soll, wegen Verstoß gegen § 88a, 90 und 129a) kam es am 26.9. zur Vernehmung eines interessanten Zeugen — Bundesanwalt Lampe. Lampe leitete die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen Fantasia und ist mitverantwortlich dafür, daß drei Mitglieder des Kollektivs in den Knast wanderten — zwei von ihnen wurden im September entlassen, eine sitzt immer noch. Lampe versucht jetzt im Prozeß die Konstruktion zu untermauern, daß es sich bei den Angeklagten um halbe „Terroristen“ handelt. Herhalten dafür muß ein Briefumschlag, der bei der Hausdurchsuchung in der Druckerei im Mai 1978 gefunden worden war. Darin soll sich ein sogenannter „Container“ befinden haben und in diesem Container ein Brief „konspirativen Inhalts“. Als Lampe nach dem Inhalt dieses Briefes befragt wird, erklärt er, „der Brief gebe „ermittlungsmäßig nicht viel her“, er sei „strafrechtlich nicht relevant“ und der Inhalt sei „privater Natur“ („s. Blättle“, 3. Info zum Prozeß gegen Fantasia). Dieser Brief war bei den bisherigen Haftprüfungsterminen als Beleg für die „konspirative Tätigkeit“ der drei Frauen herangezogen worden! Es scheint so, als hätte diese Konspirativitäts-These ihre Schuldigkeit getan — drei Frauen kamen in den Knast, ein Exemplar an

der „Sympathisantenszene“ wurde statuiert.

Aber Lampe deutet in seiner Vernehmung an, daß die Bundesanwaltschaft nicht gewillt ist, ihre Anklage wegen Verstoßes gegen § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) zurückzunehmen. Er berichtet von der Öffnung eines Pakets, daß Doris aufgegeben haben soll und in dem die Prozeßerklärung von Verena Becker gefunden wurde. Lampe bezeichnet diese Erklärung als eine „129a-Schrift“, eine völlig neue Wortschöpfung. Um zu verstehen, worauf die Bundesanwaltschaft mit dieser Konstruktion hinaus will, noch mal kurz zur Vorgeschichte: Die Anklage gegen die fünf lautet u.a. auf § 88a — der Paragraph, der „die Verbreitung, Herstellung und Vorräthhaltung von Schriften mit verfassungsfeindlicher Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt“ („s. Blättle“). Gerade wegen dieses Anklagepunktes gab es für die Fantasia-Leute eine breitere Solidarität als bei anderen Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. So schickten die Jungdemokraten einen Prozeßbeobachter um „einen rechtsstaatlichen einwandfreien und fairen Verlauf des Verfahrens gegen die Fantasia-Drucker durch Schaffung kritischer Öffentlichkeit wahrscheinlicher zu machen“ („Neue“, 12.9.79). Die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 88a ist Thema unter Demokraten, die Ab-

schaffung des § 129a überhaupt nicht. Wenn Lampe jetzt „88a-Schriften“ kurzerhand in „129a-Schriften“ umbenennet, kalkuliert er wahrscheinlich damit, daß die Solidarität mit „Sympathisanten“ und „Terroristen“ weniger groß ist als mit „88a-Angeklagten“.

Übrigens: Am selben Tag forderte Generalbundsanwalt Rebmann vor dem deutschen Richtertag eine „Gesetzesänderung zur Terrorismusabwehr“. „Ihm fehlt im Strafrecht eine Vorschrift, die das öffentliche Befürworten noch nicht begangener Straftaten unter Strafe stellt. Hier denke er vor allem an die zahlreichen linksradikalen Druckschriften und Aufrufe zur gewaltsamen Demonstration gegen KKW's. ... Gefordert wird eine Möglichkeit, jegliche militanten, politischen Widerstand unter den § 129a zu fassen, eine juristische Verankerung des Begriffs 129a-Schriften. Dies forderte Rebmann wie gesagt am gleichen Tag, als Lampe im Prozeß auftrat — eine seltsame Gleichzeitigkeit der Ereignisse“ („s. Blättle“, 3. Extra).

(Die Informationen sind weitgehend aus dem schon zitierten „s. Blättle“ — 3. Info zum Prozeß gegen Fantasia — Danke schön)

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Beinahe-Todesschuß auf Rolf Heißler:

Die Staatsanwaltschaft will keine Anklage stellen

Rechtsanwalt Koch, Verteidiger von Rolf Heißler, stellte Strafanzeige gegen den Polizeibeamten, der den fast tödlichen Schuß auf Heißlers Kopf am 9.6. in einer Frankfurter Wohnung abgegeben hatte.

Bereits am 20.10.79 stellte die Staatsanwaltschaft Frankfurt das beantragte Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes ein, obwohl offizielle Stellen Informationen bekanntgaben, die einen versuchten Mord immer wahrscheinlicher werden lassen.

Aus dem Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft geht hervor, daß Heißler nicht von zwei oder drei Polizeibeamten, sondern von fünf Beamten in seiner Wohnung erwartet wurde. Entgegen früherer Verlautbarungen waren die Polizisten auch nicht von Heißlers Eintreffen überrascht.

„Dennoch schossen sie gezielt aus kürzester Entfernung auf den Kopf meines Mandanten“ (aus der Erklärung von RA Koch, „TAZ“, 6.11.79).

Fest steht nun auch, daß Heißler weder seine Waffe gezogen hatte, noch überhaupt in der Lage war, diese so schnell zu ziehen, da er die Tasche bei sich trug, die ihm das Leben rettete. Heißler hatte die Tasche in einer reflexartigen Bewegung hochgerissen.

„Nach Darstellung der Polizeibeamten hat mein Mandant nur der bewußten Reisetasche zu verdanken, daß er noch am Leben ist“ („TAZ“, 6.11.79). RA Koch hat gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens Beschwerde eingelegt. Man sollte sich freilich keinen allzu großen Illusionen hingeben, wie mit dieser Beschwerde verfahren wird.

Ferner weist RA Koch darauf hin, daß Rolf Heißler in der JVA Straubing in Totalisolation gefangen gehalten wird. Sein verletztes Auge wird nicht wieder herzustellen sein!

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Anklage gegen Stefan Wisniewski wegen Schleyer-Entführung

Stefan Wisniewski wird vorgeworfen, seit Sommer 1976 Mitglied der RAF (129a) gewesen zu sein, sich an einem Banküberfall beteiligt zu haben, bei dem über 460.000 DM erbeutet worden sein sollen.

Ferner soll er an der Entführung Schleyers und der Ermordung der vier Schleyer-Begleiter beteiligt gewesen sein. Eine Frau will ihn laut BKA-Ermittlungen als den Fahrer des VW-Busses erkannt haben, den die Entführer benutzt haben sollen. Ferner „fand die Polizei einen Tennisschläger, den nach den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft Wisniewski gekauft hatte“ („Tagesspiegel“, 6.11.79), ebenfalls in einem Auto, das bei der Entführung benutzt worden sein soll.

Der Termin für die Prozeßeröffnung steht noch nicht fest, der Prozeß wird vor der 4. Strafkammer des Düsseldorf Landgerichtes stattfinden. Wenn da nicht schon wieder mindestens lebenslanglich geplant ist ...

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Peter Hartleb schwebt in Lebensgefahr

Der Gesundheitszustand des Erziehers und Drogenberaters Peter Hartleb (Photo), der wegen „Vergehen gegen den § 176“ zu zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden war, hat sich rapide verschlechtert. Wenn er nicht bald freigelassen wird, überlebt er die Haft nicht mehr. Er wiegt jetzt nur noch 40 (vierzig!) Kilo bei fast 1,80 m Körpergröße. Er erbricht die Nahrung, die er zu sich genommen hat, häufig wieder. Über dem Magen verspürt er Druckschmerzen. Schon am 1.9. wurde bei ihm nur noch ein sehr geringer Blutdruck (90/70 mmHg) gemessen. Eine fachinternistische Untersuchung sowie eine Therapie außerhalb der Gefängnismauern wurde von der Gefängnisverwaltung nicht genehmigt. Peter Hartleb ist akut selbstmordgefährdet. Aber seinen letzten Hafturlaub verweigerte man ihm mit der Begründung, er habe Fluchtabsichten und sei „bockig“.



Peter Hartleb, als er immerhin noch 45 kg wog. Jetzt wiegt er nur noch ca. 40 kg!



Peter Hartleb, als er immerhin noch 45 kg wog. Jetzt wiegt er nur noch ca. 40 kg!

Wer ist Peter Hartleb?

Peter Hartleb sitzt im Knast, weil er sich mit einem 6-jährigen Mädchen, zu dem ein zärtliches, freundschaftliches Verhältnis bestand, nackt liebkost hatte. Dabei hatten die beiden auch vor der magischen Gürtellinie nicht halt gemacht. Es waren vom Kind völlig erwünschte Streichelkontakte (nicht etwa der Koitus). Das Mädchen kam selbst zu ihm. Als Begründung sagte es (lt. Bullenprotokoll): „Ich habe ihn lieb“.

Vor Gericht wurde ihm dann vorgeworfen, mit einem kleinen Mädchen „ausgedehnte sexuelle Eskapaden im Zustand neurotisch-psychopathischer Persönlichkeitsstörung von Krankheitswert“ begangen zu haben. Er wurde des „sexuellen Mißbrauchs eines Kindes“ (§ 176) für schuldig befunden. Dies, obwohl irgendwelcher (angenommener) Schaden bei dem Kind nie festgestellt wurde. Dies war auch nicht Gegenstand der Gerichtsverhandlung.

Alle Rechtsmittel und Anträge von Peters Seite (Revision, Haftverschonung, Anrechnung eines strengen – dem Urteil vorausgehenden – Hausarrests auf die Strafe) wurden abgelehnt, ohne daß auf die jeweilige inhaltliche Begründung überhaupt eingegangen wurde. Seit Anfang 1979 sitzt Peter wieder im Knast, in der JVA Lingen.

Ende 1978, vor seinem Haftantritt, faßte er im Rahmen einer 120-seitigen Dokumentation seine durch die strafrechtliche Verfolgung entstandene Lage so zusammen: „Im Dezember 1976 besuchte mich – wie vorher schon so oft – ein kleines Mädchen. Bei diesem Besuch „überschreite“ ich die vom Gesetzgeber festgelegte Grenze. Ich tausche intime Zärtlichkeiten mit dem Mädchen aus, der Gesetzgeber nennt das aber: 'sexueller Mißbrauch eines Kindes'. Für dieses Delikt erhalte ich folgende Strafen: 1. Ich werde vom Schreibtisch weg verhaftet, vorher hat die Kripo/

Fritzlar auf widerliche Art und Weise mich diffamiert (Herumzeigen von Fotos und Befragen der Kinder). 2. Ich komme neun Monate in Untersuchungshaft nach Gießen. 3. Dadurch verliere ich meinen Arbeitsplatz. 4. Mein Beruf als Sozialpädagoge ist dadurch auch beendet. 5. Ich werde auf das Schlimmste von meinen ehemaligen Arbeitskollegen und Chef verleumdet. Hiergegen kann ich nichts unternehmen. 6. Ich verliere meine Wohnung, dadurch auch wertvolle Unterlagen. 7. Nach Verbüßung der neun Monate U-Haft am 14. Oktober 1977 bekomme ich vom Amtsgericht Schwalmstadt-Treysa Hausarrest (bisher 450 Tage). 8. Ich muß mich – wie ein Schwerverbrecher – einmal wöchentlich bei Gericht oder bei der Polizei melden. 9. Dadurch wurde mir eine Wiederaufnahme einer Beschäftigung unmöglich gemacht. 10. Mein bisheriger Verdienstausschlag beträgt schätzungsweise 30 000 – in Worten Dreißigtausend – DM. 11. Das Landgericht Marburg verurteilt mich zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. 12. Vorausgegangen war, daß ich mich für krank erklären lassen mußte, wäre dieses nicht geschehen, hätte ich eine noch höhere Strafe bekommen, sicherlich nicht unter fünf Jahren. 13. Meine Anwaltskosten belaufen sich inzwischen auf knapp 2000 DM. 14. Ich bekam lediglich 227,- DM Sozialhilfe vom 14. Oktober 1977. 15. Davon soll ich auch nun die Gerichtskosten bezahlen.

Dieses alles nur, weil ich zärtlich zu einem kleinen Mädchen war. Das Mädchen hat mich sehr gern, dieses interessiert die Justizbehörde aber nicht im geringsten.

Die „Bockigkeit“, wegen der Peter jetzt der Knasturlaub versagt wurde und wegen der er, wie in vergleichbaren Fällen nach Verbüßen von zwei Dritteln der Strafe normalerweise üblich, auch nicht auf freien Fuß gesetzt wird – die „Bockigkeit“ besteht darin, daß er es nach wie vor als sein und des Mädchens gutes Recht ansieht, miteinander zärtlich zu sein.

Peter ist jetzt völlig am Ende. Er schrieb der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) wenige Tage nach der Ablehnung seines 2/3-Gesuchs: „Danke für Eure Hilfe, davon soll ich auch nun die Gerichtskosten bezahlen.“

Dieses alles nur, weil ich zärtlich zu einem kleinen Mädchen war. Das Mädchen hat mich sehr gern, dieses interessiert die Justizbehörde aber nicht im geringsten.

Die „Bockigkeit“, wegen der Peter jetzt der Knasturlaub versagt wurde und wegen der er, wie in vergleichbaren Fällen nach Verbüßen von zwei Dritteln der Strafe normalerweise üblich, auch nicht auf freien Fuß gesetzt wird – die „Bockigkeit“ besteht darin, daß er es nach wie vor als sein und des Mädchens gutes Recht ansieht, miteinander zärtlich zu sein.

Peter ist jetzt völlig am Ende. Er schrieb der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) wenige Tage nach der Ablehnung seines 2/3-Gesuchs: „Danke für Eure Karte, aber es ist alles vergebens, ich kann für nichts mehr garantieren, wenn ich nicht bald draußen bin.“ Am 9.11.79 erhielt die DSAP seine eigene Todesanzeige von ihm zugeschickt.

Die DSAP hat folgende Forderungen erhoben, mit denen wir solidarisch sind:

- Umgehende Freilassung von Peter Hartleb wegen lebensbedrohender Haftschäden und seine sofortige fachärztliche Behandlung;
- Deutliche Trennung und Unterscheidung in der Rechtspraxis zwischen gewaltfreien Beziehungen der Kinder/Jugendlichen mit Erwachsenen einerseits und andererseits Gewalttätigkeiten an Kindern;
- Beendigung der Kriminalisierung und Strafverfolgung von pädophilen Erwachsenen-Kind-Beziehungen durch die Abschaffung der §§ 174 - 176 StGB.

Proteste an das OLG Oldenburg sowie an Justizminister Prof. Dr. Schwind Waterloo-Platz 3000 Hannover

Spenden für Peter: DSAP-Sonderkonto 65003808, Sparkasse Krefeld Stichwort „Rechtshilfe“.

Weitere Auskünfte sowie eine Kurzdokumentation, die Peter als „Offenen Brief“ an den Justizminister von Niedersachsen geschrieben hat, sind zu beziehen per: DSAP NRW, Postfach 3236 4150 Krefeld; DSAP Nord c/o Olaf Stübgen Schneewittchenweg 26 2000 Hamburg 76 DSAP Baden-Württemberg Postfach 124 7640 Kehl; DSAP Berlin Postfach 360 226 1000 Westberlin

Peter soll leben!

Ein schwuler Genosse

Gefängnissskandal in Mainz

Erst jetzt wurde öffentlich bekannt, daß bereits in der Nacht zum 23. Mai 1979 der 30-jährige Untersuchungsgefangene Karl Becker im Mainzer Gefängnis totgeschlagen worden ist. Festzustehen scheint, daß Becker zuerst zusammengeschlagen, auf die Pritsche geschleppt und mit Wasser übergossen wurde und dann auf dem Rücken liegend an Erbrochenem erstickt ist. Aus der Tatsache, daß er nachts überfallen wurde, schließt die Staatsanwaltschaft, daß „zumindest ein Aufseher der Nachtschicht der JVA als Täter in Betracht kommt“ („TAZ“, 12.11.).

Der ungeheuerliche Totschlag eines wehrlosen Gefangenen offenbar durch Strafvollzugsorgane macht deutlich, was heute in bundesdeutschen Gefängnissen möglich ist. Die Reaktion der verantwortlichen Behörden verbietet es dabei, beschönigend nur vom verbrecherischen „Fehlverhalten“ einzelner Beamter auszugehen. Denn schon seit Anfang Juni wußten die Justizbehörden bis hinauf zum Justizminister Theisen über den Fall Bescheid. Doch weder die Öffentlichkeit, noch selbst die Strafvollzugskommission des Landesparlaments wurden unterrichtet. Nicht einmal die Eltern Beckers wurden über die wahren Todesumstände ihres Sohnes informiert – eine Praxis, die man noch aus den schlimmsten Zeiten in Deutschland kennt („Stern“, 15.11.). Vermutlich erst eine Indeskrektion zwang die Staatsanwaltschaft, den gewaltsamen Tod Beckers zu bestätigen („TAZ“, 12.11.). Ihre „zurückhaltende Informationspolitik“ rechtfertigte sie dabei „mit einer möglichen Gefährdung des Ermittlungsergebnisses“ (lt. „FR“, 8.11.79). Eine zynische Begründung, wo doch die Staatsanwaltschaft gleichzeitig die Ermittlungen als „ungewöhnlich schwierig“ ausgibt, „weil

die als Täter in Betracht kommenden Beamten weder etwas gehört, gesehen noch sonstwie bemerkt haben wollen“ (lt. „Tagesspiegel“, 10.11.), und gleichzeitig bekanntgeben muß, daß einer von zwei Gefangenen, die in der Nacht zum 23.5. Geräusche aus Beckers Zelle gehört und als Zeugen ausgesagt hatten, am 10. August in seiner Zelle erhängt aufgefunden wurde. Auch wenn in diesem Fall Spuren einer Fremdeinwirkung nicht feststellbar gewesen sein sollen, trifft die Justiz doch zumindest der Vorwurf, den Tod nicht verhindert zu haben. Der Gefangene hatte nämlich den Justizbehörden zwei Tage zuvor Selbstmordabsichten schriftlich mitgeteilt, ohne daß sie ernst genommen wurden: Er wurde nicht aus der Einzelhaft verlegt („Tagesspiegel“, 10.11. und „TAZ“, 12.11.).

Das skandalöse Verhalten der Justiz bis hin zum Justizminister gipfelt darin, daß sie es nicht für nötig hielten, die verdächtigen Vollzugsbeamten auch nur zu beurlauben, sondern daß sie sie weiterhin im Gefängnis ihren „Dienst“ verüben lassen („Stern“, 15.11.).

Nachdem nun ungeplant doch einige Einzelheiten über die Toten im Mainzer Gefängnis ans öffentliche Licht gekommen sind, wird sich in typischer Weise um eine „Aufklärung“ des Falls bemüht: Der verantwortliche Justizminister Theisen, durch die Nichtbearbeitung von Belastungsmaterial gegen NS-Verbrecher durch die ihm untergebene Staatsanwaltschaft eh schon ins Zwielicht geraten, tritt vorerst zurück, um „weiteren unangebrachten Beschuldigungen des Ansehens der CDU und der Justiz von Rheinland-Pfalz zu begegnen“ (lt. „Spand. Volksblatt“, 15.11.). Der Ministerpräsident Vogel bescheinigt ihm im Gegenzug, „einen wichtigen

Beitrag zur rheinland-pfälzischen Politik geleistet zu haben“ („Spand. Volksblatt“, 15.11.) und stellt zugleich klar: Für die Vorkommnisse im Justizbereich treffe Theisen keine Schuld („Tagesspiegel“, 15.11.). Womit er von vornherein die Grenzen der „Aufklärung“ des Skandals durch den von der CDU selbst angeregten parlamentarischen Untersuchungsausschuß abgesteckt hätte.

Der Mainzer Skandal zeigt deutliche Parallelen zum Mannheimer Gefängnissskandal 1973/74, bei dem – ausgehend von Berichten über einen rollkommandoartigen Überfall der Wärter auf die Gefangenen und einem nachfolgenden Prozeß – nach und nach immer mehr Details über Verbrechen an Gefangenen bis hin zu fahrlässigen Tötung und Totschlag an die Öffentlichkeit kamen. Die zuständigen Justizbehörden – unter ihnen auch der bekannte Rebmann – versuchten damals, wie jetzt auch wieder, den Skandal zu vertuschen. Und als das nicht mehr ging, ließen sie ein paar kleine Beamte bestrafen und sich selbst als eigentliche Verantwortliche unbefleckt und frei davonkommen. Rebmann hatte damals die Devise für das Verhalten der Justiz ausgegeben: „Es müsse verhindert werden, daß in der Öffentlichkeit ein generelles Mißtrauen gegenüber den Organen des Strafvollzuges entstehe“ (nach: „Knaustag am Beispiel Mannheim, Dokumentation“, Offenbach 1975, S. 103). Daß diese Devise in dem ähnlichen Fall offensichtlich auch heute noch gilt, zeigt das Verhalten der rheinland-pfälzischen Behörden und Regierung. Daß „generelles Mißtrauen“ ihnen gegenüber absolut notwendig ist – dafür ist der Mainzer Skandal ein erneuter trauriger Beweis. Westberliner Antirepressionskommission des KB

Selbstmord im Knast

Am 19.10. beging ein Häftling in der Berliner Haftanstalt Tegel Selbstmord. Wir drucken im folgenden einen Nachruf, der von 58 Mitgefangenen unterzeichnet wurde und eine ganze Menge über die Situation im Berliner Knast aussagt.

Michael Kramer ist tot!

Er sah als letzte Konsequenz, den jetzigen Lebensumständen zu entgehen, den Selbstmord.

Am 19.10.79 beging er Selbstmord. Er konnte die Haftsituation nicht mehr ertragen. Ihn kann jetzt keiner mehr quälen. Es war sein dritter Versuch, sich selbst zu töten; die ersten beiden Versuche fanden am 10.10.79 statt. Nachdem er im Krankenhaus der U.H.A. Moabit behandelt wurde, kam er am 16.10.79 zurück in die J.V.A. Tegel und sollte unter Beobachtung stehen.

Wie die aussah, zeigt sein Tod: Zwar hat ein Sozialarbeiter mit ihm gesprochen und die Psychologin führte auch ein längeres Gespräch mit

Selbstmord im Knast

Am 19.10. beging ein Häftling in der Berliner Haftanstalt Tegel Selbstmord. Wir drucken im folgenden einen Nachruf, der von 58 Mitgefangenen unterzeichnet wurde und eine ganze Menge über die Situation im Berliner Knast aussagt.

Michael Kramer ist tot!

Er sah als letzte Konsequenz, den jetzigen Lebensumständen zu entgehen, den Selbstmord.

Am 19.10.79 beging er Selbstmord. Er konnte die Haftsituation nicht mehr ertragen. Ihn kann jetzt keiner mehr quälen. Es war sein dritter Versuch, sich selbst zu töten; die ersten beiden Versuche fanden am 10.10.79 statt. Nachdem er im Krankenhaus der U.H.A. Moabit behandelt wurde, kam er am 16.10.79 zurück in die J.V.A. Tegel und sollte unter Beobachtung stehen.

Wie die aussah, zeigt sein Tod: Zwar hat ein Sozialarbeiter mit ihm gesprochen und die Psychologin führte auch ein längeres Gespräch mit ihm, aber offenbar war niemand in der Lage, Michael Kramer direkt zu helfen, seine Situation hier zu verändern, seinem Leben wieder ein Ziel zu geben! Eine Stunde nach dem Gespräch mit der Psychologin hat Michael Kramer die letzte Konsequenz gezogen. Mit einem Schnitt die Halsschlagader geöffnet und sich selbst getötet.

Wir fragen:

Wie viele müssen noch sterben und an der hier bestehenden Haftsituation psychisch zerbrechen, bevor bei den zuständigen Stellen der Justizverwaltung und der Anstaltsleitung der Gedanke des Behandlungsvollzugs und Resozialisierung Fuß faßt und die Haftbedingungen insoweit geändert werden, wie sie der Gesetzgeber im Strafvollzugsgesetz vorsieht.

Die einzigste Reaktion von seiten der zuständigen Stellen war bisher eine nichtssagende Presseerklärung des Senats, die den tatsächlichen Tathergang entstellt und die wahren Geschehnisse verschleierte!

Wir fordern:

Eine umfassende Untersuchung des Todes Michael Kramers Herstellung einer öffentlichen Diskussion über die bestehenden Haftbedingungen

(aus: taz 7.11.79)

88a-Prozeß gegen

Rolf Löchel

neu angesetzt

Der Prozeß gegen Rolf Löchel wegen Verbreitung der „Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs“ ist jetzt auf den 16. Januar 1980 verschoben worden. Dies ist schon die zweite Verschiebung eines angekündigten Prozeßanfangs. Die Folge dieser erneuten Verschiebung des Prozesses darf nicht sein, daß der Prozeß ohne Öffentlich-

88a-Prozeß gegen

Rolf Löchel

neu angesetzt

Der Prozeß gegen Rolf Löchel wegen Verbreitung der „Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs“ ist jetzt auf den 16. Januar 1980 verschoben worden. Dies ist schon die zweite Verschiebung eines angekündigten Prozeßanfangs. Die Folge dieser erneuten Verschiebung des Prozesses darf nicht sein, daß der Prozeß ohne Öffentlichkeit durchgeführt werden kann. Es sind jetzt folgende Prozeßtermine festgelegt:

16.1., 23.1., 30.1., 6.2. sowie jeder weitere Mittwoch jeweils um 9 Uhr 15. Prozeßort ist: Landgericht Frankfurt, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, Saal 146 a

Weitere Infos zum Prozeß über:

Schwarze Hilfe
c/o Rolf Löchel
Postfach 1668
3550 Marburg

Und hier auch noch mal das Spendenkonto zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß: Peter von der Forst
BLZ 53380042
Kontonummer 9277675/01
Dresdner Bank Marburg

„...da ist nur freizusprechen!“

Am 8.11. erging das Urteil des Hamburger Landgerichts in der Berufungsverhandlung gegen Heinrich Eckhoff wegen des Nachdrucks des „Buback-Nachrufs“. Ein Freispruch ohne Wenn und Aber!

Wie schon in AK 165 berichtet, hatte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“ (des ehemaligen Generalbundesanwalts Buback) gestellt. Sie behauptete dabei, H.E. hätte sich mit dem Nachdruck die gesamten Ausführungen des Mescalero-Textes zu eigen gemacht und wäre insofern auch strafrechtlich dafür verantwortlich. Die Verteidigung ging davon aus, daß der Text als Dokument zur Solidarität mit dem damals angegriffenen Göttinger AStA und als Korrektur zur völligen Verzerrung der Aussagen des Textes in der bürgerlichen Presse abgedruckt wurde.

Während das Amtsgericht Hamburg in der ersten Instanz im Februar dieses Jahres in seinem Freispruch zu der Meinung gelangte, H.E. habe sich

zwar strafbar gemacht, dies sei jedoch in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ geschehen (worauf sich dann der Freispruch begründete), kam das Landgericht zu einem gänzlich anderen Schluß.

In Übereinstimmung mit allen anderen Gerichten teilt es die Auffassung, daß der „Buback-Nachruf“ die Straftatbestände der „Verunglimpfung eines Toten“ und der „Verunglimpfung der BRD“ (§ 90a) erfüllt. Die entscheidende Frage sei, ob sich H.E. diese Ansichten zu eigen gemacht hätte. Das Gericht erkannte dann aufgrund von Form und Inhalt des Flugblatts an, daß es sich hierbei um eine Dokumentation eines Textes handelt, der zum damaligen Zeitpunkt Anlaß für eine Kampagne gegen den Göttinger AStA und gegen die sogenannten Sympathisanten der „Terroristen“ war. Es sah keine Anhaltspunkte dafür, daß sich H.E. als preserechtlich Verantwortlicher mit dem Text identifiziert habe und billigte im folgenden ausdrücklich das Recht auf

Dokumentation auch von Texten, die nach staatlicher Auffassung strafbar Inhalts sind.

Für die Pressearbeit der Linken ist dies insofern ein wichtiges Urteil, weil damit dem Standpunkt der Staatsanwaltschaft widersprochen wurde, nach der eine Kollektivhaftung in dem Sinne besteht, daß nur Texte nachgedruckt werden dürfen, von denen sich gleichzeitig distanziert wird.

Aktuelle Bedeutung bekommt dieses Urteil in einem weiteren Verfahren gegen Heinrich Eckhoff, jetzt als preserechtlich Verantwortlicher des ARBEITERKAMPFS. Der Nachdruck eines Artikels aus der Münchener Alternativzeitung „Blatt“ zur Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten wird Gegenstand eines Verfahrens wegen Verstoßes gegen § 90a sein. Auch in diesem Fall geht es allein um einen dokumentierten Nachdruck, der mit einem eigenen Artikel versehen wurde (siehe hierzu AK 165).

Mißhandlungen bei Vernehmungen zukünftig erlaubt?

Der BGH hat kürzlich ein Urteil des Freiburger Schwurgerichtes aufgehoben, das den Krankenpfleger R. Böse aus Rheinfelden von der Anklage des Mordes in mehreren Fällen freigesprochen hatte.

Das Freiburger Gericht hatte ausdrücklich darauf verzichtet, ein von der Polizei erzwungenes Teilgeständnis Böses im Urteil zu berücksichtigen. „Der BGH hat nun — berichtet (Böses Rechtsanwalt) Kühnert — befunden, daß in den fraglichen Vernehmungen das Folterverbot nicht verletzt worden sei“ („FR“, 10.11.79).

Dazu erläutert die „FR“: „Das Schwurgericht hatte laut Kühnert befunden, daß die bei ersten Vernehmungen Böses nach der Festnahme von der Lörracher Polizei geübten Vernehmungsmethoden das ‚Folterverbot‘ verletzt, das im Grundgesetz (Artikel 1: Menschenwürde; Artikel 104: Mißhandlungsverbot) und in der Strafprozeßordnung enthalten ist.“

In deren Paragraphen 136a heißt es unter anderem: „Die Freiheit der Willensentschließung und Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch Mißhandlung, durch Ermüdung, durch körperlichen Eingriff, durch Täuschung oder durch Hypnose ... Die Drohung mit einer ... unzulässigen Maßnahme und das Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils sind verboten ohne Rücksicht auf die Einwilligung des Beschuldigten. Aussagen, die durch Verstöße gegen diese Bestim-

mungen erreicht werden, sind gerichtlich nicht verwertbar“ („FR“, 10.11.79).

Böses Vernehmung ging eindeutig gegen die gesetzlichen Vorschriften vor:

- Böse war trotz Ermüdung nach 36 Stunden ohne Schlaf nachts vernommen worden.
- Die Beamten hatten ihn nicht einmal über den Grund seiner Festnahme und die Anschuldigungen gegen ihn belehrt.
- Die Beamten hatten Böse auf die Gefahr eines Selbstmordes hingewiesen, die bestünde, falls er sein Gewissen nicht entlaste (Neue Selbstmord-Verhinderungsstrategie?).
- Sie hatten Böse gegenüber auch wider besseres Wissen behauptet, er sei bereits überführt.
- Sie hatten ihm unterschwellig gedroht, die Vernehmung in die Hände „älterer Kollegen“ zu geben, die nicht so viel „Nachsicht“ kennen würden.
- Sie hatten Böse im Falle eines Geständnisses angeboten, das „äußerste Beste“ für ihn herauszuholen.

Rechtsanwalt Kühnert wirft dem BGH nun völlig zu Recht vor, der BGH habe der Polizei einen „Freibrief für skandalöse Vernehmungsmethoden“ geschrieben. Er hat gegen dieses Urteil Verfassungsbeschwerden erhoben.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Offener Brief

Was weiß der Verfassungsschutz im Mordfall Schmücker?

Herrn Bundesminister für Inneres Baum persönlich
Bundesamt für Verfassungsschutz, Herrn Meier
Herrn Senator für Inneres Berlin Ulrich, persönlich
Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Herrn Natusch
Polizeipräsident in Berlin, Abt. Staatsschutz, Herrn Kittlaus
Staatsanwaltschaft, Landgericht Berlin, Herrn Müllenbrock, Przytarski
Landgericht Berlin, 9. Strk., Herrn Richter Dr. Fitzner, Handtke, Weiß

Offener Brief

Was weiß der Verfassungsschutz im Mordfall Schmücker?

Herrn Bundesminister für Inneres Baum persönlich
Bundesamt für Verfassungsschutz, Herrn Meier
Herrn Senator für Inneres Berlin Ulrich, persönlich
Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Herrn Natusch
Polizeipräsident in Berlin, Abt. Staatsschutz, Herrn Kittlaus
Staatsanwaltschaft, Landgericht Berlin, Herrn Müllenbrock, Przytarski
Landgericht Berlin, 9. Strk., Herrn Richter Dr. Fitzner, Handtke, Weiß

Sehr geehrte Herren!

In Ihrer Eigenschaft als erkennende Richter, Ermittlungsbeamte oder Dienstherren haben Sie die Verurteilung unserer Mandanten im sog. Schmückerprozeß zu verantworten:

Ilse Schwipper — vormals Jandt — : Lebenslängliche Freiheitsstrafe
Wolfgang Weißlau : 8 Jahre Freiheitsstrafe (Jugendstrafe)
Wolfgang Strücken : 4 Jahre Freiheitsstrafe (Jugendstrafe)
Anette v. Wedel : 4 Jahre Freiheitsstrafe (Jugendstrafe)
Söhnke Löffler v. Gierke : 4 Jahre Freiheitsstrafe (Jugendstrafe)

Sie tragen diese Verantwortung in Kenntnis dessen, daß die Verteidigung, in deren Namen ich mich an Sie wende, einen ALIBI-Antrag gestellt hatte, durch den durch Einvernahme eines Beamten des Landesamtes für Verfassungsschutz Berlin (LfV) die Nichtschuld der Angeklagten bewiesen werden sollte.

Die Beamten erschienen nicht zur Aussage, obwohl vorgeladen. Die Dienstherren verweigerten die Aussagegenehmigungen. Die Richter verurteilten und weiterten sich den Prozeß auszusetzen, bis eine Aussagegenehmigung vor den Verwaltungsgerichten eingelegt war. Seriösen Pressemitteilungen vom 8.11.79 entnehmen wir die Tatsache, daß der Verfassungsschutz es acht Jahre hingenommen hat, Frau Astrid Proll ein Geheimdokument vorzuhalten, aus dem sich wesentliche entlastende Angaben zu dem ihr gemachten Tatvorwurf des Mordversuchs ergaben; daß es der Verfassungsschutz sehenden Auges geschahen ließ, daß eine vermutlich nicht Schuldige 4 Jahre unter dermaßen gesundheitsschädlichen Haftbedingungen zu leiden hatte, daß sie wegen Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen werden mußte.

Wir stellen fest:

Wäre Frau Proll nicht unter derart lebensfeindlichen Haftbedingungen inhaftiert worden,

Wäre Frau Proll nicht nach Groß-Britannien geflüchtet,

Wäre Frau Proll 1975 rechtskräftig zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt worden,

Wäre schließlich das entlastende Geheimdokument nicht auf Betreiben der Verteidigung schließlich nach acht Jahren aufgetaucht, dann sähe heute Frau Proll möglicherweise eine Lebenslängliche Freiheitsstrafe ab, ohne daß der Entlastungsbeweis jemals hätte erbracht werden können.

Im sog. Schmückerprozeß, in dem Sie, sehr geehrte Herren, einen klassischen ALIBI-Nachweis verhindert haben, sitzen

Frau Schwipper

Herr Weißlau

seit dem 24.8.1974, also seit 5 Jahren, 2 Monaten und 14 Tagen in Untersuchungshaft; — die übrigen verbrachten 2 1/2 Jahre in U-Haft.

Angesichts der im Falle Proll bekanntgewordenen Tatsachen stellen wir als Verteidiger folgende Fragen, von denen nicht nur die Angeklagten sondern auch die Öffentlichkeit eine klare Antwort erwartet:

Was weiß der Verfassungsschutz im Mordfall Schmücker?

Warum weigert sich die Strafkammer, den ALIBI-Antrag als wahr zu unterstellen, — so, wie es die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verlangt, wenn Behörden sich weigern, an der Wahrheitsfindung mitzuwirken?

Welche Konsequenzen gedenken Sie zu ziehen, nachdem Sie es in Kauf genommen haben, Entlastungsbeweise vorzuhalten und das Risiko eingegangen zu sein, potentiell Unschuldige verurteilt zu haben?

Nicht zuletzt von Ihren Antworten wird es abhängen, inwieweit dieser Staat als Rechtsstaat noch glaubwürdig ist.

Hochachtungsvoll
(Heinisch)
Rechtsanwalt



Koschnik nach der Wahl in Bremen — Berufsverbote pflastern seinen Weg

Der Beamte Ulli G. mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert, die Kolleginnen Sch. und L., mehr als vier Jahre Beamte auf Probe, zum 31.12. 79 gekündigt: So sieht die traurige Bilanz der „Reform des Radikalerlasses“ in Bremen aus!

Hans Koschnik hat sich Ende 1978 und besonders vor der Bürgerschaftswahl lautstark von der Praxis des Radikalerlasses, die Duckmäuser und Kriecher produzierte, distanziert: „... den Extremistenbeschuß auf den Müllhaufen werfen“. „Die Mitgliedschaft in einer Partei (...), die Betätigung in ihr und für sie reicht allein für die Entlassung nicht aus“.

Und jetzt, kaum nach der Wahl, sieht die Wirklichkeit so aus: Kollegin L. soll mit einer Kündigungszeit von nur sechs Wochen nach insgesamt sieben Dienstjahren entlassen werden. Das Schreiben erhielt sie drei Tage nachdem ihr Kündigungsschutz aufgrund des Mutter-schutzgesetzes ausgelaufen war. Nach ihrer Entlassung wird sie ohne jede soziale Unterstützung dastehen, da sie als Beamtin keinen Anspruch auf

und Kriecher produzierte, distanziert: „... den Extremistenbeschuß auf den Müllhaufen werfen“. „Die Mitgliedschaft in einer Partei (...), die Betätigung in ihr und für sie reicht allein für die Entlassung nicht aus“.

Und jetzt, kaum nach der Wahl, sieht die Wirklichkeit so aus: Kollegin L. soll mit einer Kündigungszeit von nur sechs Wochen nach insgesamt sieben Dienstjahren entlassen werden. Das Schreiben erhielt sie drei Tage nachdem ihr Kündigungsschutz aufgrund des Mutter-schutzgesetzes ausgelaufen war. Nach ihrer Entlassung wird sie ohne jede soziale Unterstützung dastehen, da sie als Beamtin keinen Anspruch auf

Arbeitslosengeld hat. Sie soll entlassen werden,

— weil sie 1975 die „KVZ“ verkauft haben soll („Erkenntnisse, die mehr als zwei Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen“, Koschnik);

— weil sie außerhalb Bremens an einer Veranstaltung zu Zimbabwe teilnahm („Wir wenden uns gegen jegliche Form von Geringfügigkeit“, Koschnik);

— weil sie sich gegen den Abbau demokratischer Rechte einsetzte und dem Dienstherrn „Begünstigung von Schnüffelei und Spitzeldiensten“ ankreidete.

Schließlich wird ihr mangelnde Loyalität und fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Dienstvorgesetzten vorgeworfen, weil sie sich an Beschlüsse des Kollegiums hielt und bei ihrer Anhörung nicht zu außerdienstlichen Vorwürfen Stellung nahm.

Ein Unding ist das Vorgehen der Behörde gegenüber den Vertretungsorganen der Kollegen:

— Der Personalrat stimmte der Ent-

lassung nicht zu (März 79); — Die Schlichtungsstelle stimmte nicht zu (April 79); — Die Einigungsstelle — zu gleichen Teilen aus Behörden-, Personalratsvertretern und einer unabhängigen Person bestehend — stimmte nicht zu (Juli 79).

Trotzdem hat der Senat im Oktober die Entlassung der Kollegin beschlossen! Die anderen beiden Fälle sind ähnlich verlaufen; beispielhaft allerdings im Fall der Kollegin L. ist die Solidarität der Kollegen, die sofort reagierten. Der Schulleiter schrieb persönlich an Koschnik, erinnerte diesen an seine eigenen Sprüche und forderte die Zurücknahme der Kündigung.

Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen die Herausgabe einer Dokumentation über den Fall und werden demnächst eine Schulversammlung durchführen, zu der auch die Presse eingeladen werden soll.

Ein Unding ist das Vorgehen der Behörde gegenüber den Vertretungsorganen der Kollegen:

— Der Personalrat stimmte der Ent-

Eine Genossin aus Bremen

Fälle sind ähnlich verlaufen; beispielhaft allerdings im Fall der Kollegin L. ist die Solidarität der Kollegen, die sofort reagierten. Der Schulleiter schrieb persönlich an Koschnik, erinnerte diesen an seine eigenen Sprüche und forderte die Zurücknahme der Kündigung.

Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen die Herausgabe einer Dokumentation über den Fall und werden demnächst eine Schulversammlung durchführen, zu der auch die Presse eingeladen werden soll.

Eine Genossin aus Bremen

Etappensieg gegen Berufsverbot

Am 20.11. ordnete das Hamburger Verwaltungsgericht auf Antrag des Lehrers Hans-Werner S. das Ruhen des von ihm angestregten Prozesses gegen die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis an.

Im Mai 1976 wurde er wegen guter Leistungen in der Schule zur vorzeitigen Verbeamtung auf Lebenszeit vorgeschlagen. Seit dem 1.8.1974 hatte er an der Handelsschule unterrichtet. Im Juni 1976 erhielt er ein Schreiben der Behörde, in dem ihm „Zweifel“ an seiner Verfassungstreue mitgeteilt wurden. Diese begründeten sich auf mehrmalige Teilnahme an Veranstaltungen des KB, woraus gleichzeitig die Mitgliedschaft im KB gefolgert wurde. Am 1.11.1977 schließlich wurde nach zwei Anhörungen seine Entlassung verfügt. Dagegen klagt er vor dem Verwaltungsgericht.

Seitdem ist in Fragen Berufsverbote in Hamburg einiges geschehen. Klose hat seine „Liberalisierungswelle“ angekündigt, erst kürzlich wurden

tatsächlich 16 von Berufsverbot bedrohte Kollegen eingestellt. Hans-Werner S. wurde jedoch auf eine Anfrage mitgeteilt: „Der Kläger bemüht sich vergeblich, Äußerungen, die Herr Bürgermeister Klose im Rahmen von Erörterungen im politischen Raum in zurückliegender Zeit gemacht hat, für seine Argumentation mit nicht zu übersehender Polemik ins Spiel zu bringen.“ Dieses Verfahren sollte also stattfinden, obwohl ihm nur die Mitgliedschaft im KB vorgeworfen wird (die nicht einmal bewiesen werden kann) und obwohl Klose in seinen Liberalisierungsversprechen gerade hervorgehoben hatte, daß die bloße Mitgliedschaft kein Entlassungsgrund mehr sein solle.

Gegen die Entlassung von Hans-Werner S. hatten sich sowohl die Lehrer seiner damaligen Schule als auch der jetzigen ausgesprochen, ebenso wie seine ehemaligen Schüler und die GEW. Der Personalrat hat allen Entlassungsgründen des Senats widersprochen. Innerhalb weniger

Tage vor dem Prozeß unterschrieben 1600 Menschen aus dem In- und Ausland eine Protestresolution. Ein besonderer Ausdruck dieser Solidarität waren auch die ca. 60 Anwesenden bei der Gerichtsverhandlung.

Jetzt endlich vor dem Gericht willigte der Senatsbeauftragte ein, diesen Fall nach den neuen Richtlinien zu beurteilen, wobei er sich damit herausredete, Hans-Werner S. sei noch nicht genügend angehört worden.

„Wir werten es als Erfolg, daß der Senat durch den Druck einer kritischen Öffentlichkeit und zahllosen Solidaritätserklärungen von Schülern, Lehrern und aus der GEW bewegen werden konnte, auch in diesem Fall einzulernen. Nach der öffentlichen Erklärung des Senats und der Entscheidung vom 26.9.79 (Einstellung der 16. Anm. AK) muß erwartet werden, daß demnächst auch Hans-Werner S. zum Beamten auf Lebenszeit ernannt wird.“

Berufsverbotekommission, Hamburg

Gemeinsame Veranstaltung der Hamburger 16

Am 16.11.79 luden 16 Hamburger Berufsverbotsopfer, deren Einstellung in den öffentlichen Dienst nach der sogenannten „Liberalisierung“ der Berufsverbotspraxis erkämpft werden konnte, zu einer gutbesuchten Solidaritäts-Fete in die Uni-Mensa ein. Sie wollten sich damit bei allen Kollegen, Eltern, Schülern, Freunden und Unterstützern aus der Bewegung gegen die Berufsverbote für die erwiesene Solidarität bedanken. Gleichzeitig wollten sie darauf aufmerksam machen, daß es in Hamburg noch ca. 100 Fälle gibt, deren Berufsverbote trotz „Liberalisierung“ weiterhin aufrecht erhalten werden.

Stellvertretend für die 16 Betroffenen wurde zunächst von der Lehrerin Antje Freese dargestellt, welche materiellen und psychischen Probleme man in den langen Jahren eines Berufsverbotsverfahrens durchzustehen hat. Sie machte deutlich, daß dies alles nur mit Hilfe der ihr entgegengebrachten Solidarität auszuhalten war.

In den beiden folgenden Beiträgen der Lehrer Hannes Holländer und

Hans-Werner Schäfer wurde jedoch deutlich, daß der Kampf gegen die Berufsverbote noch lange nicht zu Ende ist. Sie gehören nämlich zu den vielen Berufsverbotsopfern, die von einer „Liberalisierung“ noch nichts gespürt haben. Die ca. 600 Veranstaltungsteilnehmer wurden von den beiden Lehrern über den bisherigen Verlauf ihrer Verfahren sowie über die künftig notwendigen Schritte im Kampf um ihre Einstellung informiert.

Bemerkenswert ist dabei, daß bei Hans-Werner Schäfer, dessen Prozeß wenige Tage später stattfinden sollte, innerhalb von wenigen Tagen 1.600 Menschen des In- und Auslands mit ihrer Unterschrift gegen die erste gerichtliche Berufsverbotsverhandlung in Hamburg seit den Liberalisierungsversprechungen protestierten.

Aufgelockert wurde die Veranstaltung durch verschiedene musikalische und literarische Einlagen (Likedeeler, Straßentheater, Uwe Wandrey, Gerd Fuchs) sowie einen neuen Film über die Praxis der Berufsverbote.

Mit dieser Veranstaltung setzten

die 16 einen Schlußpunkt unter ein beispielhaftes gemeinsames Vorgehen. Trotz erheblicher Differenzen (so reichten die Vorwürfe von der Mitgliedschaft in der DKP, über den KB bis hin zur KPD/ML) konnten sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Senat einigen.

Berufsverbotekommission, Hamburg

Berufsverbot nach NPD-Denunziation

Würzburg. Die NPD denunzierte, und die Stadt Würzburg schritt zur Tat: Ein Jurastudent, Mitglied der DKP, hatte einen Posten als Fremdenführer bekommen; immerhin ist er Mitglied der „Gesellschaft für mainfränkische Kunst und Geschichte“. Nachdem die NPD in einem Offenen Brief seine „Entfernung“ aus dem öffentlichen Dienst gefordert hatte, weil er DKP-Radikaler sei, verlängerte der städtische Personalausschuß seinen Arbeitsvertrag nicht mehr. („tat“, 16.11.79)



Militarismus Antimilitarismus



Zum Kongreß „Ökologie- und Friedensbewegung“

Etwa 150 Interessierte erschienen am 27./28. Oktober in Kassel zu einem Kongreß „Ökologie- und Friedensbewegung“, der vom BBU in Zusammenarbeit mit der DFG/VK und der SÖDZDL veranstaltet wurde. Die Durchführung dieses Kongresses geht zurück auf einen Beschluß der BBU-Mitgliederversammlung, in der Öffentlichkeit stärker als bisher die Gefahren der militärischen Nutzung der Atomkernspaltung ins Bewußtsein zu rufen.

Eindeutiger Tenor des Kongresses war denn auch, daß zukünftig beide, Friedens- und Ökologie-Bewegung als eine Lebensschutzbewegung verstärkt die örtliche und überregionale Zusammenarbeit suchen und praktizieren sollten. Hierfür wurden einige konkrete Anfänge entwickelt: Gemeinsame(r) Protest/Aktionen gegen die geplante Einführung neuer atomarer Mittelstreckenraketen durch die NATO; die Arbeit an einer nuklearen Lagekarte, die alle „zivilen“ und militärischen atomaren Projekte, Lagerstätten, etc. in der BRD verzeichnet; der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm; Zusammenarbeit gegen die Versuche, Frauen ins Militär zu integrieren; u.a.m.

Es gibt jedoch nicht nur Positives von diesem Kongreß zu berichten. Während das politische Spektrum der Ökologiebewegung relativ breit vertreten war (BBU, WSL, GRÜNE u.a. aus Bremen, Niedersachsen und Vlotho, Bunte, sowie eine Reihe von Mitgliedern einzelner Bürgerinitiativen gegen AKWs, Autonome, usw.) war „die“ Friedensbewegung hauptsächlich durch Vertreter des von der DKP dominierten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) präsentiert. Lediglich die SÖDZDL sowie einige Vertreter der „Gewaltfreien Aktion“, bzw. der „Gewaltfreiheit und der WRI (Internationaler pazifistischer Dachverband) waren als nicht dem Entspannungsschwindel verpflichteter Gegenpart zum KOFAZ anwesend. Die „linken“ Organisationen, außer GIM, SB und KB glänzten durch Abwesenheit. Diese Konstellation ergab dann ein Bild, in dem ein geschlossener Block der ohnehin recht zahlreich erschienen KOFAZ-Vertreter und Anhänger dem „bunten“ uneinheitlichen Spektrum der sonstigen Teilnehmer gegenüberüberstand, wodurch natürlich Verlauf und Ergebnisse der Diskussion in einigen Arbeitsgruppen und im Plenum weitgehend vorbestimmt war.

Daß trotzdem für die weitere Arbeit tragfähige Ergebnisse zustande kamen, ist wesentlich Verdienst der war.

Daß trotzdem für die weitere Arbeit tragfähige Ergebnisse zustande kamen, ist wesentlich Verdienst der BBU-Vertreter.

Gemeinsame Aktivitäten notwendig

In den Einleitungsreferaten von Roland Vogt (BBU-Vorstand) und Bubenzer (DFG/VK-Vorstand) wurde die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammengehens der Ökologie- und Friedensbewegung betont. Beide Bewegungen seien letztlich dem Schutze des Lebens verpflichtet, keine der beiden könne ohne die andere den Kampf gewinnen. Der erste Atom-bombenversuch der südafrikanischen Rassisten wenige Tage vor dem Kasseler Kongreß verdeutliche dies sehr drastisch.

Denn schließlich gelang den Rassisten der Aufstieg zur Atommacht über den Weg der „zivilen“ Nutzung der Atomkraft (vor allem mit Unterstützung der BRD). Die „FAZ“ bekannte kürzlich offen, daß es für eine „zivile“ Atomkraft wie der BRD mit dem entsprechenden Willen lediglich eine Sache von einigen Wochen sei, auch militärisch präsent zu sein. Die einzige Konsequenz daraus könne für die Friedensbewegung sein, sich auch gegen die „zivile“ Nutzung der Atomkernspaltung zu stellen. Umgekehrt könne die bis heute hauptsächlich auf den Kampf gegen die zivile Nutzung des Atom's konzentrierte Ökologie-Bewegung sich nicht länger der Tatsache verschließen, daß weltweit ein Atomwaffenpotential aufgetaucht worden ist, welches schon in „Friedenszeiten“ alles andere als ein ungefährlicher Faktor sei. Allein in der BRD werden 7 bis 8.000 Atomsprenghäupter „gelagert“, deren genaue Standorte vor der Bevölkerung geheim gehalten werden. Diese Atomsprenghäupter stellen

selbst in Friedenszeiten wie AKW's ein Katastrophenpotential dar, bei zahlreichen Unfällen ging es jeweils um Haarsbreitens an einer Katastrophe vorbei.

Über den atomaren Problemsektor hinaus wurden auf dem Treffen weitere Fakten gesammelt und Probleme diskutiert, so etwa die Gewaltfrage, Militarisation, Atomstaat, Notstandsgesetze, Frauen zum Bund, Entwicklung des „Zivil“-Dienstes zum Arbeitsdienst, die Herstellung biologischer und chemischer Waffen, die Frage des Krieges ums Öl und anderes mehr.

Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Praxis

Roland Vogt (BBU) benannte als ein großes Problem in der Vergangenheit die „Berührungsangst“ vieler Bürgerinitiativen über den engen Kreis ökologischer Fragen hinaus. Dieses Hemmnis für mögliche Bündnisse werde noch verstärkt durch einen Antikommunismus („gefährliche Seuche in unserem Land“), der allzuoft zur Rechtfertigung der Rüstung führt. Andererseits, so Vogt sinngemäß, seien die „Bedenken“ vieler BI's aber auch begründet, wenn einige Kommunisten sich z.B. weigern, die „zivile“ und militärische Nutzung der Atomkernspaltung generell abzulehnen.

Aus der Sicht der DKP, bzw. ihr „nahestehender“ Diskussionsredner bot es sich natürlich an, den von Vogt angeführten „Antikommunismus“ als Hauptproblem bei der Bündnispolitik zu „geißeln“. (Bekanntlich ist ja jede Kritik an der Politik der DKP und ihrer Bündnispartner eh nur „schlechter Antikommunismus“ ...). Der BBU solle endlich die Politik der „antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ (ausgerechnet!) fallen lassen, und zur Mitarbeit in den zahlreichen (teilweise DKP-dominierten) Bürgerinitiativen gegen Truppenübungsplätze (und ähnliche Einrichtungen - Garlstadt/Erlangen etc.) aufrufen.

Nachträglich muß man feststellen, daß leider niemand die derart anmassend auftretenden Vertreter des KOFAZ und der DKP zu deren eigener Unvereinbarkeitspraxis befragte. Schließlich waren es doch genau diese Leute, die z.B. auf den KOFAZ-Demonstrationen regelmäßig Schlägereien gegen linke Zeitungsverkäufer und Demonstranten inszenieren und hemmungslos jede nicht dem Entspannungsschwindel verpflichtete Parole rauszuprügeln versuchen! Hierzu sollte bei möglichen zukünftigen „Bündnissen“ jede „klärende“ Wort verlangt werden.

Die Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde allerdings auch von einigen der ansonsten wenig präsenten GRÜNEN ins Feld geführt. Nachdem ein GIM-Mitglied dem Plenum „erklärt“ hatte, daß dieses System nur gewaltsam umgekrempelt werden könne, daß es für Frauen ein „Wehrrecht“ (!) geben müsse, daß zwischen „real-sozialistischen“ und US-imperialistischen Atombomben differenziert werden müsse etc. pp., nutzte Willers von den Bremer GRÜNEN die Gunst der Stunde, um sich über die Notwendigkeit von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und gegen die „ideologischen



Hegemoniebestrebungen“ verschiedener Gruppen auszulassen. Viel Beifall erntete er damit allerdings nicht. Positiv hob sich Silewsky von der GLU-Niedersachsen von derartigen Beiträgen ab. Er erklärte, daß er trotz dieser ihn erschütternden Rede des GIM'ers an dem Konzept einer grün-roten-bunten Einheit festhalten wolle und erntete dafür viel Beifall.

Ebenso positiv wurde die Rede eines schon etwas älteren Mitglieds der DFG/VK-Kassel aufgenommen. Dieser nahm sich die einzelnen etablierten Parteien vor, kritisierte sie allesamt wegen ihrer militaristischen und rüstungsfreundlichen Haltung und forderte dazu auf, endlich eine alternative pazifistische Partei zu schaffen. Der Beifall war allerdings nicht ungeteilt: Die Anhänger der DKP fühlten sich etwas brüskiert ... Verständlich! (Teilnehmer berichteten, daß Grünewald vom Vorstand der DFG/VK sich sogar den Mitgliedsausweis dieses Redners zeigen ließ).

Die Ergebnisse des Kongresses, die wir hier vorstellen wollen, werden auf der im Dezember stattfindenden Mitgliederversammlung des BBU zur Abstimmung vorgelegt. Die Resolution gegen die geplante „Modernisierung“ der NATO-Mittelstreckenraketen wurde bereits auf dem Offenbacher grünen Programm-Kongreß von einer großen Mehrheit der Anwesenden begrüßt und unterstützt (lediglich die „KPD“ geriet ins Wutschnauben).

Die nukleare Lagekarte

Bereits vor einem Jahr wurde auf der BBU-Mitgliederversammlung das Projekt einer nuklearen Lagekarte beschlossen. Auf dieser Karte sollen neben den zivilen auch die militärischen atomaren Anlagen und Lagerstätten verzeichnet werden, um der BRD-Bevölkerung auch eine bildliche Version der Pulverfaßsituation zu vermitteln, in der wir leben. Eine entsprechende Arbeitsgruppe des Kongresses diskutierte über die Möglichkeit, diese Lagekarte zusätzlich auch mit einem Überblick über die kon-

ventionellen militärischen Standorte/Anlagen etc. zu „vervollständigen“ und vereinbarte eine konkrete Zusammenarbeit. Für Teile der BRD existiert eine solche Kartenvorlage bereits, die von der DKP erstellt wurde. Es wurde vorgeschlagen, für derartige Karten einen (neutralen) Trägerverein zu bilden. Dies ist wohl auch aus rechtlichen Gründen sinnvoll, denn die Bundesregierung drohte dem BBU bereits mit strafrechtlichen Mitteln gegen die Erstellung und Verbreitung einer solchen Karte für die BRD vorzugehen. (Angeblich würden mehrere Straftatbestände, u.a. Geheimnisverrat und Spionage erfüllt). Später auf der Pressekonferenz wurde auf entsprechende Fragen von den Vertretern des BBU noch einmal verdeutlicht, daß speziell die angedrohte Verfolgung wegen Geheimnisverrat oder Spionage eine Farce sei, weil man tatsächlich davon ausgehen muß, daß alle wesentlichen Stellen - auch die des Ostens - über den exakten Standort der Atomraketen und Sprengköpfe informiert seien, nur nicht die Bevölkerung der BRD selbst!

(Wer an genaueren Informationen interessiert ist, bzw. diese Arbeit unterstützen kann/will, sollte sich an die Redaktion des Umweltmagazin „bbu-aktuell“ wenden).

Wirkungen und Spätfolgen von Hiroshima und anderer nuklearer Strahlungen

Wirkungen und Spätfolgen von Hiroshima und anderer nuklearer Strahlungen

Eine entsprechende Arbeitsgruppe, geleitet von Petra Kelly (BBU), gab die wesentlichsten Ergebnisse als Anregungen und Forderungen schriftlich bekannt. Die Arbeitsgruppe hat sich „ausführlich mit dem Zerstörungsausmaß und den z.T. noch heute wirkenden und neu auftretenden Folgeschäden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki auseinandergesetzt“.

Es bestand in dieser AG „Einigkeit, daß die atomare Bedrohung eine der Hauptgefahren für das Überleben der Menschheit darstellt. Die Menschenverachtende Qualität der atomaren Produktion und Entwicklung in allen Bereichen des menschlichen Lebens [Medizin, Energie, Militär und Wirtschaft] fordert den Widerstand von Ökologie und Friedensbewegung heraus. Eine effektive Aufklärung der Bevölkerung, besonders der betroffenen Arbeiter muß gegen den Widerstand der Medien von uns geleistet werden. Wir fordern von der Bundesregierung eine objektive und umfassende Statistik aller Tot- und Mißgeburten sowie aller Leukämie und Krebserkrankungen, insbesondere bei Kindern in der unmittelbaren Umgebung aller atomaren Zentren.

Alle kritischen Ärzte und Wissenschaftler sollten auf das Problem der nuklearen Strahlung, speziell der Niedrigstrahlung aufmerksam gemacht werden mit dem Ziel, eine wirksame Solidarität mit den Bürgerinitiativen zu entwickeln. Außerdem sollten allen BI's und Friedensgruppen qualifizierte Referenten und Materialien zur Verfügung gestellt werden. Die Solidarität mit den Atombombenopfern in Japan und anderen Teilen der Welt muß intensiviert werden. In einer gemein-

samen Kampagne der Ökologie- und Friedensbewegung soll ein atomares Moratorium durchgesetzt werden, das einen sofortigen Stop der Produktion, Entwicklung und Vermarktung atomaren Materials für zivile und militärische Zwecke zum Ziel hat.“ (Zitiert aus dem Bericht der AG).

AG-Frauen zum Bund? Zivildienst im Umweltschutz?

In der AG „Frauen zum Bund?“ einigten sich die verschiedenen Strömungen repräsentierenden Frauen auf den Minimalkonsens einer Ablehnung der Pläne und Versuche, Frauen ins Militär zu integrieren (In der AG hatten sich eine Reihe für einen „positiven Dienst“ der Frauen ausgesprochen). Beschlossen und diskutiert wurden u.a. Aktivitäten gegen das „Soziale Jahr“, sowie die Erstellung eines Buches bzw. einer Broschüre über Aktions- und Arbeitserfahrungen beim Kampf gegen die Militarisation der Frauen. Dieses soll speziell als Arbeitsmaterial die weiteren Aktivitäten unterstützen. (Kontakt über Eva-Maria Banach-Epple).

Die Vertreter der SO/ZDL stießen mit ihrem sehr speziellen Problem „Zivildienst im Umweltschutz“ in Bezug auf ihre Arbeitsgruppe auf wenig Resonanz.

Krieg ums Öl oder AKWs?

wenig Resonanz.

Krieg ums Öl oder AKWs?

Weil zunehmend in der Öffentlichkeit die „Alternative“ — Krieg ums Öl oder Ausbau der Atomtechnologie — (Schmidt) propagiert wird, befaßte sich auch eine AG mit diesem aktuellen politischen Thema, um hierzu Positionen zu entwickeln. Geleitet wurde diese AG von Harald Müller von der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK), der auch einen Abschlußbericht vor dem Plenum hielt. Zum einen wurde über mögliche Kriegs-anlässe diskutiert: Ölknappheit (längerfristig) die innenpolitische Entwicklung in den Ölförderländern (kurzfristig). Auch der Ost-West-Konflikt könne sowohl einen solchen Krieg ermöglichen, als auch gegebenenfalls verschärfen.

Feststellbar sei eine zunehmende Bereitschaft des Westens, militärisch zu intervenieren. Militärisch sei die Einnahme von Ölquellen allerdings schwierig. Hieran werde intensiv auf Seiten des Westens gearbeitet.

Zum Zweiten sei die Parole - Ölkrieg oder AKW's - eine Demagogie, denn praktisch kann die Atomkraft das Öl, aus dem ja nur zum geringen Teil Energie gewonnen wird, nicht ersetzen.

Einige Anmerkungen zur DKP

Viele Teilnehmer des Kongresses waren ebenso wie wir selber recht erstaunt über das (soweit erkennbar) zahlenmäßig starke Erscheinen der DKP und ihr nahestehender „Bündnisorganisationen“. Entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten beim Umgang mit „Bündnispartnern“ und trotz der rein zahlenmäßig gegebenen Möglichkeit, diesen Kongreß in ihrem

Fortsetzung nächste Seite

Zur geplanten Einführung neuer atomarer Nato-Mittelstreckenraketen

Die NATO beabsichtigt, auf ihrer Ratstagung im Dezember über die Einführung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu entscheiden. Die Einführung dieser Waffen in Mitteleuropa verhindert eine konsequente Entspannungspolitik, verschärft das Wettrüsten und gefährdet die Existenz der Bundesrepublik.

Die Teilnehmer des Kongresses „Ökologie und Friedensbewegung“ stellen fest:

1. Wir begrüßen die Maßnahme der Sowjetunion, 20.000 Soldaten aus der DDR abzuziehen, als eine Maßnahme, die ein positives Signal für die weiteren Abrüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen setzt.
2. Wir fordern die Regierungen der NATO-Länder auf, gleichartige Maßnahmen zu ergreifen.
3. Wir sehen in der Ankündigung, 1.000 Panzer aus der DDR abzuziehen, einen Beitrag im Rahmen einer Politik der kalkulierten Vorleistungen.
4. Wir fordern die Bundesregierung und die Regierungen der NATO-Länder auf, auf die Angebote der Sowjetunion vom 6.10.79 mit eigenen Vorleistungen zu reagieren und insbesondere die Einführung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu verhindern.
5. Wir fordern die NATO und den Warschauer Pakt auf, die bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen endlich zu echten Abrüstungsverhandlungen zu erweitern.

Kassel, 27./28. Oktober 1979

(Diese Resolutionen und Beschlüsse wurden mit großer Mehrheit verabschiedet.)

„Betreuungsmaßnahmen“ bei der Bundeswehr

An einem Samstagnachmittag im September fand in der Zieten-„Ranch“ (so wird unter Soldaten die Zietenkaserne bezeichnet) eine „Betreuungsmaßnahme“ statt. Ein Bereitschaftszug übte Schießen, nicht mit Schnellfeuerwaffen, sondern mit Luftgewehren, dafür aber nicht auf dem Schießstand, sondern im Unterrichtsraum der Kompanie.

Am Ende der „Betreuungsmaßnahme“ kann sich ein Oberfeldwebel von seiner Knarre nicht trennen. Von hinten simuliert er den Angriff auf einen Rekruten, das geladene Gewehr im Hüftanschlag. Der Schuß geht los und trifft einen Rekruten in die Kniekehle.

„Erst Tage später und durch Zufall erfährt der Kompaniechef, Hauptmann Michael Auerbach, von dem Vorfall. Er leitet die Untersuchung ein, meldet dienstwegbewußt an den Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Udo Meyer Sommer. Der Tatbestand wird durch Zeugenaussagen ermittelt, der Bataillonschef beantragt beim Truppendienstgericht eine strenge Be-

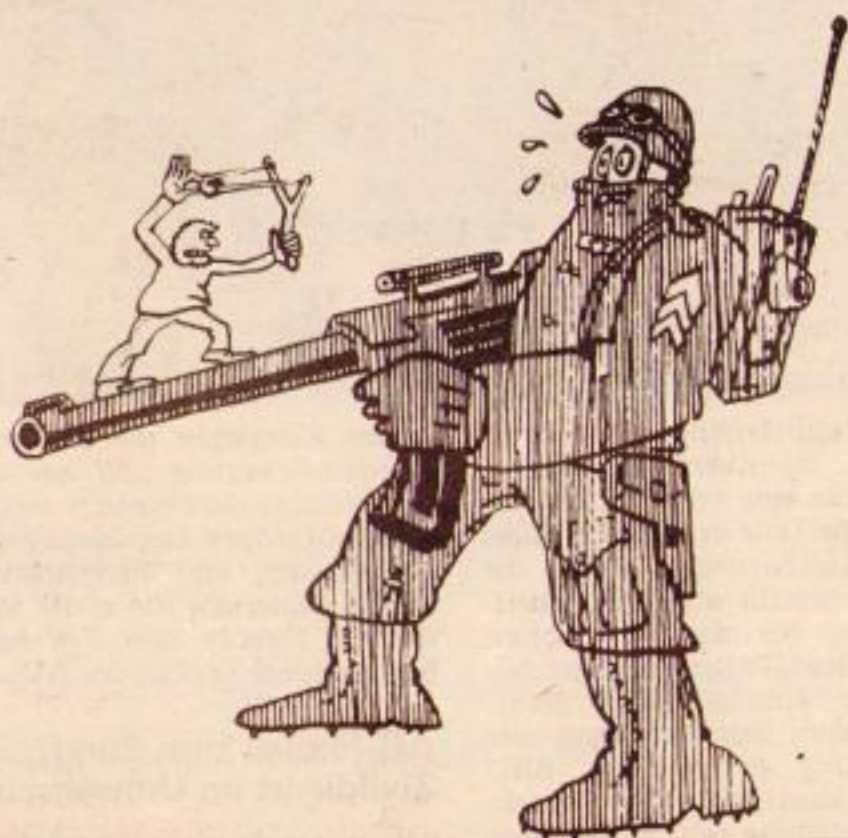
strafung des Oberfeldwebels. Der tut weiter Dienst in seinem Zug. Hauptmann Auerbach: „Ein von seinen Männern sehr anerkannter Zugführer, der Hervorragendes geleistet hat, seitdem er hier in Göttingen ist.“ („Göttinger Tageblatt“, 11.10.79).

Für den Bataillonschef ist die ganze Sache natürlich etwas rein Zufälliges. „Der Oberfeldwebel hat sich vergessen. So etwas darf nicht passieren. Wir werden ja vom ersten Tag in der Bundeswehr dazu erzogen: Niemals eine Waffe auf den Mann richten, nicht einmal eine Wasserpistole.“ („Göttinger Tageblatt“, 11.10.79).

Na ja. Einige Rekruten berichteten jedenfalls gegenüber dem „Göttinger Tageblatt“, daß jener Zugführer auch noch mehrere Schüsse aus dem Fenster auf Soldaten abgegeben habe, die vor dem Fenster an ihren Autos bastelten.

Wir werden über den weiteren Fortgang der „Betreuungsmaßnahmen“ Berichten.

Be. aus Göttingen



Fortsetzung von Seite 23

Fortsetzung von Seite 23

Sinne zu majorisieren, hat die DKP und ihr Anhang dieses zwar teilweise, aber eben nicht völlig getan. Vor allem wohl um den gewichtigen Bündnispartner BBU nicht schon bei der ersten größeren Tuchfaltung zu verprellen.

Allerdings zeigt die „Berichterstattung“ der DKP und der ihr nahestehenden Presse über den Kongreß nur allzu deutlich, daß sich hier kein grundlegender Sinneswandel eingestellt hat.

Während verschiedene Vertreter des KOFÄZ auf dem Kongreß sich selbst noch als Teil der Friedensbewegung in der BRD darstellten (wenn auch ziemlich eindeutig als „führender“ Teil ...) und auch verschiedene diesbezügliche Darstellungen unwidersprochen hinnahm, wird in der „UZ“ und in der „die tat“ bereits durchgehend von der Friedensbewegung gesprochen. Tatsächlich war die Friedensbewegung in Kassel nicht repräsentiert. Insbesondere fehlten auf dem Treffen Vertreter aus dem Bereich der kirchlichen und der gewerkschaftlichen Friedensbewegung.

Die Resolution gegen die geplante Einführung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der NATO (siehe nebenstehend) hat ein „Vorspiel“ auf dem Kongreß gehabt, welches lohnt, kurz betrachtet zu werden: Der ursprüngliche Entwurf für diese Resolution war von DKP-nahen Kräften entworfen. Geblieben ist von diesem Entwurf lediglich der nur unwesentlich veränderte Vorspann. Statt der letztlich beschlossenen folgenden fünf Einzelpunkte, sah der DKP-Entwurf folgendes vor: „... fordern die Bundesregierung auf: 1. Verhindern sie die Einführung dieser atomaren Mittelstreckenraketen. 2. Gehen sie auf das Angebot Breschnew's vom 6.10. konstruktiv ein. 3. Lassen sie es damit nicht bewenden und machen sie weitere Vorschläge zur Abrüstung.“

Diesem Entwurf stellte Roland Vogt einen „Kompromißantrag“ entgegen, der die vorher geäußerte Kritik an dem DKP-Entwurf z.T. berücksichtigte. Diesem Antrag Vogt's wurde mehrheitlich zugestimmt - auch von den anwesenden Vertretern der DKP und des KOFÄZ.

Die wesentlichsten Differenzen zwischen den beiden Resolutionen liegen in folgenden Punkten:

1. Der DKP-Entwurf sah in Punkt 2. („Gehen sie auf das Angebot Breschnew's ... konstruktiv ein“) eine pauschale positive Bewertung der Breschnew-Vorschläge vor. Der letztlich verabschiedete Entwurf dagegen

kret ein („... begrüßen die Maßnahme [als] ... ein positives Signal

kret ein („... begrüßen die Maßnahme [als] ... ein positives Signal ...“ - sehen [darin] ... einen Beitrag im Rahmen einer Politik der kalkulierten Vorleistungen.“ - Hervorhebung von uns).

2. In der letztlich verabschiedeten Resolution wird in Punkt 5. die NATO und der Warschauer Pakt (WP) aufgeführt, „die bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen endlich zu echten Abrüstungsverhandlungen zu erweitern“! (Hervorhebung von uns). Dieser Punkt fehlte in dem DKP-Entwurf natürlich völlig: (normalerweise werden einem von der DKP glattweg Prügel angeordnet, wenn man echte Abrüstung fordert!).

In dem Bericht der „UZ“ (30.10.) über den Kongreß wird diese Resolution nicht zitiert, sondern sinngemäß in ihrer „Intention“ (und das ist in der UZ bekanntlich die Intention der DKP!) dargestellt. Der Punkt 5. („echte Abrüstung“) entfällt dabei natürlich, und auch die Differenzen in der Bewertung der Breschnew-Vorschläge verschwinden völlig. Stattdessen liest der „UZ“-Fan: „Der BBU-Sprecher [Vogt] begrüßte die von Leonid Breschnew unterbreitete Friedensinitiative der Sowjetunion.“

In einem Kommentar zu dem Kasseler Kongreß schreibt Jochen Mandel in der „UZ“ (30.10.): „Das Ergebnis des Kongresses, die Beschlüsse sind der positive Beginn einer engeren Zusammenarbeit der Umweltschutzbewegung und der Friedensbewegung. Sie sind ... ein Auftakt. Die DKP ist bereit, diese Entwicklung zu unterstützen.“ Allerdings natürlich nicht vorbehaltlos: „Andererseits fordert Vogt von den Kommunisten in der Umweltschutzbewegung, auch die friedliche Nutzung der Kernenergie generell abzulehnen. Hierzu läßt sich aus den bisherigen Erfahrungen im Kampf gegen das Bonner Atomprogramm anmerken, daß eine derartige Vorbedingung ohne Zweifel die Bewegung einengen würde.“

Das mag wohl stimmen. Die DKP verliert in der Ökologie-Bewegung ihre Glaubwürdigkeit an ihrer uneingeschränkten Verteidigung der AKWs im „realen Sozialismus“. Auf dem Kasseler Kongreß wurde sie in Sachen Friedenspolitik noch allemal geschont - kein Wort findet sich in den Resolutionen zu dem von SU betriebenen Entspannungsschwindel und kein Wort gegen das auch von der SU betriebene Wettrüsten.

Auch hier würde die DKP die „real-sozialistischen Atomwaffen“ bis zum Verlust jeder Glaubwürdigkeit verteidigen.

Anti-Militarismus-Kommission

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst: Es tut sich wieder was

Nachdem es längere Zeit sehr still war um die Entwicklung und Verschärfung der Kriegsdienstverweigerung und um den geplanten und teilweise begonnenen „Ausbau“ des „Zivil“-Dienstes zum Arbeitsdienst, tut sich jetzt wieder einiges, was hoffen läßt, daß die Herrschenden ihre Pläne nicht reibungslos und in aller Stille durchziehen können. Trotz einer bereits sehr spürbaren Verschlechterung des „Zivil“-Dienstes und einer zunehmenden politischen und sozialen Repression gegen anerkannte Verweigerer steigt die Zahl der Anträge auf KDV weiter an!

Der Protest gegen die zur Zeit noch von den Bundestags-Parteien „kontrovers“ diskutierten neuen Gesetzesentwürfe für die Kriegsdienstverweigerung und für den „Zivil“-Dienst, die - wie auch immer - die Beibehaltung der Gewissensprüfungs-Inquisition und den Ausbau des „Zivil“-Dienstes zu einem zeitlich verlängerten Arbeitsdienst z.B. in den Kasernen vorsehen, der Protest gegen diese Gesetzesentwürfe ist besonders seitens der Trägerverbände für ZDL immens stark. Und auch die KDV-Organisationen kommen nach einer sehr langen „Sommerpause“ so langsam wieder in die Puscheln. In verschiedenen Orten wurden bereits die ersten, relativ gut besuchten Vollversammlungen der örtlichen ZDL von der SO/ZDL durchgeführt, auf denen teilweise auch schon über die Notwendigkeit von neuen bundesweiten ZDL-Streiks und Aktionen gegen die geplanten neuen Gesetze diskutiert wurde.

Wohl nicht als Reaktion auf derartige Proteste sondern vor allem auch als Beginn einer Gegenoffensive will der Bundestag im Januar (wurde verschoben!) ein öffentliches Hearing zu den Gesetzesentwürfen veranstalten, auf dem gemeinsam mit allen „Betroffenen“ das „Für und Wider“ der neuen Entwürfe diskutiert und beraten werden soll. Ein solcher Versuch, die Proteste einzufangen und in „sachliche“ Diskussionen zu und beraten werden soll. Ein solcher Versuch, die Proteste einzufangen und in „sachliche“ Diskussionen zu kanalisieren, dürfte den Parteien und dem Staat jedoch nicht so ohne weiteres gelingen. Es wäre wünschenswert, daß die „Betroffenen“ (Trägerverbände, Jugendorganisationen, KDV- und ZDL-Verbände u.a.) sowohl auf dem Hearing gut vorbereitet und massiv präsent sind, und daß darüberhinaus die bundesrepublikanische Öffentlichkeit mit den geeigneten Mitteln über die derzeitige Entwicklung in den Bereichen KDV und „Zivil“-Dienst, sowie über die geplanten Gesetze so breit als möglich informiert wird.

Die folgenden Meldungen sollen einen kleinen Einblick in die aktuelle Entwicklung geben.

Zahl der KDV-Anträge steigt

Mit 26.111 Anträgen auf KDV im ersten Halbjahr 1979 ist ein Zuwachs (im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978) von 17,7 % feststellbar! Vergleicht man nur die jeweils ersten fünf Monate der Jahre 78 und 79, ergibt sich sogar eine Steigerung um 23,4 %! Das heißt praktisch, daß sich zu jeweils vier Verweigerern 78 noch ein fünfter in diesem Jahr dazugefunden hat. Dies wohlgernekt trotz inzwischen reichlich verschlechterter Bedingungen im Zivildienst. Weiter so!

Das Kriegsministerium gab bekannt, daß inzwischen „nahezu alle“ 34.692 KDV-Erklärungen aus der Zeit der liberalisierten Anerkennungsverfahren (i. d. B. bis 15.12.77) in Anträge umgewandelt worden sind. Zur Erinnerung: derzeit war es „möglich“, per Postkarte zu verweigern. Dem bot das Bundesverfassungsgericht jedoch Einhalt. Die „Erklärungen“ der Verweigerer wurden in Anträge umgewandelt.

Die Zahl der Antragsteller insgesamt, deren Verfahren noch in der jeweils ersten, zweiten oder dritten Instanz anhängig ist, beläuft sich auf über 70.000. Davon 8.454, deren Verweigerung vor der dritten Instanz auf Behandlung wartet.

Die Zahl der Prüfungsausschüsse wurde in den letzten Monaten von 30 auf 203 erhöht, die der Prüfungskammern (2. Instanz) von 15 auf 103. Wie es scheint, versucht man jetzt massiv, dem steigenden „Antragsberg“ Herr zu werden.

Laut Kriegsministerium betrug die Anerkennungsquote im ersten Halbjahr 79-81,2 %. Diese Zahl ist jedoch irreführend, weil sie sich nicht auf alle Anträge, sondern nur auf die bereits entschieden bezieht. Und das sind bis jetzt erst wenige, deren Ergebnis nicht als repräsentativ gelten kann. In

den Vorjahren betrug die durchschnittliche Anerkennungsquote etwa 70 %.

Am Stichtag 15.8.79 lagen dem Bundesamt für Zivildienst insgesamt 205.000 Akten anerkannter und diensttauglicher Verweigerer vor. In 10.162 Zivildienststellen in der BRD gibt es 42.159 Zivildienstplätze. Von diesen sind 23.875 mit dienstlicher Unterkunft ausgestattet und 18.276 als sogenannte „Heim Schlafplätze“ deklariert. Am 15.8.79 waren 26.771 aller Plätze mit Zivildienstleistenden besetzt (63 %) (Angaben aus: „antimilitarismus Information“ 10/79).

Schönes West-Berlin!

In Westberlin hielten sich Anfang 1979 insgesamt 10.711 Wehrpflichtige (bis 28 Jahre) ohne, und 907 Wehrpflichtige mit entsprechender Genehmigung des Kriegsministeriums auf. Zum Vergleich: 1974 wurden nur 7523 Fälle unerlaubten Wegzuges aus der BRD nach Westberlin gezählt. Das Kriegsministerium „sieht in den jungen Männern, die ihren Wohnsitz nach Berlin (muß heißen West-Berlin) verlegt haben, keineswegs nur Drückeberger. In den überwiegenden Fällen war der Wunsch, an der Spree zu studieren, ausschlaggebend“. Dies behauptet jedenfalls das Kriegsministerium ... (Angaben nach „antimilitarismus Information“ 10/79).

Verfassungssch(m)utz hat Zugang zu KDV-Akten!

Wie inzwischen wohl schon breiter bekannt, schnüffelt der VS auch in den Akten der Kriegsdienstverweigerer herum. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst mochte dem VS diese Amtshilfe nicht verweigern. Bisher habe es lediglich vier Fälle einer solchen Amtshilfe gegeben, die allesamt aus dem „terroristischen Bereich“ (???) stammten, behauptet die Regierung.

Die Zivildienst-Kartei bzw. der Computer des Bundesamtes für Zivildienst dürfte für den VS als unübertrefflich brauchbar gelten: denn jeder Kriegsdienstverweigerer ist gezwungen, sämtliche persönlichen Daten, politische und soziale Ansichten, darüber hinaus „Zeugen“ etc. dem Staat einigermaßen wahrheitsgetreu zur Verfügung zu stellen, wenn er überhaupt eine Chance auf Anerkennung als KDV haben will! Für die gesellschaftlich kleine Gruppe der KDVler ist somit der totale Überwachung die Tür weit geöffnet (nach „AMI“ 10/79).

Kriminalisierung von KDVlern in Bayern

In Bayern wird bekanntlich schon immer viel getan, damit die Jugend „anständig“ groß wird, später dann regelmäßig zur Kirche geht und hin und wieder CSU wählt. Trotzdem schlagen immer wieder einige aus dem Rahmen und ... verweigern den Kriegsdienst. Daß derart kriminelle Ideen und Praktiken nun nicht auch noch weiterverbreitet und propagiert

werden können, dafür soll künftig das Verbot garantieren, Zivildienstleistende an Stellen einzusetzen, in denen sie möglicherweise Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben. Zitat: „Seitens des (bayerischen) Kultusministeriums wird die Beschäftigung eines ZDL in einer Einrichtung, die von Kindern oder Jugendlichen besucht wird, nicht befürwortet. Das Ministerium ist der Auffassung, daß eine politische Beeinflussung grundsätzlich dann möglich ist, wenn in einer Einrichtung der unmittelbare Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit dem ZDL gegeben ist.“

Dieses „nicht befürworten“ gilt sogar für „Erste-Hilfe-Kurse“ (von wegen einwickeln und so) und beispielsweise für Schulland-Aufenthalte von Schulklassen. „Selbst durch dienstliche Anweisung und regelmäßige Kontrolle“, so Maier (CSU), kann „der unmittelbare Kontakt des Zivildienstleistenden mit den Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung nicht ausgeschlossen werden.“

Schlimm, schlimm. Und wenn jetzt bestimmte sozialliberale Kreise zu Recht gegen CSU-Maier polemisieren (er leide unter „Verfolgungswahn“, betreibe „Apartheidpolitik“, meinte die FDP Bayern, es sei „erstaunlich“, wie geschickt Maier seine „Liberalität und Intelligenz ... zu verbergen weiß“, schreibt die „SZ“), dann mögen sie auch bedenken, daß bereits zwischen 1974 und 1976 das Bundesamt für Zivildienst (SPD/FDP-geleitet) vor jeder Abstellung eines Zivildienstleistenden an eine Jugendeinrichtung, die jeweilige oberste Landesbehörde um eine Stellungnahme „gebeten“ hat, ob eine etwaige politische Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen ausgeschlossen werden könne!

Widerstand ist trotzdem, oder gerade deswegen gegen eine derartige Kriminalisierung von Nöten. In Bayern protestieren u.a. der Vorsitzende der GEW Heinz Putzkammer und der Bund der deutschen Katho-

Bayern protestieren u.a. der Vorsitzende der GEW Heinz Putzkammer und der Bund der deutschen Katholischen Jugend gegen die Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern. (Nach AMI 10/79 und „UZ“, 30.10.)

Verweigerung des 16. Monats im Zivildienst

Der Zivildienstleistende Franz-A. Rollinger hat sich geweigert, den 16. Monat seines Zivildienstes abzuleisten. Zur Begründung führte er an, daß der in Artikel 12a Grundgesetz vorgeschriebene Gleichheitsgrundsatz verletzt werde, wenn zur Begründung des 16. ZD-Monats nicht der empirische Nachweis erbracht werde, daß tatsächlich jeder Soldat nach Ableistung der 15 Monate Bundeswehr zusätzlich zu einer entsprechenden Wehrübung eingezogen werde. Zudem werde der Gleichheitsgrundsatz auch dadurch verletzt, daß Zivildienstleistende für den 16. Monat keinen Verdienstausschlag gezahlt bekommen, während dies bei Wehrübenden Praxis sei.

Kontaktadresse:
F.S. Rollinger,
Hindenburgplatz 25
7401 Dußlingen
(Nach AMI 10/79)



Das geht zu weit: Linke Anwälte verteidigen Vergewaltiger!

Schon im Sommer dieses Jahres hat es vor allem in der „TAZ“ und der Sponti-Szene heftige Auseinandersetzungen um die Frage gegeben, ob ein linker Anwalt für einen der Vergewaltigung beschuldigten Mann die Verteidigung übernehmen soll oder nicht. Frauen in Westberlin hatten damals dem sonst als fortschrittlich geltenden Rechtsanwalt Becker (Westberlin) einen Besuch abgestattet, bei dem sie ihn kräftig in die Mangel nahmen — die „TAZ“ berichtete ausführlich darüber.

Dieses Thema erfreut sich in jüngster Zeit nun wieder besonderer Aktualität: Am 29.10.79 berichteten Hamburger Frauen in der „TAZ“ von einem Prozeß gegen einen türkischen Mann, der wegen versuchter Vergewaltigung angeklagt war. Verteidiger dieses Mannes: Uwe Maeffert, ein sonst in der linken Szene geschätzter und engagierter Anwalt, 1978 Kandidat der „Bunten Liste“ in Hamburg.

Der Prozeß endete mit einem Freispruch. Als Reaktion auf diese Berichterstattung in der „TAZ“ entbrennt eine heftige Leserbriefdebatte, in der sowohl Befürworter als auch Ablehner ausgiebig zu Wort kommen. Vor allem viele Frauen äußerten sich empört. Von seinen Fachkollegen ernennt Uwe Maeffert teils Unterstützung, teils (leider viel zu wenig) Kritik.

Als Unterstützer und Befürworter derartiger Verteidigung tut sich besonders Jürgen Seifert, Jura-Professor in Hannover, hervor. Er schreibt in der „TAZ“ vom 7.11. unter Berufung auf die europäische Menschenrechtskonvention: „Bis zum gesetzlichen Nach-

weis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist. (...) In einem Strafverfahren verdient je-der ein anwaltlichen Schutz gegen die Anklage und zur Sicherung des Verfahrens“.

Andere Leserbriefe rechtfertigen alles unter Hinweis auf die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, mit denen man offenbar alles und jedes entschuldigen kann: „Die Opfer von Gewalt sind immer die Opfer von Unterdrückten, solange ihr das nicht sehen wollt, erscheint mir euer politisches Engagement fragwürdig.“ Natürlich kommen auch die Chauvinisten zu Wort: „Was Frauen in letzter Zeit so auf der dritten Seite (dort waren in der Regel die Leserbriefe zu diesem Thema abgedruckt, d. Red.) verbraten, hat mitunter schon faschistoide Züge“ („TAZ“, 12.11.).

Von Seiten anderer linker Anwälte hat bisher nur Armin Golz aus Frankfurt öffentlich engagiert für die Frauen Partei ergriffen. In seinem Leserbrief schreibt er: „Verteidigung — so dachte ich bisher — sei für einen linken Anwalt nicht nur der unspezifische Rekurs auf die Freiheitsgarantien der Strafprozeßordnung, sondern eine Form politischer Konfliktbewältigung: Wer da kämpft, muß — will er nicht nur Maulvermieter sein — vor allem nicht wogegen.“

Den Vergewaltiger zu verteidigen, bedeutet, von bisher nicht bekannt gewordenen, also lediglich denkbaren Extremfällen abgesehen, nicht, der Unschuldsumutung zum Durchbruch zu verhelfen — die ist bei den

Richtern dieser Fälle, wie man sieht, in guten Händen —; es bedeutet vielmehr, gegen die Vergewaltigung zu kämpfen, ob man sie nun intensiver (und notgedrungen peinlicher) Befragung unterzieht oder nicht. Warum verteidige ich den Herrn Lischka nicht oder den Zuhälter, der ein siebzehnjähriges Mädchen anfixt, um sie auf den Strich bringen zu können? Warum nicht den poor white aus dem Klu-Klux-Klan? Warum nicht den Neo-Nazi? Den wucherischen Vermieter? Den Unternehmer gegen den ausländischen Arbeiter? Weil ich in diesen Fällen gegen den Schwachen kämpfen müßte, gegen die Opfer von Auschwitz, gegen die Entwürdigten und Geschundenen kämpfen müßte.“

Uwe Maeffert hatte schon nach Erscheinen des Artikels der Hamburger Frauen in der „TAZ“ eine Stellungnahme angekündigt. In dieser Stellungnahme erklärt Maeffert, daß er heute die Verteidigung des Türken nicht mehr übernehmen würde, rechtfertigt aber im gleichen Atemzug weitere von ihm übernommene Fälle von Verteidigung bei Vergewaltigung: „In allen drei Fällen (gemeint sind Beispiele, wo der Mann nach Maefferts Meinung angeblich aus anderen, z. B. rassistischen Gründen, der Vergewaltigung angeklagt ist) bin ich der Meinung, daß der linke Anspruch mit der Verteidigung nicht vereinbar ist, sondern sie auch gebietet. Dogmatischer Feminismus (hört, hört!) demgegenüber muß mit „linker“ Politik nicht immer in Einklang stehen, (...) Wo die Vergewaltigungsanklage ausschließlich als die Form der Auseinandersetzung zwischen Mann und

Frau erscheint, werde ich den Mann nicht verteidigen. Wird sie im wesentlichen als Mittel zur Durchsetzung von anderen ablehnungswürdigen Interessen eingesetzt, gegen die wir auch mit anwaltlicher Tätigkeit Widerstand leisten wollen und sollen, so beanspruche ich das Recht zu einer genauen Überlegung des einzelnen Falles mit der Möglichkeit zu seiner Verteidigung und lehne ein kategorisches „Nein“ ab“ (Seite 15 der Stellungnahme).

Schon daran wird deutlich, daß die vorherige „Selbstkritik“, die damit auch reine Alibifunktion bekommt, wohl weniger die tatsächliche Reue als vielmehr die Angst Maefferts in die Feder diktiert hat. Angst nämlich davor, daß ihm angesichts solcher Positionen sein (nicht gerade kleiner) linker Mandantenstamm verlorengeht.

Uns haben diese Vorkommnisse veranlaßt, einen Offenen Brief an diese beiden Anwälte zu schreiben, mit dem wir zum einen die Diskussion innerhalb der Linken voranbringen wollen, mit dem wir vor allem aber auch ganz klar Stellung beziehen wollen.

Eine derartige anwaltliche Praxis halten wir für unvereinbar mit jedweder fortschrittlichen Anspruchs und erst recht mit einer Mitgliedschaft in entsprechenden Gruppen und Organisationen. Da lassen wir nicht mit uns handeln.

AG Frauen, KB Hamburg

P.S. Der Offene Brief steht für jede Frau zur Unterschrift offen.

Offener Brief

an die Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Hartmut Scharmer

Lieber Uwe, lieber Hartmut,

in der TAZ vom 29.10.79 erfahren wir, daß du, Uwe, einen Vergewaltiger verteidigt hast.

Ist die Tatsache einer solchen Verteidigung schon empörend genug, so hast du durch deine Prozeßstrategie — der Angeklagte verweigerte die Aussage — in diesem Fall mit dazu beigetragen, daß es für den Angeklagten einen Freispruch gab.

Die Frau erfährt dadurch nicht nur eine weitere Demütigung, sondern erlitt auch materiellen Schaden. Mit einem Sprung aus dem Fenster hatte sie damals versucht, sich der Gewalt des Mannes zu entziehen. Sie brach sich dabei beide Füße und ist seitdem körperbehindert. Mit einer Verurteilung wäre für sie auch gleichzeitig das Recht auf eine Entschädigung verbunden gewesen.

Ein Ergebnis, was zu den bisher von uns angenommenen Ansprüchen linker Anwälte, den Schwachen zu ihrem Recht zu verhelfen, in absolutem Widerspruch steht.

Die Frauen, die diese Verteidigung bekannt machten, berichteten in ihrem Artikel, du habest inzwischen Zweifel an einer solchen Verteidigung bekommen und kündigst eine ausführliche Stellungnahme an.

So wartete Frau und man geduldet auf diese Stellungnahme, von der zu hören war, sie würde selbstkritisch sein, und es ist sicher mit auf diese Ankündigung zurückzuführen, daß heftigere Reaktionen auf diese Verteidigung nicht folgten.

Aus deinem „Plädoyer gegen diese und für eine andere Verteidigung“ erfahren wir am 12.11., was du, Uwe, gelernt hast: gar nichts.

Den Freispruch verteidigst du nach wie vor und rechtfertigst ihn mit der „Beweislage“, er enthält nach deiner Ansicht „keinen Zynismus und keine Frauenfeindlichkeit.“ Für dich war „aus dem Verlauf des Prozesses heraus... dieser Schuldspruch dagegen nicht zu begründen.“ Formaler Scheiß.

Aus dem Verlauf des Prozesses heraus ist ein Schuldspruch gegen eine Vielzahl Nazis, Putschärzte, Umweltvergifter und wie diese staatlich geduldeten und geförderten Verbrecher alle heißen, auch oft nicht zu begründen. Mit einer solchen Äußerung gesellst du dich zu den Vertuschern von Unrecht. Freilich seid ihr heute noch so inkonsequent und praktiziert diese Vertuschung „nur“ gegenüber Frauen....

Wir meinen aber, ein linker Anspruch ist unteilbar. Für welche Frau wollt ihr eigentlich noch sinnvoll eine Nebenklägerschaft in einem Vergewaltigungsprozeß übernehmen oder sie in einem Scheidungsverfahren unterstützen? Bei dieser klaren Entscheidung, euch in einem Vergewaltiger-Prozeß auf die Seite des Unterdrückten zu stellen, macht ihr es für Frauen unmöglich, uns euch in Rechtssachen anzuvertrauen.

Welcher Anwalt, der sich das Etikett „links“ anheftet, kann diese Qualität noch für sich in Anspruch nehmen, wenn er für die Interessen von Frauen vor Gericht nicht mehr auftreten kann?

Worin die Einsicht eigentlich besteht, daß du, Uwe, in diesem Prozeß besser nicht als Verteidiger aufgetreten wärest, wie du in der Erklärung sagst, bleibt unklar. Einzig und allein die Sorge um deine „Glaubwürdigkeit“ und die Zahl deiner Mandanten als politischer Anwalt scheinen dich zu diesem Papier — angefüllt mit Allgemeinplätzen über Unterdrückung der Frau, Klassenkampf und Imperialismus — bewegt zu haben.

Denn die Beteuerung, Vergewaltiger in der Regel nicht mehr zu verteidigen, wird zur reinen Farce, wenn man sich die Realität ansieht:

Zwei Tage nach Fertigstellung des „Plädoyers...“ steht dein Kollege Hartmut Scharmer im Gerichtssaal und verteidigt einen türkischen Arbeiter gegen die Anschuldigung des Vergewaltigungsversuchs und der Beleidigung auf sexueller Basis.

Die Opfer und Zeuginnen sind zwei deutsche Frauen aus der Nachbarschaft des Angeklagten.

Frau A., 41 Jahre und Hausfrau, hat er in ihrer Wohnung aufgesucht — die Familie A. war ihm häufiger behilflich bei offiziellen Schreiben und der Beaufsichtigung seiner Kinder — und versucht, sie zu vergewaltigen (daß daraus später eine „sexuelle Nötigung“ wurde, ist Sache des Gerichts). Frau H., 30-jährige Verkäuferin in einem Milchgeschäft in der Nachbarschaft, wurde von ihm durch verschiedene Auftritte an ihrem Arbeitsplatz, im Treppenhaus zu ihrer Wohnung und durch nächtliche Telefonanrufe terrorisiert.

Die Sache war von vornherein klar.

Daß du, Hartmut, hier das Recht hattest, einem Unschuldigen zu seinem Recht zu verhelfen, kannst du niemandem erzählen wollen.

Die Fragen an die Zeugen und dein Plädoyer waren dann auch entsprechend: Du stelltest mehrere Fragen, die auf das Verhältnis zwischen Frau A. (der Hauptbelastungszeugin) und dem Angeklagten K. abzielten, erwähltest kleine Geschenke, die wenigstens für K. irgend ein Recht auf sexuelle Nutzung der Frau A. abweisen ließe, abgesehen davon, daß die gute Nachbarschaft im wesentlichen in Hilfen der Familie A. für die

Familie K. bestand.

In deinem Plädoyer führtest du wie jeder bürgerliche Rechtskommentator mildernde Umstände an und sagtest: „Man muß sehen, vor welchem Hintergrund sich der Vorfall abspielte; es gab offenbar ein vertrautes Verhältnis.“ Bezüglich der Telefonanrufe meintest du in deinem Plädoyer, du habest „aufgrund der nachbarschaftlichen Beziehung nicht den Eindruck, daß es sich um den Fall strafbaren Unrechts handelt. Man muß ja sehen, daß es zwischen deutschen Frauen und türkischen Männern zu sexuellen Spannungen kommt.“ Die Frau hat dem Mann sexuell zur Verfügung zu stehen. Basta.

Dieser Fall wird von dir, Uwe, in deiner Erklärung als ein Beispiel erwähnt, für das du die Übernahme der Verteidigung ausdrücklich rechtfertigst. Es ist offenbar nur ein Zufall oder Spiel mit verteilten Rollen, daß du, Uwe, nicht schon wieder einen Vergewaltiger im Gerichtssaal verteidigt und du, Hartmut, die Erklärung nicht unterschrieben hast. Steht doch im betreffenden Abschnitt genau das, was du, Hartmut, im Gericht praktiziert hast.

Zusätzlich zu diesem Schrott versucht ihr beide (Uwe im schriftlichen „Plädoyer...“ und Hartmut in dem vor Gericht), diese Verteidigung eines Vergewaltigers in den Schutz der Ehefrauen vor ihren „eifersüchtigen und vom alleinigen Besitzanspruch auf die Ehefrau besessenen Ehemännern“ umzuliegen. Uwe und Hartmut, die einzig konsequenten Verfechter der Rechte der Frauen?

Nicht sehr glaubwürdig, ist doch euer Einstieg in die Diskussion um Vergewaltigung schlicht pervers.

Statt daß ihr euch an der Diskussion über Vergewaltigung, die seit etwa 5 Jahren auch in der westdeutschen Frauenbewegung geführt wird, beteiligt und über die Funktion der Vergewaltigung für Frauen, ob direkter Opfer oder nicht, über die Probleme der Betroffenen, mit dem schrecklichen Erlebnis fertig zu werden, über die Behandlung der vergewaltigten Frau durch Verwandtschaft, Bekanntenkreis usw., über die bezeichnend hohe Dunkelziffer und geringe Verurteilungsquote — die geringste überhaupt — über die Demütigung der Frau bei der Polizei und im Gerichtssaal diskutiert, verbreitet ihr denselben ideologischen Müll, der in bürgerlichen Rechtskommentaren zu lesen ist und den Frauen im Gerichtssaal regelmäßig zu hören bekommen. Ihr sitzt seelenruhig da, wenn die Frau im Gericht durch die Mangel gedreht wird.

Gerade ihr als Anwälte mit linkem Selbstverständnis müßt wissen, daß immer dann die Belastungszeugen im Prozeß zu Angeklagten werden, wenn die Herrschenden überhaupt kein Interesse an einer Verurteilung haben. Daß dieses Verständnis sich in Luft auflöst, wenn es sich um Frauen handelt, hatten wir bisher nicht von Euch erwartet.

Wir sind nicht bereit, uns mit Eurer Haltung abzufinden und zur Tagesordnung überzugehen.

Für die Verteidigung einer Vergewaltigung oder einer ähnlichen Straftat gibt es für einen linken Verteidiger keine Begründung. Oder wollt ihr jetzt grundsätzlich auf der Seite des formell Angeklagten stehen? Ihr nehmt geschickterweise theoretisch diesen Standpunkt ja auch nicht ein. Ihr macht es über einen Umweg: Vergewaltiger, die von Euch verteidigt werden wollen, müssen wenigstens sagen, daß sie's nicht gewesen sind. Diese Naivität glauben wir euch nicht. Und eure Praxis zeigt auch, daß wir von den schönen Worten, mit denen Uwe gegen eine Verteidigung von Vergewaltigern im allgemeinen Stellung nimmt, nichts halten können.

Sie sollen nur wortreich eure Motivation verschleiern: schlichte Männersolidarität.

Ihr müßt euch entscheiden, auf welche Seite ihr euch stellen wollt, bisher steht ihr mit eurer Haltung für uns auf der anderen Seite der Barrikade.

Du, Uwe, warst Kandidat der Bunten Liste Hamburg. Die unterzeichneten Frauen haben die Bunte Liste z.T. gewählt und unterstützen sie z.T. heute noch.

Wir meinen, daß Gruppen mit radikaldemokratischem Selbstverständnis und Organisationen mit dem Anspruch, sich für die Rechte der Frauen nicht nur am Rande einzusetzen, eine eindeutige Stellungnahme zu solchen Anwälten in ihren Reihen abgeben sollten.

Wir erwarten vom Vorstand der Bunten Liste und den linken Anwälten eine klare Stellungnahme hierzu.

Wir wollen wissen, wem wir uns in Rechtsachen noch anvertrauen können und wem nicht.

Unterzeichner (bisher, Stand 23.11.79, 19 Uhr):

AG Frauen, KB Hamburg
Frauenhaus Hamburg
BIFF (Beratung und Information für Frauen), Hamburg-Eimsbüttel
Frauenhaus Hannover
Notrufgruppe München (Telefondienst für vergewaltigte Frauen)

Angegriffen der derzeitigen Angriffe auf den Schwangerschaftsabbruch luden die Frankfurter 218-Beratungsgruppen vom 9.-11. November zu einem bundesweiten Treffen ein, um über die Abtreibungssituation und den § 218 zu diskutieren.

Zu dem Treffen waren an die 100 Frauen aus Frauengruppen und Beratungsgruppen aus ca. 30 Städten gekommen.

Am Samstagmorgen teilten sich die Frauen in Arbeitsgruppen auf. Mittags führten sie dann gemeinsam zu der § 218-Demonstration in Mainz und nachmittags ging es in den Arbeitsgruppen weiter. Am Sonntag fand dann ein Plenum statt, auf dem die einzelnen Arbeitsgruppen berichteten und die weiteren Perspektiven festgelegt wurden. Dabei war Frau sich einig, daß neben der Kleinarbeit, die die Beratungsgruppen machen, die immer noch katastrophale und sich zunehmend verschlechternde Situation des Schwangerschaftsabbruchs wieder mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden müsse, nicht zuletzt, um sich gegen die schärfer werdenden Angriffe von seiten der Reaktion besser wehren zu können.

Es wurde beschlossen, am 23. Februar 1980 ein „Tribunal gegen den § 218“ in Frankfurt zu veranstalten, auf dem Ärzte, Krankenhäuser, Kassen, Pharma-Industrie, Kirchen und Politiker angeklagt werden.

Neben dem Tribunal sind in mehreren Städten Demonstrationen geplant.

AG „Erfahrungen aus den Bundesländern“

In den Arbeitsgruppen „Erfahrungen der Landesgruppen“ und „Politische Perspektiven“ fand ein Erfahrungsaustausch statt, der noch einmal deutlich machte, daß sich an der miserablen Situation für die Frauen wenig geändert hat; im Gegenteil ist die Situation auf Grund des derzeitigen massiven Drucks gegen jegliche „Liberalisierung“ noch schlechter geworden. Immer mehr Frauen sind gezwungen, wieder ins Ausland zu fahren.

Die Beratungsgruppe aus Regensburg berichtete, daß es in Regensburg keine einzige Klinik gibt, die einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt. Es gibt dort ausschließlich konfessionelle Kliniken; die einzige Privatklinik wurde geschlossen. Nur ein Arzt stellt überhaupt eine soziale Indikation aus, und das auch nur in besonderen Notfällen. Reaktionäre Ärzte gehen gegen die Krankenkassen wegen Finanzierung von Abtreibungen gerichtlich vor. Die Frauen der Beratungsgruppe müssen die Frauen, die zu ihnen kommen, nach München und Rosenheim oder wieder nach Österreich und Holland schicken.

Das Frauenzentrum Mühlacker muß die Frauen (die z.T. auch aus Stuttgart kommen) an die Beratungsstelle in Pforzheim weiterleiten, die eine soziale Indikation aber nur bis



§ 218: Frauen klagen an

zur 10. Woche ausstellt.

In Nürnberg können die Frauen zwar zur Beratung gehen und bekommen dort auch eine Indikation, es gibt aber kaum die Möglichkeit, den Abbruch auch durchführen lassen zu können. In der einzigen städtischen Klinik lehnt der Narkosearzt die Indikationen ab, wenn es ihm beliebt. Außerdem nötigt man die Frauen zur Sterilisation oder setzt ihnen, ob sie wollen oder nicht, die Spirale ein. Oft werden die Frauen deswegen nach Hessen, z.B. nach Langen oder in die Odenwaldklinik geschickt.

In Erlangen bekommen die Frauen nicht einmal eine medizinische Indikation, geschweige denn eine soziale Indikation.

In München machen die Kliniken nur Abbrüche, wenn das Gesundheitsamt die Indikation ausgestellt hat. Die pro-familia-stelle arbeitet erst wieder seit Sommer dieses Jahres und macht nur Beratungsarbeit. Z.T. werden die Frauen aus München sogar nach Wien geschickt, wo Privat-Z.T. werden die Frauen aus München sogar nach Wien geschickt, wo Privatkliniken den Abbruch vornehmen.

In Ulm war der Abbruch bis vor einem Jahr nach sozialer Indikation noch möglich. Jetzt bekommt in Neu-Ulm nur noch eine Mutter mit mehreren Kindern die soziale Indikation ausgestellt. Die Uniklinik überprüft die Indikationen nochmals und lehnt die Frauen z.T. nach eigenem Ermessen dann ab. Der Druck von reaktionären Abtreibungsgegnern ist so groß, daß immer mehr Ärzte, die ehemals einen Abbruch machten, sich heute weigern. Ulm ist auch der Sitz des Europäischen Ärzteverbandes, einem reaktionären Sammelbecken von Ärzten, der mit abscheulichen Propagandablättern, Glanzbrochüren von abgetriebenen Embryos seine reaktionäre Hetze unter die

Leute bringt.

Das Beratungszentrum in Trier muß die Frauen nach NRW schicken, weil es in Trier keine Möglichkeiten für einen Abbruch gibt.

In Saarbrücken hat ein Krankenhaus Abtreibungen eingestellt, um nicht in den Ruf einer Abtreibungsklinik zu kommen. Ein anderes Krankenhaus behandelt vor dem Abbruch immer mit Prostaglandinen.

In Augsburg gab die Gesundheitsbehörde an die Ärzte Richtlinien aus, mit der Indikation vorsichtiger zu sein.

In Iserlohn gibt es keine Klinik und keine Ärzte, die Abtreibungen durchführen. Die Beratungsgruppe schickt die Frauen nach Dortmund, wo zwei konfessionelle Krankenhäuser den Abbruch „unter der Hand“ machen. Nur ein Arzt macht den Abbruch ambulant und mit der Absaugmethode. Ein Taxiunternehmen (!) fährt die Frauen nach Holland.

Etwas besser ist die Situation in Westberlin, Hamburg und

Etwas besser ist die Situation in Westberlin, Hamburg und Darmstadt. Hier stellen Beratungsstellen der pro-familia und Ärzte eine Indikation aus und es besteht noch die Möglichkeit, den Abbruch dann auch im Krankenhaus oder beim Arzt durchführen zu lassen. Allerdings sind beim Abbruch selbst die Frauen oft unerträglichen Torturen ausgesetzt. So wird in vielen Krankenhäusern Prostaglandin angewandt, Frauen werden zur Sterilisation gezwungen. In Darmstadt werden im städtischen Krankenhaus 37% der Frauen sterilisiert. Im Urban-Krankenhaus in Westberlin wurde Frauen die Gebärmutter entfernt.

In Frankfurt schien die Situation von den vorgetragenen Erfahrungen noch mit am besten zu sein. Dort stellen die pro-familia und verschiedene Ärzte Indikationen aus. Der Abbruch wird ohne Prostaglandine vorgenommen, das Unikrankenhaus behandelt mit der Absaugmethode und ein anderes Krankenhaus macht den Abbruch auch auf Krankenschein.

AG „Unbezahlte Sozialarbeit?“

Diese AG diskutierte vor allem die Frage, ob die heute bestehenden Beratungsgruppen sich offiziell als Beratungsstellen anerkennen lassen sollen. Damit hätten sie auch Anspruch auf staatliche Zuschüsse sowie volle Planstellen für Beraterinnen. Die Frauen haben sich bei ihrer Diskussion gegen eine solche Anerkennung bzw. Institutionalisierung ihrer Arbeit ausgesprochen. Ihr Hauptargument war dabei, daß sie sich nicht abhängig machen wollten, daß sie ihre Autonomie wahren und sich ihre Arbeit nicht von irgendjemand vorschreiben lassen wollten. Sie sehen die Gefahr, daß sie sich als anerkannte Beratungsstellen die Möglichkeit nehmen, Kontrollfunktionen gegenüber den § 218-Institutionen wahrzunehmen. Die Frauen wollen auch kein „Klientenverhältnis“ zu den Frauen, sondern weiterhin vor allem ihren Selbsthilfescharakter wahren.

Sie wollen sich stärker mit pro familia in Verbindung setzen, sich im Verband aktiver als bisher beteiligen. Mehr als bisher auch soll Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob es sich bei der Arbeit als Beraterin um Sozial- oder politische Arbeit handele. Die Frauen stellten einmütig fest, daß sie ihre Arbeit sehr wohl als politisch erachten – daß dies in der Vergangenheit nicht für alle klar erkennbar war, lasten sie vor allem auch der oft fehlenden Öffentlichkeitsarbeit an.

AG „Verhütung“

Die Frauen diskutierten in dieser Arbeitsgruppe vor allem um die unschädlichen „alternativen“ Verhütungsmethoden Temperaturmethode, Diaphragma und Schleimmethode. Besonders das Diaphragma ist als Verhütungsmethode insgesamt noch sehr wenig verbreitet (zu Unrecht, wie die Frauen meinten) – viele Beraterinnen auch in den pro-familia-Stellen können den Frauen keine Auskunft darüber geben, weil sie über diese Verhütungsmethode zu wenig informiert sind. Zwei pro-familia-Beraterinnen aus Trier, die in dieser Arbeitsgruppe mitarbeiteten, erzählten von ihrer Initiative innerhalb ihres Verbandes, Fortbildungswochenenden für die Beraterinnen durchzuführen, wo das Anpassen und der Umgang mit dem Diaphragma geübt werden kann. Ferner arbeiten die Frauen auch an einer Informationsbroschüre darüber.

Presseerklärung zum Kongreß der § 218-Beratungsgruppen der Frauenzentren

Vom 9.-11. November haben sich Frauen aus der ganzen BRD und West-Berlin im Frauengesundheitszentrum in Frankfurt/M. getroffen, um ihre Erfahrungen nach der Reform des § 218 auszutauschen und politische Perspektiven für den weiteren Kampf gegen den § 218 zu erarbeiten. Während des Kongresses wurde wieder deutlich, daß die Handhabung des § 218 in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist: im Süden der BRD werden keine Betten für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung gestellt; die Frauen sind immer noch gezwungen in andere Bundesländer oder ins Ausland auszuweichen oder sich in die Hände von Kurpfuschern zu begeben. Während des Erfahrungsaustausches über die Beratungsarbeit wurde nochmals deutlich, daß für keine Frau die Abtreibung eine Verhütungsmethode ist. Wir wollen verstärkt die Anwendung von schonenden, nicht gesundheitsschädlichen Verhütungsmitteln in unsere Arbeit einbeziehen. Dazu gehören z.B. Temperaturmethode und Diaphragma und das bessere Kennenlernen des eigenen Körpers durch Selbstuntersuchen.

In unserer politischen Arbeit konzentrieren wir uns weiterhin auf die Kontrolle der bestehenden Institutionen, und

wollen uns aus diesem Grunde nicht als offizielle Beratungsstellen anerkennen lassen. Uns ist wichtig, die Frauen auf solidarischer Ebene zu beraten und nicht ein Abhängigkeitsverhältnis wie in der Zwangsberatung zu schaffen.

Wir sind weiterhin bereit, mit fortschrittlichen Personen und Institutionen zusammenzuarbeiten und Informationen auszutauschen.

Aus Anlaß der verschärften Handhabung des § 218 und den Angriffen der Vertreter von Kirchen und konservativer Ärzteschaft, insbesondere in vielen CDU/CSU-regierten Bundesländern, veranstalten wir zum 5. Jahrestag des Bundesverfassungsgerichts-Urteils gegen die Fristenregelung am 23.3.1980 ein Tribunal:

Wir Frauen klagen an: Beratungsstellen, Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen, Pharmaindustrie, Kirchen, Politiker und die Medien und fordern:

- ersatzlose Streichung des § 218
 - die Anwendung schonender Methoden beim Schwangerschaftsabbruch
 - keine medizinische Versuche an Frauen
 - kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Mann und Frau
- OB KINDER ODER KEINE-ENTSCHEIDEN WIR ALLEINE

AG „Eigene Betroffenheit“

Die Frauen berichteten über die Schwierigkeiten, über die eigene Betroffenheit bei einer Abtreibung reden zu können. Die herrschenden Moralvorstellungen wirken eben auch bei Frauen, die heute Beraterinnen sind. Gerade deshalb finden sie es wichtig, daß sie über ihre eigenen Ängste und Skrupel Schwangerschaftsabbrüchen gegenüber mit anderen Frauen reden. Sie stellten auch noch einmal fest, daß die oberste Richtlinie für ihre Arbeit bleibt, der Frau es in jedem Fall selbst zu überlassen, ob sie ihr Kind bekommt oder

Regelung zum Ausdruck gebracht werden kann. Geplant ist auch ein Fackelzug am Abend des 23.3. durch Frankfurt. Am 15.12. wollen sich die Frauen zur weiteren Vorbereitung des Tribunals wieder im Frauengesundheitszentrum in Frankfurt treffen.

Alles in allem hat uns das Frankfurter Treffen Mut gemacht, nicht locker zu lassen im Kampf gegen den § 218:

KINDER ODER KEINE ENTSCHEIDEN WIR ALLEINE! WEG MIT DEM § 218!

AG Frauen, Hamburg





Auch in Göttingen: Frauen gegen § 218

Auch in Göttingen fangen Frauen an, gegen die 218-Hetze von CSU und Kirche aktiv zu werden. Auf die Einladung durch einen Offenen Brief, der in der Stadtzeitung und in der AStA-Frauenzeitung veröffentlicht wurde, kamen zu einem ersten Treffen spontan ca. 30 Frauen, um über die Angriffe auf den § 218 und die Bedrohung von Strauß zu diskutieren. Die Frauen haben vor, sich in diesem Plenum weiter zu treffen (zusätzlich hat sich noch eine AG gebildet), um sich mehr Wissen über die derzeitige Kampagne und Familien-

politik anzueignen und dann auch in die Öffentlichkeit zu gehen. Ein erster Sketch soll auf dem demnächst stattfindenden Frauenfest seine Generalprobe bestehen! An dem Plenum beteiligen sich neben „einzeln“ Frauen auch schon länger bestehende Frauengruppen (z.B. die Beratungsgruppe des Frauenzentrums) und eine DFI-Frau. Die Göttinger ASF und der DGB-Frauen-ausschuss haben bisher auf die Einladung leider noch nicht reagiert.

AG Frauen Göttingen

Leserbrief zu dem Bericht über die § 218-Demonstration in Mainz

Zu der Berichterstattung über die Demonstration gegen den § 218, am 10.11.79 in Mainz haben wir einiges anzumerken:

Bei den „30 Störern“ handelte es sich nicht etwa um Individuen, sondern um Mitglieder der reaktionären „Europäischen Ärzteaktion“, die ihren Sitz in Ulm hat. Diese „Ärzteaktion“ ist bereits durch mehrere massive Provokationen und Störaktionen bei § 218-Aktionen in Baden-Württemberg bekannt geworden. Einer der Schlüsselpersonen dieses Vereins ist Dr. Ernst aus Ulm. Er ist durch seine großangelegte Verleumdungskampagne gegen den DGB, der sich

für Modellberatungszentren einsetzte, ins Gespräch gekommen. (Er bezeichnete den DGB als „embryonales Mördersyndikat“). Am Vorabend der Demo in Mainz, trat übrigens die „Ärzteaktion“, bei der Podiumsdiskussion zum § 218 in Reutlingen auf, verteilte ihre Glanzbroschüren mit Bildern von abgetriebenen Föten und versuchte, die Diskussion an sich zu reißen.

Des weiteren stimmt eure Darstellung, daß die Störer von den Frauen „völlig ins Abseits gedrängt wurden“, so leider nicht. Anfangs ging zwar ein Transparent der Ärzteaktion zu Bruch, es flogen Eier und einige

ihrer Flugblätter wurden verbrannt; dann wurde von einigen Frauen die Polizei gerufen, die aber nicht etwa, wie gedacht, die unerlaubte Gegendemonstration auflöste, sondern vielmehr der „Ärzteaktion“ Geleitschutz gab und so deren Demonstrationen, einige Meter hinter der eigentlichen Demo, ermöglichte.

Wir halten es für notwendig, daß alle Frauen, die zur Zeit zum § 218 arbeiten, sich mit diesen Gruppen auseinandersetzen, weil sie zur Zeit wieder massiv auftreten und überall versuchen werden, unsere Aktionen gegen den § 218 zu stören.

KB-Sympathisanten Tübingen

Ärztinnenbund propagiert Mutterideologie

Im Oktober 79 fand in Aachen der 16. Kongreß des Deutschen Ärztinnenbundes unter dem Thema „psychosoziale Hintergründe des Schwangerschaftsabbruchs heute“ statt. Übereinstimmend fanden die Ärztinnen den hohen Prozentsatz von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Indikation alarmierend. Im Einklang mit ihrem Standesfürsten Vilmar sahen auch sie keine Notwendigkeit für eine Notlagenindikation angesichts unseres „Sozialstaates“: „... denn wer könnte ernstlich behaupten oder gar den Nachweis führen, daß in unserem Sozialstaat 1978 bei 67% der Schwangeren eine Notlage vorgelegen hat, die eine Fortsetzung der Schwangerschaft nicht vertretbar erscheinen ließ?“

(„Aachener Volkszeitung“, 20.10.79). Die Lösung des Problems wird aber nicht, wie bei den männlichen Kollegen, in einem generellen Abtreibungsverbot gesehen. Wie Frau Dr. E. Funke, Ministerialrätin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ausführte, habe die Reform des § 218 nur zu einer teilweisen Verlagerung der Abbrüche aus der Illegalität geführt. Da die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs offensichtlich keinen Einfluß auf die absolute Zahl der Abbrüche hat, wird eine entscheidende Veränderung von einer stärkeren Motivierung der Frauen und Mädchen zum Kinderkriegen erhofft. „Nicht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, sondern die der unerwünschten Schwangerschaften ist in der Bundesrepublik auffallend hoch“ („FR“, 22.10.79).

Im Sinne der These – wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – griff Frau Dr. Funke selbst die medizinische Indikation an: „So würden z.B. in Dortmund mehr als 93% der Abtreibungen mit einer schweren Notlage der Patientin begründet. Nur knapp 5% der Eingriffe würden dort angeblich nach der allgemein medizinischen Indikation vorgenommen. Ganz anders in Münster. Dort liege

der Anteil der medizinischen Indikation bei knapp 69%, während bei rund 6% eine schwere Notlage der Frau als Indikation angegeben wurde. „Da fragt man sich doch“, so Dr. Funke, „ob die Leute in Münster soviel ungesünder sind?“ („Aachener Nachrichten“, 20.10.79).

Frau Ingrid Baley, Leiterin einer pro familia-Stelle in Köln, plädierte sogar dafür, daß auch minderjährige Mädchen (von 13-17 Jahren) ihre Kinder austragen sollen: Schwangerschaftsabbruch sei „für die Jugendliche ein schwerer Schock“ („AVZ“, 22.10.79). Der Ärztinnenbund ist offensichtlich nicht weniger frauenfeindlich als die männlichen Standeskollegen, nur die Stoßrichtung sieht im Augenblick etwas anders aus. Verstärkte Propagierung der Mutterrolle und Motivation zum Kind.

Frauenkommission NRW

Richtigstellung zum Artikel „Gibt es eine neue § 218-Bewegung?“ in AK166, S. 25

„In Bremen gab die DFI ein Flugblatt zu den Angriffen der pro familia Bremen heraus mit den für die DKP unüblichen Parolen: „Weg mit dem § 218! und Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine – für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.“ Dies stimmt insofern nicht, als die DFI Bremen dieses Flugblatt nicht allein herausgegeben hat, sondern einige Frauen aus der DFI Bremen dieses von der Frauengruppe der Alternativen Liste vorgeschlagene Flugblatt mit unterzeichnet haben. Die DFI-Frauen waren inhaltlich mit dem Flugblatt einverstanden, wollten aber nicht als „gesamte“ DFI Bremen unterzeichnen, da aufgrund der Sommerferien nur sehr wenige DFI-Frauen an der Flugblatt-diskussion beteiligt waren.

Eine Genossin der AG Frauen Bremen



Tübingen: Breite Aktionseinheit gegen den § 218

Anfang Oktober führte die „Marxistisch Reichistische Initiative“ (MRI) eine Demonstration in der Bischofsstadt Rottenburg gegen die Kirche und ihre reaktionäre Hetze gegen den § 218 durch. Grundlage sollte die Forderung nach Kirchenaustritt sein.

Wohl bedingt durch diese Stoßrichtung blieb die ganze Aktion sehr „beschränkt“: im schwärzesten Feindesland demonstrierte gerade ein Häufchen von 70 Leuten. Die Gegenseite mobilisierte dagegen fast 1.000 Katholiken, denen Bischof Moser höchstpersönlich den Abschlussgottesdienst hielt. Somit löste die Aktion einen ganz schönen Wirbel aus, der aber hauptsächlich der Kampagne der Abtreibungsgegner zugute kam.

Auf diesem Hintergrund versuchte die Frauengruppe der Alternativen Liste, ein möglichst breites Aktionsbündnis gegen den § 218 zustande zu bringen. Auf dem ersten Treffen erschienen erfreulicherweise gleich Vertreter/innen von 15 Tübinger Gruppen. Das Spektrum reichte vom Frauenzentrum, ASF, Gewerkschaftsfrauen bis hin zur TAZ-Initiative, Fachschaftsrate-Vollversammlung, Antifaschismus-Komitee, SZ, KB, GIM, Schwulengruppe. Auch Vertreter der örtlichen Pro Familien-Beratungsstelle waren gekommen und zeigten Interesse an punktuellen Aktionen.

Gemeinsames Ziel ist es, über die gegenwärtige Handhabung des § 218 in Tübingen und Umgebung zu informieren und konkrete Forderungen zur Verbesserung der jetzigen Situation zu stellen:

- Ausbau und finanzielle Unterstützung der PF-Beratungsstelle;
- Genehmigung von ambulanten Schwangerschaftsabbrüchen (wie dies in manchen anderen Bundes-

ländern der Fall ist;

- Über die Forderung nach einem MODELLZENTRUM nach dem Vorbild in Bremen oder Essen, wie sie vom DGB Tübingen im Frühjahr dieses Jahres erhoben worden ist, wird noch diskutiert. Auf jeden Fall wäre ein solches Zentrum in Tübingen deshalb von Bedeutung, weil es im Hinterland keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten gibt, den Abbruch trotz vorhandener Indikation durchführen zu lassen (Kreistagsbeschlüsse). Wir meinen außerdem, daß es nicht ausreicht, die Forderung nach Genehmigung von ambulanten Abbrüchen zu stellen, da die Frauen dann immer noch der Willkür und Profitgier der einzelnen Ärzte ausgeliefert sind. Sicher gibt es auch Ärzte mit einer positiven

Einstellung dazu, aber wir haben diesbezüglich schon sehr schlechte Erfahrungen mitgeteilt bekommen.

Langfristiges Ziel ist die ersatzlose Streichung des § 218, denn solange es diesen Paragraphen gibt, kann es keine wirkliche Selbstbestimmung für uns Frauen über unseren Körper und unser eigenes Leben geben.

Da wir den § 218 im Rahmen der sonstigen frauen- und kinderfeindlichen Familienpolitik sehen, wird dies auch ein Schwerpunkt bei unseren geplanten Info-Ständen und bei der Ausstellung sein. Außerdem ist im Gespräch, eine Podiumsdiskussion, Demonstration sowie Jugendveranstaltungen zu Sexualität und Verhütung durchzuführen.

KB-Sympathisantengruppe Tübingen



Polizei schützt reaktionäre Gegendemonstration in Mainz

Frankreich, Spanien, Portugal, England: Frauen demonstrieren gegen Abtreibungsgesetze

Nicht nur bei uns, sondern auch in anderen europäischen Ländern machen sich reaktionäre Kräfte daran, Frauen, die abgetrieben haben, zu verfolgen, bzw. bestehende Liberalisierungen in der Gesetzgebung wieder abzubauen:

In England brachte die Thatcher-Regierung eine Gesetzesvorlage ein (Corrie Anti Abortion Bill), die die gesetzliche Frist für die Abtreibungen von bisher 28 auf 20 Wochen reduzieren soll.

Am 28.10. fand gegen dieses Gesetz eine der bisher größten Demonstrationen statt. Sie wurde vom TUC (Dachverband der Gewerkschaften) organisiert, der inzwischen (da haben die Frauen in der Gewerkschaft wohl reichlich Dampf gemacht) uneingeschränkt die Forderungen der Women's Liberation Movement und der National Abortion Campaign nach „Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper“ unterstützt (da sollte der DGB sich mal ein Beispiel dran nehmen!).

In Spanien (Bilbao) begann am 25.10. ein Prozeß gegen 10 Arbeiterfrauen. Der Hauptangeklagten droht eine Höchststrafe von 60 Jahren wegen Durchführung von 10 Abtrei-

bungen an anderen Frauen. Ihre Tochter muss wegen Beihilfe an 9 Abtreibungen und einer eigenen Abtreibung mit 53 Jahren Haft rechnen. Obwohl in Spanien jährlich 300.000 Frauen abtreiben und 3.000 dabei sterben, werden abtreibende Frauen derart hart strafrechtlich verfolgt, findet nicht die geringste Sexualeufklärung statt und weigern sich Ärzte, Frauen Verhütungsmittel zu verschreiben, die ansonsten nur reiche Frauen bezahlen können (vgl. AK 166).

In Portugal (Lissabon) ist am 29.10. ein Prozeß gegen ein Ehepaar eröffnet worden. Hier stehen auf Abtreibung 2-8 Jahre Gefängnis. Der Prozeß hat zu einer Selbstbeziehungskampagne geführt, an der sich bisher 3.000 Frauen beteiligten. Die CNAC (Nationale Kampagne für Abtreibung und Geburtenkontrolle) hat zu Massendemonstrationen im ganzen Land aufgerufen.

Bereits Anfang Oktober demonstrierten in Paris fast 100.000 Frauen gegen Verschärfungen des Abtreibungsgesetzes.

Eine Genossin der SSB-Frauengruppe Hamburg

70.000 gegen Abtreibungsgesetz

Am 28. Oktober fand in London die seit Monaten laufende Kampagne gegen die Änderung des Abtreibungsgesetzes ihren vorläufigen Höhepunkt in einer riesigen Demonstration. Auch auf diesem Gebiet versucht

sich die konservative britische Regierung als „Reformvorreiter“, indem sie durch einen ihrer Abgeordneten, Mr. John Corrie, einen Gesetzes-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 27

entwurf vor das Unterhaus bringt, der unter anderem die Herabsetzung des Limits für erlaubte Abtreibungen, sowie schärfere Bedingungen für die Kliniken und Ärzte zur Folge haben soll.

Zur Demo wurden laut BBC-Radio 40.000 Menschen erwartet, laut Big Flame-Schätzung kamen ca. 70.000!

Veranstalter der Demo waren die Gewerkschaften (TUC) und unterstützt wurden sie von der gesamten Frauenbewegung, der „National Abortion Campaign“ (NAC) sowie allen linken Gruppierungen einschließlich der Revisionisten.

Ebenso nahmen Teile der Labour-Party teil. Die Frauengruppen und die NAC bildeten die Hauptmobilisierungskraft. In den Wochen vorher fanden zahlreiche Veranstaltungen und „Rock against Sexism“-Konzerte statt.

Die Demo selbst war dann auch ein voller Erfolg. Treffpunkt war „Hyde Park-Corner“, Sonntag zwölf Uhr. Riesenlautsprecher, an einer Art Kran befestigt, tönten durch den Park. Ein Sprecher der TUC gab pausenlos Anweisungen, um den Zug zu organisieren, der insgesamt in sieben Blocks eingeteilt war.

An der Spitze marschierten die Gewerkschaften, dann die Trades Councils (örtliche Gremien der Gewerkschaften), danach die NAC und Frauengruppen, dann kam ein Block allein für Frauen, dann die Labour Party gefolgt von den linken Organisationen.

Die Organisatoren achteten peinlich genau darauf, daß sich jeder in „seiner“ Abteilung befand. Der Frauen-Block wurde erst auf der Demo selbst – auf Druck der Frauen hin – eingerichtet. Ein Vorfall ärgerte die anwesenden Frauen besonders: Sie durften nicht an der Spitze des Zuges marschieren. Die Frauen, die dies trotzdem versuchten, wurden extra aufgefordert, die Spitze des Zuges zu verlassen und an „ihren“ Platz verwiesen. Es sei eben eine TUC-Demonstration. Obwohl der TUC nicht der Aktivisten einer bei der Mobilisierung war und die TUC-Männer schon gar nicht die Hauptbetroffenen der neuen Abtreibungsregelung sein werden, bestritten sie den Frauen das Recht, als erste zu marschieren.

Zweieinhalb Stunden nach Beginn der Demonstration verließen wir den Hyde Park. Die Spitze des Zuges war bereits am Ziel, dem Trafalgar Square, ca. drei Kilometer entfernt, angekommen. In jedem Block fuhr ein Lautsprecherwagen mit einer Band, die für Stimmung sorgte und die Parolen musikalisch unter die Leute brachte. Die meistgerufene Parole war wohl: „Not the church, not the state, women must decide their fate“ (Nicht Kirche oder Staat, sondern die Frauen müssen ihr Schicksal entscheiden).

Die Frauen hatten selbst Lieder gedichtet, mit denen sie schon im Hyde Park auf große Resonanz stießen:

„And its one, two, three what are we fighting for?

Free abortion on demand
Come on now make a stand
And its five, six, seven organise and agitate
Come up people use your voice
Its gotta be a woman's choice!“

(Übersetzung, frei):

Eins, zwei, drei, wofür kämpfen wir?
Freie Abtreibungen werden verlangt
Komm und tritt dafür ein,
Und fünf, sechs, sieben, organisiert und agitiert,
Komm Leute, sagt es allen, es muß die Entscheidung der Frau sein!“

Der eindeutig kämpferischste Block war der Frauenblock. Allerdings ist ein Großteil für die weniger kämpferische Haltung in den übrigen Teilen des Zuges der Polizei anzulasten. Indem sie den Zug insgesamt viermal aufsplittete und angeblich wegen des Verkehrs stoppte, gelang es ihr, Verwirrung zu stiften. Die Demonstranten mußten ohne ersichtlichen Grund warten, es folgten Diskussionen mit der Polizei und schließlich hatte man Mühe, den Rest des Zuges wieder zu erreichen. Da es keine Ketten gab, verloren viele Leute „ihre“ Gruppe und liefen desorientiert durch die Gegend.

Leider war der Zug nicht entsprechend darauf vorbereitet, um derlei Mätzchen (uns in der BRD wohl bekannt) von vornherein zu verhindern. Auffällig war, daß nur sehr wenig Schwarze an der Demo teilnahmen. Schon beim Flugblattverteilen war die Resonanz der schwarzen Frauen z.T. sehr negativ, zuweilen aggressiv. Wie eine Frau aus einer NAC-Gruppe erklärte, liegen die Gründe hierfür einmal darin, daß viele schwarze Frauen in der Liberalisierung der Abtreibungsgesetze einen Aspekt des Rassismus sehen, daß sie womöglich keine Kinder bekommen sollen, weil sie schwarz sind und sich daher bedroht fühlen. Kinder haben für sie jedoch eine große Bedeutung. Darüber hinaus sind viele katholisch und besonders die Männer haben in diesem Punkt extrem reaktionäre, sexistische Ansichten.

Dennoch – die Demo war ein Volltreffer! Es dauerte Stunden, bis die letzten am Trafalgar Square ankamen. Auch wenn das Gesetz demnächst wieder im Unterhaus behandelt wird, können die Herren der Regierung sowie Mrs. Thatcher sicher sein, daß es ein heißes Eisen bleiben wird.

P.S. Zur gleichen Zeit fand an anderer Stelle eine Demonstration der Abtreibungsgegner statt, von zwei reaktionären Frauengruppen veranstaltet.

Nach den BBC-Nachrichten, in denen diese Demo den gleichen Platz einnahm, nahmen ca. 2.000 Menschen daran teil – zwar sehr kläglich, aber 2.000 zuviel!

(Nach dem Bericht einer Genossin aus Großbritannien)
Großbritannienkommission

Frauen-Kurzmeldungen



Pro Familia Freiburg wird für 1 Jahr weiter finanziert

Wohl nicht zuletzt als Wahlgeschenk beabsichtigt der Bund, das Modellprogramm für Pro Familia-Beratungsstellen in Freiburg weiter zu finanzieren. Die überkonfessionellen Beratungsstellen sind 1974 als Modell entstanden und werden seitdem weitgehend vom Bund finanziert. In den letzten Wochen hatte es erhebliche Auseinandersetzungen um deren weiteres Bestehen gegeben. Das hätte für die Pro Familia-Stellen in Baden-Württemberg bedeutet, daß sie wohl kaum hätten weiter arbeiten können, weil sich das Land weigerte, die Finanzierung zu übernehmen. Klar ist jedoch schon heute, daß die Uhr Ende 1980 auch hier endgültig abgelaufen ist: „aus verfassungsrechtlichen Gründen“ sei eine weitere Finanzierung durch den Bund nicht möglich... („Badische Zeitung“, 12.11.79).

Aufgepaßt bei „Ovanon“!

Die Pille „Ovanon“ ist kein sicheres Verhütungsmittel! In mehreren erst jetzt bekannt gewordenen Fällen sind Frauen trotz regelmäßiger Einnahme dieser Pille schwanger geworden. Dem Arzt einer holländischen Abtreibungsklinik war „Ovanon“ als unsichere Pille schon länger bekannt. In der BRD wird dieses Präparat unseres Wissens seit Jahren sehr häufig und bedenkenlos verschrieben.

Frauen, die Erfahrungen mit der Unsicherheit von „Ovanon“ haben, denen Stellungnahmen und Erfahrungen von Ärzten bekannt sind, möchten dies an die Redaktionsadresse, AG Frauen Hannover, schicken, damit wir die Erfahrungen sammeln können.

AG Frauen, KB Hannover

ASF Niedersachsen tritt aus Landesfrauenrat aus

Weil der Landesfrauenrat Niedersachsen die Anwendung des § 72 BSGH (Bundessozialhilfegesetz) auf Frauenhäuser verfestigen will, mit dem mißhandelte Frauen als Randgruppe den sog. „Nichtsehaften“ und „Verhaltensgestörten“ gleichgesetzt werden, hat die ASF Niedersachsen ihren Austritt aus diesem Verband erklärt.

Weiterer Anlaß für diesen Austritt war das „unterschiedliche Demokratieverständnis und mangelndes kritisches Bewußtsein auf Seiten des Landesfrauenrats“.

(Nach „TAZ“, 29.10.79).

Bochum: Walpurgisnacht-Prozeß eingestellt

Wegen „Geringsfügigkeit“ wurde am 6.11. ein Prozeß gegen drei Frauen eingestellt. Die Anklage lautete auf „Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchte Gefangenbefreiung, Körperverletzung und Rädelsführerschaft“. Die Frauen waren bei der Walpurgisnächtdemonstration des letzten Jahres willkürlich von der Polizei festgenommen worden, da vom Demonstrationszug aus mehrfach Parolen an Häuserwände und Schaufenster gesprüht worden waren. Dabei war die Polizei nicht zimperlich gewesen: mehrere Frauen mußten sich wegen Prellungen u.ä. in ärztliche Behandlung begeben.

Beim Prozeß selbst stürzten die Beschuldigungen der Polizeibeamten in sich zusammen, für keinen der Anklagepunkte konnten Beweise erbracht werden.

(Nach „TAZ“, 8.11.79).

Gewalt gegen Frauen – und das Geschäft damit

Am 8. September wurde in Hannover eine junge Frau vor dem Frauenschutzhaus ermordet. Der Täter, ihr Mann, vor dem die Frau Monate zuvor in das Frauenschutzhaus geflüchtet war, konnte noch am selben Tag von der Polizei gestellt werden.

Am 29. Oktober wurde eine weitere Bewohnerin des Frauenschutzhauses Opfer eines Gewaltverbrechens: ihr Ehemann erzwang sich Einlaß in das Haus, stach die Frau nieder und entführte gewaltsam seinen Sohn. In Braunschweig wurde er, wenige Stunden nach der Tat, von der Polizei überwältigt. Seine Frau wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Daß die Adresse des Frauenhauses den Männern so gut bekannt ist, geht nicht zuletzt auf das Konto der Hannoveraner bürgerlichen Presse, die „trotz unserer Erklärungen und Beschwerden hartnäckig die Straßennamen beider Häuser abdruckte und unsere Arbeit so erheblich erschwerte“, heißt es in einer Stellungnahme des Frauenhauses – Frauen helfen

Frauen e.V. – zur Berichterstattung über den Mord. Selbstverständlich fand diese Erklärung in der Presse keinerlei Echo. Bezeichnenderweise spricht die Presse auch nur von „dem Polen“, der seine Frau ermordet hat, später dann von „dem Tunesier“ oder gar von dem „schwarzhaarigen Tunesier“, der seine Frau lebensgefährlich verletzte. Ob da etwas über einen „blonden Deutschen“ zu lesen gewesen wäre, wenn er die Tat begangen hätte? Aber derartige rassistische Schlenker gehören fast schon dazu und gehen regelrecht unter inmitten all dieser verlogenen Sensationsberichterstattung.

Und ganz im „Bild“-Zeitungstil heißt es am 30.10.: „Mutter entführt 9jährige – Baby aus Frauenhaus entführt“. Zwei schreckliche Geschehnisse, die nichts miteinander zu tun haben, außer daß sie am selben Tag in derselben Stadt geschehen sind – jedoch die „Neue Presse“ versteht es, sie auf einen Nenner zu bringen – und das Frauenhaus (in diesem Fall das Frauenschutzhaus) ist wieder

einmal diskreditiert.

Das Schutzhaus ist eines von zwei Frauenhäusern in Hannover, die mit unterschiedlichen Konzeptionen nebeneinander existieren. Es handelt sich bei dieser Einrichtung, die als „Modellversuch des Landes Niedersachsen“ gefördert wird, um eine Institution, die bereits mehrmals in den Mittelpunkt scharfer Kritik geriet – zuletzt als drei Sozialarbeiterinnen gekündigt wurden. So manches scheint dort im Argen zu liegen: so besitzen die Bewohnerinnen des Hauses keine eigenen Hausschlüssel, von „Reglementierung und Kasernierung“ ist die Rede, schreibt doch z.B. die Hausordnung vor, daß die Frauen spätestens um 1 Uhr nachts zurück sein müssen. Die Sprecherin der Frauen im Frauenschutzhaus forderte nach dem zweiten Verbrechen in einem Gespräch mit der „Hannoverschen Presse“ u.a.: „Wahrung des Aufenthaltsgeheimnisses am Telefon durch die Mitarbeiter“.

G., KB/Hannover

Tag für Tag
Kalender für Frauen

Der Kalender 'Tag für Tag' 1980 wurde dieses Mal von einer Gruppe der Uni-Frauengruppe Münster nach spontanem Entschluß innerhalb von 2 Monaten zusammengestellt und enthält diesmal 33 Artikel, so unter anderem zu den Themen:

- Landfrauen (Arbeitsbedingungen etc.)
- Wen-Do – Selbstverteidigung für Frauen
- Brokdorf-Chronologie
- Vergewaltigung vor Gericht
- Frauenhaus Münster, Kampf seit 3 Jahren
- Lieber Schwamm als Tampon
- Ungefährliche Medikamente? (Pille etc.)
- Frauenbuchladen Münster
- Frauenarchiv Dortmund (zum Nachmachen!)
- Presseerklärung der Eltern von Elisabeth van Dyck
- Briefe von Ulrike Meinhof aus

Frauenkalenderbesprechung
Tag für Tag 1980

- dem toten Trakt (Ossendorf)
- Irmgard Möller
- Tips für Demos und bei Verhaftungen
- Kinder, Kinder (Erfahrungen mit der Schwangerschaft, dem Stillen und Erziehungskonflikten)
- Abgründe (das Ende einer Beziehung)
- Lesbentreffen Pfingsten 79 (ein kritischer Bericht)
- Lesbengruppe Münster: „Frauen- und/oder Männeridentifiziert“ und pro Matriarchat
- „Feindberührung“ (ein Mann verfolgt 2 Lesben!)
- Hamburger Lesben gegen Strau..
- Es gibt keine frigiden Frauen (Thesen zur Orgasmusverweigerung)
- Bericht einer 26jährigen über ihre Sterilisation auf Krankenschein
- Femø (Auszug aus 'Die Scham ist vorbei')
- Auf der Suche nach mir und meiner Fotografie
- Frauenpartei in Gründung
- Frauen in der alternativen Wahlbewegung
- Astrid Proll
- Zur Situation von Gefangenen, ein erschütternder Bericht von Christa Cullen (Mutter von Sabine Schmitz)
- Das Märchen von Achenbrütel oder der Weiblichkeit
- Schmuse Mangel (liebe Tips zur Überwindung)
- Weben und Spinnen
- Der 3. Weg – eine Sackgasse,

Infragestellung einer neuen

Mütterideologie
Die Artikel sind informativ, ein breites politisches Spektrum wird vorgestellt und außerdem kann frau viel über Frauenkörper, -gefühle und -lernprozesse erfahren.

Durch den ganzen Kalender ziehen sich Kurzinformationen zu: Gewalt gegen Frauen, Demo-Erlebnisse, Rechtsprechung, Internationalismus, AKW's, Knast und Frauengeschichte. Viele schöne Photos, selbstangelegte Zeichnungen und Frauengedichte geben einen schönen Rahmen.

Kurz zur Kalendergeschichte

Die Kalenderfrauen hatten es nicht leicht: nur 2 Monate Zeit blieben ihnen zur Erstellung des Kalenders, da die Übergabe des rotierenden Startkapitals sich so lange verzögerte.

Zur weiteren Beunruhigung führte die Unkostenaufstellung der letzten Kalendergruppe (Hamburger Frauen) von über 80 000 DM. Diese Differenz zwischen Ausgaben und Startkapital machte natürlich Angst. Der Zeitdruck tat sein Übriges zur Verunsicherung. Aber die Frauen wollten das Projekt nicht sterben lassen.

In 2 Monaten genügend Artikel aus der BRD zu organisieren, schienen den Kalenderfrauen kaum machbar. Deshalb überlegten sie sich Themen, mit denen sich die Frauenbewegung auseinandergesetzt hatte, bzw. mit denen sie konfrontiert war und ist, und sie setzten sich mit

Frauen in Verbindung, die zu entsprechenden Themen arbeiten. Natürlich wurden auch alle anderen Artikel (die ohne Aufforderung kamen) gedruckt.

Dabei heraus gekommen ist ein breites Spektrum sowohl allgemein politischer als auch frauenspezifischer Artikel.

Nachdem nun alles fertig ist, stellen die Kalenderfrauen das Projekt zur Diskussion. „Wir teilen mit den Hamburger Frauen die Einschätzung, daß lediglich ein Koordinieren, Zusammenstellen, (nach welchen Kriterien eigentlich?), Striche

in Zukunft eine Stadt den Kalender übernehmen sollte, und die dort arbeitenden Frauengruppen für die redaktionelle und technische Arbeit zuständig wären.

Überlegen müßten wir dazu, wie überregionale Themen, die evtl. nicht in der Stadt repräsentiert sind, aufgenommen werden könnten.

Eine andere Lösung wäre die jeweilige Festlegung auf einige Themen der FB.“

Es werden bereits von der Uni-FG Münster Frauengruppen gesucht, die das Projekt weiterführen wollen!

Interessant dürfte auch noch die



ziehen, Datenskalen erstellen....eine recht unbefriedigende Arbeitsbelastung ist.

Diese Trennung zwischen technischer und redaktioneller Arbeit behagt uns nicht sonderlich. Nicht umsonst wird in etlichen Projekten der Frauenbewegung versucht, diese Trennung aufzuheben. Deshalb finden wir es überlegenswert, ob nicht

Diskussion um den Überschuß (schätzungsweise 20 000 DM) werden. Die Kalenderfrauen stellen diesen Überschuß der autonomen FB zur Verfügung, wie abgemacht. Wo ist eigentlich der Überschuß vom 'Tag für Tag' – 1979 hingekommen?

Eine Genossin der Frauenkommission NRW



Lesben • Schwule



Schlechtere Ausbildung – Schwierigkeiten, in einem „Männerberuf“ zu arbeiten – geringerer Lohn – sexuelle Belästigungen durch Vorgesetzte und Kollegen: Jede Lesbe wird am Arbeitsplatz als Frau diskriminiert! Dabei wissen wir, daß wir unser ganzes Leben lang berufstätig sein müssen – der „Fluchtweg“ Heirat ist uns versperrt. Infolgedessen sind wir stärker als viele Hetero-Frauen daran interessiert, die Arbeitssituation durch Fortbildung o.ä. zu verbessern – gleichzeitig müssen wir befürchten, gerade wegen unseres lesbisch-Seins dieses Ziel nicht zu erreichen: Bei einer Umfrage gaben 14 % an, deshalb schon berufliche Nachteile gehabt zu haben, 5 % wurden sogar entlassen. (1) Bei der Sommeruni 1977 wurde das Thema „Lesben und Berufstätigkeit“ zum erstenmal in breiterem Rahmen aufgegriffen, Repressionsfälle zusammengetragen sowie die unterschiedlichen „Anpassungsstrategien“ problematisiert. (2)

„...für die Firma nicht mehr tragbar...“

- In den 60er Jahren wurde in Wolfsburg eine Bibliothekarin entlassen, da sie angeblich eine Praktikantin verführt habe;
 - Ebenfalls gekündigt wurde vor kurzem einer Erzieherin in Bayern, nachdem ihre Freundin sie ein paarmal von der Arbeit abgeholt und dort umarmt hatte: Ein solches Verhalten schade der kindlichen Moral ... (3)
 - Anfang der 70er Jahre mußte eine Sekretärin in NRW ihren Arbeitsplatz räumen, weil sie sich weigerte, Kleider zu tragen und sich „feminin-reizvoll“ auszustaffieren. Beide waren zu erschüttert, um irgendetwas zu unternehmen.
- Oftmals wurden die Betroffenen einfach „nahegelegt“, selbst zu kündigen – mit den entsprechenden Drohungen:
- man werde sie „fertigmachen“, falls sie nicht „freiwillig“ ginge – sie sei für die Firma nicht mehr tragbar, da sich die Kunden an ihr stießen: Hanni K., Westberliner Druckerin, hatte 1973 an dem Lesben-Film „...und wir nehmen uns unser Recht“ mitgewirkt – zusammen mit Kolleginnen ließ sie sich vor ihrem Betrieb interviewen. Da sie fürchtete, der Inhaber werde seine Drohungen wahrnehmen, sie zu den miesesten Arbeiten heranziehen und im Betrieb Spießruten laufen lassen, suchte sie sich einen neuen Job.
 - ein ähnliches „Angebot“ bekam 1977 eine Lesbe in Nordbayern – auch sie zog es vor, ihre Arbeit bei diesem Verlag zu beenden.
 - Einer Stations- und Lehr-Schwester wurde in Westberlin ihre Vorgesetzten – und Ausbildungsfähigkeit abgesprochen – von der gleichen Schwesternorganisation, die ihr diese Aufgaben übertragen hatte. Dies, obwohl (noch) nicht bekannt war, daß sie mit einer der Schwestern eine Beziehung eingegangen war. Verständlicherweise sah sie keine andere Möglichkeit, als zu gehen und in der Anonymität unterzutauchen.

Lesbische Pädagoginnen: „Verführungsgefahr“!

Obwohl wissenschaftlich belegt ist, daß niemand zur Homosexualität „verführt“ werden kann, wird dieser Mythos immer wieder strapaziert. Als eine Lehrerin die HAW-Frauengruppe für eine Unterrichtsstunde – im Rahmen des offiziellen Sexualkundeunterrichts – einladen wollte, intervenierte der zuständige Schultat: die Klasse sei in einem besonders anfälligen Alter, es bestehe Verführungsgefahr (in 45 Minuten!). (4)

Der Horror vor diesen „Sex-Monstern“ ist so groß, daß sich ihm ggf. elementare Rechtsgüter unterordnen müssen:

- So berichtete eine Erzieherin, daß sich ihre Psychologin nach einem offenen Gespräch über Homosexualität sofort an ihren Vorgesetzten – einen Pfarrer – wandte: Die Betreffende wurde herbeizitiert und leugnete, weil sie Nachteile befürchtete – vermutlich zu Recht!
 - In einem anderen Fall brach ein Pastor selbst das Beichtgeheimnis und informierte den zuständigen Chef, einen seiner Kollegen. (2)
- Schweigepflicht von Psychologen und Pfarrern? Für Anita-Bryant-Fans gibt es höhere Werte!
- So erscheint es völlig glaubwürdig, wenn der Direktor des Oberlin-Seminars ankündigt, daß Homosexuelle bei ihm weder unterrichten noch ein Heimpraktikum ableisten (4): eine

Lesben am Arbeitsplatz

Ankündigung, die – weil es hier um klassische „Frauenarbeit“ geht – im wesentlichen gegen Lesben gerichtet ist. Natürlich bewerben sich die allermeisten Lehrerinnen, viele Sozialarbeiterinnen u.a. im Öffentlichen Dienst – deshalb ist die Frage interessant, was Lesben hier zu erwarten haben.

„Homosexuelle stören den Schulfrieden“

Die folgenden Zitate stützen sich auf allgemeinere Informationen aus dem Beamtenrecht bzw. auf Interviews mit zuständigen Rechts- und Disziplinarreferenten des Kultusministeriums. Von Lehrkräften wird nach wie vor gefordert, ein – auch in sexueller Hinsicht – vorbildliches Leben zu führen – dieses Gebot ist mit Homosexualität unvereinbar (in der Lesart derer, die hierüber zu entscheiden haben): Deshalb versuchen diese, solch „schlechten Vorbildern“ zumindest die Beamten auf Lebenszeit zu verweigern. Einer jener Referenten machte hierzu einen konkreten Verfahrensvorschlag: Als Grund, der gegen die „Bewährung“ spräche, könne man z.B. anführen, „daß er/sie sich wegen dieser Verdächtigungen (!) keinen Respekt ... mehr verschaffen könne“ (6) – nicht mal ein konkreter Nachweis ist hierfür erforderlich! Doch selbst bei perfekt getarnter „Fassade“ haben Homosexuelle schlechtere Chancen im (gesamten) Öffentlichen Dienst: So fordern die Einstellungsbehörden, eine psychotherapeutische Behandlung ggf. anzugeben (egal, wann diese stattgefunden hat: man befürchtet anhaltende psychogene Erkrankungen, die zu vorzeitiger Dienstunfähigkeit führen

fahren wollen sie (angeblich) nur dann einleiten, wenn schon so viel Staub aufgewirbelt sei – womöglich Gerüchte innerhalb der Elternschaft kursieren –, daß der Schulfrieden anders nicht wiederhergestellt werden könne. Doch man habe da auch andere Mittel: etwa eine Versetzung – so was zählt heute nicht mehr zu den Strafmaßnahmen (reine Kosmetik: die Wirkung bleibt natürlich die gleiche!). Der besondere Vorteil: schon die „Unruhe“ – als Folge irgendwelcher Spekulationen – ist ausreichend, um solch eine Disziplinierung zu veranlassen.

Folgendes Beispiel wurde in diesem Zusammenhang genannt: Eine Studienrätin wurde denunziert, sie treibe es mit ihren Schülerinnen in ihrer Wohnung. Im daraufhin eingeleiteten Disziplinarverfahren bekundeten diese, sie hätten bei ihrer Lehrerin nur Kaffee getrunken. Das Beweisergebnis reichte für Disziplinarmaßnahmen nicht aus. Die Dienstbehörde war dennoch nicht von der Schuldlosigkeit der Lehrerin überzeugt, versetzte sie und stellte sie „unter Aufsicht“ – bis 1984 ist nicht mehr lange...!

In einem anderen Bundesland wird Verdächtigten angeboten, die Affäre mit einer Versetzung zu beenden, falls sie sich in psychotherapeutische Behandlung begäben oder ein „positives“ psychiatrisches Gutachten beibringen könnten: hieraus müsse hervorgehen, daß „nur eine Entgleisung vorlag, der/die Lehrer/in noch heterosexuelle Beziehungen habe. Wiederholungen homosexuellen Verkehrs nicht zu befürchten seien“. Kommt es allerdings – trotz all dieser „Hilfsmaßnahmen“ – zu einem förmlichen Disziplinarverfahren, so sei – nach Meinung jener Referenten – i.A. mit

Sinn für „besonders geeignet...“ gehalten wird, hängt natürlich einzig von den allgemeinen Vorurteilen ab – nach wie vor richtet hier das „gesunde Volksempfinden“! (11) Insgesamt verfügen Vorgesetzte bzw. Chefs über ein breitgefächertes Spektrum möglicher Repressalien: von Rügen, Versetzungen, Zurückstufungen und/oder Gehaltskürzungen, Entlassungen bzw. Nichteinstellungen bis hin zu jenen kodierten Zeugnissen, – die mittels versteckter Hinweise auf Homosexualität für den/die Betroffene(n) ein Beschäftigungsverbot bedeuten können. Da häufig die verrücktesten „Sachzwänge“ zur Begründung herhalten müssen, kann es im Einzelfall auch für die Betroffene nicht eindeutig sein, ob ihr lesbisch-Sein der eigentliche Grund ist. Doch sowie dies als möglich erscheint, entscheiden sich die meisten, keine Maßnahmen gegen solche Willkür zu ergreifen: Tagesthema im Betrieb, Gang vors Arbeitsgericht, aktenkundig als Lesbe, womöglich Zeitungsnotizen – die Konsequenzen eines Widerspruchs erscheinen bedrohlich und unberechenbar.

... Die „lieben“ Kollegen!...

Die Maßnahmen der Betriebsleitung können einschneidend sein – trotzdem sind für den Arbeitsalltag einer Lesbe andere Faktoren u.U. noch belastender: Noch heute gibt es Büros, u.ä., in denen es weiblichen Angestellten – mehr oder minder offiziell – verboten ist, Hosen zu tragen. Die meisten Frauen empfinden dies einfach als „unpraktisch“, doch für manche Lesben sind Röcke eine körperliche Qual, ein Identitätsverlust. Eine Frau bei der Sommeruni berichtete, daß sie wiederholt getadelt worden sei wegen zu vieler privater

ches Verhalten gegenüber jemand vor, der/die gerade Witwe(r) geworden ist! (12) Besonders ekelhaft kann die Reaktion gewisser Chauvis sein: Einerseits geilen sie sich an der Vorstellung auf, was zwei Frauen im Bett so „miteinander treiben“ – gleichzeitig begreifen sie Lesben als Angriff auf ihre allmächtige Potenz. So kann es zu Erpressungen kommen nach dem Muster, „wenn du nicht mit mir schläfst, erzähl ich der ganzen Firma, daß du falschrump bist“. (3)

Die „Lösung“: Eine falsche Biographie

Die Wirkung dieser verschiedenen Repressionsmechanismen ist mit dem Kalkül der Berufsverbote zu vergleichen: Häufig genügt es, daß eine Lesbe von Freundinnen, die Sub (Lesbenlokale) o.ä. von solchen „Fällen“ gehört hat, um gar nicht mehr zu versuchen, ihrem Betrieb (evtl. einigen gegenüber) offen aufzutreten. Bei einer entsprechenden Erhebung unter Schwestern gaben 48 % an, daß an ihrem Arbeitsplatz keiner von der Homosexualität des Kollegen wüßte – und sogar bei 67 % war kein Vorgesetzter informiert. (13) Mir ist keine vergleichbare Statistik über Lesben bekannt – da schwule Männer aber an vielen Punkten realtiv öffentlicher auftreten (sie haben z.B. viel mehr Zeitungen, Filme, Lokale usw.), würden die Quoten bzw. „Geheimhaltung“ eher noch höher liegen!

Was dies konkret bedeutet, ist für Nicht-Betroffene wohl schwer vorzustellen: Tagtäglich muß eine „falsche Biographie“ vorgespielt werden – u.U. über Jahrzehnte, wobei schon kleine „Versprecher“ zur Enttarnung führen können. Im Extremfall wird hierfür eine heterosexuelle Beziehung erfunden – zumindest aber die „Asketin“ gespielt, besonders für alleinstehende Frauen eine „gesellschaftsfähige“ Rolle. „Hast du denn keinen Freund?“ ist die zugehörige Standardfrage – wenn sie nicht mehr gestellt wird, hat die Betreffende ihren Stempel weg: „alte Jungfer“.

Eine junge Lehrerin beschreibt sehr eindringlich, welch permanente Selbstzensur diese „Anpassungsstrategie“ bedeutet.

„Ein bundesrepublikanisches Lehrerzimmer, Montagmorgen vor der ersten Stunde. Die Lehrerinnen, Lehrer, Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sitzen oder stehen in Grüppchen und palavern. Hauptächlich ihre Wochenenderlebnisse. Auch ich stehe in einem Grüppchen von hoffnungsvollen Junglehrerinnen und -lehrern. Ich spüre meine Freundin noch auf der Haut, habe ihr Lachen noch in den Ohren, im Kopf den Waldspaziergang, das Gespräch, unseren Konflikt, unsere Probleme – und wie alle anderen habe ich das menschliche Bedürfnis, das, was mich bewegt, auch mitteilen zu können. Aber zwischen ihr und mir ist eben mehr als nur die erlaubte Freundschaft: Es ist Liebe. Miteinander-zärtlich-sein, miteinander-schlafen, kurzum das, was man als „lesbisch“ bezeichnet.“

X. erzählt vom Kinofilm, in dem sie war, „mit ihrem Verlobten“. Y. nimmt mich zur Seite, da wir etwas vertrauter sind: Sie befürchtet, schwanger zu sein. Z. hat das ganze Wochenende Arbeiten korrigiert – mitleidiges Lächeln: Was soll sie auch sonst tun? Sie hat ja „keinen“. Und ich? Ich ziehe mich in mich selbst zurück. Nichtssagende Informationen, daß ich meine Freundin besucht habe, die „mitten im Wald lebt“, wunderschön. Etwas anderes, tieferes, etwas, was mich wirklich betrifft, ist auf keinen Fall mittelbar – nicht hier, nicht im Lehrerzimmer, wo andere reden können, wie ihnen zumute ist...“ (14)

Dieses Verhalten wirkt notwendig auf die Selbstwahrnehmung zurück – selbst wenn frau ihrer Homosexualität „eigentlich“ als positiv akzeptiert hat. Besonders „normale“ freundschaftliche Kontakte zu (Hetero-)Kolleginnen leiden häufig darunter: Durch die erzwungene Dauerbeschäftigung mit der eigenen „Gefährlichkeit“ bekommen solche Kontakte eine scheinbare Brisanz, die kein Außenstehender ihnen zumessen würde. U.U. kann auch die Angst davor, sich vielleicht auf der Arbeitsstelle in eine Frau zu verlieben und deshalb das Versteckspiel nicht mehr durchzuhalten, solche Beziehungen im Keim ersticken. Dies gilt erst recht anderen Lesben gegenüber – falls frau voneinander weiß: Das alte

Fortsetzung nächste Seite



könnten ... insbesondere bei der jetzigen Arbeitsmarktsituation dienen alle Eventualitäten als Ablehungsgrund). Solch ein „Manko“ zu verschweigen, kann die Zurücknahme der Ernennung nach sich ziehen (§ 12 Bundesbeamtengesetz). (7) Mit dieser Bestimmung werden (u.a.) Homosexuelle deutlich benachteiligt: Bei einer entsprechenden Erhebung gaben „nur“ 12 % der Hetero-Frauen, aber 56 % der Lesben „psychische Leiden“ zu Protokoll. (8)

Trotz allem ist es natürlich möglich, daß „Homophile“ verbeamtet werden – und falls sie sich dann später als schwul/lesbisch zu erkennen geben (oder von anderen „ent-tarnt“ werden), kann man sie nicht einfach entlassen. Befragt, was sie tun würden, wenn sie von solche einem „Fall“ erführen, versuchten sich die KuMi-Referenten möglichst liberal zu geben: Ein förmliches Disziplinarver-

Gehaltskürzungen und/oder Dienstgradherabsetzungen zu rechnen – die Versetzung selbstverständlich. (10) In anderen Sektoren des Öffentlichen Dienstes sind die Anforderungen an das „Privatleben“ der Beamten zwar etwas liberaler – nicht „Vorbildhaftigkeit“, sondern der „gute Staatsbürger“ gilt als Maßstab. Trotzdem sind die Grenzen des „Erlaubten“ eng gezogen: So darf die Homosexualität nicht in den Dienstbereich hineinwirken ... wenn zwei Kolleginnen – in der gleichen Behörde arbeitend – eine Beziehung eingehen, ist dieses Gebot meist schon übertreten. Ein Disziplinarverfahren droht auch, wenn bestimmte Verhaltensweisen in der Freizeit „in besonderem Maße geeignet sind, Achtung und Vertrauen in einer für sein (ihr) Amt oder das Ansehen des Beamtenums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen“: Was in diesem

Telefongespräche – dies, obwohl ihre Kollegen ebenso häufig bei Freundin oder Ehefrau anrufen... (2) vermutlich wurde sie – als Lesbe – einfach mißtrauischer beobachtet! Häufig schlägt sich das allgemein kaputte Verhältnis zur (Homo-)Sexualität eben darin nieder, daß wir völlig auf unser „Anders-Sein“ reduziert werden – in entsprechenden Situationen kann dies blanken Zynismus zur Folge haben: So mußte sich eine ältere Krankenschwester, die sich wegen des plötzlichen Todes ihrer Lebensgefährtin einer psychiatrischen Behandlung unterzog, Sachen anhören wie „ob sie Lokale ohne Fenster kenne“, „mit ihrem Gefühlsleben sei etwas nicht in Ordnung“, „sie habe eine tiefe Stimme“. Als sie einmal mit anderen Schwestern in der Küche sprach, platzte eine Nonne herein: „flach, ich dachte, hier sei ein Mann“: Frau stelle sich ein ähnli-

Fortsetzung von Seite 29

Gerücht von der homosexuellen Claqueurwirtschaft zum Zweck systematischer Subversion hat sogar die Bundestagsdebatte zum § 175 beeinflusst ... (15). Für Lesben im Erziehungsbereich erzeugt solch eine Isolierung ein weiteres Problem: von Pädagoginnen wird natürlich eine emotionale Bezugnahme zu ihren Schülerinnen o.ä. erwartet!

Last not least: Was tun, wenn diskriminierende Witze erzählt werden? Wie werden die Kollegen reagieren, wenn eine einzelne das obligate Mitlachen verweigert?!

Mit dem Betrieb „verheiratet“

Für die meisten Lesben setzt sich die im Beruf erlebte Isolation bzw. Selbstisolation auch in der Freizeit im wesentlichen fort. So ist es nicht verwunderlich, wenn viele die extrem miese Situation am Arbeitsplatz weitestgehend verdrängen und vielmehr versuchen, die soziale Diskriminierung durch beruflichen Erfolg zu kompensieren – was trotz allem häufig auch gelingt:

Eine repräsentative Umfrage unter Schwulen ergab, daß 10 % Arbeitern 62 % Angestellten gegenüberstanden, wohingegen das Verhältnis innerhalb der „Normal“bevölkerung 53 zu 25 % beträgt (16). Dies, obwohl für Männer – egal, ob „homo“ oder „hetero“ – der Beruf grundsätzlich als Lebensperspektive angesehen wird; auch hier ist also zu vermuten, daß entsprechende Daten bezüglich Lesbierinnen sich noch stärker von heterosexuellen „Vergleichs-Frauen“ unterscheiden würden! Dieselben Schwulen äußerten ferner zu 82 %, mit ihrer Arbeit, bzw. zu 72 %, mit dem Betriebsklima „zufrieden“ zu sein (17) – dies gilt im wesentlichen leider auch für Lesben (18). Viele Homosexuelle fühlen sich sozusagen „mit dem Betrieb verheiratet“ – und werden dadurch überausbeutbar!

Schlußbemerkung

Die meisten Lesben leben noch in der Isolation – allein oder zu zweit –

Betr.: Vollversammlung

Die AG Schwule hat in AK 166 eine Vollversammlung aller KB-Schwulen und organisierten KB-Sympathisanten angekündigt. In einem internen Rundschreiben, das Euch zugegangen ist, geben wir nähere Informationen. Bitte fragt in Euren Ortsgruppen nach diesem Papier. Bitte meldet Euch rechtzeitig bei der AG Schwule zu dieser VV an.

Love and Struggle AG Schwule im KB

und sind den Repressionen sehr isoliert ausgesetzt. Der Anpassungsdruck, der in den einzelnen Berufssparten besteht – besonders im Erziehungswesen – ist unterschiedlich groß. Trotz vielfältiger Diskriminierungen wird die augenblickliche „Macht der anderen“ in vielen Fällen überschätzt. Denn aufgrund der Verinnerlichung der gesellschaftlichen Vorurteile und Strafen geht ein Großteil der Ängste über die objektive Bedrohung hinaus und führt zur Fehleinschätzung vielleicht vorhandener Möglichkeiten. Um aus dem Sumpf der ständigen Selbstverleugnung herauszukommen mit der Notwendigkeit „Macht Euer Lesbischsein öffentlich!“ ist die Unterstützung durch die Gruppe unerlässlich. Allerdings ist die Bewegung im Moment noch nicht so stark, um eine Wiedereinstellung zu erzwingen, siehe den Fall Horst Kirchmeier (19). Unsere einzige Chance liegt aber im gemeinsamen Auftreten. Viele hier zitierten Fälle wurden in einer speziellen Gruppe

(2) Die folgenden Fälle sind einem Bericht von I.K. entnommen, veröffentlicht in: „Courage“ 5/78, S. 18-21

(3) Frauenoffensive extra „Frauenbeziehungen – Frauenliebe“, S. 19 f

(4) Ina Kuckuc (pseud.): Kampf gegen Unterdrückung. Frauenoffensive '75, S. 27 f

(5) Besagte Interviews machte Günther Gollner zur Vervollständigung des Aufsatzes „Diskriminierungsfeld Arbeitsplatz“ in „Seminar Gesellschaft und Homosexualität“, hrsg. v. R. Lautmann, stw 200; S. 123-124

(6) Gollner, a.a.O., S. 120

(7) ders., a.a.O., S. 111

(8) Charlotte Wolff: Psychologie der lesbischen Liebe – eine empirische Studie. rororo sexologie 8040, S. 117

(9) Gollner, a.a.O., S. 121

(10) ders., a.a.O., S. 122

(11) ders., a.a.O., S. 109 f

(12) Ilse Kokula: Homosexuelle Frauen – fehlende Sexualerziehung, Schikanen im Beruf und Diskriminierung ihrer Lebensgemeinschaften. In: Frauenprogramm gegen Diskriminierung, hrsg. v. M. Janssen-Jurreit, rororo 4426; S. 230

(13) Dannecker/Reiche: Der gewöhnliche Homosexuelle, Ffm 1974; S. 338

(14) „Emma“ 3/78, S. 24 f

(15) „Schon unter der Herrschaft des geltenden Rechts ist hier und da das Be-

streben homosexueller Gruppen wirksam geworden, durch gegenseitige Hilfestellung in öffentlichen Einrichtungen einzudringen und sie durch planmäßiges Nachziehen gleichgeschlechtlicher Mitarbeiter zu beherrschen ... Sollte aber solche Tätigkeit in größerem Umfang um sich greifen, wäre das für die Allgemeinheit eine schwere Gefahr; denn wenn die gleichgeschlechtliche Neigung in gewissen öffentlichen Einrichtungen zum positiven Ausleseprinzip würde, wäre damit eine Verfälschung des öffentlichen Lebens mit kaum absehbaren Folgen verbunden“ (Bundestagsdrucksache IV Nr. 650, S. 377 – zitiert nach Gollner, a.a.O., S. 105 f)

(16) Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 309

(17) dies., a.a.O., S. 337

(18) In einer entsprechenden Studie stellen Weinberg/Bell eine „höhere Arbeitszufriedenheit“ unter Lesben fest (nach Gollner, S. 102)

(19) Ähnlich äußerten sich auch die von Ursula Linnhoff interviewten Lesben – teilweise mit der Variante, daß sie ihre berufliche Diskriminierung als Frau durchaus erkannten – bzgl. ihres Lesbisch-Seins aber selbst vertraten, daß derartige „Privatangelegenheiten“ im Betrieb nichts zu suchen hätten ... (Ursula Linnhoff: Weibliche Homosexualität – k & w 1976)

(16) Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 309

(17) dies., a.a.O., S. 337

(18) In einer entsprechenden Studie stellen Weinberg/Bell eine „höhere Arbeitszufriedenheit“ unter Lesben fest (nach Gollner, S. 102)

(19) Ähnlich äußerten sich auch die von Ursula Linnhoff interviewten Lesben – teilweise mit der Variante, daß sie ihre berufliche Diskriminierung als Frau durchaus erkannten – bzgl. ihres Lesbisch-Seins aber selbst vertraten, daß derartige „Privatangelegenheiten“ im Betrieb nichts zu suchen hätten ... (Ursula Linnhoff: Weibliche Homosexualität – k & w 1976)

(19) vgl. u.a. AK 164: Interview mit Horst Kirchmeier

Kirchmeier hat wieder Arbeit

Der schwule Diakon Horst Kirchmeier, den die Bargteheider Kirchengemeinde (Schl.-Holst.) loswerden wollte (es wurde arbeitsrechtlich ein Vergleich abgeschlossen, siehe AK 164, S. 23), hat jetzt eine neue Anstellung. Er ist weiterhin als Jugenddiakon – nicht etwa in der Erwachsenen- oder Altenarbeit, wie es ihm einige empfohlen – tätig, und zwar im nur 7 km von Bargteheide entfernten Holsbüttel.

Im Fall Kirchmeier kann die Schwulenbewegung also deutlich einen Erfolg verbuchen. Die Aufklärungsarbeit hat doch insgesamt ausgereicht, um wenigstens eine von zwei nahe beieinanderliegenden ländlichen Kirchengemeinden zu überzeugen, daß wir Schwule Anspruch auf gleiche Rechte haben.

Der Erfolg wird dadurch erklärbar, daß die evangelische Kirche seit dem Nürnberger Kirchentag in der Frage der Homosexualität offener ist. So werden sich vielleicht die Holsbütteler Gemeindeglieder gesagt haben, wenn die Bargteheider zu brennen sind, zu erkennen, daß Kirchmeier eine attraktive Jugendarbeit

macht, dann nehmen wir ihn halt, seine Homosexualität ist uns nicht so wichtig.



Daß Holsbüttel dem liberalen Lager zuzurechnen ist, erkennt man auch daran, daß der Kirchenvorstand eine Einstellung Kirchmeiers davon abhängig machte, ob ihn die Jugendlichen überhaupt haben wollen – und das wollten sie!

AG Schwule im KB

PODIUMSDISKUSSION IN MÜNSTER

Eingeladen hatte der AStA der Uni Münster zusammen mit der Homosexuellen Initiative Münster H.I.M. zu dieser Veranstaltung Mitte November. Zu Beginn wurde der erste Praunheim-Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers...“ gezeigt, dann bestiegen das Podium: Gerd Blömer, Schwulo und kürzlich wegen Verunglimpfung der Polizei verurteilt, Erwin Rock, schwuler Kandidat der Grünen Alternativen Liste (GAL), Dirk Strehlau von den Jungdemokraten gegen die Diskriminierung Homosexueller, Michael Zgonjanin von der NARGS und Thomas als Vertreter der AG Schwule im KB. Von den beiden Mitgliedern der SPD und FDP wurde die Rolle ihrer

Parteien bei der Meinungsbildung und ihre „Möglichkeiten zu Gesetzesänderungen“ betont, während Erwin von der GAL und Thomas von der AG Schwule vor allem die sich entwickelnde und zu stärke Schwulen- und Lesbenbewegung in den Vordergrund rückten. Trotzdem gab es eine Reihe von Übereinstimmungen, die Ansätze für eine gemeinsame Arbeit bieten können.

Zu kurz gekommen sind jedoch die eindeutig vorhandenen Kontroversen. Das lag zum einen an der zu kurzen Zeit, die ausführliche Diskussion um einzelne Punkte unmöglich machte, zum anderen wohl auch da-

ran, daß dies die erste gemeinsame öffentliche Diskussion der genannten Gruppen war und so nicht so sehr Gewicht auf deutliche Abgrenzung gelegt wurde. Dies jedoch ließ die Diskussion für manche der ca. 600 Teilnehmer langweilig werden. Es wäre in Zukunft besser, solche Veranstaltungen unter einem spezifischen Thema zu machen, an dem Unterschiede klarer herausgearbeitet werden können.

Im Zuge des kommenden Wahlkampfes werden derartige Diskussionen sicher immer interessanter.

AG Schwule

Schwule im 3. Reich

Rund 100 Teilnehmer, darunter viele Frauen, kamen zu einer Veranstaltung der „Unabhängigen Homosexuellen Alternative“ (UHA). Nach einem halbstündigen Dia-Vortrag über die Verfolgung der „Männer mit dem Rosa Winkel“ im deutschen Faschis-

mus folgte ein Referat über Schwulen-/Lesben-Verfolgung unter den faschistischen Regimen in Argentinien, Chile und Franco-Spanien, sowie durch Neofaschisten in Großbritannien (National Front) und der Bundesrepublik.

Gleichzeitig wurde das Thema Bundestagswahlen und Strauß-Kandidatur angesprochen. In der anschließenden Diskussion wurde vor allem über „Schwule in der Öffentlichkeit“ gesprochen. Schwule sollten sich in der Öffentlichkeit „anständig“ aufführen, nicht so rumtuckern oder durch übertriebene „Männlichkeit“ auffallen. (Das hier angesprochene Problem: Tunte und Lederschwule sind „Horror-Minderheiten“ in der Minderheit, die dem homophilen Spießher Angst machen, weil sie nicht ins gewünschte Bild einer „angepaßten“ Mehrheit der Homosexuellen passen). Von einer Distanzierung von diesen Gruppen erwartet der homophile Spießher Anerkennung durch die „Normalen“. Ein starker Gegenblock verwahrte sich gegen diese Anpassung an die „Diktatur der Normalität“ und forderte das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und die solidarische Gemeinschaft aller Schwulen, egal ob Tunte, „Kerl“ oder sonstwie unnormal. Motto: „Wir wollen so akzeptiert werden, wie wir sind. Wir wollen nicht die Mona Lisa malen oder Romeo und Julia schreiben müssen, um toleriert zu werden.“ (Gemeint sind die diversen homosexuellen Künstler von Leonardo da Vinci und Shakespeare über Gustav Gründgens und Freddy, die sich über künstlerische Leistungen einen „Freiraum“ schaffen und von den „gewöhnlichen“ Homophilen immer als Entschuldig für ihr eigenes Schwulsein herangezogen werden.)

Die äußerst engagierte und z.T. heftige Diskussion zeigte, daß viele Homosexuelle zur Veranstaltung gekommen waren, die bisher der Bewegung fernstanden und hier zum ersten Mal mit dem Selbstverständnis der Aktionsgruppen konfrontiert wurden.

Fazit: Wenn auch über das eigentliche Thema „Schwule im III. Reich“ wenig diskutiert wurde, zeigt diese Veranstaltung jedoch, wie stark das Interesse nach Gemeinsamkeiten und Veranstaltungen dieser oder ähnlicher Art unter Schwulen ist.

AG Schwule im KB

Darüber freuten wir uns

Nachdem Teile unseres Artikels „Schwule Identität, „Harter Mann“ und Schwulenbewegung“ in Auszügen im „Zentralorgan“ der deutschsprachigen S/M'er (BRD, Schweiz, Niederlande) abgedruckt wurden, bekamen wir vor einigen Tagen die Mitteilung aus den USA, daß der gesamte Artikel dort ins Englische übertragen worden ist „and edited for the English press“ („für die englischsprachige Presse herausgegeben“). Nice, nicht wahr? Hoffentlich erreichen wir auf diese Weise auch die aufblühende englischsprachige „Szene“ in Australien und Neuseeland, dort wollte die AG Schwule schon immer mal den Urlaub verbringen.

Leise vor uns hingejuchht haben wir auch angesichts der Juni-Nummer der US-amerikanischen Schwulenzeitung „Christopher Street“ (rechtsliberal; Auflage ca. 50.000). Unter der Überschrift „In Neo-Nazi-Germany“ erschien dort ein achtseitiges Interview mit einem Mitglied der „Homosexuellen Aktion Hamburg“ über die Rechtsentwicklung in der BRD und die Aktivitäten der hiesigen Schwulenbewegung. Die im Interview benannten Tatsachen lösten vehementen Protest von „Deutschland-Kennern“ aus Siegmaringen und San Francisco aus. (Motto: „Deutschland ist ganz anders!“ Die „Baader/Meinhoff-Bande“ und „die Kommunisten“ seien Schuld an dieser Rechtsentwicklung usw.) Die Redaktion der „Christopher-Street“ räumte einem dieser „Deutschland-Kenner“ einen Gegenartikel ein, damit das Bild wieder „ausgewogen“ werde.

Protest gegen das Interview kam auch aus England, und zwar von John Tindal, Oberfascho der neofaschistischen „National Front“. Tindal

behauptete, die im Interview auch angesprochene NF sei keine faschistische Organisation und auch nicht antischwul. Beweis: Sein Vertreter in der NF sei schwul und lebe schon seit Jahren mit einem anderen NF-Fascho „als Mann und Frau“ (Originalton!) zusammen. „Gewöhnliche Parteimitglieder“ (Originalton) würden bestraft, wenn sie die beiden wegen ihrer Homosexualität diskriminieren. Unglaublich? Nun, in der englischen Schwulenbewegung wurde schon lange das Gerücht gehandelt, daß der 2. NF-Vorsitzende schwul sei. Wir weigern uns aber zu glauben, daß der Leserbrief tatsächlich von NF-Tindal stammt. Vielmehr nehmen wir an, daß eine englische Bewegungsschwester auf „ihre Art“ die Sache einmal öffentlich machen wollte, um die verkommene Verlogenheit der NF anzuprangern: Auf der einen Seite gibt es in der NF selbst Schwule, auf der anderen Seite überfallen NF-Schlägertrupps ständig schwule Lokale und ermorden sogar schwule Aktivisten, verbreiten die faschistische Gesundes-Volksempfinden-Ideologie und treten ebenfalls extrem frauenfeindlich auf. Über Reaktionen der englischen Schwulenbewegung auf diese „Enthüllung“ wissen wir noch nichts.

Anfang November 1979 veröffentlichte die deutsche „Tageszeitung“ (TAZ) eine („Rück“-)Übersetzung des o.a. Interviews in Auszügen. Erfreulich! Aber liebe Freunde, warum macht ihr denn in Gottes Namen nicht direkt ein Interview mit jenem HAH-Mitglied, sondern macht den weiten Umweg über New York? Die Mühe hättet ihr Euch nun wirklich sparen können.

AK Schwule im KB

– Bestellen! – Wieder erhältlich! – Bestellen! – Wieder erhältlich!



10 Jahre Stonewall – 10 Jahre Schwulen- & Lesben-Bewegung

USA: Entwicklung einer Bewegung sowie Berichte und Meldungen aus: England, Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweiz, Skandinavien, Nordirland, Frankreich, Italien, Spanien, Australien, Lateinamerika, Kanada, UdSSR & Iran

Zum ersten Mal ausführlich in deutscher Sprache: DIE ERGEBNISSE VON STONEWALL

Bestellungen über: J. Reents Verlag, Lerchenstraße 75, 2 HH 50; Einzel Exemplar 5 DM

Schwule Woche in Aachen

Aachen, eine Stadt in der Provinz, ist eine „saubere“ Stadt. Als Hochburg der Katholischen Kirche mit Dom, Klöstern und grauenhaft vielen Nonnenschulen, beherbergt aber auch Lesben und Schwule. Aber die Stadtveräter versuchen, den päpstlichen Geist durchzusetzen: Klappen werden abgerissen (Es gibt Studien über ihre Benutzer.), Verfasser schwuler Flugblätter und Plakate gesucht (polizeilich). Und nicht zuletzt hat Mann ein prinzipielles Verbot für Informationsstände von Homosexuellen erdacht und durchgesetzt, weil das Auftreten von Homosexuellen mit Flugblättern und, wenn sie über Homosexualität informieren, Jugendliche „gefährdet“.

In Aachen gibt es jetzt aber schon seit fast zwei Jahren wieder eine Schwulengruppe — die Printschwulengruppe. Zu treffen sind sie jeden Sonntag im Teehaus Königstraße. Und die machen jetzt eine Woche mit Filmen, Diskussionen, Fest und einem Informationsstand in der Stadt.

Das Kino CASABLANCA führt in Zusammenarbeit mit der Schwulengruppe schwule Filme vor. Ein Büchertisch und Diskussionen sollen auch im Kino laufen. Am Büchertisch wird Literatur über Schwulensein und über Lesbisch-sein verkauft.

Filme: Z.B. R.v. Fraunheim: „Armee der Liebenden“, „Ausgefippt“

Programm:

So., 9.12.: Schwule Ausstellung im Teehaus in der Königstraße.

Mo., 10.12.: Schwules Männerfest im Malteserkeller (Malteserstraße)

Do., 13.12.: Veranstaltung mit Peter Schult. Peter ist ein Päderast. Wegen einer Beziehung zu zwei Jungen wurde er verurteilt (von einem Gericht). Dabei fühlten sich die Jungs bei Peter wohl als zuhause und wollen ihn wieder besuchen.

Sa., 15.12.: von 11h bis 13h: Infotisch am Holzgraben. Damit soll das berüchtigte Aachener Infotischverbot unterlaufen werden. Auch jetzt machen die Behörden Schwierigkeiten. — Aber wir werden auch gegen den Willen der Amtschimmel über uns Homosexuelle informieren. Der Infotisch soll auch einen autonomen Lesbenteil haben. — Männer haben die Homosexualität ja nicht gepachtet. Lieber Leser, ob du nun ein Homo bist oder nicht, komm bitte am Samstag zum Holzgraben. Hilf mit, daß Homosexuelle das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen. Es kann sein, daß die Polizei uns daran hindern will. (Dies Recht sichert sogar das Grundgesetz zu!)

Samstagabend: Diskussionen im Haus der ESG in der Nizzaallee. Da triffst du Lesben und Schwule, mit denen du auch etwas „privater“ reden kannst.

Schwule in der alternativen Wahlbewegung — Was tun?

Nachdem die bisherige Diskussion in der Schwulenbewegung in Hinblick auf ein aktives Eingreifen zu den bevorstehenden Bundestagswahlen eher schleppend verlief, zeichnet sich jetzt eine breite Debatte in dieser Frage ab. Ein Diskussionspapier der Westberliner Schwulengruppe AHA aus diesem Frühsommer zu den Wahlen erntete nur spärliche Resonanz: nur wenige Gruppen gingen auf die begonnene Diskussion ein. Auch die Arbeitsgruppe „Bundestagswahlen“ auf Homolulu brachte die Diskussion in der Bewegung nicht in Schwung. Erst der Leitartikel in ROSA 18 vom Oktober 79 belebte die Auseinandersetzung um eine schwule Beteiligung an den Bundestagswahlen im allgemeinen und an einer zu schaffenden grün/bunten Partei im besonderen: „Ich habe keine Lust, ständig das Phantom STRAUSS an die Wand zu malen, zu bibbern und zu zittern, um meine Bedenken an jedweder Wahlbeteiligung so zu kultivieren, daß ich vor lauter Zweifeln gar nichts mache. Mit diesem Artikel will ich all die ansprechen, die weder Franz-Josef noch Helmut noch den dicken Genscher unterstützen wollen, positiv: all die Schwulern, die skeptisch, kritisch und mit etwas

Hoffnung die Diskussion um eine GRÜNE/BUNTE LISTE verfolgen“. Auf dem Kongreß der Grünen, auf dem am zweiten Tag auch die alternativen und bunten Listen zu Wort und Stimme kamen, wurde von den anwesenden offenen Schwulen eine Resolution eingebracht: „Es entspricht dem Selbstverständnis der Grünen und alternativen Bewegung, daß auch und gerade sog. „Außen-seitergruppen“ in der zu gründenden Partei programmatisch und personell vertreten sind. Deswegen begrüßt es die Versammlung der Grünen und Bunten/Alternativen in Offenbach, wenn auch Homosexuelle und Emanzipationsgruppen aus der Schwulenbewegung offen und engagiert im Rahmen der zu gründenden grünen Partei auftreten, einen eigenständigen Programmteil erarbeiten, und personell in verantwortungsvollen Positionen und Funktionen (z.B. Vorstand, „sicherer“ Listenplatz) repräsentiert sind.“ Diese Resolution wurde von den Anwesenden mit ca. 70% angenommen. Festzuhalten bleibt, daß den in Offenbach Versammelten klar gemacht wurde, daß mit den Schwulen zu rechnen ist. Und wenn 70% der oben angeführten Resolution zustimmten, so ist das

u.E. ein Erfolg. Diese Zustimmung hat aber vom Selbstverständnis der Grünen ausschließlich Empfehlungsschakter, ist somit politisch nicht eintragbar. Wir sollten auf jeden Fall nicht so blauäugig glauben, daß die Schwulen und Lesben jetzt bereits fester und integraler Bestandteil der Grünen seien. Nicht auszuschließen ist z.B., daß seitens der Grünen um Gruhl und Springmann eine ähnliche Politik gefahren wird wie an der Frage der UVB's: an dieser Frage fand sich bekanntlich in Offenbach eine zarte Mehrheit gegen UVB's. Wenig später in der Presse (und vorher schon in den Landessatzungen der grünen Landesverbände) verkündeten Gruhl und Konsorten, daß ein UVB unverzichtbarer Bestandteil einer grünen Partei sein wird. Ähnliches ist in der Schwulenfrage denkbar.

Die bisherigen Aktivisten in der alternativen Wahlbewegung rufen zu einem Treffen von Schwulen und Lesben in der Wahlbewegung vom 15.-16. Dezember 79 auf. Hier sollen weitere Überlegungen in Hinblick auf eine schwule und lesbische Beteiligung an der grünen/bunten Partei angestellt werden. Ort und ähnliches werden noch rechtzeitig bekanntgegeben. AG Schwule

Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen!

„Getretner Quark wird breit, nicht stark!“. Das ist nicht von Marx, Engels, Lenin oder Mao, sondern von Goethe. Er muß den Artikel der AG Schwule unter dem hochtrabend programmatischen Titel „Die Schwulenbewegung und die Linke“ (AK 165) gelesen haben.

Es gibt eine „Lücke“ hinsichtlich der Schwulenfrage in den Werken der Klassiker. Es gibt in den Werken der Klassiker eine „Lücke“ in der Sexualfrage. Welch grandiose Neuigkeit. Warum diesen Kalauer noch einmal breit-treten? Wir werden auf diese Frage noch eine Antwort versuchen.

Zunächst zu der Behauptung: „Die Klassiker haben die Lücke im 'Gebäude' des Marxismus durchaus gesehen und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt.“ — Eine Behauptung, die den Autoren des Artikels offenbar selbst so zweifelhaft vorkam, daß sie sie geradezu beschwörend insgesamt sechsmal wiederholten. Sie ist ja auch von bestürzender Kühnheit.

„Friede den Arschlöchern — „Lücke“ in der Schwulenfrage

Vorsichtshalber habt Ihr in Eurem Beitrag die Schwulenfrage gleich sorgfältig ausgeklammert. Eine bemerkenswerte Leistung in einem Artikel einer „AG Schwule“, die vorgibt, das große Thema „Schwulenbewegung und Linke“ zu behandeln.

Freilich wäre anderenfalls Euer Artikel schon nach wenigen Zeilen zuende gewesen. Denn in der Schwulenfrage hat nun wirklich kein einziger Klassiker eine „Lücke“ gesehen, wohl aber hat sich Engels in seinem berühmten Brief an Marx von 1869 in hässlichster Weise darüber lustig gemacht. Da Ihr dieses Zitat heute so schamhaft verschweigt, dürfen wir es Euch noch einmal im Wortlaut in Erinnerung rufen: „Das sind ja äußerst widernatürliche Enthüllungen. Die Päderasten fangen an, sich zu zählen und finden, daß sie eine Macht im Staate bilden. ... Guerre aux cons, paix aux trous-de-cul (Krieg den Fötzen, Friede den Arschlöchern) wird es jetzt heißen. Es ist ein Glück, daß wir persönlich zu alt sind, als daß wir noch beim Sieg dieser Partei fürchten müßten, den Siegern körperlich Tribut zahlen zu müssen. Aber die junge Generation! Übrigens auch nur in Deutschland möglich, daß so ein Bursche auftritt, die Schweinerei in eine Theorie umsetzt und einladet: Introtre (tretet ein, kommt herein — eine zotige Anspielung Engels' auf die Arschfickerei — Pe/We) usw. Leider hat er noch nicht die Courage, sich als Das zu bekennen....Aber warte erst, bis das neue norddeutsche Strafgesetz die droits du cul (die Rechte des Arsches) anerkannt hat, da wird er ganz anders kommen. Uns armen Leuten von vorn, mit unsrer kindischen Neigung für die Weiber, wird es dann schlecht genug gehn.“

Wenn der Schweitzer zu etwas zu brauchen wäre, so wäre es, diesem sonderbaren Biedermann die Personalien über die hohen und höchsten Päderasten abzulocken...“ Zu welchem Zweck wohl??? (Zit. nach „Konkret Sexualität“ 1979, S. 70)

Engels konnte übrigens beruhigt

für die Zukunft seines trou-de-cul sein: Das neue deutsche Strafgesetz brachte 1871 nicht die Anerkennung der „droits du cul“, sondern § 175, wie er bis 1935 bestand.

Engels schrieb dies, nachdem er das Buch eines Vertreters der ersten und jungen deutschen Schwulenbewegung (Karl-Heinz Ulrichs) in die Hand bekommen hatte. Bei Euch bleibt von diesem wirklich unmißverständlichen Zitat nur übrig, Engels habe „verschreckt auf Schwule reagiert“. (letzter Satz Eures Artikels!). Mit solcher Verharmlosung kann man der Wahrheit auch die Beine wegschlagen.

Einige Jahre später hat Engels im „Ursprung der Familie...“ (MEW 21, S. 67) beklagt, daß die athenischen Männer „versanken in die Widerwärtigkeit der Knabenliebe.“

Dies alles ist natürlich satissam bekannt (Ihr selbst habt es früher einmal zitiert) und muß nur deshalb noch einmal so ausführlich dargelegt werden, weil Ihr zynischerweise ausgerechnet im Zusammenhang mit dem ersten Zitat (von 1869) behauptet: „Dazu (Füllen der „Lücke“ — Pe/We) haben uns die Klassiker die Mittel gegeben.“

Die Mittel allenfalls in dem Sinne, daß sie den wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt haben. Sie selbst haben ihn auf die Schwulenfrage jedenfalls nicht angewandt.

Rechtfertigungsgeschwätz „Lücke“ in der Sexualfrage

Bleibt die „Lücke“ in der Sexual- und Ehefrage. Wurde sie klar gesehen, wie die AG Schwule behauptet?

Marx wirft nach Eurem eigenen Zitat Feuerbach vor, Liebe und Freundschaft als einzige menschliche Verhältnisse gesehen und sie idealisiert zu haben. Feuerbach „gibt keine Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ (MEW Bd. 3, S. 44). Engels fordert die deutschen Arbeiter auf, endlich über die „äußerst vernünftigen“ Dinge offen zu reden, die sie „täglich oder nächtlich selbst treiben“, statt darüber Zoten zu reißen. (MEW Bd. 21, S. 8)

Großartig! Aber bitte, verrätet doch um Gottes Willen, aufgrund welcher begnadeter Offenbarungen Ihr aus diesen beiden dürftigen Zitätzchen ableitet, die „Klassiker haben die Lücke im Gebäude des Marxismus durchaus erkannt und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt?“ — Ein Musterbeispiel „wissenschaftlicher“ Analyse!

Aber auch Lenin hat, wie noch zu zeigen sein wird, die entsprechenden Lücken keineswegs da gesehen, wo Ihr es gerne hättet. Ihm ging es nämlich, wie aus Clara Zetkins „Erinnerungen an Lenin“ hervorgeht, nicht um das Vorantreiben der Sexualrevolution vom marxistischen Standpunkt, sondern um ihre Bekämpfung vom marxistischen Standpunkt.

Aber unterstellen wir für einen Moment, Eure Behauptung vom „Lücken“-Bewußtsein der Klassiker sei richtig. Aber ist damit auch bewiesen, daß die Klassiker keine „Päderasten“, „Heteromacker“ oder sonstwas waren....? Aus Euren „Beweisen“ ginge, wenn sie richtig wären,

doch nur hervor, daß sie ein „Lücken“-Bewußtsein als Heteromacker gehabt haben. Denn zur Schwulenfrage haben sie, wie wir gesehen haben, nicht nur keine Lücke gesehen, sondern einer von ihnen, Engels, hat auch ausgesprochene „Heteromacker“-Aussagen gemacht.

Nun wäre es natürlich hochinteressant, zu analysieren, warum die Klassiker die von ihnen so klar erkannte Lücke nicht füllten. Ihr gebt dazu zwei Erklärungen:

— „Die wissenschaftlichen Fachforschungen zu diesem gesamten Komplex (steckten) noch in den Kinderschuhen...“

— Lenin „mußte (!) jedoch den alleinigen (!) Schwerpunkt seiner Kraft auf die Festigung des jungen Sowjetstaates setzen.“

„Lücken“-büßer bürgerliche Wissenschaft

Zunächst zum erstgenannten Argument: Mal abgesehen von der erstaunlichen Ansicht, daß die Kommunisten, bevor sie sich mit einer Frage auseinander setzen, warten müßten, bis die bürgerlichen „Fachforscher“ von ihren bürgerlichen Professorenkollegen nicht mehr als „Ketzer“ angesehen werden — die Behauptung stimmt auch gar nicht:

Die erste empirische Untersuchung zum Schwulenproblem wurde — wie Ihr selbst schreibt — bereits 1904 von Magnus Hirschfeld veröffentlicht. Das war aber keineswegs der Anfang. 1869 schrieb Karl-Heinz Ulrichs ein Buch zur Schwulenbefreiung — eben jenes, über das Engels sich lustig machte. Das Buch fand viel Beachtung und wird als ein ganz selbstverständlich bekanntes Werk bei Freud und Hirschfeld zitiert.

Im Jahre 1884 gab E. Gley als Erklärung für die „Inversion“ (Homosexualität) die Bisexualität des Menschen an (Freud, S.: Abhandlungen zur Sexualtheorie, Studienausgabe Bd. V, S. 54, Anm. 2).

Seit 1897 forschte Magnus Hirschfeld zur Sexual- und Schwulenfrage und veröffentlichte viel beachtete Aufsätze. Unter anderem gab er das „Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen“ heraus. Um die Jahrhundertwende hielt er sogar Volkshochschulvorträge zur Schwulenfrage, die nach eigenen Angaben zu „den beachtesten aller Berliner Volkshochschulen“ gehörten. Während der Wintersemester waren es jeweils „mehrere tausend Männer und Frauen.“

1900 führte Moeblus die Verwendung des Degenerations- (= Entartungs-) Begriffs ad absurdum (S. Freud, a. a.O., S. 50, Anm. 1).

In den Jahren 1902-03 veröffentlichte Iwan Bloch Untersuchungen, die Freud zu der Bemerkung veranlaßten: „In der Auffassung der Inversion (Homosexualität — Pe/We) sind die pathologischen (= Krankheits-) Gesichtspunkte von anthropologischen (die menschliche Natur betreffenden) abgelöst worden. Diese Wandlung bleibt das Verdienst I. Blochs.“ (S. Freud, a. a.O., S. 51, Anm. 1)

1905 endlich veröffentlichte Sigmund Freud zum erstenmal seine „Drei Abhandlungen zur Sexualthe-

orie“ (die bis zum Tode von Lenin insgesamt sechs Auflagen erlebten). Freud konnte sich bei dieser Schrift, in der er übrigens neben manchen heute überholten Ansichten sehr viel Wichtiges und damals Revolutionärendes zur Schwulenfrage sagt, auf ein breites Fundament wissenschaftlicher Forschungen anderer Autoren stützen. Die wichtigsten Schriften von Krafft-Ebing, Möbius, Havelock Ellis, von Schrenck-Notzing, Löwenfeld, Eulenburg und Magnus Hirschfeld waren bereits erschienen. (Freud, S., a. a.O., S. 47, Anm. 1)

Die „Drei Abhandlungen“ waren ein Frontalangriff gegen die Herumstümperei und das Philistertum der bürgerlichen Sexualmoral. Sie lösten deshalb einen Sturm der Entrüstung in der bürgerlichen Wissenschaft und weit darüber hinaus aus.

Und diese geradezu weltweite öffentliche Debatte sollte einem so gebildeten Mann wie Lenin entgangen sein? Das alles soll so unentwickelt gewesen sein, daß er nicht Stellung beziehen konnte? Kinderschuhe? Gewiß doch, aber ein Kind mit Schuhgröße 48.

Übrigens befindet Ihr Euch mit Eurer Beurteilung des damaligen Standes der „wissenschaftlichen Fachforschungen“ in interessanter Gesellschaft: „Marx, Engels und Lenin haben sich über Probleme der Sexualität weitgehend ausgesprochen. Mußten sie auch, denn eine materialistische Sexuologie gibt es, wenn überhaupt, auch heute erst in Ansätzen“ — das schreibt Hartmut Schulze, Ex-Chefredakteur der „Roten Blätter“ des MSB-Spartakus, heute Redakteur von „Konkret“ und mit kritischer Sympathie der DKP gegenüberstehend, in „Konkret-Extra Sexualität“ 1979, S. 68. In einem Artikel, dem Ihr ja auch sonst viel verdankt.

Für Keimform-Debatten keine Kräfte frei?

Nun zum Argument „keine Zeit, keine Kräfte“. Um diese These zu untermauern, greift die AG Schwule wieder zum Mittel der Beschwörung. Gleich viermal zitiert sie den Anspruch des Genossen Lenin von der notwendigen „Bewältigung des ungeheuren Materials“ und fügt selbst hinzu: „Es zeigt sich, daß es durchaus nicht leicht war, über dieses Thema zu arbeiten, wenn nicht umfassende Grundlagenforschung und eine entsprechende Untersuchungsarbeit geleistet wird, auf die Marxisten aufbauen können.“ (1. Seite, 5. Spalte, letzter Abs.)

Der uninformierte Leser läßt sich vielleicht von der monoton gemurmelten Beteuerung des schrecklich großen Berges unbewältigten Materials einschüchtern. Einer wissenschaftlichen Betrachtung hält diese Beteuerung hingegen nicht stand, wie wir gezeigt haben.

Außerdem: Selbst wenn man als richtig unterstellt, wie die AG Schwule, daß Lenin um 1920 alle Kräfte auf die Festigung des jungen Sowjetstaates legen „mußte“ (wir sind da anderer Meinung), dann bleibt immer noch unbeantwortet, was in den Jahren vorher in Sachen „Lücken“-Füllung geschah. Nach Eurer Beweis-

führung“ hatte doch Marx bereits 1845 „die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt“. Haben ihn seine Klassiker-Kollegen nicht gehört? Immerhin sind seit dieser Mahnung bis 1920 — wie wir Euch vorrechnen dürfen — 75 Jahre vergangen! Das ist doch „ein Schmarren“ — um ein weises Lenin-Wort zu zitieren. Nun zur Situation nach der Oktoberrevolution. Von einer AG Schwule, die einige Geschichtskenntnisse hat, könnte man erwarten, daß sie Lenins These, jetzt habe man „keine Kräfte dafür“ kritisch hinterfragt. Ihr aber erklärt dogmatisch (weil undisputiert): „Lenin... mußte jedoch den alleinigen Schwerpunkt seiner Kraft auf die Festigung des jungen Sowjetstaates setzen“. Genau das hat sich aber vor der Geschichte als falsch, als folgenschwerer Fehler erwiesen.

Wenn Clara Zetkin Lenin richtig zitiert hat, dann beklagt er, daß „die große soziale Frage als ein Teil, als ein Anhängel der Sexualprobleme erscheint (in der Sexualbewegung nach der Oktoberrevolution — Pe/We). Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück“. Die Sexualfrage ist also eine „Nebensache“, für deren Behandlung man zur Zeit „keine Kräfte“ habe?

Das paßt nun zwar nahtlos in die „Keimform“-Thesen der ZL-Fraktion, der Ihr Euch angeschlossen habt, ist aber nichtsdestoweniger völlig undialektisch. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, daß die Sexualfrage, besser gesagt die Sexualunterdrückung, ein Neben-Widerspruch ist. So wie im einzelnen auch die Schwulenfrage ein Neben-Widerspruch ist. Keineswegs eine Neben-sache! Denn Haupt- und Neben-Widerspruch bilden eine dialektische Einheit. Deshalb muß auch bereits jetzt, wo der Haupt-Widerspruch noch nicht gelöst ist, am Nebenwiderspruch gearbeitet werden. Dieses dialektisch-materialistische Klippschulwissen sollte man eigentlich bei einer AG Schwule voraussetzen dürfen, verdankt sie dieser Einsicht doch überhaupt ihre Existenz im KB.

Lenin hat — immer unterstellt, daß Clara Zetkin ihn richtig widergibt — die dialektische Einheit zwischen Festigung des jungen Sowjetstaates und ideologischem Kampf gegen die bürgerliche Sexualmoral, ideologischem Kampf um eine Keimform von befreiter Sexualität offenbar nicht gesehen.

Gerade weil sich im Pendelschlag gegen den bürgerlichen Sexualmuff doch letztlich wieder bürgerliche, weil Herrschafts-Ideologien breitmachten („Jede Komsomolzin, jede Studentin, auf welche die Wahl eines dieser jungen prinzipienstarken Männer falle, müsse unweigerlich gehorchen...“ — M. Israel zit. nach Kolontai, „Neue Moral“ S. 142), gerade weil andererseits zu befürchten war, daß als erneuter Pendelschlag hiergegen eine repressive bürgerliche Sexualmoral wieder Oberhand bekam, mußte nach einem korrekten Standpunkt in diesen Fragen gesucht werden. Zu diesem Zeitpunkt. Nicht „später einmal“.

Und weil diese Lücke weder erkannt noch gar gefüllt wurde, kam der zu befürchtende Pendelschlag nach der bürgerlich-repressiven Seite denn auch prompt. Abschließend war der Berg der notwendigen „Bewältigung des ungeheuren Materials“ so hoch, daß man nicht doch ganz schnell zu konkreten, „Lücken“ schließenden Schritten kommen konnte. Und zwar nicht erst in den Zeiten der schrecklichen Homosexuellenverfolgungen in den Dreißiger Jahren, sondern schon zu Lenins Lebzeiten, bzw. unmittelbar nach seinem Tod.

Wilhelm Reich berichtete, daß bereits 1925 in Turkestan ein Zusatzgesetz zum Gesetzbuch der Sowjetunion geschaffen wurde: „der hohe Strafen für Homosexualität vorsah“ (Reich, „Die sexuelle Revolution“ EVA 1966, S. 258 – Original 1936).

Lenin: Herumwühlen im Sexuellen ist mir zuwider

Nun beschränkt sich freilich Lenins Fehlposition nicht auf eine falsche, weil undialektische Einschätzung der Notwendigkeit, hier und jetzt korrekte Positionen zu Sexualfragen zu erarbeiten, die theoretische „Lücke“ hier und jetzt zu schließen. Er hat auch in der Sache selbst – immer nach Clara Zetkin – höchst fragwürdige Ansichten gehabt.

Offensichtlich habt Ihr, als Ihr Euch zur Lektüre der Klassiker auf die Knie warft, vergessen, das Buch vom Schreibtisch zu nehmen, und könnt von da unten die Buchstaben nicht mehr richtig erkennen. Sonst hättet Ihr in den von Euch zitierten „Erinnerungen an Lenin“ der Genossin Zetkin einige Ausführungen sehen müssen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. Wir erlauben uns, Eurer Leseschwäche ein wenig aufzuhelfen:

Clara Zetkin, „Erinnerungen an Lenin“, in „Ausgewählte Reden und Schriften“, Bd. III, S. 134, zitiert Lenin: „Die geleseste Schrift soll die Broschüre einer jungen Wiener Genossin über die sexuelle Frage sein. Ein Schmarren! Was richtiges darin steht, haben die Arbeiter längst bei Bebel gelesen. Nur nicht so langweilig als ledernes Schema wie in der Broschüre, sondern agitatorisch packend, aggressiv gegen die Bourgeoisellschaft.“

Die Erweiterung durch die Freud'schen Hypothesen sieht 'gebildet', ja nach Wissenschaft aus, ist aber Laienstümperei. Die Freud'sche Theorie ist jetzt auch solch eine Modenarrheit. Ich bin mißtrauisch gegen die sexuellen Theorien der Artikel, Abhandlungen und Broschüren usw., kurz gegen die Theorien jener spezifischen Literatur, die auf den Mistbeuten der bürgerlichen Gesellschaft üppig emporwächst. Ich bin mißtrauisch gegen jene, die stets nur auf die sexuelle Frage starren wie der indische Heilige auf seinen Nabel.

Mir scheint, daß dieses Überwuchern sexueller Theorien, die zum größten Teil Hypothesen sind, oft recht willkürliche Hypothesen, aus einem persönlichen Bedürfnis hervorgeht, nämlich das eigene anormale oder hypertrophische (überspannte) Sexualleben vor der bürgerlichen elnemi persönlichen bewußnis nervt, geht, nämlich das eigene anormale oder hypertrophische (überspannte) Sexualleben vor der bürgerlichen Moral zu rechtfertigen und von ihr Duldsamkeit zu erbitten.

Dieser verummte Respekt vor der bürgerlichen Moral ist mir ebenso zuwider wie das Herumwühlen im Sexuellen. Es mag sich noch so wild und revolutionär gebärden, es ist doch zuletzt ganz bürgerlich. Es ist im besonderen eine Liebhaberei der Intellektuellen und der ihnen nahestehenden Schichten. In der Partei, beim klassenbewußten, kämpfenden Proletariat ist kein Platz dafür.“

Soweit Lenin zu der von Euch ohne weitere inhaltliche Begründung als „offensichtlich stümperhaft“ gekennzeichneten Broschüre, die damals in der SU zirkulierte. Stimmt Ihr auch darin mit Lenin überein, daß Euch das „Herumwühlen im Sexuellen“ „zuwider“ ist, haltet Ihr es auch für den Ausdruck des „eigenen anormalen oder hypertrophischen Sexuallebens“, eine „Liebhaberei der Intellektuellen“, für die beim „klassenbewußten, kämpfenden Proletariat kein Platz“ ist? Nur heraus mit der Sprache, wendet Euch vertrauensvoll mit solchen Ansichten an den geeigneten AK-Leser und die interessiert lauschende Schwulenbewegung. Sie wird es Euch danken.

Lenin: „Leibesübungen statt Sexdiskussionen“

Was ist Lenins Alternative zu dem „Herumwühlen im Sexuellen“? Nach Zetkin am angegebenen Ort S. 141: „Zunächst die Jugend braucht Leibesübungen und Lebenskraft. Ein gesunder Sport, Turnen, Schwimmen, Wandern, Leibesübungen jeder Art. Vielseitigkeit der geistigen Interessen, Lernen, studieren, untersuchen, so viel als möglich gemeinsam! Das alles

wird der Jugend mehr geben als die ewigen Vorträge und Diskussionen über sexuelle Probleme und das sogenannte Ausleben. Gesunder Körper, gesunder Geist ...“

„Die Revolution fordert Konzentration, Steigerung der Kräfte. Von den Massen, von den einzelnen. Sie duldet keine orgiastischen Zustände, wie sie für D'Annunzio's (faschistischer!) italienischer Schriftsteller (Pe/We) dekadente Helden und Heldinnen das Normale sind. Die Zügellosigkeit des sexuellen Lebens ist bürgerlich, ist Zerfallerscheinung. Das Proletariat ist eine aufsteigende Klasse. Es braucht nicht den Rausch der Betäubung oder als Stimulus (Anregung) - sondern den Rausch sexueller Übersteigerung wie den Rausch durch Alkohol... Keine Schwächung, Vergeudung, Verwüstung von Kräften ...“

Seht Ihr da wirklich keine Verwandtschaft mit der gehässigen Polemik Engels gegen die Schwulen und mit den fürchterlichen Überspitzungen der Leninschen Thesen bei Makarenko und Gorki? Glaubt Ihr wirklich, die letztgenannten seien vom Himmel gefallen wie ein schicksalhafter Meteorit, ständen nicht in der Tradition einer historischen Fehlentwicklung, die ihre Fortsetzung in den Positionen der DKP findet? Anders ausgedrückt: Habt Ihr wirklich so ein Brett vor dem Kopf oder tut Ihr nur so, um Euch aufrechte MLer, Verzeihung: ZLer zu beweisen?

Klassiker: „Lücke“ nicht gesehen, „Lücke“ im Kopf

Fassen wir zusammen: Die Klassiker haben die „Lücke im Gebäude des Marxismus“ entgegen den Beteuerungen der AG Schwule nicht oder allenfalls nur beiläufig gesehen, jedenfalls nichts Wesentliches zu ihrer Beseitigung getan. Sie waren, wie wir gezeigt haben, in der Schwulenfrage ganz und gar, in der Frage der Sexualität allgemein überwiegend stümperhafte Philister. Die „Lücke“ war bereits in ihren Köpfen. Das schmälert ihre Verdienste auf anderen Gebieten kein bißchen. Im Gegenteil. Ein derart peinliches, undialektisches und letztlich dogmatisches Rechtfertigungsgeschwätz zur Vertuschung ihrer Fehler, wie es von der AG Schwule verbreitet wird, ist geradezu eine beleidigende Herabsetzung ihrer Verdienste. Sie waren eben keine „Halbgötter in Rot“, die man nur auf den Knien liegend lesen darf, sondern bedeutende Denker, die einerseits Richtiges und andererseits Falsches gesagt haben. Die Fehler der Klassiker nicht mehr Fehler nennen zu dürfen – das ist das Ende des wissenschaftlichen Sozialismus.

Marxismus und Psychoanalyse

Es müßte Aufgabe gerade einer AG Schwule sein, zu untersuchen, warum die Lücke in den Köpfen der bedeutendsten Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus bestehen bleiben konnte. Insbesondere, warum Lenin die Erkenntnisse des ersten wirklich bedeutenden Vertreters einer materialistischen Psychoanalyse und Sexualtheorie, Freud, nicht zur Kenntnis nehmen wollte, sie gar als „Modenarrheit“ abtat.

Diese Aufgabe, die letztlich bedeutet, die Debatte um die Kontroverse zwischen Marxismus und Psychoanalyse wieder aufzunehmen, können wir (die Autoren dieses Artikels) nicht aus dem Stand lösen.

Als Denkanstoß möchten wir nur auf eine Möglichkeit hinweisen: Vielleicht – das wäre zu untersuchen – hat Lenin die Erkenntnis Freuds von der Abhängigkeit des Menschen von seinen Trieben und die marxistische Erkenntnis von der Abhängigkeit des Menschen von seiner Umwelt als einen antagonistischen Widerspruch begriffen, nicht aber, was wahrscheinlich richtig ist, als dialektische zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Selbstkastration durch Gefälligkeitsgutachten

Zum Schluß noch zu unserer eingangs gestellten Frage: Warum wird der längst bekannte Quark von der Lückenhaftigkeit des Marxismus-Leninismus in Sexualfragen von der AG Schwule noch einmal derart wortreich breitgetreten? Und fügen wir jetzt hinzu: Warum werden die Fehler der Klassiker in diesem Punkt mit gewaltsamen und unbewiesenen Interpretationen und peinlichen Unterschlagungen von der AG Schwule beschönigt und verkleistert?

Die Antwort auf diese Frage liegt vermutlich in der völlig widersinnigen und inhaltlich den ursprünglichen Absichten bei Gründung einer AG Schwule zuwider laufenden Verbindung der AG Schwule mit der ZL-Fraktion.

Der Artikel „Schwulenbewegung und die Linke“ ist unserer Auffassung nach nichts anderes als ein unwissenschaftliches Gefälligkeitsgutachten für die ZL. Er rechtfertigt aus „schwuler Sicht“ die dogmatische und liebedienerische Klassiker-Rezeption, die von der ZL permanent propagiert wird (Die Klassiker haben immer recht). Er unterstützt mit einer vor den geschichtlichen Folgen blinden Rechtfertigung der Keine-Zeit-keine-Kraft-Theorie von Lenin die Polemik der ZL gegen die „Keimform“-Anhänger. Und er bringt auf dieser Basis erste Ansätze einer bündnisfeindlichen und sektiererischen Herangehensweise an die Schwulenbewegung, die der ZL-Frauenpolitik lupengenu entspricht.

Der Artikel ist insofern ein Akt der Selbstkastration, um sich bei der ZL lieb Kind zu machen. Der Entwicklung einer marxistischen Theorie der Schwulenfrage ist das gewiß nicht dienlich, dem Eingreifen der Kommunisten in die spontane Schwulenbewegung ebensowenig.

Der Vorwurf des Sektierertums in der Bündnispolitik der AG Schwule läßt sich an folgendem Zitat festmachen: „In der spontanen (spontan gebliebenen) Schwulenbewegung setzte sich die Ideologie vom ‚hier und heute‘ und ‚jetzt sofort‘, wärmer leben‘ zu wollen durch, die Utopie, sich hier und heute als Schwuler verwirklichen zu können. Die Parole ‚Ich will endlich die schwule Sau sein, die ich bin!‘ signalisierte in der Schwulenbewegung auch eine Resignation aufgrund der Erfahrungen, die viele Aktivisten mit dem ‚neuen linken Philistertum gemacht hatten‘.“

Das ist Original-Ton ZL. Und es ist eine Unverschämtheit. Die Schwestern, die das Leben der angepaßten bürgerlichen Homophilen satt haben, die ihr „Privates öffentlich“ machen, die endlich den Kampf gegen die Schwulenunterdrückung aufgenommen haben, „hier und heute“, „jetzt sofort“ – die nennt Ihr „resigniert“. Welch eine abgrundtiefe Borniertheit!

Resigniert seid einzig und allein Ihr. Ihr seid dabei, vor der Aufgabe zu resignieren, hier und heute, jetzt sofort den Kampf gegen die Lücken im Kopf der Genossen und anderer aufzunehmen, den Kampf um schon heute mögliche „Keimform“ von korrektem und solidarischem Verhalten gegenüber der Schwulenfrage zu führen.

Sehr weit werdet Ihr mit dieser durch Überheblichkeit und verbalradikale Töne („der Penis drückt gewaltig auf's Gehirn“ u.ä.) nur schlecht getarnten Selbstaufgabe in der Schwulenbewegung nicht kommen.

Der Aufenthalt der AG Schwule im „warmen Überlebensseckchen“ unter den Fittichen der ZL ist der AG Schwule nicht gut bekommen. Er ist schädlich für die Entwicklung einer kritischen Schwulen-Theorie und bewirkt in der praktischen Politik Sektierertum. Die AG Schwule muß raus aus der ZL-Fraktion. Hier und heute! Jetzt sofort!

Pe., schwules Mitglied des SSB-Hamburg

We., schwuler Ex-Kader des KB-Hamburg

Pe., schwules Mitglied des SSB-Hamburg

We., schwuler Ex-Kader des KB-Hamburg, Mitglied der Christa-Meves-Arbeitsgruppe der Antifa-Kommision Hamburg

Dementi

Im AK 166 berichtete die AG Schwule (ZL-Fraktion), daß „in der Ortsgruppe Münster“ die Forderung „Kein S/M im KB und auch nicht anderswo“ aufgestellt und ein „entsprechender Plakettenentwurf“ entworfen worden sei. Hierzu liegt uns eine ausführliche Stellungnahme der beteiligten Genossin vor, die aber so spät einging, daß wir sie in diesem AK nicht mehr abdrucken konnten. Für wichtig halten wir aber die Mitteilung ihrer Gegendarstellung: Sie habe die gemeinte Zeichnung, die im AK 166 von der AG Schwule abgebildet wurde, auf den Schreibblock eines schwulen Genossen gemalt (offenbar, um eine Diskussion darüber zu provozieren). „In der Ortsgruppe Münster“ sei die Sache niemals zur Diskussion gestellt worden. Der schwule Genosse habe (mit ihrem Einverständnis!) die Zeichnung an die AG Schwule nach Hamburg geschickt. In einem Begleitbrief an die AG Schwule habe der Genosse völlig korrekt den tatsächlichen Hergang geschildert. (Wir veröffentlichten den Brief der Genossin aus Münster vollständig im nächsten AK. Für Kenner der scene: es handelt sich um die schon in Sachen „Grauzone“ von der ZL strapazierte Genossin B.).

Das sexualfreundliche Mäntelchen ist zu kurz geraten!

Zu „Gegen Philistertum und Stümperei“ (AK 166)

(Ich möchte hier nicht auf die S/M-Debatte als Ganzes eingehen, sondern nur auf drei Aspekte, die meinen spontanen Widerspruch herausgefordert haben).

1. Zum Stil der Auseinandersetzung

Empörend finde ich die Art und Weise, wie sich die AG Schwule mit ihren Kritikern auseinandersetzt. Ein Beispiel: Die Kritik aus einem früheren Leserbrief: „Liberalistisch wäre es, S/M in den Bereich des persönlichen Geschmacks und der sexuellen Toleranz zu verweisen“, wird von der AG Schwule so kommentiert: „Wohin, konkret bitte, sollen wir denn die S/Mler/innen weisen? In die Psychiatrie? Ins Krankenhaus? In die Psychochirurgie?... Für diese Drecksarbeit lassen wir uns nicht funktionalisieren! Basta!“ Mit der plumpen demagogischen Masche, „verweisen“ mit „einweisen“ gleichzusetzen, werden die Kritiker in eine Horrorgeschichte von Klapsmühle und Menschenversuchen gestellt. Das ist Angst und Stimmungsmache, und wer einen derartigen Stil als sachliche Auseinandersetzung verkaufen will, hat anscheinend völlig den Blick dafür verloren, was an „Polemik“ innerhalb kommunistischer Organisation möglich ist und was nicht (Bezeichnenderweise ordnet sich die AG Schwule der Strömung/Fraktion der „Zentrumsleitung“ im KB zu, die unter der Fahne „Gegen Stimmungsmache und Entsolidarisierung“ angetreten ist).

2. Angriff auf die Bewegung?

Die AG Schwule reagiert nach eigenen Angaben besonders scharf auf die Kritik an S/M-Praktiken, bzw. auf die Kritik an einer liberal-toleranten Haltung demgegenüber, weil sie darin einen „frontalen Angriff auf die Schwulenbewegung und jeden einzelnen Schwulen“ sieht: „Alle Schwulen werden in dieser Gesellschaft als ‚abartig, krank und pervers‘ angesehen ... Da die Toleranz der Genoss(inn)en keine Garantie dafür bietet, beim Sieg der Reaktion nicht auch mit einem S/Mler im KB oder sonstwo zu sitzen, bringt es auch nichts, sich von S/Mlern abzugrenzen oder sie zu tabuisieren.“

Diese Argumentation erstaunt mich außerordentlich. Wieso fordert die AG Schwule überhaupt noch eine Diskussion um S/M, wenn die Berechtigung von Kritik per se da endet, wo die gemeinsame Bedrohung der Liquidierung durch faschistischen Terror anfängt? Nach diesem Maßstab wäre jegliche ideologische Auseinandersetzung mit bestimmten Strömungen in Bewegungen ein „Angriff auf die Bewegung“, der „nichts bringt“. Erstaunlich ist die Argumentation besonders deshalb, weil von den Anhängern der ZL bislang (ausgenommen die Strategie gegen

menten besonders deshalb, weil von den Anhängern der ZL bislang (ausgenommen die Strategie gegenüber den „Grünen“) gerade schärfere Auseinandersetzung und „schärfere Konturen“ gefordert wurden, unabhängig von objektiven Bedingungen und bündnispolitischen Aspekten. Mal ganz abgesehen von der inhaltlichen „Richtigkeit“ der jeweiligen Kritik an Strömungen, drängt sich mir die Frage auf, welches Geschrei die ZL wohl erheben würde, wenn die Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung mit dem Argument der gemeinsamen Bedrohung im Faschismus abgelehnt würde! (Für Kenner der innerorganisatorischen Debatte sei mir die Bemerkung gestattet, daß hier wohl eine ähnliche „Einheit der Widersprüche“ anzutreffen ist, wie bei dem Versuch der ZL, radikaldemokra-

tische „Essentials“ in der Wahlbewegung als „Maximalistisch“ zurückzuweisen...).

3. Linkes Leistungsprinzip?

Unter diesem Motto setzt sich die AG Schwule mit der Kritik an ihrer Position auseinander, daß – sinngemäß – Vergewaltigungsspiele in Beziehungen ein lustvolles Ausagieren von Unterwerfungsbedürfnissen seien. Kt. hielt in seinem Leserbrief dagegen: „Gewiß hat jede Frau sogar das ‚Recht‘, sich in der Sexualität total auf ihre Objektrolle zu reduzieren, wenn ihr das ‚Spaß‘ macht. Aber was bringt ihr dieses ‚Recht‘“. Für die AG Schwule ist das nichts anderes als die Einführung eines „Leistungsprinzips von links“: „Sexualität muß fortgeschritten sein, muß ‚politisch‘ was ‚bringen‘. Läßt sich eine Frau auf die Objektrolle ein, läßt sie sich ‚gehen‘ ... dann gilt sie als reaktionär... Nicht die Lust, der Spaß an der Bett-Front wird dann zum Kriterium, sondern das stramm revolutionäre Bewußtsein ... Können wir da wirklich sicher sein, daß diejenigen Frauen, die ihre Sexualität, ihr ‚Privates‘ sehr mutig öffentlich machen... nicht von den Moralaposteln mit erhobenem Zeigefinger zensiert werden?“. Das Ergebnis derartiger Einmischungen steht für die AG Schwule fest: „Lauter verklemmte Leute!“. Abgesehen davon, daß hier inhaltliche Argumentation wieder durch Angstmache ersetzt wird (kein Spaß mehr im Bett haben dürfen, gehen lassen = reaktionär), betreibt die AG Schwule hier eine astreine Tabuisierung der gesellschaftlichen Einflüsse auf sexuelle Verhaltensweisen und Gefühle. Man doch z.B. nicht so tun, als wäre es das gleiche, ob Mann mit Frau oder Frau mit Mann „Vergewaltigung spielt“. Bei der Frau knüpft ein Vergewaltigungsspiel an die gesamte ideologische Indoktrination an, der sie vom Kindesalter ausgesetzt war (Hingabe, sich erobert lassen etc.) und auch an die reaktionären Rechtfertigungen von realen Vergewaltigungen (Frauen zieren sich immer erst ein bißchen). Neben der Verinnerlichung dieser Ideologie als Hauptseite, bestimmt übrigens rein anatomisch gesehen der Mann die Grenze zwischen Vergewaltigungsspiel und Vergewaltigung. „Jeder Mensch hat seine eigene Sexualität und muß sie entdecken“, schreibt die AG Schwule. Sehr schön, aber dieses Entdecken kann doch nur im Kampf gegen die herrschenden Ideologien geschehen. Ich führe seit etlichen Jahren den „ideologischen Kampf“ in mir selber, mich nicht mehr mit den mir eingerichteten Scheinbefriedigungen zufrieden zu geben (Bumsen bringt zwar sexuell nicht so viel, aber frau fühlt sich dem Manne so nahe...). Diese Auseinandersetzung (und ähnliches gilt m.E. auch für die S/M-Debatte) will ich nicht wieder zu Fragen des „persönlichen Geschmacks“ entpolitisieren lassen.

auch für die S/M-Debatte) will ich nicht wieder zu Fragen des „persönlichen Geschmacks“ entpolitisieren lassen. Deshalb halte ich es vom Frauenstandpunkt aus für einen gefährlichen Rückschritt, die gesellschaftlich-ideologischen Hintergründe von Vergewaltigungsspielen o.ä. zu verharmlosen und Kritiken daran als „antisexuelle Dogmen“ (AGS) zu diffamieren.

Wenn derartige Diffamierungen und das Aufbauen von Buhmännern mit Zensurstift und Skalpell auch noch mit dem Aufruf gepaart sind, sich mit „Mehr Mut“ zur Schwulen-Debatte zu äußern (s. Kasten in AK 166), ist das schon reichlich zynisch.

cha., AG Frauen im KB Göttingen

Eine andere Position

Zu unserem Artikel „Gegen Philistertum und Stümperei“ (AK 166) erreichte uns ein längerer Leserbrief aus Aachen, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

„...und will Euch dazu hier meine Zustimmung schreiben, das tat wirklich gut. Schon lange verfolge ich die S/M-Diskussion im AK und fühle mich davon sehr betroffen, vor allem von den Beiträgen, die gegen Sadoso-Leute und Perverse (ich lasse hier die Anführungszeichen aus den gleichen Gründen weg, aus denen ich schwul nicht in Anführungsstriche setze) und mit einer naiven Unwissenheit und selbstgerechtem Philistertum zu Felde ziehen. Es ist ja nicht nur die Unwissenheit und Naivität, die an solchen Beiträgen wehtut. Mich hat vor allem stets der Mangel an menschlicher Wärme – und ich sage das ganz ohne Leiterkastenmentalität – das Fehlen der Fähigkeit, sich in andere einzufühlen, getroffen. Die Unfähigkeit, wenigstens zu einer vorurteilsfreien Neugier einer Erlebniswelt gegenüber, die

man nicht kennt, über die so viele Brief- und Artikelschreiber aber doch so schnell mit einem Urteil bei der Hand sind, das unter dem Banner der Menschlichkeit und der befreiten Sexualität anderen ihre Sexualität zu nehmen sucht und sie als Unmenschlichen denunziert, Faschisten, mindestens Kranke. (...)

Aber das alles, was sich ein jeder mit ein bißchen Aufrichtigkeit und Sorgfalt im Denken auch hätte zu rechtlegen müssen, fehlte meistens in den Beiträgen zur S/M-Diskussion... Die Leute sollen nur nicht glauben, es mache mir und anderen Sados und Masos Spaß, in so etwas sich hineinzuversetzen und zu erklären und auseinander zu setzen, was eigentlich nicht mehr erklärt und auseinander gesetzt werden bräuchte, gäbe es eben tatsächlich die Fähigkeit, sich einzufühlen, Mensch zu sein auch da, wo man zunächst nicht verstehen kann. Wie viele verlorene Stunden, wie viel sinnloser (?) Streit, wieviel schlaflose Nächte.“

P. (Aachen)

P.P. Zahl

Das Theater als unmoralische Anstalt — Überlegungen und Assoziationen zu Schillers Räubern (geschrieben 1779/80) gelesen im Sommer 1979 —

In der Ideengeschichte — jenem Theoriemonstrum, das in darwin'scher Weise den Kampf der Ideen der jeweils Herrschenden für den Kampf der Art schlechthin hält — folgt auf die (bürgerliche) Aufklärung (bürgerlicher) Sturm und Drang. Auf den wissenschaftlich begründeten Kapitalismus folgte seine anarchische Periode — Ideen wollten beim Wort genommen und in die Tat übersetzt werden. Der Geschichte — schon immer blutiger — Ablauf wurde vors Auge gehoben; das Unglück wurde verdoppelt, indem mans ins Bewußtsein hob. Aber auch das Glück, durch die Dichtkunst. Wer seine Anlagen, sein Geld richtig investierte, war ein gemachter Mann; die Börse und die Freiheit des Christenmenschen verlangten freie Bahn. Alte Zöpfe wollten abgeschnitten werden. Man schnitt sie ab. Oft zusammen mit den Köpfen. Anderswo. Da schauderte es den deutschen Idealisten. Oder auch nicht. „Stelle mich vor ein Heer Kerls wie ich, und aus Deutschland soll eine Republik werden, gegen die Rom und Sparta Nonnenklöster sein sollen“, so Karl Moor, Räuber und Revoluzzer. 1779/80 geschrieben, gesagt, kurz drauf auf der Bühne gar, muß allein das Wort REPUBLIK geklungen haben wie heute: ANARCHIE.

Das bestehende System war verdammt, verlor, vermodert, verrottet. Es stank zum Himmel. Darüber herrschte Einigkeit beim jungen Bürgertum. Es bedurfte des Geniestreichs, ihm den Gnadestoff zu versetzen; der richtige Mann am rechten Ort zur richtigen Zeit, „In tyrannos!“, und ein Kartenhaus brach in sich zusammen. Die rechte Zeit mußte es schon sein. Wer sich da irrte, irrte tödlich: „...ist doch schon so manches Universalgenie, das die Welt hätte reformieren können, auf dem Schindanger verfaßt“ (Spiegelberg). Gewalttätigkeit ist kriminell, sagen die Machthaber; sind die Kriminellen aber zur rechten Zeit gewalttätig, sind sie die neuen Machthaber.

Ich lese Schiller und schäme mich der Feigheit der Gegenwart. Heute gesellen sich Sklavengedanken zur Sklavensprache. Hier wird kein Stück geschrieben über den Deutschen Herbst, 1977; statt einer Komödie von Shakespeare'scher Blutrünstigkeit über einen Knirps von Reichsverweser mit Napoleonkomplex, der aus Gründen der Staatsraison seinen Vorgesetzten durch Staatsfeinde hinrichten läßt und ein groteskes Staatsbegräbnis anrichtet, bei dem er, neben der Witwe sitzend, markige Worte von sich gibt, darf Antigone herhalten als Metapher fürs Stuttgarter Begräbnis. Das gilt heute schon als Mut. Der Räuber Moor, aus edlen Motiven beginnend, ins Kriminelle abgleitend (abgleitend!), liegt da der Gedanke an die RAF nicht nah? Ach ja.

Die genialsten Theaterautoren der DDR — dort nicht aufgeführt — kleiden ihren Geschichtspessimismus in düstere Mythen; griechisch gewandt metzelt Stalin; eine löchrige Toga verbirgt mühsam den Schwachsinn des Skeletts im Schwarzen Kanal. Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, sieben nur?

Hier aber verwechselt der Gebildete seine Feigheit mit List. Wo ein Bürgermeister ein Begräbnis duldet (duldet!) — und fotografieren läßt und die Trauernden erkennungsdienstlich behandeln — gilt er schon als Abbild der Liberalität. Feigheit und Dummheit grassieren; wo klammheimliche Gefühle kriminalisiert werden, besinnt sich das Theater auf den Fundus. Man schaffe Klassiker her; sind sie erst tot, läßt sich mit diesen Dichtern — Pack! Pinscher und Uhus! — auskommen.

Ich lese Schiller und stoße, stauend, kopfschüttelnd oft, auf Affekte, Gefühle. Ist man nicht in der Lage, diese Gefühle — und in deren Gefolge Taten (Taten!) — nachzuvollziehen, heute, DIE RÄUBER könnten nur als eines angesehen werden: als Schmarren.

Gefühle. Schwang der Gefühle. Gefühle im Schwang, im Über-

schwung; die seelische Anregung wird sofort in Regung umgesetzt. Nur im Theater? Alles nur „theatralisch überhöht“? Nein.

„Das Theater glich einem Irrenhause, rollende Augen, geballte Fäuste, heisere Aufschreie im Zuschauer-raum! Fremde Menschen fielen einander schluchzend in die Arme, Frauen wankten, einer Ohnmacht nahe, zur Tür. Es war eine allgemeine Auflösung wie ein Chaos, aus dessen Nebeln eine neue Schöpfung hervorbricht“ (ein zeitgenössischer Bericht über die Uraufführung der RÄUBER am 13. Januar 1782). Das Theater und sein Publikum bildeten eine Einheit; das junge Bürgertum zeigte Gefühl, es leistete sich Gefühl, wie der Kaufmannsausdruck lautet. Man weinte, schluchzte, schrie, warf sich zu Boden oder an der Mutter oder des Freundes Brust, raufte sich die Haare, starb an gebrochenen Herzen. Kein Gefühl klammheimlich. Der Absolutismus wurde niedergedrückt; die Reformisten besorgten das Geschäft, die Revolutionäre zu metzeln. Die Welsers und Fuggers haben gesiegt; aus der Freiheit des Christenmenschen wurde die Freiheit, Geschäfte zu machen, zu akkumulieren. Nach den Münstzers und Büchners blieben die Luthers und die Freiheits, Geschäfte zu machen, zu akkumulieren. Nach den Münstzers und Büchners blieben die Luthers und

die Freiheits, Geschäfte zu machen, zu akkumulieren. Nach den Münstzers und Büchners blieben die Luthers und Schillers auf der Strecke; „das Gesetz (des Kapitals) hat zum Schneekengel verfallen“, klagt Karl Moor, noch ehe die Schwingen ausgebreitet. Die Kolosse und Extremitäten, welche die Freiheit nicht einmal beim jungen Schiller ausbrüten durfte, blieben aus; eine Klasse begann mit Sturm und Drang und endet mit Politikern, Managern und Pressesprechern, die sich nur durch das Monster ihrer Krawatten voneinander unterscheiden. „Aber wofür der heiße Hunger nach Glückseligkeit? Wofür das Ideal einer unerreichten Vollkommenheit? Das Hinausschieben unvollendeter Pläne?“ fragte Karl Moor. Einer seiner ideologischen Spießgesellen, Thomas Jefferson, besaß gar die Frechheit, das „unveräußerliche Recht“ auf „Glück“ in den Grundrechtskatalog von Virginia, 1776, ein- und damit festzuschreiben. Aus dem Hunger auf Glückseligkeit wurde der volle Magen einer kleinen Schicht in einigen Ländern, die mit Waffengewalt und dem subtilen Terror des Weltwährungsfonds dafür sorgt, daß der größte Teil der Welt von physischem Hunger und seinen Statthaltern regiert wird. Eine Klasse begann mit Schiller und Karl Moor und endet mit Klaus Bölling und Graf Lambsdorff und ihrem beredeten, millionenfach verbreiteten, sich über alle Medien ergießenden Schweigen. Aus der Gefühle Überschwang wurde ein Katalog zugelassener, kastrierter Gefühle und nicht zugelassener, kriminalisierter Gefühle. Für den Hunger nach Glückseligkeit sind Irrenärzte und Verfassungsschutz zuständig; die unerreichte Vollkommenheit wird zur unerreichbaren umgefälscht; Pläne werden nicht mehr hinausgeschoben, sie werden erfüllt: in Auschwitz und in Gorbien, von Krupp und von Krause. Sie sind bescheiden geworden: nur eine Million Arbeitslose, bitte sehr, nur fünfzehntausend Selbstmörder, die Inflationsrate einstellig, das Wachstum kalkuliert, herbeigeredet, Seveso inklusive und Lengerich und Harrisburg. Für den großen Räuber Moor tausend Louisdore, für die konspirative Wohnung fünfzigtausend DeMark, cash, bar auf die Hand; der Fortschritt hat genaue Zuwachsraten, läßt sich ausrechnen, Prozent für Prozent, Leiche für Leiche, Millirem für Millirem, Maulkorb für Maulkorb. Schiller zitierte auf dem Vorsatzblatt Hippocrates: Wen Medikamente nicht heilen, den heilt das Eisen, wen das Eisen nicht heilt, heilt Feuer. Falsch übersetzt? Es heißt: Was? nicht: Wen? Wir sollten gelernt haben: wenn sachlich von Sachen gesprochen wird, wird unmenschlich der Mensch gemeint. Solange das, was an der Macht ist, sich moralisch und Moral nennt, brauchen wir das Theater. Als unmoralische Anstalt.

„Da war etwas, was lebte, falsch“

Noch einmal: Anmerkungen zur „Krisenliteratur“

Im Artikel „Anmerkungen zur ‚Krisenliteratur‘“ (AK 163) setzen sich Genoss(innen) des LG und der AG Frauen mit den Buchbesprechungen der ZL auseinander. Dabei geht es — neben der Kritik der „ZL-Stempel-Methode“ — auch um den Versuch, Kriterien für Buch- und Filmbesprechungen zu entwickeln.

Die Genoss(innen) stimmten der ZL in der Ablehnung des Subjektivismus in den Buchbesprechungen zu. Sie schreiben dann: „In genauer Umkehrung bzw. Umstülpung dieses subjektivistischen Herangehens hat die ZL im AK 160 zur Stempel-Methode gegriffen“. So einleuchtend dies klingt, ein wichtiger Unterschied zur ZL-Methode wird hierbei nicht beachtet. Die subjektivistischen Besprechungen zeigen — so naiv das zunächst klingen mag —, daß das Lesen der Bücher „Rubinroter Dschungel“ und „Die Scham ist vorbei“ etwas mit Wahrnehmungen und Erfahrungen — mit unseren Erfahrungen zu tun hat. In Ansätzen wurde zudem durch die subjektivistischen Besprechungen etwas über die soziale Wirkung dieser Bücher sichtbar.

In den ZL-Besprechungen ist von all dem nichts mehr zu merken. Der/die Leser(in) wird lediglich verschreckt. Seine/ihre Empfindungen beim Lesen der Bücher werden als „Abweichung“ verurteilt. Andere werden — nach diesem wahrhaft vernichtenden Urteil der ZL — die Bücher wohl nicht mehr in die Hand nehmen. Bertolt Brecht hat in den dreißiger Jahren ähnliche Vorkommnisse folgendermaßen kommentiert: „Da haben wir die gepflegte marxistische Analyse, welche Kunstrichtungen mit einer erschreckenden Ordnungsliebe in gewisse Schubkästen legt, wo schon politische Parteien liegen ... Da ist etwas Langbärtiges, Unmenschliches am Werk. Da wird eine Ordnung geschaffen nicht durch Produktion, sondern durch Eliminierung. Da wird etwas auf die einfachste Formel gebracht: Da war etwas, was lebte, falsch“ (1).

Übrigens (soweit noch zur ZL-Methode: Wäre Lenin nach der Stempel-Methode vorgegangen, so hätte er Tolstoi als Reaktionär in Grund und Boden verdammen müssen. Er hat's nicht getan ... (2). Zweifelloso reicht die Darstellung „subjektiver Eindrücke von Teilaspekten“ für eine Buch- oder Filmbesprechung nicht aus. Die Frage aber, ob und inwieweit ein Buch oder ein Film Vorschläge bieten kann zum Begreifen eigener Erfahrungen und Wahrnehmungen und deren produktiver Aufarbeitung — dies müßte Bestandteil jeder Kritik sein.

Gerade dies droht bei den Kriterien, die die Genoss(innen) entwickeln, verloren zu gehen. Sie schreiben: „Subjektivistische Besprechungen dieser Art helfen wenig, Bücher gesellschaftlich einzuordnen und dazu so etwas wie einen ‚kommunistischen Standpunkt‘ zu entwickeln“. Nur die Teile eines Romans oder eines Films sind demnach noch „interessant“, die auch in einer Analyse stehen könnten. Bücher und Filme werden als Dokumente einer Bewegung bzw. als Illustration „fortschrittlicher“ oder „linker“ Inhalte angesehen. Dadurch wird aber das ignoriert, was ein Kulturprodukt erst zu einem Kulturprodukt macht. Beispielsweise schreiben die Genoss(innen), das Buch „Rubinroter Dschungel“ hätte „mit linker Politik ... ungefähr soviel zu tun ... wie die Ziehung der Lottozahlen“ und es sei „so ‚unpolitisch‘ wie ein Roman überhaupt nur sein kann“. Begründet wird dies damit, daß „ein gemeinsamer Kampf gegen Frauen- und Leben-Unterdrückung ... in dem ganzen Roman überhaupt nicht vorkommt“. Als Kriterium für die Beurteilung ist also maßgebend, ob der gemeinsame Kampf in dem Roman dargestellt wird. Ist dies nicht der Fall, ist der Roman „unpolitisch“ und auch vom Standpunkt der Bewegung „unergiebig“.

Westberlin. Am 13. Oktober fand in der „Alten Mensa“ das bisher erfolgreichste „Rock gegen Rechts“-Konzert in Westberlin statt. Unter dem Eindruck des wachsenden Terrors der „Grauen Wölfe“ gerade in dieser Stadt besuchten 1.000 Menschen das Konzert. Nie waren so viele (auch jüngere) Schüler bei einer Veranstaltung des Westberliner „linken Ghettos“ zu sehen. Das lag vor allem daran, daß die beteiligten Musikgruppen mit dem bisherigen Veranstaltungs-Modus „Informationen plus

Wenn man/frau mit diesen Kriterien an Filme und Literatur herangeht, wird sich ein großer Teil auch der revolutionären Literatur dieses Jahrhunderts als „unergiebig“ erweisen — weil in ihm der Widerstand nicht dargestellt wird. Eine stattliche Reihe von Werken von Brecht bis Fo! An diesen Werken ließe sich aber gerade aufzeigen, daß für ein Kulturprodukt nicht entscheidend ist, ob in ihm der Widerstand (z.B. einer Bewegung) dargestellt wird, sondern ob es den Widerstand „hervorlockt“.

zugleich den lähmenden Ernst, der ja gerade in den Tagen nach Stammheim nicht allzuweit von Resignation entfernt war. Wir verachten die Angst in uns vor dem scheinbar allmächtigen Staatsapparat, werden widerstandsfähiger gegen die „Verarbeitungsangebote“ der Herrschenden, mit denen sie unsere Erfahrungen, Empfindungen, Erkenntnisse „überdecken“, verfälschen wollen.

Das Gesagte gilt zweifellos nicht nur für die — außergewöhnlichen — Tage nach Stammheim. Gerade im Alltag kommt es darauf an, scheinbar selbstverständliche Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen zu „durchbrechen“ und vor allem auch zu verhindern, daß die politischen Inhalte von den übrigen Erfahrungen isoliert werden. Gerade die Reduzierung von Kulturprodukten auf ihren politischen Informationswert bestätigt die Trennung von Politik und Erfahrung. Sie bestätigt die unter Linken weitverbreitete Auffassung „Politik sei ein Sachgebiet. Während es doch ein besonderer Intensitätsgrad von allem und jedem ist, jedem alltäglichen Gefühl, jeder Praxis“. Wenn es darum geht, das, was als „unpolitisch“ gilt, einzubringen“ (4), spielt Kultur und der produktive Umgang mit Kulturprodukten eine wesentliche Rolle.

Die Genoss(innen) weisen in ihrem Artikel die Einschätzung der ZL, daß die besprochenen Bücher „stockreaktionär“ seien, mit folgender Argumentation zurück. Zu „Rubinroter Dschungel“ schreiben sie: „Wenn dieser Roman allerdings ‚stockreaktionär‘ sein soll, so müßte man 99,5 % der Literatur und Filme der Vergangenheit und Gegenwart ebenfalls mit diesem Stempel versehen. Ein solches Vorgehen wiederum würde

Vergangenheit und Gegenwart ebenfalls mit diesem Stempel versehen. Ein solches Vorgehen wiederum würde dem Begriff ‚reaktionär‘ jeden Sinn nehmen“. Diese Argumentation wirkt ausgesprochen hilflos. Bücher können nach dieser Argumentation bestenfalls — recht vage — als „nicht besonders fortschrittlich“ bzw. „etwas fortschrittlich“ eingestuft werden. Im folgenden wird deutlich, daß die Genoss(innen) mit den von ihnen aufgestellten Kriterien die Bücher gar nicht erfassen können. Die Genoss(innen) schreiben: „Nehmen wir z.B. die Arbeiten demokratischer Filmemacher, die seit dem düsteren ‚deutschen Herbst‘ 1977 entstanden sind. Kaum ein Film ist dabei, der eine kämpferische, vorwärtsweisende Perspektive zeigt. Fast alle zeigen sie Angst, Ohnmacht, Ausweglosigkeit, Resignation“. Wenn man/frau mit diesen Kriterien an die Filme herangeht, d.h. sie daraufhin untersucht, ob in ihnen eine „kämpferische, vorwärtsweisende Perspektive“ enthalten ist, so müssen sie zwangsläufig zu der Einschätzung gelangen, daß die Filme nur „Angst, Ohnmacht, Ausweglosigkeit, Resignation“ zeigen. Gegenüber der ZL-Stempel-Methode können die Genoss(innen) dann auch kaum etwas anderes tun, als die Filmemacher zu „entschuldigen“, „wenn sie eine Wirklichkeit widerspiegeln, die nicht gerade von breiten proletarischen Klassenkämpfen und allgemeiner Zuversicht geprägt ist.“ Die Genoss(innen) weisen zwar auf die politische

Fortsetzung nächste Seite

Lenin über „Anleihen aus den Grauzonen“

Außerdem meine ich, daß ein Künstler aus jeder Philosophie viel Nützliches für sich schöpfen kann. Schließlich bin ich völlig und unbedingt damit einverstanden, daß in Fragen des künstlerischen Schaffens Ihnen das entscheidende Wort gehört und daß Sie, wenn Sie Anschauungen dieser Art sowohl aus Ihrer künstlerischen Erfahrung als auch aus der Philosophie, sei es auch eine idealistische Philosophie, schöpfen, zu Schlußfolgerungen gelangen können, die der Arbeiterpartei gewaltigen Nutzen bringen.

Brief an Maxim Gorki vom 25.2.1908

Wir wollen versuchen, dies am Beispiel des Stückes zu verdeutlichen, das Dario Fo auf der Stammheim-Veranstaltung in Hamburg spielte. Thema der Veranstaltung und des Stückes war Stammheim — nur Dario Fo stellte die „Ereignisse“ von Stammheim mit anderen Mitteln dar, als es in einem Referat geschieht. Zudem war in seinem Stück die Darstellung des Widerstandes nicht enthalten. Von Dario Fo gespielt, liefen die „Ereignisse“ in Stammheim vor unseren Augen ab — so als ob sie sich so abgespielt hätten wie es in der Springer-Presse stand bzw. so, als ob Rebmann recht hätte. „Die Waffe kam durch einen Anwalt herein. Wenn man den Lauf einölt, ganz langsam schießt, sich an Kimme und Korn gewöhnt, klappt es, nur das Gehen mit dem Ding im Arsch ist schwierig und — das Sitzen.“ Er (Dario Fo) macht ein paar Schritte, kerzengrade, mit stakigen Beinen. „Die Sitzung ist eröffnet! Herr Verteidiger nehmen Sie doch bitte Platz!“ Eine Verbeugung mit steifem Kreuz. „Mit Verlaub, Herr Gerichtsvorsetzer, darf ich heute während der Verhandlung stehenbleiben? Es fällt mir dann leichter, mich zu konzentrieren“ (3).

Dario Fo entlarvt also die Lüge des Staates über Stammheim. Er spricht unseren Verstand an — aber zugleich auch die Emotionen. Wenn wir über die Absurdität der Konstruktion Rebmanns und anderer Vertreter des Staatsapparates lachen, verachten wir



Breite Aktionseinheit bei „Rock gegen Graue Wölfe“!

Kultur“ brachen und stattdessen eine „Kulturveranstaltung“ mit Informationen durchführten.

Neben dem Kulturteil — getragen von den Westberliner Scene-Gruppen „Satansbraten“, „Southern-Comfort“ und „Wacholder“ — wurde ein Dia-Vortrag gezeigt, der sehr konkret über türkische Faschisten in Westberlin informierte. Auch beim Dia-Vortrag, der immerhin eine Stunde dauerte, verließ kaum jemand den gerammelt vollen Saal.

Unterstützten taten die Jusos, Fal-

ken, die GEW, Junge Presse Berlin, GIM (und „Think“), KB, SSB, Alternative Liste, Antifa-Gruppe der Allgemeinen Homosexuellen Aktion (AHA), Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, ESG, Junge Europäische Föderalisten. Ein besonderer Leckerbissen, der Schule machen sollte: Die Jugendorganisationen von „KPD“ (KJVD) und der SEW unterstützten gemeinsam diese Veranstaltung!

Antifa-Kommission Westberlin

Fortsetzung von Seite 33

Situation der BRD hin, versuchen allerdings nicht, die Kriterien für die Besprechung der Filme von dieser politischen Situation her, unter Berücksichtigung des Standes der linken und demokratischen Bewegung zu entwickeln.

Wie „unrealistisch“ diese Kriterien sind, wird besonders daran deutlich, wenn die Genoss(inn)en sich dagegen aussprechen, „daß ein Film oder Buch als ‚stockreaktionär‘ abgekanzelt wird, weil es mehr der vorherrschenden Realität der kleinbürgerlichen Situation als unseren revolutionären Kampfperspektiven entspricht“. Warum diese abstrakte Gegenüberstellung von „kleinbürgerlicher Situation“ und „unseren revolutionären Kampfperspektiven“? Würde denn der Film eines kommunistischen Kulturschaffenden über „Deutschland im Herbst“ so viel anders aussehen als etwa der Beitrag von Alexander Kluge zu „Deutschland im Herbst“? Hätte dieser Kulturschaffende nicht auch mit der Differenz von politischem Anspruch („revolutionärer Kampfperspektive“) und der „kleinbürgerlichen Situation“ zu tun? Mit dem Widerspruch zwischen dem, was ihm politisch bewußt ist und dem eigenen — durch die kleinbürgerliche Situation geprägten — hinterherhinkenden Gefühlsleben? Diese Problematik, mit der sich gerade kommunistische und fortschrittliche Kulturproduzenten herumschlagen, ist nicht neu. Trotzki hat sie 1924 folgendermaßen erklärt: „Natürlich es wäre großartig, wenn wir zusätzlich zu unserer kommunistischen Politik und Publizistik ein bolschewistisches Weltbild in künstlerischer Form hätten. Aber wir haben es nicht, und das ist kein Zufall. Der Grund dafür ist, daß das künstlerische Schaffen seinem Wesen nach hinter den anderen Ausdrucksweisen des menschlichen Geistes und besonders denen der Klasse zurückbleibt. Es ist ein Unterschied, ob man irgend etwas begreift und es logisch ausdrückt oder ob man sich dieses Neue organisch aneignet, die Struktur seiner Gefühle umorganisiert und für diese neue Struktur einen künstlerischen Ausdruck findet. Der zweite Prozeß gibt dem Einfluß des Bewußtseins langsamer und organischer nach und verspätet sich letzten Endes immer. Die Publizistik einer Klasse läuft auf Stelzen voraus, und das künstlerische Schaffen hinkt auf Krücken hinterher“ (5).

Ein Umgang mit Kulturprodukten, der sich auf diese Problematik „einläßt“, trägt dazu bei, den Widerspruch zwischen politischem Anspruch und eigener Erfahrung bewußt zu machen und die Sensibilität gegenüber den von Kindesbeinen an eingeübten Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen zu fördern. Außerdem — es macht Spaß!

Ein Genosse der Kulturkommission

Ein Genosse der Kulturkommission

Anmerkungen:

1. Bertolt Brecht, Die Expressionismusbewegung, in: B.B., Über Realismus, S. 38
2. Lenin, Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution, in: Lenin, Über Kultur und Kunst 3. H. Heer (Hrsg.), Dario Fo über Dario Fo, Vorwort von H. Heer, S. 6
4. Alexander Kluge, Das Politische als Intensität alltäglicher Gefühle, in: Freibeuter 1, Vierteljahresschrift für Kultur und Politik, S. 61
5. Leo Trotzki, Über schöne Literatur und die Politik der RKP, in: H. Chr. Buch, Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur?, S. 125 ff

„Der größte Dichter,
der für die ganze Welt schrieb.

Der große Mann,
der der ganzen Welt gehört.

Der Patriot,
der in seiner Heimat unterdrückt wurde.

Es gibt keinen zweiten Nazim
im Gedicht des Jahrhunderts.

Für mich ist er das Zeichen
der Liebe und des Kampfes!“

Pablo Neruda, Santiago, 2. Juni 1973

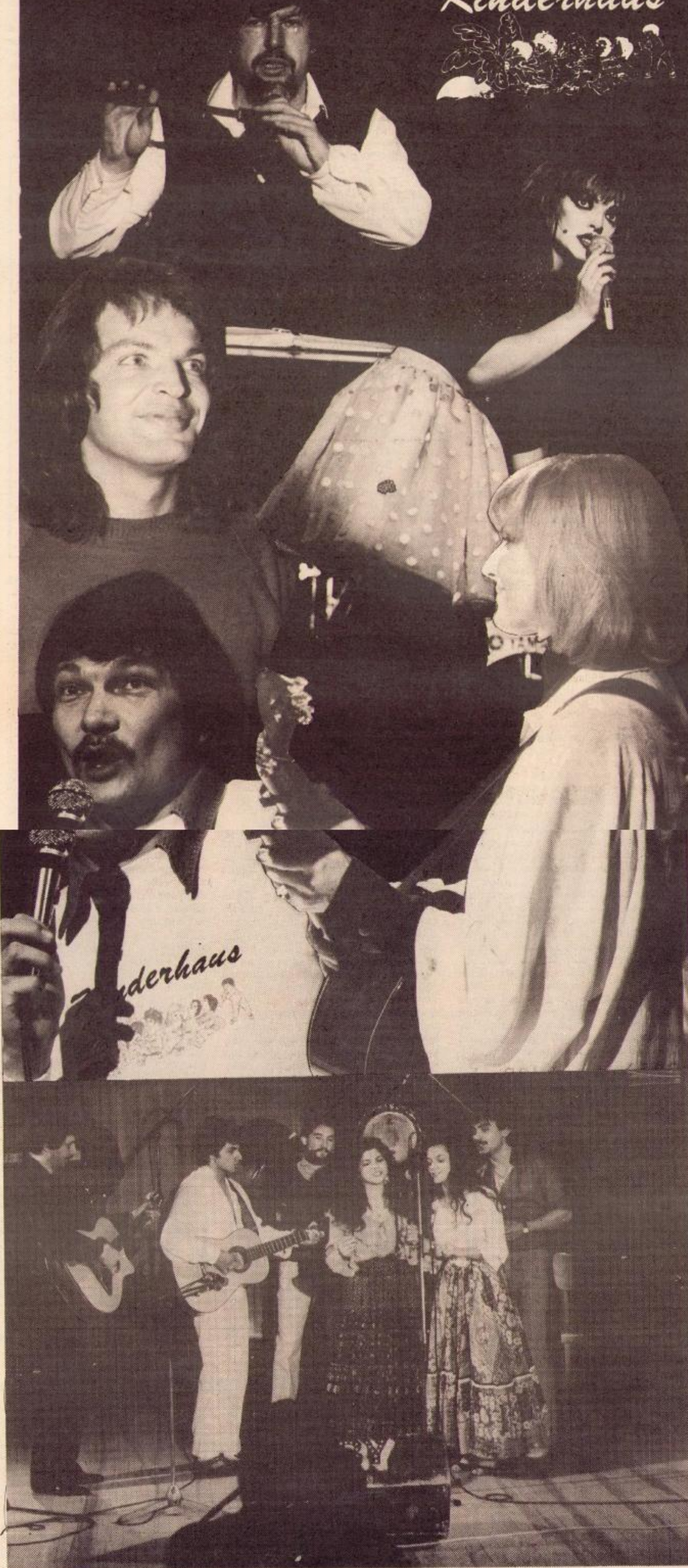


Bücher erscheinen:
Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
DM 14
ISBN 3-48305-021-0
Zweites Buch
124 Seiten
Vorwort von Abidin Diao
DM 15
ISBN 3-48305-022-9

j.reents-verlag lerchenstr.75 2 hh 50

Alle spielen für's

Kinderhaus



1977 war es noch eine Abendveranstaltung, 1978 waren es zwei Abende und 1979 hieß es an drei Abenden „Alle spielen fürs Kinderhaus“. Am 13./14./15. November spielten in Hamburg 160 Musiker ohne Gage für Kinder. Bill Ramsey, Big Jumbo Band, Don Paulin, Helmut Ruge, Karsten Bohns Bandstand, die Klecks Rockband, Liederjan, Ocean & Flame, Oktober, Raffael & Mumm, Schneewittchen, Swing Gipsy Rose, Thorsten Zwingenberger & Harold 'ohn, Werner Lämmerhirt, Nina Hagen, Fiete Kay, Joachim Kühn, das Zigeunerduo Z, Alcatraz, Andree Rebstocks Jazzrock & Lyrik-Orchester, Brunos Salon Band, Fate, Frizz, Gerd Wollschon, Hans Haider, Jasmin Bonin, Joana, Lerryn, Ludwig Hirsch, Reiner Schöne Band, Schobert & Black, Stintfunk, Straßenjungs, Torrock, Alex Conti, Karsten Hook und Co., Alexis Korner & Axel Zwingenberger, Bernies Autobahn Band, Druckknöpfe, Klaus Hoffman Ensemble, Liederspatz, Michael Naura & Wolfgang Schlüter, Neutert, Okko, Lonzo, Barry Chris & Timpe, Rudolf Rock & Schocker, Trotzrock, Truckstop, Zupfgeigenhansel, Sounds of Soweto: Herman van Veen, der auch auftreten wollte, mußte leider kurzfristig absagen, hat aber „Wiedergutmachung“ zugesagt. Die Moderation übernahm an allen drei Tagen Henning Venske. Insgesamt ein Programm, das in seiner Breite wohl einmalig ist: Frauenlieder, Rock, Kabarett, Satire, Lyrik ...

Im Gegensatz zu den Vorjahren mußten in diesem Jahr die Probleme des Kinderhauses Heinrichstraße nicht so breiten Raum einnehmen. Sie sind geringer geworden, seitdem die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung im September eingesehen hat, daß sie sich mit der finanziellen Mittelverweigerung gegen diese Initiative zwar unbeliebt macht, das Kinderhaus aber nicht aus dem Weg räumen kann — und nach drei Jahren Kampf den Pflegesatz für die Unterbringung der Kinder dort anerkannt hat.

Vorausschauend auf diesen Fall war schon 1978 gesagt worden: „Sollte sich eines Tages für das Kinderhaus alles zum Guten wenden, sollte der Senat einlenken und die finanzielle Unterstützung endlich gewähren; dann wollen wir in jedem Fall unsere Solidaritätskonzerte fortsetzen, um damit einer anderen Initiative den Rücken zu stärken... Und wir wollen das so lange tun, bis wir uns mit den Behörden einig sind und sagen können: kein Bedarf“.

Nun, B e d a r f gibt es derzeit z.B. in Frankfurt, wo CDU-Bürgermeister Wallmann 1978 die Kitas schließen ließ („Kulturvandalismus als Programm“, H.Venske). Ein Drittel des Erlöses der Konzerte geht an die „Kita im Exil“ — die Initiative, die aus der Zerschlagung der Kitas übriggeblieben ist und fortsetzen will, was in den Kitas an alternativer Erziehung praktiziert wurde. B e d a r f gibt es auch im Bereich der Säuglings- und Kleinkindererziehung, in dem der Staat sich mit dem Hinweis darauf, daß kleine Kinder zur Mutter gehören, davor drückt, ausreichend gute Tagesplätze zu schaffen bzw. zu unterstützen. Ein Drittel des Erlöses soll daher an eine Babyinitiative gehen. Das letzte Drittel der Einnahmen geht an das Kinderhaus selbst, das aus drei Jahren Kampf noch einige Schulden zu begleichen hat, zumal die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung bisher für zweieinhalb Jahre keine Nachzahlung leisten will. Blicke noch zu erwägen, daß die Hamburger Lokalpresse diese große Kulturveranstaltung weitgehend unterschlug. Die SPD-„Morgenpost“, die regelmäßig meldet, wer wen in welcher Kneipe getroffen hat, beließ es bei fünf Zeilen vor und nach den Veranstaltungen. Der Springer-Konzern, ohnehin dem Kinderhaus nicht freundlich gesonnen (das spricht fürs Kinderhaus), konnte sich nicht durchringen, die Konzerte in den täglichen Veranstaltungskalender aufzunehmen. Naja, denen steht ja auch der eigene „große Gala-Abend im CCH“, „Stars helfen Kindern 1979“, am 1. Dezember ins Haus, u.a. mit der „Big-Band der Bundeswehr“, dem „Polizeimusikkorps Hamburg“ und der „Landesjägerschaft mit Hunden“!

Kinderkommission Hamburg

Von oben nach unten sind zu sehen: Helmut Ruge, Nina Hagen, dann Joachim Kühn, Joana, Henning Venske (Moderation) die Zigeunergruppe Swing Gipsy Rose. 170 Musiker spielten ohne Gage für Kinder: Das größte Benefiz-Konzert des Jahres '79.

Reaktionärer Elternverband gegen Klecks-Theater

„Die schönste Zeit des Lebens“ ist das neue Theaterstück des Hamburger Jugendtheaters „Klecks“. Dieses Stück behandelt die Situation der Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, deren Jugendhaus durch die Stadt geschlossen wird, die rumhängen, kriminalisiert werden, anfangen zu saufen, auf den Strich gehen und Drogenprobleme haben. Das Stück zeigt aber auch Wege zu einem solidarischen Handeln auf und ruft dazu auf, sich gemeinsam zu wehren. Es ist sehr realistisch und auch in einer Sprache, die jeder Jugendliche versteht, weil es seine eigene ist. Die Beurteilung durch den reaktionären Hamburger Elternbund sieht entsprechend aus: „Durch dieses Stück wird auf niederträchtige Manier Unzufriedenheit erzeugt“.

Besonders stört die CDU, die im Gewand empörter Eltern auftritt, wohl auch, daß Senator Grolle den Besuch dieses Theaterstücks auch während der Unterrichtszeit empfoh-

len hat. Der Elternbund fordert, das Theaterstück „den Schulen nicht zu empfehlen, bzw. die wertvolle Unterrichtszeit nicht dafür freizugeben“. Überraschend erfreulich ist die Reaktion des Senators Grolle, der dazu erklärte: „Ich wußte, daß es verschiedene Meinungen darüber gab, wie geeignet das Stück für den Schulbesuch sei. Ich bin deshalb gleich selbst in dieses Stück gegangen. Ich hatte danach keinen Zweifel, daß dieses Stück unbedingt für die Schüler geeignet ist. Die Vorwürfe von Frau Mack (Elternbund/CDU) entsprechen eher der Denkmäler eines Mädchenpensionats“. Ist zu hoffen, daß der Senat nicht nur leere Sprüche kloppt, sondern dem „Klecks-Theater“ auch endlich eigene Räume zur Verfügung stellt, und es auch großzügig subventioniert. Es übersteigt nämlich gerade die Finanzkraft vieler Schüler, wenn sie 8,50 DM für den Theaterbesuch in der Markthalle bezahlen müssen (aus „Hamb. Abendblatt“, 19.11.).

Kinderkommission Hamburg

Erfahrungsbericht einer Bremer Genossin mit Kind

Ich bin gebeten worden, einen persönlichen Bericht zu schreiben. Also nehme ich als solchen.

Vor einem Jahr, als ich mich entschlossen hatte, das Kind zu bekommen, war ich davon überzeugt, daß es möglich ist, Kinder in unser Leben zu integrieren. Ich kannte aus Hamburg positive Ansätze: gemeinsamer Aufbau von Kinderinitiativen, gemeinsamer Kampf um finanzielle Förderung, Verantwortlichkeit der Zellengenossen in dem Sinne, daß man seine Zeitprobleme, Belastungen, Sorgen zumindest in der Zelle ansprechen konnte. Ich kannte Fälle konkreter Unterstützung: Patenschaften, Dienste in der Initiative abnehmen, Babysitten....Ich habe selbst als Kinderlose an solchen Diskussionen teilgenommen, habe individuell unterstützt oder praktisch und finanziell in einer Kinderinitiative mitgeholfen. Mit diesen Erfahrungen im Rücken habe ich mein Kind in die Welt gesetzt, bin ich hier in der Bremer Ortsgruppe aufgetaucht. Ich war optimistisch, fordernd, habe bis zwei Monate nach der Geburt am politischen Leben intensiv teilgenommen. Damals hieß es hier: K. ist anders, die packt das, die ist nicht so resigniert, wie gut!

Es ging von dem Moment bergab, als wir in der WG (Wohngemeinschaft) feststellten, daß der Anspruch, das Kind zusammen zu erziehen, zu hoch gewesen war. Da ich aus diesem Grund nach Bremen gezogen war, brach für mich eine Welt zusammen. Ich begann zu kämpfen, diskutierte die Ansprüche in der WG, zog Genoss(inn)en hinzu, brachte es in die hiesige Kinderkommission ein, schrieb ein Papier an die zentrale Kinderkommission, an die zentrale AG Frauen. Resultat: Auf der DK in Hamburg wurde mein Anspruch als idealistisch abgelehnt. Man könne nicht von Leuten, die keine Eltern sind, erwarten, daß sie sich um mein Kind so intensiv kümmern wie ich. Ein Kind haben sei in erster Linie Elternsache. Man müsse es selbst tragen, könne aber natürlich mit gezielten Forderungen an andere herangehen.

Ich war damals ziemlich niedergeschmettert. Hieß es doch, ich sollte mit einer Situation fertigwerden, in die ich mich nie gebracht hätte, mit einer Situation fertigwerden, in die ich mich nie gebracht hätte, wenn ich vorher gewußt hätte, was vom Entgegenkommen meiner Mitbewohner zu halten ist. Ich hätte mir nie zugetraut, es allein zu packen; Unterstützung war für mich die Voraussetzung. Ich habe damals eingesehen, daß ich sie nicht zwingen kann, daß ich unrealistisch war, aber ich war sauer und verzweifelt. Die Diskussion auf der Kinder-DK führte hier dazu, daß ein Genosse, mit dem ich zusammenwohne, sich mit oberster Billigung zurückzog, daß mir eine Genossin sagte, es sei zwar hart, aber ich müsse mich jetzt allein durchbeißen!

Eine andere Genossin war recht erschüttert über dieses DK-Ergebnis. Ich war unsicher, ob es tatsächlich so hart auf der DK formuliert worden war. Wir warteten auf das Protokoll, um hier in der Kiko etwas sachlicher diskutieren zu können. Wir warteten und warteten. Mein Problem wuchs: ich mußte mich zurechtfinden.

Ich nahm eine Aushilfsarbeit an, wechselte die Kinderinitiative, was mir aus der alten Kinderaufbaugruppe übel angedreht wurde. (Die alte Gruppe wollte erst später anfangen, ich brauchte sofort eine Unterbringung für mein Kind. Ich war allein mit ihm und lebte von Sozialhilfe). Es hieß, ich sei unzuverlässig, ich bräuhete mich nicht zu wundern, wenn ich keine Unterstützung bekäme. Weiter: ich bräuhete nicht zu arbeiten (mir fiel die Decke auf den Kopf), denn von Sozialhilfe könne man ja leben.

Diese Diskussion mußte ich allein führen. Ich fand also in meiner alten Initiative kein Verständnis für meine Lage. Zum Glück waren die Leute in der neuen Initiative vernünftiger, sprachen mir das Recht zu, zu arbeiten, nahmen auf meine Finanzen Rücksicht. Da sich nichts regte, schmolz mein Vertrauen auf Unterstützung aus der Organisation immer mehr hin. Die AG Frauen meldete sich nicht - ich hatte mittlerweile in Abstimmung mit unseren Genossinnen ein weiteres Papier geschrieben, wie wir als Frauen mit Kindern unsere Situation verbessern könnten.

Schließlich kam hier in Bremen dann auf Initiative der Anleitung wohl so zwei Monate nach der Kinder-DK eine Diskussion zustande: Eltern und Kinderfreunde sollten sich aussprechen. Alle Eltern waren resigniert, wir wußten kaum, was wir fordern sollten. Schließlich einigten wir uns darauf, daß mit VV's auf uns Rücksicht genommen werden soll, was Beginn und Dauer anbetrifft. Außerdem finden die VV's auch meist am Sonntag statt und das ist schließlich auch Kinder-tag. Wir forderten, daß die Anleitung sich dann um die Kinderbetreuung kümmert. Diese Forderung wurde als zu weitgehend abgelehnt, die Betreuung müßten wir selbst organisieren. Alle rannten ratlos auseinander. Ich persönlich habe mich ziemlich verarscht gefühlt: erst soll man fordern, und tut man es, wird die Forderung ohne breite Diskussion und ohne Ersatzangebote abgelehnt.

Unsere Anleitung hat hier die Kinder tatsächlich nicht auf der Rechnung. Jüngstes Beispiel: Beim Aufbau des Wahlfestes der Alternativen Liste fiel ein, daß nichts für die Kinder vorbereitet war. Wunderbarerweise richteten Eltern eine Malecke ein. Daß bei größeren Aktionen, wie z.B. jetzt bei der Bonn-Demonstration, nicht an Kinder und Eltern gedacht wird, will ich den Genoss(inn)en hier gar nicht anlasten. Obwohl es natürlich ein Problem ist. Noch einmal zur letzten Kinderdiskussion hier: Ein Satz wie „Leute mit Kindern steigen früher oder später doch aus“ blieb so im Raum stehen. Tatsache ist: Eine Genossin ist, nachdem sie das Kind ihrer Schwester zu sich genommen hat, nössin ist, nachdem sie das Kind ihrer Schwester zu sich genommen hat, ausgetreten. Eine Ursache war: „Wie soll ich das schaffen.“ Zwei haben sich nach der Geburt ihres Kindes nicht mehr auf Terminen blicken lassen. Eine Genossin aus einer anderen Stadt wollte nach ihrem Herzog einbezogen werden. Das lief aber nicht. Sie blieb still schweigend weg.

Und nun wieder zu mir. In bezug auf die Kinderfrage wußte ich nicht weiter. Wie an die Genoss(inn)en rangehen? Von wem hier Unterstützung organisieren? Wie Kinderpolitik nach außen machen, wenn noch innen alles ungelöst ist? Ich war verzweifelt (wegen der WG), resigniert wegen der mangelnden Unterstützung der Organisation (wenigstens moralische Unterstützung), belastet durch das Kind, konnte weniger Termine wahrnehmen. Dadurch hatte ich auch weniger Gelegenheit, meine Widersprüche zu diskutieren. So z.B. zur Wahlfrage: ich war pessimistischer als andere, da wir nur wenig Kräfte hatten und fand unser Vorgehen taktisch falsch. Ich selbst machte immer weniger - es lief praktisch nur noch Wahlkampf. Schließlich schrieb ich an meine Zelle einen Brief, daß ich persönlich und politisch keine Perspektive sähe und diskutieren wollte. Die Diskussion fand ca. 2 Monate(!) später statt und zwar eine gute Stunde lang. Resultat: Achselzucken. Ich hatte gemeint, mit einer Perspektive in der Kinderarbeit nach innen und nach außen würde es mir besser gehen, aber dazu konnten die Genos-

s(inn)en nichts sagen. Die Diskussion wurde vertagt und bis heute nicht wieder aufgegriffen.

Ich bin seit drei Monaten kaum noch auf Terminen gewesen, habe mich kaum gemeldet. Es kam keine Reaktion von den Genoss(inn)en, keine Nachfrage. Keine Mitteilung von dem, was anliegt. Höchstens am selben Tag, so daß ich nicht in der Lage war, einen Babysitter zu bekommen. Was ich nicht verstehe, ist, wieso die Genoss(inn)en einen hier abdriften lassen. Ich persönlich habe mich in Hamburg immer sehr viel um Genoss(inn)en mit Schwierigkeiten gekümmert. Aus meinen Zellen hätte sich niemand klammheimlich rausziehen können. Es ist doch gerade ein Kennzeichen von Resignation, daß man nichts mehr von sich aus unternimmt. Bin ich denn der Unterstützung durch die Genoss(inn)en nicht mehr wert?

Stattdessen erfahre ich nicht einmal mehr, welche Termine in unserer Wohnung stattfinden. Die Genoss(inn)en begründen es, sie wüßten nicht, daß mich dies interessieren würde.

Wir haben in der Wohnung nie über meine Schwierigkeiten gesprochen. Zum Teil habe ich geblockt, die anderen nicht gefragt. Ohne wirklich informiert zu sein, schreibt dann ein Genosse über mich, ich sei beurlaubt. Ich war entsetzt! Wenn das doch so gewesen wäre, dann hätte es jedenfalls eine Diskussion gegeben! Das einzige, was man sagen kann, ist, daß ich mich zurückgezogen habe.

Und erst jetzt, wo ich mich wieder besser fühle (endlich Arbeit nach einhalb Jahren), Interesse äußere, Widersprüche einbringe, haben die Genoss(inn)en mich wieder auf der Rechnung. Allerdings finde ich es auch schon wieder ungeheuer schwer, meine Widersprüche zur Wahl einzubringen. Wenn ich Fragen gestellt habe dazu, hieß es, wie man nur so bescheuerte Fragen stellen könnte. Da habe ich mich wirklich gefragt, ob der KB der Ort ist, wo ich die Grundlage meines politischen Engagements und der Auseinandersetzung habe.

So: Zum Schluß noch ein paar Überlegungen, die vielleicht weiterführen. Ich (und die anderen Eltern/Genoss(inn)en sicher auch) will mit dem Kind leben und es nicht nur weorganisieren. Machen (wegorganisiere) dem Kind leben und es nicht nur weorganisieren. Machen (wegorganisieren) könnte ich das immer, dann kann es ja gleich bei der Oma leben. Ich möchte mit dem Kind zusammen demonstrieren. Kinder und Erwachsenenwelt sind weit genug auseinander. Ich versuche, das möglichst zusammenzubringen. So arbeite ich einen Tag in der Kinderinitiative, nehme ihn mal mit zur Arbeit, zu Freunden, auf Demos, manchmal abends mit zu Terminen (er schläft dann da). Manchmal ist es für ihn nicht ideal, aber ich will ihm keine heile Welt vorgaukeln, will nicht immer hinter seinen Bedürfnissen zurückstehen.

Ich finde es genauso selbstverständlich, Kinder zu haben wie sie nicht zu haben. Ich möchte, daß Kinder als Teil der Organisation begriffen werden, daß nicht nur die Eltern die Kinder der Genoss(inn)en und der „Massen“ im Auge haben. Kinder sind ein soziales Phänomen und keine individuelle Anschaffung wie eine Stereoanlage im Wohnzimmer. Kann man sich denn nicht darum auseinandersetzen? In der Beziehung bin ich „Utopist“. Ich erwarte, daß die Organisation sich um diese Fragen bemüht. Ich hoffe eigentlich nach wie vor, daß der KB der Ort ist, wo ich als alleinstehende, berufstätige Mutter mich politisch organisieren kann. Nicht viel, aber verbindlich machen und von den anderen als vollwertige Genossin anerkannt zu werden.

K., Bremen

52-Millionen Kinder arbeiten

Nach Ermittlungen des internationalen Arbeitsamtes in Genf arbeiten in der gesamten Welt insgesamt 52 Millionen Kinder, in den meisten Fällen illegal. Diese Tatsache verstößt gegen die Deklaration der Rechte des Kindes, die vor mittlerweile 20 Jahren von der Generalversammlung der UNO angenommen wurde: „Das Kind darf nicht zur Arbeit zugelassen werden, bis es ein geeignetes Mindestalter erreicht; es darf ihm keinesfalls angeordnet oder erlaubt werden, einen Arbeitsplatz oder eine Anstellung anzunehmen, die seiner Gesundheit oder seiner Erziehung schaden, oder die seine körperliche, geistige oder sittliche Entfaltung behindert“.

Die weitaus meisten Kinder, die arbeiten müssen, leben in den vom Imperialismus ausgebeuteten Ländern der Dritten Welt, insgesamt 50,7 Millionen, und zwar knapp 40 Millionen in Südwest- und Südostasien, 9,7 Millionen in Afrika, 3,1 Millionen in Lateinamerika. In diesen vom Imperialismus abhängigen Ländern müssen Kinder - Uno-Deklaration hin oder her - arbeiten, um ihren Familien das Überleben zu sichern.

Aber auch in den kapitalistischen Staaten gibt es Kinderarbeit. Das internationale Arbeitsamt schätzt 1,3 Millionen Kinder, davon 300.000 in Nordamerika und 700.000 in Europa. Dabei geht das internationale Arbeitsamt aber offenbar von einer engen Auslegung des Begriffes „Kinderarbeit“ aus. Bei weiteren Kriterien müßte Europa nämlich in der Statistik weit schlechter aussehen, gibt es in der BRD doch allein 300.000 Kinder, die arbeiten müssen. Seit 1976 ist es erlaubt, Kinder über 13 täglich (auch sonntags) bis zu drei Stunden in der Landwirtschaft, bis zu zwei Stunden beim Zeitungsaustragen und für „Handreichungen beim Sport“ zu beschäftigen. Legal, d.h. mit Lohnsteuerkarte, arbeiten 70.000 Kinder im Zeitungshandel, 100.000 in der Landwirtschaft; ca. 50.000 Kinder helfen ihren Eltern bei der Heimarbeit. Hinzu kommen schätzungsweise 60.000 Fälle illegaler Kinderarbeit. („Wie wir leben“, Zahlen, Fakten und Analysen zur Lage der Kinder, 1978).

Kinderkommission Hamburg

Fortsetzung von Seite 35

Sonderschüler – zum Mißerfolg abgestempelt



Lebendigen können die Brücke sein“. „... kann es für den Lernbehinderten eine Stärke bedeuten, daß er vermehrt aus emotionalen Bindungen heraus lebt und sich mit aller Ausschließlichkeit dem Wirken im Begrenzten verschreibt“ (27).

— Das ist der ungebrochene Originalton aus faschistischer Vergangenheit. So tut auch das Arbeitsamt alles, um den von der Schule vorgezeichneten Weg in die Sackgasse zu vollenden. Die Chancen der Sonderschüler, einen Beruf zu erlernen oder eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen, sind durch diese Diskriminierung gleich Null.

Die Sonderschule dient dazu, die Arbeiterkinder, die sich dem Normal-schulwesen nicht anpassen, auszusortieren. Die soziale Zugehörigkeit der Sonderschüler hat sich seit 100 Jahren nicht geändert, gleichbleibend kommen sie aus den „unteren sozialen Schichten“. Der Kampf gegen diese Schulen gehört zum Kampf gegen das „dreigliedrige“ bzw. viergliedrige Schulsystem dazu.

(Literatur: Aab, Pfeifer u.a., Sonderschule zwischen Ideologie und Wirklichkeit, Juventa, 1974; Kritik der Sonderpädagogik, edition 2000, 1973; Ingeborg Altstaedt, Lernbehinderte, Rowohlt, 1977; Jürgen Roth, Armut in der BRD, Fischer, 1974).

Quellenhinweise:

- (1) Zahlen aus dem Bildungsbericht Hamburg 1970
- (2) Ingeborg Altstaedt S. 86
- (3) Altstaedt S. 64
- (4) Altstaedt S. 67
- (5) Altstaedt S. 162
- (6) Altstaedt S. 162
- (7) Altstaedt S. 166
- (8) Altstaedt S. 164
- (9) Altstaedt S. 178
- (10) Altstaedt S. 174
- (11) Altstaedt S. 177
- (12) Richtlinien für die Hilfsschulen des Landes Nordrhein-Westfalen 1949 nach Altstaedt S. 179
- (13) Zahlenangaben nach Altstaedt S. 189
- (14) Zahlenangaben nach Aab, u.a. S. 36
- (15) Jürgen Roth S. 163 nach einer Marburger Untersuchung
- (16) Jürgen Roth S. 164 bezogen auf Marburg
- (17) Aab, u.a. S. 37
- (18) Referat von Prof. Dr. Walter Bärsch auf einer GEW Veranstaltung in Hamburg am 15.11.78
- (19) Bildungsbericht Hamburg 1970, Seite 143 und 144
- (20) Bärsch-Referat ebenda
- (21) Bärsch-Referat ebenda
- (22) Kritik der Sonderpädagogik S. 154
- (23) ebenda
- (24) ebenda S. 155
- (25) ebenda S. 161, Zahlen von 1963-1967
- (26) Zahlenangaben aus Päd. extra 11/79
- (27) Zitate aus einer noch heute gültigen Broschüre der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung von 1968, zitiert nach Päd. extra 11/79

Kinderkommission Hamburg

Kein Kindergeld für Arme – Sozialhilfeempfänger wehren sich

Über 2 Millionen Sozialhilfeempfänger wird in „unserem Sozialstaat“ das Kindergeld von der Sozialhilfe abgezogen. Sehr viel großzügiger unterstützt der Staat die ca. 30.000 Millionenfamilien, die das Kindergeld in voller Höhe ausgezahlt bekommen.

Von dieser diskriminierenden Kindergeldregelung sind ca. 700.000 Kinder betroffen. Da sich unter den Armen in der BRD gerade sehr viele Familien oder Alleinstehende mit vielen Kindern befinden, sind diese Menschen besonders hart betroffen, müssen sie doch ohnehin mit lächerlich geringen Sozialhilfesätzen auskommen. Die direkt Leidtragenden dieser

Diskriminierung sind die Kinder, die in Wohnlagern unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. „Da wird auf der einen Seite von Politikern gefordert, die Eltern sollen den Kindern ein angemessenes Taschengeld zahlen – zur Vorbeugung von Kaufhausdiebstählen etwa –; andererseits sieht die Sozialhilfe keinen Pfennig Taschengeld vor und das Kindergeld wird auch noch von der Hilfe abgezogen“ so eine Sozialhilfeempfängerin.

Zum ersten Mal demonstrierten die Armen am 20. Okt. in Bonn. Gekommen waren etwa 1.500 Menschen, größtenteils Bewohner von Obdachlo-

sensiedlungen, aus 25 – 30 Städten in der BRD. Unter der Parole: „Gegen Armut – für unsere Rechte!“ demonstrierten sie gegen die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe. Die Beteiligung der Betroffenen an dieser Demonstration ist ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, daß die meisten sich die Fahrtkosten vom Munde absparen mußten. Die Initiatoren dieser Demo überlegen sich auch, ob sie eine Gewerkschaft für Arme zur besseren Vertretung ihrer Rechte gründen sollten (Quelle: Päd. extra Nr. 11 1979).

Kinderkommission Hamburg



Nachrichten aus Schule und Hochschule



VS-Skandal immer noch nicht aufgeklärt

Ende Oktober wurde dem AStA der Universität Hamburg ein Schreiben zugespielt, das endlich bewies, woran insgeheim viele glaubten: Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und der Universität Hamburg. Die Reaktion in der fortschrittlichen Studentenschaft war Empörung und eine Uni-Vollversammlung mit 2.000 bis 2.500 Leuten – seit einigen Semestern die bisher bestbesuchte VV. Das Hauptgebäude der Uni-Verwaltung wurde für eine Nacht aus Protest gegen diese Überwachung und Bespitzelung von mehreren hundert Studentinnen und Studenten besetzt. Aufgrund dieser Proteste sah sich die Universitätsspitze gezwungen, einen Bericht über die Zusammenarbeit mit dem VS vorzulegen; dieser Bericht verschleierte jedoch mehr, als daß die Öffentlichkeit wirklich informiert würde. Gleichzeitig gibt dieser Bericht aber an vielen Stellen für die Vermutung Anlaß, daß politische Aktivitäten sehr genau beobachtet werden.

Amtshilfe – aber bitte schriftlich und nur in Einzelfällen??

Abgefaßt wurde der Bericht vom Uni-Vize-Präsidenten Ott, ohne daß irgendeine öffentliche Instanz von Seiten der Studentenschaft Einsicht in diese „Untersuchung“ bekommen hätte. Es ist schon für sich ein Witz, wenn diejenigen, die als politisch Verantwortliche für die Zusammenarbeit mit dem VS letztlich die Überwachung an der Hamburger Universität mitgetragen haben, nun über ihre eigene Tätigkeit einen Bericht anfertigen, um der Überwachung den notwendigen Schuß Legalität zu geben. So wird der Bock zum Gärtner – die Universitätspräsidenten „entschuldigen“ sich gegenseitig.

Seit dem Dezember 1970 läuft nun nachgewiesenermaßen die Erlaubnis vom Uni-Präsidenten, „daß Vertretern staatlicher Dienststellen Einsichtnahme in Unterlagen des Studentensekretariats ... gewährt werden durfte.“ Und mit einer Verfügung vom Februar 1971 wies derselbe Universitätspräsident seine Untergebenen an, daß „Amtshilfeersuchen staatlicher Dienststellen grundsätzlich zu beantworten waren ...“

Und worauf richtete sich nach dem Bericht das Augenmerk der Verfassungsschützer? „Schriftliche Auskunftsersuchen hat das Landesamt für Verfassungsschutz in Bezug auf die Identifizierung von Studenten gerichtet. Teilweise enthielten diese Anfragen die Namen von Studenten und richteten sich auf die Angabe des Geburtsdatums, der Adresse und des 1. Studienfaches, teilweise enthielten sie außer dem Namen auch schon die genannten Daten und richteten sich auf eine Bestätigung dieser Daten.“ Geht man nach dem Bericht, so hatte der VS also vornehm-

lich ein Interesse an einer endgültigen Identifizierung von Personen, über die schon politische Informationen vorlagen oder aber um einen gezielten Einstieg in Observationen zu finden. Es gab jedoch nicht nur den Weg der schriftlichen Anfrage. „Vor 1975 sind Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in einigen Fällen selbst in der zuständigen Dienststelle der Universität erschienen, um Unterlagen aus der Adressenliste der Universität und Angaben über Studenten ergänzen zu lassen, die sich auf Adresse, Geburtsdatum und Studienfach bezogen. Dabei ist ihnen teilweise von den anwesenden Mitarbeitern der Universitätsverwaltung gestattet worden, die Adressenliste selbst einzusehen.“

Was nun das Ausmaß der „Amtshilfen“ betrifft, so kann sich jede und jeder eine beliebige vierstellige Zahl denken und wird der Wahrheit näher kommen, als die Angaben der Universitätspräsidenten. Kurz nach den ersten Veröffentlichungen durch den AStA sprach der Unipräsident noch von einigen wenigen Studenten, deren Daten rausgegeben worden waren. In einem NDR-Interview sprach dann der Uni-Vize-Präsident Ott schon von ca. 400 seit Mitte der 70er Jahre. „Eine Statistik über diese Auskunftsersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz wurde (aber) nicht geführt.“ Für die Zeit vor 1974 konnte „Verfassungsschutz wurde (aber) nicht geführt.“ Für die Zeit vor 1974 konnten z.B. „Angaben zum zahlenmäßigen Umfang ... der erteilten Auskünfte nicht ermittelt werden.“ Und für den Zeitraum zwischen 1974 und 1976 werden zwei Anfragen im Umfang von „30 bis max. 65“ Personen angegeben. Aber: „Es ist möglich, daß in dieser Zeit noch eine weitere Anfrage dieser Größenordnung vorlag. Daneben wurden in geringem Umfang Einzelanfragen gestellt und bearbeitet.“ Daß die Universitätsverwaltung heute die realen Zahlen nicht rausrücken will, liegt wohl weniger an einer mangelhaften Buchführung in dieser Sache als vielmehr daran, daß das wahre Ausmaß der Überwachung weiterhin unbekannt bleiben soll. Und um möglichst den Zündstoff aus dem Bericht rauszuhalten, werden die Zahlen mit wachsender Nähe zur Gegenwart immer kleiner: „In den Jahren 1977 und 1978 ging die Zahl der Auskunftsersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz stark zurück.“ Und auch das scheint unwahr zu sein, gab es doch allein von März 1979 bis Oktober 1979 „Amtshilfeersuchen“ in 30 Fällen.

Nun wird dem Universitätspräsidenten Fischer-Appelt vielfach der Vorwurf gemacht, er als Liberaler hätte doch diese Zusammenarbeit besser verweigern sollen. Diese Ebene der Moral und der Skrupel scheint aber nie eine Rolle gespielt zu haben. Es gab jedoch politische Skrupel, und die resultierten aus der Einsicht, daß hier mit einigem Zündstoff

gearbeitet wurde, sollte die Zusammenarbeit mit dem VS bekannt werden. Im März 1979 fand zwischen einem „Mitarbeiter der Universität und einem Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz“ ein Gespräch statt, in dem der Verfassungsschutz angewiesen wurde, nur noch bestimmte Verwaltungsleiter anzusprechen. „Diese inner-universitäre Maßnahme wurde dem Mitarbeiter des Landesamtes gegenüber damit begründet, daß dadurch – im Hinblick auf die große Sensibilität dieses Aufgabenkomplexes – eine bessere Übersicht und eine Begrenzung der Amtshilfeersuchen auf das absolut unerläßliche Maß sichergestellt werden sollte.“ Geheimhaltung und Begrenzung des informierten Personenkreises spielten hier also die wesentliche Rolle und nicht die Eingrenzung der Überwachung an der Universität überhaupt.

Papier ist geduldig – die Bespitzelten kennen die 'andere' Wahrheit

„Die Universität hat Daten von Studenten lediglich insoweit erhoben, als dies mit der Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben notwendig verbunden war. Weitere Erhebungen hat sie nicht angestellt.“ Diese Aussage im Bericht ist nicht weniger als gelogen. Denn es hat schon einige Gerichtsverfahren gegen Studenten an der Uni Hamburg gegeben, in denen erwiesenermaßen Kommilitonen einmal durch Weitergabe von Wahlfotos oder auch durch die Hinzufügung von speziellen Dossiers identifiziert und sodann verurteilt wurden.

Die Behauptung widerspricht auch der Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage in der Bürgerschaft. In dieser wurde zugegeben, daß Wahllisten (mit Organisationszugehörigkeit) teilweise direkt von der Uni, teilweise vom Hochschulamt an den VS weitergegeben wurden.

Und gegen den Vorwurf, daß die Daten für den Verfassungsschutz das Material sind, aus dem dann später ein Berufsverbot gezimmert wird, setzt die Universitätsspitze die lapidare Erkenntnis: „Die Angaben von Geburtsdatum, Adresse und 1. Studienfach stellen keine Erkenntnisse dar, die geeignet sein könnten, Entscheidungen über Einstellungen von Bewerbern in den öffentlichen Dienst zu beeinflussen.“

Kein Wort findet sich in dem Bericht jedoch dazu, daß mit jeder Information die Identifizierung von „verdächtigen Personen“ ermöglicht wird und die Kartei des VS um einen weiteren Menschen angefüllt ist.

Die Studenten wollen die ganze Wahrheit!

Am Donnerstag, den 15.11., legte Fischer-Appelt diesen Bericht auf einer öffentlichen Sitzung des Akademischen Senats vor.

waren 80 Leute – eine klare Absage an diesen Versuch, den damaligen VV-Beschluß umzustößen.

Noch klarer fiel dann die Abstimmung aus, die daraufhin über Fortführung des Boykotts gemacht wurde: höchstens 50 der Anwesenden war dagegen, der Rest stimmte dafür.

Der Kampf geht also weiter! Das ist auch dringend notwendig, denn erste Erfolge zeichnen sich ab – wenn auch z.T. nur Absichtserklärungen. Hamburgs Kultursenator Sinn erklärte sich in einem TAZ-Interview bereit, die geforderten Tutorienstellen zu genehmigen, einen Studienplan auch dann zu akzeptieren, wenn die geplante Studiendauer 12 Semester beträgt – beides Forderungen der Studenten in diesem Boykott. Um den schönen Worten aber auch Taten folgen zu lassen, muß der Boykott nicht nur fortgesetzt werden, sondern durch zusätzlich Aktionen der Druck noch verstärkt werden. Dafür ist die große Beteiligung an der VV eine gute Voraussetzung.

Ein Genosse des SSB

Schon eine Woche vorher war auf einer Uni-VV für diesen Tag ein Warnstreik beschlossen worden. Dieser bestand im wesentlichen darin, daß an die Stelle der Lehrveranstaltungen Diskussionen über den VS-Skandal gesetzt wurden.

Am Vormittag fand dann eine Aktionsberatung für die nachmittägliche Sitzung des Akademischen Senats statt, an der sich 500 Studenten beteiligten. Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, daß das Universitätspräsidium den Kernforderungen der Studentenschaft nach „Vollständiger Offenlegung der VS-Praktiken an der Uni“, der „Herausgabe aller Namen und Listen, die bisher an den VS weitergegeben wurden“ nicht nachkommen würde. Die Linken (Basisgruppen, SSB, linke Fachschaftsrate, Linke Liste) schlugen deshalb vor, dem Universitätspräsidium ein Ultimatum zur Erfüllung dieser Forderungen zu stellen, nach dessen Ablauf der gesamte Universitätsbetrieb für eine begrenzte Zeit stillgelegt wird. Damit sollte der bisher mehr symbolische Charakter der Aktionen durchbrochen werden.

Der AStA und die ihn tragenden Gruppen (MSB, SHB, Jusos) nahmen dies wiederum zum Anlaß, gegen „Randalierer“ und „Chaoten“ zu hetzen. Ihr Gegenvorschlag bestand

in der Einsetzung eines eigenen Untersuchungsausschusses und weiteren „Diskussionen“. Bezeichnenderweise wiegelten sie Forderungen nach Aktionen, mit denen die Herausgabe der Listen erzwungen werden sollten, damit ab, daß es gar keine Listen gäbe! Zwei Stunden später forderten die gleichen Leute von Fischer-Appelt eben die Herausgabe dieser Listen!

Der AStA konnte sich auf dieser Aktionsberatung noch einmal knapp mit seinen Vorschlägen durchsetzen. Die Sitzung des Akademischen Senats wurde dann von 2500 Studenten besucht. Bis auf die studentischen Vertreter im AS wurde der Bericht von allen weiteren Gruppen (Professoren, Dozenten, Assistenten, Verwaltungspersonal) begrüßt, wenn die Dozenten und die Assistenten auch kritische Worte fanden.

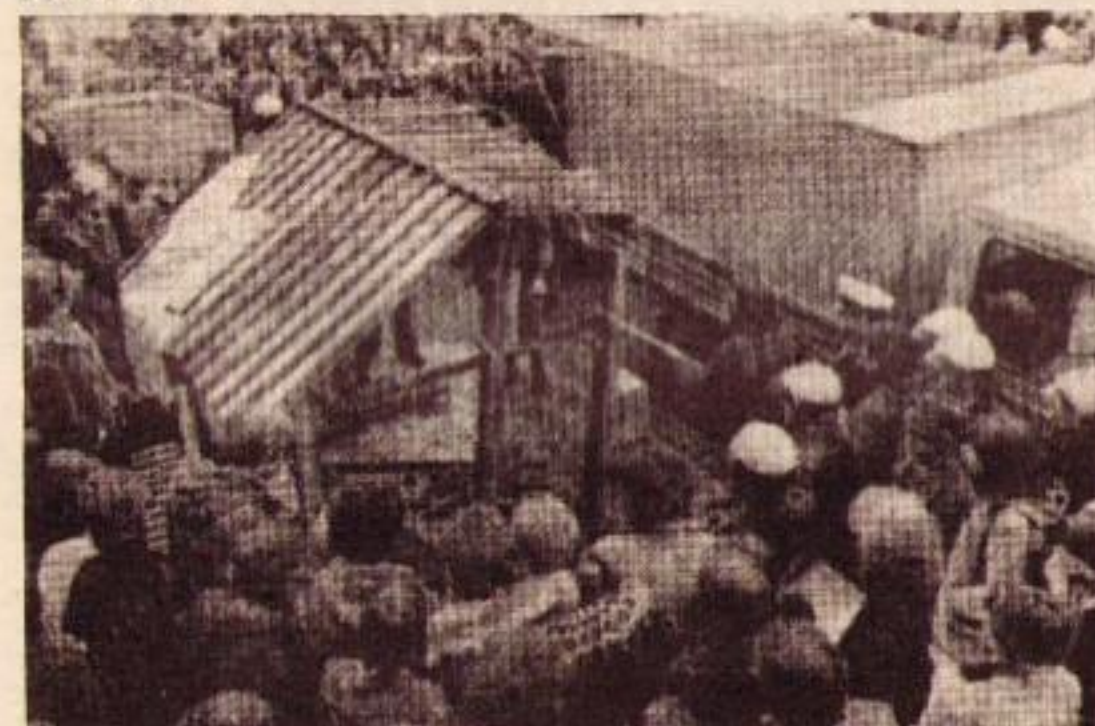
Der Versuch, auf dieser Versammlung nochmals eine Diskussion über das weitere Vorgehen der Studentenschaft zu initiieren, wurde vom AStA rigoros unterbrochen und der Saal durch die Ansetzung einer Demonstration geleert. Hieran beteiligten sich ca. 1500 Kommilitonen mit z.T. sehr kämpferischen Parolen. Von den Linken wird jetzt eine eigene Veranstaltung zur Beratung über das weitere Vorgehen vorbereitet.

SSB/Hamburg

Krieg den Hütten – Friede den Palästen



Der Aufbau....



...der Abriß

Die Besetzer des seit zwei Jahren leerstehenden Alten Klinikums gingen am Samstag, den 17.11.79 mit einer sehr originellen Aktion an die Öffentlichkeit.

Auf dem Marktplatz mauerten sie eine Fachwerkhütte, um auf die katastrophale Wohnsituation aufmerksam zu machen.

Die Aktion begann um 10 Uhr. Um 13 Uhr kam die Polizei angestürmt, um die schöne Hütte von Beamten des Gartenbauamtes abreißen zu lassen. Das war gerade zu einem Zeitpunkt, als der Marktplatz mit schaulustigen Einkäufern gerammelt voll stand. Rufe wie „Reißt das neue

Rathaus gleich mit ab“, „was hier passiert, das haben wir von der Gestapo schon mal erlebt“... wurden laut.

Die Flugblätter der Besetzer waren im Nu vergriffen. In kurzer Zeit waren über 160 DM in der Sammelbüchse für die Besetzer zusammen. Über vier Wochen werden zwei Trakte des alten Klinikums jetzt schon besetzt gehalten. Die Möglichkeiten, weitere Gebäude zu besetzen, sind günstig. Die Warteliste der Besetzer ist groß. Immer noch leben ca. 3.000 Göttinger Studenten unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Ein Göttinger Genosse

6. Woche Psychologenboykott

Zwei Tage nach Beginn des Wintersemesters beschlossen 500 Hamburger Psychologiestudenten auf einer Vollversammlung, das gesamte Semester zu boykottieren. Anlaß sind die nicht mehr tragbaren Studienbedingungen. Für den Boykott hatte sich der Fachschaftsrat und das Psych-Plenum (Basisgruppe) eingesetzt, während MSB, SHB und Jusos für einen zweiwöchigen Streik eintraten (siehe AK 164). Im nachheren wird der Boykott von allen linken studentischen Gruppen unterstützt. Seit einiger Zeit begannen jedoch rechte Kräfte, rührig die Trommel für den Abbruch des Boykotts zu rühren. Darüber sollte nun auf einer weiteren VV entschieden werden.

Die Boykott-Gegner hatten sich schon kurz nach dem VV-Beschluß eines Semester-Boykotts zusammengetan, vor allem, um eine Urabstimmung mit dem Ziel der Absetzung des Boykotts durchzusetzen. Natürlich hatten sie die Hoffnung, entweder über zu geringe Beteiligung oder aufgrund der Stimmen der schweigenden (angebli-

chen) Mehrheit unsere Aktion abbrechen zu können. Drei Flugblätter gaben sie zu diesem Zweck heraus und sammelten Unterschriften.

Recht eifrig auch die Professoren. Aber anstatt die durch den Boykott freigewordene Zeit zur Unterstützung der Studenten zu nutzen, schrieben sie an alle, daß sie sich „Sorgen machen“ würden wegen des „verlorenen Semesters“. Sie riefen auf, zur VV zu kommen und eine Aufnahme des Lehrbetriebs zu beschließen. Dafür versprachen sie uns vermehrte Diskussion und Einsatz bei der Studienplanerstellung.

Diese beiden Aktivitäten förderten Zweifel bei manchem, verstärkt durch eine anscheinend inzwischen verminderte Boykott-Beteiligung. Aber das war eine Täuschung. Wieder war der Saal für die VV zu klein, obwohl schon ein größerer genommen worden war. Ca. 650 Student(innen) bewiesen, daß die Unterstützung für den Boykott nicht etwa geschwunden, sondern eher noch stärker geworden ist. Für eine Urabstimmung

Selbstverwaltung muß erhalten bleiben

Es scheint, als hätten Hamburgs Behörden ihr Herz für die Stadtkultur entdeckt. Zu Beginn des Jahres sah es für einige Stadtteil-, Jugend-, und Freizeitinitiativen bedrohlich aus. Die Situation der „Honigfabrik“ (Hofa, 1) in Wilhelmsburg war offen, der „Motte“ (2) in Altona fehlten Gelder für eine vernünftige Arbeit. Die Aktive Freizeit Altona (AFA, 3) brauchte dringend neue Räume, da ihre alten baufällig waren. Obwohl ein leerstehendes Haus in Aussicht war, wollte keiner die Finanzierung übernehmen. Inzwischen sieht es etwas anders aus. Die „Hofa“ konnte ihre Arbeit aufnehmen, die „Motte“ bekommt mehr Geld. Die Behörde hat ihren Teil übernommen, damit die „Motte“ endlich Bundesmittel als Modellförderung bekommt. Und auch die AFA kann weitermachen: Das Bezirksamt Altona hat die Trägerschaft für ihr neues Haus übernommen.

Außerdem wurde speziell für die Stadtteilzentren ein „Soziokultureller Topf“ in der Kulturbehörde geschaffen. Er beträgt 300.000 DM. Davon sollen die „Hofa“, die AFA, die „Motte“, das Goldbekhaus (4), sowie die Stadtteilinis in Meiendorf (5) und Bergstedt (6) etwas erhalten.

Besonders gut soll das Goldbek-

haus davonkommen: dort sind nach Aussage des Vorsitzenden 2,1 Millionen DM für den Umbau einer Fabrik geplant.

Gleichzeitig wurde aber auch bekannt, daß die Behörde den Initiativen mehr in die Selbstverwaltung reden will. Angefangen wurde damit bei der „Hofa“. Bei den Verhandlungen wurde deutlich, daß die Behörde der „Hofa“ (und nicht nur der) ein Kuratorium beordnen will. Diese Kuratorien sollen paritätisch besetzt werden aus Vertretern der Bezirksversammlung, der Bezirksverwaltung und Vertretern der Fachbehörden. Aufgabe des Kuratoriums soll es sein, die Einwerbung der finanziellen Mittel zu organisieren, die Verteilung der Mittel für die einzelnen Arbeitsbereiche dem Zentrum vorzugeben und die Verausgabung der Mittel gegenüber dem Zentrum zu kontrollieren. Dies bedeutet, ein Organ aus städtischen Vertretern hätte direkte Einflußnahme auf die Gestaltung des Zentrums und würde als finanzieller Verteiler eine gewichtige Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung der Arbeit spielen. Bei der „Honigfabrik“ konnten die Behörden hiermit jedoch nicht landen. Gemeinsam mit 10 weiteren Initiativen des Hamburger Initiativnetzes gab die „Hofa“ einen offenen Brief

heraus, in dem die Initiativen für uneingeschränkte Selbstverwaltung eintraten. Als die Behörde merkte, daß sie es bei manchen Initiativen wohl doch schwer haben wird, versuchte sie es erstmal bei für sie genehmeren Inis, die der SPD nahestehen, oder wo die Selbstverwaltung gegenüber der Behörde nicht so im Vordergrund steht. So klappte es beim Goldbekhaus, in Meiendorf und Bergstedt: Diese drei Inis nehmen das Kuratorium in ihrer Satzung auf.

Inzwischen ist am 8.10. ein Gespräch in der Kulturbehörde gelaufen, wonach das Kuratorium jetzt Beirat heißen soll. Durch den Beirat sollen die Finanzhoheit und Personalhoheit der Zentren bzw. Initiativen angeliegt nicht betroffen werden. Es soll „beratende Funktion“ haben. Da bliebe dann nur noch die Frage offen: Wozu dann überhaupt?... Oder will die Behörde das Kuratorium jetzt stückweise einführen? Die Inis brauchen von der Behörde weder ein Kuratorium noch einen Beirat, sondern eine vernünftige Finanzierung, ausreichende Räume und hauptamtliche Mitarbeiter. Daß hierbei das Herz der Behörde nicht für alle gleich schlägt, wird immer wieder deutlich. Für Initiativen, die den Regierenden nahestehen, ist Geld vorhanden. Da wer-

den dann auch schon mal zwei Millionen locker gemacht. Noch besser dran sind reine kommerzielle Vorzeigebauwerke, wo von Problemen, die Jugendliche haben, gar nicht mehr geredet wird, wo dann natürlich auch von Selbstverwaltung keine Rede ist, (wie z.B. die „Fabrik“ in Altona).

Für Inis, die gemeinsam was zu verändern versuchen, fließt nur dann Geld, wenn man einen jahrelangen Kampf führt, immer wieder im Stadtteil und darüber hinaus an die Öffentlichkeit geht. Besonders schwer haben es natürlich kleinere, noch nicht so bekannte Initiativen, die aber unbedingt wichtig sind, wie das Freizeitzentrum Rissen oder die Jugendzentrumsinitiative Bergedorf. Beide haben weder Geld noch ausreichende Räumlichkeiten. Und sie sind nicht die Einzigen, denen es so geht.

Hier kann nur das gemeinsame Vorgehen der Inis helfen. Das hat sich der Zusammenschluß Hamburger Initiativen zum „Initreff“ zum Ziel genommen.

Anmerkungen:

1) Honigfabrik (Hofa). Schon seit mehreren Jahren kämpfen Jugendliche im Arbeiterbezirk Wilhelmsburg

um ein selbstverwaltetes Zentrum. Erst kürzlich konnten sie ihre Arbeit in der ehemaligen „Honigfabrik“ nach zähen Auseinandersetzungen mit der Behörde aufnehmen. Geplant ist noch ein Lehrerzentrum.

2) Motte. Die „Motte“ ist eine Stadtteilinitiative in Altona. Sie macht auch Mieterarbeit. Sie arbeitet sehr viel mit ausländischen Jugendlichen, macht verschiedenste Angebote (Werkstätten, Diskos, Theater etc.) Sie ist selbstverwaltet.

3) Aktive Freizeit Altona (AFA). Arbeiten schon seit mehreren Jahren in Altona, auch viel mit ausländischen Jugendlichen. Sie machen verschiedenste Angebote, nachmittags auch für jüngere Kinder. Die Selbstverwaltung läuft wie bei der „Motte“ und „Hofa“, über den jeweiligen Verein und durch wöchentliche Vollversammlungen.

4) Goldbekhaus. Machen mehr eine Stadteiarbeit im herkömmlichen Sinne. Sie laden Theatergruppen ein, machen Diskussions- und Lesende, bieten Programme für Jugendliche an.

5) 6). Meiendorf und Bergstedt sind Inis am Stadtrand von Hamburg, die nur Veranstaltercharakter haben: Sie holen Theater- und Musikgruppen usw. vor Ort.

Kinderkommission Hamburg

Studenten werden gewählt und der Kripo übergeben

Am 9. November sind auf Umwegen Studenten der Hochschule Lüneburg Papiere in die Hände gelangt, aus denen hervorgeht, daß die Namen des am 1.8.78 gewählten AStA samt Referenten der Kripo übergeben wurden, und zwar von dem damaligen Kanzler der PH/Niedersachsen (wozu 8 Abteilungen, darunter auch Lüneburg zählen) und dem jetzigen Kanzler der Hochschule Lüneburg und Hildesheim: Johannes Hesse.

Am darauffolgenden Dienstag fand eine Hochschulversammlung mit über 300 Studenten (an der Hochschule sind insgesamt 1000 Studenten eingeschrieben) statt, zu der Hesse erst nach persönlicher Aufforderung durch Rektor Taysen erschien. Hier gab Hesse bekannt, warum er die Liste weitergegeben hatte:

1. Die unterstrichene Studentin sei seit 1977 als Störerin aktenkundig. Da sie in einem Kollektiv auftrat, mußte davon ausgegangen werden, daß damit das ganze Kollektiv potentiell stören würde.
 2. Der vorherige AStA hätte gestört, von daher hätte damit gerechnet werden müssen, daß auch der neue AStA stören würde.
 3. Es hat von der Kripo keine Aufforderung zur Nennung von Namen gegeben, es sei jedoch seine Pflicht gewesen, der Kripo vorsorglich Namen zu nennen, um ihr die Arbeit zu erleichtern.
- Die Reaktion der Studenten war ein Gemisch aus Fassungslosigkeit und Empörung über so ein fortgeschrittenes Ausmaß an Präventiv-Kriminalisierung. Sogar der Rektor (sonst als Reaktionär berüchtigt), sah sich ge-

nötigt, indirekt den Rücktritt Hesses zu fordern. Am nächsten Tag fand ein Termin mit Hesse und fünf Studenten statt, auf dem er der „Störerin“ sämtliche Unterlagen über sie offenlegen sollte. Heraus kam: Die Studentin hätte zweimal Veranstaltungen angemeldet und danach seien „Wandschmierereien“ festgestellt worden. Das ist alles! Natürlich gibt es noch mehr Ordner, aber die wollte er erst 1 1/2 Wochen später zeigen... Die Senatssitzung am gleichen Nachmittag zeigte, daß auch die Professoren Hesses Vorgehen kritisierten, zeigte jedoch auch, wie studentische Forderungen – in diesem Fall nach einer paritätischen Untersuchungskommission – pervertiert werden:

Beschlossen wurde die Einsetzung eines Beratergremiums, das keine Akteneinsicht hat und der Schweigepflicht unterliegt! Die VV am Donnerstag, 15.11. beschloß einstimmig einen Warnstreik für Montag und Dienstag (19. und 20.11.). Daß die Stimmung voll auf Sturm stand, zeigte sich auch in der selten in Lüneburg dagewesenen Bereitschaft vieler Studenten, den Streik selbst auszuführen:

- Am Montag standen gleich maskierte Streikposten vor den Hochschuleingängen und die Hochschule war plakatiert mit tollsten Plakaten etc.
- Es fanden den ganzen Tag über Arbeitsgruppen über Theater, Musik, Bauen, Zeichnen etc. zum Thema Hesse und Überwachungsapparat statt.
- Seminarsprengungen wurden durchschnittlich mit 30 - 80 Leu-

ten durchgeführt.

– Am Dienstag war eine Demonstration mit ca. 300 Leuten.

– Am selben Abend wurde eine Anti-Repressionsveranstaltung mit Tamara Tschikowani und einem Berufsverbotsfall in Lüneburg noch von ca. 150 Leuten besucht.

An der Lebendigkeit der beiden Tage konnte auch der Versuch Rektor Thaysens nichts ändern, durch Herausgabe eines Briefes den Streik für illegal zu erklären, jeden Lehrenden zur Durchführung seiner Seminare zu verpflichten und die Lehrenden aufzufordern, jeden Störer zu melden. Auch ein groß aufgemachter Artikel in der städtischen Zeitung mit der Bekanntgabe, daß Hesse zurückgetreten sei, konnte die Studenten nicht irre führen, denn es handelte sich um einen ganz großen Bluff: Ab 1.12.79 wird Herr Hesse in das Dezernat im Ministerium für übergreifende studentische Angelegenheiten befördert!

Es kommt jetzt darauf an, die völlige Offenlegung der Zusammenarbeit Kripo/Hochschule und den Rücktritt Hesses aus allen öffentlichen Ämtern durchzusetzen. Daneben muß man sich mit jetzt aufkommenden „Superlinken“ auseinandersetzen, die uns Spontikram, „Infantilisimus“, Blindheit vorwerfen und uns nahe legen, doch lieber mal Marx zu lesen. Und der MSB? Im ganzen Trubel hat er offensichtlich völlig vergessen, unseren Streik in die Zeit des bundesweiten MSB-Jahrhundertstreikes zu legen! Das gibt bestimmt Schimpfe von oben! Eine Lüneburger Genossin

Autonomes Frauenreferat an der Fachhochschule

Erstmals gibt es in diesem Semester an der Braunschweiger FHS für Sozialwesen ein autonomes Frauenreferat, das vom Studentenparlament (25 Sitze Jusos, 14 Linke Liste, 2 LGO, 6 Liste Unabhängiger Studenten) als solches anerkannt und vom AStA (Juso HSG) finanziell mit 12 % der eingezahlten Semesterbeiträge unterstützt wird. Bereits im letzten Semester hatte die Frauengruppe im Fachbereich Sozialwesen in der von ihr veranstalteten Frauenwoche und im Studentenparlament die Diskussion um ein autonomes Frauenreferat wiederaufgegriffen. Nicht zuletzt das breite Interesse an der Arbeit der Frauengruppe, das in der Frauenwoche zum Ausdruck kam – es gab Theater zur Situation von Frauen an der FHS, Diskussionsveranstaltungen zu Themen wie „Frau in der Sozialarbeit“, „Frauenreferate“ und ein Frauenfest – bewirkte, daß im Studentenparlament auch die Gegner einer autonomen Frauenarbeit nicht mehr an der Forderung nach einem Frauenreferat vorbeikamen. Lediglich 6 „aufrechte“ Jusos – gestützt auf die Argumentation, die Frauenfrage sei ja eh nur ein Nebenwiderspruch – stimmten gegen eine autonome Frauenarbeit.

Frauenvollversammlung an der FHS

Auf den beiden Frauen-VV's, die in den folgenden Wochen stattgefunden haben, waren die Fragen der inhaltlichen Arbeit und des organisatori-

schen Aufbaus des Frauenreferats Hauptdiskussionspunkte.

Zur inhaltlichen Arbeit gab es eine Fülle von Vorschlägen, die vom Aufgreifen der Situation von Frauen an der Hochschule und der Arbeit zu studienbezogenen Frauenthemen bis hin zu konkreten Vorstellungen über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen u.ä. reichten.

Differenzen gab es am Punkt des organisatorischen Aufbaus:

„Einige Frauen vertraten, daß es gerade unter Frauen versucht werden sollte, neue Kommunikations- und Arbeitsstrukturen zu entwickeln, keine Stellvertreterpolitik zu machen, sondern alle Arbeiten und Entscheidungen gemeinsam zu leisten. Bei diesem Anspruch sei es überflüssig, zwei oder drei Referentinnen zu wählen, die den Hauptteil der Arbeit machen. Es sei vielmehr besser, in einer möglichst großen Gruppe zu arbeiten.“

Von anderen Frauen wurde entgegeng gehalten, daß so die Schwierigkeit entsteht, festzulegen, wer verbindlich bestimmte anfallende Aufgaben (z.B. Post, Wandzeitungen, Finanzen u.ä.) übernimmt. Desweiteren sei es wichtig, daß die Frauen, die verbindlich Frauenreferatsarbeit machen wollen – unabhängig davon, wieviele das sind – durch eine Wahl der Frauen-VV demokratisch legitimiert werden. Eine Stellvertreterpolitik sei keine Frage der Formen, sondern der Einstellungen der Frauen dazu, die eine gemeinsame Arbeit machen wollen, in die möglichst viele

einbezogen werden sollen“ (aus einem Flugblatt zur Frauen-VV).

Auf der zweiten VV erklärten sich Frauen bereit, folgende Aufgaben verbindlich zu übernehmen: Post, Finanzen, Kontakt zu anderen Hochschulen und Frauenprojekten, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit dieser Festlegung soll gewährleistet sein, daß ein ständiger Informationsfluß da ist, der die Arbeit des Frauenreferats jeder Frau bekannt und zugänglich macht. Desweiteren einigte sich die Frauen-VV auf einen wöchentlichen Referatstermin, auf dem die auf Frauen-VV's diskutierten Inhalte und Beschlüsse umgesetzt werden.

Die Arbeit hat begonnen ...

Bisher gibt es vier AG's, die aus der Frauengruppe heraus entstanden sind und deren Arbeit auch Bestandteil des Frauenreferats ist:

- AG zu Frauenprojekten in- und außerhalb der Hochschule. Angestrebt wird ein Frauenprojekt im Rahmen des Projektstudiums an der FHS.
 - AG zur Situation von Frauen an der Hochschule. Erster Schritt wird eine Untersuchungsarbeit mit Hilfe von Fragebögen sein.
 - AG zur historischen Frauenbewegung.
 - AG zur neuen Frauenbewegung. Weiter ist für Mitte Januar ein Frauenkulturtag mit buntem Programm geplant.
- Zwei Genossinnen aus Braunschweig

Uniververwaltung und RCDS kontra u-AStA

Einigen Wirbel hat das Redeverbot für Rudolf Bahro an der Freiburger Uni ausgelöst. Auf Einladung des u-AStA (nach der Abschaffung der ASten in Baden-Württemberg das Vertretungsorgan der Studenten) sollte Bahro am 30.11. über sein Buch „Die Alternative“ sprechen.

Doch die Uniververwaltung verbot die Veranstaltung. Zunächst mit dem Argument, der u-AStA habe den Bahro-Auftritt als Protestveranstaltung gegen das Verbot des politischen Mandats durch das Universitätsgesetz geplant. Auch eine Übernahme der Trägerschaft durch die GEW-Studentengruppe sei nicht möglich.

Nachdem sich das schon rein formal als nicht haltbar erwies (der u-AStA ist formal vereinsrechtlich organisiert), zog man einen angeblichen Beschluß vom 11.7.79 aus der Tasche, wonach in Wahlkampfzeiten keine politische Veranstaltung an der Uni genehmigt werde. Bahro dürfe höchstens auf Einladung des „collegium politicum“ der Universität reden – ein „Angebot“, das der u-AStA ablehnte. Keine Geltung hat dieser Beschluß allerdings offensichtlich für den RCDS: So konnte CDU-Ministerpräsident Späth auf Einladung des RCDS ebenso an der Uni reden wie – demnächst – die rheinland-pfälzische CDU-Kultusministerin Laurien!

Eingebettet liegt das Redeverbot

für Bahro in eine „konzertierte Aktion“ von RCDS, Wissenschaftsministerium und Uni-Verwaltung gegen die unabhängige Studentenvertretung.

Anlaß war, wie schon so oft, eine Denunziation des RCDS. Der kam in Freiburg politisch nicht zum Zuge und wandte sich deshalb ans Stuttgarter Wissenschaftsministerium. Ergebnis war ein Fernschreiben an die Freiburger Uni-Verwaltung, wo unter Hinweis auf Behauptungen des RCDS angefragt wurde, ob „der sogenannte „usta“ an der Universität Freiburg dieselben Arbeitsmöglichkeiten wie der frühere AStA“ habe.

Nun legte der RCDS (auf Aufforderung des Rektorats ...) einen „umfangreichen Katalog widerrechtlicher u-AStA-Tätigkeit“ vor. Das Rektorat „reagierte“ prompt: Mit einer Reihe von Maßnahmen wird nun gegen den offiziellen Studentenausschuß vorgegangen (dieser ist teilweise identisch mit dem u-AStA, ist gesetzlich aber total geknüllt): So wurde der Telefonanschluß für Ferngespräche von der Verwaltung gekappt, so wurde die weitere Bezahlung der Kultur- und Sozialreferenten von dem Nachweis abhängig gemacht, daß sie nicht für den u-AStA arbeiten, so soll der Pressereferent oder ein Sozialdienst gestrichen werden.

KB/Gruppe Freiburg

„Schüler gegen Rechts“

Am 16./17. November fand in der Markthalle ein zweitägiges „Schüler gegen Rechts“ - Festival statt. Alles in allem war dieses ein Riesenerfolg. An beiden Tagen waren je über tausend Schüler dort.

Für 3 bzw. 4 DM Eintritt wurde eine Menge Kultur geboten. Am Freitag spielte die Schülerband „Urschrei“ und „Inflagranti“ und zu guter Letzt die „Druckknöpfe“. Schon nach der ersten Band herrschte eine gute Stimmung. Es folgte die Vorstellung der Initiative „Schüler gegen Rechts“ und ihrer Arbeit. „Schüler gegen Rechts“ macht es sich zur Aufgabe, „gerade angesichts der Kanzlerkandidatur von Strauß, angesichts des freien Auftretens von Neonazis und der allgemeinen Rechtsentwicklung ...“ durch Aufklärungsarbeit an den Schulen und weiteren Veranstaltungen ähnlicher Art eine „... breite Schüler gegen Rechts-Bewegung aufzubauen ...“ In der nächsten Pause berichtete ein Schüler über die Zensur der Schülerzeitung „Blöf“ wegen der Veröffentlichung eines Strauß-Witzes.

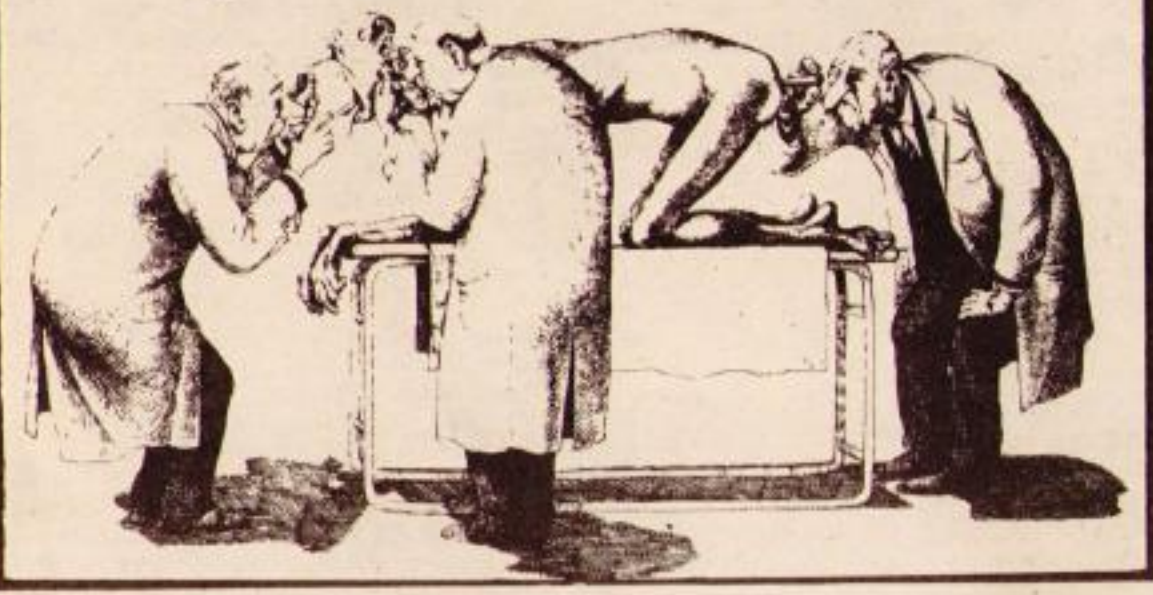
Es folgte „inflagranti“ mit Rock und Charlie Mack Doodle mit seiner Gitarre. Als dann schließlich die „Druckknöpfe“ spielten, flüpfte der ganze Saal mit.

Am Samstag spielten die Schülerbands „Camelot“, „Spacebetween“, „Maxe, Ronnie und Andi“ und „Vanille Vanguard“, die Theatergruppe „Kaktusse“ und „Grande Vanille“ und zuletzt „Alcatraz“. Das Festival hat gezeigt, daß es viele relativ unbekannte Schülerbands gibt, die 'ne Menge zu bieten haben. Alle kamen sie gut an, sowohl „Kaktusse“ mit einem hervorragenden Stück über die Situation eines Mädchens in der Lehre, als auch „Spacebetween“ mit eigenen Texten und „Maxe, Ronnie und Andi“ von der Sehbehindertenschule, von denen Maxe am Klavier sogar vollständig blind ist.

Die Schülerbands spielten (umsonst) aus Sympathie und Solidarität mit der im Aufbau befindlichen „Schüler gegen Rechts“ - Initiative. Es wurde jedoch keineswegs nur Kultur konsumiert. Zwischendurch kamen Beiträge wie z.B. das Erlaubtsein der Prügelstrafe in Bayern, die Diskriminierung linker Schüler von Jüdern in rechten Schulen. Zwischendurch Zitate „unseres“ Kanzlerkandidaten F.J. Strauß, in denen er die Rassenpolitik Afrikas für vorbildlich hält, oder ähnliches.

Eine Genossin des SSB

Wie geht's uns denn?



Betr.: Hexachlorophen oder Sevesogift in der Gesundheitsversorgung

Wir haben vor einigen Monaten die o.g. Broschüre über gesundheitsgefährdende Chemikalien besonders in Arzneimitteln herausgebracht. Sie hat mit dazu beitragen können, daß eine breite Kampagne gegen Produkte, die diesen Wirkstoff enthalten, in Gang gekommen ist. Über die Kampagne selbst und neue Informationen werden wir in der zweiten Broschüre berichten, die aber nicht vor Januar 80 herauskommt.

Die jetzige Broschüre bleibt aber auch künftig aktuell und ist jetzt in der zweiten Auflage erschienen. Die Mitteilung heute dient hauptsächlich der Aufklärung folgender Falschmeldung:

Zufall oder Methode?

In der letzten Ausgabe der LISTE PHARM INDEX (auch 'Gelbe Liste') vom Neu-Isenburger IMP Verlag ist die Zusammensetzung von KODAN-SPRAY o h n e d i e Substanz HEXACHLOROPHEN angegeben worden. Leider ist das falsch!!

Nach unseren Nachforschungen verhält sich das folgendermaßen: der genannte IMP Verlag bringt mehrmals jährlich die o.g. 'Gelbe Liste' heraus, in der er die Zusammensetzung von Arzneimitteln NACH ANGABEN DER HERSTELLER-FIRMEN veröffentlicht.

Auf Befragen erklärte uns die zuständige Sachbearbeiterin des IMP Verlages Frau Temmer-Reusch, zuständige Sachbearbeiterin des IMP Verlages, Frau Temmer-Reusch, daß sie die Angaben so wie sie abgedruckt worden seien, vom Hersteller, der Firma Schülke & Mayr bekommen hätten und selbst daran redaktionell nichts mehr ändern würden. Natürlich könne es mal passieren, daß sie Tippfehler machen würden, aber das sei unwahrscheinlich.

Eine Nachfrage bei der Arzneimittelkommission des Bundesgesundheitsamtes in Berlin ergibt, daß KODAN-SPRAY immer noch Hexachlorophen enthält.

Die Herstellerfirma Schülke & Mayr unterbricht bei der Frage nach KODAN-SPRAY sofort die telefonische Verbindung – sie legt auf!

Anderen Leuten gelingt es später von Schülke & Mayr zu erfahren, daß dem IMP-Verlag ein 'Druckfehler' passiert sei!

Wie wertvoll, daß dem Druckfehlerteufel da angeblich gerade die Substanz - HEXACHLOROPHEN - zum Opfer fiel, die in dem verbreiteten Desinfektionspray KODAN-SPRAY enthalten ist, das jetzt in etwa 15 - 20 bundesdeutschen Krankenhäusern nicht mehr verwendet wird!!!

Nur am Rande sei hier erwähnt, daß in immer mehr Städten und Krankenhäusern immer mehr Krankenschwestern, Pfleger, Schüler/innen, Ärzte, ÖTV-Betriebsgruppen, konfessionslose Schwestern, grüne/bunte/alternative Listen usw. usw. sich erfolgreich gegen die Verwendung zahlreicher HEXACHLOROPHENHALTIGER Arzneimittel eingesetzt haben. Übrigens: Schülke & Mayr stellen auch PRI-MASEPT und SEPTIKAL her! Ansonsten verweisen wir auf die Arzneimittel-Liste in der Broschüre.

Unter anderem fordern wir nach wie vor: VERBOT ALLER HEXACHLOROPHENHALTIGEN ARZNEIMITTEL: DESINFektionsMITTEL,

AKNEMITTEL, HÄMORRHOIDENMITTEL, VENENMITTEL, WUNDMITTEL, HAARWASCHMITTEL, BRUST- UND WUNDPUDER!

Zu bestellen ist die Broschüre weiterhin bei: Grüne Liste Hessen, c/o Jutta Dittfurth, Neuhoferstr. 42, 6 Frankfurt 1, 0611/ 599270, Stichwort: HEXACHLOROPHEN Preis: DM 1,50, ab 10 Stck je DM 1,20, ab 20 Stck je DM 1,- z u z ü g l i c h P o r t o !! gegen Vorkasse per Scheck, Briefmarken oder Überweisung auf o.g. Postscheckkonto.

Kapitalisten wollen Abschaffung der Behinderten-Abgabe

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten steigt und steigt – 62 000 waren es bereits im Oktober. Daran ändert auch nichts, daß Betriebe bei Beschäftigung eines Behinderten reichlich Gelder zugesteckt bekommen: zwischen 6 000 und 18 000 DM Lohnzuschuß pro Einstellung. Auch über die zur Verhinderung der Schwerbehinderten-Arbeitslosigkeit über die zur Verhinderung der Schwerbehinderten-Arbeitslosigkeit geschaffenen Gesetze gehen die Kapitalisten mit einem müden Lächeln hinweg.

Jeder private oder öffentliche „Arbeitgeber“ der BRD mit mehr als 15 Arbeitsplätzen ist verpflichtet, 6% davon mit Schwerbehinderten zu besetzen oder monatlich für jeden nicht besetzten Platz eine Ausgleichsabgabe von 100 DM zu bezahlen. Und es wird gezahlt, allein 240 (!) Millionen DM im letzten Jahr.

Damit soll es jetzt ein Ende haben: Einige Kapitalisten machten letztes Jahr eine Eingabe beim Bundesverfassungsgericht, um prüfen zu lassen, ob die Abgabe überhaupt verfassungskonform ist. Karlsruhe entscheidet aber frühestens Mitte nächsten Jahres, ob der Vorwurf, mit Pflichtbeschäftigung und Ausgleichsabgabe sei die „verfassungsmäßig garantierte unternehmerische Freiheit“ beschränkt, gerechtfertigt ist. Bis dahin bezahlen auf Anraten der Unternehmensverbände immer weniger Betriebe die Ausgleichsabgabe! Allein in Hessen sind bereits etwa die Hälfte der zahlungspflichtigen Unternehmer dem Aufruf ihres Verbandes gefolgt. Die einzugsberechtigten Hauptfürsorgestellen stehen diesen Machenschaften bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes untätig und hilflos gegenüber.

Bereits seit längerem war die Ausgleichsabgaberegulation unterhöhlt worden. Unternehmen ließen einfach seit Jahren Beschäftigte mit (beruflichen) Gesundheitsschäden als Schwerbehinderte anerkennen. Bei den Versorgungsämtern liegen derzeit 420 000 Anerkennungsanträge. So werden ohne Neueinstellungen Pflichtplätze besetzt.

Doch die Kapitalisten stehen nicht alleine. Nach Stingl (Präsident der Bundesanstalt für Arbeit) wird auch im öffentlichen Dienst die 6%-Pflichtquote „bei weitem nicht erreicht“ („FR“, 16.11.79).

Die 60er Jahre erreichen nun auch das Gesundheitswesen ...

Gesundheitstag, 14. - 18. Mai 1980 in West-Berlin

„Der Arzt wäscht seine Hände, bevor er beginnt, alle Geräte sind blank, doch alles hilft nichts. Die Gesellschaft selber ist schmutzig und krank. Sie in erster Linie bedarf klinischer Aufmerksamkeit und Planung.“ (E. Bloch, aus: Prinzip Hoffnung)

Wenn im lauen Maien die Minderheit der Standesfürsten der Ärzteschaft ihre Anhänger wieder zum Ärztetag bittet – es wird der 83. Deutsche sein – , so werden sich die (meist) Herren an schrille Untertöne „adaptieren“ müssen: der GESUNDHEITSTAG aller derjenigen, die mit der Medizin zu tun haben (oder es müssen oder wollen), wird dem Ärztetag als politischer Kontrapunkt entgegengesetzt sein.

Gesundheitstag deshalb, weil die Medizin ja nicht eigentlich für die Ärzteschaft und die Pharmaindustrie geschaffen wurde (obwohl man und vor allem frau auf Ärzteverbandsstagen u.ä. ja oft diesen Eindruck mitnehmen kann!), sondern weil wir in das Zentrum unseres Bemühens die GESUNDHEIT jedes Individuums stellen wollen.

Vom 14. bis 18. Mai 1980 soll beides, Ärztetag und Gesundheitstag in West-Berlin ablaufen, und es sieht dieses Mal schon so aus, als ob die Kritiker, die Oppositionellen, die Alternativen, die Gegner des § 218 usw. sich selbst ein größeres Forum der Möglichkeiten schaffen werden. Daß der Anstoß zu einem solchen alternativen Gesundheitstag in etwa gleichzeitig mit dem Eintritt vieler kritischer „Geister“ der späten 60er und frühen 70er Jahre in die Arbeit im Gesundheits- und Sozialbereich zusammenfällt, denke ich mir nicht als einen Zufall. Obgleich die relativ starke Struktur der Westberliner linken „Gesundheitszene“ zunächst einmal die Initiative und die praktischen Ideen für einen solchen GESUNDHEITSTAG aufbrachten, so haben doch schon viele Gruppen und Projekte in Westdeutschland ihre Beteiligung zugesagt und geben dem Gesundheitstag ihre volle Unterstützung: z.B. berichtet der Dr. med. Mabuse, die wohl auflagenstärkste kritische Zeitung im Gesundheitswesen, in seiner neuen Nummer über die Vorbereitungen, auf ihrer Jahrestagung kürzlich in Freiburg ließ die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) Aufrufe zur Teilnahme und Mitarbeit auslegen, Projekte wie me-

dico international und Werkstattgruppen bereiten thematisch in ihrem Arbeitsbereich liegende Veranstaltungen vor, PRO FAMILIA und das Feministische Frauengesundheitszentrum Berlin sowie etwa 20 weitere Gruppen, sogar aus Wien und Zürich (!), wollen mitmachen.

Im bisher verteilten (blauen) Werbeheftchen heißt es, daß der GESUNDHEITSTAG „... die beste-hende Gesundheitskrise benennen, ihre Ursachen aufzeigen, Ansätze und Vorstellungen ihrer Überwindung diskutieren und die Opposition gegen die herrschende Medizin und Gesundheitspolitik zusammenführen“ solle. Deshalb geht der „Aufruf zur Mitarbeit und Teilnahme am Gesundheitstag 1980“ (Titel des Werbeheftchens) eben nicht an Delegierte oder etwa nur an den Ärztestand wie beim Ärztetag, sondern an alle Kollegen, Studenten und Schüler im Gesundheitswesen. „Der Gesundheitstag will den Pflegeberufen, den Ärzten, den Psychologen, den Sozialberufen und allen interessierten Leuten, die wissenschaftlich arbeiten, irgendwo praktizieren und studieren, allen, die denken und handeln wollen, ein breites Forum der Auseinandersetzung und des Kennenlernens bieten.“

Als Vorschlag für die Schwerpunktsetzung des GESUNDHEITSTAGES wurde der neu entbrannte Kampf um den § 218 aufgebracht – in der jetzigen Situation, wo Beratungsstellen als Mordfabriken diffamiert werden (z.B. wurde die Bremer PRO FAMILIA-Beratungsstelle durch den Präsidenten der Bundesärztekammer Karsten Vilmar, der auch Präsident des Deutschen Ärztes in Berlin sein wird, verunglimpft, sie würde „die Tötung menschlichen Lebens der Lösung sozialer Probleme“ vorziehen!), in dieser Situation können wir den Ärztefunktionären jedenfalls nichts Deutlicheres als die Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen und nach freiwilligem Beratungsangebot entgegensetzen.

Arbeitsgruppen wollen sich mit dem Modell des ambulanten Schwangerschaftsabbruches (d.h. ohne Krankenhausaufenthalt), mit Verhütung und Sexualität, mit den Prostaglandin-Menschenversuchen der Pharma-Konzerne (Schering liegt ja vor der Haustür des Gesundheitstages in Berlin!) befassen.

Neben der Thematik Frauen und Medizin soll natürlich alles andere an

Themen möglich sein: Medizin in der Dritten Welt (Stichwort: Export unseres Gesundheitswesens?), Arbeit im Krankenhaus: Resignation oder Widerstand?, Krise der Gesundheitsversorgung usw.

Dazu wollen die Initiator/inn/en aber kein festes Programm organisieren, sondern mit dem „Appell an Phantasie und Kreativität in Theorie und Praxis“ rufen sie alle Mutigen auf, sich zu melden, so unter dem Motto: „Ich habe da eine Idee ...“, „Ich moderiere eine Arbeitsgruppe zu dem Thema ...“ – der GESUNDHEITSTAG eben als „Organisation ohne Zwang“, wie's im Aufruf heißt.

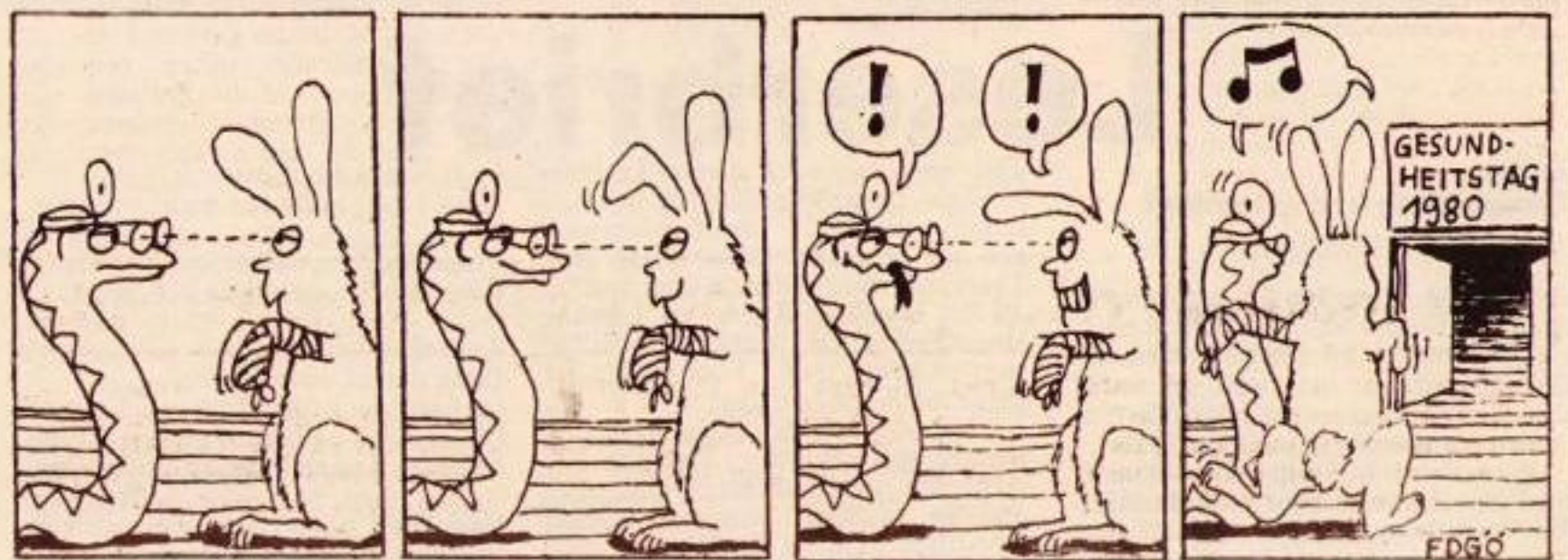
Bis zum Ende November (also bald!) sollte alles an den Koordinationskreis c/o Medizinisches Informations und Kommunikationszentrum Gesundheitsladen Berlin e.V. Kantstr. 148 1000 Berlin 12 Tel.: 030/317076

geschickt werden, damit aus den Angeboten und Vorschlägen ein vorläufiges Programm zusammengestellt werden kann. Anmeldungen und Spenden (die Kosten wurden erst einmal auf 30.000 DM geschätzt) gehen an dieselbe Adresse.

Ein besonderes Kapitel zur Kritik der herrschenden Medizin(er) ist wohl die geplante Ausstellung über die Medizin im Faschismus und den „vergessenen Tendenzen der zwanziger Jahre“ – ein Thema, das auch in meiner Ausbildung vollständig tabuisiert worden ist. Das müssen wir uns mühselig wieder aneignen – so lernte ich kürzlich erst mehr über die Polikliniken der 20er Jahre, von Ärztestreiks und Kämpfen mit den Krankenkassen, die in Demos auf den Straßen Berlins und anderswo ausgetragen wurden. Ähnlich wichtig ist der Skandal der frucht- und furchtbaren Zusammenarbeit der deutschen Psychiater mit den Nationalsozialisten: hierzu brachten das Memorandum der DGSP „Holocaust und die Psychiatrie“ vom 1. September 1979 und der Dr. med. Mabuse (Nr. 12) „Psychiatrie und Faschismus“ neue Anstöße zur dringenden Diskussion.

Projektweise, Kultur, Film, Kabarett, Sing- und Theatergruppen: das soll's selbstverständlich auch alles geben – für wenig Konsumenten, mit vielen Teilnehmenden.

U., Freiburg



Hessenklinik Friedberg:

Narkosearzt verurteilt

Der Chefanästhesist des Kreiskrankenhauses Friedberg, Dr. Haag wurde am 16.11.79 wegen fahrlässiger Tötung in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten und einer Geldbuße von 10.000 DM verurteilt. Das Friedberger Schöffengericht gelangte zu der Auffassung, daß der Narkosearzt den Tod des fünfjährigen Björn Billasch schuldhaft verursacht hat. Der Junge war nach einer unkomplizierten Mandeloperation nach einer zweiten Narkose – eingeleitet von Haag – am eigenen Blut erstickt. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß Björn nahezu 70% seines Blutes verloren hatte, indem er zwei Nierenschalen voller Blut erbrach. Dr. Haag versäumte es, die dringend notwendige Bluttransfusion anzulegen und das Blut aus der vollaufgelassenen Lunge abzusaugen.

Das Gericht warf auch dem Hals-Nasen-Ohren Arzt Bader als Operateur ein Mitverschulden am Tod des Kindes vor. Er hätte die aufgetre-

ten Atemstörungen erkannt und hätte sich über das Ausmaß der Blutungen erkundigen müssen („FR“, 19.11.79).

Dr. Bader war im Januar an die Öffentlichkeit getreten, um auf Mißstände besonders in der Anästhesieabteilung der Klinik hinzuweisen. In diesem Zusammenhang war Dr. Bader vom Kreisausschuß fristlos gekündigt worden, mußte aber auf Beschluß des Landgerichts Gießen wieder eingestellt werden („Hamburger Abendblatt“, 12.2.79). Jetzt will die Staatsanwaltschaft prüfen, ob gegen ihn ein Verfahren wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung angestrengt wird.

Auch der Anwalt des Nebenklägers Uwe Billasch erhob schwere Vorwürfe gegen den Operateur Bader, der allein am Vormittag des 8. Januar 1979, als Björn Billasch starb, 14 Operationen vorgenommen haben soll. Gleichzeitig wunderte er sich, daß der Kreisausschuß als Kranken-

haustäger „solch ein Team duldet, das im Kompetenzstreit lag“ („FR“, 19.11.79).

Die Patienten von Friedberg und Umgebung haben inzwischen auf ihre Weise auf die Qualität der medizinischen Versorgung der Hessenklinik reagiert: In der HNO-Abteilung sanken die Belegungszahlen um 46%. „Zurückgegangen sind auch die Belegungsquoten der Gynäkologischen Abteilung, nachdem ebenfalls im Januar dieses Jahres die Bad Nauheimerin Barbara Seidel nach nahezu fünf Tage andauernden Versuchen, die abgestorbene Leibesfrucht auf konservativem Weg zu entfernen, verstorben war. Wie hierzu der leitende Oberstaatsanwalt Isbrand Kapfer (Gießen) gestern bestätigte, wurde auch in diesem Fall Anklage wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen den Belegarzt der Hessenklinik, Dr. Heinz Jantzen (44) erhoben“ („FR“, 19.11.79).

Gesundheitskommission

Neues Betäubungsmittelgesetz sieht schärfere Kriminalisierung Drogenabhängiger vor

Als Folge des zunehmenden Drucks auf Jugendliche, wie wachsende Jugendarbeitslosigkeit, Schulstress und fehlende Freizeitmöglichkeiten, also Einengung und Perspektivlosigkeit in allen Lebensbereichen, flüchten sich immer mehr und auch immer jüngere Menschen in Drogen. Neben dem Alkohol- und Tablettenkonsum wächst auch der Heroinverbrauch in erschreckendem Ausmaß und Folgen an.

So sind allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 447 Menschen durch Drogen ums Leben gekommen. Das sind jetzt schon mehr als 1978, offiziell wurden für dieses Jahr 430 Drogentote angegeben („TAZ“, 19.10.79). Vergleicht man die heutigen Zahlen mit denen vergangener Jahre, so wird das Ausmaß dieses Problems erst in seiner ganzen Tragweite deutlich: waren es 1970 noch 29 Drogentote, dann 1975 schon 194, so muß in diesem Jahr mit ca. 600 Drogentoten gerechnet werden. Die Zahl der registrierten Drogenabhängigen beträgt heute 40 000, darunter mindestens 16 000 Kinder, Heranwachsende und Jugendliche. Wenn man die „Dunkelziffer“ mit berücksichtigt, sind es wohl tatsächlich mindestens doppelt so viele („Spiegel“, 27.8.).

Die Reaktion von Seiten der Bundesregierung auf die sich schon Anfang der siebziger Jahre abzeichnende Drogenwelle, war 1972 eine Verschärfung des Betäubungsmittelgesetzes. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Großdealer, die selbst nicht süchtig sind, bestraft werden sollten, die kleinen Konsumenten jedoch die Möglichkeit erhalten, in Therapie zu gehen. Damals bekamen denn auch mehr als 100 Initiativen finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln für beratende und therapeutische Maßnahmen für Drogenabhängige.

In den letzten Jahren jedoch wurde die Arbeit der Initiativen im Drogenbereich vom Staat sowohl durch finanzielle Einsparungen, als auch durch politische Auflagen immer mehr reglementiert und behindert. Das drastischste Beispiel dafür sind die sog. „Mindestkriterien“, nach denen von den Therapieeinrichtungen verlangt wurde, Daten über ihre Klienten an den Staat weiterzugeben. Eine Forderung, die das so wichtige Vertrauensverhältnis zwischen den in der Drogenarbeit Tätigen und den Drogenabhängigen zwangsläufig zerstören mußte und eine erhebliche Behinderung der Arbeit in diesem Bereich darstellt. Ferner möchten wir noch einmal auf die Auseinandersetzungen um die „Free Clinic“ in Heidelberg, die Zerschlagung des „Therapiezentrum Altona“ (Hamburg) und den Polizei-

überfall auf die Drogenberatungsstelle in Aachen hinweisen, die wohl die bekanntesten Beispiele für die immer repressivere Politik des Staates im Drogenbereich darstellen.

Gleichzeitig wurde die Strafverfolgung und Kriminalisierung der Drogenabhängigen in erschreckendem Maße vorangetrieben. So sind beispielsweise in Hessen schon heute die Hälfte der weiblichen und 40% der männlichen Untersuchungsgefangenen Drogenabhängige („Spiegel“, 27.8.). Mit aufwendigen Razzien wurde die „Szene“ zerschlagen, einschlägige Lokale wurden geschlossen. Das Bundesland Hessen hat hier an „Gründlichkeit“ bislang die Vorreiterrolle. Gemeinsam mit der amerikanischen Militärpolizei wurden in den Monaten August und September 47 Razzien großen Stils durchgeführt („FR“, 20.9.). Dieses harte Vorgehen führt bei den Süchtigen dazu, daß sie immer mehr in die Illegalität gedrängt werden und so beispielsweise für Drogenberater auch immer schwerer erreichbar sind. Von daher hat dieses harte Vorgehen genau das zur Folge, was es eigentlich nicht bezwecken soll: die Zahl der Drogentoten nimmt von Jahr zu Jahr zu!

Diese harte Linie will die Bundesregierung gesetzlich absichern und weiter ausbauen. Unter dem Stichwort, daß „die Rauschgiftbekämpfung neben der Terrorismusbekämpfung gleichermaßen ein Schwerpunkt im Bereich der inneren Sicherheit ist“ („TAZ“, 19.10.), soll jetzt der Polizeiapparat auch im Drogenbereich noch mehr ausgebaut werden. Mit solchen Worten und entsprechenden Taten soll einer zu recht beunruhigten Öffentlichkeit vorgegaukelt werden, daß der Staat den Ernst des Drogenproblems erkannt hat und handelt. Verdeckt wird damit, daß über die Ursachen dieses Problems überhaupt nicht diskutiert wird, und es zeigt sich auch ganz deutlich, daß die Aktivitäten nur aus der Ecke staatlicher Repression zu erwarten sind. Ganz deutlich wird dies bei der Diskussion um eine erneute Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BTMG), wo mit derselben Begründung wie 1972 – die Großdealer zu fassen und die Konsumenten mit Milde zu behandeln – eine weitere Verschärfung präsentiert wird, die in erster Linie die Drogenabhängigen selbst trifft.

Der Maßnahmenkatalog

Am 17.10.79 stellte Innenminister Baum dem Innenausschuß einen Maßnahmenkatalog vor, der in vielen Punkten den Vorstellungen gleicht, die BKA-Chef Herold schon im August äußerte („Spiegel“, 27.8.). Es sollen z.B.

- die mit Rauschgiftbekämpfung befaßten BKA-Beamten von derzeit 54 bis 1980 auf 100 aufgestockt werden („TAZ“, 19.10.);
- beim Datensystem „Pios“ neben der Abteilung Terrorismus, jetzt auch ein umfangreiches Informationssystem „Rauschgift“ ausgebaut werden („Neue“, 18.10.); bislang hat der Pios-Computer ohnehin schon 37 000 Daten über Drogentaten und -täter gespeichert („Spiegel“, 27.8.) (und das sollen wohl alle Daten über die großen Dealer sein?);
- die Beamten des Bundesgrenzschutz auch ohne konkreten Tatverdacht die Möglichkeit haben, Personen und Gepäck „unter bestimmten Voraussetzungen“ (?) nach Rauschgift zu durchsuchen („Neue“, 18.10.).

Das neue Betäubungsmittelgesetz – Therapie im Drogenknaus

Das Kernstück der staatlichen Drogenpolitik ist das neue BTMG, das am 31.10. in erster Lesung vom Bundestag verabschiedet wurde. Diese erneute Verschärfung wird in der Öffentlichkeit recht erfolgreich als Liberalisierung verkauft: „Therapie statt Strafe“ („FR“, 1.11.) und „Drogenkranke sollen straffrei ausgehen“ („FR“, 8.9.) lauten beispielsweise die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse.

Tatsache ist jedoch, daß die Strafandrohung insgesamt heraufgesetzt wird. Bei einem therapiewilligen Angeklagten soll das Gericht in Zukunft nur einen Schuldspruch und keine Strafzumessung verhängen. Wird die Therapie erfolgreich abgeschlossen, kann von einer Bestrafung abgesehen werden. Nun liegt es ja nicht nur am Drogenabhängigen individuell, ob er die Therapie (Dauer: 18 Monate) und dann noch erfolgreich durchhält. Die Erfahrung zeigt, daß es häufig erst nach mehreren Anläufen klappt. Bisher war die Rechtsprechung so, daß von einigen Richtern noch Bewährung, mit der Auflage, sich in eine Therapie zu begeben, ausgesprochen wurde. Wenn dann die Therapie abgebrochen wurde, gab es immer noch die Möglichkeit, daß der Bewährungshelfer eine Aufrechterhaltung der Bewährung erreichte. Diese Möglichkeit kann es nach dem neuen Gesetz nicht mehr geben.

Darüberhinaus wird durch das Gesetz gar nicht deutlich, was denn unter Therapie verstanden wird. Fakt ist z.B., daß von verschiedenen Bundesländern Kästen (z.B. Parsberg in Bayern) gesondert für Drogenabhängige gebaut wurden. Zum einen soll damit die angebliche „Ansteckungsgefahr“ durch Drogenabhängige eingedämmt werden, und zum anderen



wird so durch die Einstellung von ein paar Sozialarbeitern und Psychologen blitzschnell ein „Behandlungsvollzug“ aus dem Ärmel gezaubert. Sollen wir darunter etwa „Therapie“ verstehen?

Weiterhin sieht der neue Gesetzesentwurf vor:

- Heraufsetzung der Höchststrafe bei „Leichten“ Verstößen von 3 auf 5 Jahre, in schweren Fällen Heraufsetzung der Mindeststrafe auf ein Jahr und der Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre;
- Einführung des Kronzeugenprinzips, d.h. Versprechen von Strafmilderung gegenüber Konsumenten, die ihresgleichen denunzieren;
- die „öffentliche Verherrlichung von Betäubungsmitteln“, bislang Ordnungswidrigkeit, kann nach dem neuen Entwurf mit bis zu 3 Jahren Gefängnis bestraft werden (Beispielsweise könnte auch die Befürwortung der Legalisierung von Haschisch so gewertet werden).

Gewissen Kreisen, wie CDU und Richterbund, ist dieses Vorgehen allerdings immer noch nicht scharf genug. So legte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Spranger, einen neuen BTMG-Entwurf vor, in dem sich die CDU/CSU dafür einsetzt, daß, nur wenn ein Drogenabhängiger zur Aufdeckung oder Verhinderung einer Straftat beiträgt, Strafmilderung oder Strafvorbehalt möglich sein soll („FR“, 24.10.). Der Deutsche Richterbund begrüßte zwar die Heraufsetzung der Höchststrafe von zehn auf fünfzehn Jahre, forderte jedoch in einer Presseerklärung die Einführung von lebenslangen Freiheitsstrafen in besonders schweren Fällen. Und das mit der absurden Begründung, „die Abschreckungswirkung einer zeitlich begrenzten Freiheitsstrafe sei wahrscheinlich zu gering“ („TAZ“, 31.10.).

Die Therapeutischen Einrichtungen beginnen sich zu wehren

Am 26.10.79 verabschiedete das Treffen der „Arbeitsgemeinschaft Nord“, der die Therapieeinrichtungen Hamburgs, Westberlins und Niedersachsens angehören, eine Resolution gegen das neue Betäubungsmittelgesetz.

In dieser Resolution heißt es u.a.: „Im Zusammenhang mit der bekannten Situation in den von Drogenabhängigen überquellenden Strafanstalten, den geplanten und zum Teil schon arbeitenden Sonderstrafanstalten für Drogenabhängige, den Verschärfungen in anderen Bereichen der Sozialarbeit (s. Jugendhilfegesetz, Jugendpolizei, Psychotherapeutengesetz) sprechen wir, die Unterzeichnenden, uns für eine Entkriminalisierung der Abhängigen (Therapie statt Strafe) aus und wenden uns mit dieser Stellungnahme entschieden gegen alle bisher vorliegenden BTMG-Entwürfe und deren abzusehende Folgen sowie die jetzige Gerichtspraxis auf der Grundlage des geltenden Betäubungsmittelgesetzes.“

Wir halten solche Initiativen für außerordentlich wichtig, nicht nur, weil wir uns gegen jeden Versuch aussprechen, Menschen, die durch dieses Gesellschaftssystem in soziale Schwierigkeiten geraten, zu kriminalisieren. Die Entwicklung seit 1972, als das BTMG verstarft wurde, hat ganz klar gezeigt, daß von Jahr zu Jahr mehr Drogentote zu beklagen waren. Eine neuerliche Verschärfung dieses Gesetzes wird im wahrsten Sinne des Wortes für noch mehr jugendliche Drogenabhängige tödlich sein.

Gesundheitskommission

Leserbrief

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe AK-Redaktion!

Ich war jahrelang im KB organisiert. Manchmal sehr aktiv, manchmal eher zurückgezogen, bis ich dann schließlich ausgetreten bin, weil ich mich den Anforderungen der organisierten Arbeit nicht mehr gewachsen fühlte.

Nun, jetzt bin ich AK-Abonnent und lese ihn auch relativ regelmäßig. Mir ist dabei aufgefallen, daß auf der Seite „Wie geht's uns denn?“ (sofern sie überhaupt vorhanden ist) ziemlich viel Mißstände aufgezeigt werden, gerade auch im Bereich der Behandlung psychisch kranker Menschen. Das finde ich auch gut, richtig und notwendig. Was mir aber bisher fehlt sind Berichte, die persönlich von psychisch Kranken geschrieben werden.

Psychisch Kranke (Selbstmörder, Selbstmordgefährdete etc.) werden von der Umwelt meistens nicht als solche erkannt, auch in unseren Kreisen nicht. Wenn man/frau sie als solche erkennt, dann ist man/frau hilflos, versucht vielleicht einzugreifen, erreicht auch kurzfristig und oberflächlich Erfolge, denkt dann, dem Kranken geht es wieder besser, weil er sich erneut engagiert, mitmacht, offenbar weniger stark leidet. In einem konkreten Fall hat das so geendet, daß die Frau nun (endlich!) in psychotherapeutischer Behandlung ist. Sie ist inzwischen aber so schwer krank, daß eine Heilung wesentlich schwieriger sein wird, als es vielleicht vor längerer Zeit noch gewesen wäre.

Ich meine nicht, daß Ihr psychisch Kranke einfach irgendwo zu irgendeinem Therapeuten schicken sollt. Aber ich denke, daß es allerhöchste

Zeit wird, sich auch diesem Problem offensiv zu stellen, sich mit Behandlungsformen etc. auseinanderzusetzen, um möglichst einige relativ gute Therapien und Therapeuten ausfindig zu machen, damit den kranken Menschen sofort konkret geholfen werden kann. Denn, Tote nützen der guten Sache nicht mehr!

Und nun im folgenden ein kleiner Beitrag von mir selbst, über den sich möglichst viele von Euch Gedanken machen sollten, vielleicht sogar schriftlich Stellung beziehen, zumindest darüber diskutieren, damit Ihr morgen nicht vielleicht erschreckt feststellt, daß Euer Freund, ein Kollege, ein Genosse sich umgebracht hat und Ihr seit einfach hilflos.

Kennt Ihr mich?

Jahrelang war ich Genossin. Fest organisiert – zuverlässig dabei. Erst passiv, dann engagiert. Wo es etwas aufzubauen gab, ich war dabei – Anerkennung. Ich dachte, ich kann leben, ich dachte, ich bin existent. Aber das war Lüge! Irgendwann kam immer der Punkt, den Ihr selbst (als Gesunde) auch kennt:

Die Luft war raus, ich zog mich zurück. Ihr habt mich gehen lassen! Ihr habt das nicht kritisiert! Ihr habt das nicht hinterfragt! Ihr habt Euch nicht auseinander-gesetzt!

Ich war allein. Ihr habt mich gelassen.

Was liegt Euch an mir?

Ihr habt Euch vielleicht Gedanken gemacht – sicher sogar. Aber, das ist zu wenig!!! Konkrete Hilfe hätte ich gebraucht, und die habt Ihr mir nicht gegeben! Weil Ihr nicht konntet?

Ich weiß das nicht.

Diese Frage müßt Ihr wirklich selbst beantworten.

Eines ist sicher, vielleicht nicht zu spät: Innerlich bin ich schon tot, nicht existent.

Außerlich lebe ich noch, immerhin. Doch das ist mehr Zufall.

Ich hatte noch Glück (oder auch nicht?). Ich habe einen Freund, einen echten. Der kennt seine Grenzen und meine Probleme.

Dem liegt wirklich etwas an mir. Er investiert, obwohl ich ihm immer weniger geben kann.

Er fordert und kritisiert! Er gibt keine Ruhe!

Er zwingt mich zur Therapie, weil er will, daß ich LEBE!

Er setzt sich mit mir auseinander und hilft mir damit.

Das ist gut, denn sonst wäre ich schon tot!

Und eine tote Genossin wird auch im Sozialismus nicht wieder lebendig!

Gu., eine ehemalige Genossin

Gesundheitsbehörde verharmlost Leberentzündung

In einer Schule und in einem Kindergarten in Hamburg-Barmbek sind vier Kinder an Leberentzündung (Hepatitis) erkrankt. Vom zuständigen Schularzt wurde die Gefährlichkeit der Krankheit heruntergespielt: Das sei alles gar nicht so schlimm. Kinder würden diese Krankheit im allgemeinen gut überstehen. Als die Eltern eine Untersuchung aller Kinder der Schule und des Kindergartens forderten, wurde von einem Sprecher der Gesundheitsbehörde auf das Bundesgesundheitsgesetz verwiesen. „das bei Einzelkrankheits-

Landeskrankenhaus Bonn: Klinikleitung abgesetzt

Nach den Enthüllungen über die katastrophalen Mißstände im Landeskrankenhaus Bonn (fünf Todesfälle; über 100 Unfälle; psychisch Kranke wurden tagsüber auf Stühlen gefesselt – s. AK 166, S. 24) und nach der spektakulären Besetzung einer Station durch Mitglieder der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) wurden jetzt erste personelle Konsequenzen gezogen.

Alle drei Fraktionen des Landtagsverbandes Rheinland als Träger der Landeskrankenhäuser forderten die Ablösung des Klinikleiters Prof. Albert Huhn bzw. seitens der FDP der gesamten Klinikleitung. Klinikleiter Huhn, Pflegeleiter Graf und der Verwaltungsdirektor Alfau wurden inzwischen aus der Betriebsleitung ausgeschlossen („Kölner

Rundschau“, 16.11.). Die Parteien waren sich „einig, daß der Klinikleitung Unfähigkeit und grobe Pflichtverletzung vorzuhalten sei.“ Huhn wurde beschimpft, „daß es kein Therapiekonzept und keine Personalplanung gebe; vielmehr seien sogar nach dem Prinzip ‚teile und herrsche‘ funktionierende Mitarbeitergruppen zerschlagen worden.“

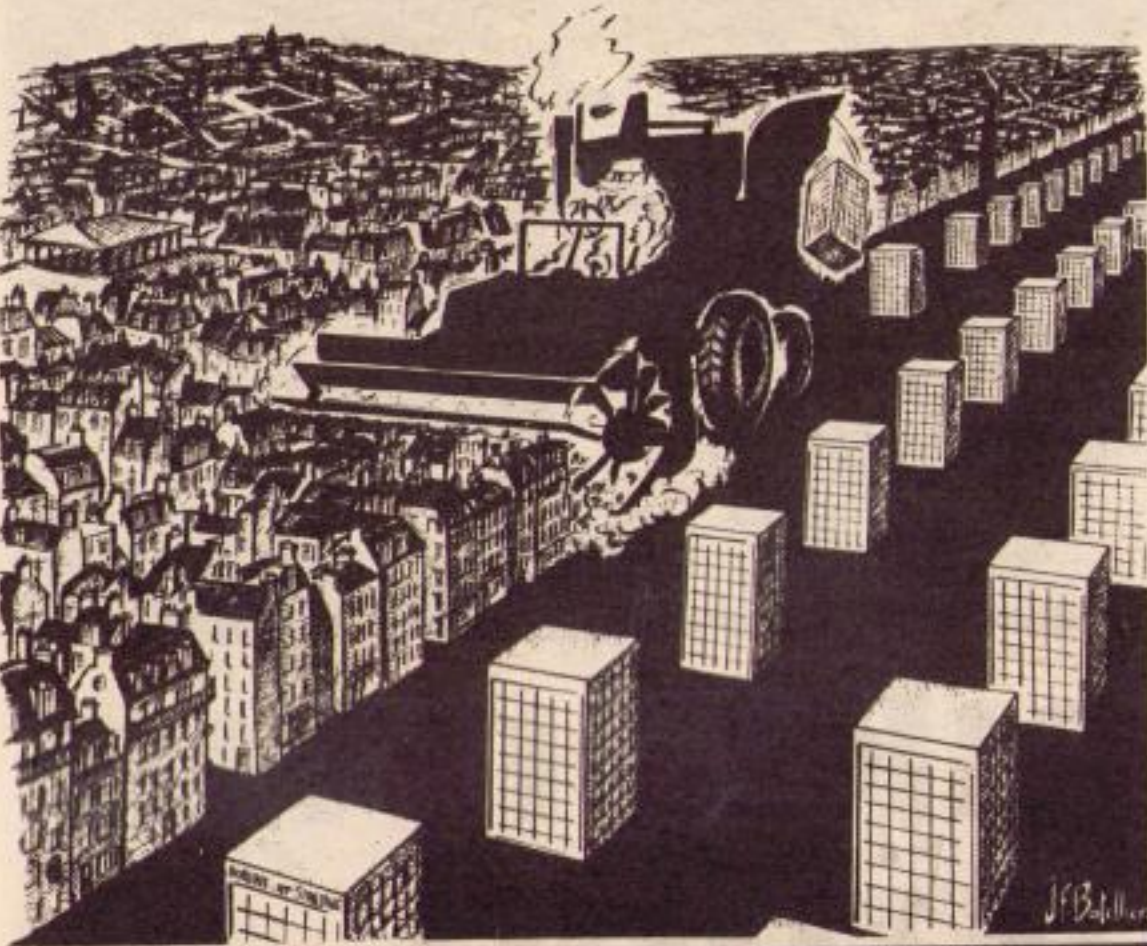
Außerdem wurde durch den Neubau erforderliches Personal nicht eingestellt, obwohl neue Planstellen bereits bewilligt waren. Huhns „Verbesserungsvorschläge“ zur Beseitigung der Mißstände hatten sich auf einen geänderten Urlaubsplan der Mitarbeiter beschränkt ... („FR“, 10.11.79).

Gesundheitskommission

Polizeieinsatz in psychiatrischer Klinik

Im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar (Kreis Limburg-Weilburg) hat die Polizei 4 Patienten „in Gewahrsam“ genommen, nachdem diese, zusammen mit anderen Kranken, Einrichtungsgegenstände aus dem Fenster geworfen haben sollen. Es handelt sich um Suchtkranke, die auf diese Weise ihren Protest gegen ein Ausgehverbot, das die Klinikleitung verhängt hatte, zum Ausdruck brachten. Die Anstaltsleitung hatte daraufhin vier der Patienten von den anderen getrennt in ein anderes Gebäude verlegt. Hier sollen sie versucht haben, ein Fenster aufzubrechen (lt. „FR“, 17.11.).

Gesundheitskommission



Mietkampf

Hausbesetzungen gehen weiter



Dieses Haus in der Löwenstraße in Offenbach soll nicht unter die Spitzhacke kommen. Deshalb wurde es besetzt.

Nach den Hausbestzungen in Düsseldorf, Köln, Bremen und Göttingen

nen." Die Studenten fordern, daß die seit Monaten leerstehenden Wohn-

Nach den Hausbestzungen in Düsseldorf, Köln, Bremen und Göttingen (wir berichteten darüber) liegen uns jetzt Meldungen über ähnliche Aktionen aus Offenbach, Stuttgart und Frankfurt vor. Offensichtlich schlägt sich die immer drückender werdende Wohnungsnot in der wachsenden Bereitschaft nieder, den erforderlichen Wohnraum notfalls auf „eigene Faust“ zu besorgen. Zur Zeit werden diese Aktionen in erster Linie von Studenten getragen, die auf Grund ihrer finanziellen Lage besonders hart vom Wohnraumangel betroffen sind und über vergleichsweise günstige politische Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten verfügen.

Frankfurt

Fünfundzwanzig wohnungslose Studenten besetzten am 13.11. die Häuser Bockenheimer Landstr. 140a, 140b und 142. „Die Wohnungsnot“, so erklärten die Besetzer im Einvernehmen mit dem Allgemeinen Studentenausschuß der Presse, „hat einen Stand erreicht, der nach mehr ruft, als nach Resolutio-

nen.“ Die Studenten fordern, daß die seit Monaten leerstehenden Wohnungen „Mietverträge und annehmbare Mieten (15% vom Bafög)“ ausgehandelt werden. Der AStA gab seine „Sympathie und Hoffnung auf mannigfaltige Nachahmung“ in einer schriftlichen Erklärung bekannt. Zu eben diesem Zweck hatten die Besetzer eine lange Reihe mit Fotos leerstehender Gebäude an der Hauswand der Bockenheimer Landstr. 142 festgemacht. Universitätspräsident Hartwig Kelm lehnte die Forderungen der Besetzer ab (angeblich seien die Wohnungen schon vergeben) und forderte die Besetzer ultimativ zum Verlassen der Häuser auf. Nachdem seine „Verhandlungen“ bis 16.00 Uhr keinen Erfolg hatte begann die Polizei mit der Räumung. Die Besetzer mußten einzeln rausgetragen werden, nachdem sie auf einem Handzettel die Parole ausgegeben hatten: „Eine Räumung läßt sich derzeit nicht mit 'militärischen' Mitteln verhindern. Wir leben nicht in 'Hochzeiten des Häuserkampfes'“. („FR“ 15.11.79)

Dringende Bitte der Wohnungskommission

Die bestehende Wohnungsnot und die staatliche Wohnungspolitik, die auf eine Zementierung des Wohnraumangels hinausläuft (siehe AK 160, S.14) scheint zu einem Neuaufflammen der Wohnungskämpfe, speziell der Hausbesetzungen zu führen. Nach Düsseldorf und Köln (siehe die beiden letzten AK's) sind nun auch in Offenbach und Stuttgart Häuser besetzt worden. In vielen Universitätsstädten ist es in den letzten Wochen zu öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen gegen die Wohnungsmisere gekommen. Die Wohnungskommission bittet alle AK-Leser, über solche Ereignisse eigene Berichte, bzw. Artikel aus der Lokal- und Alternativpresse an die AK-Redaktion zu senden!

FDP contra Mieter

Einen neuerlichen Vorstoß unternimmt die FDP um eine „wohnungspolitische Katastrophe“ zu verhindern. Mit 11 Thesen will sie den „verkrusteten Wohnungsmarkt“ aufbrechen. Diese nicht neuen Vorschläge der FDP sehen im Einzelnen vor:

- weniger Belastungen für Hausbesitzer durch Steuern, Gebühren und Abgaben,
- Abbau der letzten Mieterschutzbestimmungen,
- Wegfall von Mietobergrenzen,
- Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau, und Überführung der Sozialwohnungen in freie Wohnungen, denn „die Mieter müssen einen marktgerechten Preis für die Wohnung zahlen“ (Neue, 17. 11.79),
- Unterstützung bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Daß die FDP selbst bei knapper werdendem Grund und Boden am Prinzip der Marktwirtschaft festhalten will, versteht sich von selbst. Es ist nur konsequent, wenn der wohnungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Gattermann schlußfolgert, daß eine solche Wohnungspolitik besser mit der CDU als mit der SPD möglich sei.

Wohnungskommission

Offenbach. Eine Gruppe von rund 25 jungen Leuten hat im Westend ein seit Monaten leerstehendes Haus mit 25 Wohnungen besetzt. Nach den Plänen des Besitzers soll das Haus abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. In einem Flugblatt begründen die Hausbesetzer ihre Aktion u.a. damit, daß es für Wohngemeinschaften immer schwieriger wird, ausreichend große Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu finden. Nach Angaben eines Polizeisprechers wollen die Besetzer mit dem Hausbesitzer einen Mietvertrag über zwei Jahre aushandeln und die Wohnungen in Eigenregie renovieren. Die Polizei hat sich bisher zurückgehalten, da der Hausbesitzer keine Anzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt hat. („FR“, 17.10.79)

Stuttgart. Ende Oktober besetzten 6 der 34.000 in Stuttgart Wohnungssuchenden ein seit Jahren leerstehendes Wohnhaus, das ursprünglich einmal zugunsten eines Supermarktes abgerissen werden sollte. Obwohl seit zwei Jahren klar war, daß das Neubauprojekt aufgrund von Bürgerprotesten nicht in der ursprünglich geplanten Form gebaut wird und der Hausabriß nicht mehr notwendig war, wurde vom Besitzer nichts in Richtung Renovierung und Neuvermietung unternommen. Eine vor

war, wurde vom Besitzer nichts in Richtung Renovierung und Neuvermietung unternommen. Eine vor zwei Jahren von der sog. „Arbeiter-selbsthilfe“ Stuttgart gestellte Anzeige wegen Zweckentfremdung von Wohnraum blieb ohne Folgen...

Leider sind die Besetzer inzwischen aufgrund der zweifelhaften Zusage des Besitzers, das Haus jetzt doch zu renovieren, wieder ausgezogen.

Allerdings hat die „Arbeiter-selbsthilfe“ (die übrigens mit der Hausbesetzung nicht in Verbindung gebracht werden will) auf ihrer Suche nach Wohnraum für Obdachlose viele leerstehende Häuser in Stuttgart entdeckt und die Adressen auf einer Veranstaltung bekanntgegeben... (Nach „taz“, 6.11.79)

Wohnungskommission

Mieterhöhungen in 5 Mio. Haushalten

Es klingt harmlos: Die Bundesbank erhöhte den Diskont- und Lombardsatz am 30.10. (FR, 5.11.79). Betroffen sind 5 Millionen Haushalte, meinte übereinstimmend der Deutsche Mieterbund und der Haus- und Grundeigentümerverband. Die Erhöhung des Diskont- und Lombardsatzes verteuert Hypothekenzinsen und Privatkredite, die wiederum Mieterhöhungen zur Folge haben. Die Verteuerung der Darlehen wird der Haus- und Grundbesitzer voll auf die Mieter umlegen. Der Mieter wird hilflos dastehen, sagt der Mieterbund, weil er die komplizierten Berechnungsformeln der Zinserhöhungen nur schwer nachvollziehen kann. Er befürchtet zu Recht, daß die Haus- und Grundbesitzer pauschal die Mieten erhöhen.

Wohnungskommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Neumünster
Angelika Schuknecht
Postlagerkarte A 023573
2350 Neumünster

Oetholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinststraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonabend Bäckerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str. Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh. H. Heine, Viehofer Pl. 8 und Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstraße 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Anders Buchladen“
c/o KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck
Postfach 2413
83 Landshut
Verkauf jeden Sa. 10 - 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach AK-Erscheinen, Alte Mensa

Betrieb und Gewerkschaft



15.000 Lehrer streikten für Arbeitszeitverkürzung

Mit erstmals in größerem Umfang durchgeführten kurzfristigen Streiks haben die in der GEW organisierten Lehrer ihrer Forderung nach einer Senkung der Unterrichtsverpflichtung Nachdruck verliehen. Ein für die Lehrer neues Kampfmittel wurde erprobt und es dürfte der Gewerkschaftsführung einigermaßen schwerfallen, den Kollegen einzureden, daß hiermit nicht der richtige Weg beschritten wird – obwohl die Behörden mit Disziplinierungen und die gesamte bürgerliche Presse mit einer ungezügelter Hetze nicht gespart haben. Nachfolgend ein kurzer Überblick über die gelaufenen Aktionen und die darauf erfolgten Reaktionen.

15.000 Lehrer im Streik

Die beste Beteiligung an der zweitägigen Arbeitsniederlegung gab es in Hamburg, wo sich ca. 5.000 Lehrer während der Unterrichtszeit im Audi-Max zu einer kämpferischen Kundgebung versammelten. Ca. 1/3 der Hamburger Lehrer waren damit dem Aufruf der Gewerkschaft und nicht den Einschüchterungen der Schulbehörde gefolgt. An den Gesamtschulen streikte sogar jeder zweite Kollege. An einigen Schulen traten Schüler in einen Solidaritätsstreik, anderswo wurden Schülerversammlungen organisiert.

In Niedersachsen, wo zuvor 5400 Lehrer schriftlich ihre Beteiligung an der Aktion zugesagt hatten, beteiligten sich letztlich 4.200 Kollegen an der Arbeitsniederlegung. Diese geringere Beteiligung liegt wohl vor allem am Vorgehen der niedersächsischen Landesregierung, die mit der Suspendierung von sieben GEW-Vorstandsmitgliedern die Aktion von vornherein illegalisiert hatte. Kultusminister Remmers besaß dann noch

Aktionen, mit denen die Lehrer auf das Problem ihrer Arbeitszeit aufmerksam machten. Besonders hervorzuheben ist hier die Demonstration am 15.11. in Celle, die ganz im Zeichen des Protestes gegen die Suspendierung von Mitgliedern des GEW-Landesvorstands stand. Hier beteiligten sich ca. 10.000 Lehrer und Schüler aus allen Teilen Niedersachsens sowie Kollegen aus Bremen und Hamburg.

In Herne (NRW) und Neumünster (Schleswig-Holstein) gab es Saalveranstaltungen, die gut besucht waren. In Neumünster erlaubte sich die GEW-Führung die Provokation, den Kultusminister Bendixen reden zu lassen, was bei den ca. 2.000 Kollegen lautstarke Mißfallensäußerungen hervorrief. Angesichts derartiger Mobilisierungszahlen fällt es kraß ab, wenn bei der in Westberlin durchgeführten Aktion „Jetzt soll der Senator selbst korrigieren“ beim Schulsenator nur ca. 300 Kollegen zusammenkamen. Daß trotz kurzer Vorbereitungszeit noch 400 unkorrigierte Arbeiten zusammenkamen, die dem Senator übergeben werden sollten, liegt wohl an der turbulenten Entwicklung der Dinge in Westdeutschland, denn große Zustimmung zu der Aktion gab es nicht.

Zum Abschluß dieser Aktionswoche fand dann noch am 17.11. in München eine Demonstration statt, an der sich ca. 5.000 Kollegen beteiligten. Ein hervorragendes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß der Landesverband Bayern der GEW nur 7.700 Mitglieder hat.

Der doppelte Frister

Kämpferischer Hauptredner auf den meisten Kundgebungen (Hamburg,

Streik untersagt. Am Montag, dem 12.11., wurde die GEW vor Gericht dazu gehört und die Anordnung bestätigt. Frister dazu in der „Bild-Zeitung“: „Wir respektieren Gerichtsentscheidungen. Der Beschluß des Verwaltungsgerichts wurde uns aber erst gestern nur telefonisch und so spät übermittelt, daß die Aktion nicht mehr zu stoppen war“ („Bild“, 14.11.). Damit stellt sich Frister gegen den Hamburger Landesverband, der erklärt hatte, trotz des Gerichtsurteils an der Aktion festzuhalten und dies auf einer eindrucksvollen Vertrauensleuteversammlung am Abend des 12.11. einstimmig bestätigte. Interessant auch eine Meldung der „taz“ vom 14.11.: „Der Hauptvorstand der GEW empfiehlt daraufhin dem Landesvorstand, sich an den Gerichtsbeschluß zu halten“. Auch wenn dies kein Beschluß des HV war, so gibt er wohl die Linie wieder, auf der Frister dort argumentierte. Als der Hamburger Landesvorstand sich jedoch uneinsichtig zeigte und auf der Durchführung der Aktion beharrte (andernfalls hätte es auch eine Rebellion der Mitglieder gegeben), zeigte sich Frister als kluger Taktiker und setzte sich an die Spitze der Aktionen, die fortan in der GEW-Führung vereinhaltet nicht mehr als Streik (auch nicht „Demonstrationsstreik“), sondern als Arbeitsniederlegung bezeichnet wurden.

Kultusminister weiter auf hartem Kurs

Hatten die verantwortlichen Politiker schon vor dem 13.11. mit Suspendierungen, Verbotsverfügungen sowie Androhungen von Gehaltskürzungen und Disziplinarverfahren versucht, die Arbeitsniederlegung zu verhindern, so gehen sie jetzt daran, die Strafen zu vollstrecken. Auch die SPD-Kultusminister haben angekündigt, einzelne Lehrer herauszugreifen und exemplarisch als „Rädelführer“ zu bestrafen.

Hamburgs Schulsenator Grolle kündigte „in Einzelfällen disziplinarische Maßnahmen“ („HA“, 14.11.) an; das hessische Kultusministerium gab einen Erlaß heraus, nach dem den beteiligten Lehrern in die Personalakte ein Mißbilligungsvermerk einzutragen sei. Weiter heißt es dort: „Darüber hinaus soll den ‚Rädelführern‘ der Aktion mitgeteilt werden, daß gegen sie Disziplinarverfahren eingeleitet wurden“ („FR“, 15.11.). In Niedersachsen wurden inzwischen auch die Vorsitzenden der GEW-Bezirksverbände zu Anhörungen geladen.

Streikrecht für Beamte!

Neben diesen disziplinarischen Maßnahmen wurde nach dem Streik von Politikern und bürgerlicher Presse auch eine ideologische Kampagne gegen Kampfmaßnahmen der Lehrer gestartet. Hauptargument hierbei ist, daß ein mit „Privilegien“ ausgestatteter Beamter nicht auch noch das Streikrecht beanspruchen dürfe. Beamte hätten diesem Staat zu dienen, was das Streikrecht ausschließen würde.

So heißt es in einem Kommentar des „Hamburger Abendblattes“ (13.11.): „Nur allzu selbstverständlich nehmen manche Beamte die Treuepflicht des Staates ihnen gegenüber hin. So muß denn die Frage statthaft sein, wie sie es mit ihrer Treuepflicht gegenüber dem Staat halten“. Auch die „Frankfurter Rundschau“ kam in ihrem Kommentar zu dem Ergebnis: „Die Kultusminister können gar nichts anderes tun, als gegen streikende Beamte disziplinarisch vorzugehen“ (14.11.). Und der Vorsitzende des Beamtenbundes, Krause, stell-



te fest, „daß die Zahl derer zunähme, die nicht mehr bereit seien, die mit dem Beamtenberuf verbundenen Pflichten zu übernehmen“ („FAZ“, 16.11.).

So oder ähnlich reagierte die gesamte bürgerliche Presse, die damit auch die herrschende Auffassung in den staatstragenden Parteien widerspiegelte. Sie alle reagieren besonders empfindlich, wenn ein Teil der Beamten die Verpflichtung, diesem Staat bedingungslos zu dienen, in Frage stellt. Der Kern des Beamtenrechts ist ja nicht, wie vorzugsweise behauptet wird, die Privilegierung der Beamten, sondern die Verpflichtung auf bedingungslosen Gehorsam und treue Pflichterfüllung gegenüber diesem Staat.

tung auf bedingungslosen Gehorsam und treue Pflichterfüllung gegenüber diesem Staat.

Die Ablehnung des Streikrechts für Beamte reicht dabei von den Rechtsaußen bis hin zu linken Sozialdemokraten, eben allen, die sich diesem Staat besonders verpflichtet fühlen. Schwierig wird es in diesem Konflikt für die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Einerseits sind sie der SPD als regierende und staatstragende Partei verpflichtet, die das Streikrecht ablehnt, andererseits der Masse der Mitglieder, die für sich das gleiche Recht wie alle anderen Gewerkschaften verlangen. Schon in AK 164 haben wir ausführlich darüber berichtet, daß der DGB lange Zeit gegen das Streikrecht für Beamte war. Erst mit der zunehmenden Mobilisierung im öffentlichen Dienst wurde diese Haltung aufgegeben. Vor dem jetzigen Streik unterschied die GEW-Führung zwischen einem Erzwingungs- und einem Demonstrationsstreik. Ersterer sollte nach Meinung Fristers für Beamte verboten sein. Als aber das Hamburger Verwaltungsgericht selbst einen demonstrativen Streik verbot, verpflichtete Frister den Hamburger Landesvorstand darauf, überhaupt nicht mehr von Streik zu sprechen, sondern von einer vorübergehenden Arbeitsniederlegung. Erst nach dieser Zensurmaßnahme stimmte der Hauptvorstand der Streikaktion zu. Der Hamburger Landesvorsitzende, Lemke, hat sich auf diese Regelung eingelassen, ohne der Mitgliedschaft reinen Wein einzuschenken. Noch auf der Vertrauensleuteversammlung am Abend vor dem Streik wurde von ihm eine schon vorbereitete Resolution der Arbeitskampfleitung verändert: statt Streik hieß es jetzt entsprechend Arbeitsniederlegung.

Nun ist es sicherlich nicht entscheidend, wie das Kind genannt wird, sondern daß der Streik/die Arbeitsniederlegung als Kampfmittel

eingesetzt wird. In diesem Fall konnte die Gewerkschaftsführung nicht mehr zurück, da die Mobilisierung schon zu weit fortgeschritten war und die Gefahr bestand, daß sie auch eigenständig von den Kollegen durchgeführt worden wäre. Aber schon die Ankündigung aus dem Hamburger Landesverband, nun auf einen eintägigen Streik im Frühjahr hinzuarbeiten, hat Fristers entschiedenen Widerspruch herausgefordert. Der Kampf um das Streikrecht wird so zu einer entscheidenden Auseinandersetzung sowohl gegen die Regierungen als auch gegen die Gewerkschaftsführung werden.

Forderungen längst nicht erfüllt!

Aber nicht nur in der Frage der Dis-

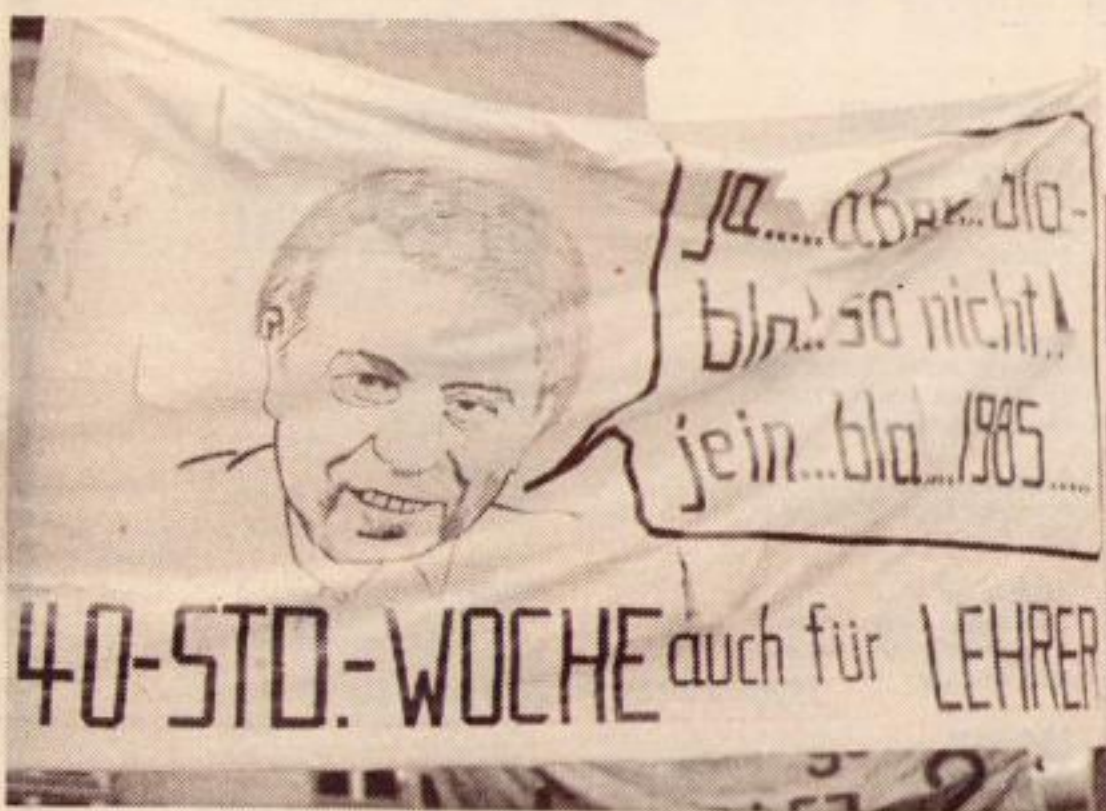
Forderungen längst nicht erfüllt!

Aber nicht nur in der Frage der Disziplinierungen und der Hetze gegen streikende Lehrer, auch in der Frage der Arbeitszeit sind die Kultusminister auf hartem Kurs gegen die Lehrer. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in Celle sehen vor, daß erst ab 1981/82 und nur für bestimmte Lehrergruppen eine Senkung der Pflichtstundenzahl beabsichtigt ist. Für Westberlin, Hamburg und Schleswig-Holstein sehen die Beschlüsse überhaupt keine Verbesserungen vor.

Damit bleiben die Forderungen der GEW gänzlich unerfüllt. Darüber hinaus bleibt den Hamburger Berufsschullehrern die vom Senat längst versprochene Senkung der Stundenzahl weiter vorenthalten und Westberlins Schulsenator Kasch wird sein Versprechen, die Stundenzahl der Grundschullehrer von 26,5 auf 25 Wochenstunden zu senken, wohl nicht einlösen.

Grund genug für die GEW, die Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung fortzusetzen. Ein Schwerpunkt dabei muß gegenwärtig der Kampf gegen die Suspendierung der niedersächsischen Landesvorstandsmitglieder und die sonstigen Disziplinierungen sein, damit die GEW für kommende Auseinandersetzungen gerüstet ist. Bündnispartner wird die GEW nur in der Linken und der radikaldemokratischen Bewegung finden. Gerade in dieser Frage wird absolut deutlich, daß die SPD auf der anderen Seite der Barrikade steht. So konnte sich der Landesparteitag der hessischen SPD am 18.11. nicht zur Unterstützung eines vom GEW-Landesvorsitzenden Harnischfeger vorgelegten Antrags durchringen, der die Protestaktionen der Lehrer begrüßte. Der SPD-Landesparteitag in Hamburg lehnte überhaupt die Befassung mit einem derartigen Antrag ab.

Ein Hamburger Lehrergenosse



die Frechheit, aufgrund dieser geringeren Beteiligung von einem „Schlag ins Wasser“ zu sprechen und zu folgern, „daß die Lehrer wüßten, daß sich ihr Kultusminister besser für ihre Interessen einsetzen würde, als die Scharfmacher von der GEW und anderswo“ („FAZ“, 14.11.79).

In Hessen fand die Arbeitsniederlegung nur in sechs Schwerpunktgebieten statt. Dabei kamen zu mittäglichen Protestkundgebungen in Kassel 1.050, Gießen 850, Darmstadt 1.200, Wiesbaden 500, Hanau 400 und in Frankfurt 2000 Lehrer. Insgesamt beteiligten sich in Hessen also ca. 6.000 Lehrer am Streik.

Neben diesen Lehrerstreiks gab es in dieser Woche eine Reihe weiterer

Herne, Celle, München) war Erich Frister. Er wettete gegen den „Psychoterror“ der Regierung Albrecht und gegen „autoritäre Staatsgesinnung“ der Landesregierung Niedersachsens. Offensiv verteidigte er die Arbeitsniederlegung als „berufsethische Pflicht“ der Lehrer. Was sich hinter verschlossenen Türen abgespielt, hört sich aber ganz anders an. Man kann davon ausgehen, daß Frister noch einen Tag vor der Arbeitsniederlegung, auf der Hauptvorstandssitzung am 12.11., versucht hat, den Streik abzusetzen.

Erinnern wir uns: Am 9.11. hatte der Hamburger Senat beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung erwirkt, die der GEW den

Tarifforderungen für 1980 werden diskutiert

In verschiedenen Betrieben hat die Diskussion um die Lohnforderungen für 1980 begonnen. Hier einige Beispiele:

Thyssen-Aufzüge, Hamburg: Die IGM-VK-Leitung hat in einem Schreiben an die Gewerkschaftsmitglieder ihre Vorstellungen zur Diskussion gestellt:

- mindestens 250 DM Festbetrag für alle
- Wegfall der Lohngruppenschlüssel
- Weg mit den Lohngruppen 2 + 3 (in dem Zusammenhang wird die Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ erhoben)
- Tariflaufzeitverkürzung auf 11 Monate
- eine Teuerungsausgleichsklausel.

Opel, Bochum: Der Sprecherausschuß der IGM-Vertrauensleute fordert 14 % mehr Lohn, mindestens 220 DM für alle.

Mannesmann-Huckingen, Duisburg: Die IGM-Vertrauensleute haben eine Forderung von 12 %, mindestens 200 DM, aufgestellt. Laufzeit: 12 Monate. Für die Auszubildenden werden ebenfalls 12 %, mindestens 66 DM, gefordert. Eine starke Opposition im VK wollte höhere Forderungenaufstellen.

HHLA, Hamburg: Die ÖTV-Vertrauensleute haben eine Forderung von 12 % mehr Lohn und 6-Wochen Urlaub bei den Rahmentarifverhandlungen aufgestellt.

IG Bau Steine Erden, Lübeck: Auf der Mitgliederversammlung in Lübeck-Stadt wurde eine Lohnforderung von 12,9 % und zusätzlich ein 3-prozentiger Lohnzuschlag befürwortet.

600 DM Nachschlag beim Mannheimer Morgen

Während die Gewerkschaftsspitzen die Forderung nach Nachschlägen

Neues Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie: Den „Frieden“ gesichert?

In der Metallindustrie wird es weiter- kommt nicht heraus. Durch die

Neues Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie: Den „Frieden“ gesichert?

In der Metallindustrie wird es weiterhin eine tarifvertraglich festgelegte Schlichtung geben. Darauf einigten sich IG Metall-Vorstand und Gesamtmetall überraschend schnell. Das neue Abkommen soll am 7. Dezember unterschrieben werden.

Die wichtigsten Neuerungen im Vergleich zur alten Regelung sind, daß der Einlassungszwang modifiziert wurde und vor allem eine auf maximal sechs Wochen begrenzte „Friedenspflicht“.

Das neue Abkommen sieht folgendes vor:

1. Die Schlichtung findet nur noch statt, wenn dies beide Tarifpartner gemeinsam fordern. Bisher genügte ein einseitiges Anrufen.
2. Wenn sich die Tarifpartner nicht auf einen stimmberechtigten Vorsitzenden einigen können, wird dieser durch Losentscheid bestimmt. Nach dem alten Abkommen galt, daß beide Seiten je einen Vorsitzenden benannten, die sich turnusmäßig abwechselten.
3. Die einen Tarifvertrag kündigende Partei muß spätestens vier Wochen vor Vertragsablauf ihre Forderung bekanntgeben. Spätestens zwei Wochen vor Ablauf sollen die Verhandlungen aufgenommen werden. Vier Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages endet die „Friedenspflicht“.

Die in Punkt drei formulierte Festschreibung der „Friedenspflicht“ auf insgesamt sechs Wochen ist völlig neu.

Dagegen bestand bisher für den gesamten Verhandlungszeitraum eine unbegrenzte „Friedenspflicht“, die sich automatisch um die Schlichtungsdauer verlängerte.

Der eigentliche Nutzen der Neuregelung ist allerdings ziemlich dürftig: vielmehr als eine Zeitverschiebung

1979 abgewimmelt haben, konnten in einer Reihe Betriebe auf betrieblicher Ebene solche Forderungen erreicht werden. Beim Mannheimer Morgen erreichten die Kollegen nach einem Warnstreik für ihre Forderung nach 1000 DM Zulage, daß Ende Oktober die Zahlung von 600 DM Nachschlag vor Weihnachten ausgehandelt wurde.

Tarifrunde im DGB

Spätestens die Konflikte um die Entlassung des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreliuk sowie die versuchte Entlassung des IG Chemie-Sekretärs Patschkowski – beide Male unter Umgehung des Betriebsrats – haben einer breiteren Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß auch der DGB sich nicht besser wie ein Unternehmer in seinem Geschäftsbereich gebärdet.

Die Forderung des Gesamtbetriebsrats von 9 % mehr Lohn für die 1800 im DGB beschäftigten Arbeiter und Angestellten beantwortete der DGB-Bundesvorstand „stabilitätsgerecht“ mit 4,65 % als Angebot! Endgültiger Abschluß: 5,5 %!

Die beim hessischen DGB beschäftigten Kollegen hatten Mitte Oktober 1 1/2 Stunden für ihre Forderung gestreikt. Der Abschluß stößt auf großen Unmut, ist er doch auf ein besonders undemokratisches Verfahren zurückzuführen. Die Satzung des DGB sieht vor, daß das Tarifabschlußverfahren über eine Betriebsvereinbarung geregelt wird. Diese Betriebsvereinbarung regelt, daß bei Streitigkeiten ein vom Vorstand eingesetzter Schiedsausschuß „schlichten“ soll. Während der Betriebsrat hiergegen kein Einspruchsrecht hat, kann der DGB-Bundesvorstand, das höchste beschließende DGB-Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, den Bundesausschuß, anrufen. Selbstredend war der mit den 5,5 % zufrieden. Von Demokratie keine Spur, so mancher Unternehmerverband leckt sich vermutlich die Finger nach einem solchen Tarifabschlußverfahren.

Die „Frankfurter Rundschau“ vom 20.11. berichtet, daß der DGB-Betriebsrat eine Kündigung der Betriebsvereinbarung fordert, Voraussetzung hierfür ist allerdings eine Satzungsänderung im DGB.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Stahlarbeiter protestieren gegen Entlassungen

Stahlarbeiter protestieren gegen Entlassungen

500 Beschäftigte der Mannesmann-Röhrenwerke in Hilden demonstrierten am 19.11. durch die Innenstadt zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung, auf der sie über Maßnahmen gegen die geplante Werkschließung bis 1982 berieten.

Protestaktionen der Stahlarbeiter gab es auch im Saarland. Am 12.11. demonstrierte die Belegschaft des zum ARBED-Konzern gehörenden Walzwerks in St. Ingbert gegen die Entlassungen von 290 der 1150 Beschäftigten. Am 14.11. demonstrierten die Beschäftigten von vier zum ARBED-Konzern gehörenden Stahlwerken in Saarbrücken gegen die umfangreichen Entlassungsmaßnahmen des Stahlkonzerns. ARBED will:

- die Röhringburbach Stahlwerk- und Waggonbau in Saarbrücken (500 Beschäftigte) schließen,
- durch Spezialisierung in den Werken Dillinger Stahlbau in Saarlouis, Otto Wolf Hoburger Bau in Neunkirchen, die Hilgers AG in Rheinbrohl, ARBED St. Ingbert und die Hein Lehmann AG in Düsseldorf rationalisieren.

Damit stehen weitere Massenentlassungen bevor.

Stolz meldete der Vorsitzende des „Vereins deutscher Eisenhüttenleute“, Hufnagel (auf dem Eisenhütten-tag Anfang November) die Rationalisierungserfolge der Stahlindustrie. Gab es 1964 noch 17 selbständige Stahlbetriebe mit 402000 Beschäftigten, so arbeiten heute nur noch 300000 Beschäftigte in der Stahlindustrie – jeder vierte Arbeitsplatz wurde damit vernichtet. Sechs Konzerne beherrschen 80% des Marktes. Unter Wehklagen verkündete Hufnagel, daß in diesem Jahr die Stahlproduktion um weitere 10% ansteigen werde, was angeblich nur zum Ausgleich der Verluste reiche.

Als sehr „sozial“ erweist sich die Bundesregierung gegenüber den Stahlarbeitern. Um den Rationalisierungsprozeß zu fördern, soll das Übergangsgeld bei Entlassungen von älteren Kollegen von 600 auf 1500 DM erhöht werden. Die Regelung gilt für Beschäftigte, die älter als 55 Jahre sind, mindestens 20 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt sind und davon 15 Jahre im Warmbetrieb gearbeitet haben. Auf diese Weise soll die Arbeitsplatzvernichtung bei 8000 älteren Kollegen in den nächsten Jahren gefördert werden.

Als sehr „sozial“ erweist sich die Bundesregierung gegenüber den Stahlarbeitern. Um den Rationalisierungsprozeß zu fördern, soll das Übergangsgeld bei Entlassungen von älteren Kollegen von 600 auf 1500 DM erhöht werden. Die Regelung gilt für Beschäftigte, die älter als 55 Jahre sind, mindestens 20 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt sind und davon 15 Jahre im Warmbetrieb gearbeitet haben. Auf diese Weise soll die Arbeitsplatzvernichtung bei 8000 älteren Kollegen in den nächsten Jahren gefördert werden.

AEG-Sanierung ohne Ende

Fast 2000 Beschäftigte der Hannoveraner AEG-Telefunken-Werke legten am 15.11. für mehrere Stunden die Arbeit nieder und demonstrierten gegen die vorgesehene Schließung des Werks II (über 1000 Beschäftigte) durch die Stadt.

Nach den bekannten Stilllegungsmaßnahmen bei AEG-Kanis in Nürnberg und Essen werden die Rationalisierungspläne der Konzernleitung zunehmend konkreter. In Westberlin sollen im AEG-Werk Schwedenstraße ein Drittel der Beschäftigten bis 1981 entlassen werden. Bedenkt man, daß etwa 3000 Entlassungen konkret bekannt sind, die Vorstandspläne aber Entlassungen von über 13000 Beschäftigten in den nächsten Jahren vorsehen, so wird das Ausmaß der Entlassungswelle im AEG-Konzern deutlich. Der Protest der Beschäftigten ist bisher noch schwach und unkoordiniert.

Auch AEG-Zulieferer betroffen

Im Zusammenhang mit den Massenentlassungen und Werksstilllegungen beim Elektroriesen AEG scheint sich auch noch ein Rattenschwanz von Entlassungen bei diversen Zulieferfirmen abzuzeichnen. So wird die CEAG ihre beiden Werke in Dortmund und Wentorf (bei Hamburg) im Laufe des nächsten Jahres schließen. 640 Kolleg/innen werden davon betroffen sein. Die CEAG ist Hersteller von Turbinenfiltern und hatte feste Lieferverträge mit AEG-Kanis in Essen. Sie wird ihre Produktion auf Bork und Berlin konzentrieren.

DAG stoibert „kommunistische Unterwanderung“ der HBV auf

Daß die HBV-Gewerkschaft „kommunistisch unterwandert“ ist, und zwar bis in die Führungsspitzen — wer hätte das gedacht?

Seit einigen Wochen läuft eine massive Kampagne gegen die HBV, vordergründig getragen von der mit ihr im Angestelltenbereich konkurrierenden DAG, geschickt gesteuert von der CSU.

In den berichtigten „Rohmaterialien“ des CSU-Generalsekretärs Stoiber zur Schwächung und langfristigen Zerschlagung der Gewerkschaften wird unter Abschnitt 6. — „Aktive Unterstützung der Minderheitsgewerkschaften“ auch die DAG genannt: „Aus dem Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus ergibt sich als logische Folgerung, daß die CSU die Minderheitsgewerkschaften in der Bundesrepublik in aktiver Weise unterstützt. Das gilt gleichermaßen für die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft DAG...“ (zitiert aus dem ausgezeichneten Buch: „Strauß — Nein Danke“, erschienen im Reents-Verlag).

Wie läuft nun so eine Unterstützung in „aktiver Weise“ ab?

Am 14. Juli betätigt sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Springer im „Bayernkurier“ als Stichwortgeber: „Deutscher Gewerkschaftsbund: Die Roten sind schon da — Beispiele erfolgreicher Unterwanderung“. Die Überschrift erfolgt in ausdrücklicher Abgrenzung einer abschwächenden Schlagzeile der „Frankfurter Allgemeinen“, die feststellte: „Die Roten sind auf dem Marsch“ („FAZ“, 21.4.79).

In diesem Artikel bringt Springer eine Reihe von Namen und Funktionen von DKP-Mitgliedern in der Gewerkschaft HBV, alles lupenreines Verfassungsschutzmaterial und offen denunziatorisch. Dies war das offizielle Startsignal einer seit Monaten vor-

bereiteten Kampagne. Die DAG druckte den „Bayernkurier“-Artikel nach und ließ ihn in den Betrieben verteilen. Danach wurde die rechte Medienlandschaft in Bewegung gesetzt: vorneweg die „Welt“, die „Bild“-Zeitung, das „Handelsblatt“ und das „Deutschland-Magazin“. Und im Fernsehen profilierten sich Löwenthal mit seinem „ZDF-Magazin“, speziell am 7.11., und die Sendung „Bilanz“.

Ein Abgrund von Verschwörungen

Kronzeugen gegen die Gewerkschaft HBV sind fünf ehemalige, zum Teil hohe HBV-Sekretäre, die im Frühjahr in einer spektakulären Aktion zur DAG übergewechselt sind. Grund: „Kommunistische Unterwanderung der HBV“. Mindestens einer von ihnen, Thomas Heyll, ist heute gut bezahlter Angestellter der DAG, die ihn am 1.4.79 einstellte, vierzehn Tage nachdem er bei der HBV „wegen schwerer arbeitsvertraglicher Verletzungen“ gekündigt worden war (Funktionärsbrief der HBV vom 15.10.). Heyll gehörte früher der SPD an, die DKP behauptet, daß er schon 1970 versucht hat, sich als Provokateur in ihre Reihen einzuschleichen („UZ“, 23.11.79). Heyll diente der „Bild“-Zeitung (4.10.79) und dem rechten ZDF-Moderator Löwenthal („ZDF-Magazin“, 7.11.79) als Hauptzeuge für eine Kette von gegen die HBV entfachte Skandale:

- So berichtete „Bild“ von einem „Abhörskandal im Gewerkschaftshaus“ in Hamburg, wo ein HBV-Mitarbeiter ein Telefongespräch Heylls auf Tonband mitschnitt. Heyll, als er — laut HBV-Funktionärsbrief — „eine Verschwörung anzetteln wollte“ — ohne daß diese „Verschwörung“ näher benannt wird. Um welche Ver-

schwörung es sich handelt, deutet möglicherweise eine Aussage von Heyll an, daß am 13. März 1978 ein „Geheimtreffen höchster Funktionäre der HBV“ in Ratingen stattgefunden hat („ZDF-Magazin“, 7.11.79). Heylls Aussagen im „ZDF-Magazin“ bezüglich dieses Treffens sind durchaus ernst zu nehmen, nennt er doch Teilnehmernamen und bringt Quittungsbelege aus dem Hotel, wo das Treffen stattfand. Die von Heyll genannten Namen: der HBV-Vorsitzende Viethier, die Vorstandsmitglieder Gisela Kiesau und Ulrich Pagelsdorff, die Landesbezirksleiter Walter Katzer (Hessen), Jochen Fürbath (Rheinland-Pfalz) und Manfred Alles (Westberlin). Auf dem Treffen soll Sorge über den Vormarsch „pro-kommunistischer Kräfte“ geäußert und eine Liste von Mitgliedern (Sekretäre und Funktionäre) zusammengestellt worden sein, die u.a. als solche gelten. Als Kopf dieser „pro-kommunistischen Kräfte“ soll der heutige stellvertretende HBV-Vorsitzende Günter Volkmar gelten, der designierter Nachfolger von Viethier ist (alle Informationen aus: „ZDF-Magazin“).

Nun, wir halten die Glaubwürdigkeit der Heyllschen Informationen durchaus für denkbar, ähnliche Praktiken sind uns zumindest auf unterer Ebene aus anderen DGB-Gewerkschaften bekannt, auf Funktionärs-Ebene wurde dies auch im Patschkowski-Konflikt der IG Chemie deutlich. Heyll bestätigte noch an weiteren Beispielen solche Praktiken:

- so wurde den Fernsehzuschauern eine Namensliste Hamburger HBV-Mitglieder präsentiert, die mit Bezeichnungen (KBW, Anarchist, KB, SDAJ usw.) der vermuteten Organisationszugehörigkeit versehen war,
- so wurde der Fall eines (namentlich genannten) HBV-Sekretärs aufgeführt, der bei Bekanntgabe des Todes

von Schleyer und Ponto geklatscht haben soll.

Heyll als Quelle ist auch deshalb glaubhaft, weil er offensichtlich auch mit dem Auftrag, solche Spitzelungen in der HBV durchzuführen, gearbeitet hat. Seine Anklage im „ZDF-Magazin“ kritisierte daher auch nicht solche Praktiken, sondern im Gegenteil die angebliche Ignoranz einiger HBV-Führer gegenüber solchen „Enthüllungen“. Heyll fordert daher ausdrücklich mehr Antikommunismus in der HBV, nur deshalb ist er natürlich nützlich für Löwenthal, CSU & Co.

DAG in der Sonne von Springer und der CSU

Die DAG als gewerkschaftliche Trägerin dieser Kampagne wird dafür belohnt, indem eine massive Abwerbung von HBV-Mitgliedern und Übertritte zur DAG propagiert werden. Die Springer-Presse, die „FAZ“ („Übertrittswelle bei Angestellten“, 9.11.79) und das „Handelsblatt“ („Die DAG meldet eine Welle von Übertritten“, 9.11.79) machen sich zum willfährigen Verbreiter von kaum überprüfbareren Meldungen — daß z.B. bei Woolworth in Wolfsburg, der Karstadt AG in Aschaffenburg usw. Betriebsräte und HBV-Mitglieder wegen der „kommunistischen Unterwanderung“ übergetreten seien.

Die Stoiber-Methode ist ganz einfach: Es wird eine massive Anti-Propaganda gemacht — die HBV hat Erwerdungsschwierigkeiten, da kaum zu vertuschen ist, daß führende HBV-Mitglieder an den von Heyll dargelegten Praktiken beteiligt waren. So behauptet in der gleichen ZDF-Sendung HBV-Chef Viethier, nie auf einem Geheimtreffen gewesen zu sein, während kurze Zeit später Heyll selber dies beidete. Es ist nicht bekannt, daß Viethier hiergegen gerichtlich

vorgeht. Sein und anderer rechter Gewerkschaftsführer Pech scheint zu sein, daß der gleiche Heyll, mit dem sie mal an einem Strang zogen, heute einem anderen Auftraggeber folgt, so daß die gleichen Leute, die einstmal in der HBV halfen, Kommunisten aufzustöbern, heute öffentlich erklären müssen, die „HBV sei nicht kommunistisch unterwandert“. Diesen Leuten wird heute von CSU, Löwenthal & Co. halberziger Antikommunismus vorgeworfen. Die Stoiber'sche Taktik zielt also sowohl auf eine Stärkung der rechten Entwicklung einer Standesgewerkschaft wie der DAG, als auch auf eine Stärkung rechter Tendenzen in der HBV, die von den reaktionären Chorleitern speziell auf die Personen Günter Volkmar und Christian Götz (Redakteur der HBV-Mitgliederzeitung „Ausblick“ eingestimmt werden).

Die CSU-Angriffe auf den DGB sind also bereits in vollem Gang. Die DAG durfte zur Belohnung für ihren rechten Kurs am 9. November beim CSU-Chef Strauß antanzen, lobte Strauß doch das Gespräch als „von vornherein unbelastet“, da die DAG ihn nie als „arbeitnehmerfeindlich“ bezeichnet habe („FAZ“, 10.11.79).

Natürlich müssen die Angriffe von CSU und der rechten Medien sowie der DAG auf die HBV zurückgewiesen werden, zeigen sie doch exemplarisch den Kurs auf, mit dem die CSU die Gewerkschaften weiter nach rechts drücken will.

Gleichzeitig muß aber in der HBV Aufklärung verlangt werden, wie es zu solchen von Heyll dargestellten Beispielen kommt, um diese umgehend abzustellen. Wie zu hören ist, soll HBV-Chef Viethier auf eine Wiederwahl verzichten wollen. Ein schneller Rücktritt wäre sicher angebracht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

11. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden

Auf dem Hintergrund einer anhaltenden Baukonjunktur fand in der letzten Oktoberwoche der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in West-Berlin statt. In über 550 Anträgen und Entschließungen setzten sich die 345 Delegierten für eine Verstärkung der Bautätigkeit, für menschenwürdige Zustände auf den Baustellen ein und kritisierten scharf den Menschenhandel durch Leihfirmen.

In dem Grundsatzreferat des wiedergewählten Bundesvorsitzenden Rudolf Sperner wurde auch auf die Angriffe Franz Josef Strauß auf den DGB eingegangen — allerdings äußerst vorsichtig und defensiv: „Wer beabsichtigt, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft aus der Einheitsgewerkschaft abzuspalten, der gründe indirekt andere, politisch orientierte Gewerkschaftsgruppierungen ... Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und das Prinzip der Industriegewerkschaft sind Elemente, ... die sich als stabilisierender Faktor von Staat und Gewerkschaft erwiesen“ haben, usw. und forderte noch „Toleranz in parteipolitischen Grundhaltungen, sittlichen und religiösen Empfindungen“.

Wesentlich kämpferischer forderte ein Delegierter Sperner auf, Strauß entgegenzutreten: „Wir wollen Sozialismus statt Barbarei... Franz Josef Strauß ist eine Gefahr für mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich in unserem Lande. Mit Franz Josef Strauß ist zu befürchten, daß die so hoffnungsvoll begonnene und jetzt kontinuierlich fortgesetzte Politik der Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn wieder im Kalten Krieg endet. Mit Franz Josef Strauß wird auch der Weltfrieden ernsthaft gefährdet“ („Die Neue“, 26.10.79).

Als Begrüßungsredner forderte Bundeskanzler Schmidt die Delegierten auf, in der Kernenergiefrage den Beschlüssen des DGB zu folgen und den Bau von AKWs nicht auszuschließen. Ein entsprechender Antrag wurde dann auch angenommen, mit dem Zusatz, daß „beim Einsatz der Kernenergie ... der höchsterreichbare Grad an Sicherheit zum Schutz der Bevölkerung zu fordern“ ist. Die widersprüchliche Haltung der Delegierten zur Kernenergie wurde allerdings durch einen zweiten angenommenen Antrag deutlich, nach dem die zustim-

mende Haltung der IG BSE zur Kernenergie überprüft werden solle und bei nicht ausreichender Sicherheit der Bau von Atomkraftwerken abzulehnen sei (nach: „Die Neue“, 30.10.79).

Eine zweite Empfehlung Helmut Schmidts wurde von den Delegierten ignoriert: Sie nahmen einen Antrag „Weg mit den Berufsverboten“ an, so wie er ursprünglich formuliert war.

Ein Antrag, der eine Neubelebung der „Konzertierten Aktion“ ausschließen wollte, wurde abgelehnt. Die Delegierten wollten dem Bundesvorstand „Spielraum für Gespräche mit den

Arbeitgebern“ lassen, wenngleich die „Konzertierte Aktion“ in ihrer bisherigen Form für „nicht akzeptabel“ erklärt wurde.

Im Rahmen der allgemeinen Anträge wurde das Verbot neofaschistischer Organisationen, SS-Traditionsverbände und neofaschistischer Literatur an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen gefordert. Berufssoldaten, die an neofaschistischen Treffen teilnehmen, sollen entlassen werden. Der DGB wurde aufgefordert, eine möglichst zentrale antifaschistische De-



Viele Anträge des Gewerkschaftstages spiegelten Forderungen von Kollegen während der Streiks 1978 in der Bauwirtschaft wieder.

monstration vorzubereiten.

In den Anträgen zur Satzung standen die Frauenarbeit und die Aufnahme von Schülern und Studenten im Mittelpunkt. Durch den Strukturwandel im Baugewerbe hat die IG BSE hohe Zuwachsraten an Kolleginnen. Gegen die Empfehlung der Antragskommission wurde so in der Satzung die Forderung nach Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen im Arbeitsleben verankert und die Möglichkeit eröffnet, „Arbeitskreise für Frauenfragen“ zu bilden.

Dagegen wurde ein Antrag abgelehnt, der den rund 70.000 Architektur- und Bauingenieurstudenten sowie den Schülern im Berufsgrundbildungsjahr den Beitritt zur Gewerkschaft erlauben sollte. Da Architektur- und Ingenieurbüros keinen Tarifvertrag haben und oft noch „steinezeitliche Arbeitsbedingungen“ herrschen, ist eine frühzeitige gewerkschaftliche Arbeit hier besonders notwendig. Die Mehrheit der Delegierten verwies jedoch darauf, „daß Schüler und Studenten noch keine Arbeitnehmer“ seien.

Abgelehnt wurde ebenfalls der Antrag, Betriebsgruppen als „zweites Bein“ des gewerkschaftlichen Kampfes neben Ortsgruppen gründen zu können (zumal die Betriebsräte an die Friedenspflicht gebunden sind).

Im Mittelpunkt der bausepezifischen Forderungen wurde einhellig die Abschaffung der Leiharbeit verlangt, mit der Tarifverträge und Gesetze ständig unterlaufen werden. Auf den Baustellen arbeiten heute Zehntausende von Leiharbeitern. Ohne sie ist die Bauproduktion nicht mehr aufrechterhalten. Die BSE fordert generell ein Verbot der Leiharbeit und die Ausserkraftsetzung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, das die Voraussetzung für den Menschenhandel bildet.

Falls ein Verbot nicht zu erreichen ist, soll zumindest durch Tarifverträge Leiharbeit verhindert werden. In diesem Punkt versprach Bundesarbeitsminister Ehrenberg, der als Gast an-

wesend war, eine Prüfung der gesetzlichen Bestimmungen und forderte „die strikte Einhaltung des Gesetzes“. Der BSE-Vorstand bestand jedoch darauf, das Gesetz und damit jeden legalen oder illegalen Verleih von Arbeitskräften abzuschaffen (FR, 23.10.).

Ein weiterer Schwerpunkt der Anträge war die Forderung nach Verstärkung der Bautätigkeit. Besonders in den letzten Jahren zeigt sich wieder ein Trend zur Reduzierung vom Winterbau, was hohe Einkommensverluste für die Kollegen bedeutet. Gefordert wurde ein Lohnausgleich für witterungsbedingte Produktionsausfälle und längerfristig ein garantierter Jahreslohn. Die Konjunkturprogramme und Subventionen der Bundesregierung sollen zudem mit beschäftigungswirksamen Auflagen verbunden werden und dürfen nicht der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen dienen.

In weiteren Beschlüssen wurden die Forderungen nach 6 Wochen Urlaub und der stufenweisen Einführung der 35-Stunden-Woche festgelegt. Von Delegierten wurden für die anlaufende Tarifrunde zweistellige Lohnforderungen erhoben. Gegen die Empfehlung der Antragskommission beschloß der Gewerkschaftstag, den Bundesvorstand zu beauftragen, durch Zwischenverhandlungen mit den Kapitalisten trotz laufendem Tarifvertrag den Einstieg in das 13. Monatseinkommen zu erreichen. Dagegen wurden Anträge abgelehnt, die die Wahl der Tarifkommission und die Festlegung von Tarifforderungen erst nach einer Mitgliederbefragung verlangten.

Insgesamt zeigte der 11. Gewerkschaftstag, daß auch in der IG Bau-Steine-Erden „was ins Rollen kommt“. Kritiken an der gesellschaftlichen Entwicklung und an der „Sozialpartnerschaft“ von den Delegierten formuliert wurden, auch wenn sie sich nur teilweise in Form von Beschlüssen durchgesetzt haben.

Wohnungskommission

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: Auflage: 10.200

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

IGM-Vorstand scheut vor dem Sprung über den eigenen Schatten

„Bei der IG Metall gibt es kein leibnizianisches“. Mit diesen Worten beantwortete der IGM-Bezirksleiter Steinkühler nach der wiederholten Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Stuttgart die Frage eines Journalisten, ob er sich die Wiederaufnahme der aus der IG Metall ausgeschlossenen Betriebsräte um Willi Hoss und Hermann Mühleisen vorstellen könne. Die Hoffnung vieler linker Gewerkschafter, daß sich in dieser Äußerung ein (vorsichtiges) Umdenken der IG Metall-Führung in ihrer rigiden Ausschluß-Praxis gegenüber widerborstigen Mitgliedern abzeichnen könnte, hat sich zunächst zerschlagen. Auf seiner Sitzung Mitte November beschloß der IGM-Vorstand, daß die Daimler-Benz-Betriebsräte Willi Hoss, Hermann Mühleisen, Mario D'Andrea, Fritz Stecher, Joannis Mizoglou, Dieter Marcello Kurt Randecker, Jochen Sonn und Heinz Kneer nicht wieder in die Gewerkschaft aufgenommen werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft IGM: Nur halbherzige Konsequenzen

Dabei hatte es zunächst eine ganze Reihe von Anzeichen gegeben, daß die IG Metall nach schmerzlichen Erfahrungen dazugelernt haben könnte.

Nach den Betriebsratswahlen 1972 und 1975 hatte es Ausschlüsse gehandelt: Die gewerkschaftsoppositionelle „Plakat“-Gruppe um Hoss/Mühleisen (so genannt nach ihrer Betriebszeitung gleichen Namens) hatte angesichts der in vielen Großbetrieben geübten undemokratischen Praxis der Kandidatenermittlung eine eigene Liste aufgestellt und jeweils Erfolge erzielt. Bei den Betriebsratswahlen 1978 konnten die Kollegen weitere Stimmengewinne verbuchen. Zum Desaster für die alteingesessene Betriebsratsgarde gestaltete sich diese Wahl aber vor allem dadurch, daß die „Plakat“-Gruppe eine massive Wahlfälschung zugunsten der IG Metall-Liste aufdecken konnte: Etwa 1.300 gefälschte Stimmzettel wurden in den Urnen gefunden. Die Wahl mußte wiederholt werden.

Die IGM konnte vor Gericht erreichen, daß den „Plakat“-Leuten unter Strafandrohung verboten wurde, zu behaupten, die IG Metall habe die Wahl gefälscht. Doch gegenüber der Belegschaft mußte die IGM dem krassen Vertrauensschwund Rechnung tragen. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende

Aspacher kam nicht mehr auf den Spitzenplatz der Gewerkschaftsliste, der Vorsitzende des Wahlvorstands, Weingärtner, wurde überhaupt nicht mehr aufgestellt. Bisher einmalig in der Geschichte der IG Metall, wurden die Kandidaten der Gewerkschaftsliste nicht von den Funktionären, sondern in einer Urwahl von allen Mitgliedern aufgestellt — ein Verfahren, das von den „Plakat“-Kollegen seit langem gefordert worden war. Man gab sich — zum ersten Mal bei Daimler-Benz — betont „basisnah“, eine Reihe von Punkten aus dem Forderungskatalog der Hoss-Gruppe tauchte im IGM-Wahlprogramm auf.

Trotzdem brachte die Wiederholungswahl der IGM (auch eingestandenmaßen) eine schwere Schlappe: Fast 40 Prozent der Belegschaft, die immerhin zu 95 Prozent der Gewerkschaft angehören, gab den „Gewerkschaftsfeinden“ um Willi Hoss die Stimme — eine schallende Ohrfeige für die IGM. Die bis dato unangefochtene Mehrheit der IGM schrumpfte auf knappe 52 Prozent zusammen.

Aus dieser wohl spektakulärsten Betriebsratswahl zog die IGM-Führung einige Konsequenzen: Gegenüber der Unternehmensleitung wurde eine deutlich härtere Gangart des neuen Betriebsrats angekündigt, und der Belegschaft wurde erheblich mehr „Information, Kommunikation, Transparenz“ versprochen. Zum ersten Mal wurde die Hoss/Mühleisen-Liste entsprechend ihren Stimmanteilen an den Ausschüssen und der gesamten Aufgabenverteilung im Betriebsrat berücksichtigt. Bezirksleiter Steinkühler äußerte gar vor der Vertreterversammlung, von der Arbeit der Leute um Hoss und Mühleisen könne man sich eine Scheibe abschneiden. Sogar der Daimler-Benz-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Herbert Lucy, IGM, forderte seine Kollegen auf, mit Hoss-Mühleisen im Interesse der Belegschaft zusammenzuarbeiten. Selbstkritik war das Motto des Tages bei der IG Metall.

Der Kampf um die Wiederaufnahme

In dieser Situation beantragten die ausgeschlossenen Kollegen im Oktober 1978 ihre Wiederaufnahme in die IG Metall. Dem vorausgegangen war ein Ausschlußantrag von 26 IGM-Mitgliedern gegen einen Unbelehrbaren: Der

Vorsitzende der Stuttgarter Ortsverwaltung, Otto Gotschlich, hatte neue Ausschlußverfahren gefordert (wovon drei nach wie vor anhängig sind) und sich dafür den Vorwurf der Scharfmacherei und des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingehandelt. Nach einer Flugblatt-Aktion von elf IGM-Vertrauensleuten und weiteren Mitgliedern hatten in einer spontanen Aktion rund 1.000 Kollegen an einem einzigen Tag mit ihren Unterschriften die Forderung nach Wiederaufnahme bekräftigt.

Die Ortsverwaltung führte denn auch, unseres Wissens ebenfalls einmalig in der Geschichte der IG Metall, ein Gespräch mit den ausgesprochenen linken Gewerkschaftern. Dieses Gespräch vom 21. Mai 1979 dokumentiert „Plakat“ sinngemäß (5.7.79) wie folgt:

„Ortsverwaltung: Ist die Urwahl als Wahlverfahren bei der Betriebsratswahl Voraussetzung für eure Wiederaufnahme?

Hoss-Mühleisen: Wir wollen ein Wahlverfahren, bei dem nicht nur die Funktionäre, sondern alle Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb die Kandidaten, die nachher zur Wahl stehen, aufstellen können. Außerdem wollen wir die Persönlichkeitswahl. Wenn die IGM damit nicht einverstanden ist, werden wir auch in Zukunft eine eigene Liste machen.

Ortsverwaltung: Seid Ihr der Meinung, daß Mehrheitsentscheidungen in der Gewerkschaft von der Minderheit in der Öffentlichkeit kritisiert werden dürfen?

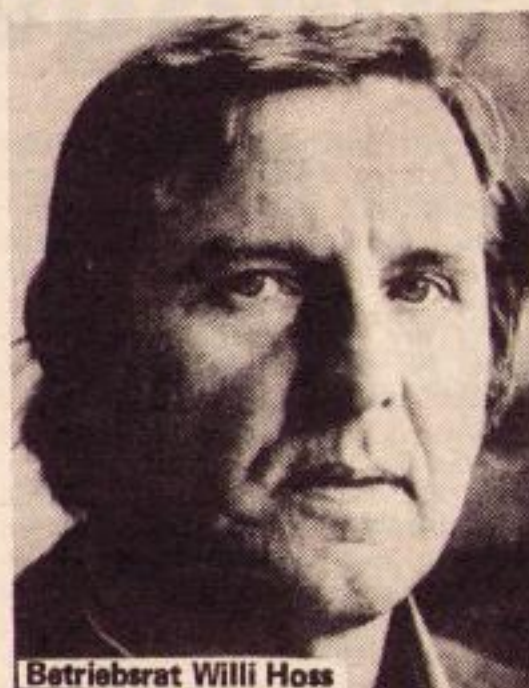
Hoss-Mühleisen: Wir meinen, daß die Minderheit immer das Recht hat, ihre abweichende Meinung der Belegschaft auf der Betriebsversammlung oder durch ein Flugblatt mitzuteilen.

Ortsverwaltung: Wird die Zeitung „Plakat“ weiter erscheinen, wenn Ihr in der IGM seid?

Hoss-Mühleisen: „Plakat“ ist eine unabhängige Betriebszeitung, unabhängig von gewerkschaftlichen Gremien oder Parteien. Wir werden in Zukunft diese Zeitung benutzen, um die Belegschaft so umfassend zu informieren, wie wir das mit unseren Kräften leisten können.“

Vorstand besteht auf Kniefall

Die Ortsverwaltung Stuttgart entschloß sich, dem Vorstand die Wiederaufnahme nicht zu empfehlen.



Betriebsrat Willi Hoss

Daran konnte auch ein letzter Vorstoß von 24 Vertrauensleuten nichts ändern, die sich am 4. September 1979 in einem offenen Brief an den IGM-Vorstand noch einmal für die Wiederaufnahme aussprachen. Sie kritisierten, daß „die Belegschaft und ihre Vertrauensleute anscheinend grundsätzlich in dieser Angelegenheit nicht nach ihrer Meinung gefragt werden.“ (...) Die mühsam zustande gekommene Versöhnung in der Betriebsratsarbeit wird durch diesen Beschluß zum Nachteil der Belegschaft ernsthaft wieder gefährdet.“

Nachdem auch die Bezirksleitung um Franz Steinkühler, in der einige Unterstützer der Wiederaufnahme gemutmaßt wurden, sich ebenfalls gegen die Aufnahme aussprach, hatte der Vorstand in Frankfurt das letzte Wort zu sprechen. Dieser entschied sich dem Vernehmen nach einstimmig gegen eine Wiederaufnahme. Insbesondere wurde den „Plakat“-Kollegen ihr Festhalten an ihrer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit durch ihre Zeitung und ihr Beharren auf einer demokratischen, basisnahen Aufstellung der Betriebsratskandidaten — ansonsten auch weiterhin Kandidatur auf einer eigenen Liste — vorgehalten.

Willi Hoss zeigte sich nicht überrascht: „Nimmt man uns unbeschadet auf, müssen daraus auch für andere Betriebe Konsequenzen entstehen.“ Immerhin gebe es heute „einen größeren Freiraum für die Arbeit der IG Metall-Vertrauensleute, es sind dort heute Dinge möglich, für die wir früher ausgeschlossen wurden“ (Interview mit der „TAZ“, 20.11.).

ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz fordert Überwachung von Betriebsratsmitgliedern

Während überall im DGB Proteste gegen die skandalösen Schnüffelpolitiken in den Betrieben laut werden (seit 1963 wurden mehrere Zehntausend Betriebsratsmitglieder und -kandidaten „überprüft“!), hat jetzt innerhalb der ÖTV eine Gegenkampagne begonnen. Die „Bundesfachgruppe Verfassungsschutz“ in der ÖTV veranstaltete kürzlich eine Pressekonferenz, um das ramponierte Image ihres Berufsstandes wieder aufzupolieren. Foto- und Filmaufnahmen waren natürlich nicht zugelassen, denn diese spezielle Sorte von „Gewerkschaftern“ sind konspirativ arbeitende „Männer ohne Namen“. Was da (im Namen der ÖTV?) so von sich gegeben wurde, sollte von der Basis mit Protestschreiben und Ausschlußanträgen — der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt — gebührend gewürdigt werden.

So stellte sich der für den Fachbereich Verfassungsschutz zuständige Albrecht Rothländer, Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes, kackfroh hin und erklärte, „es sei selbstverständlich, daß auch Betriebsratsmitglieder vom Verfassungsschutz überwacht werden müßten, zumal verfassungswidrige Bestrebungen auch in diesem Bereich in Einzelfällen gefördert würden“ (zitiert nach „FR“, 15.11.).

Das ist doch echt pervers. Schlimm genug, daß die Verfassungsschützer von der ÖTV überhaupt die Möglichkeit bekommen haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Jetzt kommt heraus, daß sie seit 16 Jahren Betriebsräte bespitzelt haben.

Dafür fordern die ÖTV-VS-Männer „mehr Verständnis in der Bevölkerung“ („Hamburger Abendblatt“,

15.11.). Und sie wenden sich gegen „den Eindruck“, „als betreibe der Verfassungsschutz Gesinnungsschnüffelei“ („FR“, 15.11.). Deshalb haben sie auf einer Delegiertenkonferenz in Bonn eine „Vorwärtsstrategie“ beschlossen. „Sie verlangen in allen Bundesländern eine wirksame parlamentarische Kontrolle ihrer Arbeit“ („HA“, 15.11.).

Wie gesagt, diese Fachgruppe Verfassungsschutz ist eine Gliederung der ÖTV, ihr Vorsitzender ist ein Lothar Jachmann (kennt den jemand? — Informationen erwünscht). Die Fachgruppe ist mit dem direkten Auftrag gegründet worden, Public Relation-Arbeit für den Verfassungsschutz zu leisten. Sie hat die Aufgabe, „dafür zu sorgen, daß die Unbefangenheit gegenüber der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zunimmt“ („ÖTV-Magazin“, Nov. 1977, S. 22). Nach unseren Informationen ist die Fachgruppe Verfassungsschutz in der ÖTV seit ihrer Gründung Ende 1977 bislang zweimal öffentlich aufgetreten. Das erste Mal zu Zeiten des Russell-Tribunals, um gegen die auch im Ausland stark getragene Kritik an den Berufsverboten und Schnüffelmethoden anzustärken und dann jetzt.

Die jüngsten Enthüllungen über die Bespitzelungen in den Betrieben lassen vermuten, daß diese „Gewerkschafter“ auch Aufgaben „nach innen“, also innerhalb der ÖTV usw. haben. Das zu recherchieren und zu enthüllen wäre eine lohnende Aufgabe der Betroffenen und der fortschrittlichen Gewerkschafter.

Verfassungsschutz raus aus der Gewerkschaft!



BRD Unternehmen in Südafrika verhandeln nicht mit schwarzen Gewerkschaften

Seit dem 1. Oktober dürfen die Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter in Südafrika mit den Kapitalisten gültige Tarifverträge abschließen. Dieses Gesetz, das auch aufgrund internationaler Solidaritätsaktionen erzwungen wurde, wird aber zunächst kaum etwas an der Situation der schwarzen Arbeiter in Südafrika ändern.

Der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer lehnt zur faktischen Durchsetzung dieser Rechte weiterhin das Mittel des Wirtschaftsboykotts ab. Er setzt lieber auf einen „Wandel mit friedlichen Mitteln“. Dabei geht es ihm um die BRD-Unternehmen in Südafrika, auf die eingewirkt werden soll, die Rassendiskriminierung abzubauen, um Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben.

Bis heute jedoch stehen gerade die BRD-Firmen an der Spitze der Apartheid-Politik. BRD-Botschafter Eick: „Die deutschen Manager sind schlimmer als die südafrikanischen“ („Stern“, 15/79). Bis auf VW erkennt kein BRD-Betrieb schwarze Gewerkschaften als Verhandlungs-

partner an. Möglichkeiten gewerkschaftlicher Informationsarbeit in den Betrieben sind nur bei VW und Henkel in begrenztem Rahmen gewährleistet. Alle BRD-Betriebe haben Rassentrennung in Kantinen, Waschräumen und Toiletten. Kein Betrieb hält sich an den „Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft“ zum Abbau von Rassendiskriminierungen.

Vor diesem Hintergrund klingt es lächerlich, wenn Loderer „nachdrücklich“ die Konzerne auffordert, dafür zu sorgen, daß ihre südafrikanischen Geschäftsführungen die Diskriminierungen in der betrieblichen Praxis aufgeben. Zudem hatte Loderer als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von VW die letzte Hauptversammlung geleitet und dabei kein Wort zur Rassenpolitik des VW-Betriebes in Südafrika verloren.

Metallkommission KB/Gruppe Hamburg

Nachtrag zu den ÖTV-Ausschlüssen im AK Altona

Wir haben im letzten AK zu dem Bericht über die angedrohten ÖTV-Ausschlüsse im Allgemeinen Krankenhaus Altona leider die Bezugsquelle für die Dokumentation über diesen Konflikt vergessen anzugeben. Das möchten wir hiermit nachholen. Die umfassende Dokumentation u. a. mit dem ganzen Briefwechsel kostet 2 DM und ist erhältlich bei

Wiebke Knickrehm
Neuer Pferdemarkt 19
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/43 22 19

Spenden u.a. wegen anfallender Rechtsanwaltskosten werden erbeten auf das

Solidaritätskonto
Wiebke Knickrehm
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr.: 1228/44 23 96
BLZ: 200 505 50

Kennwort: ÖTV-Ausschlüsse
Auf Wunsch kann Einsicht in die Verwendung der Spenden genommen werden.

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original-Dokumenten

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser „Ausschlußterror“ praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende — und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG DruPa, HBV und GEW (darunter mehrere Massen ausschüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,-

ARBEITERKAMPF Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Neue Attacken auf das Ladenschlußgesetz

Neue „Bedürfnisse“ sind für den sozialdemokratischen „Vorwärts“ der Grund, eine Überprüfung des Ladenschlußgesetzes zu fordern. Zwar diene das Gesetz „in erster Linie dem Schutz der Arbeitnehmer, um geregelte Arbeitszeiten, um Unterbindung willkürlicher Arbeitszeitfestsetzungen seitens der Unternehmen“ vorzubeugen, doch „in jüngster Zeit mehren sich die Vorstöße von Konsumentenorganisationen, aber auch von Handelsunternehmen und Wissenschaftlern, die eine Auflockerung der starren Bestimmungen fordern“ („Vorwärts“, 15.11.). Der „Vorwärts“ hat auch gleich einen Änderungsvorschlag parat:

Der Kapitalist solle „nicht verpflichtet werden, wohl aber sollte es ihm erlaubt werden, eine individuelle Gestaltung der Öffnungszeiten, die eine Einwilligung des Personals durchaus einschließt“ zu erreichen. („Vorwärts“, 15.11.). Womöglich soll hier ein neues „Mitbestimmungsrecht“ der Verkäufer(innen) geplant werden, um dann zunächst auf der Basis der „Freiwilligkeit“ das Ladenschlußgesetz zu umgehen bzw. durch derartige Zusatzformulierungen im Ladenschlußgesetz einen ersten Schritt in Richtung Abschaffung der Ladenschlußzeiten zu machen.

Eine Studie über „Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel“ (Herausgeberin Renate Aengendt) untermauert

die oben genannten Vorschläge der SPD-Zeitung dann auch gleich „wissenschaftlich“, daß mit Hilfe individueller Vereinbarungen und einem stärkeren Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Einzelhandel bei Abstimmung der Arbeitszeiten dieses Problem für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden kann (aus der Studie, „Vorwärts“, 15.11.). Die Studie kommt auch zu dem Ergebnis, daß das Ladenschlußgesetz durch „die inzwischen völlig veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ nicht mehr in die „Reihe der sozialpolitischen Gesetze“ gehöre und auch nicht mehr als Arbeitsschutzgesetz eingeordnet werden könne. Diese Argumentation kommt den Kapitalistenverbänden und den Verbraucherverbänden, die die Attacken auf das Ladenschlußgesetz initiiert haben, mehr als entgegen. Sie fordern seit Jahren, die Öffnungszeiten der Händler, Kaufhäuser etc. abends zu verlängern und jedem Verbraucher das Recht damit auf „preisgünstigeren Einkauf“ zu gewähren. Bislang haben sich die Einzelhändlerverbände (Kleinbetriebe) gegen eine Ausweitung der Ladenzeiten gewehrt, weil sie dadurch dem unvermeidlichen Konkurrenzkampf mit den Großunternehmen nicht mehr standhalten können. Der „Vorwärts“ weiß auch hier neue Entwicklungen zu berichten: „Mittlerweile scheinen auch

viele Einzelhändler die Vorteile einer großzügigeren Handhabung der Öffnungszeiten zu erkennen. Nach einer Umfrage der Uni Tübingen würden 27 Prozent aller Einzelhändler eine Auflockerung der bisher starren Regelungen begrüßen. Auch bei den Arbeitnehmern im Einzelhandel ist die Ablehnung bei weitem nicht so groß, wie die Gewerkschaften glauben.“ Und selbst wenn es stimmen sollte, daß „35% der im Handel Beschäftigten 'unbedingt' oder 'mit Einschränkungen' dafür sind“ und 43% der Gesamtbevölkerung längere Ladenzeiten zum Einkauf nutzen würden, so ist die große Mehrheit der Erwerbstätigen im Handel offensichtlich für die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes zum La-

denschluß. Dies beweist nicht zuletzt auch die Tatsache, daß Aktionen der Kolleginnen der HBV und ca. 250 Frauen durch Leserbriefe bei der Frauenzeitung EMMA (die für die Aufhebung des Ladenschluß eingetreten ist) protestiert haben gegen die Attacken auf das Ladenschlußgesetz.

Der Versuch, das Gesetz zu ändern, trifft vor allem die im Handel beschäftigten Frauen, die die Hauptzahl der Beschäftigten stellen, als Teilzeitbeschäftigte hin- und hergeschoben werden, am Ende der Lohnskala liegen und oft unter schwierigsten Bedingungen arbeiten müssen. Gesetze wie das Ladenschlußgesetz sind ein nicht zu unterschätzender Schutz vor weiteren Verschlechterungen.

Die Attacke im SPD-„Vorwärts“ steht nicht allein und Aufmerksamkeit gegenüber dieser Entwicklung ist dringlich, kündigt sich hier doch möglicherweise eine Gesetzesänderung an.

So haben in Stuttgart mehrere Geschäfte des Hauptbahnhofs mit Einwilligung der Verwaltung der

Einzelhändler ihre Ladenzeiten eigenmächtig auf 22.00 Uhr verlängert. „Das Verwaltungsgericht Stuttgart untersagte (zwar) dieses Vorgehen mit der Begründung, es sei mit dem Ladenschlußgesetz nicht in Einklang zu bringen.“ Der „Vorwärts“ weiß Teile der Urteilsbegründung aber zu schätzen: „Das Gericht verkennet nicht, daß für viele Käufer ein Bedürfnis besteht, während der Woche nach der Arbeit in Ruhe abends einkaufen zu können.“

Die niedersächsische CDU-Wirtschaftsministerin Birgit Breuel hat einen „großangelegten Modellversuch“ angekündigt, um zu prüfen, ob eine Veränderung des Ladenschluß wirklich zum Nachteil der Verkäuferinnen ausgelegt werden kann. Ihrer Meinung nach soll die Entscheidung „allein bei den Unternehmern liegen“, wenn die Geschäfte abends schließen („Neue“, 25.8.79). Die HBV hat mit einem offenen Brief an die CDU-Ministerin reagiert und die angekündigten Angriffe zurückgewiesen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Dieses Bild mit der Unterschrift „Einkaufen ohne Streß – dazu gehört auch eine vernünftige Regelung der Ladenschlußzeiten“ propagiert der „Vorwärts“ (Zeitung der SPD) am 15.11.79. Eine Unterschriftensammlung, die vom „Deutschen Verbraucherschutzverband“ im September diesen Jahres für die Änderung der Ladenschlußzeiten durchgeführt wurde. Der „Ausblick“ (10/79), Zeitung der Gewerkschaft HBV, „bringt für diese ‚verbraucherfreundlichen‘ Gedankenspiele kein Verständnis auf“. Sie zitiert aus einem Leserbrief an die Emma: „Die Verkäuferinnen sind sich durchaus bewußt, was es bedeuten würde, wenn das Ladenschlußgesetz, welches für sie eine Errungenschaft darstellt, wieder aufgeweicht würde: sie haben nämlich tägliche praktische Erfahrungen in den Betrieben, wo ständig Gesetze unterlaufen werden, Arbeitsschutzmaßnahmen schlichtweg nicht existieren. Sie wissen, daß die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes die Kontrollmöglichkeiten über die Arbeitgeber seitens der Gewerbeaufsicht noch mehr verschlechtern würde.“



Dieses Bild mit der Unterschrift „Einkaufen ohne Streß – dazu gehört auch eine vernünftige Regelung der Ladenschlußzeiten“ propagiert der „Vorwärts“ (Zeitung der SPD) am 15.11.79. Eine Unterschriftensammlung, die vom „Deutschen Verbraucherschutzverband“ im September diesen Jahres für die Änderung der Ladenschlußzeiten durchgeführt wurde. Der „Ausblick“ (10/79), Zeitung der Gewerkschaft HBV, „bringt für diese ‚verbraucherfreundlichen‘ Gedankenspiele kein Verständnis auf“. Sie zitiert aus einem Leserbrief an die Emma: „Die Verkäuferinnen sind sich durchaus bewußt, was es bedeuten würde, wenn das Ladenschlußgesetz, welches für sie eine Errungenschaft darstellt, wieder aufgeweicht würde: sie haben nämlich tägliche praktische Erfahrungen in den Betrieben, wo ständig Gesetze unterlaufen werden, Arbeitsschutzmaßnahmen schlichtweg nicht existieren. Sie wissen, daß die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes die Kontrollmöglichkeiten über die Arbeitgeber seitens der Gewerbeaufsicht noch mehr verschlechtern würde.“

HBV-Frauen werten Streik aus

Göttingen. Am 12.11. hat der Frauenausschuß des DGB eingeladen zum Thema „Göttinger Frauen im Arbeitskampf“. Anwesend waren Vertreterinnen der HBV, die über ihre Erfahrungen berichteten. Einmütig wurden die im Juni durchgeführten Warnstreiks als Erfolg gewertet. In einzelnen Betrieben haben bis zu 80 % der Beschäftigten am Streik teilgenommen, darunter auch zahlreiche unorganisierte Kolleginnen und Kollegen. Durch die Auseinandersetzungen ist der Organisationsgrad erheblich angestiegen. Als nächstes planen die HBV-Frauen die Information der Öffentlichkeit über ihre Arbeitsbedingungen.

Eine Kollegin aus dem Einzelhandel schilderte folgende Veränderungen in den letzten Jahren:

– Deutlicher Personalabbau, in einzelnen Abteilungen Reduzierung um weit mehr als die Hälfte.

– Immer mehr Einsatz von Teilzeitkräften. In den größeren Göttinger Betrieben sind bereits jetzt mehr als 2/3 der Beschäftigten Teilzeitkräfte.

– Bei den Teilzeitbeschäftigten ist man bereits dazu übergegangen, verbindliche Arbeitszeiten zu verweigern. Die Kolleginnen müssen sich auf Abruf bereithalten.

Letztgenannte Tatsache wird als die einschneidendste Verschlechterung angesehen, die sich aber schon weitgehend durchgesetzt hat. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß fast ausschließlich Frauen davon betroffen sind, die gezwungen sind, auch unter den miesesten Bedingungen diese Stellen anzunehmen.

Schade war, daß nur 17 Frauen der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt waren.

2. Frauenversammlung in der GEW Hamburg

Wieder kamen über 60 Kolleginnen ins Curio-Haus, darunter viele neue Gesichter. Das war umso erfreulicher, als eine ganze Reihe von Frauen – vor allem der unteren und mittleren Funktionsebene – für dieses Mal abgesagt hatten, weil sie nach dem vorangegangenen Streik erstmal ausspannen wollten.

In der Diskussion um die zu bildenden Arbeitsgruppen wurde deutlich, daß es unterschiedliche Meinungen bzw. nur vage Vorstellungen zur Zielsetzung der Frauenarbeit in der GEW gibt. Daher wurde die Frage des Ziels unserer Arbeit als wichtigster Punkt der Tagesordnung für das nächste Treffen festgelegt.

Trotzdem war klar, daß zu bestimmten Themen bereits Arbeitsgruppen gegründet werden sollten.

In die Teilnehmerlisten trugen sich mehr als 40 Kolleginnen ein und verabredeten bereits Termine. Die Kontaktadressen für die Arbeitsgruppen sollen in der nächsten HLZ (Hamburger Lehrerzeitung) veröffentlicht werden.

Themen sind:

- Frauen und Bundeswehr
- § 218
- Schulbuchanalyse (Rolle der Frau in Schulbüchern)
- Zeitungsarbeit (Aufarbeitung von bereits publizierten Erfahrungen von Lehrerinnen)
- Teilzeitbeschäftigung
- Kinderbetreuung (Ziel: Aufstellung von Forderungen)
- eigenes Rollenverhalten (Lehrerin gegenüber Schüler/inne/n)
- Gewerkschaft – Frauensache? (Frauen in der Gewerkschaft, historisch aufarbeiten, gleichzeitig praktische Kontakte zu Frauengruppen anderer Gewerkschaften knüpfen.)

Das nächste Treffen der GEW-Frauen findet statt am: Donnerstag, d. 13. Dez. 79, 19.30 Uhr im Curio-Haus.

Eine Lehrerinnen

Frauen aus Erwitte: „Erst „Erst wurden wir in den siebenten Himmel hochgejubelt, und dann läßt man uns fallen...“

Die Ehefrauen der Arbeiter aus dem Zementwerk Gebrüder Seibel in Erwitte haben 1975 eine hervorragende Solidaritätsarbeit gegen die Entlassungen ihrer Männer durchgeführt. Zuerst wurden Brote bereit, dann Frauentreffen organisiert und später traten die Erwitte Frauen mit ihren Männern oder auch alleine auf Solidaritätsveranstaltungen in verschiedenen Orten der BRD auf. Sie hielten Reden über den Streik, über ihre besondere Betroffenheit als Frauen und zeigten vielen werktätigen Menschen, was Solidarität heißt. Sie organisierten Demonstrationen und munterten die streikenden

fach nicht. Die Idee, die ihr habt, die ist gut und wenn ihr merkt, daß die Männer dagegen sind oder versuchen euch durch andere Gespräche abzublocken, dann laßt euch da einfach nicht irritieren, setzt eure Idee durch, lautstark!“ („FR“, 6.10.). Inzwischen hören die Männer gespannt zu, wenn die Frauen reden, weil sie sich zu den Themen vorbereiten und interessante Beiträge halten.

Im Sommer dieses Jahres schalteten sich die Gewerkschaftsführer der IG-Chemie ein. Sie wollen den vier Frauen nur noch eine Delegierte für den Frauenausschuß zugestehen und die Teilnahme aller vier damit unterbinden. Die Begründung ist all zu platt: „Vier im Ausschuß sind zu viel“. Frauenausschüsse bestünden eben aus Delegierten und nicht aus Mitgliedern. Die Frauen von Erwitte haben zwar erstmal eine Delegierte gewählt, um überhaupt weiter im Frauenausschuß vertreten zu sein.

„Das haben wir allerdings nicht ganz richtig gefunden. Wenn wir schon regelmäßig an den Frauenausschüssen teilnehmen – bis dahin haben wir das jedenfalls gemacht – dann wollen wir auch weiterhin genauso voll anerkannt werden wie zuvor. Wir sehen nicht ein, daß jetzt nur eine ständig angeschrieben werden soll, Nachrichten bekommt und das an die anderen verteilen soll“ (FR, 6.10.). Den Frauen ist daraufhin das beste eingefallen. Sie wollen eine Hausfrauengruppe aufbauen, sicher gibt es noch mehr Frauen der Chemiearbeiter, die mitarbeiten wollen. Die IG-Chemie wußte auch dies zu kontern: eine solche Hausfrauengruppe hält sie für nicht notwendig.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen über diese Entwicklung, die Erwitte Frauen geben jedenfalls nicht nach: „Wenn wir schon in der Gewerkschaft drin sind, dann soll die Gewerkschaft auch speziell für uns was tun.“ Als erstes fordern sie mehr Informationen: „Warum werden die Frauen nicht informiert? Männer bringen doch von den Betriebsversammlungen und Mitgliederversammlungen nichts mit nach Hause, die erzählen nichts. Gerade da sollte die Gewerkschaft doch mal ansetzen, überhaupt die ganzen Gewerkschaften. Warum werden die Versammlungen auf dem Werksgelände gemacht, wo die Frauen nicht zugelassen sind? Warum werden die Versammlungen nicht mit den Frauen gemacht, warum wird über Probleme, die es in den Betrieben gibt, nicht mit den Frauen gemeinsam diskutiert?“ (FR, 6.10.). Die zur Diskussion anregende Fragestellung der Erwitte Frauen macht deutlich, daß sie sich so schnell nicht unterkriegen lassen.

Zunächst können die Frauen am Frauenausschuß der IG-Chemie teilnehmen (als Hausfrauen). Eine der Erwitte Frauen berichtet: „Für mich war das ungeheuer schwer. Die erste Frauenausschusssitzung, zu der ich eingeladen wurde, habe ich erstmal mit viel Skepsis begonnen. Ich hatte eine ungeheure Schwellenangst. Ich hatte überhaupt Angst, Kontakte zu anderen zu knüpfen. Im Laufe der Zeit habe ich jedoch gemerkt, daß auch die Frauen im Frauenausschuß nicht nur Probleme am Arbeitsplatz haben, sondern auch in ihren Familien und mit sich selbst, mit dem Freund, so private Probleme. Auf dieser Basis sind wir den Frauen und später auch den dazugehörigen Männern nähergekommen. Heute haben wir ganz hervorragende Kontakte“ (FR, 6.10.79). Die vier Erwitte-Frauen erkämpften sich noch weitere Rechte. Sie können an den Betriebsversammlungen im Zementwerk Seibel teilnehmen. Ihre Männer erzählen ja sowieso nichts, also müssen sie selber handeln. „Bei den Versammlungen wurden wir erstmal an den Rand gedrückt und ziemlich unterdrückt. Das ging solange, bis uns mal jemand gesagt hat: 'Hört mal, das geht ein-

Frauen aus Erwitte: „Erst „Erst wurden wir in den siebenten Himmel hochgejubelt, und dann läßt man uns fallen...“

Die Ehefrauen der Arbeiter aus dem Zementwerk Gebrüder Seibel in Erwitte haben 1975 eine hervorragende Solidaritätsarbeit gegen die Entlassungen ihrer Männer durchgeführt. Zuerst wurden Brote bereit, dann Frauentreffen organisiert und später traten die Erwitte Frauen mit ihren Männern oder auch alleine auf Solidaritätsveranstaltungen in verschiedenen Orten der BRD auf. Sie hielten Reden über den Streik, über ihre besondere Betroffenheit als Frauen und zeigten vielen werktätigen Menschen, was Solidarität heißt. Sie organisierten Demonstrationen und munterten die streikenden

fach nicht. Die Idee, die ihr habt, die ist gut und wenn ihr merkt, daß die Männer dagegen sind oder versuchen euch durch andere Gespräche abzublocken, dann laßt euch da einfach nicht irritieren, setzt eure Idee durch, lautstark!“ („FR“, 6.10.). Inzwischen hören die Männer gespannt zu, wenn die Frauen reden, weil sie sich zu den Themen vorbereiten und interessante Beiträge halten.

Im Sommer dieses Jahres schalteten sich die Gewerkschaftsführer der IG-Chemie ein. Sie wollen den vier Frauen nur noch eine Delegierte für den Frauenausschuß zugestehen und die Teilnahme aller vier damit unterbinden. Die Begründung ist all zu platt: „Vier im Ausschuß sind zu viel“. Frauenausschüsse bestünden eben aus Delegierten und nicht aus Mitgliedern. Die Frauen von Erwitte haben zwar erstmal eine Delegierte gewählt, um überhaupt weiter im Frauenausschuß vertreten zu sein.

„Das haben wir allerdings nicht ganz richtig gefunden. Wenn wir schon regelmäßig an den Frauenausschüssen teilnehmen – bis dahin haben wir das jedenfalls gemacht – dann wollen wir auch weiterhin genauso voll anerkannt werden wie zuvor. Wir sehen nicht ein, daß jetzt nur eine ständig angeschrieben werden soll, Nachrichten bekommt und das an die anderen verteilen soll“ (FR, 6.10.). Den Frauen ist daraufhin das beste eingefallen. Sie wollen eine Hausfrauengruppe aufbauen, sicher gibt es noch mehr Frauen der Chemiearbeiter, die mitarbeiten wollen. Die IG-Chemie wußte auch dies zu kontern: eine solche Hausfrauengruppe hält sie für nicht notwendig.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀



Aus dem Inhalt:
Gegen die Benachteiligung der Frau am Arbeitsplatz
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
Gegen Akkordhetze und Fließbandarbeit
Für bessere Arbeitsbedingungen u.v.m.

94 Seiten
DM 2,50

zu beziehen über:
j.rents-verlag
lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50



Katholische Kirche schießt gegen Zeitung der CAJ

Die Zeitung „aktion“ der „Christlichen Arbeiterjugend“ (CAJ) wird in der letzten Zeit von einigen Kirchenfürsten scharf angeschossen. Schuld daran ist die konsequente Parteinahme der Zeitung für die Werktätigen und Lehrlinge. Der Vorwurf der Kirchenfürsten: Es würden keine christlichen Werte vermittelt. Als die „aktion“ sich in einer ihrer Ausgaben kritisch mit dem Thema Militärdienst befaßte, kam die Ohrfeige prompt: ein Militärpfarrer bestellt 60 abonnierte Exemplare ab. Seit 1977 ist die Auflage von 10.000 Exemplaren auf 15.000 gestiegen. Aufgrund der Angriffe und Behinderungen geht die Auflage inzwischen wieder langsam zurück. Die „Deutsche Tagespost“,

die Katholische Zeitung für Deutschland, zum Wortlaut des diesjährigen Mai-Aufrufs der CAJ: „... die Sprache ... ist nicht die der katholischen Soziallehre ... Das ist Stamokap-Diktion.“ Aus dem Rugblatt, das die scharfen Töne hervorrief: „Lehrstellen-Vergeber“ entscheiden über die Zukunft junger Menschen nach politischer und wirtschaftlicher Großwetterlage ... So werden Menschen kaputtgemacht ...“ (nach „Welt der Arbeit“, 25.10.79). „aktion“, die Zeitung der CAJ, ist über die CAJ-Gruppen im Bundesgebiet oder Redaktion in Essen, Hüttmannstr. 52, zu beziehen.

Lehrlingskommission KB/Hamburg



DOKUMENTIERT: Anti-Kriegsbroschüre der DGB-Jugend im Wortlaut

Im Folgenden dokumentiert der AK einen weiteren Beitrag, der für die Broschüre der DGB Jugend anlässlich des diesjährigen Anti-Kriegstages am 1. September geschrieben worden war. Der faksimilierte Artikel ist in der „Holzarbeiter-Zeitung“ 10/79 der Gewerkschaft Holz und Kunststoff abgedruckt und stammt von dem Vorsitzenden dieser Gewerkschaft, Kurt Georgi. Mit diesem Nachdruck knüpfen wir an die Veröffentlichung des Artikels „Die schlimmen Fuffziger“ von Werner Haak, Ressortleiter in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, an, mit dem wir im letzten AK bereits einen Beitrag aus dieser Broschüre unseren Lesern vorstellten.

Die Broschüre war bekanntlich kurz vor der Drucklegung vom DGB-Bundesvorstand gestoppt worden (siehe dazu auch die Anmerkung der „HZ“-Redaktion unten links). Der DGB-Vorstand hat damit erneut vorgeführt, daß er — ebenso wie bei der Entlassung des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreluk — in der Auseinandersetzung mit der DGB-Jugend im Zweifelsfall ohne Zögern auf administrative Maßnahmen setzt. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, Beiträge aus dieser Broschüre unseren Lesern bekannt zu machen, damit sie sich ein eigenes Urteil darüber bilden können. Und um den Zensoren im DGB das Geschäft möglichst schwer zu machen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Aufrüstung und Krieg — die Lasten dafür haben die Reichen und Mächtigen im Land immer wieder den Arbeitnehmern und ihren Familien aufgebürdet. Obendrein wurde

das Volk noch verspottet, als man ihm erklärte, es sei ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben. Kümmert Euch um Politik, mahnt Kurt Georgi, denn:

Demokratie ist nicht nur eine Sache der Parlamente

Nun hat also unsere Bundesrepublik ihren dreißigsten Geburtstag längst hinter sich — wer möchte schon daran zweifeln, daß sie sich in diesen drei Jahrzehnten zu einer doch recht passablen Demokratie entwickelt hat? Und wer wird sich schon große Gedanken darüber machen, daß es die erste, wirklich echte Demokratie ist, die sich über einen so ungewöhnlich langen Zeitraum bei uns hat behaupten können. Wäre es schlimm, wenn ich mir wünschte, daß sich dann und wann auch mal einer daran erinnert, wie schwer wir's manchmal hatten mit dieser mittlerweile gestandenen Bundesrepublik? Der Ärger hat ja keineswegs lang auf sich warten lassen — schon im ersten Jahrzehnt war er voll und ganz da. Begonnen hat es in den ersten 50er Jahren mit der Remilitarisierungsfrage. Sie hat uns so heftige innergewerkschaftliche Diskussionen verschafft, daß sogar ein DGB-Vorsitzender kläglich daran gescheitert ist. Und weitergegangen ist es mit dem anfänglich etwas zögernden, dann aber ständig lauter werdenden Rammtamtam jener Unverbesserlichen, die sich von ihrem altgewohnten Stahlhelm und den SS-Runen nicht trennen können, bis hin zu den Bestrebungen der damaligen Regierungsparteien, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten. Mit unserem heiligen Zorn und dem „Göt-

tinger Appell“ führender Atomwissenschaftler sind wir gegen diese Beschlüsse des Bundestages auf die Straße gezogen und haben den Regierenden unseren „Kampf dem Atomtod“ angesagt. Die Kundgebungen, die wir damals in allen größeren Städten durchgeführt haben, waren so gut besucht, daß wir mit dieser Kampfansage auch unsere Maidemonstrationen 1958 ausgestattet haben. Wir haben sie damit zu den größten und eindrucksvollsten Malkundgebungen des ganzen Jahrzehnts gemacht.

Vor allem die Arbeiter und ihre Familien zahlen für den Krieg

Die Ostermarsch-Bewegung, die aus diesem Kampf gegen den Atomtod hervorging, hat sich bis in die späten 60er Jahre als eine weithin sichtbare, außerparlamentarische Kraft in unserem Ringen um Abrüstung und Friedenssicherung erwiesen. Nun fragt mich bitte nicht, warum wir damals auf die Straße gezogen sind. Ich müßte sonst bekennen, daß wir Angst hatten — nackte und peinliche Angst davor, daß es mit unserer Demokratie und mit unserer Friedensbereitschaft wieder einmal danebengehen könnte. Das hat uns auf die Barrikaden gejagt.

Noch bei allen kriegerischen Auseinandersetzungen sind es doch vornehmlich die Arbeitnehmer und ihre Familien gewesen, denen man die Last und die Leiden des Krieges aufgebürdet hat — noch immer waren es doch im wesentlichen ihre Söhne, die auf den Schlachtfeldern den Blutzoll für diejenigen zahlen mußten, die am Rüstungsgeschäft den großen Profit machen, und die noch bei jedem Kriegsgeschehen ihre Schädelchen ins Trockene zu bringen mußten. Und wenn man sie sich näher ansieht, diese Kriegs- und Rüstungsgewinnler, entdeckt man sehr schnell, daß es genau die gleichen Leute sind, die uns immer und immer wieder das alte, verlogene Märchen vom ehrenvollen Heldenod erzählen wollen.

Ich selbst gehöre zu jener Generation, die man in jungen Jahren zu den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs getrieben hat — ich weiß aus eigener Anschauung, daß

dieser „ehrenvolle Heldenod“ nichts anderes ist als ein zynisch und brutal vorbereiteter Massenmord — ein Gemetzel, das dem Schlachtfeld einen geradezu buchstabengetreuen Sinn und Inhalt gibt. Wer bei all diesen Schreckensbildern, die mir dort begegnet sind, noch davon zu sprechen wagt, daß es süß und ehrenvoll wäre, für das Vaterland zu sterben, bei dem ist schlicht und einfach die Lüge zu Haus. Das ist's, was mich veranlaßt hat, mit vielen anderen die Friedensbereitschaft und den

Friedenswillen einer jungen Demokratie auf die Straße zu tragen. Wir täteten's gemeinsam mit Sozialdemokraten, mit Kommunisten, mit Liberalen und mit Christlichen — ich freue mich noch heute, daß ich dabei gewesen bin. Und wenn ihr mich fragt, warum wir's nicht denen überlassen haben, die kraft Amtes dazu berufen waren, dann will ich Euch auch darauf eine Antwort geben.

Alle vier Jahre an die Wahlurne — das reicht nicht

Demokratie ist nicht nur eine Angelegenheit der Regierenden und der Parlamente, sie ist Sache aller Bürger — das kann und darf sich nicht darin erschöpfen, daß man alle vier Jahre einmal zur Wahlurne geht. Vielleicht haben wir den dreißigsten Geburtstag unserer Bundesrepublik nur deshalb feiern können, weil wir die Demokratie von Anfang an zu unserer eigenen Sache gemacht haben. Und wenn wir die Demokratie von Anfang an zu unserer eigenen Sache gemacht haben. Damals, als es um die Notstandsgesetze und um die Wiederbewaffnung ging und auch in jenen Tagen, in denen wir den „Kampf dem Atomtod“ ausgetragen haben. Macht weiter so, damit mir um den fünfzigsten Geburtstag unserer Demokratie — und vielleicht auch um den hundertsten — nicht bange zu werden braucht.

Dieser Beitrag des Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Kurt Georgi, war ursprünglich vorgesehen für eine Broschüre, die die Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag am 1. September herausgeben wollte. Der DGB-Bundesvorstand hat den Druck aber untersagt, da die Artikel — Autoren waren u. a. IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz und der frühere Gewerkschaftsredakteur Jakob Moneta — „zu links“ seien.

CDU/CSU — Regierungsbürokraten immer fleißig gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz

Fall 1: Auf einer Tagung aller Belegschaftsvertreter in den Ausschüssen für Jugendarbeitsschutz bei den 5 Gewerbeaufsichtsbüros in Rheinland-Pfalz und den DGB-Vertretern im Landesausschuß für Jugendarbeitsschutz war bekannt geworden, daß die Verwaltung der Gewerbeaufsicht sich vielerorts weigert, den Ausschußmitgliedern konkrete Zahlen über Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz zur Verfügung zu stellen, mit dem Hinweis, diese seien geheim.

Mit einer ähnlichen Argumentation wird bei der Auswertung der jährlichen Sonderaktion zum Jugendarbeitsschutzgesetz verfahren.

Ähnliche Säuerien der Behörden kennen wir ja schon vom „Spiel mit den Zahlen“ arbeitsloser Jugendliche, wo mal eben 100.000 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, einfach als „versorgt“ verbucht werden (siehe AK 166). Welch Verlaß auf die staatlichen Behörden ist, wird auch an dem Beispiel aus Rheinland-Pfalz deutlich: Die Ausschüsse bei den Gewerbeaufsichtsbüros waren 1976 bei der Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes extra neu eingerichtet worden, um die Information über dieses Gesetz zu verbreitern und

um Verstößen vorzubeugen. Eine sozialdemokratische Reform, die es mal wieder in sich hat!

Fall 2: In Baden-Württemberg versucht die CDU-Landesregierung nun schon das zweite Mal sogenannte ausbildungsfeindliche Argumentation der Landesregierung lautet, das Jugendarbeitsschutzgesetz sei schuld an dem Ausbildungsrückgang. Demgegenüber stehen jedoch die nackten Tatsachen: seit Inkrafttreten des Gesetzes haben sich die Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg zum Beispiel bei den Kfz-Mechanikern um 43,2 % und bei den Heizungs- und Lüftungsbauern um 43,5 % erhöht.

IG-Metall Vorstandsmitglied Georg Benz zu dieser Entwicklung: Gerade in vielen dieser kleinen Betriebe werde auch heute Ausbeutung statt Ausbildung betrieben und damit das unternehmerische Gewinnstreben über den Schutz der dort beschäftigten Jugendlichen gestellt.

Angesichts der CDU-Vorstöße heißt es in einer Resolution der Vollversammlung des Landesjugendringes

Baden-Württemberg vom 21.10.79: „Die Vollversammlung des Landesjugendringes lehnt das Vorgehen des baden-württembergischen Landtags ab. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist ein Gesetz zum Schutze der Jugendlichen vor seelischen und körperlichen Schäden im Betrieb. Das Vorhaben bedeutet, das Jugendarbeitsschutzgesetz weiter zu verwässern und zu verschlechtern. Durch Veränderung der Schichtzeiten, des Nachtarbeitsverbots, des Verbots der Samstags- und Sonntagsarbeit werden für die Jugendlichen keine besseren Ausbildungsbedingungen geschaffen (besonders betroffen sind die Lehrlinge im Hotel- und Gaststättengewerbe, Anm. AK).“

Fall 3: Kein geringerer als Franz-Josef Strauß wies die Berufsschulen in Bayern an, ihnen bekannt gewordene Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht an die Gewerbeaufsichtsbüros weiterzumelden. Dies bestätigte Anfang Juli auf Anfrage Kultusminister Maier. Seit 1962 hatten entsprechende Ausführungsbestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes bestanden.

Fall 4: Aber auch in sozialdemokratischen

Ländern sieht die betriebliche Praxis nicht viel anders aus. Das hessische Sozialministerium untersuchte kürzlich 1083 Betriebe. Es fand dabei 874 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Besonders häufig: die zulässige Arbeitszeit wird andauernd überschritten. Und auch an die Ruhepausen halten sich viele Betriebe nicht.

Fall 5: Die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins machte Ende Mai 1979 eine Fragebogenaktion zur wöchentlichen Arbeitszeit, Bezahlung der Lehrlinge etc. Gleich nach Ausgabe der Fragebögen, die in 6.000er Auflage gedruckt worden waren, wurden diese von Schuldirektoren in Lübeck und Kiel verboten und schließlich wurde die Befragung sogar vom Landesschulamt untersagt. Das Landesschulamt argumentierte: Solche statistischen Erhebungen gehören nicht in die gesetzliche Zuständigkeit der Schülervertretung. An sechs Schulen wurde die Befragung daraufhin trotz Verbot durchgeführt. Sehr interessant sind die Ergebnisse, die die Landesschülervertretung in einer Broschüre zusammengefaßt hat. Wir zitieren daraus ein Beispiel aus der

Kreisberufsschule Eutin: „Die erfaßten Lehrlinge (einer Landwirtschaftsklasse) müssen 45 bis 66 Stunden in der Woche und Samstag/Sonntag bis zu 8 Stunden regelmäßig arbeiten. Nach 7 Stunden Berufsschulunterricht müssen sie zur Arbeit. Ihre Einkünfte sind besonders niedrig und willkürlich. Von 540 DM brutto erhalten die Lehrlinge 90 – 110 DM im Monat ausgezahlt, weil der Betrieb Kost und Logis abrechnet.“

Verständlich, daß dem Landesschulamt daran gelegen war, solche Schweinereien lieber nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen.

Quellen: Broschüre der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen (Bestellungen: Thomas Hinrichsen, Ascheberger Str. 9, 23 Kiel 14; „ran“ 11/79; „Jugendpol. Blätter“ 9/79; „Jugendpol. Dienst“ 26.10.79; „Die Neue“, 3. und 7.11.79.

Lehrlingskommission, KB/Hamburg

Skandinavien

Charta 79 — Samen fordern ihr Recht

Wie schon im AK 165 berichtet, geht der Kampf der Samen gegen die geplante Aufstauung des Altaflusses im Norden Norwegens weiter. Parallel zu dem Camp in dem Gebiet der Samen, das gegen den Baubeginn eingerichtet wurde, wurden in Oslo Demonstrationen und Aktionen durchgeführt, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nicht nur in Norwegen auf die Verletzung der Rechte der Ureinwohner im Norden Skandinaviens zu lenken.

Sie nahmen uns das Land Stück für Stück

„Wir haben erfahren, wie das Land, in dem wir leben und wohnen, von uns genommen wurde, wie unser Land verkleinert wurde, seine Reichtümer geraubt und wir zurückgedrängt wurden. Andere haben uns besteuert, andere haben unser Land in Besitz genommen und geteilt und mit Grenzen unser Volk gespalten. Wir sind ein Volk mit einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Geschichte und Kultur und wir haben ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl... Erst

wenn wir rechtlich, sozial und ökonomisch eine gesicherte Stellung bekommen haben, kann unser Kulturleben zur vollen Entwicklung kommen und zu einer lebendigen Kultur werden“ (aus dem gemeinsamen Programm der Samen, 1971).

Die jetzt in Oslo vor dem Storting (norwegisches Parlamentsgebäude) demonstrierenden Samen, die dort ein Samenzelt aufgebaut haben, geben inzwischen eine Zeitung heraus: „Charta 79.“ Sie haben dies tun müssen, nachdem ihre Bemühungen dafür, daß das norwegische Parlament über das geplante Alta-Stauwerk nicht noch einmal verhandeln wollte, zurückgewiesen wurden. Mit den Samen selbst schien es nicht nötig, in Verhandlungen zu treten. „Wie bekannt, erhob im Sommer Norwegens Umweltschutzverband Klage gegen den Staat mit der Behauptung, daß der Beschluß über den Ausbau des Alta-Stromes ungültig sei. Gleichzeitig forderte der Verband, daß die Bauarbeiten solange gestoppt werden sollten, bis dieser Prozeß abgeschlossen ist. Durch Spruch vom 7.9.79 wies das Kreisgericht Alta diese Forderung mit der Begründung ab, daß keine

entscheidenden Ungültigkeitsgründe vorgelegt werden konnten.

Auf dem Hintergrund der klaren Beschlüsse des Parlaments und der weiteren Entwicklung in der Sache kann die Regierung der Forderung nach Stopp des Ausbaus des Alta/Kautokeino-Stromes nicht nachgeben. Die Frage samischer Rechte in Verbindung mit dem (Wasser-)Kraftausbau wird auf übliche Weise durch das Gutachterrechtsverfahren behandelt werden.“ (Ministerpräsident Odvar Nordli in einem Brief an die Samen in Oslo am 9.10.)

Die Gruppe Samen vor dem Storting hatte am 8.10. verlangt: „Wir verlangen, daß die Regierung/das Parlament den weiteren Ausbau des Alta/Kautokeino-Stromes solange stoppt, bis die Fragen der Samen von einem Gericht rechtskräftig behandelt worden sind. Wir erwarten eine Antwort bis zum Dienstag, 9.10.“ Sollte bis dahin keine konkrete Antwort vorliegen, wollte die samische Aktionsgruppe in den Hungerstreik treten.

Ihre Forderungen lauten außerdem: „Wir verlangen, daß in allen zu-

künftigen Sachen, die unser Land betreffen, der norwegische Staat unsere Organisation und samische Gruppen kontaktiert, bevor Eingriffe in samische Gebiete geplant werden... Wir sind Samen und wollen Samen sein, ohne deswegen weniger oder mehr als andere Völker in der Welt zu sein... Die Volksaktion gegen den Ausbau des Alta/Kautokeino-Stromes ist ein großer Sieg der politischen Besinnung... Wir wollen kein Kraftwerk bei Savi-so haben. Wir wollen keinen 120m hohen Damm haben, der eine der Pulsadern des Samenlandes verstopft. Es geht um eine Kultur, die gewaltfrei und anders ist, in einer Welt voller Gewalt und Rüstungswahnsinn!

Wir wollen, daß die Lachse silbergrau und elegant im Alta/Kautokeino-Fluß springen... Wir wollen, daß 30.000 Rentiere hier herumziehen, wie sie es immer gemacht haben... Die gewaltlose Kultur der Samen und anderer Urbevölkerungen sollte die Aufmerksamkeit der großen Staatslenker auf sich ziehen. In den Kulturen der Urbevölkerungen findet sich ein Schlüssel zur Lösung von Konflikten mit Hilfe friedlicher Mittel, der auch die Aufmerksamkeit von Forschern, Autoren und Politikern erregen müßte. Doch wenn die Samen mehr und mehr in das europäische Kulturmuster gezwungen werden, welches sich ja eben durch Gewalt auszeichnet, wächst natürlich die Gefahr, daß Samen für die Lösung ihrer Konflikte in der Gewalt Zuflucht suchen... (Hervorhebung AK)

Mit den schon oben dargestellten formalen Argumenten versuchte man, die Forderung der Samen gegenstandslos zu machen, daraufhin traten sieben der Samen in einen Hungerstreik.

Obwohl die Aktion von der Osloer Bevölkerung stark beachtet und unterstützt wurde und Abgeordnete der verschiedenen Parteien sich informierten und die Samen darin eine Bestätigung für ihre Demonstration sahen, wurde das Lager der Samen und ihrer Sympathisanten am 11.10. von der Polizei gestürmt. Das am nächsten Tag wieder errichtete Samenzelt wurde zwei Tage später erneut von der Polizei (nachts!) überfallen und daraufhin der Platz vor dem Parlamentsgebäude abgesperrt, sogar Parlamentsmitglieder mußten sich ausweisen, um in den Storting hineinzukommen.

Die völkerrechtliche Dimension

Die Samen weisen in allen Veröffentlichungen darauf hin, daß eine Verletzung ihrer Rechte einen Verstoß gegen die Rechte der Urbevölkerungen beinhaltet. Norwegen ist in der



Vor dem Storting (alle Bilder aus: Charta 79 nr. 1)

UNO vertreten, dort ist die Stellung und die Rechtslage der Urbevölkerungen ausgiebig behandelt worden. Norwegen selbst hat an den Verhandlungen nicht nur als Zuhörer teilgenommen: Auf der Rassismuskonferenz der UNO in Genf im August 1978 sagte der Staatssekretär und jetzige Verteidigungsminister Thorvald Stoltenberg:

„Und meine Regierung ist auch bekümmert über andere und weniger erklärte Beispiele von klarer Diskriminierung gegenüber ethnischen und rassenmäßigen Minoritätsgruppen, dort, wo die entsprechenden nationalen Behörden darin versagt haben, ihnen hinreichend Schutz und Anerkennung zu geben... Es ist ein trauriges Faktum, daß die Existenz von Urbevölkerungen und ihre Möglichkeiten zu überleben, ernsthaft bedroht sind. In Norwegen haben die Samen eine lange Geschichte der Diskriminierung und versuchten Zwangsassimilierung (Eingliederung, Anm. AK)

hinter sich. Heute ist das nicht mehr der Fall, doch es muß eingeräumt werden, daß wir noch weit davon entfernt sind, die Uebel früherer Übergriffe ausgeräumt zu haben.“ Am 30.11. — drei Monate später — beschloß das Parlament den Ausbau des Alta-Kautokeino-Stromes, der die Rentierweiden mitten im größten samischen Wohngebiet zerstören wird.

Schon oft sind völkerrechtliche Bestimmungen und Verordnungen auch im Falle der nordskandinavischen Urbevölkerung nicht beachtet und verletzt worden. „In der Konvention der UNO vom 16.12.66, die alle nordischen Länder ratifiziert haben, heißt es u.a.:

- daß alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben
- daß alle Völker über ihre Ziele frei entscheiden können sowie über ihre natürlichen Reichtümer und Rohstoffe
- daß die an dieser Konvention teil-

Fortsetzung nächste Seite



Wir sprechen nicht die gleiche Sprache



Hungerstreik

nehmenden Staaten an der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes mitwirken und dieses Recht respektieren sollen.

Dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker ist auch Grundlage der UNO-Deklaration über die Abschaffung der Kolonialsysteme von 1960. Weiter heißt es über das Recht auf Selbstbestimmung: „...daß alle Völker frei über ihre politische Stellung und auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ihre eigene Entwicklung bestimmen können.“ Hier ist das Kollektiv gemeint: „Das Volk.“

Artikel 27 der UNO-Konvention lautet: „In den Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minoritäten gibt, sollen die Angehörigen solcher Minoritäten nicht des Rechts beraubt werden, zusammen mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe, ihre eigene Kultur zu entwickeln, ihre eigene Religion zu praktizieren oder sich zu ihr zu bekennen oder ihre eigene Sprache zu benutzen.“

Der Interessensverein der in Oslo lebenden Samen (Oslo Samiid saer 'vi) schreibt dazu: „Nach außen zeigt sich Norwegen als ein warmer Fürsprecher für Rechtssicherheit und Demokratie gegenüber Urbevölkerungen. In Norwegen werden wir Zeugen davon, daß vom Volk gewählte Organe sogenannte gesetzliche Beschlüsse fassen, die total über die Köpfe der Urbevölkerung, der Samen, hinweggehen.“ (Aus einer Presseerklärung)

Land – nicht Geld

Die Samen fordern auf der Grundlage der Rechte der Urbevölkerung auf ihr Gebiet keine Abfindung für den Landraub, sondern Rückgabe ihres Landes und Berücksichtigung der samischen Bevölkerung in Fragen, die ihre Angelegenheiten betreffen. Sie sind zu einem Ausverkauf samischer Regionen nicht bereit. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß Gewohnheitsrecht Eigentumsrecht begründet, d.h. die Gebiete, in denen jahrhundertlang Rentiere geweidet wurden, den Samen gehören sollen. Der Landesverband der norwegischer Rentiersamen (NRL) beschloß 1960 eine Resolution, welche die Rechtsfrage betrifft: „Davon ausgehend, daß wir Samen die ältesten Einwohner des Landes sind, sollten wir wohl das Recht der Erstgeborenen auf Land und Wasser in den Gebieten haben, in denen wir unser Gewerbe ausüben und in denen wir wohnen und wir verlangen unser Recht anerkannt und festgeschrieben.“

Heute sei die Situation so, meint ein samischer Arzt in der Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung, daß die Großgesellschaften unter Hinweis auf ihre erworbenen Souveränität einfach weitermachen und verheimlichen, daß sie damit internationale Abkommen brechen. Doch nach der Theorie der ursprünglichen Rechte machen sie sich schulinternationale Abkommen brechen. Doch nach der Theorie der ursprünglichen Rechte machen sie sich schuldig im Bruch internationaler Rechtsauffassung. Die International Union for Conservation of Nature erklärte 1976 in einer Resolution, „daß Regierungen von Ländern, in denen noch Völker wohnen, die zu besonderen eingeborenen Kulturen gehören, das Recht dieser Völker anerkennen müssen, auf den Gebieten zu leben, die traditionell zu ihnen gehören und Rücksicht auf die Ansichten dieser Völker nehmen müssen. ... Es ist daher überhaupt nicht verwunderlich, wenn die Urbevölkerungen in der Welt folgendes Schlagwort verwenden: 'Land – nicht Geld!'. Sie sagen, daß Verluste an Land wachsende Unterdrückung bedeutet, während Kontrolle über das Land sie in die Lage versetzt, eine Zukunft nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu formen.“ (Aus der Chronik)

Der Kampf geht weiter

Trotz der massiven Behinderungen der Samen in dem Zelt vor dem Storting wurde der Hungerstreik sieben Tage lang durchgehalten. Dann versprach die Regierung, das Problem Alta innerhalb von sechs Wochen noch einmal im Parlament zu behandeln. Nun ist man offensichtlich auch bereit, mit Vertretern der Samen direkt zu verhandeln, das erste Mal in diesem Kampf. Der Verband der Oslo-Samen hat bei der Durchführung seiner Aktion große Unterstützung bekommen, große Reaktionen auch aus dem Ausland, viele Solidaritätsadressen und Telegramme trafen ein. Vertreter der Indianer und der australischen Urbevölkerung kamen und solidarisierten sich.

Über den Fortgang des Kampfes der Samen für die Rechte der nördlichen Urbevölkerung und gegen den Ausbau des Alta-Flusses zum Stausee werden wir weiter berichten.

(Alle Zitate sind der „CHARTA 79“ Nr. 1 entnommen)

Skandinavienkommission

Spanien

Folter und Terror in Spanien

„Wenn ich jetzt sage, daß in der Zeit von November 1978 bis Ende März 1979, also während der Wahlkampagnen und des Verfassungsreferendums ... die Zahl der aus politischen Gründen gefolterten Personen 500 übersteigt, bin ich sicher, daß das Erstaunen groß sein wird und möglicherweise einige Leute Zweifel anmelden werden.“

Mit diesen Worten beginnt ein kürzlich von Eva Forest (1) veröffentlichtes Buch, das unbestritten politischer Zunder im heutigen spanischen Staat ist. Denn Folter, Schreckensberichte über Mißhandlungen von politischen Gefangenen in großen Ausmaßen ... daran war man während der 40 Jahre Faschismus in Spanien grausam gewöhnt worden. Kaum jemand wurde durch Folterberichte in Erstaunen gesetzt, denn schließlich gehörten Frankismus und Folter zusammen wie Pech und Schwefel.

Aber Folter im heutigen Spanien? Im neuen, „demokratischen“ Modellstaat, der sich angeblich so fließend und friedlich vom Faschismus zur Demokratie gemausert hat? Mehr als 500 bekannte Fälle von Folterungen aus politischen Gründen in weniger als 5 Monaten? Und das zu einer Zeit, in der die Parlamentswahlen, die Kommunalwahlen und das Verfassungsreferendum stattfanden, einer Zeit also, die ganz im Zeichen nicht endenwollender Komplimente für das politische System in Spanien stand (sowohl in der spanischen, als auch besonders in der westeuropäischen Presse)...

Wahrscheinlich werden auch hier in der BRD nicht wenige Leute(auch Linke) mit einer gewissen Verwunderung auf diese Information reagieren. Aber Folter ist in den Kommissariaten, Gefängnissen, im heutigen Spanien gang und gäbe, tagtäglich präsent.

Und vor allem in Euskadi gehören im Rahmen der Terroristenhetze und laufender Verhaftungen von Leuten, die irgendwie im Verdacht stehen, mit ETA zu tun zu haben, Foltermethoden schlimmster Art weiterhin zum alltäglichen Geschäft der Polizei.

Verhaftungen als seelische Folter

Im Baskenland werden fast täglich Leute festgenommen, manchmal bis zu 200 pro Tag, einige bleiben für wenige Stunden im Kommissariat. Leute festgenommen, manchmal bis zu 200 pro Tag, einige bleiben für wenige Stunden im Kommissariat, andere zwischen 1 und 3 Tagen, wieder andere bis zu 15 Tage oder gar für unbestimmte Zeit (je nach Verdachtsmomenten).

Wie laufen solche Verhaftungen ab? Eva Forest zitiert in ihrem Buch die Aussagen einer Soziologiestudentin, die exemplarisch für viele andere stehen:

„Sie verhafteten mich in San Sebastian, wo ich mit einigen Freunden lebe, am Morgen des 4. Dezember (1978), wenige Tage vor dem Verfassungsreferendum. Am Tage zuvor hatten sie einen Genossen verhaftet und mit seinem Schlüssel drangen sie in die Wohnung ein, während ich schlief. Plötzlich wachte ich auf und sah eine Maschinenpistole auf mich gerichtet. Ich war wie gelähmt vor Schrecken, ohne überhaupt zu verstehen, was passierte. Es waren vier im Zimmer und ich mußte mich vor ihnen anziehen. Die anderen stellten derweil die Wohnung auf den Kopf und durchsuchten alles. Sie sagten noch nicht mal, daß sie von der Polizei waren; erst nach einiger Zeit fragten sie mich, ob ich einen Zeugen wolle. Daraufhin ich: „Ja, soll das heißen, ich werde verhaftet?“ Sie bejahten und gingen anschließend hinaus, um irgendeinen Nachbarn zu holen. Es machte ihnen aber niemand die Tür auf. Sie gingen dann nach draußen und zwangen einen Herrn, der dort spazieren ging, sie nach oben zu begleiten. Der Mann beschwerte sich, er verstehe überhaupt nicht, was da vor sich ginge. Er war wütend ... die ganze Zeit diskutierte er mit ihnen und weigerte sich schließlich, die Zeugenerklärung zu unterschreiben, woraufhin sie ihn auch noch verhafteten. Wir gingen dann runter auf die Straße, die Spannung war sehr groß, der Mann schrie die ganze Zeit, daß sei ein Überfall und sie waren auch sehr nervös, weil sie keinen Skandal wollten. Auf der Straße standen mehrere Wagen. Getrennt fuhr sie uns zum Gouverneursgebäude, dort zogen sie mich an den Haaren und einer meinte ganz cholerisch:

„Na, was ist denn jetzt mit deinem Zeugen?“

„Unter ständigen Drohungen schubsten sie mich dann in den Raum, wo sie die Personalien aufnehmen ...“

Verhaftungen im Rahmen der „Terroristenfahndungen“ laufen auf die verschiedenste Art und Weise ab: manche Leute werden vom Arbeitsplatz weg verhaftet, indem man ihnen vorgaukelt, es handle sich um eine Routinebefragung; andere werden einfach auf der Straße festgenommen, meistens so, daß sich zwei oder drei Typen in den Weg stellen und jemanden zwingen, ins Auto zu steigen; oder einfach auch, wie in dem oben zitierten Fall, daß die Polizei einfach in die Wohnungen eindringt, dabei z.B. Türen einschlägt. Es ist auch schon vorgekommen, daß Leute an der Grenze festgenommen wurden und man ihnen einen Strick um den Hals legte und sie dann wie Hunde abführte ...

Gesetzlicher Rahmen für diese Verhaftungen ist das Ende 1978 verabschiedete „Gesetz gegen bewaffnete Banden und Terrorismus“. Nach diesem Gesetz kann jede beliebige Person, jederzeit, unter jedem beliebigen Vorwand, festgenommen werden! Die Polizei braucht keinerlei richterliche Anordnung, keine Hausdurchsuchungsbefehle und braucht sich hierbei nicht einmal an die in der Verfassung vorgesehenen Vorschriften zu halten, daß bei Verhören der Rechtsanwalt dabei sein darf.

Da dieses Gesetz vor allem in Euskadi breit zur Anwendung gelangt ist, hat sich dort im Laufe der Zeit ein Terrorklima entwickelt, von dem große Teile der Bevölkerung betroffen sind. Niemand weiß im Falle einer Festnahme, ob es sich nun um Polizei handelt oder um faschistische Schlägerkommandos, die unter dem Vorwand der Festnahme Leute in die Berge führen, dort zusammen schlagen und liegenlassen.

Allerdings ist dieser Unterschied mittlerweile auch nicht mehr so groß, denn es ist schon wiederholt vorgekommen, daß sich die Polizei der gleichen Methoden bedient, bevor sie dann die Festgenommenen ins Kommissariat bringt.

Das Schlimme hierbei ist vor allem die völlige Ungewißheit darüber, was geschehen wird.

„Die Festnahme selbst wird somit zu einer der schlimmsten Formen psychologischer Folter.“

„einer der schlimmsten Formen psychologischer Folter.“

Zynismus...

„Wir haben heute mehr Macht als zu Francos Zeiten. Wir können mit Dir machen, was wir wollen, keiner erfährt was davon... Ist nicht mehr so wie früher, als die in Europa für Euch auf die Straße gingen...“

„Na ja, ist ja heute kein Frankismus mehr, wir haben ja Demokratie, Du darfst also frei wählen: sollen wir weiter machen mit dem Verhör oder erst morgen? So wie bis jetzt oder hättest Du gern die Eisenstangen da vorne...“

Während seines Verhörs mußte Mikel Saraketa derartige zynische Sprüche über sich ergehen lassen. Als einer der Bullen ihm die Handschellen abnahm, meinte er: „Du kannst frei wählen: Operationstisch oder Elektroschocks...“

Groteske und Zynismus kennen bei vielen Polizisten, die ja überwiegend alle durch die faschistischen Polizeischulen unter Franco gegangen sind, keine Grenzen. Durch die ständigen Anspielungen auf Demokratie und politische Überzeugungen der Festgenommenen werden viele Verhöre zu abstrusen Theateraufführungen umfunktioniert, bei denen es hauptsächlich darum geht, die Verhörten zu verhöhnen, zu erniedrigen und letztlich zu entwürdigen.

Mikel S. weiter: „Im Archivraum erwarteten mich die vom letzten Mal. Ich war kaum drin, als mir der aus Madrid sofort eine vor mein gesundes Ohr knallte (ich habe ein operiertes Ohr aufgrund der Folterungen aus dem Jahre 1974. Ich sage das, um klarzumachen, daß die hiervon aus meinen Unterlagen wußten und sehr darauf bedacht waren, mein operiertes Ohr nicht anzurühren). Auf der anderen Seite des Büros nahm gerade einer die Personalien von einem Jugendlichen auf. Ich hörte, daß sie ihn zweimal schlugen und hörte einen Schmerzschrei. 'Gib mir die Hand', sagte einer zu mir. Er nahm sie, drehte mir den Arm um und bog

mir das Handgelenk nach innen. Ich schrie auf. Da ließ er mich los, nahm den anderen Arm und wiederholte alles noch mal, aber diesmal noch fester. Als ich wieder schrie, gab er mir eine Ohrfeige: 'Hör auf zu schreien, sonst bring ich Dich um' ... All das wiederholte sich viele Male, unterbrochen von kurzen Intervallen, bei denen er sich über die Demokratie lustig machte ...“

„Du bist ein Terrorist – meinten sie zu Antton - und wenn nicht, dann werden wir das einfach sagen und man wird uns glauben; wir sind ja jetzt die Freunde von Euern Führern ...“

Machtdemonstrationen dieser Art sind sehr häufig; das Traurige hieran ist allerdings, daß sie nicht ganz aus der Luft gegriffen sind, sondern die unverhohlenen „antiterroristischen“ Parteinahmen verschiedener „linker“ Organisationen zum Anlaß nehmen: ob nun die leidenschaftliche Agitation der KP Euskadis für eine breite „Anti-Terrorismus-Front“ (sprich „Anti-ETA-Front“) oder auch gewisse Praktiken der mittlerweile in die PTE (Partido de los Trabajadores de Espana) aufgegangenen ORT, militärischen und polizeilichen Institutionen nach ETA-Attentaten Beileidsbesuche abzustatten oder auch die Stimmungsmache der PSOE, ETA-militär und Sympathisanten als Faschisten abzuqualifizieren. Dies alles hat seine Wirkung getan und schlägt letztlich als Bumerang gegen die Bevölkerung Euskadis zurück, denn durch diese Politik ist nicht „die Demokratie“ gestärkt, sondern große Verwirrung gestiftet worden, aus der einzig und allein die Rechte samt ihrer offiziellen und inoffiziellen Repressionsorgane den Nutzen zieht.

Alfonso Salazar mußte sich, mit der größten Selbstverständlichkeit vorgetragen, folgendes anhören: „Die Demokratie ist eine einzige Lüge, genauso wie die Verfassung. Nach der Verfassung hast Du ja das Recht auf einen Anwalt, nicht wahr? Na, dann werde ich Dir mal erklären, daß das alles Quatsch ist. Stell Dir mal vor, wir rufen Deinen Anwalt an, wenn Du hier ankommst, um 4 Uhr morgens z.B., um diese Uhrzeit machen wir dann Feierabend und gehen. Aber später rufen wir ihn wieder an, so gegen 10 Uhr morgens, und haufen kurz darauf wieder ab. Das gleiche dann nochmal um 4 Uhr nachmittags, um 1 Uhr nachts, später dann wieder um 6 Uhr morgens ... und das drei dann nochmal um 4 Uhr nachmittags, um 1 Uhr nachts, später dann wieder um 6 Uhr morgens ... und das drei Tage lang, ... Du kannst sicher sein, daß Dein Anwalt, wer immer das auch sein mag, die Nase voll kriegt: 'Mein Mandant kann mich am Arsch lecken'. Merkst Du was? Alles Lüge ...“

Die mit Etiketten wie „politische Reife“, „nationales Verantwortungsbewußtsein“ usw. verbrämte Konsenspolitik einiger „linker“ Parteien, die Politik der Beschönigung einer zum Nutzen der Rechten gemachten Verfassung erscheint hier im „rechten“ Licht. Der realen Machtverhältnisse im heutigen spanischen Staat: letztlich nur Hohn und Spott für die Demokratie und diejenigen, die für den demokratischen Legitimationsrahmen des politischen Reformsystems von Suarez die Hosen herunter gelassen haben. Niemand soll sich hier irgendwelchen Täuschungen hingeben: die Haltung von Suarez und den politischen Verantwortlichen der Rechten in Madrid und anderswo in Spanien gegenüber den wenigen in der Verfassung verbrieften Rechten und Freiheiten ist prinzipiell nicht anders als die plumpen, vulgären Hänseleien jener Bullen in Bilbao.

Aber weiter mit den von Eva Forest zusammengetragenen Berichten: „Diesmal zerrten sie mich an den Haaren und stießen mich in die Zelle. Dort gings mir sehr schlecht. Die Handgelenke taten mir weh und auch das Gesicht, aber das schlimmste von allem war die Atmosphäre dort, das, was sie mir angedroht hatten, das, was mir noch bevorstand, die Bekanntheit, die vorbeigingen, die Schreie, die Angst um die Familie. Ich hatte Schreckensvisionen und ich glaube, daß ich eine regelrechte Horrorkrise durchlief. Ich weinte und zitterte und muß sehr schlecht ausgesehen haben, denn sie brachten mich mit einer anderen zusammen, die auch zitterte, weil sie bei der Festnahme sehr geschlagen worden war. Ich wollte nicht, daß sie mich anrührten, daß sie mir näherkamen. Ich hab über all das nur noch konfuse Erinnerungen,

ich weiß nicht, ob ich das Bewußtsein verlor, ich erinnere mich fast an nichts mehr, nur Angst und Schrecken.“

Andere Berichte geben genauere Auskünfte über das, was in den Zellen geschah (und weiterhin geschieht); denn einigen erschien die Zelle als die erträumte Erlösung von den brutalen und entwürdigenden Verhören auf den Kommissariaten. Die Erniedrigungen jedoch gingen weiter. Auf dem Weg zur Zelle mußten viele durch ganze Bullenspaläre hindurch, wo sie bespuckt, getreten, geschlagen und beleidigt wurden:

„In den Gefängnissen wurden wir unaufhörlich von der bewaffneten Polizei beleidigt und bedroht. Einige schlugen uns, andere zwangen uns, die ganze Zeit mit gekreuzten Armen zu stehen, bis wir die Arme vor Erschöpfung herunterließen, dann schlugen sie uns und zwangen uns erneut, sie hochzunehmen. Sie schüttelten auch ganze Wassereimer auf den Boden, so daß wir nicht schlafen konnten ... Wir mußten brechen und uns war ständig übel ...“

Soweit Carlos Catalan im Namen einiger Verhafteter aus Navarra.

Ein anderer, Zavala, berichtet davon, daß man ihn nicht zur Toilette lassen wollte: ... „außerdem sagten sie mir, daß, wenn ich in die Zelle pinkeln würde, ich alles mit der Zunge auflecken müßte; ich hab mir dann in die Hose gemacht.“

In die Zelle von Koldo Errati drangen zwei Polizisten ein und schlugen ihn so lange, bis er ohne Bewußtsein war. Eva Forest bemerkt an dieser Stelle, daß „es wahrscheinlich solche Situationen sind, in denen „tragische“ Unfälle oder sogenannte „Selbstmorde“ geschehen, die später niemand mehr aufzuklären instande ist ...“ und „... die zur Gewohnheit geworden sind.“

Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten mit Polizeipraktiken in der BRD sind in diesem Fall natürlich rein zufällig ...

(wird fortgesetzt)

(1) Eva Forest, Anwältin und Journalistin, war 1975 unter dem Frankismus wegen einer angeblichen Beteiligung an einem Attentat inhaftiert und von der Anklage mit Todesstrafe bedroht. Sie wurde dann amnestiert.

Ein Genosse von MC

Ein Genosse von MC

Die baskische linke Organisation „Euzkadiko Ezkerra“ hat eine politische Kampagne zur Anklage der zigfachen Fälle grausamer Foltermethoden eingeleitet. Der Abgeordnete von „Euzkadiko Ezkerra“, der Rechtsanwalt Bandres, hat diese Vorfälle in einem offenen Brief an den spanischen Innenminister dokumentiert und in Pressekonferenzen, etc. der Öffentlichkeit bekannt gemacht und mehrere Strafanzeigen gestellt. Die spanische Regierung bestreitet jedoch alle Vorwürfe und spricht von einer gezielten „Diffamierungskampagne gegen die staatlichen Ordnungskräfte“.

Am 11.11. entführte der politisch-militärische Flügel der ETA den Abgeordneten der Regierungspartei UCD, Ruperez (bis heute hat die spanische Polizei keine Spur von dem Entführten). In einem Kommuniqué stellte ETA-pm folgende Forderungen auf, über die sie mit der Regierung verhandeln will:

- Sofortige Freilassung von fünf schwerkranken politischen Gefangenen;
- sofortige Bildung einer Untersuchungskommission durch den baskischen Generalrat zur Erforschung der Fälle von Folter in allen vier baskischen Provinzen sowie Erforschung der Verantwortlichen für den Mord an drei Linken in den letzten Wochen.

Der baskische Generalrat wird von der Regierung unter Druck gesetzt, um eine solche Untersuchungskommission nicht zu bilden.

Allerdings hat der Vorsitzende der nationalkonservativen PNV angesichts der erdrückenden Beweise schon öffentlich zugegeben, daß die Strafanzeigen gegen die Polizei zu Recht gemacht wurden.

Die Linie der spanischen Regierung ist in dem Entführungsfall betont „hart“ (Vorbild BRD?), sie weigert sich – zumindest offiziell – irgendwelche Verhandlungen mit den Entführern einzuleiten.

Nachtrag der Spanien-Kommission

Niederlande

afrika



„UC Nee“

— auch heute noch RSA torpediert Namibia-Konferenz

„UC nee!“ — Ultrazentrifuge Nein! —, diese Parole der 50.000 Teilnehmer der Demonstration gegen die Vergrößerung der UC und die Uranlieferungen an Brasilien in Almelo im letzten Jahr gilt nach wie vor. Auch wenn es keine 50.000 mehr sind, wie bei der — nach Kenner-Urteil — „schönsten Demonstration des Jahres 1978“.

Das Twents Energie-Komitee, seinerzeit zur Mobilisierung im Raum Almelo gebildet, führte im Sommer dieses Jahres eine Befragung unter den 62.000 Einwohnern Almelo durch. Es beteiligten sich rund 10.000, fast alle, die bei der Befragung angetroffen worden waren. 90,4% waren der Meinung, daß das niederländische Volk ein Mitbestimmungsrecht über die weitere Arbeit mit Atomenergie haben muß; 86% wollten diese Mitbestimmung auch auf Atomprojekte auf dem Boden der BRD ausgedehnt wissen (hier spielt eine besondere Rolle, daß im wenige Kilometer entfernten westdeutschen Ahaus ein „Zwischenlager“ für Atom Müll geplant ist); 70,6% lehnten eine weitere Arbeit mit Atomenergie in der gegenwärtigen Situation überhaupt ab. („tribüne“, Ztg. der Socialistische Partij, Nr. 15, Juli '79).

Die seinerzeit von den Trägern der Almelo-Demonstration diskutierten Pläne — Sperrung der Zufahrtswege zur UC, Zeltlager etc. — sind aus diesem Kreis heraus nicht mehr verwirklicht worden. Hier ist nun eine neue Gruppierung aktiv geworden: die BI (aktive Gruppe) „Breek de Atoomketen Nederland“ — Brecht die Atomketten. BAN war in der Vergangenheit schon an einer Blockadeaktion beteiligt, mit der verhindert werden sollte, daß im Hafen von Ijmuiden Fässer mit „Atom Müll“ verladen werden. Die BI hat im Hafen von Ijmuiden Fässer mit Atom Müll verladen und diese dann im Ozean abgekippt werden. BAN vertritt strikt die Auffassung von „direkter, gewaltloser Aktion“ — die Aktionen müssen ein direktes Ziel haben (Geländebesetzung, Straßenblockade etc.), „Gewalt“ darf auch zur Verteidigung der eigenen Person nicht angewendet werden („onderstroom“ Nr. 22, Okt. 79, Nijmegen).

Vom Morgen des 15.10. an blockierten rund 100 Mitglieder von BAN die Zufahrten zur UC in Almelo. Einige hatten sich an die Tore angekettet. In der UC selbst konnte weitergearbeitet werden, die Bauarbeiten zur Vergrößerung der Anlagenkapazität um 400 t aber waren lahmgelegt, da

kein Transport mehr die Tore passieren konnte — dies war auch das eigentliche Ziel von BAN.

Der Almeloer Bürgermeister Schneiders, gegenüber den 50.000 Demonstranten damals hübsch bescheiden und vor allem um Beschäftigung bemüht, machte hier schon am nächsten Tag den starken Mann: „Wir haben den BAN-Mitgliedern breiten Raum gegeben, ihre Auffassungen zu vertreten. Die Grenze war jedoch am Dienstagmorgen erreicht. Durch die Sperrung der Tore konnten keine Güter in den Betrieb oder aus ihm heraus transportiert werden. Die Aktionsführer wurden Urenco (Betriebsgesellschaft der UC — Anm. AK) deutlich zur Last“ — und dazu ist Demokratie ja nun nicht da, um wirklich etwas zu verhindern ...

98 Teilnehmer der Aktion wurden festgenommen, die sich festgekettet hatten, von der Polizei mit Bolzenschneidern von den Toren abgeschnitten. 75 BAN-Mitglieder erhielten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, die restlichen 23 wegen Versperrung öffentlicher Wege.

Besondere Delikatesse erhält Bürgermeister Schneiders eifertiges Bemühen, den UC-Betreibern die „Last“ vom Hals zu schaffen hierdurch: In der Woche der Blockade-Aktion wurde im niederländischen Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Anteilsverhältnisse an der UC neu geregelt werden sollen. Die fünf Großkonzerne (u.a. Shell), die neben dem niederländischen Staat die bisherigen Anteilseigner der UC waren, hatten nämlich, als größere Investitionen erforderlich wurden, ohne daß schon das große Geld gemacht war, eine Aufstockung ihrer Anteile verweigert.

Die Aufstockung ihrer Anteile verweigert. Der niederländische Staat, der bisher 163 Mio. Gulden (ca. 150 Mio DM) in die UC gesteckt hatte, ist damit Besitzer von 98% der Anteile geworden. Den Konzernen hätte damit großzügigstenfalls noch ein Beobachterposten im Aufsichtsrat zugestanden. Die Autoren des Gesetzentwurfes wußten jedoch, was sie ihren Herren schuldig sind: Im neugebildeten Aufsichtsrat sollen den Konzernen (2% der Anteile) sieben Sitze zufallen, dem niederländischen Staat (98% der Anteile) vier! Da wird sich jetzt die unternehmerische Initiative voll ausleben können ... („de Volkskrant“, 16. u. 17.10.79).

Niederlande-Kommission

Schreibt doch mal!

In der Niederlande-Kommission sind mittlerweile nicht mehr alle Tage grau: Ein AK-Leser aus Bottrop („jedes Mal hungrig auf die nächste Nummer“) hat sein Interesse an der Mitarbeit in der Kommission angemeldet (ein KB-Mitglied hat sich allerdings bisher nicht auf den Hilferuf im AK 165 gemeldet!) und ein Kollege aus dem Hafen („Der AK ist sein Geld wert, auch wenn nicht jeder Artikel meine Zustimmung findet“) schreibt uns:

„Zwar etwas verspätet, aber nicht minder aktuell kam der ausgezeichnete und aufklärende Bericht über den Streik der Rotterdamer Hafnarbeiter in AK 165. Es war für uns Hamburger Hafnarbeiter — leider nicht für alle, denn sonst waren an den massenhaft umgeleiteten Schiffen der VR China nicht derartig viele Doppelschichten abgeleitet worden — schon ein verdammt beschissenes Gefühl, unseren im Streik stehenden Rotterdamer Kollegen in den Rücken fallen zu müssen, wenn wir nicht Schichtlohn und Arbeitsplatz riskieren wollten. Die Unsicherheit über die Streiklage wurde von der ÖTV durch völliges Stillschweigen oder auf telefonische Anrufe hin mit vagen Auskünften, daß 'man selber keine Informationen' habe und es sich ja hier um einen 'wilden Streik' handle, man aber auf ein Solidaritätsversuchen des ITF 'entsprechende Anweisungen' geben werde, noch geschürt. Darauf warteten wir leider vergeblich und genauso schätzte es ein Mitglied des Solidaritätskomitees der Rotterdamer Kollegen auch ein mit der lakonischen Feststellung: 'Man hatte es nicht erwartet'!!! Ohne Frauen wäre nichts gegangen.

zumindst nicht so lange Zeit ...“

Dies ist der erste Brief von einem AK-Leser zu einem unserer Artikel seit Gründung der (hamburger) „Dependance“ der Niederlande-Kommission vor dreieinhalb Jahren. Im selben Zeitraum erhielten wir zwei schriftliche Reaktionen auf unsere (Artikel-)Arbeit aus dem KB selbst. Mit mündlichen Stellungnahmen oder auch ganz schlicht Meinungsäußerungen sieht es ebenso mager aus. Es ist also bisher fast ausschließlich der (durchaus nicht garantierten) Treffsicherheit der Niederlande-Kommission und der AK-Redaktion überlassen, wozu wir schreiben, wie wir es schreiben. Ob die Artikel gelesen werden, ob sie nützlich sind für die politische Arbeit der KB-Genossen und AK-Leser — das entzieht sich weitgehend unserer Kenntnis. Es dürfte klar sein, daß die (Artikel-)Arbeit unter solchen Bedingungen mit großer Unsicherheit einher geht. Vor langer Zeit formulierte die Leitung des KB den hübschen Satz, daß der größte Teil der KB-Mitglieder sich wie in einem Fußballspiel verhält: das Spiel der Leitung wird von der Mitgliedschaft mit gelegentlichem Pfeifen oder Klatschen kommentiert. Wäre die Niederlande-Kommission (und sicherlich auch andere) in dieser Lage — ihre Arbeit mit Pfeifen und Klatschen begleitet zu sehen — würden wir uns fast schon glücklich schätzen...

Also, liebe AK-Leserin, lieber AK-Leser, schreib doch mal — Beifall dabei freut uns sicher, noch viel mehr gelegen ist uns aber am „Pfeifen“, an der Kritik!!

Niederlande-Kommission

Zwischen dem 12. und 16.11. fand in Genf eine Konferenz über den neuen, von den „verantwortlichen fünf Westmächten“ vorgelegten Namibia-Plan statt. Zur Vorgeschichte: Der alte Vorschlag über eine Unabhängigkeitsregelung für Namibia sah international überwachte Wahlen vor (ursprünglich geplanter Termin: September 79), nach deren Durchführung die RSA ihre Truppen zurückziehen sollte. Die Rassistenregierung der RSA zog nach Ausarbeitung der Details dieses Plans ihre anfängliche Zustimmung zurück und ließ stattdessen durch „interne Wahlen“ eine Marionettenregierung in Namibia errichten (an diesen „Wahlen“ beteiligten sich vier der fünf in Namibia zugelassenen Parteien, als Gewinner ging die rassistisch-freundliche „Demokratische Turnhal-

schen Marionettenpartei gleichberechtigt zur SWAPO zu dieser Konferenz geladen würden. (Die SWAPO ist bisher die einzige von der UNO anerkannte Vertreterin des namibischen Volkes — was, nebenbei, CDU/CSU und FDP nicht hindert, herzliche Verbindung zu diesen Marionettenparteien zu pflegen). Eine Einladung dieser Gruppierungen zur Konferenz kommt einer faktischen Anerkennung gleich und war deshalb von der SWAPO bisher strikt abgelehnt worden. Nach Beginn des ersten Verhandlungstages, der ohne die RSA stattfand, wurde dennoch dieser Bedingung der Rassisten entsprochen und schon am 2. Konferenztag nahmen sowohl die RSA als auch die namibischen Parteien teil. Weitere Teilnehmer der Konferenz waren die West-

Kompromißbereitschaft nicht vergessen werden — die immer noch ungeklärte Haltung gerade der „verantwortlichen“ Westmächte zum süd(west)afrikanischen Rassismus. Die besondere Rolle, die die BRD dabei spielt, wurde noch einmal auf einer Pressekonferenz am 30.10 in Bonn von einem SWAPO-Vertreter (Hishongwa) betont:

Die BRD bezieht unter eindeutigem Bruch des 1974 von der UNO erlassenen Dekrets Nr. 1, das den Export von Rohstoffen aus Namibia verbietet, von dort 30 % ihrer Uranimporte. Die Frankfurter „Uranengesellschaft“, die weitgehend vom Bund kontrolliert wird, ist an der Uranmine Rössing in Namibia, der größten Uranmine der Welt, beteiligt. Die BRD hat als einziges Land ein Konsulat in Namibia,



Eine SWAPO-Einheit auf dem Marsch

Eine SWAPO-Einheit auf dem Marsch

len-Allianz“ mit über 80 % der Sitze hervor). Ihre Ablehnung des Plans begründete die RSA seinerzeit mit einer darin enthaltenen Bedingung, die auch der SWAPO einige Stützpunkte innerhalb Namibias zugestand. Die RSA-Regierung stellte zudem die provokative Forderung auf, UNO-Truppen sollten die SWAPO-Basen in den Nachbarländern (Angola, Sambia) während der Wahlen überwachen. Gleichzeitig verstärkten die RSA-Truppen ihre massiven Vernichtungsfeldzüge gegen die Flüchtlingslager und SWAPO-Basen in den Nachbarländern, um den Widerstand physisch zu zerbrechen.

Auf den Vorschlag des mittlerweile verstorbenen angolanischen Staatspräsidenten A. Neto hin, an der namibischen Grenze eine „demilitarisierte Zone“ (DMZ) zu schaffen, legten die fünf Westmächte (USA, BRD, GB, Frankreich und Kanada) Anfang Oktober einen „neu überarbeiteten“ Entwurf des Namibia-Plans vor, „um den Einwänden Südafrikas Rechnung zu tragen“. Der Plan beinhaltet tatsächlich die Schaffung einer je 50 km breiten DMZ an der namibisch-angolanischen und -sambischen Grenze und verbietet die Errichtung von Stützpunkten der SWAPO in Namibia. Andererseits sieht er die Beibehaltung von fünf Militärstützpunkten der RSA-Armee mit 16.000 Mann innerhalb eben dieser „DMZ“ (auf namibischer Seite) vor. Die DMZ soll von einer UNO-Truppe — bisherige Planung: 7.500 Mann — kontrolliert werden.

Eine Absicht des ursprünglich angolanischen Vorschlags, nämlich durch Schaffung der DMZ gleichzeitig die von Namibia aus startenden Terroranschläge der konterrevolutionären UNITA gegen die VR Angola zu schwächen, ist mit dieser Regelung sicherlich stark relativiert worden — die Kollaboration zwischen UNITA und RSA wird mittlerweile sogar von der UNITA öffentlich zugegeben und begrüßt („IHT“, 10.11.). Der neue Namibia-Plan schreibt mithin fest, daß die RSA während der Wahlen die volle und einzige militärische Kontrolle behält und stellt damit ein weitestgehendes Zugeständnis an die RSA-Rassisten dar. Nichtsdestotrotz versucht die RSA-Regierung, auch diesen Vorschlag zu torpedieren und besteht bis heute auf UNO-Überwachung der SWAPO in den Nachbarländern.

Schon die Teilnahme der RSA an der Konferenz war von Anfang an fraglich. Die RSA-Regierung machte zur Bedingung, daß ihre fünf namibi-

mächte und die fünf Frontstaaten (Angola, Mosambik, Botswana, Sambia und Tansania). Das Ergebnis der Konferenz wird von der bürgerlichen Presse beschönigend als „Teileinigung“ umschrieben, was schlicht bedeutet, daß die Frontstaaten und die SWAPO dem Plan zugestimmt haben, die RSA jedoch nicht. Von dieser Seite ist lediglich eine „Prüfung der Vorschläge“ zugesagt worden — wozu eigentlich seit Anfang Oktober Zeit genug gewesen wäre. Die RSA-Regierung setzt also weiterhin voll auf Verzögerung der Verhandlungen und sieht sich durch die große Kompromißbereitschaft der Gegenseite in eben dieser Haltung anscheinend eher bestätigt als entmutigt.

Grundlage der südafrikanischen Provokationsstrategie ist und bleibt allerdings — das sollte bei allem Unverständnis über die momentan starke

das zwar nach offiziellen Angaben inzwischen geschlossen ist, das aber nach Aussage von Hishongwa lediglich in ein neues Gebäude in Windhuk umgezogen ist (nämlich in die Räumlichkeiten einer Anwaltsfirma). Die BRD unterhält zudem in Namibia nur für Weiße offene Schulen. Darüber hinaus leben in Namibia auch noch Deutsche mit einem BRD-Paß, die trotzdem in der südafrikanischen Armee dienen. Auch hiergegen unternehmen die Bundesregierung nichts. Als zentralen Punkt der „unheiligen Allianz zwischen der BRD und dem Faschismus und Rassismus“ nannte Hishongwa die Beteiligung der BRD am südafrikanischen Atomprogramm, das die Grundlage für die Erpressung der afrikanischen Nachbarstaaten durch eine südafrikanische Atombombe gelegt habe (nach „Neue“, 2.11.). Afrika-Kommission

RSA: Kernwaffenversuch oder „Naturblitz“?

Am 22.9.79 hatte ein amerikanischer Spionage-Satellit Zeichen registriert, die auf eine Atombombenexplosion im Südatlantik oder im Indischen Ozean hindeuteten. Die naheliegende Vermutung, daß es sich hier um eine von der RSA unternommene Kernwaffenexplosion gehandelt hat, wurde von der RSA — was sonst — sofort dementiert. Diesem äußerst „seriösen“ Dementi muß natürlich Glauben geschenkt werden. Dementsprechend konzentrieren sich die von den USA

begonnenen Untersuchungen „nunmehr darauf, ob es sich dabei um eine seltene Naturerscheinung — einen „Superblitz“ — gehandelt hat“ („SZ“, 3.11.). Im übrigen könne es sich ja auch um eine Fehlfunktion des Satelliten gehandelt haben, so ein Mitarbeiter des „wissenschaftlichen Beraterstabes“. Was nicht sein kann, das nicht sein darf. ...

Afrika-Kommission

RSA: Wegen „Hochverrat“ zum Tode verurteilt

Am 15.11. verurteilte der Rassistenrichter Johan Hefer in Pietermaritzburg den schwarzen Widerstandskämpfer James Mange, Mitglied des ANC, wegen „Hochverrat“ zum Tode. Elf weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 14 und 19 Jahren. Die ANC-Kämpfer wurden nach mehreren militanten Aktionen 1978 bei der Grenze RSA/Swasiland verhaftet und gehören sämtlich zur sog. „Soweto-Generation“. Nach ihrer Flucht aus Südafrika wurden sie militärisch von der ANC ausgebildet.

Die Genossen, die die Verhandlung aus einer schußsicheren Glaszelle heraus verfolgen mußten, wurden mehrfach von der Verhandlung ausgeschlossen, weil sie Anti-Apartheidlieder und antirassistische Parolen gesungen hatten. Bei der Urteilsverkündung trugen sie Plakate mit der Aufschrift: „Apartheid ist Hochverrat“, „Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Nie wieder auf unseren Knien!“ („IHT“, 16.11.).

Afrika-Kommission



lateinamerika

Paraguay: Auch dieser „Somoza“ muß weg!

Am 8. August dieses Jahres wurde einem gewissen Josef Mengele nach 30 Jahren die Staatsbürgerschaft Paraguays vom Obersten Gerichtshof des Landes aberkannt. Der „Engel von Auschwitz“, wie der KZ-Arzt genannt wird, ist mitverantwortlich für die Ermordung von 400.000 Juden. Mengele ist nicht der einzige. Paraguay gilt als sichere Zuflucht für deutsche Nazi-Verbrecher. Daß Mengele die Staatsbürgerschaft Paraguays aberkannt wurde, ist allein darauf zurückzuführen, daß der Fall einigen Wirbel in der internationalen Öffentlichkeit auslöste. Der „Normalfall“ in der ältesten Diktatur Lateinamerikas (nachdem Somoza erfolgreich beseitigt wurde) ist, daß Nazi-Verbrechern nicht nur Zuflucht gewährt wird, sondern daß man sich bei ihnen auch praktischen Rat bei der Ausübung von Terror- und Foltermethoden holt (so amnesty international in einem Lagebericht vom Oktober 71). In Paraguay ist die Tradition der „verschundenen“ politischen Gefangenen lang, von 90 Menschen fehlt seit 1976 jede Spur („horizon“ Nr. 8/79). Paraguay verfügt über den traurigen Rekord, daß der Präsident Stroessner 96mal den Ausnahmezustand erklärt hat. Dennoch, General Stroessner, ein brennender Verehrer von Hitler, Mussolini und Fraco, läßt sich alle fünf Jahre „demokratisch“ zum Präsidenten wählen. Die Justiz folgt den Befehlen des Diktators oder sie hat mit Konsequenzen zu rechnen, wie es dem Richter Acosta passierte, der 1958 die Freilassung des bekannten Kommunisten Antonio Maidana anordnete; Acosta verschwand im Gefängnis und Maidana verbrachte 19 Jahre im Kerker ohne irgendeine Begründung (nach „El Pais“ vom 17.5.79).

Erst im Juni dieses Jahres wurden in einer spektakulären Aktion zwei Rechtsanwälte verhaftet, weil sie sich für eine „Bürgerinitiative“ gegen Korruption eingesetzt hatten. Nach den Überschwemmungskatastrophen im April und Mai '79 meinten einige Manager der staatlichen Firma Corporana, die Kanalisations- und Abwasserarbeiten durchführt, sich auf leichte Weise sanieren zu können. Das Unternehmen verlangte nach den Überschwemmungen Wucherpreise. Die Einwohner lehnten die überhöhten Preise ab und bildeten eine Initiative. Als die Anwälte der Initiative gerichtliche Anklage gegen die Verantwortlichen erheben wollten, wurde 13 Jugendliche der Gruppe festgenommen und in ein berüchtigtes Folterzentrum gebracht, zwei Tageszeitungen wurden für einen Monat „suspendiert“ und ein berüchtigtes Folterzentrum gebracht, zwei Tageszeitungen wurden für einen Monat „suspendiert“ und schließlich die beiden Anwälte verhaftet („Lateinamerikaner“, Nr. 73).

Paraguay gehört neben Haiti und Bolivien zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas.

Eine kleine Schicht von Großgrundbesitzern und Kapitalisten verfügt über 60 % des Nationaleinkommens. Eine wichtige Einnahmequelle ist der Schmuggel von Rauschgift, Waffen, etc., der ein Mehrfaches des Staatshaushaltes an Einnahmen erbringt. Obwohl Paraguay doppelt so groß wie die BRD ist, hat es nur 2,6 Mio. Einwohner. Allein eine Mio. Paraguayer leben im Exil, davon 700.000 in den Slums von Buenos Aires. Das statistische pro-Kopf-Einkommen beträgt ca. 800 DM im Jahr (!) („Stern“ v. 16.2.78). Von den rund 1 Mio. Erwerbsfähigen sind ca.



Präsident Stroessner

200.000 arbeitslos bzw. unterbeschäftigt, nur etwa 15 % der Wohnungen verfügen über fließendes Wasser; von 1.000 Kindern sterben 125, bevor sie das erste Lebensjahr vollendet haben („El Pais“, 17.5.79). Intellektuelle und Künstler wurden fast gänzlich aus dem Lande vertrieben. Die Indianer sind nach jahrzehntelangem gezielten Völkermord großenteils ausgerottet.

Der ausländische Einfluß auf die inneren Angelegenheiten des Landes ist total, insbesondere was die Ausbeutung der Naturreichtümer betrifft. 90 % des Bankkapitals sowie 80 % von Industrie und Außenhandel befinden sich im Besitz ausländischer Firmen. Krupp, AEG, Deutsche Bank u.a. haben in Paraguay investiert. Seit 1970 werden die westdeutschen Investitionen auf ca. 100 Mio. DM beziffert („DVZ“ v. 15.12.77). Im großen

1970 werden die westdeutschen Investitionen auf ca. 100 Mio. DM beziffert („DVZ“ v. 15.12.77). Im großen Stil werden Landkäufe und Bodenspekulation insbesondere auch für deutsche Interessenten schmackhaft gemacht. Riesige Ländereien werden verkauft, auf denen dann mit ausländischem Kapital Großfarmen errichtet werden („FR“, 12.12.77).

Allein im Jahre 1976 ist 1 Mio. ha Land von einer Firma mit deutschen Teilhabern über Anzeigen an US-Bürger, Kanadier und Deutsche verkauft worden. Dabei handelt es sich meistens um Indianerland, wie z.B. die nordwestliche Provinz Vhaco, die fast vollständig verkauft, und aus der 50 - 65.000 Indianer vertrieben wurden. Ein neues Projekt westdeutscher Investoren ist „Neuland — Die Top-Farm in Paraguay“, wobei Paraguayer unter unvorstellbaren Bedingungen zur Arbeit geprügelt werden („Paraguay-Rundbrief“, Mai 79).

Subimperialismus Brasilien

Über den stärksten und direktesten Einfluß in Paraguay verfügt Brasilien, das Teile des Landes bereits regelrecht „geschluckt“ hat. 50 - 90 % der Landbevölkerung im Grenzgebiet sind Brasilianer (was durch gezielte Beseidlungspolitik Brasiliens gefördert wird), brasilianisches Radio und Fernsehen dominiert in diesem Gebiet, der brasilianische Cruzeiro wird der paraguayischen Währung vorgezogen. Paradebeispiel für die imperialistische Politik Brasiliens ist das Abkommen über das Wasserkraftwerk Itaipu, das größte Wasserkraftwerk der Welt. Der hier produzierte Strom wird zu Spottpreisen (unter Weltmarktniveau) an brasilianische Unternehmen im Industriegebiet um Sao Paulo geliefert. Der Billigtarif ist für 50 Jahre festgeschrieben und allein auf das brasilianische Stromnetz ausgerichtet. Die dadurch notwendige Umstellung der Elektrizitätswerke Paraguays wird das Land auf Jahrzehnte hinaus weiter verschulden (bei einer heutigen Auslandsschuld von bereits 1/2 Mrd. US-Dollar, „Informationsbulletin“ 17/18 1978).

Die letzte Entwicklung in Lateinamerika, die „Menschenrechtspolitik“ der USA, die bescheidene Liberalisierung in Brasilien, und vor allem der Sturz von Stroessners bestem Kumpan Somoza dürfte aber auch in Paraguay langsam Spuren hinterlassen. Auf einer der letzten OAS-Sitzungen war Paraguay das einzige Land, das für Somoza gestimmt hat (die anderen Diktaturen des Südkontinents haben sich der Stimme enthalten), auf der OAS-Konferenz, die kürzlich in Bolivien zu Ende ging, wurde Paraguay ausdrücklich wegen der Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Zwar ist es in Paraguay noch möglich, daß sogar der US-Botschafter als „subversiv und kommunistenfreundlich“ angegriffen wird (so

Am 3. Februar d.J. trafen sich in Asunción vier politische Oppositionsgruppen, obwohl die Polizei dies ausdrücklich verboten hatte, und arbeiteten ein 14-Punkte-Programm als politische Alternative aus. Der „acuerdo nacional antidictatorial“ (Nationale Übereinkunft gegen die Diktatur) wurde unterzeichnet von der „liberal-radikalen authentischen Partei“, den Christdemokraten, den Febreristen, der einzigen geduldeten Opposition sowie der Colorado-Volksbewegung, einer Abspaltung der offiziellen Stroessner-Partei. Diese überwiegend bürgerliche Opposition fordert u.a. die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freiheit der politischen Gefangenen sowie eine umfangreiche Amnestie. Der Führer der Radikalliberalen, Domingo Laino, hat offenbar engere Kontakte zu Kreisen des US-Senats, insbesondere zu Edward

Kennedy. Die Gruppe dementierte Gerüchte über einen möglichen Staatsstreich und fügte hinzu, daß in der Einheitsbewegung alle antidiktatorischen Kräfte ihren Platz haben würden (alle Informationen nach „Marka“ v. 29.10.79).

Daß auch die USA in Stroessner nicht mehr den unbedingten Garanten für ihre Interessen sehen und eine gemäßigtere Alternative zum Faschismus durchaus in ihr gegenwärtiges Konzept paßt, dürfte spätestens seit dem nur kurzen Aufenthalt Anastasio Somozas in Paraguay klar sein.

Ein Vordringen der bürgerlichen Opposition und — wenn auch bescheidene — Demokratisierungsmaßnahmen wären für alle demokratischen Kräfte des Landes nach genau 25 Jahren schärfster Diktatur ein großer Erfolg.

Lateinamerika-Kommission

ORGANISATION KANN GMBH



17. Januar 1979
718 A 1

„NEULAND“ — DIE TOP-FARM IN PARAGUAY
AUCH AB 1.1.1979 NOCH VERLUSTZUWEISUNGEN FÜR 1978,
ANERKANNT DURCH DAS FINANZAMT!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie auf ein außergewöhnliches Angebot aufmerksam machen:

Bestes Ackerbaugelände in einer der fruchtbarsten Zonen des gesamtamerikanischen Kontinents mit acht Kilometer Uferstrecke am Rio Paraná, dem zweitgrößten Strom Südamerikas (kein Überschwemmungsgebiet).

Die Grundanpflanzungen in „NEULAND“: Ölfrüchte mit zwei Ernten im Jahr, ein breitgefächertes Pflanzungsprogramm unter Berücksichtigung von Spezialkulturen (Heilkräuter, schnellwachsende Baumarten) und Sauggut-Produktionen. Damit erzielt „NEULAND“ weit über dem Durchschnitt liegende Renditen.

Mit dem Farmobjekt „NEULAND“ erwerben Sie kein Abschreibungsmodell im bekannten Stil, sondern Sie werden Farmer auf eigenem Grund und Boden, aus wirtschaftlichen Überlegungen eingebettet im Farmverbund, jedoch ohne gesellschaftsrechtliche Bindungen.

Die Finanzierung des Eigenkapitals erfolgt bei hoher Steuerprogression fast vollständig aus Steuern (Verlustrückstellungen vom Betriebsfinanzamt anerkannt mit 155 v.H. auf das Eigenkapital). Die Abwicklung erfolgt über Notar-Anderkonto. Absolute Sicherheit, da eine paraguayische Großbank die Fertigstellungsgarantie übernommen hat.

Wichtig für alle diejenigen Steuerzahler, die jetzt erkennen, daß sie für das abgelaufene Kalenderjahr 1978 noch steuersparende, substanzbildende und ertragreiche steuerliche Verlustzuweisungen nötig haben!

Gern senden wir Ihnen unverbindlich die ausführlichen Angebots- und Zeichnungsunterlagen. Wir bitten Sie, beigefügtes Coupon-Schreiben baldmöglichst an uns zurückzusenden oder die Unterlagen telefonisch (0611, 703017) bei uns anzufordern.

Mit freundlichen Grüßen
ORGANISATION KANN GMBH

Anlagen

Mit freundlichen Grüßen
ORGANISATION KANN GMBH

Anlagen

Organisation Kann Verwaltungs- und Beratungsgesellschaft für Kapitalanlagen mbH, Crefeldstrasse 13, 8000 Frankfurt am Main 30
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Landgericht 1917, Handelsregister: Frankfurt am Main HRB 15817, Ust-Id-Nr.: B12 15817
Beschriftung: Zugewandelter Vermögensgegenstand — Genehmigung nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 u. 2 Nr. 1
Postfach 1010, 1000 Berlin Mitte, Crefeldstrasse 13, 1000 Berlin Mitte, Crefeldstrasse 13, 1000 Berlin Mitte
Telefon: 030/1703017, Telex: 414364

Solidarität für Nicaragua

Der Kampf um die Freiheit in Nicaragua ist erst gewonnen, wenn Hunger und Zerstörung besiegt sind!

Nicaragua ist durch den Bürgerkrieg, vor allem durch die brutalen Bombardements der Luftwaffe Somozas stark zerstört worden. Die Versorgung des Volkes mit lebenswichtigen Gütern ist nicht gewährleistet. Als Folge dieser Versorgungslage drohen der Regierung große Gefahren.

Die bisher sehr spärlichen Hilfsmaßnahmen — beispielsweise hat die BRD-Regierung 53 Millionen DM Hilfe zugesagt, allerdings erst 3 Millionen DM überwiesen — reichen bei weitem nicht aus, um die Engpässe in der Versorgung zu überwinden. Im Gegenteil, durch die Tatsache, daß die Vorräte der Regierung immer mehr zur Neige gehen, droht noch eine Verschärfung der Lage.

Ausgehend von der Einschätzung, daß es nicht ausreicht, das Volk von Nicaragua solange zu unterstützen, wie es sich im Kampf gegen die Somoza-Diktatur befand und in der Welt- und Presse Schlagzeilen machte, sondern gerade in der momentanen Situation eine breite materielle und politische Unterstützung des Volkes notwendig ist, um einen demokratischen, vom Imperialismus unabhängigen Aufbau des Landes zu ermöglichen, hat das

Lateinamerika-Komitee Braunschweig zu einer Spendensammlung aufgerufen. Die Spendenkampagne wurde von einer breiten Aktionseinheit, bestehend aus ASTA TU, ASTA FJ, ESG, Treffen kirchlicher Zivilisten, GLU, amnesty international, 3.-Welt-Laden, Juso-HSG, GIM, KB und Judo-Landesbezirk unterstützt.

Neben einem gemeinsamen Aufruf- und Informationsblatt in der Braunschweiger Innenstadt wurde ein Solidaritätsfest mit einem Film über den Aufstand in Nicaragua im September 1978, lateinamerikanischer Musik, einem Referenten aus Nicaragua etc. durchgeführt.

Mit etwa 300 Besuchern war das Fest recht gut besucht und durch die Versteigerung einer Torte, den Verkauf von Essen und Geldsammlungen wurden allein an diesem Abend knapp 2.000,— DM gesammelt. Durch eine Geldsammlung bei einem Biermann-Konzert, eine Blutspendeaktion, bei der jede Blutspende 52,— DM zur Unterstützung des Volkes von Nicaragua brachte und Spenden des ASTAs und verschiedener Fachschaften wurden insgesamt 6.000,— DM gespendet. Die Spenden wurden über das Informationsbüro Nicaragua Wuppertal direkt an die FSLN in Nicaragua weitergeleitet, wo es über die Basisorganisationen der Bevölkerung verteilt wird.

KB/Braunschweig

Bolivien: Demokratie wiederhergestellt?

Ein völlig isolierter Putsch?

Der Putschobst Natusch Busch konnte sich nicht an der Macht halten und ist nach gut 14tägiger Amtszeit zurückgetreten. Die USA waren diesmal relativ konsequent gegen die Putschisten aufgetreten (sofortige Streichung der Wirtschafts- und Militärhilfe), ebenso hatte Venezuela seine Kredite für Bolivien gesperrt, die Andenpaktländer, zu denen Bolivien gehört, hatten das Regime verurteilt. Die bürgerlich-demokratischen und die radikalen Kräfte in Bolivien haben ihren Protest gegen die Putschisten fortgesetzt und schließlich ihren Rücktritt erreicht. Das einzige Zugeständnis, das Natusch Busch schließlich noch durchsetzen konnte, war, daß sein gestürzter Vorgänger Guevara Arze ebenfalls offiziell seinen Rücktritt verkündete. In zahlreichen Verhandlungen zwischen den politischen und militärischen Kräften wurde die Parlamentspräsidentin Lidia Gueiler zur neuen Präsidentin bestimmt.

Hintergrund des Putsches von Natusch Busch waren (soweit sich das bisher beurteilen läßt) Widersprüche innerhalb des bolivianischen Militärs und Unstimmigkeiten innerhalb der Bourgeoisie über die Wege zur Bewältigung der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes.

Natusch Busch putzte in einer Situation, als das einigermassen demokratisch gewählte Parlament einen Untersuchungsausschuß über Korruptionsaffären von Militärs eingerichtet hatte, was aus Militärkreisen als Angriff gegen die Streitkräfte und Diffamierungskampagne bewertet wurde. Außerdem fand der Putsch am Vorabend der Konferenz der amerikanischen Streitkräfte statt und kann im Rahmen der Bemühungen gesehen werden, einen militärisch-politischen Block des Cono Sur (Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay) zu bilden („Marka“, 8.11.79). Eine Regierung Natusch Busch hätte eine solchen Block verstärken können. Offensichtlich hatte aber Natusch Busch nicht für ausreichenden Rückhalt im bolivianischen Militär und erst recht nicht von außen sorgen können. Für die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es kein gemeinsames Konzept.

Die wesentlichen Probleme sind:
• Hauptlieferant von Devisen ist immer noch das Zinn, das aber nach jahrhundertelanger extensiver Ausbeutung weitgehend erschöpft ist. Der

Zinngehalt der Erze ist viel geringer geworden, Abbau und Verarbeitung werden teurer und unrentabler; hinzu kommt die Absicht der USA, einen Teil ihrer Zinnreserven (35.000 t) zu verkaufen, was den Zinnpreis auf dem Weltmarkt gefährdet.

• Die Ölproduktion Boliviens entspricht nicht den hochgesteckten Erwartungen, neue Quellen sind kaum erschlossen worden; schon für 1980 wird damit gerechnet, daß Bolivien kein Öl mehr exportieren kann.

• Schwierigkeiten hat auch bislang das Eingreifen des Internationalen Währungsfonds bereitet, der seine Kredite an die üblichen Forderungen zur Sanierung der Wirtschaft gebunden hat: Stopp von Lohnerhöhungen, Einfrieren der Preise (nachdem die Lebensmittelpreise aber bereits erhöht wurden), Rationalisierung der staatlichen Betriebe, v.a. Bergbau und Ölförderung, Ausrichtung der Wirtschaft auf den Export von devisen-trächtigen Rohstoffen und in diesem Sinne auch die Abwertung des Peso. D.h. die üblichen Bedingungen, die dafür sorgen, daß die Krise voll auf die Massen abgewälzt wird und die allein den Exportsektor begünstigen.

Fortsetzung nächste Seite

Bolivien: Demokratie wiederhergestellt?

Bereits im Mai 79 (während der Übergangsregierung Padilla) hat es eine Kabinettsumbildung wegen Unstimmigkeiten über die Annahme der IWF-Bedingungen gegeben.

• Wegen der zu erwartenden Einbußen im Erdöl- und Bergbausektor hatte die Regierung Padilla in einem Generalvertrag die Gasreserven Boliviens an Brasilien verkauft, auch gegen diese Maßnahme gab es Proteste aus den Reihen der Bourgeoisie. Welche Kreise aus einem dieser Gründe den Putsch von Natusch Busch unterstützt haben könnten, läßt sich von hier aus schwer beurteilen, weil Busch auch kaum Zeit hatte, sein Wirtschaftsprogramm öffentlich zu formulieren (sofern er überhaupt eins hatte). Diese Widersprüche dürften aber bei dem Putsch eine Rolle gespielt haben, ohne daß allerdings ausreichender Rückhalt erreicht worden wäre. Die außenpolitische Isolation und der breite Druck aus dem Land selber haben die Putschisten beseitigt.

Die neue Regierung

Mit Lidia Gueiler wird versucht, den Demokratisierungskurs mit stärkerer Integration der Massenbewegung wieder aufzunehmen. Lidia Gueiler stammt aus der Nationalrevolutionären Bewegung (MNR) und war ehemals Privatsekretärin des Gründers der MNR, der grauen Eminenz Boliviens, Victor Paz Estensorro. Nach der Revolution von 1952 (Verstaatlichung der Minen, Ersetzung der Streitkräfte durch Volksmilizen, Alphabetisierung) driftete der MNR, wie alle populistischen Bewegungen in Lateinamerika, immer mehr nach rechts ab und beteiligte sich schließlich sogar an Militärdiktaturen.

Im Laufe der Rechtsentwicklung des MNR gab es mehrere Abspaltungen, die bedeutendsten davon sind 1) die MNRI (linke MNR), die im wesentlichen die sozialdemokratischen Kräfte sammelte, neben dem MIR die wesentliche Kraft in dem Wahlbündnis UDP und mit Siles Zuazo auch den erfolgreichsten Präsidentschaftskandidaten der letzten Wahlen gestellt hat.

2) Die PRIN (linke revolutionäre nationale Partei), die den revolutionären Flügel des ehemaligen MNR sammelte. Die PRIN ist zwar zahlenmäßig nicht besonders stark, stellt aber mit Juan Lechin den seit Jahrzehnten ungeföchten Führer der Einheitsgewerkschaft COB und verfügt dort auch über entsprechenden Einfluß. Lidia Gueiler, die die Periode der Banzerdiktatur im ausländischen Exil verbrachte, hat sich nach einem Intermezzo in der PRIN, an deren Gründung sie beteiligt war, 1979 nach ihrer Rückkehr nach Bolivien wieder dem historischen MNR von Paz Estensorro angeschlossen. Dies gibt Aufschluß über ihren heutigen Standort, weil mit der UDP eine aussichtsreiche (und im Vergleich zur MNR) linke Wahlbewegung existierte, für die sich L. Gueiler nicht entschieden hat. Das Kabinett, das Lidia Gueiler zusammenstellte, ist wesentlich mit Anhängern des historischen (d.h. rechten) MNR besetzt und Victor Paz Estensorro selber dürfte den Part der grauen Eminenz im Hintergrund spielen. Allerdings sollen auch Linke im Kabinett vertreten sein, u.a. zwei Minister, die der KP/ML angehören. Jedenfalls kann die neue Präsidentin zunächst auf einigen Rückhalt in den Massen setzen, so ist ihre Ernennung auch mit Demonstrationen und Jubel gefeiert worden. Wie lange sie allerdings mit ihrem Image die Massenbewegung ruhig halten kann, ist eine andere Frage, da sie um die „unpopulären“ Wirtschaftsmaßnahmen, um die Durchsetzung der IWF-Forderungen nicht herumkommen wird.

So hat die neue Regierung als erstes ihren Anspruch auf einen Zugang Boliviens zum Meer betont, ein immer wieder beliebtes Thema, um die Nation zu einen und von den wirtschaftlichen Opfern der Massen abzulenken.

Für Mai 1980 sind die nächsten Wahlen festgelegt worden, es bleibt zu hoffen, daß die Linke und die Massenbewegung den zunächst wieder vorhandenen Spielraum nutzen kann und mit einem breiten und gestärkten Bündnis die zu erwartenden wirtschaftlichen Angriffe zurückdrängt und eine erfolgreiche Wahlkampagne organisiert. Nicht vergessen werden sollten die (nach inoffiziellen Angaben) 700 Toten und zahlreiche Verletzten, die das Intermezzo des Natusch Busch gefordert hat.

(„Marka“ Nr. 129, „NZZ“ und „SZ“, 22.11.79, „SZ“, 19.11.79).

Lateinamerika-Kommission



UNO-Debatte über Kampuchea

Auf der von den faschistischen ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen) initiierten UN-Debatte über Kampuchea wurden insbesondere von den USA und China die Angriffe gegen die VR Kampuchea und Vietnam fortgesetzt. Diese hatten bereits die Einberufung dieser Konferenz als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas verurteilt. Ausgerechnet ein Vertreter des Pol-Pot-Regimes sollte dort das kampucheanische Volk repräsentieren.

Ein Vertreter des Roten Kreuz Kampuchea konnte nicht an der Debatte teilnehmen – nicht einmal als Zuschauer; denn die US-Behörden hatten sein auf fünf Tage befristetes Touristenvisum (!) nicht verlängert.

Der Verlauf der UN-Debatte und die Diskussion über die Resolutionsentwürfe zeigten auf, in welchem erschreckendem Maße es der imperialistischen Propaganda und Politik gelungen ist, die VR Kampuchea und Vietnam auf der diplomatischen Ebene zu isolieren: Ein von Vietnam eingebrachter Entwurf, der sich gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchea wandte, kam gar nicht erst

zur Abstimmung. Der Antrag der ASEAN-Staaten, der unter anderem „eine Beendigung der vietnamesischen Invasion in Kambodscha und den unverzüglichen Abzug aller vietnamesischen Truppen“ („SZ“, 16.11.79) forderte, wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 91 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten lediglich 21 Vertreter, 29 enthielten sich. Wenn man das mit der Tatsache vergleicht, daß laut Angaben aus Phnom Penh inzwischen „31 Länder und nationale Bewegungen die VRK anerkannt haben“ (Vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA“, 9.11.79), wird das Ausmaß der Isolierung deutlich.

Daß die imperialistischen Länder und die VR China trotz aller Sprüche von „Humanität“ nach wie vor das Mörderregime Pol Pots unterstützen, ist nicht weiter verwunderlich.

Die ganze Verlogenheit bringt der Abgeordnete der Sozialistischen Partei Frankreichs, Chandernagor, der zur Delegation seines Landes bei der UNO-Debatte gehörte, auf den Punkt.

Er begründet sein Verhalten damit, daß Paris „in keinem Fall die Verletzung der territorialen Integri-

tät eines Staates und infolgedessen seine Besetzung durch ausländische Truppen akzeptieren könne“ („Le Monde“, 16.11.79).

Eine gewisse Kompetenz kann man ihm als Vertreter eines Staates, der gerade in der jüngsten Vergangenheit in Zaire, Tschad, Zentralafrika, Djibouti etc. sehr anschaulich demonstriert hat, wieviel ihm die Prinzipien der Nichteinmischung und territorialen Integrität gelten, nicht absprechen.

Daß die Bundesregierung mit „Genugtuung“ auf das Ergebnis der Konferenz reagierte, überrascht den Kenner ebenfalls nicht.

Aber in der BRD begnügt man sich nicht mit derartigen passiven Beifallsbekundungen. Es werden durchaus auch „vorwärtsweisende“ Vorschläge gemacht. So forderten die Bundestagsabgeordneten Möllemann (FDP) und Meinecke (SPD) „den Einsatz von Friedenstruppen der Vereinten Nationen in Kambodscha“ („SZ“, 9.11.79). Da dies nach einer Sitzung des Auswärtigen Bundestagsausschusses geschah, darf man wohl davon ausgehen, daß es sich hierbei nicht um die Privatmeinung der beiden Herren handelt.

Asien/Australien-Kommission

Massenmord in Ost-Timor



Mindestens 100.000 Menschen sind infolge der indonesischen Aggression in Ost-Timor ums Leben gekommen, berichtete die australische Presse (vergl. „SZ“, 3.11.).

Nach offiziellen indonesischen Berichten leben heute 319.000 obdachlose Personen in den indonesischen „strategischen Zentren“ („Direct Action“, 8.11.). Dies sind ca. 60 % der Gesamtbevölkerung Ost-Timors!

Ursache hierfür ist die umfassende Bombardierung jeglicher Behausung durch die indonesische Armee: „Hunderte von Dörfern wurden durch die Bombardierungen von der Erde gefegt ... viele Namen auf den Landkarten Ost-Timors existieren nicht mehr“ – so ein offizieller (!) indonesischer Bericht („Direct Action“, 8.11.). Nappalmangriffe, Entlaubungsmittel u.ä. haben darüber hinaus Ernten etc. für Jahrzehnte vernichtet. Für die so in den „strategischen Zentren“ zusammengepferchte Bevölkerung gibt es wenig langfristige Überlebenschance. Die indonesischen Invasoren sind nicht bereit, diese Lager mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Allein in Ermera starben monatlich mindestens 300 Menschen („Direct Action“, 8.11.).

Die Hilfe, die überhaupt von internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt wird, muß durch die korrupte indonesische Verwaltung gehen, direkte Hilfesendungen nach Ost-Timor sind untersagt („Direct Action“, 8.11.).

Hintergrund dieser Entwicklung ist offenbar die indonesische Politik, das Volk von Ost-Timor eher zu vernichten, als ihm Unabhängigkeit zu gewähren. Das sich hier – von der Weltöffentlichkeit abgeschirmt – abspielende Verbrechen steht in einer Reihe mit den indonesischen Massakern an der timoresischen Zivilbevölkerung bei der Invasion 1975 und danach (wir berichteten darüber in der Vergangenheit).

Hervorgehoben werden muß die besondere Verantwortung der Bundesregierung für diese Politik. Es sind immerhin Hubschrauber der Marke MBB, die in Ost-Timor gegen das Volk zum Einsatz kommen; es sind U-Boote der Marke HDW, die die Blockade Ost-Timors aufrecht erhalten; es sind ebenfalls westdeutsche Nachrichten- und Logistikunternehmen, die den indonesischen Faschisten ihre Invasion ermöglichten. Die Phrasen der Politiker anlässlich der Flücht-

lingsnot in Indochina werden am Fall Ost-Timor mit der Wirklichkeit westdeutscher Außenpolitik konfrontiert. Die Verantwortlichen wissen um dieses Elend, das „noch weit kritischer als das der Indochina-Flüchtlinge“ ist („SZ“, 5.9.). Zahlreiche internationale Aufrufe, UNO-Resolutionen usw. setzen sich damit auseinander. Daß dennoch nichts geschieht, kann nur daran liegen, daß diese Flüchtlinge Opfer eines von der BRD unterstützten proimperialistischen Invasionskrieges sind.

Von den Ost-Timor-Solidaritätskomitees wird derzeit in der BRD eine Spendenaktion zur Unterstützung von 4600 Flüchtlingen in Portugal durchgeführt. „Die Flüchtlinge leben jetzt in Lagern, ca. 30 km von Lissabon entfernt. Die Häuser im Lager sind Holzbaracken ohne Fenster, ohne Wasserleitung, ohne sanitäre Einrichtung... In einem Raum, auf ca. 12 qm sind etwa acht Menschen untergebracht...“ (Flugblatt der Ost-Timor-Solidaritätskomitees). Zur Lösung der dringenden Probleme dieser Flüchtlinge hat sich das sogenannte „Komitee 28. November“ gebildet (am 28.11.1975 wurde die demokratische, unabhängige Republik Ost-Timor gegründet, die kurze Zeit später von Indonesien überfallen wurde). Kurzfristig sollen „geeignete Räumlichkeiten und ... ausreichende Transportmöglichkeiten in die Stadt“ geschaffen werden (den Kindern ist aufgrund der 30 km Entfernung nach Lissabon der Schulbesuch unmöglich).

Die westdeutschen Ost-Timor-Solidaritätskomitees rufen zur Unterstützung dieser Projekte durch Spenden auf.

Asien-Australien-Kommission

Spendenkonto:
Ost-Timor-Solidarität
Bezirkssparkasse Gießen
Konto Nr. 50 80 80

Japanische Genossen zum Tode verurteilt

Als allgemein vorbeugende Maßnahme zum Schutze der Gesellschaft ist die Todesstrafe angebracht“ (nach „Sekai Kakumei“, Nr. 602). Mit diesen Worten wurden am 12.11.1979 zwei japanische Genossen, Shoji Dai-ichi und Toshiaki Kataoka, zum Tode verurteilt. Yoshimasa Kurokawa erhielt lebenslängliche und Mariko Arai acht Jahre Knast. Alle waren wegen mehrerer Bombenanschläge gegen japanische Konzerne in den Jahren 1974/75 angeklagt gewesen (vergl. AK 161).

Das brutale Gesicht der japanischen Klassenjustiz, das nun zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte daran geht, politische Gegner „auf legalem Wege“ zu ermorden, zeigte sich am Tage der Urteilsverkündung in seinen vollen Zügen. Der Gerichtssaal wurde wegen der Proteste der Angeklagten und der Zuschauer geräumt, während das Gebäude draußen von schwerbewaffneten Bullen hermetisch abgeriegelt war. Kennzeichnend für diesen Prozeß und für die Rechtsentwicklung der japanischen Justiz ist, daß die Verteidigerrechte auf ein Minimum reduziert und das Verfahren willkürlich abgekürzt wurde. Von insgesamt 85 Zeugen der Verteidigung wurden nur 8 verhört. Deutlich wurde auch, daß es in der Justiz Bestrebungen gibt, das alte Kaiser-System wieder einzuführen. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft heißt es bezüglich eines von den Angeklagten geplanten Anschlages auf den Kaiser: „... nicht das einfache Volk, sondern den Kaiser gilt es, mit der Staatsmacht zu schützen“ („Kyuen“, Nr. 126).

In einem Aufruf zu einer Protestveranstaltung am 27.10. (also noch vor Urteilsverkündung) schreiben die Veranstalter hierzu:

„Als Handlanger der Konzerne und Handelsgesellschaften betreibt der japanische Imperialismus in allen Teilen der Welt seine wirtschaftliche Eroberungspolitik, und tagtäglich weitet er sein Massaker und seine Ausbeutung bei den Völkern der Dritten Welt aus. Das moderne Kaiser-System erfüllt die äußerst politische Funktion, den japanischen Imperialismus wiederherzustellen. Der bewaffnete Kampf der Ostasiatischen Anti-Japanischen bewaffneten Front (der die vier Angeklagten angehört, Anm. AK) richtet sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Wir glauben, daß wir die vielfältigen Probleme ihres Widerstandes ernsthaft zu Herzen nehmen müssen.“

2. Diese Anklageschrift und dieser Strafantrag – unabhängig davon, ob sie durchkommen oder nicht – beinhalten gerade, daß bereits der Protest gegen die Machthaber und gegen das System, der Wille, sich auch weiterhin damit nicht abzufinden, d.h. die Möglichkeit einer Wiederholungstat zum Schuldspruch den, d.h. die Möglichkeit einer Wiederholungstat zum Schuldspruch ausreichen und daß hierfür die Todesstrafe angebracht sei. Es ist allzu deutlich, daß wir hier vor einer Entwicklung stehen, wo das Gedanken der Sicherheitsgesetze aus der Vorkriegszeit sich rasch wieder ausbreitet. Es ist zu erwarten, daß das Urteil von Minohara (der Richter in diesem Prozeß, Anm. AK) der Anfang für noch schwerere Schläge sein wird. Wenn wir eine solche Unterdrückung der Meinungsfreiheit und solche weitreichende Sicherheitsmaßnahmen dulden, ist es klar, daß der japanische Imperialismus dies als Startsignal nehmen wird, um noch mehr als bisher umfassende Unterdrückungsmaßnahmen zu verwirklichen, und es würde ein Zustand entstehen, in dem es keinen Platz mehr für jedwede Bürgerbewegungen geben wird.

3. Wir lehnen alle Todesstrafen als brutale Form der menschlichen Unterdrückung durch die Staatsgewalt mit Entschlossenheit ab. Wir meinen, daß die Machthaber, die im In- und Ausland ihre Eroberungsfeldzüge, Massaker, Ausplünderung und Ausbeutung durchziehen, nicht das geringste Recht haben, mit ihren beschmutzten Händen über das Volk zu urteilen.“ („Kyuen“, Nr. 126).

Asien-Australien Kommission



Die Opfer des „Entlaubungskrieges“

Als die amerikanische Regierung 1961 das „Entlaubungsprogramm“ gegen die vietnamesische Bevölkerung anordnete, hatte außer den Verantwortlichen wohl noch niemand eine so rechte Vorstellung von dem Ausmaß der chemischen Kriegsführung.

In einem Jahrzehnt hatte die amerikanische Luftwaffe rund 50 Millionen Kilogramm Herbizide unterschiedlichster Art in Süd-Vietnam versprüht und dabei mehr als 10 Millionen Hektar Fläche bedeckt, was etwa der Hälfte der Bundesrepublik entspricht.

Welche schrecklichen Folgen die „Segnungen“ des US-Imperialismus hervorbrachten, hatte seinerzeit der vietnamesische Arzt Tom That Tung so geschildert, daß in Vietnam „eine ganze Generation von wahren ‚Monstern‘ im Laufe der letzten Jahre zur Welt kamen: Kinder mit Köpfen von Alten, Säuglinge mit deformierten oder fehlenden Gliedmaßen, schwach- (sinnig) mit verschwommenem Blick — Das sind die Opfer des bio-chemischen Krieges!“ („Le Monde“, 30.10.75).

Welche langfristigen Schäden noch auf das vietnamesische Volk zukommen, hatte das Hanoi Institut zum Schutze von Müttern und Kindern in einer Untersuchung bei schwangeren Frauen festgestellt, die mit den Kriegsgiften in Berührung gekommen waren. Bei ihnen wurden sechsmal öfter die Chromosomen, d.h. das Erbgut ihrer

Kinder, geschädigt als bei Frauen, die die Atombombe von Hiroshima überlebten! („Frauen in Vietnam“, S. 37).

Und die „Deutsch Volkszeitung“ schätzte, daß dieses „Down-Syndrom“ (körperlich gehemmte Entwicklung) wahrscheinlich 25.000 neugeborenen Kindern neben den nicht mehr zu reparierenden gesundheitlichen Schäden den Tod bringen werde (14.1.71).

Leberkrebs, Augenerkrankungen — in einer Reihe von Provinzen bis zu 70 % — sind nur ein Bruchteil der Folgeerkrankungen durch TCDD-haltige Entlaubungsmittel.

Der schleichende Tod von Vietnam-Veteranen

„Julio Martinez, 26, sitzt in seinem schäbigen Appartement in Chicago und schaut deprimiert auf seine Hände: weiche tumorartige Geschwüre haben sie verformt. Sein einst durchtrainierter Körper ist schlaff, seine Brust entwickelte weibliche Formen. Er ist impotent und hat keinen Job. Er lebt von 154 Dollar (etwa 270 DM) Armeerente“ („Stern“, v. 4.10.79).

Dieser ehemalige Vietnam-Veteran war 1971 und 1972 mit dem Entlaubungsgift „agent orange“ in Berührung gekommen, das in Vietnam auf die Wälder gesprüht wurde, um feindliche Truppen sichtbar zu machen. Mittlerweile klagen Tausende von

Vietnam-Veteranen, die auch mit diesem Gift in Berührung kamen, über ähnliche Beschwerden. Hunderte von ihnen führen deshalb Prozesse gegen die Armee und die Hersteller-Firma, denen sie vorwerfen, von der Schädlichkeit ihrer Mittel gewußt zu haben. Während die Hersteller-Firmen und die amerikanische Regierung ständig versicherten, daß „die Herbizide, die benutzt wurden, weder für Tiere noch für Menschen schädlich“ seien, zeigten Tierversuche mit diesen Giften so erschreckende Ergebnisse auf, daß diese als Militärgeheimnisse deklariert wurden. Durch Zufall kamen diese Ergebnisse heraus: Es waren Deformierungen bis zu 100 % und Todesraten bis zu 80 % aufgetreten, wobei erwähnt werden muß, daß Tiere meistens unempfindlicher als Menschen sind („Umweltschutz“, Holger Strohm, S. 78).

Wichtiges Beweismaterial vernichtet!

Um Spuren zu verwischen und eine wissenschaftliche Untersuchung der Kriegsverbrechen unmöglich zu machen, hat jetzt das amerikanische Verteidigungsministerium wichtiges Beweismaterial über die chemischen Entlaubungsaktionen vernichtet. So z.B. 35.000 unersetzliche Fotos aus den Jahren 1958 bis 1973 („FAZ“, 31.10.).

Das jetzt zerstörte Material war Grundlage für den sog. NAS-Report, der im Regierungsauftrag die Folgen der chemischen Kriegsführung darstellen sollen. Lt. diesem NAS-Report wurden „10,3 % der Binnenwälder, 36,1 % der Mangrovenbäume und 3,2 % des bebauten Landes sowie 5,5 % der übrigen Vegetation“ zerstört („FAZ“, 31.10.). Dieser vom US-Verteidigungsministerium für „komplett und gut dokumentiert“ eingestufte Bericht rief bei Erscheinen einen Proteststurm unabhängiger Wissenschaftler hervor. Professor Mathew

Meselson von der Harvard-Universität ist einer dieser Wissenschaftler. „Meselson bemängelte, daß die Zahlen (des NAS-Berichtes, Red.) zehnfach zu niedrig liegen“ („Nature“, 21.6.79). Er wollte in diesem Sommer ein Gegengutachten erstellen und beantragte, die Materialien des NAS-Reports zur Einsicht nehmen zu können („FAZ“, 31.10.), u.a. die 35.000 Fotos. Aufgrund der Materialvernichtung ist somit ein Gegengutachten unmöglich gemacht worden.

Asien-Australien-Kommission



Leserbrief: Noch einmal zur Indochina-Solidarität

Nach der LG-Erklärung zur Indochina-Solidarität sind bisher einige Leserbriefe zu dieser Frage erschienen. Zwei dieser Leserbriefe, die Darstellung einer Diskussion im Hamburger „Komitee-Bereich“ (siehe AK 161, S. 34) sowie die Stellungnahme von H.J. aus Heidelberg (AK 162, S. 34) machen unser vermeintliches Dilemma deutlich. Einerseits die Notwendigkeit einer Unterstützung der indochinesischen Staaten zu erkennen — hierbei gleichzeitig unter starken Druck seitens der „Linken“ zu kommen. Andererseits die Notwendigkeit, auch die Flüchtlinge aus Indochina und China solidarisch zu unterstützen — hierbei wiederum in Konflikt mit der reaktionären Kampagne zu geraten (Abgrenzungsschwierigkeiten).

Das Dilemma entspringt teilweise den vorhandenen objektiven Bedingungen (breite Abgrenzung gegenüber Vietnam, relativ starke reaktionäre Kampagne) — aber auch einem schiefem Verständnis von Solidarität in unseren Reihen: Der Unterordnung dieser Solidarität unter unsere Abgrenzungen und unsere politischen Erwägungen.

Zur Einengung der Solidarität

Zur Einengung der Solidarität

Der Heidelberger Genosse löst das Problem in AK 162 (S.34) mit der Konstruktion des Hilfe-Begriffs. Hilfe für die Flüchtlinge — Solidarität mit Vietnam! ist seine Parole. Abgesehen davon, daß mir der konkrete Unterschied zwischen einer Hilfskampagne und einer Solidaritätskampagne nicht einleuchten will, halte ich diese Aufteilung für völlig verfehlt. Der Genosse führt aus, daß „kein Anlaß“ bestehe, uns mit den Vorstellungen und Zielen der Flüchtlinge zu solidarisieren, zu „identifizieren“. Zwar seien die Motive „verständlich“ aber „nicht unbedingt als gerechtfertigt anzusehen“. Als Beleg folgt der nun hinreichend bekannte und zitierte Goldschmied und ein Vergleich mit den US-Bomberpiloten.

Vietnam selbst sieht in den Flüchtlingen keineswegs nur den Goldschmied, Vietnam schwingt sich auch nicht zum Richter über Berechtigung von Flucht oder nicht auf. Wir haben im AK anhand der ausführlichen Dokumentierung der vietnamesischen Position dargestellt, daß die Fluchtbewegung ihre Ursachen nicht in „Unlust“ oder ähnlichen Gründen hat. Es kennzeichnet meiner Meinung nach ein gehöriges Maß an Arroganz, von „Unlust“ zu sprechen, wenn Menschen in einem völlig zerstörten Land die Kraft zum Aufbau nicht aufbringen. In Vietnam ist heute, nach 30 Jahren Krieg, nach fast völliger Zerstörung und unter dem Druck eines neuen Krieges ein angenehmes Leben (in materieller Hinsicht) nicht möglich. Für das vietnamesische Volk bedeutet der Wiederaufbau in vieler Hinsicht mehr Kraft, mehr Entbehrung als zur Zeit des Befreiungskampfes. Wenn unter diesen Bedingungen Menschen dieses Land verlassen, um ein Leben in Frieden und materieller Sicherheit zu führen — was ist denn daran ungerechtfertigt? Sicherlich fallen diese Menschen auf die Verlockungen der imperialistischen Propaganda

rein, sicherlich ist es nicht schön, weil das sozialistische Vietnam dadurch geschwächt wird. Nur, darum geht es gar nicht. Nicht die Gründe der Flüchtlinge sind schlecht und übel, sondern die imperialistische Propaganda, die mit falschen Verlockungen diese Menschen entwirrt. Es wäre nun aber grotesk, diese Menschen als Opfer dieser Propaganda auch noch für die Propaganda verantwortlich zu machen. Die große Masse der Flüchtlinge ist aus ohne Frage „gerechtfertigten“ Gründen ausgereist, die große Masse ist Opfer der imperialistischen Blendung und ist heute der imperialistischen Unterdrückung ausgesetzt. Diesen Menschen gehört unsere Solidarität — da hilft auch keine Spielerei mit Hilfe-Begriffen u.ä.

Diejenigen, mit denen wir nicht solidarisch sind — die Kriegsverbrecher, Thieu-Politiker und ähnliches Gefolge — diese Typen sind doch von der Flüchtlingsnot gar nicht betroffen. Um sie geht es bei der ganzen Frage überhaupt nicht. Vietnam hat dargestellt, daß diese Typen frühzeitig fliehen konnten, in der Regel mit materiellen Mitteln ausgestattet waren und heute ein sicheres Leben in den USA, in Frankreich und anderen Staaten führen. Der ständige Verweis auf sie ist ziemlich überflüssig, weil wir es mit ihnen gar nicht zu tun haben.

Eine Anmerkung noch zu den Bomberpiloten. Ich finde diesen Hinweis ziemlich unseriös. Die US-Bomberpiloten trugen die Vernichtung nach Vietnam, ihr Anliegen war kein Leben in Frieden. Trotzdem wurden sie von Vietnam nicht als Kriegsverbrecher aufgeknüpft, sondern als Opfer der US-Kriegsmaschinerie in menschlichster Weise behandelt. Der Hinweis ist also historisch unzutreffend und soll offenbar die Flüchtlinge lediglich in eine bestimmte Ecke stellen.

Das eine gegen das andere ausspielen

„Insofern halte ich es nicht für richtig, daß auch wir noch unsere geringen Kräfte dafür verwenden, für die Vietnam-Flüchtlinge zu den erbärmlichen 700 Mio. DM noch mehr Unterstützung zu fordern, so richtig das an sich auch ist“. Wenn Helmut Gollwitzer dies sagt, kann ich das verstehen, denn Helmut Gollwitzer tut viel, sehr viel für das vietnamesische Volk und hat sich auf diese Hintergründe überlegt, wie er seine Kräfte einsetzt.

Wo aber sind denn unsere Aktivitäten für Vietnam? Wo werden denn unsere Kräfte bereits eingesetzt, so daß die Flüchtlingssolidarität Abstriche von der Vietnam-Solidarität bedeuten würde? Tatsächlich ist es doch so, daß weder die Flüchtlingssolidarität „läuft“, noch die Vietnam-Solidarität. Wenn irgendjemand verlangen würde, eine stattfindende Solidaritätskampagne für Vietnam zugunsten der Flüchtlinge zu reduzieren, so wäre das Kräfte-Argument verständlich. Darum geht es aber nicht. Heute ist doch jede Aktivität für die indochinesischen Völker, sei es für die Flüchtlinge, sei es für Vietnam, ein Fortschritt. Andersrum bedeutet das

Kräfteargument in dieser Situation, den Zustand festzuschreiben. Für die Flüchtlinge nämlich nichts zu machen, weil wir sonst für Vietnam nichts machen könnten (was aber gar nicht geschieht).

Tatsache ist, daß wir in der Frage der Vietnam-Solidarität mit haargenau dem gleichen Problem konfrontiert sind, wie bei den Flüchtlingen. Die Abgrenzung wird in beiden Fällen der Solidarität übergeordnet, u n s e r e politischen Sichtweisen (z.T. sehr individuelle Einschätzungen — daß Vietnam z.B. revisionistisch sei...) werden zum Maß der Solidarität.

Nicht die Beurteilung der realen Lage der indochinesischen Völker (einschließlich der Flüchtlinge), die Frage der Verantwortung hierfür (Rolle des Imperialismus) ist die Maßlatte, sondern unsere eigenen Schwierigkeiten mit bestimmten Entwicklungen mitzukommen. Der Notwendigkeit einer Flüchtlingssolidarität wird entgegengehalten, daß da u c h böse Menschen bei sind (und wir uns mit denen ja nicht solidarisieren können — was niemand fordert); der Vietnam-Solidarität wird entgegengehalten, daß wir die vietnamesische Politik ja nicht insgesamt gutheißen (vietnam-solidarität wird entgegengehalten, daß wir die vietnamesische Politik ja nicht insgesamt gutheißen können (bis hin zur These, Vietnam sei revisionistisch und revisionistische Staaten würden wir ja wohl nicht unterstützen).

Beides hat mit internationaler Solidarität wenig zu tun, sondern drückt eher eine ziemliche Arroganz und Un-menschlichkeit aus.

Unsere Solidarität muß a l l e n vom Imperialismus unterdrückten Menschen gelten, muß a l l e n durch den Imperialismus in Not geratenen Völkern gehören. Die Frage unserer politischen Übereinstimmung oder Kritik z.B. mit der Politik der KP Vietnams ist erstmal eine ganz andere Frage!

Wer dennoch die Solidarität an politische Bedingungen knüpfen will, sollte dies s o auch vertreten und nicht den Versuch unternehmen, hinten herum solche Thesen zu verbreiten (z.B. mit dem Versuch nachzuweisen, daß die Flüchtlinge-Solidarität eigentlich gar keine unterstützenswerte oder berechtigten Gründe hat).

Solidarität mit Vietnam u n d den Flüchtlingen ist kein Widerspruch

Eine Trennung der Solidarität Vietnam/Flüchtlinge ist abzulehnen. Es kann das eine nicht ohne das andere geschehen. Vietnam selbst bezeichnet die Flüchtlinge als Auslandsvietnamesen, als Angehörige des vietnamesischen Volkes. Allerdings gibt es unterschiedliche Schwerpunkte in der konkreten Solidaritätsarbeit.

Zur Flüchtlingssolidarität: Was die Flüchtlinge betrifft, so ist vor allem zu fordern, daß die imperialistischen Staaten ihre Aufnahme sichern, denn die Möglichkeit der freien Ausreise ist ihnen von Vietnams Regierung gegeben. Daß sie weiterhin von den imperialistischen Staaten materiell sichergestellt werden und die Möglichkeit eines gesicherten Lebens erhalten. Diese Möglichkeit wird der Masse der Flüchtlinge heute

nicht gewährt. Selbst diejenigen, die von den imperialistischen Staaten aufgenommen werden, müssen unter unerträglichen materiellen Bedingungen leben (die Höhe der Sozialhilfe in der BRD für diese Flüchtlinge liegt unter dem Existenzminimum). Der Imperialismus geht daran, einen Teil der Flüchtlinge profitbringend (politisch und materiell) auszunutzen (also ehemalige Politiker, Fachkräfte), einen anderen Teil der Industrie als Menschen 'zweiter Klasse' zur Verfügung zu stellen. Auch in der BRD arbeiten die Vietnam-Flüchtlinge unter Bedingungen, zu denen kaum ein westdeutscher Arbeiter einen Finger rühren würde. Ein weiterer (der größere) Teil wiederum wird in den südostasiatischen Lagern dem Elend überlassen.

In den imperialistischen Staaten wird gleichzeitig die Anwesenheit dieser Menschen zur rassistischen Hetze mißbraucht. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Menschen vor Diskriminierung und Rassismus geschützt werden. Wir haben vor zwei Jahren (AK 71) bereits dokumentiert, welcher faschistischen Hetze und Bedrohung die vietnamesischen Flüchtlinge in den USA ausgesetzt sind.

Flüchtlinge in den USA ausgesetzt sind.

Hier eine Gegenpropaganda zu entwickeln kann nur als Aufgabe von Linken und Demokraten begriffen werden g e g e n die schändliche reaktionäre Ausnutzung des Flüchtlingsproblems. Die Gefahr, mit den proimperialistischen Kräften im gleichen Wind zu segeln, ist r e a l also gar nicht gegeben. Die hier anstehenden Aufgaben sind zugleich sehr konkret. In mittlerweile allen westdeutschen Regionen und größeren Städten leben die Flüchtlinge und sind sozusagen vor unserer Haustür der Ausnutzung, Ausbeutung und Diskriminierung ausgesetzt. Hier in Zusammenarbeit mit demokratischen Hilfsorganisationen anzusetzen, dürfte so schwierig nicht sein.

Es geht also beileibe nicht nur um die propagandistische Solidarität, um Anprangerung der imperialistischen Verbrechen in Südostasien, um die Forderung nach Beseitigung des Elends in den Lagern — es geht auch um das konkrete Aufgreifen der unmenschlichen Politik hier.

Solidarität mit den indochinesischen Staaten

Anders gelagert ist die Frage der Solidarität mit den indochinesischen Staaten — anders aber nicht alternativ.

Zum einen steht hier die absolut dringende Aufgabe, die Notlage der indochinesischen Völker als Folge des US-Krieges öffentlich zu machen, die imperialistischen Staaten zur Einlösung ihrer Kriegsschuld zu verpflichten. Deutlich gemacht werden muß auch die Unmöglichkeit, die entstandenen Schäden materiell überhaupt 'wiedergutmachen' zu können. Die Schäden sind so gewaltig, daß die imperialistischen Staaten eine kurzfristig gar nicht einlösbare Schuld auf sich geladen haben. Vietnam wird noch in Jahrzehnten die Auswirkungen des US-Krieges spüren!

Unter der Notwendigkeit, den

indochinesischen Völkern jed mögliche Hilfe zu geben, unterstützen wir alle Initiativen, Projekte u.ä., die hier Hilfe bringen, und sind auch zur konkreten Mitarbeit aufgefordert.

Neben dieser Aufgabe steht aktuell vor allem die Notwendigkeit des Aufbaus einer Front gegen die imperialistische Vernichtungsstrategie gegenüber Indochina. An Indochinas Grenzen sind heute, drei Jahre nach der Befreiung gigantische Kriegsmaschinen in Stellung gegangen. Thailands Armee an Kambodschas Grenze, Chinas Armee an Laos' und Vietnams Grenze, die US-Flotte vor Vietnams Gewässern, das atomare Vernichtungspotential der USA auf ihren pazifischen Basen zielt heute wieder gegen Indochina. Wer die Presse ein bißchen verfolgt, weiß, daß der "große militärische Schlag" (so Thailands Oberfaschist Kriangsak) propagandistisch bereits begonnen hat (siehe AK 164, S.2).

Die Gefahr eines neuen militärischen Vernichtungsschlages gegen Indochina ist seit 1975 nie so aktuell wie heute gewesen. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben oder zu hoffen, daß die Allianz USA — China — Thailand lediglich den Wiederaufbau stören will. Alle drei Staaten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß es ihnen um die Vernichtung des revolutionären Indochina geht.

Dieser aktuellen Bedrohung steht heute keine entsprechende Solidaritätsbewegung entgegen, im Gegenteil dominant ist die Abgrenzung gegenüber Vietnam nach dem Motto 'Sooo haben wir uns das nicht gedacht'.

Wer hier nicht in kürzerer Zeit wie aus einem Albtraum erwachen will, muß heute aktiv daran arbeiten, der Kriegsalianz gegen Indochina eine Solidaritätsfront entgegenzustellen.

Auch dies ist eine sehr konkrete Aufgabe für uns, bei der die ganze Verstrickung der BRD offengelegt werden muß (als Geld- und Waffengeber für Thailand z.B.).

Wenn unsere Haltung zur Solidarität mit allen vom Imperialismus bedrohten und unterdrückten Völkern, unsere Haltung gegenüber den befreiten Staaten nicht zur Farce werden soll, sollten wir diese Aufgaben anpacken.

Fr./Asien-Australien Kommission

Anmerkung

Der Leserbrief wurde vor mehreren Wochen verfaßt — aus Platzgründen kann er jedoch erst jetzt Eingang in den AK finden. Auch wenn der eigentliche Ausgangspunkt der Kontroverse (LG-Erklärung und folgende Leserbrief) nun schon einige Zeit zurückliegt, sollte die Diskussion um die Fragen erneut aufgegriffen werden. Neben der nach wie vor bestehenden aktuellen Notwendigkeit der Entwicklung einer Solidaritätsarbeit geht es ja auch um unsere generelle Haltung gegenüber den Anforderungen der internationalen Solidarität. In diesem Sinne kommen hoffentlich auch nach dieser Zeit noch zahlreiche Stellungnahmen.

Asien-Australien-Kommission

Krieg den Hütten, Friede den Palästen?

In ihren „Überlegungen zur Krise des KB“ (AK 166, S. 55-56) ist die ZL noch ein Stück weiter von ihrer anfänglichen Legende abgerückt, sie verteidigt die „früher vereinheitlichten Positionen des KB“ gegen die Organisationsmehrheit. Diese Klärung ist zu begrüßen. Bedauerlich ist allerdings, daß diese Klärung erst so spät erfolgt, nachdem die ZL drei Monate lang der Organisation eine Komödie vorgespielt hat.

Die Sache mit den „objektiven Faktoren“

In ihren „Überlegungen“ nimmt die ZL die These von den „objektiven Faktoren“ für die Krise der Linken auf Korn:

- Die Krise des KB sei „nicht bzw. nicht hauptsächlich irgendwelchen sog. objektiven Faktoren von außen geschuldet, wie innerhalb des KB gern und achselzuckend behauptet wird“. (S.55, Sp.1, Abs.2).
- „Auch die „viel zitierten internationalen Ereignisse“, die die Linke zu Apathie und Desillusionierung getrieben habe, trifft bzw. traf den KB keineswegs so stark, wie dies jetzt gern als Schutzbehauptung dargestellt wird“. (S.55, Sp.2, Abs.2).
- „Das im KB gängige ständige Hinweisen auf die sog. objektiven Faktoren“ als angebliche (Mit)Verschulder und (Mit)Garanten der Krise...“ (S.55, Sp.2, Abs.4).
- „Schon die ‚Umformulierung‘ der ‚äußeren Bedingungen‘ oder ‚äußeren Wirkungen‘ in ‚objektive Faktoren‘ (im Gegensatz zu subjektiven Fehlern) dient heute nur noch zur Ablenkung von den Krisenursachen...“ (S.55, Sp.2 unten und 3 oben).

Die ZL erweckt hier mit wohlgeählten Formulierungen den Eindruck, als sei der Begriff „objektive Faktoren“ erst kürzlich aufgefunden, als handle es sich um eine „Schutzbehauptung“ der Mehrheit als sei der Begriff überhaupt unzutreffend und als habe die ZL zu diesem Begriff eine ironische Distanz. Dieser Eindruck ist durch und durch politische Gaunerei: Der Begriff „objektive Faktoren“ tauchte im Rechenschaftsbericht des LG auf dem KB-Vorkongress (Dezember 78) auf. Vorgetragen wurde dieser Bericht von einem Genossen der derzeitigen LG-Minderheit und der ZL. Und um Legenden vorzubeugen: Dieser Genosse hat sich den Rechenschaftsbericht weder von Lin Biao noch von Mao Tse-tung schreiben lassen, sondern hat ihn im Wesentlichen eigenständig erarbeitet. Unter „objektiven Faktoren“ zählte der Genosse damals ausführlich all jene Punkte auf, die die ZL heute als Phantastereien der Mehrheit hinzustellen versucht (vgl. dazu UW 26, S.6).

Interessant ist es im Licht der aktuellen Polemik, die Ausführungen LG auf dem KB-Vorkongress (Dezember 78) auf. Vorgetragen wurde dieser Bericht von einem Genossen der derzeitigen LG-Minderheit und der ZL. Und um Legenden vorzubeugen: Dieser Genosse hat sich den Rechenschaftsbericht weder von Lin Biao noch von Mao Tse-tung schreiben lassen, sondern hat ihn im Wesentlichen eigenständig erarbeitet. Unter „objektiven Faktoren“ zählte der Genosse damals ausführlich all jene Punkte auf, die die ZL heute als Phantastereien der Mehrheit hinzustellen versucht (vgl. dazu UW 26, S.6).

Interessant ist es im Licht der aktuellen Polemik, die Ausführungen im Rechenschaftsbericht mit dem kurz zuvor veröffentlichten Artikel „Zwischenbilanz“ im AK 144 (geschrieben von einem Genossen der derzeitigen LG-Mehrheit) zu vergleichen. Dort war nicht von „objektiven Faktoren“ die Rede, sondern von „objektiven Voraussetzungen“ und „objektivem Hintergrund“ der Krise. Dort heißt es auch: „Wir jedoch haben sehr genau zu untersuchen, in welcher Weise die Veränderung unserer Bedingungen auch auf unsere Organisation einwirkt.“ (S. 61, Sp.1 – zur derzeitigen Polemik lohnt es sich, den Abschnitt „Krise des KB oder Krise der Linken?“ in dem „Zwischenbilanz“-Artikel zu lesen).

Für die Einführung des Begriffs „objektive Faktoren“ scheint also eher die heutige Minderheit „verantwortlich“ zu sein, falls man überhaupt einen solchen Streit für sinnvoll hält.

Es sind schon seltsame „Sitten“, wenn die ZL ohne ein einziges selbstkritisches Wort heute einen Begriff als den letzten Schwachsinn hinstellt, an dessen Schöpfung sie selbst wesentlichen Anteil hatte.

Die ZL widerspricht sich selbst

Im AK 166 bemüht sich die ZL, den Stellenwert der „objektiven Faktoren“ für die Krise der Linken gegenüber den „inneren Ursachen“ nahezu bis zur Bedeutungslosigkeit herunterzuspielen.

Der ZL scheint nicht aufgefallen zu sein, daß sie sich mit ihren eigenen Thesen in unlösbarer Widersprüche verwickelt: Im AK 165 (Polemik gegen F.) hatte die ZL sehr stark einen zweifellos „objektiven Faktor“ als Krisenursache in die Debatte gebracht, nämlich die „ideologische

Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen“. Die ZL hatte in AK 165 behauptet, daß diese „Offensive“ (deren Beginn sie in die Jahre 1973/74 verlegt) zuerst zum Zusammenbruch des „Umfelds“ der „kommunistischen Zirkel“ und dann auch zur Krise der Zirkel selbst geführt habe. Ausdrücklich hieß es in AK 165: „Zum Teil bedingt durch politische Fehler der Zirkel... aber hauptsächlich als Ergebnis“ (Hervorh. von uns) der „ideologischen Offensive“ sei diese Krise hervorgerufen worden. An einer weiteren Stelle desselben Artikels werden „sektiererische Entgleisungen einiger kommunistischer Gruppen“ nochmals als untergeordnet gegenüber der „ideologischen Offensive“ bezeichnet.

Die ZL hat hier also in ganz krasser Weise die „äußeren Bedingungen“ („ideologische Offensive“) zur Hauptseite gegenüber den inneren Bedingungen (politische Fehler) erklärt. Es bleibt abzuwarten, ob die ZL diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen ihren eigenen Thesen einfach stillschweigend bestehen lassen will, oder ob sie eine Korrektur vornimmt.

- „prinzipienlose Aufnahmepolitik“
- „Vernachlässigung der Schulung“
- „Verschleiß von Arbeitskraft“
- „allgemeine Überbeanspruchung“
- Zusammenbruch der innerorganisatorischen Kommunikation, insbesondere des Berichtswesens;
- schematische Umsetzung der Kampagnenpolitik“.

In dem Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen“ (UW-Extral- von einem Genossen der derzeitigen LG-Mehrheit) sind noch eine Reihe weiterer „Fehler und Mängel“ genannt, wie etwa Sektierertum, Stümperei, Bevormundung von Genoss(inn)en durch ihre Anleiter u.a.m.

Gegenüber dieser sehr komplexen („früher vereinheitlichten“) Sicht der Krise engt die ZL heute das Problem auf einen Teilaspekt ein, nämlich den „kleinbürgerlichen Individualismus“, wobei sie dessen Erscheinungsformen zudem jeweils auf eine Seite des Widerspruchs (Feminismus, aber nicht den Chauvinismus) reduziert. Früher war „vereinheitlicht“, daß Erscheinungen des „kleinbürgerlichen Individualismus“ ganz wesentlich auch als Reflex auf innerorganisatorische „Mängel“ zu begreifen sind, daß beispielsweise

ZL mittlerweile ganz offen den bekannten „ML“-Vorstellungen angelegentlich: Für Schwierigkeiten sind in erster Linie nicht objektive Bedingungen oder „Fehler und Mängel“ in der eigenen Arbeit verantwortlich, sondern „Abweichungen“, „falsche Linien“, „Fehlströmungen“.

Dieses Konzept („Kampf gegen die bürgerliche Linie“) geht nicht von einer Gesamtheit und Komplexität verschiedener „Fehler und Mängel“, taktischer und strategischer Meinungsverschiedenheiten, „ungelöster Fragen“ sowie den äusseren Bedingungen aus. Sondern das ganze Problem wird darauf reduziert, daß sich in der Organisation eine „korrekte“ und eine „falsche“ (bürgerliche) „Linie“ gegenüberstehen. Um die „bürgerliche Linie“ bekämpfen zu können, muß diese in aller Regel erst einmal erfunden werden. Dazu gehört beispielsweise:

- daß einzelne, quer durch die Organisation gehende Meinungsverschiedenheiten künstlich zur „falschen Linie“ zusammengefaßt werden;
- daß komplizierte Sachverhalte zu groben, eingängigen Schlagworten versimpelt werden („ideologischer Waffenstillstand“, „Abkehr von der Wahlbewegung“, etc.);
- daß Verstöße gegen den Marxismus-Leninismus entdeckt bzw. konstruiert werden müssen;
- daß Artikel und Zitate als beliebige Rohmasse für Verdrehungen, Unterstellungen, etc. benutzt werden.

Das „Krisenbewältigungs“-Konzept des „Kampfes gegen die bürgerliche Linie“ beinhaltet an sich schon eine gefährliche Überspitzung innerer Widersprüche. Hinzu kommt, daß dieses Konzept fast immer – so auch von der ZL – in einer Weise durchgeführt wird, die keineswegs zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten und zur „Vereinheitlichung“ der Organisation führt. Vielmehr führt dieses Konzept fast stets dazu, daß Organisationen sich in prinzipienlosen „Fraktionskämpfen“ und „Säuberungswellen“ politisch lahmlegen und zersetzen. Der Niedergang des KBW 1976/77 ist dafür das bekannteste Beispiel.

Die „Überlegungen“ der ZL im AK 166, S. 55 (These 22) enthalten einen interessanten Hinweis auf die Vorstellungen der ZL: Nach INNEN wird eine „leninistische Ausrichtung“, „Kampf gegen innere Fehlströmungen“, und „Abwurf von ideologischem Ballast“ (?) gefordert; nach AUSSEN hingegen wird für eine „antisektiererische Massen- und Bündnispolitik“ plädiert. Selbst wenn man sie wörtlich nimmt, hat die ZL Unrecht, dies als zwei Seiten einer „dialektischen Einheit“ hinzustellen. Denn wo bleibt bei dieser „dialektischen Einheit“ eigentlich die politisch-ideologische Auseinandersetzung nach AUSSEN? ... Ohnehin muß man aber die konkrete ZL-Politik betrachten, um zu begreifen, was mit ihrer „dialektischen Einheit“ in der Praxis gemeint ist: Ihre Vorstellung von „leninistischer Ausrichtung“ hat sie seit den „tollen Tagen“ anschaulich vorverziert. Ihre Vorstellung von „antisektiererischer Bündnispolitik“ exerziert sie derzeit in der Wahlbewegung vor. Konkret heißt ihr Rezept zur „Krisenbewältigung“:

- + Nach INNEN eine grelle Überspitzung bestehender Meinungsverschiedenheiten; Polemik mit reinen Unterstellungen; Herbeiführung einer „Tollhaus“-Atmosphäre; Spaltung der Organisation in zwei feindliche Lager.
- + Nach AUSSEN ein Herunterspielen von Widersprüchen; Beschränkung auf das „Machbare“ und „Durchsetzbare“; Ablenkung des „ideologischen Kampfes“ auf Nebenfronten (Feminismus).

Dieses Konzept der ZL würde zwangsläufig dazu führen, daß ein durch inneren Grabenkrieg nahezu handlungsunfähiger KB nicht mehr zum eigenständigen Eingreifen in die demokratischen Bewegungen in der Lage wäre, sondern sich auf Nachtrabpolitik und Aufspringen auf irgendwelche „Züge“ (ZL-Devise: „Wir dürfen den Zug nicht verpassen“) beschränken müßte. Eine solche Organisation hätte im politischen Spektrum der BRD-Linken keine Existenzberechtigung und keine Überlebenschance.

Leitendes Gremium (Mehrheit)

Stellungnahme der Ortsgruppe Frankfurt

Wir, als Frankfurter Ortsgruppe des KB, stellen folgenden Antrag an die Redaktion des „Arbeiterkampfes“: (immer noch Zeitung des Kommunistischen Bundes):

1. Die Gruppe „Zentrumsleitung“ erhält mit Beschlußfassung über diesen Antrag keinen Sonderstatus mehr in Bezug auf die Seitenzahl im „Arbeiterkampf“.
2. In unserer Zeitung werden nur noch Artikel der Gruppe „Zentrumsleitung“ abgedruckt, die auf Beschlüsse und Forderungen (sie sind bekannt – z.B. gemeinsamer Artikel) aus der Organisation eingehen, – die keine weiteren (mittlerweile bis hin zur Organisationsschädigung) Gerüchte und Unwahrheiten beinhalten, – die nicht tatsächlich nachprüfbar, inhaltlich belegte und neue Fakten und Meinungen der Gruppe „Zentrumsleitung“ beinhalten.

Wir, als Frankfurter Ortsgruppe des KB, stellen folgenden Antrag an die Redaktion des „Arbeiterkampfes“: (immer noch Zeitung des Kommunistischen Bundes):

1. Die Gruppe „Zentrumsleitung“ erhält mit Beschlußfassung über diesen Antrag keinen Sonderstatus mehr in Bezug auf die Seitenzahl im „Arbeiterkampf“.
2. In unserer Zeitung werden nur noch Artikel der Gruppe „Zentrumsleitung“ abgedruckt, die auf Beschlüsse und Forderungen (sie sind bekannt – z.B. gemeinsamer Artikel) aus der Organisation eingehen, – die keine weiteren (mittlerweile bis hin zur Organisationsschädigung) Gerüchte und Unwahrheiten beinhalten, – die nicht tatsächlich nachprüfbar, inhaltlich belegte und neue Fakten und Meinungen der Gruppe „Zentrumsleitung“ beinhalten.

Zur Begründung des Antrags

- a) Es entsteht der Eindruck, als räume die Organisation der Gruppe „Zentrumsleitung“ aufgrund deren personeller Zusammensetzung einen Sonderstatus und Veröffentlichungsprivilegien ein, sowohl was die Quantität als auch die Qualität der Artikel betrifft.

Dies betrachten wir als einen Mißbrauch der innerorganisatorischen Demokratie im KB.

- b) Die Gruppe „Zentrumsleitung“ selber macht sich gegenwärtig der totalen Mißachtung gegenüber der Organisation insgesamt schuldig, da sie nur bereit ist, alle Rechte einer Fraktion in Anspruch zu nehmen, nicht aber die Pflichten.

Zu diesen Pflichten zählt neben der Sorgfaltspflicht bei der Erstellung der Artikel auch die Gebundenheit an Forderungen und Beschlüsse der Gesamtoorganisation.

- c) Veröffentlichungsrecht in unserer Zeitung für Minderheitspositionen und andersdenkende Genossinnen und Genossen heißt nicht, daß eine „Fraktion“ beliebig das Recht hat, Methoden der bürgerlichen Journalistik zu benutzen, um ihre Thesen zu „belegen“ – nach dem Motto „Jede

Story ist genehm, wenn nur die Richtung stimmt“.

- d) Freie Meinungsäußerung innerhalb des KB heißt nicht, daß wir aus unseren Reihen krass beleidigende und organisationsschädigende Passagen in unserer Zeitung „Arbeiterkampf“ veröffentlichen müssen. Unter einer solchen Passage verstehen wir den folgenden Absatz im AK 166: „Die derzeitige im Mehrheitsblock des KB erkennbare Abkehr von der Wahlbewegung (z.T. hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt) würde weitere Chancen verbauen, die Krise im KB zu überwinden“.

Stellungnahme der Ortsgruppe Frankfurt

Story ist genehm, wenn nur die Richtung stimmt“.

- d) Freie Meinungsäußerung innerhalb des KB heißt nicht, daß wir aus unseren Reihen krass beleidigende und organisationsschädigende Passagen in unserer Zeitung „Arbeiterkampf“ veröffentlichen müssen. Unter einer solchen Passage verstehen wir den folgenden Absatz im AK 166: „Die derzeitige im Mehrheitsblock des KB erkennbare Abkehr von der Wahlbewegung (z.T. hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt) würde weitere Chancen verbauen, die Krise im KB zu überwinden“.

Ebenso wenig sehen wir ein, daß wir uns im AK weiter von der Gruppe „Zentrumsleitung“ anpöbeln lassen sollten und der KB als ein Haufen von Spinnern und Halbdioten dargestellt wird.

- e) Für unsere Gegner in der Wahlbewegung dürften solche Artikel aus vermeintlich „berufendem Munde“ ein gefundenes Fressen sein, wird doch auch an ihre anti-K-Gruppen-Vorurteile appelliert und unterstellt, unsere Genossinnen und Genossen in der Wahlbewegung hielten rein aus taktischen, nicht aber aus prinzipiellen Erwägungen an Essentials der alternativen Bewegung fest. (...)

Derartige Unversämlichkeiten sind eine Zumutung für alle praktisch arbeitenden Genossinnen und Genossen des KB. Wir sind sie von Rudi Dutschke, Milan Horacek und Co. gewohnt, nicht aber aus unseren eigenen Reihen.

- f) Wir fordern von der Gruppe „Zentrumsleitung“ eine Zurücknahme dieser Anschuldigungen!

g) Im Interesse der Organisation und unseres Leserstammes sind wir es schuldig, daß unsere Zeitung nicht zur Spielwiese politischer Amokläufer und Dilletanten wird, die offenbar nur noch das Ziel haben, alles in einem schamlosen fraktionellen Treiben mitzuziehen.

KONTUREN ZIEHEN? JA, BITTE!

(Dieser Antrag wurde in allen Einheiten der Frankfurter Gruppe des KB einstimmig verabschiedet)



Die „inneren Ursachen“ der ZL

In den „Überlegungen zur Krise“ kommt die ZL auf die These von der „ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen“ zurück. (S. 66, Sp.3, Abs. 3). Diese Offensive habe im KB zum „massiven Auftreten von Fehlströmungen aller Art“ geführt. (S. 66, Sp.2, Abs.2). Interessanterweise – und in offensichtlichem Widerspruch zu „unserer früher vereinheitlichten Sicht der Krise“ – faßt die ZL im AK 166 diese „Fehlströmungen“ unter dem Stichwort „kleinbürgerlicher Individualismus“ zusammen. Das heißt, sie beschränkt unsere früher sehr vielfältige Sicht politischer Fehler und Fehlentwicklungen im KB auf solche „Fehlströmungen“, die sich als Ergebnis der „ideologischen Offensive“ darstellen lassen. Sie nennt im Einzelnen folgende Punkte: „Ultra-Demokratismus, Utopismus, Feminismus“. Nach drei Monaten Polemik um diese Themen ist es gewiß kein Zufall, daß die ZL die Gegenstücke – nämlich Bürokratismus, „Entsolidarisierung“ und Chauvinismus, einfach „vergessen“ hat!

Die neue These der ZL (Hauptursache der Krise sei kleinbürgerlicher Individualismus in Form von Ultra-Demokratismus, Utopismus und Feminismus als Folge einer „ideologischen Offensive der Bourgeoisie“) entlarvt ihr Wesen, wenn man sie mit unserer „früher vereinheitlichten Sicht der Krise“ vergleicht. Im bereits erwähnten Rechenschaftsbericht des LG zum Vorkongress z.B. wurden u.a. als „Fehler und Mängel in unserer Organisation“ benannt:

das „Abschaffen“ wesentlich als Reflex auf die frühere Überstrapazierung aller Genoss(inn)en begriffen werden muß. Das heißt, wir haben uns sehr wohl und weit umfassender, als es die ZL heute tut, mit den inneren Bedingungen unserer Krise befaßt. Wir haben uns gefragt, warum im KB Zerfallserscheinungen und „Fehlströmungen“ auftreten, und wir haben die Antwort in „Fehlern und Mängeln“ gesucht, die von der ZL heute gar nicht mehr erwähnt werden. Wir haben folglich in der Arbeit an diesen „Fehlern und Mängeln“ den zentralen Ansatzpunkt gesehen, während die ZL heute den „Kampf gegen Fehlströmungen“ zur Hauptaufgabe ihrer „Krisenbewältigung“ erhebt.

Die ZL verfolgt in Wirklichkeit keineswegs ein dialektisch-materialistisches, sondern ein schematisches und idealistisches Konzept der Krise und der „Krisenbewältigung“. Statt die Ursache für das Aufkommen von „Fehlströmungen“ vor allem aus der inneren Entwicklung des KB („Fehler und Mängel“ unserer früheren Politik!) zu erklären, erhebt sie den angeblichen äußeren Anstoß („ideologische Offensive der Bourgeoisie“) und dessen Rückwirkungen („Fehlströmungen“) zur Hauptseite.

Der Kampf gegen die „bürgerliche Linie“

Mit ihrem Konzept zu Krise und „Krisenbewältigung“ hat sich die

Die Entführung Lenins durch die ZL-Fraktion

Wie man eine kleine, konkret benannte und genau abgegrenzte Meinungsverschiedenheit zu einem „Skandal“ hochpumpt, hat die ZL im AK 166 wieder einmal vorgeführt. Es geht um die sich seit AK 156 dahinschleppende Auseinandersetzung zur Stolypinschen Reaktion, insbesondere meinen Artikel „Nochmals zur Stolypinschen Reaktion“ (AK 165, S. 50/51). In ihrem Artikel „LG-Mehrheit kontra Lenin“ (AK 166, S. 57/58) weiß die ZL zu berichten, daß die Auseinandersetzung durch meinen Artikel „in eine neue Etappe getreten“, sei; ich sei nämlich „zu einer verhältnismäßig offenen Polemik gegen Lenin übergegangen“ (AK 166, S. 57, Sp. 1, Abs. 2). Das ist aus der Sicht der ZL so herrlich, daß sie zwecks größerer Glaubwürdigkeit noch ein paar Mal wiederholt: Das sei ein „Angriff auf Lenins Politik“, gewissermaßen eine Premiere im KB (S. 57, Sp. 1, 7). Und noch mal dasselbe: Das sei eine „recht scharfe Polemik gegen Lenin“ und eine „offene Lenin-Kritik“ (S. 57, Sp. 2, Abs. 5). Und zum vierten Mal: „... im Kern ein Angriff auf Lenins klassenmäßige Betrachtung aufkommender Fehlströmungen“ (S. 57, Sp. 3, Abs. 1). Und mit der Zwischenüberschrift „Lieber Stalin als Lenin?“ (S. 58, Sp. 1) deutet die ZL noch Gewagteres an.

Im Kreise der eigenen Fraktion legt man sich noch weniger Schonung auf, da wird die Sache noch griffiger „zusammengefaßt“. So heißt es beispielsweise im Protokoll einer ZL-Fraktionssitzung im ÖTV-Bereich (an dem Treffen waren zwei Mitglieder der ZL beteiligt) vom 2.11.: „Kt. schreibt zurecht, daß aus der Krise gelernt werden muß. Doch was? Nach seiner Logik ist zu lernen, daß wir die Hände in den Schoß legen sollen und warten, bis der Aufschwung kommt. Denn was Lenin in der SDAPR gemacht hat zu der Zeit, war ja falsch, sein Einfluß hatte keinen Wert“. Das alles habe ich zwar niemals behauptet, aber was tut das schon?!

Die ZL stellt sich in die Pose, als müsse sie Lenin, womöglich gar den Leninismus insgesamt, gegen die Organisationsmehrheit verteidigen. Es ist daher gut verständlich und war vollständig voraussehbar, daß die Genossen der ZL sich auf meinen Artikel im AK 165 stürzen würden wie die Aasgeier. Mit einer ehrlichen Polemik um Meinungsverschiedenheiten hat diese Haltung nur noch sehr wenig zu tun.

Um zu der seit langem ersehnten Polemik zu kommen („LG-Mehrheit greift Lenin an“), mußte die ZL

Um zu der seit langem ersehnten Polemik zu kommen („LG-Mehrheit greift Lenin an“), mußte die ZL

zunächst von meiner konkreten Argumentation alles „wegschneiden“, was an Eingrenzung des Gegenstands und Differenzierung darin enthalten ist: „Nimmt man ... Verwirrspiel, Einschränkungen, Relativierungen und sonstigen Ballast beiseite, dann steht Lenin als arbeitertümelnder Voluntarist bei der LG-Mehrheit fast ebenso schlecht im Kurs wie die ZL“ (S. 57, Sp. 1, Abs. 6 – Hervorh. von mir). Selbstverständlich ist es ein unzulässiger demagogischer Kunstgriff, Einschränkungen und Relativierungen einfach „beiseitezunehmen“, die vom Verfasser bewußt gemacht worden sind. Im Fall meines Artikels handelt es sich sogar um wesentliche „Einschränkungen und Relativierungen“:

1. Ich hatte geschrieben, daß Lenin „mit einigem Recht“ (Hervorh. bereits in AK 165), aber „nicht mit vollem Recht“ in einer konkreten Frage von der ZL angeführt werde. (AK 165, S. 50, Sp. 5, Abs. 2).

2. Ich hatte nicht geschrieben, daß Lenin eine „arbeitertümelnde Sicht der Krise ...“ hatte, sondern, daß er für eine solche Sicht „als Kronzeuge ... sehr wohl heranzuziehen“ sei. (AK 165, S. 50, Sp. 5, Abs. 4). Ich hatte in genau diesem Zusammenhang an zwei Stellen relativiert, daß Lenin die Dinge m.E. keineswegs so einseitig gesehen habe wie die ZL-Fraktion. (AK 165, S. 50, Sp. 5, Abs. 4 und 7).

3. Ich hatte darauf hingewiesen, daß die ZL in ihrem umstrittenen Zitat (das überhaupt der ganzen Auseinandersetzung zugrunde liegt) von „massenhaften Austritten aus der Partei“ spricht, während Lenin in dem Zitat, auf das sich die ZL beruft, von „Krise der Partei“ spricht. Ich hatte argumentiert, daß Lenins Begriff der Parteikrise mehr umfaßt als nur „massenhafte Austritte“. (AK 165, S. 50, Sp. 5, Abs. 3). Da der ZL offenbar dieser Unterschied auch selbst bewußt ist, hat sie lustigweise im AK 166 ihr eigenes Zitat umgefaßt: „Vehement bestreitet Kt. unsere Behauptung, 'wesentlicher Hintergrund' der Krise der Partei sei die 'Flucht kleinbürgerlicher Mitläufer' gewesen“. (AK 166, S. 57, Sp. 2, Abs. 2). Tatsächlich lautete die von mir im AK 163 und 165 „vehement bestrittene“ These der ZL ziemlich anders, nämlich: Wesentlicher Hintergrund der massenhaften Austritte aus der Partei sei die kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden gewesen. (ZL im AK 156).

tritte aus der Partei sei die kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden gewesen. (ZL im AK 156).

Die ZL scheint darauf zu spekulieren, daß die Debatte nun schon so verworren ist und im KB so lustlos zur Kenntnis genommen wird, daß sie sich solche „Ungenauigkeiten“ leicht erlauben kann. Wahrscheinlich hat sie mit dieser Spekulation sogar weitgehend recht.

4. Ich hatte an keinem Punkt Lenins Politik während der Stolypinschen Reaktion ganz oder in wesentlichen Teilen verworfen, wie die ZL-Fraktion freudig behauptet. Die Debatte bezog sich auf einen, genau eingegrenzten Punkt, nämlich eine Überstrapazierung des Geschimpfs auf die „kleinbürgerlichen Elemente“ und der Glorifizierung der Arbeiterklasse in einigen Äußerungen Lenins.

Es ist gewiß sinnlos, mit Leuten zu streiten, die offenbar nur auf dieses Signal gewartet haben, um die Sache zu einer „Polemik gegen die Politik Lenins“, zu einem „Angriff auf Lenin“ oder gar fraktionsintern zu einer „Absage an Lenin“ hochzukreischen. Trotzdem möchte ich nicht darauf verzichten, auf den von der ZL ziemlich vernebelten Ausgangspunkt der Kontroverse aufmerksam zu machen. Dieser Ausgangspunkt lag in folgendem Zitat der ZL: „Lenin sah ... im Terror Stolypins nur den äußeren Anlaß für die massenhaften Austritte aus der Partei, ihr wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden“ (AK 156). Dies würde bedeuten, daß die damals „Ausgetretenen“ insgesamt oder im Wesentlichen eine „kleinbürgerliche Interessenlage“ hatten. Da das zu offensichtlich falsch war, korrigierte sich die ZL im AK 164 (S. 52): „Besser hätten wir von 'kleinbürgerlichen Mitläufern, zum geringen Teil aus der Arbeiterklasse, sprechen sollen'. Das unterstellt immer noch, daß die große Mehrheit der 'Austretenden' Kleinbürger waren und daß nur wenige Arbeiter 'austraten'. Im AK 165 hatte ich dargestellt, warum diese These der ZL falsch ist. U.a. hatte ich Stalin zitiert, der davon sprach, daß die Partei in Petersburg von etwa 8000 Mitgliedern 1907 auf etwa 3-400 im August 1909 zusammengeschrumpft sei, also ca. 95% ihrer Mitglieder verloren habe. (AK 165, S. 50, Sp. 1 unten und 2 oben). Aus dem vorliegenden Zahlenmaterial ergibt sich, wie immer man es noch dreht und wendet, daß Arbeiter zweifellos die Mehrheit der 'Austretenden' ausmachten.

Die ZL hat nun, um diese Selbstverständlichkeit zu widerlegen, neue Zahlen vorgelegt bzw., richtiger ge-

Die ZL hat nun, um diese Selbstverständlichkeit zu widerlegen, neue Zahlen vorgelegt bzw., richtiger ge-

sagt, alte Zahlen verfälscht. So ergibt sich ein geradezu sensationelles Bild: Den Bolschewiki sei „auch in organisatorischer Hinsicht ein ganz enormer Erfolg gelungen“; es sei ihnen nämlich gelungen, einen Mitgliederstand von knapp 10 000 während der Phase der Stolypinschen Reaktion zu halten. Stalin hat also phantasiert, und Lenin hat überhaupt niemals die Bolschewiki gemeint, wenn er vom Zerfall von Parteiorganisationen, von „ernstem Niedergang und einer Schwächung aller revolutionären Organisationen“ usw. sprach. Die ZL rechnet vor, daß die Bolschewiki von 8000 Mitgliedern 1905 sogar auf knapp 10.000 Mitglieder 1910 angewachsen seien. An dieser eindrucksvollen Rechnung ist so ziemlich alles falsch:

1. Sie lenkt nicht ungeschickt von der Tatsache ab, daß die Bolschewiki im Oktober 1906, vor Beginn der Stolypinschen Reaktion, über 30 000 Mitglieder hatten, von denen also bis 1910 zumindest 20 000 (zwei Drittel) verlorengegangen sein müßten, wenn man die Zahlen der ZL zugrunde legt. Ausgangspunkt des Streits war aber gerade die Frage, ob man diese „Ausgetretenen“ als Kleinbürger oder jedenfalls nur im geringen Anteil als Arbeiter einzuschätzen hat. Dafür bringt die ZL keine Beweise und kann selbstverständlich auch keine bringen.

2. 1910 war der Tiefpunkt der Krise bereits überschritten, die Mitgliederzahlen für 1910 liegen also auf jeden Fall über dem Tiefstand während der Stolypinschen Reaktion.

3. Die Zahl von 10 000 Mitgliedern der Bolschewiki im Jahre 1910 hat die ZL angeblich von Bettelheim. Tatsache ist aber, daß Bettelheim diese Zahl 10 000 nicht für die Bolschewiki, sondern für die SDAPR insgesamt nennt (S. 107). Damit läßt sich diese Zahl also gar nicht in die Verteidigungslinie der ZL einbauen.

Nebenbei muß einmal auf die seltsame Art hingewiesen werden, mit der die ZL das Wort „Austritte“, das uns heute ja ganz geläufig ist, auf die Situation der revolutionären Organisationen in einer Phase konterrevolutionären Terrors wie die Stolypinsche Reaktion anwendet. Zum einen wurde der Kaderstamm der revolutionären Organisationen schwer und wiederholt durch Verhaftungen dezimiert. Zum zweiten trafen Verhaftungen und

Polizeiterrort auch die Masse der „einfachen“ Mitglieder. Zum dritten ist es ganz falsch, von „Austritten“ in einer Situation zu sprechen, wo es vielfach darum ging, daß Parteiorganisationen durch Verhaftungen und Verfolgungen desorganisiert waren, daß durch Verhaftung von Funktionären der Kontakt vieler Mitglieder zur Partei zwangsläufig unterbrochen wurde usw. usf. Das Wort „Austritt“ gibt eine relativ gemüthliche Vorstellung von Kleinbürgern, die ihr Parteibuch wegwerfen, weil sie „keine Böcke mehr haben“, allenfalls der Unterdrückung „nicht standhalten“ u.ä. Ein solches Bild ist für die Phase der Stolypinschen Reaktion wie überhaupt für Phasen des Terrors der Reaktion ziemlich unpassend. Immerhin ist noch keiner auf den Gedanken gekommen, über „massenhafte Austritte“ aus der KPD nach der Nazi-„Machtergreifung“ zu lamentieren).

Die ZL versucht heute ganz offen, sich als die letzte Bastion des Leninismus im KB darzustellen. Interessanterweise hatte sie genau das ja zu Beginn der „tollen Tage“ (August) noch als gemeine Unterstellung zurückgewiesen und u.a. damit den „Kampagnen“-Vorwurf gegen die LG-Mehrheit begründet (vgl. Spaltungsdrohung 22.8.).

Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, daß es das Ansehen Lenins im KB hebt, wenn die ZL ihn als Ahnherren ihrer „Krisenbewältigungs“-Konzeption heranzuziehen (umzufälschen) versucht. Es dient der Sache nicht, wenn die ZL einzelne (meiner Meinung nach falsche, aber untergeordnete) Aspekte bei Lenin (wie die Überstrapazierung des Geschimpfs auf die „kleinbürgerlichen Elemente“ und Tendenzen zu einer Glorifizierung der „Standfestigkeit der Arbeiterklasse“) aus dem großen, für uns ungeheuer lehrreichen Zusammenhang zerrt und als Schaustücke in ihrem Prozessionszug herumträgt. Es dient der Sache auch nicht, wenn die umfassende Auseinandersetzung Lenins mit den kleinbürgerlichen und reformistischen Anschauungen seiner Zeit auf eine Stufe gestellt wird mit dem, was die ZL unter „ideologischem Kampf“ versteht (Verdrehungen, Zitatentzerrungen, total unbewiesene Unterstellungen, maßlose Übertreibungen etc.). In diesem Sinne: Freiheit für Lenin!

Kt., AK-Redaktion

Da schmunzelt die ZL Da schmunzelt die ZL

Erfolgreicher als im KB scheint bei der SPD-Jugendorganisation „Die Falken“ der Kampf gegen das Ärgste aller Übel, den Feminismus abzulaufen. Überschriften wie „Nicht Rassen- und Geschlechterkampf, sondern Klassenkampf!“ und „Gemeinschaftserziehung statt Feminismus“ („arbeiterjugend“, Nr. 11/79) zeigen den Falkinnen glasklar, wo's längs geht. Eine Verfasserin teilt mit, daß für sie die Frauenfrage „in erster Linie eine Klassenfrage“ sei, denn sie habe ihre Benachteiligung „in erster Linie als Arbeiterkind und erst in zweiter Linie als Mädchen“ erfahren. Die Feministinnen aber wollten die Grundübel des Kapitalismus, wie Arbeitslosigkeit und Rüstung, „als Nebenwidersprüche abtun“; damit „besorgen sie das Geschäft dieser bürgerlichen Ideologen“. (Man möchte hinzufügen: Viel löblicher verhält sich da die SPD, die die Aufrüstung keineswegs nur als Nebenwiderspruch behandelt, sondern ihr besondere Aufmerksamkeit widmet).

In einem anderen Artikel berichten drei Falkinnen, daß Feminismus „in“ sei. Allerdings nicht bei den echten Arbeiterinnen, sondern bei Frauen, „die sich in einer vergleichbar unabhängigeren materiellen Lage befinden“. Solche Frauen scheint es allerdings auch bei den Falken ein paar zu geben, denn warum sonst müßte in dem Artikel von einer „Feministinnenwelle“ bei den Falken gesprochen werden?!

Ansonsten geht es den Falken wie der ZL: Gegen Emanzipation haben sie gar nichts; Kampf gegen frauenfeindliche Verhaltensweisen gehört bei ihnen seit Jahren zum Rüstzeug. Zwar sei die Emanzipation der Mädchen und das Verhalten der Jungen auch bei den Falken „ein Problem“. „Doch nicht erst seit der neuen Feministinnenwelle ist dies dem Verband bekannt und von ihm angepackt worden“.

Hauptpunkt des Artikels ist die bei den Falken aufgekommene Frage besonderer Mädchen- bzw. Frauengruppen. Auch in dieser Frage sind die führenden Falkinnen weitest-

gehend mit der ZL „vereinheitlicht“: „Wir akzeptieren Mädchengruppen aus einem aktuellen Anlaß heraus, um sich im engeren Kreis kurzfristig der eigenen Ängste, Erfahrungen und Probleme bewußt zu werden ... Aber Mädchengruppen sind keine Lösung für unsere Emanzipationsprobleme“. Denn Emanzipation könne „nur im Zusammenleben beider Geschlechter praktisch werden“, also in gemischten Jungen/Mädchengruppen. „Die 'Emanzipation' in reinen Frauengruppen über den Kopf ist eh nur eine Sache, die mehr den Mädchen aus kleinbürgerlichen Familien und Gymnasien entspricht“.

Bemerkenswert ist in der Novemberausgabe der „arbeiterjugend“ auch ein Artikel unter der gewagten Überschrift: „Nicht bunt, grün oder orange – rot ist unsere Farbe!“ In diesem Artikel wird unter der Parole „Jugend für den Sozialismus“ gefordert, daß die Falken-Mitglieder „über ein sozialistisches Bewußtsein verfügen“ müssen, um „das marxistische Denken den Arbeiterjugendlichen nahezubringen“. Das sei besonders wichtig, weil es in den letzten Jahren schwieriger geworden sei, „marxistisches Denken glaubwürdig zu vermitteln, auch deshalb, weil die Front des Anti-Sozialismus und Anti-Kommunismus sich nicht nur aus dem Lager der politischen Rechten, sondern auch aus dem Bereich angeblicher 'Linker' und 'Alternativer' Theoretiker“ nährt. „Und aus der SPD“, könnte man hinzufügen. Aber das scheint nicht das Problem der Falken zu sein?

Soll man die scharfen klassenkämpferischen Töne der Falken als Ausdruck einer Radikalisierung, einer Annäherung an sozialistische Positionen interpretieren? Oder handelt es sich eher darum, daß die SPD wieder einmal zum großen Integrations-Schlag gegen die neuentstandenen Bewegungen – Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Alternative Wahlbewegung – ausholt und daß dabei wieder einmal Falken (und Jusos?) mit radikalem Geschrei den Köder an der Angel spielen sollen?

So geht's nicht weiter mit der Stolypin-Debatte

Der „Zentrumsleitungs“ scheint ein Stein vom Herzen gefallen zu sein. Endlich ist der Skandal da, „die erste Lenin-Kritik des LG (Mehrheit) seit Bestehen unserer Organisation“. Endlich können die ZL-Historiker das von der Mehrheit angerichtete „Verwirrspiel“ aufklären und gegen eine „offene Lenin-Kritik“ polemisieren.

Schon beim oberflächlichen Lesen von Kt.s Artikel aus AK 165, in dem sich laut ZL erstmals seit Bestehen unserer Organisation die „LG-Mehrheit kontra Lenin“ stellt, wird allerdings deutlich, daß die ZL sich ihren Skandal selbst zusammengebastelt hat. Kt. schreibt im AK 165: „Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der 'Krise' der SDAPR sehr wohl heranzuziehen ist“. Im ZL-Artikel aus AK 166 ist dann einfach von „Vorwurf der Arbeitertümelei gegen Lenin“ die Rede, und um dem staunenden Leser noch einmal deutlich zu machen, mit wem die Mehrheit sich da anlegt, wird ganz bescheiden formuliert: „...steht Lenin als arbeitertümelnder Voluntarist bei der LG-Mehrheit fast ebenso schlecht im Kurs wie die ZL“.

Daß Lenin „als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der 'Krise' der SDAPR heranzuziehen ist“ (Kt.), läßt sich doch gar nicht leugnen, nur richtet sich diese Feststellung in erster Linie gegen jene zweifelhaften „Leninisten“ – einschließlich der ZL – die sich aus Lenins Aussagen immer nur das heraussuchen, was ihnen zur Untermauerung ihrer jeweiligen Thesen in den Kram paßt. So war es zu Anfang der „ML-Bewegung“ in verschiedenen Zirkeln (KPD/ML, „Thalmann-Kampfbund“ Kiel) üblich, aus „Was tun?“ genau das Gegenteil von „Arbeitertümelei“, nämlich eine angebliche „historische Mission“ der Intellektuellen herauszulesen, um den

Führungsanspruch des eigenen (überwiegend studentischen) Vereins gegenüber der Arbeiterklasse zu begründen. Nicht neu ist auch, daß insbesondere die Revis großes Geschick darin entwickeln, durch sorgfältig ausgesuchte Klassiker-Zitate ihre marxistisch-leninistische Tradition zu „beweisen“.

In diesem Zusammenhang verstehe ich den Hinweis auf Lenin als einen möglichen „Kronzeugen für eine arbeitertümelnde Sicht der 'Krise' der SDAPR“. Frei erfunden ist die Behauptung, daß Lenin ab sofort bei der LG-Mehrheit als „Arbeitertümler“, „Voluntarist“, „MLer“ o.ä. gelten würde. Kt. hat im Gegenteil Lenins Krisenbewältigungsvorschläge (einschließlich „Hinaussäubern“ und „Konturenziehen“) als in sich logisch bezeichnet. Es ist mir auch neu, daß irgendwelche anderen Mitglieder der LG-Mehrheit Lenins Politik ab 1907 besserwüsserisch als verfehlt, weil „voluntaristisch“, abtun würden.

Bleibt immer noch die Frage, und das war ja der Ausgangspunkt des Streits, welche Lehren daraus für den KB gezogen werden sollen bzw. ob ein Vergleich unserer gegenwärtigen Krise mit der Krise der SDAPR überhaupt sinnvoll ist. Die ZL hat jetzt über die Tragweite der Debatte um die Stolypinsche Reaktion einige bemerkenswerte Sätze geschrieben: „Eine Position, die das verstärkte Aufkommen von Fehlströmungen und Desertation vom illegalen Kampf auf den äußeren Druck (Polizeiterrort etc.) zurückführt (wie die LG-Mehrheit es tut), kann nur zu einer Abmilderung des ideologischen Kampfes gelangen, da ja nach ihrem Verständnis ein Nachlassen des äußeren Drucks (heute objektive Faktoren) ein tendenzielles Verschwinden/Abbau der Widersprüche einsetzen müßte. Dieser Widerspruch ist der tiefere Sinn der wochenlangen Debatte um die Gewichtung zwischen 'innerer

Krise' und 'äußeren Faktoren' der Parteikrise von 1907 bis 1912“.

Das Weltbild der ZL scheint sich ja allmählich abzurunden. Kurz zusammengefaßt stellt sich der KB für die ZL heute so dar:

1. Das LG hat mit den verschiedenen „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ im KB Waffenstillstand geschlossen. An die Stelle des ideologischen Kampfes tritt die Krisenverwaltung.

2. Die Krisenverwaltungspolitik bringt das LG (Mehrheit) zwangsläufig in Konflikt mit dem Marxismus-Leninismus. Nur der Hartnäckigkeit der ZL in der Stolypin-Debatte ist es zu verdanken, daß das LG (Mehrheit) nun auch offen zum Angriff gegen Lenin übergehen muß.

3. Parallel zur Krisenverwaltung nach Innen bereitet das LG den Ausstieg aus der Massenarbeit (speziell Wahlbewegung) vor. Sicher wird die ZL demnächst den Nachweis bringen, daß die „Überbetonung des Keimformanspruchs“ seitens der LG-Mehrheit die ideologische Wurzel dieses Rückzugs ist, weil die betreffenden Genossen/innen es sich lieber in der zur sozialistischen Idylle umgestalteten Organisation gemütlich machen wollen?!

Die ZL sollte sich mal dazu äußern, wie lange sie der Organisation – und darüber hinaus der gesamten Leserschaft des AK – solche „theoretischen“ Artikel noch zumuten will. Falls sie im Stile ihrer letzten Artikel gegen F./Antifa-Kommission und gegen Kt. weitermachen will, sollte das LG die Möglichkeit einer Wiederbelebung des „Rebell“ noch einmal neu diskutieren. Die ZL könnte dann eigenständig die Seite „Sport-Spiel-Spannung“ gestalten. Da wüßte man wenigstens, daß das alles nicht so ernst gemeint ist.

Jens/KB Münster

Grünzone bei der „Zentrumsleitung“

Im AK 166, Seite 55, stellte die AG der Zentrumsleitung ihre Einschätzung der heutigen Entwicklung in Thesenformen dar.

Das Resümee davon:

- es gebe heute einen umfassenden „ideologischen Angriff der Bourgeoisie und ihrer Agenturen auf die Idee des Maoismus und Leninismus“, der sich insbesondere in Form der „K-Gruppen“-Hetze präsentiere;
- die Massenbewegungen würden verflachen, der organisierte Einfluß der Kommunisten gehe dabei zurück;
- „In dieser Entwicklung drohen verschiedene Bewegungen noch stärker zum Spielball bürgerlicher Politik und Propaganda und zur relativ leichten Beute bürgerlicher Integrationsmanöver zu werden“ (These 13).

Das Letzte würde hervorragend zu den gegenwärtigen Bemühungen um die „Grünen“ passen.

Man erinnere sich an Brandt's Integrationsbeschwerden, an das Gespräch zwischen Bahro und Brandt. Innerhalb der SPD strengen sich manche Köpfe an, um zu einem brauchbaren Integrationskonzept zu kommen. So wird eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD geplant mit dem Namen „Grüne in der SPD“. Im Vorbereitungskreis sitzen u.a. Traube, Duwe, Eppler, Strasser, Jo Leinen vom BBU (vgl. AK 166, Seite 9).

Man denke an diesen äußerst plumpen Spiegel-Artikel vor 14 Tagen, wo die „Grünen“ (in ihrem eigenem Interesse, versteht sich) aufgefordert wurden, sich von den „K-Gruppen“ noch etwas deutlicher zu distanzieren.

Alles in allem ist die Nagelprobe die Frage der Kommunisten – und da kommen die „Grünen“ den Herrschenden schon sehr entgegen. Nahezu ausnahmslos haben die frisch gegründeten Landes- und Kreisverbände der „Grünen“ entweder offen oder in der Form des Verbots von Doppelmitgliedschaft die UVB-Praxis übernommen.

Die ZL schreibt zwar in ihrem Artikel, man möge doch die Konflikte innerhalb der „Grünen“ nicht auf die Personen Gruhl/Hausleiter reduzieren. Nun ist es aber Fakt, daß der Bundesvorstand der „Grünen“ einstimmig eine Beschlusvorlage zum Ver-

bot von Doppelmitgliedschaften abgestimmt hat. Daß dabei erstmal sich nur auf Doppelmitgliedschaften in „Parteien“ (das heißt die „KPD“) gestützt wird, braucht uns nicht Sand in die Augen zu streuen: gemeint sind auch wir! Kurz und gut, ginge es nach dem Willen einiger „Grünen“, hätten wir zwar in zwei Monaten eine „neue“ Partei. Diese „neue“ Partei wäre aber so verschieden von den bestehenden nun wiederum auch nicht.

Das Heer der „Neu-Konvertierten“ in den Reihen der Linken ist erstaunlich: Willi Hoss erklärt zum Beispiel laut FR vom 17.11.: „Kommunisten raus“. (Es heißt: Wir „grenzen uns schon selber aus“, das klingt vornehmer als es ist).

Auf einer SB-Veranstaltung in West-Berlin (siehe Bericht TAZ, 19.11.) begründete er dies: solange die „K-Gruppen“ nicht ihre Konzeption von Avantgarde-Partei, von demokratischem Zentralismus usw. aufgeben, sei es „verständlich“, daß die „Grünen“ Angst vor uns haben und UVBs praktizieren.

Man hat es heute sowieso mit einer ungeheuren „Verständniswelle“ zu tun: so meinten Teile der AL-Westberlin in Offenbach am 3.11., der Kongreß würde platzen, wenn von uns aus die Frage der UVBs angesprochen würde. Andere, wie zum Beispiel kleine Teile der GLH, finden neuerdings die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 nicht mehr geeignet: sie sei so schrecklich „plakativ“, und man müsse doch „verstehen“, daß die „Grünen“ aus „ganz anderen Sozialisationsbereichen“ kommen (was für einen Baldur Springmann oder einen Herbert Gruhl zweifellos stimmt!).

In der TAZ vom 13.11. schreiben drei Mitglieder der AL-Westberlin (E. Hopf, K. Wöltschke, und P. Seifert) zum alternativen Präambel-Entwurf: „Mangelhaftes Bemühen um Verständnis drückt sich auch in anderen Teilen des Darmstädter Gegenentwurfs aus, wenn etwa formuliert wird: ‚Eine Voraussetzung heutiger Form von Herrschaft ist die Unterdrückung der Frauen durch die Männer‘ (Anm.: Zitat aus der GLH-Plattform, die gemeinsam von AUD, GLU, GLH erarbeitet wurde) oder von der Forderung

nach ‚Selbstbestimmungsrecht der Frau auf ihren Körper‘ die Rede ist. (Anm.: Ebenfalls Zitat aus der GLH-Plattform!). Solche Sätze sind weder von analytischem Scharfsinn geprägt noch von dem Bemühen, einer älteren Generation von Grünen die Motive und Ziele der Frauenbewegung deutlich zu machen“.

Leider wird nicht gesagt, wie man diese Forderungen „verständlich“ machen könnte. Oder soll man das, „aus Rücksicht auf die ältere Generation“, vielleicht ganz streichen, wie in Bremen geschehen?

Ganz zu schweigen von den peinlichen Auftritten eines Dutschkes, dieser alte „Luxemburgist“ (arme Rosa ...), der schon mal zum „Jungen Marsch“ aufrief, damals durch die SPD.

Peinlich und dreist seine Argumentation: sich gleichzeitig als Schützer der Meinungsfreiheit auszugeben und UVBs gegen den KB fordern, was dazu führt, daß er natürlich kein Wort verliert zum UVB-Antrag von Baldur Springmann. Welche „Andersdenkende“ schützt er denn wohl?

Dutschke bringt die „theoretische Leistung“ fertig, „K-Gruppen“ wegen ihrer autoritären Strukturen anzugreifen, aber gleichzeitig zu schweigen über die ach so „basisdemokratische“ Gründungsprozedur der „Grünen“. (Übrigens, mal „en passant“ bemerkt: der KB, dieses Schreckgebilde von Macht- und Gewaltstrukturen, ist immerhin weitaus demokratischer als die „Grünen“: die Meinungsfreiheit der „Andersdenkenden“ im KB geht sogar so weit, daß wir uns im „Arbeiterkampf“ von der ZL als Idiotenhaufen darstellen lassen. Außerdem existieren bei uns Fraktionsrechte, wofür unsere ZL das lebendigste Beispiel ist – das alles ist bei den „Grünen“ nicht vorgesehen). Auch die ZL ist im großen Ausverkaufsgeschäft der Saison eingestiegen.

So redet sie von angeblichen „maximalistischen Forderungen und Ansprüchen“ – hinter denen nur der geschickte Geheimplan existiere, eine „Absetzbewegung“ einzuleiten. (Im Grunde genommen greift die ZL wieder ihre alte These des „Klassischen Gegensatzpaares“ auf: „Utopis-

mus/Verweigerung“ – Hinweis für Kenner der Szene).

Mittlerweile zieht die ZL nicht nur mehr „Konturen“ gegen die LG-Mehrheit und auch nicht nur gegen den KB insgesamt (wir seien ja alle mehr oder weniger „politisch-ideologisch zerfahren“; die Einzigen, die alles unter Kontrolle haben, sind logischerweise die ZL-Anhänger). Nein, die ZL zieht „Konturen“ auch gegen Massenbewegungen, jedenfalls gegen deren linken Teile. Denn mit „maximalistisch“ sind wohl die Inhalte des Präambelentwurfs der Alternativen/Bunten gemeint. Diese Inhalte (zu Frauen, zu Schulen, zur Arbeiterbewegung, zur Frage Abbau demokratischer Rechte u.a.m.) sind aber nicht an Hamburger Schreibtischen der LG-Mehrheit entstanden – sondern das sind Forderungen von heute real existierenden außerparlamentarischen Bewegungen. Ist der Verzicht darauf vielleicht das, was die ZL neuerdings für sich selbst reklamiert unter dem Stichwort „antisektirerische Massenpolitik“? Es klingt dann doch etwas seltsam, wenn an anderer Stelle die ZL schreibt: „... Auf dem linksreformistischen Flügel muß er (der KB) versuchen, marxistische und radikaldemokratische Positionen zu verankern“ (These 20).

Ja – welche „radikaldemokratische Positionen“ meint denn die ZL, wenn die in Offenbach/Darmstadt am 3.11. beschlossenen „maximalistisch“ sind?

Hat die ZL vielleicht auf die „neuen Fragen“, durch die Gründungsseile der „Grünen“ aufgeworfen, „neue Antworten“? Vielleicht ist die Antwort in ihrer These 17 zu finden: „... Die Konzentration linker Strömungen gerade auf die Beteiligung an bürgerlichen Wahlen muß von uns als kurzfristig unabänderlich betrachtet werden“; das Gleiche gelte übrigens auch für die „übertrieben starke Konzentration auf den ökologischen Gedanken“. Wollen nun die ZL-Anhänger erstmal rein in die „Grünen“ und sich dort fit machen für den nächsten Aufschwung? (O-Ton ZL?)

Die ZL schreibt ferner: wenn der KB sich nicht stärker als bisher in der Wahlbewegung einmischen würde,

würden wir zu einer bedeutungslosen Sekte verkommen; bzw. es wird suggeriert, wir wollten eh aus der Wahlbewegung aussteigen. Wir haben gesagt, wir wollen eine fortschrittliche Alternative zu den Bundestagswahlen unterstützen, um gegen die Rechtsentwicklung in diesem Lande ein Instrument mehr zu haben. Eine „neue“ Partei, die sich weder klar gegen Berufsverbote äußert (wie will sie das denn machen, wenn sie gleichzeitig Kommunisten rausschmeißt und sie la SPD und Co. beschimpft?), noch gegen den § 218 noch noch – ja wie soll das denn eine Möglichkeit sein, gegen das zu kämpfen, was durch die Konstellation Schmidt/Strauß noch verschärft wird?

Für eine reale Alternative in der Wahlbewegung engagieren wir uns. Diejenigen, die meinen, das sei „maximalistisch“, fallen uns in den Rücken! Das Ergebnis der Ausverkaufspolitik, wie sie von manchen heute betrieben wird, ist noch nicht einmal eine „bedeutungslose Sekte“, sondern schlicht und einfach Auflösung. Die ZL propagiert implizit und praktiziert explizit eine Politik des Taktierertums. Frei nach dem Motto aller Opportunisten: „Die Bewegung ist alles – das Ziel ist nichts“.

Man fragt sich, wo dabei die „Qualität“ einer kommunistischen Organisation bleibt, die laut ZL-Definition „am Grad ihrer ideologischen Unabhängigkeit vom Auf- und-Ab spontaner Bewegungen“ zu messen sei (These 5).

Es ist schon ein kurioses Phänomen: vergleicht man das, was die ZL am liebsten innerhalb des KB durchsetzen möchte und was sie in der Wahlbewegung propagiert! Ein akuter Fall von politischer Doppel-moral oder Panik vorm Untergang? Keine Verzichtspolitik gegen die „judeologischen Angriffe der Bourgeoisie und ihrer Agenturen“! Es ist eine alte Weisheit: gegen Integrationsversuche hilft nicht das taktische Geschacher, sondern nur der Aufbau eines starken Gegengewichtes von Links!

E., KB Frankfurt

Stimmen gegen ZL-Lügen

Im AK 166 überraschte die ZL die Leserschaft mit der durch nichts belegten Behauptung, der „Mehrheitsblock“ des KB plane den Ausstieg aus der Wahlbewegung und verschanze sich zu diesem Zweck hinter „maximalistischen Forderungen und Programmen“. Hierzu liegen uns aus der Organisation zur Zeit folgende Proteste vor:

— Die ZRK hat am 13.11. den anwesenden ZL-Vertreter aufgefordert, die Behauptungen der ZL inhaltlich zu belegen. Der ZL-Vertreter mußte vollständig passen! Die ZRK verurteilte daraufhin die Vorwürfe der ZL als organisationsschädigend und forderte die ZL auf, die Vorwürfe entweder selbstkritisch zurückzunehmen oder zu belegen.

— Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Göttingen nahm mit sehr großer Mehrheit (gegen nur drei Gegenstimmen bei sieben Enthaltungen) eine Resolution an, in der es heißt: „Diese schwerwiegenden Vorwürfe werden von der ZL nicht belegt. Dieses Verfahren wiegt umso schwerer, als in der gegenwärtigen für den KB sehr schwierigen Situation bestimmte Kräfte innerhalb der Wahlbewegung solche Behauptungen gegen den KB verwenden können, was zu einer Schwächung linker Positionen führt. Die ZL wird aufgefordert, ihre Vorwürfe entweder zu belegen oder

zurückzunehmen“.

— Die hessischen „Wahlarbeiter“ des KB gaben am 17.11. folgende Erklärung ab (Auszüge): „... Dazu stellen wir fest, daß wir uns in Offenbach und anderswo bemüht haben, einem Ausverkauf radikaldemokratischer und essentieller Positionen der Bunten Alternativen Bewegung, wie er von einigen ‚linken‘ Grünen nahegelegt wird, Einhalt zu gebieten.“

Mit ihrer Unterstellung, wir und andere Linke würden uns damit nur einen Abgang aus der Wahlbewegung verschaffen wollen, begibt sich die ZL an die Seite solcher Angriffe, wie wir sie von R. Dutschke, M. Horacek u.a. gewohnt sind ...

Sektierertum nach innen und Opportunismus nach außen – dieses „klassische Gegensatzpaar“ hat schon manche Organisation zerstört ...

Wir beantragen, daß die AK-Redaktion dafür Sorge trägt, daß Artikel mit einem derart denunziatorischen Charakter gegen den KB nicht mehr zum Abdruck kommen ...“.

— In allen Einheiten des KB Frankfurt wurde eine Stellungnahme beschlossen, die wir in diesem AK abdrucken.

— Von der Ortsleitung Bremen wurde am 18.11. der ZL-Vorwurf des Rückzugs aus der Wahlbewegung als organisationsschädigende, durch kein Argument belegte Unterstellung zurückgewiesen.

Umbildung des „Zentrums“

Das „Zentrum“ (eine 14tägige „Anleiterrunde“ verschiedener Hamburger Bereiche und Kommissionen) und die „Zentrumsleitung“ (ZL) waren im August der Ausgangspunkt der „tollen Tage“ und der Bildung der ZL-Fraktion. Von den derzeit ca. 200 Anhängern der ZL-Fraktion kommen über 60% aus den „Zentrums“bereichen; weitere 30% kommen aus Ortsgruppen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die von Mitgliedern der ZL „angeleitet“ werden.

Da die sechsköpfige „Zentrumsleitung“ nicht den Mehrheitsverhältnissen im „Zentrum“ und in den „Zentrums“bereichen entsprach, war schon vor einigen Wochen auf einer Hamburger Delegiertenkonferenz eine Umbildung der ZL beschlossen worden. Diese Umbildung verzögerte sich, weil die ZL den sogenannten „Gastbereichen“ (Bereiche und Kommissionen, die zwar Vertreter zu den „Zentrums“-diskussionen schicken, aber nicht direkt in ihrer Praxis von ZL-Mitgliedern „angeleitet“ wurden) kein Stimmrecht bei der Wahl einer neuen ZL zuerkennen wollte.

In den Diskussionen um diese Streitfrage standen sich am Ende drei „Modelle“ gegenüber, die in den „Zentrums“bereichen zur Diskussion gestellt wurden:

1. Eine Besetzung der neuen ZL aus drei alten ZL-Vertretern und drei Mehrheits-Vertretern, aber kein Stimmrecht für die „Gastbereiche“. Außerdem sollten nur bisherige

„Zentrums“-teilnehmer (also kein Vertreter der LG-Mehrheit oder höchstens einer wählbar sein, (Vorschlag der ZL).

2. Ähnlich wie der ZL-Vorschlag, aber mit vollem Stimmrecht für die „Gastbereiche“ und mit Wählbarkeit von Genoss(inn)en, die bisher nicht zum „Zentrum“ gehörten. (Vorschlag eines Genossen der LG-Mehrheit).

3. Umbildung des „Zentrums“ entsprechend dem durch die ZL provozierten Zustand der Fraktionierung und der dadurch verursachten Arbeitsunfähigkeit im „Zentrum“. Die Mehrheits-Vertreter verlassen das „Zentrum“ und bilden eine neue Runde. (Vorschlag eines anderen LG-Genossen der Mehrheit).

Die Diskussion und Abstimmung in den Bereichen brachte folgendes Ergebnis: ca. 45% für das Modell 1 (ZL), 40% für das Modell 3 und 15% für das Modell 2. Auf Grund dieses Ergebnisses stimmte die ZL zu, daß eine Weiterarbeit des „Zentrums“ in der alten Zusammensetzung nicht mehr sinnvoll sei. Das „zweite Zentrum“ (ein Name ist noch nicht gefunden) tagte erstmals am 21.11.

Im alten „Zentrum“ verbleiben jetzt im Wesentlichen: Eimsbüttel (große Mehrheit), Chemie (Mehrheit), Bergedorf (Mehrheit), Barmbek (knappe Mehrheit), eine Minderheit aus dem ÖTV-Bereich (Angestellte, Post), Lehrer (Minderheit) und AG Schwule.

Betr.: Anmerkung der LG-Mehrheit zum Beitrag

„Versöhnlerertum im KB?“

— Nein Dankel! (AK 166)

Was die Stellungnahme aus Göttingen (AK 164, „Die Spaltung muß verhindert werden“) anbetrifft, verfügen die Genoss(inn)en der LG-Mehrheit offensichtlich über weit darüber hinausgehende Informationen, insbesondere bezüglich des politischen Standortes der Verfasser/Unterzeichner in der gegenwärtigen innerorganisatorischen Auseinandersetzung.

Trifft das, was die Genoss(inn)en schreiben, zu, ist die Charakterisierung der „Göttinger“ als „überfraktionelle Versöhnler“ selbstverständlich richtig. Aus der Stellungnahme als solche war eine derartige Position für mich nicht zu sehen.

Dietrich, KB/Gruppe Münster

Einige Anmerkungen zum Austritt der „Kritik-Fraktion“ aus dem KB

Mit Verwunderung hat die Bezirksorganisation Bergedorf die Begründung für den Austritt der „Kritik-Fraktion“ zur Kenntnis genommen. Zumindest was die Bergedorfer Ausgetretenen betrifft, hält die dargelegte Begründung für das Verlassen des KB der Realität nicht stand. Hierzu einige Anmerkungen:

1. Die „Kritik-Fraktion“ behauptet, daß sich „... unsere Mitgliedschaft heute fast vollständig auf die Mitgliedspflichten reduziert hat“.

Von der Wahrnehmung der Mitgliedspflichten dieser Genoss(inn)en hat die BO Bergedorf allerdings im

letzten halben Jahr nur wenig gespürt. Lediglich zwei der sieben Ausgetretenen unterstützten den KB finanziell (zuletzt mit minimalen Summen), der öffentliche AK-Verkauf wurde seit der Fraktionsbildung von allen Ausgetretenen stillschweigend aufgegeben. Selbst die regelmäßige Wahrnehmung von innerorganisatorischen Terminen wurde nur von einem Teil dieser „Fraktions“-mitglieder durchgeführt.

2. Die „Kritik-Fraktion“ behauptet, daß die Möglichkeit, ihre „... politischen Standpunkte umfassend in die Meinungsbildung der Organisa-

tion einzubringen“ für sie „... zunehmend weniger bestanden“ habe.

In Bergedorf bestanden diese Möglichkeiten sehr wohl. Vor ca. 5 Monaten wurden die Mitglieder der „Kritik-Fraktion“ aufgefordert, eine Vollversammlung der BO Bergedorf auszurichten, in der sie ausführlich ihre Vorstellungen darlegen sollten. Bis heute „warten“ wir auf diese Vollversammlung!

Unter diesen Bedingungen zu behaupten, die „Kritik-Fraktion“ hätte die Absicht gehabt, die „KB-Krisen-debatte wieder in Schwung zu bringen und die Verhältnisse im KB zum

Positiven zu verändern“ (aus der Austrittserklärung), zeugt eher von maßloser Arroganz, als von einem Blick für die Realität.

Zum „Positiven“ zählte für diese Leute wohl auch eine ausgeprägte Gerüchtopolitik, die sie auf Kneipen- und Wohnungsebene in Bergedorf betrieben. So verbreiteten sie über Monate das Gerücht, daß sie ausgeschlossen werden sollten. Nachdem sich dieser vermeintliche Ausschuß nicht anbahnte, sind die Genoss(inn)en nun ausgetreten – sehr konsequent!

Dies Verhalten ist wenig überr-

schend in bezug auf Teile der Bergedorfer Fraktions-Mitglieder, die ihre politischen Aktivitäten bereits seit längerem auf ein Minimum beschränkt hatten. Bedauerlich ist allerdings, daß neben diesen „politischen Leichen“ auch einzelne Genossen ausgetreten sind, die aktiv in der politischen Praxis außerhalb des KB tätig sind.



Vollversammlung der Bezirksorg. Bergedorf

Kongreß-Vorbereitung:

Antifa-Arbeitsgruppe

Zum viertenmal traf sich (am Wochenende, dem 17./18. 11. in Göttingen) die Arbeitsgruppe 'Antifa' zur Vorbereitung des KB-Kongresses. Mit einem Dutzend Teilnehmer/innen war sie diesmal schlecht besucht. Sehr interessant war aber die Auseinandersetzung mit den Kritikern des Resolutionsentwurfes der Antifa-Kommission, Ha. und Kl., die zu dem Treffen gekommen waren.

Da Ha. und Kl. auf dem Treffen ankündigten, daß sie zum Kongress eine Gegenresolution und umfangreiche Begründung vorlegen werden, beschränke ich mich hier auf Wiederholung einiger zentraler Thesen von Ha. und Kl., die geeignet sein könnten, die Debatte zu beleben.

1. Die Faschisierungsthese sei von Anfang an ein falscher Begriff gewesen, der uns bei linken Sozialdemokraten viel Schaden gebracht habe, da er von der falschen "Sozialfaschismus-Theorie" der KPD entlehnt worden sei. Es habe offenbar auch ein Bedeutungswandel der Faschisierungsthese gegeben. 1972 sei von einer rapiden Entwicklung der Faschisierung ausgegangen worden, von einer aktuellen Gefahr des Faschismus, der von der SPD (FDP) bewußt angestrebt werde. Diese Entwicklung sei aber nicht eingetreten. Insofern sei die Faschisierungsthese eine falsche Prognose, die die Reserven der bürgerlichen Demokratie unterschätze. Die Sozialdemokratie habe ihre Bewährungsprobe noch gar nicht angetreten, wie beispielsweise ihre konterrevolutionäre Rolle in der revolutionären Situation 1918.

Zweifelloso betreibe die SPD als imperialistische Arbeiterpartei eine allgemeine Präventivstrategie, aber sie steuere nicht bewußt einen Faschismus an. Das aber sei notwendig, um von Faschisierung sprechen zu können. Das gegenwärtige Entstehen neonazistischer Ideologien sei z.B. auch keine bewußte Förderung faschistischer Gruppen, sondern ein Nebenprodukt dieses allgemeinen Präventivprozesses. Die SPD sei in diesem Prozess nicht der Hauptfaktor, sondern werde von rechts gedrängt. — Auf Nachfrage, was "gedrängt" bedeute: diese Frage sei sophistisch; selbstverständlich habe sie auch eigene Antriebe im Sinne ihres parteiorganisatorischen Interesses, die Initiative aber liege bei der CDU/CSU. Konkret sei Strauß der Mann, die Initiative aber liege bei der CDU/CSU. Konkret sei Strauß der Mann, der eine Politik der Polarisierung betreibe, der eine Rechtsverschiebung in dem Sinne betreibe, alle Kräfte links von der CDU/CSU zu Terroristen erklären zu wollen. — Auf die Frage, ob die SPD ihrer Meinung nach keine bewußte Faschisierung betreiben habe, könne nur mit einer Gegenfrage geantwortet werden: ob man meine, daß die SPD eine Diktatur errichten wolle? (womit man sich in der Nähe der Sozialfaschismus-Theorie befinde).

2. Nach dem Höhepunkt des bürgerlichen Formierungsprozesses während des 'Deutschen Herbstes' habe ein ideologisches Tauwetter eingesetzt. Es finde ein Differenzierungsprozess im bürgerlichen Lager statt. Die demokratische Bewegung habe den ideologischen Formierungsprozess gestoppt; zwar habe es keine materiellen Änderungen gegeben, aber immerhin ideologische. Es werde so einfach keinen nochmaligen 'deutschen Herbst' mehr geben können. Die Linke aber habe die Möglichkeiten, die das 'Russell'-Tribunal gab, nicht ausgenutzt; die Enthüllungskampagne der bürgerlichen Presse ("Stern" u.a.m.) zum Überwachungsstaat sei an der Linken vorbeigegangen. Dabei könne die Linke heute selbst zur ideologischen Offensive übergehen! Der Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission sei dagegen eine Feststellung des 'deutschen Herbstes'. — Auf Nachfrage präziserte Ha., das Tauwetter stehe — wenn er es mal mit diesem schiefen Bild sagen dürfe — auf tönernen Füßen. Beim nächsten Anlaß wie einer Aktion der RAF oder anderer könne es wieder losgehen. — Wohlgerichtet: auf Grund eines Anlasses!

3. Zu den praktischen Konsequenzen dieser Einschätzung befragt, führten Ha. und Kl. aus, das sei ein Agitationsproblem. Die Aufrechterhaltung der Faschisierungsthese trage uns in der Linken den Vorwurf ein, eine unrealistische Beschreibung des gesellschaftlichen Prozesses der BRD zu geben; es gebe große Schwierigkeiten, den Sympathisanten die Faschisierungsthese zu erklären. Insofern könne auch keineswegs von einer Agitationsformel die Rede sein, denn was solle daran schon agitiert werden. Eine Agitationsformel sei vielmehr z.B. die Losung der Bolschewiki ge-

wesen: "Arbeit und Brot". Damit habe man die Menschen gewinnen können. In diesem Sinn werde im AK auch die Kennzeichnung 'terroristisch' inflationär gebraucht und häufig platte Analogien zur Weimarer Zeit hergestellt, so etwa in der Frauenpolitik der Vergleich zur faschistischen Heim und Herd-Ideologie, so etwa der Vergleich zur Nazi - "Euthanasie", so die Kennzeichnung 'Neue GeStaPo' u.a.m.

Die übrigen Teilnehmer der Vorbereitungs-AG hielten Ha. und Kl. entgegen, ihre Argumentation laufe auf eine linkssozialdemokratische hinaus, etwa wie Prof. Gollwitzer sie auf dem 'Russell'-Tribunal geäußert habe: der Überwachungsapparat sei eine große Gefahr — was solle bloß werden, wenn er in falsche Hände komme! Das Fazit ihrer Position sei: solange die SPD die Regierungsgewalt hat, wird es keine Faschisierung geben.

Bei diesem Stand der Auseinandersetzung erklärten Ha. und Kl., daß sie in ihrem Resolutionsentwurf angesichts dieser Konfrontation auf die Frage der SPD gesondert eingehen wollen.

Im zweiten Teil des Treffens wurden in Abwesenheit von Ha. und Kl. die nötigen Veränderungen des vorliegenden Entwurfs durchgesprochen. Eine Endfassung soll auf einer letzten Vorbereitungssitzung verabschiedet werden.

Letzter Termin der Vorbereitungs-AG 'Antifa' vor dem Kongress: 16.12.79, 9 Uhr, Göttingen (Büro).

TO: Vorlage des RE (Punkt 1-8)
Diskussion RE Punkt 9 und 10
Abfassung von Vorschlägen für die Kongress - Diskussion

F., Antifa - Kommission Hamburg

Pazifistisch-Sozialistische Gruppe (PSG) gegründet

Anfang Oktober trafen sich in Hannover Pazifisten, Sozialisten und Anarchisten, um ein gemeinsames Selbstverständnis zu diskutieren. Die Initiatoren dieses Treffens gaben in einer Verständigung zu diskutieren. Die Initiatoren dieses Treffens gaben in einer Presseinformation bekannt, welche wesentlichen Aufgaben diese, in Hannover dann auch formal gegründete 'Pazifistisch-Sozialistische Gruppe' (PSG) haben soll. Aufgabe der PSG soll es sein, "sozialistisch-pazifistische Positionen sowohl in der Friedensbewegung als auch unter den bundesdeutschen Linken und in der Öffentlichkeit zu beziehen".

Die deutsche Friedensbewegung wird von Kräften dominiert, die in den SALT-Verhandlungen einen echten Fortschritt sehen und die die militärische Inbesitznahme der Gesellschaft auf den militärisch-industriellen Komplex reduzieren. Demgegenüber sind die Initiatoren des Treffens der Meinung, daß erst eine grundlegende Gesellschaftsveränderung ermöglicht, das Militär abzubauen; dazu sind andere als die heutigen Besitz- und Produktionsbedingungen Voraussetzung. In der BRD und anderswo gibt es solange keinen Frieden, wie Waffen produziert und gelagert werden.

Die Aufgabe des neuen Arbeitskreises ist es, der nur an der Oberfläche kratzenden pazifistischen Arbeit der Friedensbewegung endlich eine Theorie in die Hand zu geben, die auch die gesellschaftlichen Ursachen des Militarismus berücksichtigt. Die Arbeit zielt darauf ab, ein sozialistisches Pazifismusverständnis zu formulieren, das breit in der Friedensbewegung diskutiert werden soll. Die Auseinandersetzung darüber wird auch an der politischen, teilweise DKP-nahen Position in der DFG/IdK erfolgen. (Zitiert nach 'Presseinformation').

Vorerst hat die PSG drei Projektgruppen gebildet: Ökologie und Pazifismus, Ideologiekritik und Pazifismustheorie sowie 'Pazifistische Partei' (mit dem 'Hinweis' auf's Ausland). Die PSG hat alle Interessierten aufgefordert, über diese und andere mögliche Projektgruppen sowie über das Selbstverständnis (gewaltfrei, undogmatisch-sozialistisch und anti-autoritär) auf einem weiteren Treffen mitzudiskutieren.

Das Treffen findet am 1./2.12.79 in Lübeck, Jugendzentrum, Mengestr. 43 statt. Beginn: Sbd. 11 Uhr — Ende: Stg 14 Uhr. Kontakt über: Hans-J. Willenberg, Kalkbrennerstr. 52, 2400 Lübeck — Telefon: 0451/52174.

Achtung, Terminänderung!

Das „Internationalisten-Arbeitstreffen“

zur Vorbereitung des 1. KB-Kongresses findet am 8./9. Dezember in Hamburg statt (nicht wie bisher angekündigt am 1./2.12.).

Folgende Arbeitsgruppen sind bisher geplant:

- Europa: Durchsetzung des Modell Deutschland auf westeuropäischer Ebene und Widerstand in den einzelnen Ländern.
- Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik in Südostasien / Angriff auf Vietnam.
- Sowjetische Außenpolitik am Beispiel Eritrea/Äthiopien u.a.
- Gefahr eines dritten Weltkriegs.
- Hauptkraft der Revolution: Dritte Welt.

Weitere Hinweise auf die Arbeitsgruppen, die Plenumsdiskussion und das Kulturprogramm (!!) stehen in der Einladung, die an alle Bereiche und Ortsgruppen geschickt wurde — fordert sie an!

Steuert Breschnew den Reents-Verlag?

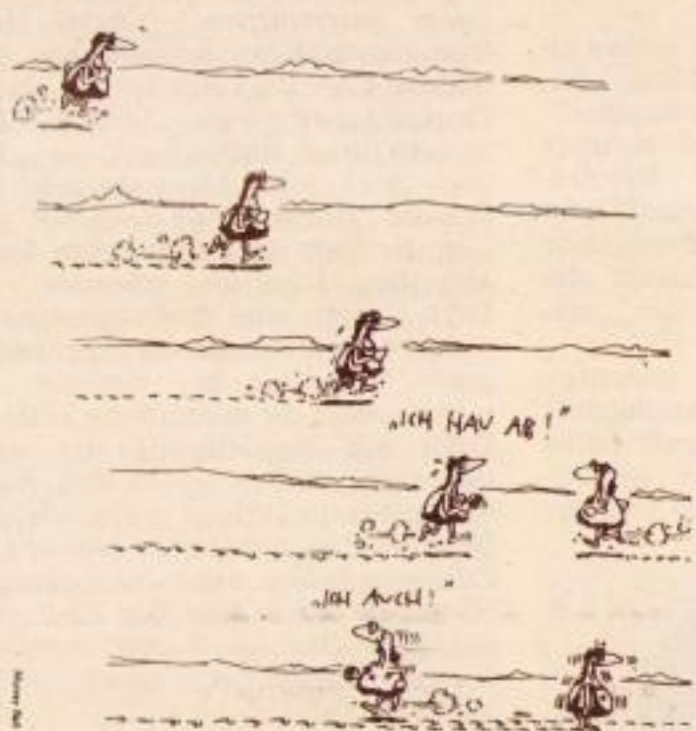
Was aufrechte Kämpfer gegen die russische Supermacht, wie KBW und „KPD“ schon seit Jahren vermuteten, ist nun von offizieller Stelle bestätigt worden. Die Sowjetunion hat den Reents-Verlag vollständig in der Hand: „In dem 'Rotbuch' zu den Gewerkschaftsausschlüssen“, das vom KGB (Hervorhebung von mir — der Verf.) dem III. Internationalen Russell-Tribunal zugeleitet wurde, heißt es: 'Mit dem "rigorosen Ausschlussteror" (Unvereinbarkeitsbeschlüsse), dem Tausende zum Opfer gefallen seien, liquidiere die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle Aktivität!' (Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums über 1978, S. 109).

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Redaktionelle Mitteilung

Zwei etwa gleichlange Artikel (jeweils 1600 Zeilen, die für diesen AK vorlagen, mußten aus Platzgründen verschoben werden. Dabei handelt es sich zum einen um den zweiten Teil der Erwidderung des Gen. F.(Antifa-Kommission) auf die ZL-„Polemik“ (AK 165). Zum anderen geht es um die Fortsetzung des Artikels zu Janssen-Jurreit (aus AK 164) von Genossinnen aus der ZL-Fraktion.

ELEFANTEN PRESS® KARICARTOON '80



SAMSTAG 13 DEZEMBER

7 Uhr	14
8	15
9	16
10	17
11	18
12	19
13	20
Wichtig:	

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt sich an diejenige im ARBEITERKAMPF Nr.150 an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen. Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten.

Wir bitten alle Spender, bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenfalls den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Unser Spendenkonto: H. Eckhoff, Kto.-Nr. 4501 755, Dresdner Bank, Hamburg.

Eingänge auf unser Verlagskonto werden wir entsprechend weiterleiten.

SPENDENLISTE

Für Vietnam-Solidarität:	
H., Metallbereich KB Gruppe Hamburg	1.000,-
H.F.W., Göttingen	45,-
Oster-Reisegruppe Eppendorf-Eimsbüttel	90,-
G.H., Teilheim	20,-
Arbeiterbuch, Bremerhaven	42,01
J. St., Westberlin	100,-
K. P. I.	50,-
Genossin aus Flensburg	35,-
Chr., Bergedorf	30,-
K.R., Chemiebereich, KB Gruppe Hamburg	500,-
Zelle Beiersdorf, Chemiebereich, KB Gruppe Hamburg	180,-
Solidaritätsstand Bunte Liste Fest 1. Mai	200,-
BO Eimsbüttel, KB Gruppe Hamburg	525,-
C., Fetensammlung	15,-
NN	100,-
NN	18,89
ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	20,-
Doppelkopfrunde, ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	22,-
Daimler-Benz-Kollegen, Hamburg	45,-
v. K., Hannover	111,-
U. K., Pinneberg	10,-
SUMME	3.158,90
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die Vietnam-Solidarität auf	DM 11.398,60

Für die Sandinistische Befreiungsbewegung, Nicaragua:	
K. P. I.	50,-
H., Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	1.000,-
AK-Lesekreis, Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	653,-
Vollversammlung Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	132,50
BO Steilshoop, KB Gruppe Hamburg	23,-
Urlaubsplenum, Metallkomitee, KB Gruppe Hamburg	156,-
Vollversammlung BO Hamburg-Mitte	141,-
G. V., Quickborn	200,-
B. B., Lindau	50,-
E. W.	100,-
G. V., Butzbach	30,-
KB Gruppe Stade	120,-

KB Gruppe Bamberg	45,-
Ba. und Bine	20,-
Fetensammlung	40,-
H.-J. B., München	150,-
Chemiebereich, Bert-Brecht-Fete	100,-
P., Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	50,-
KB Gruppe Stade	50,-
SUMME	3.110,50
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für die Sandinistische Befreiungsbewegung Nicaragua auf	DM 3.360,50

Für ein Schulprojekt in Eritrea:	
B. B., Westberlin	300,-
K. H., Westberlin	131,-
Randalezentrale, Flensburg	52,30
SSB Westberlin	80,-
E. P., Hannover	20,-
Skatrunde Bergedorf	24,50
H. R. U., Bergedorf	14,50
Skatrunde Bergedorf	14,50
B. M. H., Westberlin	100,-
SUMME	733,10
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für das Schulprojekt in Eritrea auf	DM 24.994,03

Für MIR, Chile:	
H., Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	1.000,-
v. K., Hamburg	50,-
SUMME	1.050,-
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für MIR auf	DM 294.914,37

Für Frente Polisario, West-Sahara:	
Chemiegenosse, KB Gruppe Hamburg	100,-
Ho., Bergedorf	20,-
SUMME	120,-
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für Frente Polisario auf	DM 31.619,13

Für PFLP, Palästina:	
Rolf	300,-
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für die PFLP auf	DM 131.460,02

Für SWAPO, Namibia:	
K. E., Kiel	50,-
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für SWAPO auf	DM 4.789,80

Geschenk-Tip Nr.1

Konsum-Müll gibt's bei uns nicht! Dafür aber den „Karicatoon 1980“. Bislang Geheimtip unter linken Lachern, Spöttern, Schmutzern und Grinsern. Seyfried, Poth, Kuro und viele, viele andere sorgen für tägliche witzige Abwechslung. Für den „Karicatoon“-Besitzer wird nach dem morgendlichen Griff zum Wecker der Sprung zum neuen Kalender-

blatt eine liebe Gewohnheit. Mißmut am Morgen, das gibt's nicht mehr. Das Jahr 1980 ist gerettet. Und wer nicht nur intelligenten Spaß, sondern auch Platz zum Eintragen für die geliebten „Termin“-Sucht, für den wird der „Karicatoon '80“ ein Sprungbrett zum proletarischen Arbeitsstil!

„Karicatoon '80“, Elefantpress, 16,80 DM

ab
arbeiterbuch
Politische
Buchhandlung

Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

DDR: Weitere kapitalistische „Reformen“

Die DDR hat vor dem im nächsten Jahr in Kraft tretenden Fünfjahresplan die Industrie einer weiteren Reform unterzogen. Künftig sollen 91 % der Beschäftigten in 129 Kombinate zusammengefaßt werden, die 88 % der Warenproduktion bestreiten sollen und 90 % der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der DDR verschlingen werden („Süddeutsche Zeitung“, SZ, 15.9.79 und „Frankfurter Allgemeine“, FAZ, vom 15.9.79). Jedes dieser Kombinate wird zwischen 20.000 und 50.000 Beschäftigte haben. Die Konzentration der Produktionsmittel in diesen Gigant-Kombinaten stellt eine einschneidende Veränderung der DDR-Industrie dar. 1976 waren erst 36 % der Beschäftigten in Kombinat zusammengefaßt, die 40 % der industriellen Produktion erwirtschafteten („FAZ“, 15.9.). Hauptziel der Umgestaltung und des kommenden Fünfjahresplanes ist die Steigerung der Produktivität und Rationalisierung. Laut Beschluß des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR sollen künftig die Investitionen stärker als bislang „auf produktive Vorhaben“ konzentriert werden und der Bauanteil an den Investitionen zugunsten des Ausrüstungsanteils reduziert werden („Handelsblatt“, HB vom 12.11.79). Um die Produktivität zu steigern, soll weiterhin das Prämiensystem umgestaltet werden, das sich bislang mehr am Ausstoß als an der Rentabilität orientierte. Die sich ständig am „Weltniveau“ orientierende DDR-Wirtschaft liegt in puncto Produktivität zurück. Der Energieverbrauch pro Kopf beträgt mit 7,1 t Steinkohleeinheiten etwa 16 % mehr als in der BRD; das DIW hat „errechnet, daß in der Industrie der DDR etwa drei Arbeitsplätze benötigt werden, um soviel zu produzieren, wie die bundesdeutsche Industrie im allgemeinen mit nur zwei Beschäftigten schafft“ („HB“, 15.10.79). Diesem Zustand will das SED-Regime durch Wegrationalisierung der „unproduktiven Arbeitsplätze“ abhelfen.

In der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaften“ (das „Handelsblatt“ der DDR) forderte ein Mitglied der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, „nicht einfach das Volumen der erbrachten Bauproduktion für die Leistungsbewertung der Betriebe (und damit für die Prämien — d. Red.) entscheidend sein solle, sondern die Übergabe fertiger Projekte und funktionsfähiger Teilobjekte“ (lt. „FAZ“, 31.10.79). Diese Linie hat sich offenbar durchgesetzt. Mit der „Anordnung zur Stimulierung der Überbietung der staatlichen Aufgaben“ werden die sogenannten „Gegenpläne“ abgeschafft (diese waren betriebseigene Pläne zur Überbietung des Plans). Völlig zu Recht notierte die „SZ“:

„In Wirklichkeit dürfte es so sein, daß viele Betriebe beim eigentlichen Plan eher bescheidene Ansätze vorgegeben erhielten — auf Grund eigener Angaben versteht sich — und diese dann im Gegenplan übertreffen konnten. Dies bedeutete vor allem mehr Prämien für die Arbeiter. In der DDR hängt nämlich die jährlich gezahlte Prämie — ein Gegenstück etwa zum 13. Gehalt in der Bundesrepublik — im wesentlichen vom Nettogewinn und der Planerfüllung ab. Mit dem Abschaffen der Gegenpläne verschwinden diese Prämien aber nicht. Vielmehr wird ausdrücklich betont, daß die Betriebe nach wie vor bei Übererfüllung ihre Prämienfonds höher dotieren können. Die DDR-Regierung hofft, daß mit dem Wegfall der Gegenpläne echte Übererfüllungen häufiger werden“ („SZ“, 11.9.79).

Die Löhne in der DDR stiegen hauptsächlich durch das Prämiensystem über den sogenannten „Mehrlohn“: „Da in den meisten Zweigen der Volkswirtschaft die Tarife jahre-

lang unverändert blieben, hat sich die Lohnentwicklung bei den Arbeitern fast ausschließlich über den Mehrlohn vollzogen. Der Anteil des Tariflohns am Gesamtlohn sank so ständig ab“ („Neues Deutschland“, 27.6.1972). Konkret betrug der Anteil des Tariflohns am Gesamtlohn Anfang der 70er Jahre im Durchschnitt etwa 50 % („Wirtschaftswissenschaften“ Nr. 2/1973).

Die Koppelung der Prämien an die Rentabilität der Betriebe stellt den Versuch dar, mittels eines „ökonomischen Hebels“ die Arbeiterklasse zur Mitarbeit bei der Ausmerzungen „unproduktiver Arbeitsplätze“ zu zwingen.

Für die Arbeiterklasse in der DDR bedeuten die verstärkten Rationalisierungsbemühungen der SED-Spitze eine herbe Verschlechterung der Arbeitsbedingungen:

— erstmals seit Jahren sank die Quote der Arbeitsunfälle nicht weiter ab, sondern blieb 1978 bei 31 Unfällen je 1.000 Beschäftigten stehen (zum Vergleich: in der BRD beträgt die Quote 69 je 1.000). In der DDR waren die Arbeitsunfälle von 49,5/1000 1955 auf 31/1000 1977 gefallen („UZ“, 12.7.79). Allerdings muß diese Aussage insofern relativiert werden, als gleichzeitig die Berufskrankheiten zunahmen. Zudem stiegen die Arbeitsunfälle bei der Anwendung neuer Technologien („HB“, 12.7.79; „Monitor-Dienst“, MD, 27.7.79; „Prokla“ Nr. 27/1977).

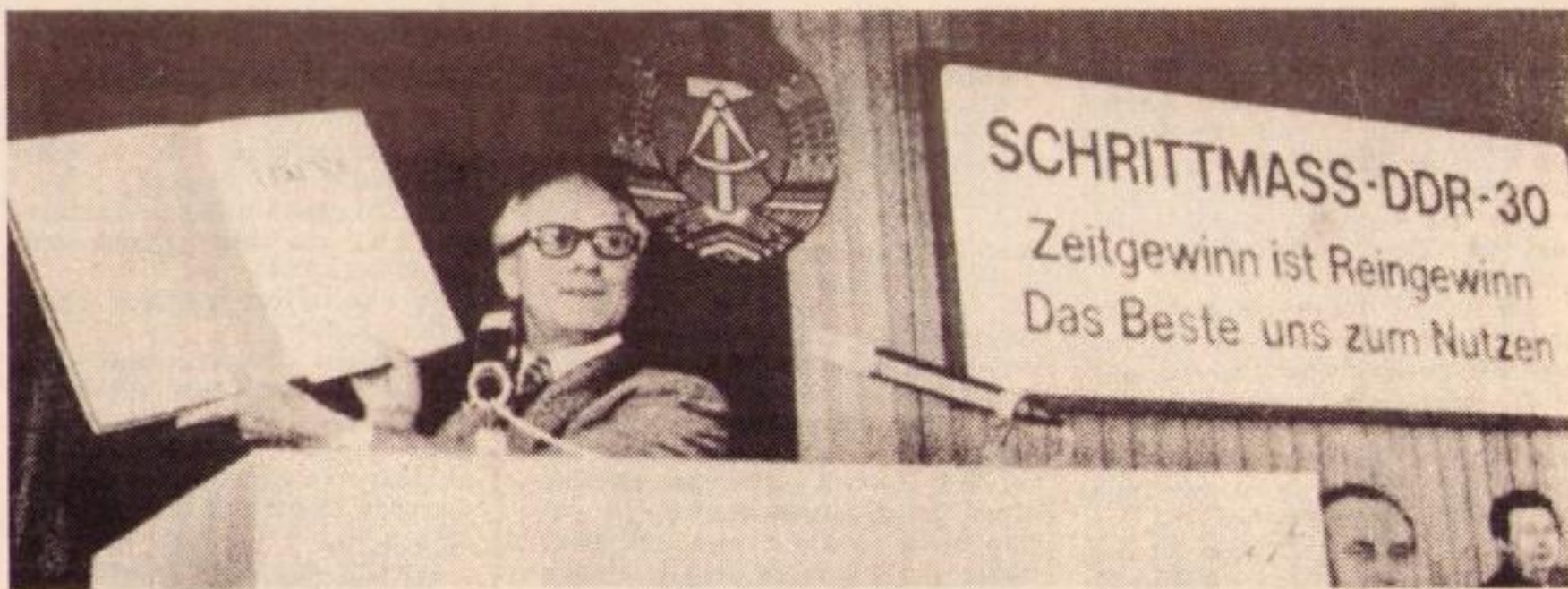
— Laut Beschluß der Staats- und Parteiführung der DDR sollen die Bauzeiten künftig „bedeutend verkürzt“ werden. Bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskräften und Material sollen die vorgegebenen Zeiten „mindestens um ein Drittel“ verkürzt werden („SZ“, 12.11.79). Da die Prämien künftig an die Einhaltung der Vorgabezeiten gebunden werden, bedeutet dies ein massives Zunehmen der Arbeitshetze in der DDR.

— Die SED, die sich von diesen Maßnahmen eine „Einsparung von Arbeitsplätzen und die Senkung des Produktionsverbrauches“ erhofft („FAZ“, 12.11.79), erklärte jüngst zum Arbeitskräfteproblem in der DDR: „Wir haben nicht zu wenig Arbeitskräfte, sondern zu viele unproduktive Arbeitsplätze.“ Durch rigide Rationalisierung erhofft sich das Regime, „die Arbeitsproduktivität über das bisher übliche Maß hinaus zu steigern“ (Honecker). Zwar gelang es der DDR im letzten Jahr „mit nur einem Prozent Zuwachs an Energie und Material die Produktion um 3,4 % (zu) vergrößern“ („HB“, 14.9.), doch während im ersten Halbjahr 1978 die Produktivität um 5,1 % zunahm, stieg sie im vergleichbaren Zeitraum 1979 nur um 4 % („FR“, 16.6.79).

— Die Orientierung „auf die Spitzenleistungen“ (Honecker) bedeutet: „Als besten Beitrag zur Erhöhung des volkswirtschaftlichen Endproduktes nennt Erich Honecker qualitativ hochwertige Ausrüstungen für die Rationalisierung der eigenen Wirtschaft, Exporterzeugnisse, die einen hohen Devisenerlös bringen sowie bedarfsgerechte qualitativ bessere und formschöne Konsumgüter Für die Bevölkerung“ („Radio DDR I, lt. „MD“, 24.8.79).

Die Reihenfolge ist alles andere als Zufall; denn die Produktion „bedarfsgerechter Konsumgüter“, „schnelleres Reagieren auf modisch aktuelle Bedürfnisse der Bevölkerung“ (Jeans statt Sozialismus!) usw. dient weniger einer Produktion entsprechend den Bedürfnissen des Volkes als der Steigerung der „materiellen Interessiertheit“.

— Entscheidendes Ziel der Industriereform ist die bessere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraft durch Rationalisierung und herbe Arbeitsdisziplin. Die DDR-Formel von der



„besseren Nutzung von Wissenschaft und Technik“ heißt z.B. verstärkte Anwendung der „Arbeitswissenschaft“ in Form der MTM (Methods Time Measurement), einer durch US-Konzerne entwickelten Methode zur „wissenschaftlichen“ Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die MTM zerlegt jeden Arbeitsgang soweit als möglich in Bewegungseinheiten, die dann als Norm zur Berechnung der Vorgabezeiten dienen. Erreicht werden soll damit die „bewußte Anpassung des Menschen an die Arbeit“ — das genaue Gegenteil des sozialistischen Zieles: Aneignung der Arbeitsbedingungen durch die Produzenten!

Doch die neue Industriereform beschränkt sich nicht auf Rationalisierung. Vielmehr wird „der Handlungsspielraum der Kombinate ... vergrößert“ (Honecker), wenn auch die Kombinate direkt den jeweiligen Ministern unterstehen werden („HB“, 14.9.79 und „SZ“, 15.9.79). Der „Handlungsspielraum“ der Kombinate betrifft zwei äußerst wichtige Fragen: den Handel mit Produktionsmitteln und das Außenhandelsmonopol.

1. In Zukunft können die Kombinate direkt in wirtschaftliche Beziehungen mit westlichen Unternehmen treten, was bisher nur indirekt über die staatliche Außenhandelsorganisation möglich war. Zwar betrifft dies zunächst nur den Verkauf, es liegt aber in der Logik dieser „Reform“, in

absehbarer Zeit auch den Einkauf der Zuständigkeit der Kombinate zuzurechnen („SZ“, 7.9.79 und 15./16.9.79). Damit ist das Außenhandelsmonopol de facto aufgegeben. Mit dieser Regelung ist die DDR-Führung den imperialistischen Konzernen entgegengekommen, die die Chance zu größerer Einflußnahme auf die DDR-Wirtschaft sicherlich nicht ungenutzt lassen werden. Der weiteren Einbindung der DDR-Wirtschaft in den imperialistischen Welthandel sind Tür und Tor geöffnet.

2. Durch die Einrichtung sogenannter Materialbörsen wurde den Betrieben eine erweiterte Autonomie zugestanden. „Auf diesen Börsen bieten Betriebe Überplanbestände und nicht mehr benötigte Restmaterialien, die anderswo dringend benötigt werden, zum Verkauf an. Nach Berichten in der lokalen DDR-Presse haben sich die Materialbörsen bewährt ... Man werde nunmehr eine ständige Materialbörse einrichten“ („HB“, 23.5.79).

Es scheint, als wolle das ständig über Materialvergeudung in den Betrieben klagende DDR-Regime auf diesem Wege die Betriebe zur Sparsamkeit motivieren.

Bislang war es eines der Hauptargumente derer, die eine Einschätzung der RGW-Gesellschaften als kapitalistisch ablehnten, die Behauptung, daß in diesen Ländern mit Produktionsmitteln nicht gehandelt

würde und diese daher auch keine Waren seien ... In einem Interview mit dem Fernsehen der DDR erklärte der Generaldirektor des Mansfeld-Kombinats, „daß mancher Kapitalist glücklich wäre, wenn er die Möglichkeiten eines sozialistischen Kombindts hat, ... um einen solchen Rationalisierungsmittelbau aufzubauen (...) Die wichtigste Aufgabe eines staatlichen Leiters besteht darin, in Erfüllung seiner Pflicht für Zuwachsraten zu sorgen ...“ („MD“, 27.7.79).

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, hat der „sozialistische Leiter“ des Krupp-Kombinats sein völliges Einverständnis erklärt ...

Die „Stimme der DDR“ ließ kürzlich verlauten: „In allen Kombinat haben sich inzwischen der Eigenbau von Rationalisierungsmitteln stark entwickelt. Er konnte seit 1975 mehr als vervierfacht werden. Auf dieser Grundlage werde zum Beispiel in den Leuna-Werken die Phenol-Synthese rekonstruiert, die jetzt bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitsplätze eine um 30 Prozent höhere Jahresleistung erreicht“ („MD“, 3.5.79).

Die SED-Führung kann sich auf die Schulter klopfen. Was Rationalisierung und Arbeitshetze angeht, ist sie auf dem besten Wege, das von ihr beschworene (an den Spitzenleistungen orientierte) „Weltniveau“ einzuholen. Pfui Teufel!

RGW-Kommission

Bemerkenswertes zum Besuch Honeckers in Äthiopien

Bei einem Staatsbesuch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker in Äthiopien wurde ein umfangreicher „Freundschaftsvertrag“ zwischen beiden Ländern vereinbart. Interessant jedoch ist, daß bei aller Freundschaft auch politische Differenzen deutlich wurden und der Vorsitzende der „Provisorischen Revolutionsregierung“ (DERG), Mengistu, aus dem Nähkästchen plauderte — mit zum Teil peinlichen Aspekten für die DDR-Führung.

Aufsehen erregte, daß die „äthiopischen Freunde“ offen ausplauderten, daß die DDR „eines der ersten sozialistischen Länder war, die unsere Sache unterstützten“ (Oberst Haile, Kommandant des militärischen Ausbildungslagers „Tatek“, im „Neuen Deutschland“ vom 14.11.). Laut „Frankfurter Rundschau“ — „FR“ vom 16.11. lobte Mengistu ausdrücklich die „Soldaten aus der DDR“, die „an der Seite des äthiopischen Volkes kämpften, litten und stürmten“. Die DDR lehnte eine Stellungnahme zu diesen unwillkommenen „Enthüllungen“ Mengistus ab, obgleich Honecker selbst die militärische Hilfe der DDR zur Zerschlagung der eritreischen Revolution — in den Augen Mengistus im übrigen „separatistischen Banditen“ — bestätigte: „Jawohl, die DDR hat keinen Augenblick gezögert, als es sich darum handelte, Euch Waffen, Euch Brot zu schicken, damit Ihr Euren Kampf erfolgreich führen konntet“ („ND“, 14.11.79).

Der äthiopische Kommandant enthielt außerdem, daß die DDR „in den schwersten Stunden ... ihren teuren Sohn und glühenden Internationalisten, den verstorbenen Genossen Werner Lamberz, der unser Ausbildungslager mehr als einmal besuchte“, entsandte („ND“, 14.11.).

Damit ist klar erwiesen und belegt, daß die DDR — vor 1974, also der Machtübernahme des DERG-Regimes, noch auf seiten der Kräfte der Revolution in Eritrea! — ihren „internationalistischen“ Beitrag zur militärischen Zerschlagung der eri-

treischen Revolution geleistet hat!

Aber nicht nur das zeichnete diesen Staatsbesuch aus; interessant ist, daß bei dem offiziellen Kommuniqué sowie dem „Freundschaftsvertrag“ an sich sonst allgemein übliche Floskeln fehlen; so z. B. das Bekenntnis zum „Marxismus-Leninismus“ oder auch dem „proletarischen Internationalismus“. Statt letzterem ist nur von „Aktionseinheit aller progressiven Kräfte ...“ die Rede („ND“, 16.11.79).

Und mit dem „Marxismus-Leninismus“ revisionistischer Prägung ist es in Äthiopien auch schlecht bestellt; so erklärte Mengistu, der sich als „Marxist-Leninist“ bezeichnet, daß zu den „großen Philosophen und Denkern“ neben Marx, Engels und Lenin auch „Tolstoi, Tschakowski und Mozart (!)“ gehörten. Diese Leute gehörten allesamt zu „heldenhaften Kämpfern auf den Schlachtfeldern“. Da schmunzelt Mozart ...

In diese Reihe „großer Philosophen und Denker“ gehöre natürlich auch der „Genosse Honecker“.

Wichtiger hingegen sind die Aussagen Mengistus über die sozialistische Entwicklung Äthiopiens; er betonte immer wieder die Bedeutung der Landwirtschaft, da in Äthiopien zu 85 % Bauern leben. Er hob insbesondere die Maßnahmen der Kollektivierung und Modernisierung hervor. Ein Bezug zur „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ beim Aufbau des Sozialismus fehlte völlig. Auch dies ein Zeichen, daß das DERG-Regime noch längst nicht „auf Linie“ der „realsozialistischen Prinzipien“ steht! ...

Am deutlichsten wurde dies an der Frage der Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei, über die Äthiopien nicht verfügt. Honecker ließ ein Karl-Marx-Denkmal enthüllen, was in diesem Zusammenhang tiefere Bedeutung hat, denn Mengistu selbst gab zu, daß der Aufbau einer kommunistischen Partei bis in die obersten Reihen des DERG noch auf erheblichen Widerstand stößt: „Die fortschrittlichen Kräfte Äthiopiens

sind seit fünf Jahren (!) unermüdlich bemüht, das große Ziel der Bildung einer Arbeiterpartei zu verwirklichen. Nach intensiven Auseinandersetzungen (!) wird jetzt eine Kommission gebildet, die den Weg ebnet soll für die Schaffung einer Arbeiterpartei, die der Vortrupp der ehemals unterdrückten Klassen sein wird. Wenn die Gründung der Kommission auch nicht unbedingt der letzte Sieg in unserem Kampf um die Schaffung einer Arbeiterpartei sein muß (!), so stellt sie doch ein neues Kapitel im Reifeprozess und im schnellen Voranschreiten unserer Revolution dar“ („ND“, 13.11.1979). Diesem Mangel soll jetzt offenbar durch die „internationalistische Hilfe“ seitens der DDR abgeholfen werden, die eine Reihe von „Kadern“ nach Äthiopien entsenden will. Honecker wünschte Mengistu bei seinen Bemühungen denn auch „viel Erfolg“.

Hier wird nochmals offenbar, von welcher großmachtpolitischen Intention die SU ihre Politik in Äthiopien und der damit verbundenen konterrevolutionären Zerschlagung der Befreiungskräfte Eritreas verfolgte — und an ihrer Seite die DDR. Hier wird anschaulich, daß die SU sich auf eine Handvoll Militärmachthaber des DERG stützen muß, um ihren Einfluß zu sichern — eine Art neokolonialistischer Politik der SU.

Gleichfalls darf natürlich nicht verkannt werden, daß der US-Imperialismus auf diese Brüchigkeit und Labilität setzt und diese forciert, um „verlorenes Terrain“ zurückzugewinnen.

Angesichts des derzeitigen überragenden Einflusses der SU und anderer Staaten des RGW (vor allem DDR) werden somit eigenständige politische Entwicklungen und Lösungen des äthiopischen und des eritreischen Volkes beim sozialistischen Aufbau verunmöglicht.

Interessant nur, daß die DDR als technologisch bedeutendes Land zunehmend Aufgaben im Rahmen der Arbeitsteilung unter den „realsozialistischen“ Ländern übernimmt.

Ein Westberliner Genosse



Die Revolution entläßt ihre Kinder

— eine Buchbesprechung —

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder Ullstein-Taschenbuch, DM 8.80

Wolfgang Leonhard, geb. 1922, mußte 1935 mit seiner Mutter das faschistische Deutschland verlassen. Seine Mutter wurde 1936 im Verlauf der „Säuberungen“ in der Sowjetunion verhaftet. Leonhard studierte in Moskau und besuchte u.a. die Kominternschule. Während des Krieges arbeitete er im „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Anfang Mai 1945 kam er mit Ulbricht nach Berlin. Von Oktober 1945 bis September 1947 war er Redakteur der SED-Schulungshäfte; im September 1947 wurde er Dozent auf der SED-Parteihochschule. Im März 1949, nach dem Bruch Titos mit der Sowjetunion, emigrierte Leonhard nach Jugoslawien. Heute lebt er teils in den USA, teils in der BRD.

Leonhard beschreibt am Anfang seines Buches (S. 11), wie pingelig genau bei der Einreise in die Sowjetunion die mitgeführte (kommunistische!) Literatur untersucht wurde — eine unangenehme Erscheinung, die auch heute noch in Ländern des „realen Sozialismus“ (z.B. DDR) bzw. Stalinismus (Albanien) gang und gäbe ist. Interessant sind die Schilderungen des sowjetischen Lehralltags, die z.B. zeigen, daß man sich in der stalinistischen Sowjetunion (im Gegensatz zum China der Kulturrevolution) nicht bemühte, Schulstreß und Notendruck abzubauen (S. 15).

Leonhard schildert detailliert die Zeit der großen „Säuberungen“ 1936 — 1938 und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in dem (hervorragenden — Anm. des Verf.) Buch des amerikanischen Kommunisten John Reed „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ Stalin überhaupt nicht erwähnt wird, während die in den Moskauer Prozessen als „Konterrevolutionäre“ verurteilten Kommunisten dort als führende Männer der Revolution erwähnt werden (S. 38).

„Hitler-Stalin-Pakt“

Leonhard verurteilt den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vollständig und differenziert nicht zwischen dem (notwendigen) Vertrag und seinen üblen „Begleiterscheinungen“ (Krieg gegen Finnland, Einverleibung der baltischen Länder). Leonhard behauptet sogar, der Vertrag habe „eine endgültige Absage an alle Formen des Kampfes gegen die faschistische Aggression“ bedeutet (S. 47).

Leonhard erwähnt einschneidende innenpolitische Folgen des Vertrages, so die Absetzung angekündigter antifaschistischer Theaterstücke und Filme (u.a. „Der große Diktator“ von Chaplin), die „Säuberung“ der Bibliotheken von antifaschistischer Literatur, der Verkauf von Nazizeitungen in der SU, der Nichtgebrauch des Wortes „Faschismus“.

Die „Prawda“ (Zentralorgan der KPdSU) rechtfertigte laut Leonhard sogar den Überfall der Hitlerfaschisten auf Dänemark und Norwegen: „Die Maßnahmen Deutschlands in diesem Falle waren notwendig ...“ (S. 64).

Die Privilegien der stalinistischen Funktionäre erwähnt Leonhard auch am Beispiel DDR, wo Putzfrauen, Chauffeure und luxuriöse Villen für die Führer der SED von Anfang an zur Verfügung standen (S. 406/407).

Stalinistische „Schulung“

Auf der Kominternschule wurden den Schülern Materialien bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien, ja sogar Schriften der NSDAP vorgelegt, um sich damit auseinanderzusetzen. Jedoch erhielten die Genossen nie Schriften kommunistischer Oppositionsgruppen oder Texte von Trotzki in die Hände (S. 166).

Leonhard kennzeichnet das Klima in einer stalinistischen Parteschule als eines der „bedingungslosen Unterordnung unter die Führung; des Verbotes freier Diskussionen, der völligen Abgeschlossenheit von den gewöhnlichen Menschen und der ‚Säuberung‘, die alles Menschliche im Menschen vernichtet“ (S. 196).

Als die emigrierten Kommunisten am 16. Mai 1943 überraschend und unvorbereitet (!) von der Auflösung der Komintern erfuhren, verlief die Diskussion ebenfalls eingeleigt. Die Schüler der Kominternschule kamen weder in Kontakt mit der Bevölkerung, noch arbeiteten sie in Betrieben oder auf dem Lande. Für Leonhard ist „die völlige Isolierung der Funktionärschicht ein wichtiges Merkmal des stalinistischen Systems“ (S. 216).

— Welcher Gegensatz zum China der Kulturrevolution!

Lenin und Mao contra Stalin

Leonhard berichtet, daß den Genossen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Partei „vor allem deutlich wurde, wenn wir in den Schriften Lenins die offenen und freien Diskussionen lasen, wie sie früher in der Bolschewistischen Partei üblich waren“ (S. 405).

Sehr interessant ist auch Leonhards Bericht von einem Gespräch mit einer chinesischen Genossin: „... erzählte sie, wie ungezwungen jeder mit Mao Tse Tung und Tschu-de sprechen könne, wie sie in einfachen Uniformen, ohne große Repräsentation umhergingen und gemeinsam mit den Partisanen Sport trieben. In der Freizeit spielen wir oft Volleyball, ein Spiel, das ja auch hier in Rußland bekannt ist. Manchmal, wenn sie Zeit haben, spielen Mao Tse Tung und Tschu-de auch mit. Sie sind nicht schlecht. Niemand ließ es sich anmerken, alle aber zogen wohl heimlich Vergleiche zwischen den sowjetischen und chinesischen Führern und stellten sich vor, wie es wohl aussehen würde, wenn Stalin oder Molotow mit einfachen Soldaten Volleyball spielen würden... Unwillkürlich kam mir der Gedanke, das Leben in der Partisanen-Hauptstadt Jenan müsse trotz der Schwierigkeiten schöner, ungezwungener und natürlicher sein als in Moskau“ (S. 256/257).

Bezeichnende Fakten

Das Büro des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) in Moskau lag im selben Haus wie das polnische „Komitee der nationalen Befreiung“. Es gab jedoch keinerlei Kontakte zwischen den polnischen und deutschen Antifaschisten (S. 248).

Der Grund hierfür war offensichtlich der, daß die Abtretung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße seitens der sowjetischen Führung schon beschlossene Sache war. Die Karten wurden jedoch nicht offen auf den Tisch gelegt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die deutschen Antifaschisten diesem schweren Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Vertreibung!) zugestimmt hätten.

Sofort nach der Befreiung Deutschlands gab Walter Ulbricht die Anweisung, die spontan von Widerstandskämpfern gebildeten antifaschistischen Komitees und Büros aufzulösen (S. 318).

Bei einer Besprechung 1945 weigerte sich Ulbricht grundsätzlich, über die Frage, ob von Rotarmisten vergewaltigte Frauen das Recht auf Abtreibung haben sollten, zu diskutieren (S. 308).

Ich halte es für notwendig, auch bisherige Tabus der kommunistischen Bewegungen in Westdeutschland wie die Vertreibung und die Ausschreitungen weiter Teile der Roten Armee gegen die deutsche Zivilbevölkerung anzupacken, weil wir nur, wenn wir einen klaren Standpunkt zu diesen Dingen beziehen, der ganzen antikommunistischen Propaganda, die auch heute noch von diesen Vorgängen zehrt, überzeugend entgegen treten können.

Leonhard weist nach, daß Stalin nicht der Autor der „Geschichte der KPdSU — Kurzer Lehrgang“ ist, — er wurde und wird bei den Stalinisten („ML“ern) oft als socher gehandelt.

Interessant ist auch Leonhards anhand von Zitaten geführter Vergleich zwischen Marx und Stalins Vorstellung von der Organisationsstruktur der kommunistischen Partei.

Zur Beurteilung der Frage, inwieweit die innenpolitische Abrüstung im Kampf gegen den Faschismus in der UdSSR ein Ausrutscher war, ist die Tatsache von Bedeutung, daß Maos Schriften in den dreißiger und vierziger Jahren in der UdSSR nicht veröffentlicht wurden, weil man das gute Verhältnis zur japanischen Regierung nicht trüben wollte (S. 172).

Die Jugoslawienfrage

Im Juni 1948 brach die jugoslawische Führung mit der Sowjetunion. Daraufhin setzte von Seiten der KPdSU und der SED eine Polemik ein, bei der die SED weder die jugoslawische Antwort auf die Resolution des „Informationsbüros der kommunistischen Parteien“ noch sonstige jugoslawische Materialien veröffentlichte. Im „Neuen Deutschland“ vom 4. Juli 1948 hieß es darüber hinaus: „Im übrigen verurteilt das Zentralsekretariat der SED, daß einige führende jugoslawische Kommunisten in Berlin Materialien verteilen, die gegen das Kommuniqué (des Informationsbüros) — der Verf.) gerichtet sind. Das Zentralsekretariat erblickt darin einen groben Verstoß gegen die Gepflogenheiten der internationalen Arbeiterbewegung“. Ein grober Verstoß gegen die von Marx, Engels, Lenin und Mao gepflegten Formen der Auseinandersetzung ist diese stalinistische Praxis, die auch heute noch in den RGW-Ländern gang und gäbe ist. (So sollten zahlreiche Werktätige in der CSSR über eine Resolution zur Verurteilung der Charta 77 abstimmen, obwohl sie das Papier der Charta gar nicht kannten.)

Wolfgang Leonhard — ein Marxist?

Im März 1949 emigrierte Leonhard nach Belgrad. In seinem 1955 erschienenen Buch schreibt er dazu: „Doch ich war voller Freude, nun in einem Land Zuflucht gefunden zu haben, das sich zum Ziel gesetzt hatte, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, ohne Herrschaft eines hierarchischen Apparats und einer bürokratisch zentralistischen Leitung der Wirtschaft, ohne jene unmenschlichen Züge des Stalin-Systems, befreit vom Terror und von der Leitung der Wirtschaft, ohne jene unmenschlichen Züge des Stalin-Systems, befreit vom Terror und stalinistischen „Säuberungen“, von Parteidirektiven für Künstler und Wissenschaftler, vom Führerkult, Dognatismus und Autoritätsglauben“ (S. 454/455). Leonhard verherrlicht das revisionistische Regime in Jugoslawien, das nicht nur innenpolitisch einen kapitalistischen Weg beschritt (und beschreitet) und sich außenpolitisch eng an den US-Imperialismus anlehnt, sondern auch durchaus „stalinistische“ Methoden gegen kommunistische Kritiker anwandte. Als völlig prinzipienlos erweist sich Leonhards Kritik an der Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Zunächst kritisiert er, daß die KPD sich im Juni 1945 wieder als selbständige Partei gründete, anstatt sich sofort mit der SPD zu vereinen (S. 321). Einige Seiten danach fragt er dann: „Wäre es nicht bei einer etwas langsameren Entwicklung zu einer echten, organischen Verschmelzung gekommen?“ (S. 366).

Ebenfalls von wenig marxistischer Prinzipientreue zeugt es, wenn Leonhard behauptet, die SED würde „die Männer des 20. Juli“ als reaktionär verleumden — wo doch von keinem Historiker bestritten wird, daß Beck und Goerdeler keinerlei Streikrecht oder Freiheit für die Linksparteien wollten (S. 261). Nicht nur, daß Leonhard 1955 die DDR als „Sowjetzone“ diffamiert, er sagt an einer Stelle auch deutlich, was für eine „Freiheit“ er will: „Die Tatsache, daß man nunmehr ausländische Filme sehen und frei auf der Straße die in russischer Sprache erscheinenden Zeitschriften „Amerika“ und „Der britische Verbündete“ ... kaufen konnte, war für uns ein Zeichen, daß sich vieles ändern und nach dem Krieg das Leben in der Sowjetunion sicher freier (Hervorhebung von mir, der Verf.) werden würde“ (S. 258).

Es ist mir nicht bekannt, daß Wolfgang Leonhard in der Bundesrepublik schon einmal fortschrittliche Aktionen unterstützt oder mit organisiert hat. Er ist nur oft und gern als „Kronzeuge“ gegen die RGW-Länder in den Massenmedien aufgetreten, als „nützlicher Idiot“ des Kapitalismus. Sein Buch zeigt auch keine revolutionäre Perspektive auf, es wird in ihm auch an keiner Stelle der Begriff „Stalinismus“ definiert, die Ursachen des Stalinismus werden nicht einmal angeschnitten. Deshalb wird das Buch von Reaktionen und Antikommunisten wärmstens empfohlen; es zeigt in deren Augen, daß das mit dem Kommunismus eben nichts werden kann.

Dennoch sollten Linke, sollten Kommunisten dieses Buch lesen, weil es genug Tatsachen und Ansätze enthält, über die es sich zu diskutieren lohnt. Besonders denjenigen Genossen, die immer noch meinen, die Politik Stalins sei „im wesentlichen korrekt“ gewesen, möchte ich es sehr empfehlen.

Leonhard ist ein Revisionist, gewiß, aber: Sind Havemann, Biermann und Bahro etwa Marxisten-Leninisten? Dennoch ist es notwendig, ihre Texte zu lesen. In der kritischen Auseinandersetzung können wir Kommunisten von ihnen lernen.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Texte zur Stalinfrage

jr v

Aus dem Inhalt:
Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution

Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas

Mao Tse-tung:
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden

Interview mit Charles Bettelheim

ISBN 323/01026

168 S.
DM
12,50

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/ unseres Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den

Unterschrift

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Geschenk-Abonnement

Bitte schickt den Arbeiterkampf an

Adresse:

.....

.....

.....

im Streifenband

im verschlossenen Briefumschlag

DM 27,50

DM 55,00

DM 70,00

halbjährlich

jährlich

Förderabonnement

abgebucht werden

wird überwiesen auf das Konto

Postcheckamt Hamburg BLZ 200 100 20

Kto.Nr. 2405 95 — 203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

.....

Ort, Datum

Unterschrift

'Gelbe' Karte für die ZL

Das Leitende Gremium des KB hat am 25.11. die „Beurlaubung“ der 6 Mitglieder der „Zentrumsleitung“ (ZL) beschlossen.

Von Seiten der ZL, hinter der eine Fraktion mit ungefähr 200 Anhängern steht, war seit Ende August eine sich immer mehr steigende öffentliche Polemik gegen die Organisationsmehrheit geführt worden. Im AK 166 hatte diese Polemik endgültig das Maß des Erträglichen überschritten: Dort hatte die ZL der Mehrheit des KB vorgeworfen, sie betriebe die „Abkehr von der Wahlbewegung“ unter dem Vorwand „maximalistischer Forderungen“. Diese Polemik stellt eine durch nichts belegte Unterstellung dar, deren Wirkung es ist, die Politik des KB in der Wahlbewegung zu torpedieren und unglaublich zu machen.

Den Genoss(inn)en der ZL wurde nach Erscheinen des AK 166 mehrfach das Schädliche ihrer rein diffamatorischen Polemik vorgehalten. Sie wurden aufgefordert, Belege für ihre schweren Unterstellungen zu nennen oder ihre Angriffe selbstkritisch zurückzunehmen.

Auf diese Aufforderungen hin zeigte die ZL keine Reaktion. Stattdessen unternahm sie auf der Bundeskonferenz ihrer Fraktion am 24./25.11. den Versuch, durch eine wilde Legenden-Bildung den Eindruck zu erwecken, daß die LG-Mehrheit bereits im Sommer 1978 mit dem „Ausstieg aus der Wahlbewegung“ begonnen habe.

Die „Beurlaubung“, d.h. die Freistellung von allen Organisationsterminen, soll den Genoss(inn)en der ZL die nötige Zeit und Ruhe geben, um ihr Verhalten selbstkritisch zu überdenken und dazu Stellung zu nehmen.

Die „Beurlaubung“ soll zugleich als Warnsignal an die gesamte ZL-Fraktion verstanden werden, daß es Narrenfreiheit für diffamatorische Unterstellungen und organisationschädigendes Treiben künftig nicht mehr geben wird.

Leitendes Gremium

ZL erklärt sich zur Fraktion

Am 24./25.11. fand die erste Bundeskonferenz der Anhänger der ZL-Fraktion statt. An dieser Sitzung beteiligten sich etwa 150 Genossinnen und Genossen des KB — der größte Teil aus Hamburg.

Neben den vorgesehenen Themen (siehe AK 166) wurde die Tagesordnung noch um den aktuellen Diskussionspunkt der Wahldiskussion erweitert. Vertreter der LG-Mehrheit sowie der AG Frauen konnten sich am Plenum des ersten Tages mit Rederecht beteiligen. Nach der ersten Hälfte dieses Tages beschloß die Versammlung bei etwa 10 bis 15 Gegenstimmen, die Mehrheitsvertreter sowie die AGF nicht an den Arbeitsgruppen teilnehmen zu lassen (auch nicht als Beobachter), da sie im Plenum ein Viertel der Redezeit eingenommen hätten und sich die Diskussion auf die Differenzen zwischen der LG-Mehrheit und der ZL konzentrierten. Dies wurde als

„störend“ für die Diskussion und Vertiefung der ZL-Positionen empfunden.

Auf dem Plenum des zweiten Tages wurde der ZL-Bundeskonferenz ein Antrag auf Beurlaubung der ZL (siehe an anderer Stelle) bekanntgegeben. Die Versammlung beschloß daraufhin gegen sechs Stimmen bei zwei Enthaltungen, die LG-Mehrheit und die AGF von den weiteren Plenumsberatungen auszuschließen.

Laut Auskunft von ZL-Mitgliedern hat diese Entwicklung die Versammlung veranlaßt, sich nunmehr zur Fraktion zu erklären. In diese Fraktion haben sich bisher 114 Mitglieder eingetragen. Es wurde vorläufig eine zwölfköpfige Fraktionsleitung gebildet, der die sechs Mitglieder der alten ZL angehören.

Die ZL hat dem LG einen ausführlichen Bericht von ihrer Versammlung angekündigt.

Vertreter der LG-Mehrheit sowie der AG Frauen konnten sich am Plenum des ersten Tages mit Rederecht beteiligen. Nach der ersten Hälfte dieses Tages beschloß die Versammlung bei etwa 10 bis 15 Gegenstimmen, die Mehrheitsvertreter sowie die AGF nicht an den Arbeitsgruppen teilnehmen zu lassen (auch nicht als Beobachter), da sie im Plenum ein Viertel der Redezeit eingenommen hätten und sich die Diskussion auf die Differenzen zwischen der LG-Mehrheit und der ZL konzentrierten. Dies wurde als

die AGF von den weiteren Plenumsberatungen auszuschließen.

Laut Auskunft von ZL-Mitgliedern hat diese Entwicklung die Versammlung veranlaßt, sich nunmehr zur Fraktion zu erklären. In diese Fraktion haben sich bisher 114 Mitglieder eingetragen. Es wurde vorläufig eine zwölfköpfige Fraktionsleitung gebildet, der die sechs Mitglieder der alten ZL angehören.

Die ZL hat dem LG einen ausführlichen Bericht von ihrer Versammlung angekündigt.

Rademacher — neues Opfer der Landesregierung Schleswig-Holstein



Georg Rademacher, den der Kultusminister Bendixen nicht in der Schule sehen will

Die Verfassungsschutzskandale in Schleswig-Holstein wollen kein Ende nehmen: nachdem der Fall Tamara aus Flensburg die demokratischen Gemüter in Schleswig-Holstein mehr denn je erhitzt, wurde jetzt bekannt, daß dem 35 Jahre alten Georg Rademacher, der über acht Jahre bei der Bundesmarine gedient hat, wegen vermuteter Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot erteilt wurde, als er nach bestandem Examen an der PH Kiel Lehrer werden wollte. Rademacher war schon während seiner Marinezeit, in der er es bis zum Oberbootsmann brachte, vom MAD oder VS überprüft worden — wegen seiner „Neigung zu linksextremen Organisationen“. Nichtsdestoweniger hatte der Bundesverteidigungsminister den „braven Soldaten“ Rademacher 1976 mit „Dank und Aner-

kennung“ für die dem „deutschen Volk geleisteten treuen Dienste“ entlassen. Als es nun nach Abschluß des Studiums in der PH Kiel um eine Übernahme ins Beamtenverhältnis als Lehrer ging, wurde er im Mai dieses Jahres zum Landesschulamt bestellt. Drei Beamte löcherten ihn auf Mitgliedschaft in der DKP hin. Konkrete Beweise dafür sollten sein: Teilnahme an einem Kinderfest der DKP, an einer Diskussionsveranstaltung der SDAJ zur Berufsausbildung in der UdSSR, einem DKP-Volkstest in Dietrichsdorf, Kandidatur für das Studentenparlament auf der Liste des Spartakus sowie Teilnahme am Pressefest der UZ und einer Diskussion zum DKP-Programmwurf. Und noch Begrüßung von DKP-Funktionären per Megafon auf einem Volksfest in Holtenau.

Wie im Fall Tamara wird auch bei Rademacher das Ausmaß der Bespitzelung deutlich. In ihrem Fall wurde eine Großveranstaltung der DFG/IDK zum Thema Ostverträge angeführt, in diesem Fall ein UZ-Pressefest, das in der Regel gut besucht ist (schon wegen der heißen Würstchen und dem Freibier, Anm. des Verfassers).

Rademacher läßt sich nicht einschüchtern

Nach „Flensburg Avis“ vom 8.11.79 soll Rademacher bei der Anhörung im Landesschulamt gesagt haben: „Wenn sich solche honorierten Leute wie Filbinger und Carstens nicht mehr erinnern dürfen, dann dürfte dieses Recht auch einem popeligen kleinen Lehrer zustehen.“ Auf die Frage, ob er Marxist-Leninist sei, soll er gesagt haben, „daß man genau danach nicht fragen dürfe, da sei Weltanschauung und durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt.“ Man fragte ihn sogar nach der Parteizugehörigkeit seiner Frau, was Rademacher wie folgt konterte: „Meine Frau ist volljährig, das geht Sie gar nichts an!“

Schikane über Schikane

Zu allem Überfluß wurde der arbeitslose Lehramtsbewerber „irtümlich“ zum Vorbereitungsdienst in eine Grund- und Hauptschule in Kiel geladen. Der Schulrat versicherte Rademacher auf Anfrage, sein Name sei vom Landesschulamt nunmehr dafür vorgesehen. Als Rademacher im Landesschulamt nach der Urkunde fragte, wurde ihm am 3.8. mitgeteilt: „Meine ursprüngliche Absicht, Sie in den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn der Grund- und Hauptschullehrer zum Schuljahresbeginn 1979/80 einzustellen, kann ich nicht verwirklichen, da Sie nach meinen jetzigen Feststellungen die beamtenrechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht erfüllen.“

Rademacher lebt jetzt laut „Flensburg Avis“ von 1.425 DM Sozialhilfe — und das mit seiner Frau und drei schulpflichtigen Kindern. Das (Un-)Sozialamt Kiel schickte Rademachers Mutter einen Fragebogen nach Bayern: entweder solle sie selbst einen Unterhaltsbeitrag leisten oder den Fragebogen zurückschicken. Letzteres tat sie mit dem Vermerk „Arme Rentnerin“. Sie lebt von 290 DM Rente plus 100 DM von ihrem geschiedenen Mann. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Solidarität nötig!

Bisher haben sich in den Fall Rademacher die SPD und FDP eingeschaltet. Die Jusos planen eine Pressekongferenz zu diesem und Tamaras Fall. Der Kreisverband Kiel der FDP bat den KuMi Bendixen um Auskunft. Laut „Flensburg Avis“ blieb die Antwort „unbefriedigend“. Unsere Antwort: Rademacher muß in den Schuldienst! Schluß mit Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei!

Eine Genossin aus Flensburg

Solidarität mit Tamara wächst!

Sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!

Seit nunmehr 7 Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani aus Flensburg um ihre Einbürgerung. Sie will nicht Beamtin werden. Sie will nur die Staatsangehörigkeit der BRD, wo sie als Tochter eines heimatlosen Ausländers und einer Deutschen geboren wurde. Wäre sie 3 Tage später geboren, wäre sie ohne Gerichtsverfahren — durch eine einfache Willenserklärung — heute Deutsche.

Tamara wird vorgeworfen, Kommunistin zu sein. Aber Kommunist sein, ist nach dem Willen der schleswig-holsteinischen Landesregierung „undeutsch“.

Solidarität mit Tamara wächst!

Sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!

Seit nunmehr 7 Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani aus Flensburg um ihre Einbürgerung. Sie will nicht Beamtin werden. Sie will nur die Staatsangehörigkeit der BRD, wo sie als Tochter eines heimatlosen Ausländers und einer Deutschen geboren wurde. Wäre sie 3 Tage später geboren, wäre sie ohne Gerichtsverfahren — durch eine einfache Willenserklärung — heute Deutsche.

Tamara wird vorgeworfen, Kommunistin zu sein. Aber Kommunist sein, ist nach dem Willen der schleswig-holsteinischen Landesregierung „undeutsch“. Für Kommunisten scheinen die Grund- und Menschenrechte keine Geltung zu haben.

Der „Fall Tamara“ wirft ein Schlaglicht auf die Methoden des Verfassungsschutzes, auf dessen „Informationen“ sich die schleswig-holsteinische Landesregierung stützt, und das Ausmaß der Bespitzelung in unserem Land.

Um Tamaras angebliche Gefährlichkeit nachzuweisen, wurden im letzten Prozeß u.a. Angaben aus ihrer Schulzeit verwandt, z.B. Tadel, die sie als Siebzehnjährige erhielt. Nunmehr, in Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz, wird versucht, das Bild einer gefährlichen Staatsfeindin zu zeichnen, die sich und ihre Gesinnungsfreunde seit geraumer Zeit auf den Terrorismus vorbereiten würde. Der Landesregierung scheinen alle Mittel recht zu sein, um Tamaras Einbürgerung zu verhindern!

Diese Praktiken schaffen ein Klima der Angst und Einschüchterung, was nicht nur Tamara trifft.

Wir fordern die sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!
Schluß mit Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei!

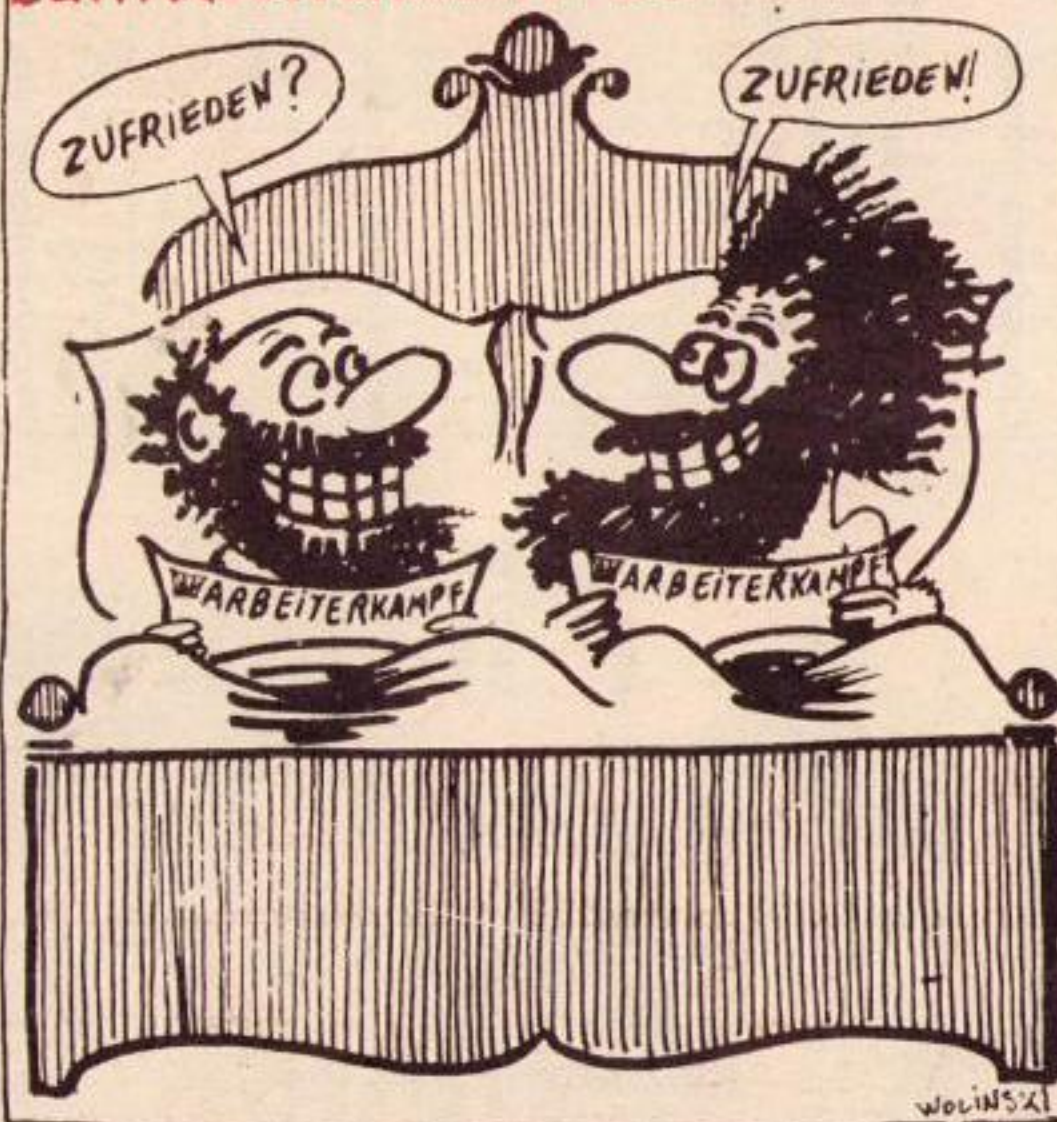
Unterzeichner

Malve Lehmann (Pastorin in Flensburg); Holmer Gertz (Pastor in Flensburg); Eva Rath (Frauenpartei); Edith Mecke-Harbeck (Vorsitzende der ASF Schleswig-Holstein); Gerd Waasmund (Rundfunkredakteur); Gunnar Winkelmann (Journalist, Flensburg); Gundolf Semmler (Pastor in Flensburg); Lars Hennings (Architekt, Krefeld); Rainer Trampert (Betriebsrat bei Texaco); Jürgen Trittel (ASTA der Uni Göttingen); Bunte Liste Hamburg (Vorstand); Ilona Kiens (Abgeordnete der Bunte Liste Hamburg im Bezirksparlament Eimsbüttel); Christina Kukiels (Abgeordnete der Bunte Liste Hamburg im Bezirksparlament in Eimsbüttel); BUU Hamburg (Sprecherrat); Maria Habermann (Studiendirektorin a.D., Husum); Reinhard Winkler (Berufsverboteopfer, DFG/VK Flensburg); Liste für Demokratie und Umweltschutz (Sprecherrat), Schleswig-Holstein; Kurt Werner Hamann (Erzieher, Betriebsratsmitglied der Städtischen Kindertagesheime Hamburg); Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller); Jungsozialisten Schleswig-Holstein (Landesvorstand); Norbert Gensel (Bundestagsabgeordneter der SPD); Birgit Hoske (Vorsitzende der Jugendgruppe des SSW in Flensburg, Studentin); Kai Ehlers (Journalist, Hamburg); Jürgen Reents (Verleger, Hamburg); Mitgliederversammlung der GLH vom 21.10. in Wölferheim; Alexander Schubart (Jurist und ÖTV-Vertrauensmann, Frankfurt); Michael Will (Geschäftsführer, Darmstadt); Joachim Schöner (Dozent, Wiesbaden); Jutta Dittfurth (Dipl.-Soziologin, Frankfurt); Sylvia Velten (Betriebsrätin, Butzbach); Erich Fried (Schriftsteller, London); Humanistische Union Schleswig-Holstein (Landesvorstand); Klaus Hartwig (Berufsverboteopfer, VHS-Dozent); Günter Geiser (Jurist, Kiel); Gisela Böhrk (SPD-MdL Schleswig-Holstein); Gaby Zipfel (Demokratische Fraueninitiative, Hamburg); Jutta Heilmann (Sozialpädagogin, Kiel); Cornelia Moritzen-Rutgers (Evangelisches Frauenwerk, Kiel); Hildegard Kawan („Courage“, Westberlin); „Lila Kiatschmohn“ (Schülerzeitung, Westberlin); Dr. Wer-nicke (Studienrat, Flensburg); Dr. Herold (Studienrat, Flensburg); Musikgruppe „Liederjan“ (Schleswig-Holstein); Rockgruppe „Oktober“ (Hamburg); Rolf Schübel (Filmemacher, Hamburg); Pastor Wolfgang Grell (Hamburg); Dr. Dr. Oasip K. Flechtheim (Professor, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Westberlin); Heinz-Werner Arens (SPD-MdL Schleswig-Holstein); Alternative Liste Trier; Ferdinand Storp (Vorsitzender der VVN Neumünster); Dr. Norman Paech (Professor, Mitglied der Bundesinitiative „Weg mit den Berufsverboten“, Hamburg); AG Frauen der LDU Flensburg; Dr. Lorenzen-Schmidt (Wissenschaftlicher Angestellter, Krempdorf); Kay Hoffmeister (GLU Niedersachsen, Winsen); Kongreß der schleswig-holsteinischen Schülerzeitungen am 4.11.79 in Elmshorn; Helmut Lippelt (Vorsitzender der GLU Niedersachsen); Max Winkler (Generalsekretär der AUD, München); Reinhard Kramer (Ratsmitglied der Bunte Liste Bielefeld); Herbert Holler (Vorstand der Grünen Liste Schleswig-Holstein); Matthias Glage (Vorstand der Grünen Liste Schleswig-Holstein); Roland Vogt (Bundesvorstand des BBU); Petra Kelly (EG-Beamtin, Spitzenkandidatin der „Grünen“ bei den Europawahlen); Martin Mombaur (GLU Niedersachsen, BI Lütchow-Dannenberg); August Hausleiter (Vorsitzende der AUD); Boje Maaßen (Kreiszeitungsmittglied der Grünen Liste Nordfriesland); Olaf Dinne (Bürgerschaftsabgeordneter der BGL Bremen); Wilfried Heidt (Unternehmer, Achberger Kreis); Jens Scheer (Professor, Bremen); Dietrich Plagemann (GLSH, Bundesvorstand der „Grünen“); Rudolf Bahro; Dr. Wolfgang Harich (Philosoph); Peter Ibs (AK Brokdorf); Erika Schöller (AK Brokdorf); Heinrich Voss (Landwirt, Brokdorf-Kläger); Monika Paulsen (Lehrerin, Brokdorf-Klägerin); Marlene und Albert Reimers (Landwirte, Brokdorf-Kläger); Werner Molkenin (Bauingenieur, Brokdorf-Kläger); Walter Sauermling (Architekt, LDU, Pinneberg); Hermann Schulz (Umweltschutz Schleswig-Holstein — Vorstand, Revensdorf); Margrit Kuntzel (Autorin, Lüneburg); Karl-Otto Meyer (SSW-MdL, Schleswig-Holstein); Pastor Theodor Christiansen (Flensburg); Erich H. Krohn (Vorstandsmitglied der FDP, Hamburg-Innenstadt); Ulrich Völklein (Journalist, Hamburg)

Name Beruf/Funktion Anschrift Unterschrift

GRATULIERE!

ZUM ARBEITERKAMPF-GESCHENK-ABO!



j'reents-verlag lerchenstr.75
2000hamburg50